



# Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges

Herausgegeben von

Geh. Justizrat Professor Dr. **Theodor Niemeyer**  
und Dr. **K. Strupp**.

III. Band:

**Politische Urkunden**  
zur weiteren Entwicklung des Weltkrieges  
(Neutrale Staaten)

Herausgegeben von

**Th. Niemeyer**

**Jahrbuch des Völkerrechts V. Band**



**Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1919.**





## Vorwort.

Was in dem Vorwort zu dem vorhergehenden Bande über den Begriff der völkerrechtlichen Urkunde gesagt wurde, gilt auch für den vorliegenden Band; ebenso das, was dort über die benutzten Quellen gesagt ist. Hinzuzufügen ist, daß ein wesentlicher Teil der aufgewendeten Zeit und Mühe darin bestand hat, festzustellen, daß andere als die hier mitgeteilten Urkunden für bestimmte Materien nicht in Betracht kamen. Es ist zu betonen, daß der planmäßige Inhalt des vorliegenden Bandes ebenso wie derjenige der vorhergehenden Bände in politischen Urkunden besteht, so daß rein juridische Urkunden zunächst nicht in Betracht kommen. Letztere bleiben einem späteren Bande vorbehalten. Deswegen sind gewisse bekannte Notenwechsel, ebenso wie Preisensprüche in diesem Bande nicht abgedruckt. Andererseits lehrt ein Blick in die Texte, daß die politischen Urkunden fast durchweg mit juridischen Fragen durchsetzt sind.

Außer den Assistenten und Mitarbeitern des Instituts für internationales Recht, unter denen Frl. *Annemarie Niemeyer* und Herr Dr. *R. Kirchhoff* sich besonders verdient gemacht haben, hat die Kieler Universitäts-Buchdruckerei *Schmidt & Klaunig* durch stetes Entgegenkommen einen Anteil an dem Zustandekommen des Werkes, für welchen ich hier den Dank auszusprechen mich verpflichtet fühle. Dieser Dank bezieht sich auch auf die Angestellten der Druckerei, mit denen in unmittelbarer Arbeitsgemeinschaft zu stehen die wissenschaftlichen Mitglieder des Instituts und ich selbst so nützlich wie persönlich befriedigend gefunden haben.

Kiel, 15. Oktober 1919.

*Th. Niemeyer*

# Inhaltsverzeichnis.

	Seite
<b>D. Neutrale Staaten</b> . . . . .	1—464
a) Albanien . . . . .	1— 17
b) Argentinien . . . . .	18— 67
c) Chile . . . . .	68— 95
d) Columbien . . . . .	95— 186
e) Dänemark . . . . .	186—197
f) Mexiko . . . . .	197—202
g) Norwegen . . . . .	202— 215
h) Persien . . . . .	215— 230
i) Schweden . . . . .	231— 258
k) Schweiz . . . . .	259—349
l) Niederlande . . . . .	350—432
m) Spanien . . . . .	433— 448
n) Venezuela . . . . .	448— 464

## Registerteil.

A. Verzeichnis der in diesem Bande vorkommenden Staatsschriften. Gesetz- und Verordnungsblätter, Buntbücher und sonstigen Quellen . . . . .	465— 468
B. Verzeichnis der in den Urkunden vorkommenden Staatsmänner	469— 471

## **Verbesserung von Druck- und Textfehlern.**

74: in der Ueberschrift Nr. 1643 lies „**Oster-Insel**“ anstatt Insel Paques.

76: in der Ueberschrift Nr. 1646 lies „**südlichen**“ anstatt australischen.

108: 10. Zeile von unten: lies „**Encargado de Negocios**“ anstatt Encargo de Negocios.

133: 3. Zeile von unten: lies „**Paris**“ anstatt Raris.

137: 12. Zeile von unten: lies „**Nauen**“ anstatt Nanen. (Der Fehler findet sich bereits in der Quelle.)

231: in der Unterschrift von Nr. 1775 lies „**Wallenberg**“ anstatt Wellenberg.

299: 10. Zeile von oben lies „**Verkehr**“ anstatt Verhehrs.

330: 13. Zeile von oben ergänze hinter Hoffmann: „**hat**“.



## D. Neutrale Staaten.

### a) Albanien\*).

**Nr. 1595. Pressenachricht vom 8. August 1914 über die Auflösung der nordalbanischen Grenzkommision.**

• („Wolff's Telegraphisches Bureau“ 1914.)

„Skutari, 8. August. Infolge der kriegerischen Ereignisse hat sich die nordalbanische Grenzkommision vor einigen Tagen aufgelöst und nach Skutari begeben.“

**Nr. 1596. Halbamtlliche österreichisch - ungarische Mitteilung vom 3. September 1914 über die Aufrechterhaltung der auf Albanien bezüglichen Bestimmungen der Londoner Botschaftervereinigung.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 5. September 1914, erste Ausgabe. Nr. 212.)

„Wien, 3. September. Die „Politische Correspondenz“ meldet: Wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, hält die K. und K. Regierung

\*) Anm.: Vgl. dazu:

I. „Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Italien in der Zeit vom 20. Juli 1914 bis 23. Mai 1915“ (Jahrbuch des Völkerrechts IV. Band S. 220 ff.). [Zur italienischen Besetzung Sasenos Nrs. 50, 51, 52, 53, 54, 55, 69, 71, 72, 73, 76, zur italienischen Besetzung Valonas Nrs. 53, 56, 57, 59, 61, 62, 66—70, 71, 72, 73, 76, 80, 81, 82, 83—87, 89, 93, 100, 101, zur Rolle Albanens in den Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien Nrs. 76, 90—95, 104, 106, 109, 113, 118, 134, 141, 143, 144, 147, 149, 150, 153, 158, 164, 166, 168, 169, 171, 172, 177, 178, 185, 188, betreffend italienische Pläne auf Hinterland von Valona Nr. 155.]

• II. „Documenti diplomatici presentati al parlamento italiano dal ministro degli affari esteri. Seduta del 20 maggio 1915. Roma 1915.“ (Jahrbuch des Völkerrechts IV. Band S. 209 ff.). [Zu den italienisch-österreichischen Verhandlungen Nrs. 7, 11, 20, 22, 25, 56, 58, 60, 64, 71, 72, zur italienischen Besetzung Valonas besonders Nrs. 12, 20, 22, 35, 43, 44, 45, 76.]

unbeschadet des gegenwärtigen Krieges alle auf Albanien bezüglichen Bestimmungen der Londoner Botschafterreunion aufrecht. Die Regierung ist insbesondere gesonnen, an der Neutralität Albaniens festzuhalten. Etwaige widerrechtliche Eingriffe der benachbarten Balkanstaaten in das durch Beschlüsse Europas Albanien zugewiesene Territorium könnten daher unter keinen Umständen eine dauernde Besitzergreifung darstellen. Die Regierung befindet sich auch diesbezüglich erfreulicherweise in vollster Uebereinstimmung mit den Absichten der italienischen Regierung.“

**Nr. 1597. Proklamation des Fürsten von Albanien an das Albanische Volk vom 3. September 1914 \*).**

Albaner! Als Eure Abgesandten kamen, um mir die Krone Albaniens anzubieten, folgte ich mit Vertrauen dem Apell eines edlen ritterlichen Volkes, das mich bat, ihm bei dem Werke seiner Wiedergeburt behilflich zu sein. Ich bin zu Euch gekommen mit dem brennenden Wunsche, Euch bei dieser patriotischen Aufgabe zu helfen. Ihr habt gesehen, daß ich mich von Anfang an mit all meiner Kraft der Reorganisation des Landes gewidmet habe, mit dem Wunsche, Euch eine gute Verwaltung und Recht für alle zu geben. Nun haben unglückliche Ereignisse unser gemeinsames Werk verhindert. Einige von Leidenschaft verblendete Geister haben den Wert der Reformen nicht begriffen und der sich entwickelnden Regierung kein Vertrauen schenken wollen. Und der Krieg, der in Europa ausgebrochen ist, hat unsre Lage noch komplizierter gestaltet. Ich dachte also, um das Werk nicht unvollendet zu lassen, dem ich meine Kräfte und mein Leben gewidmet habe, werde es nützlich sein, daß ich mich für einige Zeit nach Westen begeben. Aber wisset, daß ich fern wie nah nur den einen Gedanken haben werde, zu arbeiten für die Wohlfahrt unsres edlen, ritterlichen albanischen Vaterlandes. Während meiner Abwesenheit wird die von Europa, das unser Vaterland geschaffen hat, eingesetzte Internationale Kontrollkommission die Regierung übernehmen.

**Nr. 1598. Meldung der „Agenzia Stefani“ vom 23. September 1914 über die Wahl eines Präsidenten von Albanien in Durazzo.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 25. September 1914, zweite Ausgabe. Nr. 232.)

„Rom, 23. September. (7 Uhr Abends.) Die Agenzia Stefani meldet aus Durazzo: Heute versammelten sich achtundzwanzig Senatoren, die durch die Deputationen Albaniens mit Ausnahme derjenigen von Alessio, Skutari und Epirus vorgeschlagen worden waren, und wählten mit neunzehn Stimmen *Mustafa Bei* zum Präsidenten. Der Senat übernahm die Regierung von Albanien bis zur Ernennung eines neuen Fürsten. Er wird Behörden für die verschiedenen Dienstzweige, Gouverneure und Beamte ernennen. Eine Einigung mit den anderen Distrikten von Albanien gilt als nahe bevorstehend.“

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

**Nr. 1599. Italienische Note über die italienische Intervention in Albanien, Oktober 1914.** („Corriere della Sera“ vom 27. Oktober 1914. Nr. 277.)

„Roma, 26 ottobre, notte.

L'Agenzia Italiana pubblica questa nota di carattere ufficioso:

Una nostra nota, pubblicata or è qualche giorno, tendeva a chiarare, di fronte alle esagerazioni ed alle voci tendenziose ed arbitrarie così largamente diffuse nel nostro paese, quali potessero essere i caratteri, la finalità e la portata dell'azione dell'Italia rispetto al problema di Vallona. Non di occupazione, dicevamo, si trattava e doveva parlarsi, e però non avevano alcuna ragione di essere tutte le supposizioni e gli allarmi suscitati a questo riguardo. I fatti sopravvenuti e la comunicazione ufficiale odierna, mentre confermano le nostre previsioni, rendono ancor più evidente lo scopo che il nostro Governo si proponeva e si propone di raggiungere.

Ciò quanto alla prima parte; circa la seconda, è da ricordare che, già prima dell'insurrezione contro il Principe di *Wied*, erano stati segnalati preparativi da parte di agitatori non albanesi per provocare in Albania movimenti con tendenza contro l'ordinamento politico dello Stato quale fu sancito dalle sei grandi Potenze nella riunione di Londra. Avvenuti lo scoppio della guerra europea e la partenza del Principe di *Wied* da Durazzo, questi intrighi sono stati attivamente ripresi. Oltre alle notizie, già divulgate anche dalla stampa, di sbarchi di armi e munizioni verificatisi sulla costa albanese, è stata segnalata recentemente la partenza da un porto estero per l'Albania di velieri con numerosi armati e ingenti quantità di armi e munizioni. E' evidente che l'azione di tali agitatori — particolarmente intensificatasi, come si vede, dopo lo scoppio della guerra europea — mira a trar profitto dall'attuale crisi internazionale per creare in Albania una situazione contraria alle basi stesse su cui l'Europa ha voluto fosse costituito il principato d'Albania. E' da notare in proposito che i tentativi che si vanno facendo da parte dei suddetti agitatori, di sbarco di armi e armati in Albania, già per sè stessi costituiscono un'aperta violazione di uno dei principi fondamentali dello Stato albanese, che dichiarò l'Albania Stato neutrale sotto la garanzia delle grandi Potenze. Ora, essendo l'Italia la sola Potenza neutrale fra le firmatarie della Conferenza di Londra, era la sola quindi in grado di prendere, nell'attuale momento, misure opportune per mantenere la validità dello statuto albanese sancito dalla suddetta Conferenza; a noi sembra che il Governo italiano sia stato assai saggiamente ispirato nelle decisioni onde è stato dato l'annuncio; decisioni che, mentre tendono ad alleviare le dolorosissime condizioni in cui versa una parte notevole di quella popolazione, mirano dall'altra ad impedire che dall'estero vengano fomentati ed aiutati moti interni in Albania, che indubbiamente finirebbero per minacciare la stessa sicurezza esterna di quello Stato.

A tal uopo, navi della Regia Marina hanno ricevuto istruzione di esercitare la necessaria azione di vigilanza tanto nelle acque territoriali albanesi



quanto in alto mare, per impedire lo sbarco di gente armata, di armi e munizioni in Albania.“

**Nr. 1600. Meldung der „Agence d'Athènes“ vom 31. Oktober 1914 zur Wiederbesetzung von Nordepirus durch Griechenland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. November 1914.)

„Athen, 31. Oktober. Sämtliche Mächte haben die Gründe, die die hellenische Regierung zur Wiederbesetzung von Nordepirus zwingen, als wohlberechtigt anerkannt. Wie gemeldet wird, wird die vollständige Wiederbesetzung aller Bezirke des autonomen Epirus demnächst beendet sein.“

**Nr. 1601. Zeitungsnachricht vom 15. Dezember 1914 über eine Kundgebung der Albanesen zur Verkündung des Heiligen Krieges.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 16. Dezember 1914, zweite Ausgabe. Nr. 313.)

„Wien, 15. Dezember. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Mit großer Genugtuung verzeichnen die Blätter die Kundgebung der Albanesen, die es nach der Verkündung des *Dschahid* als nationale und religiöse Pflicht bezeichnet, den Kampf gegen Serbien an der Seite Oesterreich-Ungarns aufzunehmen und die heiligen Denkmäler von Kossowo vor den Serben zu schützen. Man hofft, daß diese Stimmung dazu beitragen wird, die inneren Zwistigkeiten beizulegen, und man ist gewillt, die Vergangenheit zu vergessen und den Albanesen die Hand zu reichen, wenn sie am Waffengang gegen den gemeinsamen Feind teilnehmen.“

**Nr. 1602. Havasmeldung vom 29. Dezember 1914 betr. Erklärung des italienischen Gesandten in Athen zur Besetzung von Valona.** („Weserzeitung“ vom 30. Dezember 1914, Nr. 24506.)

„Paris, 29. Dezember. Havas meldet aus Athen: Der italienische Gesandte in Athen hat dem Ministerpräsidenten *Venizelos* erklärt, die Besetzung von Valona habe nur vorläufigen Charakter und sei nur erfolgt angesichts des drohenden Anmarsches der Rebellen auf die Stadt.“

**Nr. 1603. Proklamation des Admirals Patris an die Bevölkerung in Valona, Dezember 1914.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. Dezember 1914. Nr. 324.)

„Die ersten Unruhen, die in kurzen Zeitabschnitten in diesem Gebiet aufeinander folgten, haben den Verkehr und die begonnenen Arbeiten lahmgelegt und bringen Leben und Eigentum der Bewohner in Gefahr. Die italienische Regierung als wachsamer Hüter der Geschicke Albaniens wünscht, daß Eure schwer bedrohte Ruhe gesichert werde. Auf Euren Wunsch herbeigeeilt, gehen italienische Matrosen von den Schiffen an Land, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zu Eurem Schutze.“

**Nr. 1604. Meldungen der „Agenzia Stefani“ vom 4. Januar 1915 über die Beschießung von Durazzo.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 6. Januar 1915, zweite Ausgabe. Nr. 6.)

„Rom, 5. Januar. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Durazzo von gestern 8 Uhr früh: Die Aufständischen forderten durch einen vom muselmanischen Ausschuß unterzeichneten Brief, daß man ihnen die Gesandten Frankreichs und Serbiens ausliefere. Eine halbe Stunde nach Mitternacht begann der Angriff auf die Stadt. *Essad Pascha*, der zu den Laufgräben gegangen war, teilte der italienischen Gesandtschaft mit, daß eine ernste Gefahr bestehe, und forderte jede nur mögliche Hilfe. Die Gesandtschaft benachrichtigte die Schiffe im Hafen. Um 2½ Uhr morgens gaben die Kriegsschiffe „Misurata“ und „Sardegna“ zur Verteidigung der Stadt einige Kanonenschüsse ab. Man erreichte dadurch, daß das Gewehrfeuer der Aufständischen aufhörte. Die italienische Kolonie hat sich mit den Gesandtschaften Italiens, Frankreichs und Serbiens an Bord der Schiffe „Sardegna“ und „Misurata“ begeben.“

„Rom, 5. Januar. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Durazzo vom 4. d. Mts.: Ueber die Ereignisse in der vergangenen Nacht werden folgende Einzelheiten bekannt: In den ersten Nachtstunden wurde die Stadt von den Aufständischen angegriffen. Der Gouverneur teilte der italienischen Gesandtschaft mit, daß große Gefahr bestände, die die Anwendung von Artillerie notwendig mache, um die Einschiffung der Kolonie zu schützen und die Aufständischen zu zerstreuen. Sofort wurden die nötigen Maßnahmen getroffen. Während die Schiffe einige Schüsse abgaben, zog sich die ganze Kolonie an Bord der Schiffe zurück, wohin sich auch das Personal der französischen und der serbischen Gesandtschaft begab. Das Artilleriefeuer hatte das gewünschte Ergebnis, und die Aufständischen flüchteten schnell in Unordnung. Die italienische Kolonie in Durazzo besteht aus ungefähr 60 Personen, die österreichisch-ungarische Kolonie aus 20, die griechische aus 7 und die französische, bulgarische und serbische zusammen aus etwa 20 Personen.“

**Nr. 1605. Meldung der „Agenzia Stefani“ vom 7. Januar 1915 über die Abreise des italienischen und französischen Gesandten aus Durazzo \*).** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. Januar 1915, zweite Ausgabe. Nr. 9.)

„Rom, 8. Januar. Die „Agenzia Stefani“ meldet von gestern aus Durazzo: Heute früh fand ein kurzer Geschützkampf zwischen dem Rasbul

\*) Anm.: Die „Frankfurter Zeitung“ vom 15. Sept. 1914, Nr. 256 meldet: Mailand, 14. September. Da die Mächte das Regiment der Aufständischen in Durazzo nicht anerkennen, haben sie ihre diplomatischen Vertreter zurückgezogen. Der deutsche Gesandte *von Lucius* kam gestern Abend in Bari an. In Durazzo ist nur der Dragoman des Konsulats von Oesterreich-Ungarn und der Italiens zurückgeblieben. — Herausgeber.

und San Biagio statt. Der übrige Tag verlief ruhig. Der Dampfer „Umberto“ ist nach Italien abgefahren. Er hat den italienischen Gesandten *Aliotti*, den französischen Gesandten *Fontenay* und mit wenigen Ausnahmen auch die Mitglieder der italienischen Kolonie an Bord. Unter den zurückgebliebenen Italienern befinden sich der Geschäftsträger Konsul *Piacentini* und ein Teil des Gesandtschaftspersonals. Die Behörden befinden sich an Bord der „Sardegna“, während die zurückgebliebenen Italiener teils auf der „Sardegna“, teils auf der „Misurata“ Aufenthalt genommen haben.“

**Nr. 1606. Mitteilung des „Komitee für öffentliche Wohlfahrt“ an die Konsuln der Großmächte in Skutari zur Aufklärung über die Bewegung gegen Durazzo, 13. Januar 1915 \*).**

An die Konsuln der Großmächte in Skutari.

Das Komitee für öffentliche Wohlfahrt, in Kenntnis, daß gewisse Zeitungen der Bewegung gegen Durazzo einen verbrecherischen Charakter zuschreiben, beehrt sich, den Gesandten der Großmächte mitzuteilen, daß die Bewegung einzig und allein den Zweck verfolgt, *Essad Pascha* und seine Anhänger aus Durazzo zu vertreiben, welche die Regierungsgewalt in der Absicht usurpiert haben, dieselben ihren ehrgeizigen Plänen dienstbar zu machen.

Das Komitee protestiert auf das entschiedenste gegen die in den Zeitungen veröffentlichte Anklage, es habe den Wunsch geäußert, dem Einflusse der Gesandten Frankreichs und Serbiens unterstellt zu werden. Ein solches Verlangen ist absolut nie zum Ausdruck gebracht worden. Diese Anklage verfolgt nur den Zweck, dem Komitee das Wohlwollen Europas zu entziehen; denn die Feinde des Komitees sind um keine Mittel verlegen, auch wenn diese Mittel Verrat und Lüge sein sollten.

Das Komitee versichert die Gesandten der Großmächte, daß es absolut nicht zugeben werde, daß beim Einzuge seiner Soldaten in Durazzo gegen das Leben der Fremden oder gegen das der Einheimischen, die ihren Geschäften nachgehen oder gegen deren Hab und Gut irgendwelche Angriffe oder Ausschreitungen begangen würden.

13./26. Januar 1330/1915.

Im Namen der Gesamtbevölkerung Albaniens:

Der Präsident:	<i>Abdullah Rushdi</i> (L. S.)
Del. von Berat:	<i>Muharrem Negiati</i> (L. S.)
„ „ Fieri:	<i>Omer Lüfti</i> (L. S.)
„ „ Shiak:	<i>Hamid</i> (L. S.)
„ „ Pekin:	<i>Mehmed Hulusi</i> (L. S.)
„ „ Kavaja:	<i>Mehmed</i> (L. S.)
„ „ Lushnia:	<i>Achmed Aini</i> (L. S.)
„ „ Elbassan:	<i>Hadji Nikola</i> (L. S.)

---

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

**Nr. 1607. Kundgebung des von der „provisorischen Regierung“ Mitte Februar 1915 in Elbassan zusammenberufenen Kongresses zugunsten des Fürsten Wilhelm \*).**

Angesichts der großen Schwierigkeiten, die sich der Ernennung eines Prinzen aus dem Kaiserlich Ottomanischen Hause zum Fürsten von Albanien entgegenstellen, beschließt die Nationalversammlung im Einverständnis mit der Kaiserlich Ottomanischen Regierung, auch einen nicht mohammedanischen Fürsten anzunehmen unter der Bedingung, daß dies nur ein deutscher Fürst sein dürfte. Sie bestimmt, falls Deutschland dies zugeben sollte, Fürst *Wilhelm* zu bitten, die albanische Krone nochmals anzunehmen.

**Nr. 1608. Note des „Komitee der Aufständischen“ an die Konsuln der Großmächte in Skutari und an die Kontrollkommission zur Aufklärung über die Bewegung gegen Durazzo, 13. Februar 1915. („Weserzeitung“ vom 13. März 1915. Nr. 24579.)**

„Skutari, 8. März. Das Komitee der Aufständischen hat an die Adresse der Konsuln der Großmächte in Skutari folgende Note an diese und die Kontrollkommission gerichtet:

Wie wir schon in unserer Erklärung vom 12. Januar hervorgehoben haben, ist unsere Aufstandsbewegung nur durch den Umstand hervorgerufen worden, daß *Essad Pascha* eine der Neutralität widersprechende Haltung bewahrt und aus persönlichen Interessen die Regierungsgewalt an sich gerissen hat. unsere Bewegung verfolgt einzig und allein den Zweck, *Essad Pascha* und seine Anhänger aus Durazzo zu entfernen. Andererseits haben wir uns nicht auf Veranlassung und Betreiben irgend einer Macht erhoben; sondern unsere Erhebung geschah auf Wunsch und im Einverständnis mit der gesamten Nation. Alle gegenteiligen Nachrichten, die unter der Bevölkerung verbreitet werden, entbehren jeder Grundlage. Wir bitten nun, *Essad Pascha* und seine Anhänger durch diplomatische Mittel und Wege aus Durazzo zu entfernen und die Regierung einem von der gesamten Bevölkerung gewählten Generalrat übertragen zu wollen. Wir bitten ferner, zur Kenntnis bringen zu wollen, daß wir fest entschlossen sind, in Durazzo einzurücken, da die Besetzung der Stadt für uns unbedingt nötig ist. Wir geben die Versicherung ab, daß bei unserem Einzuge nicht die geringste Ausschreitung oder irgend ein Angriff gegen Ehre, Gut oder Leben der fremden Gesandten, Mitglieder der Kontrollkommission, Konsuln oder der Bevölkerung, die ihren Geschäften nachgeht, verübt werden wird. 13. Februar 1915. Der Präsident von Tirana: *AbduŶah Rushdi*.“

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

**Nr. 1609. Zeitungsnachricht vom 8. Juni 1915 über den serbischen Vormarsch in Albanien.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. Juni 1915, erste Ausgabe. Nr. 158.)

„Sofia, 8. Juni. Die Agence Bulgare erfährt aus sicherer Quelle, daß der Vormarsch der serbischen Truppen in Nordalbanien auf breiter Basis fort dauert, und führt dazu aus: Man bewahrt Schweigen über die Tragweite der unternommenen Operationen, um die Mächte vor die vollendete Tatsache der Besetzung zu stellen. Offizielle Nachrichten fahren fort, über Kämpfe mit Albanesen zu berichten, deren Zahl man vergrößert. In der Zwischenzeit sind die wichtigen Orte Pogradetz und Piskopes, die die Serben seinerzeit infolge der Drohung Oesterreich-Ungarns hatten räumen müssen, durch serbische Truppen besetzt worden. Die Griechen und Bulgaren sind erstaunt über diese neuen Manöver der Serben, denen man alle Launen hingehen läßt; am meisten über ihre Unversöhnlichkeit gegenüber Bulgarien. Gleichzeitig konstatiert man, daß die serbische Armee keine Eile zeigt, etwas gegen die österreichisch-ungarischen Truppen zu unternehmen, und es vorzieht, unverteidigte Gebiete zu besetzen, was sie übrigens auch im türkisch-balkanischen Kriege getan hat.“

**Nr. 1610. Oesterreichisch-ungarische Protestnote vom 9. Juni 1915 gegen die italienische Blockadeerklärung albanischer Küstengebiete \*).**

(Das k. u. k. Ministerium des Aeußern an die am k. u. k. Hofe beglaubigten Vertreter der verbündeten und der neutralen Staaten.)

Übersetzung aus dem Französischen.

Zirkular-Verbalnote.

Wien, 9. Juni 1915.

Die kgl. italienische Regierung hat unterm 26. Mai l. J. \*\*) die Küsten Oesterreich-Ungarns sowie den Teil der Küste Albaniens, der sich von der montenegrinischen Grenze bis Kap Kephali erstreckt, für blockiert erklärt. Mit der Deklaration vom 30. Mai l. J. \*\*\*) wurde die gegen Albanien gerichtete Blockade auf den zwischen der montenegrinischen Grenze und Aspri Ruga (Strade bianche) gelegenen Teil der Küste eingeschränkt.

Die k. u. k. Regierung stellt fest, daß die Blockade, wie sie mittels dieser Deklaration verhängt wurde, den Anforderungen des Völkerrechts nicht entspricht und als nichtig zu betrachten ist.

\*) Anm.: Quelle: K. u. K. Ministerium des Aeußern. Sammlung von Nachrichten für die Verletzungen des Völkerrechts durch die mit Oesterreich-Ungarn Krieg führender Staaten. II. Nachtrag. Wien 1916.

\*\*) Anm.: Text im „Jahrbuch des Völkerrechts“, IV. Band, S. 481, Nr. MCCCLVI. — Herausgeber.

\*\*\*) Anm.: Text im „Jahrbuch des Völkerrechts“, IV. Band, S. 482, Nr. MCCCLVII. — Herausgeber.

Indem die kgl. italienische Regierung einen Teil der albanischen Küste für blockiert erklärt, verletzt sie zunächst die Rechte eines Staates, dessen Souveränität und Neutralität von Italien ausdrücklich anerkannt und garantiert worden ist, wie aus dem von der Londoner Botschafterkonferenz am 29. Juli 1913 angenommenen Organisationsstatut für Albanien hervorgeht. Da ferner der als blockiert erklärte Teil der albanischen Küste von österreichisch-ungarischen Land- oder Seestreitkräften keineswegs besetzt ist, widerspricht die besagte Blockade auch dem Art. 1 der Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909, wonach die Blockade auf feindliche oder vom Feind besetzte Häfen und Küsten beschränkt zu sein hat.

Von einer solchen Besetzung könnte auch dann nicht die Rede sein, wenn — wie in der Blockadedeklaration behauptet wird — einige albanische Häfen den österreichisch-ungarischen Marinebehörden zur heimlichen Versorgung ihrer leichten Kriegsschiffe dienen würden. Diese jeder Grundlage entbehrende oder, besser gesagt, einfach erdichtete Behauptung hat offenbar nur den Zweck, der Blockade eines Teiles der albanischen Küste und damit der Fixierung der Sperrlinie, welche nach der erwähnten Blockadedeklaration vom Kap Otranto nach Aspri Ruga verläuft, einen Schein von Berechtigung zu geben.

So, wie diese Sperrlinie fixiert ist, erscheinen in die blockierte Zone auch nichtblockierte (italienische und montenegrinische) Küstengebiete einbezogen.

Selbst wenn aber, des weiteren, die Blockade die angegebenen Mängel nicht aufwiese, wäre sie schon deshalb nicht rechtsverbindlich, weil sie — entgegen den Artt. 8 u. 11, Ziff. 2. der Londoner Deklaration — den Lokalbehörden in Oesterreich-Ungarn nicht notifiziert worden ist.

Im Hinblick auf diese Feststellungen legt die k. u. k. Regierung in Ansehung der angeblichen Blockade kategorische Verwahrung ein.

Die Botschaft (Gesandtschaft) wird ersucht, das Vorstehende zur Kenntnis Ihrer Regierung bringen zu wollen.

**Nr. 1611. Zeitungsnachricht der Besetzung Elbassans durch serbische Truppen vom 10. Juni 1915.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 12. Juni 1915, erste Ausgabe. Nr. 161.)

„Sofia, 10. Juni. Eine Meldung des serbischen Pressebureaus besagt, daß die serbischen Truppen vorgestern die albanische Stadt Elbassan besetzt haben.“

**Nr. 1612. Zeitungsnachricht vom 17. Juni 1915 über die Einstellung der Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission in Skutari.** („Weserzeitung“ vom 18. Juni 1915, Nr. 24 674.)

„SK. Wien, 17. Juni. Nach dem N. W. Tgbl. hat infolge Vorrückens der Montenegriner auf Skutari die internationale Kontrollkommission in Skutari ihre Tätigkeit eingestellt.“

**Nr. 1613. Note Montenegros an die Mächte über das Vorgehen Montenegros in Skutari, Juni 1915.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. Juli 1915, zweite Ausgabe. Nr. 180.

„Rom, 30. Juni. Die Tribuna veröffentlicht eine von Montenegro an die Mächte gerichtete Note über sein Vorgehen in Skutari.

Die Note sagt: Montenegro habe begriffen, daß die österreichischen Treibereien gegen das montenegrinische Gebiet den Zweck hätten, die Aufmerksamkeit Montenegros von der Hauptfront abzulenken. Montenegro und sein Bundesgenosse Serbien hätten viel unter den Schwierigkeiten gelitten, die ihnen von Albanien geschafft worden seien. Oesterreich habe mit Erfolg durch seine Mittelsmänner in Albanien allerlei Bewegungen in Montenegro hervorgerufen. Oesterreich habe dies getan, weil Skutari dem montenegrinischen Staat entrissen worden sei, ohne Rücksicht darauf, daß der Besitz dieser Stadt eine Lebensfrage für diesen Staat gewesen sei. Infolge des von Oesterreich ausgeübten Druckes sei die Feststellung der montenegrinisch-albanischen Grenze, wie sie von der Londoner Konferenz durchgeführt worden sei, unmöglich für Montenegro, das gezwungen gewesen sei, einen Teil seiner Truppen an der albanischen Grenze zu behalten.

Die Note fährt fort: dieser Zustand wurde für uns sehr bedenklich, als die Albaner, die am Laufe des Bojanaflusses hausen, unsere Transporte verwüsteten und, von Oesterreich bewaffnet, in beträchtlicher Zahl einen Einfall in montenegrinisches Gebiet unternahmen. Die königliche Regierung, die fest entschlossen ist, ihre Streitkräfte an der Hauptfront versammeln zu lassen, war durch diese Verletzung herausgefordert und gezwungen, einige Stellungen zu besetzen, um neue Angriffe gegen die Bevölkerung der Montenegro gehörenden Gebiete zu verhindern. Die albanischen Führer lieferten uns Waffen aus, die vom österreichisch-ungarischen Konsul in Skutari an sie verteilt worden waren, und bekundeten Gefühle der Ergebenheit gegen die montenegrinischen Behörden. Der Bürgermeister von Skutari erschien in den benachbarten montenegrinischen Stellungen und versicherte den Befehlshaber der freundschaftlichen Gefühle der Bevölkerung Skutaris ohne Unterschied der Religion. Indem wir somit unter dem Zwange äußerster Notwendigkeit gehandelt haben, haben wir die österreichischen Treibereien vollkommen vereitelt. Die montenegrinischen Truppen, die bisher gezwungen waren, die albanische Grenze zu bewachen, sind nun frei geworden, um an der Hauptfront an den Unternehmungen gegen den gemeinsamen Feind Montenegros und seines Bundesgenossen teilzunehmen.“

**Nr. 1614. Zeitungsnachricht vom 30. Juni 1915 über den Einzug der Montenegriner in Skutari.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. Juli 1915, erste Ausgabe. Nr. 180.)

„Rom, 30. Juni. „Giornale d'Italia“ erfährt aus Skutari: Nach der Besetzung von San Giovanni di Medua besetzten die Montenegriner Alessio

und die von Malissoren bewohnten Dörfer Salac und Temai. Die montenegrinischen Truppen, die vor Skutari standen, näherten sich der Stadt von der Mossibrücke aus. Die Uebergabe wurde zwischen Konsul *Martinowitsch* und *Bibdoda* besprochen, der sich in das Hauptquartier begab.

Die amtliche Ankündigung der Besetzung erfolgte am 27. Juni vormittags durch eine Proklamation der Stadtverwaltung, die die Bevölkerung aufforderte, den Soldaten einen würdigen Empfang zu bereiten. Tatsächlich gingen auch die mohammedanischen, katholischen und orthodoxen Notabeln, Mönche und Jesuiten, Stadtbehörden, Mitglieder der Regierung, Gendarmerie, Polizei, Schulen und Bevölkerung mit Fahnen und Musik den Montenegrinern entgegen.

Diese hielten um 12 Uhr mittags einen triumphartigen Einzug. Nach einer Vorhut von etwa tausend Mann, nach den Popen in vollem Ornate mit Kreuzen und religiösen Fahnen zog die Hauptmacht des Heeres ein. Der montenegrinische Konsul und der General folgten im Wagen. Danach kamen irreguläre Albanerbanden. Das österreichisch-ungarische Konsulat zog hierauf seine Fahne ein und stellte sich unter den Schutz des griechischen Konsulats. Der Generalstab des Heeres nahm die Regierung der Stadt in Besitz und richtete sich im Konak ein, wo er von den Notabeln empfangen wurde. Der Generalstab erklärte, daß sich die Bürger der Stadt künftig als montenegrinische Untertanen zu betrachten hätten und nach montenegrinischen Gesetzen abgeurteilt würden. Wer den neuen Zustand störe, werde nach den Militärgesetzen bestraft.

General *Wukotitsch* sandte eine Note an die Konsuln der Mächte, in der er im Namen des Königs *Nikita* die Besitzergreifung der Stadt anzeigte. Patrouillen bewachen die Konsulate und öffentlichen Gebäude. Eine Abteilung besetzte die Festung, auf der Freudensalven abgefeuert wurden.“

**Nr. 1615. Zeitungsnachricht über die Errichtung serbischer Postanstalten und die Einsetzung serbischer Gerichtshöfe in Albanien, Juli 1915.** („Weserzeitung“ vom 27. Juli 1915. Nr. 24713.)

„SK. Genf, 26. Juli. „Tribuna“ meldet aus Mailand: „Corriere della Sera“ meldet zensiert aus Durazzo, daß die Serben in allen von ihnen besetzten Gebieten Albaniens serbische Postanstalten einrichten und serbische Gerichtshöfe einsetzen. Sera fügt hinzu, daß die Beschwerden der Konsulate gegen dies vertragswidrige Vorgehen unbeachtet bleiben.“

**Nr. 1616. Zeitungsnachricht vom 3. Juli 1915 über die Zustände in Skutari.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 4. Juli 1915, zweite Ausgabe. Nr. 183.)

„Rom, 3. Juli. „Giornale d'Italia“ meldet aus Skutari: Das montenegrinische Militärgouvernement in Skutari entwaffnete die Einwohnerschaft. Die österreichisch-ungarischen Untertanen wurden in ein Sonderregister ein-



getragen. Die öffentlichen Bureaus sind bereits in Tätigkeit. Der österreichisch-ungarische Konsul und der Vizekonsul sind gestern abgereist. Drei Tage lang fanden Feiern in den Kirchen und Moscheen statt. Die Notabeln, der Klerus und die Beamten richteten eine Huldigungsadresse an das Herrscherhaus. Es wird gemeldet, daß die Serben den Vormarsch gegen Mittelalbanien in Richtung Alessio wiederaufnahmen, wo die Grenze der neuen serbisch-montenegrinischen Provinzen in Albanien sein soll.“

**Nr. 1617. Zeitungsnachricht vom 8. Juli 1915 betr. Einspruchsnote der Albaner in Rumänien gegen die Besetzung Albaniens durch die Serben und Montenegriner.** („Weserzeitung“ vom 9. Juli 1915, Nr. 24 695.)

„TU. Bukarest, 8. Juli. Die Albaner in Rumänien haben eine Einspruchsnote gegen die Besetzung Albaniens durch die Serben und Montenegriner an die Großmächte gerichtet. Sie fordern die Beibehaltung der Londoner Beschlüsse, wonach Albanien ein freier unabhängiger Staat unter einem eigenen Herrscher sein sollte.“

**Nr. 1618. Havasmeldung vom 13. Juli 1915 betr. Ueberreichung einer Kollektivnote des französischen und englischen Gesandten in Nisch und Cetinje.** („Weserzeitung“ vom 14. Juli 1915, Nr. 24 700.)

„SK. Genf, 13. Juli. Die „Havas“ berichtet: Der französische und der englische Gesandte in Nisch und Cetinje überreichten eine freundschaftliche Kollektivnote in Sachen der Zuteilung Albaniens.“

**Nr. 1619. Zeitungsnachricht über die Einsetzung italienischer Zivilbehörden in Albanien, Oktober 1915.** („Weserzeitung“ vom 23. Oktober 1915. Nr. 24 801.)

„SK. Genf, 22. Oktober. Zur Sicherung der italienischen Interessen in Albanien wurden in Valona, Fieri und im Küstengebiet italienische Zivilbehörden eingesetzt.“

**Nr. 1620. Zeitungsnachricht über die Ausschließung Essad Paschas aus der türkischen Armee.** („Times“ vom 18. Februar 1916. Nr. 41 094.)

„A Turkish news agency states that *Essad Pasha*, „who without authorisation undertook the provisional government of Albania and joined the enemy forces.“ has been deprived of his rank and removed from the army by Imperial Iradeh.“

**Nr. 1621. Zeitungsnachricht vom 9. Mai 1916 über einen italienisch - griechischen Zwischenfall in Albanien.**  
 („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 11. Mai 1916 erste Ausgabe. Nr. 136.)

„Bern, 9. Mai. „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: In der vergangenen Woche erfolgte ein neuer Zwischenfall zwischen griechischen und italienischen Truppen in Albanien. Eine griechische Patrouille feuerte auf eine italienische, diese zog sich ohne Verluste zurück. Der italienische Gesandte *Bosdari* wurde darauf bei *Skuludis* vorstellig und gestern vom König empfangen. Der Audienz wird Bedeutung beigemessen, da man sie mit dem jüngsten Zwischenfall in Zusammenhang bringt. *Bosdari* soll auf freundschaftliche, aber entschiedene Absichten der italienischen Behörden in Valona hingewiesen und die Aufmerksamkeit des Königs auf die delikate Lage gelenkt haben. Anscheinend ist die griechische Regierung geneigt, eine gemischte Kommission aus italienischen und griechischen Offizieren einzusetzen, um eine neutrale Zone zu bestimmen.“

**Nr. 1622. Oesterreichisch - ungarischer Aufruf an die Albaner, Januar 1917.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. Januar 1917. Nr. 28.)

„Wien, 28. Januar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Der Kommandant der österreichisch-ungarischen Besatzungstruppen in Albanien erließ anläßlich des ersten Jahrestages des Einzuges der Truppen in Albanien einen Aufruf an die Albaner, in dem es heißt: Wir sind nicht als Eroberer in Euer Land gekommen, sondern in notwendiger Verfolgung jener Feinde der Monarchie, die gleichzeitig seit jeher Eure Erbfeinde waren. Die österreichisch-ungarische Monarchie war immer bestrebt, die Einheit des albanischen Volkes und Unversehrtheit des albanischen Bodens zu wahren. Leider brachen nach Ausbruch des Weltkrieges Eure alten Widersacher ins Land ein und vernichteten so alle Hoffnungen. Zur Ehre des albanischen Volkes kann gesagt werden, daß nur eine kleine Minderheit gekaufter Verräter sich den Eindringlingen anschloß, während die große Mehrheit des Volkes ihre Hoffnungen auf jene Macht setzte, die seit jeher den Schutz des Albanertums auf ihre Fahnen geschrieben hat. Diese Hoffnungen erfüllten sich, und von Oesterreich-Ungarn ist tatsächlich die Befreiung gekommen. Unsere Befreiungstat ist aufrichtig. Die österreichisch-ungarischen Truppen, die als Freunde in Eurem Lande stehen, und denen sich viele der Besten und Tapfersten unter den Landeskindern zum gemeinsamen Kampfe gegen die Feinde zugesellten, haben vor allem das Ziel der Niederwerfung der Widersacher und die Vollendung der Befreiung des Landes vor Augen. Weiter ist Oesterreich-Ungarn auch bestrebt, unter voller Achtung des angestammten Glaubens, der Sprache, der Rechte und Gewohnheiten des Volkes dem Lande eine geordnete Verwaltung zu geben und durch diese die Sicherheit

der Person, der Ehre und des Eigentums zu gewährleisten, die durch die Wirren und Kriege entstandenen Schäden zu heilen und die künftige gedeihliche Entwicklung der Nation zu fördern. Durch diese Verwaltung soll das albanische Volk dazu erzogen werden, daß es unter Vermeidung der Irrtümer der Vergangenheit das ihm zukommende Recht der Selbstverwaltung möglichst bald auch tatsächlich ausüben könne. Wenn die Vorbedingungen für die Landesautonomie geschaffen sein werden, wird Oesterreich-Ungarn ungesäumt an die Errichtung der albanischen Selbstverwaltung schreiten und wird auch späterhin dem Lande seinen tatsächlichen Schutz nicht vorenthalten. Im Bewußtsein, daß der Allerhöchste Kriegsherr der in Albanien stehenden Truppen auch der Schutzherr aller gerechten nationalen Wünschen der Albaner ist, möge das albanische Volk im Vertrauen auf Oesterreich-Ungarn und seine Wehrmacht mit voller Beruhigung der Zukunft entgegensehen.“

**Nr. 1623. Antwort Kaiser Karls auf die Ansprache der albanischen Huldigungsabordnung in Wien, 17. April 1917.**

(„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 20. April 1917, erste Ausgabe. Nr. 108.)

„Mit besonderer Freude nehmen Ihre Majestät und ich die uns im Namen Albaniens dargebrachten Glückwünsche und die Versicherung der Dankbarkeit des albanischen Volkes entgegen. Seitdem meine heldenmütigen Truppen unter Mitwirkung der tapferen Söhne Albaniens den gemeinsamen Feind zurückgeworfen haben, ist meine Militärverwaltung bestrebt, auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung aller Stämme und Konfessionen und unter Achtung der nationalen Eigenart und Sprache sowie der altherwürdigen Rechte und Gewohnheiten des Volkes Vorbereitungen für die künftige Selbstverwaltung des Landes zu schaffen. Ich verfolge diese Bestrebungen mit dem lebhaftesten Interesse und sehe in dem Umstande, daß die Abordnung der albanischen Städte und Landschaften mit dem Führer meiner in Albanien stehenden Truppen vor uns erschienen ist, ein erfreuliches Anzeichen des vollen Verständnisses, welches diese Bestrebungen auf seiten des albanischen Volkes finden. Ich versichere die albanische Nation meines Wohlwollens und meiner aufrichtigen Wünsche für deren künftige glückliche Entwicklung und werde derselben auch weiterhin, wenn mit Gottes Hilfe den Völkern der Friede wiedergegeben sein wird, zur Verwirklichung und Erhaltung der nationalen Selbstverwaltung meine Förderung und meinen Schutz angedeihen lassen.“

**Nr. 1624. Italienische Proklamation der Unabhängigkeit Albaniens unter dem Protektorat Italiens, 3. Juni 1917.**

(„Corriere della Sera“ vom 15. Juni 1917, Nr. 156.)

„A tutte le popolazioni albanesi!

Oggi, 3 giugno 1917, fausta ricorrenza delle libertà statutarie italiane; noi, tenente generale *Giacinto Ferrero*, comandante del Corpo Italiano di

occupazione in Albania, per ordine del Governo del Re *Vittorio Emanuele III*, proclamiamo solennamente l'unità e l'indipendenza di tutta l'Albania, sotto l'egida e la protezione del regno d'Italia.

Per questo atto, albanesi, avrete libere istituzioni, milizie, tribunali, scuole rette da cittadini albanesi; potrete amministrare le vostre proprietà, il frutto del vostro lavoro a beneficio vostro e per il beneficio sempre maggiore del vostro paese. ●

Albanesi! Dovunque siate, o già liberi nelle terre vostre o esuli nel mondo, o ancora soggetti a dominazioni straniere, larghe di promesse ma di fatto violente e predatrici; voi che di antichissima e nobile stirpe avete memorie e tradizioni secolari che si ricongiungono alla civiltà romana e veneziana; voi che sapete la comunanza degli interessi italo-albanesi sul mare che ci separa e ad un tempo ci congiunge, unitevi tutti quanti siete uomini di buona volontà e di fede nei destini della vostra patria diletta; tutti accorrete all'ombra dei vessilli italiani e albanesi per giurare fede perenne a quanto viene oggi proclamato in nome del Governo italiano per un'Albania indipendente con l'amicizia e la protezione dell'Italia."

**Nr. 1625. Antworten Lord Cecils auf Anfragen im englischen Unterhaus bezüglich der italienischen Erklärung des Protektorats über Albanien, Juni 1917.**  
(„The Times“ vom 12. Juni 1917. Nr. 41502.)

„Lord *R. Cecil*, asked by Mr. *Lees Smith* (Northampton, L.) whether the protectorate declared by the Italian Government over Albania included the district of Epirus, said: — I have as yet no more detailed information regarding the extent of the proclamation than that which has appeared in the Press. Mr. *Lees Smith*. — Is it not the fact that this particular district of Epirus is inhabited by a civilized population with Hellenistic sympathies, who have never wished to be handed over to Italy; and whether, before the Protectorate is made effective, steps will be taken to ascertain their desires? Lord *R. Cecil*. — It is rather a mixed population, some of it Albanian and some Greek, or with Greek sympathies. I do not understand that this proclamation hands over anything or anybody to Italy; I understand that it is a proclamation of the independence of Albania under the protection of Italy. Mr. *Lees Smith*. — Does the Under-Secretary recollect that when the Italians moved troops into the district the Italian Minister at Athens made a public statement that the international status of Epirus would not be altered, and that the movement of troops was for a purely temporary military purpose? Lord *R. Cecil*. — I am afraid I do not remember the exact wording of the statement, but I feel quite sure that, whatever the Italian Government said they will stick to."

**Nr. 1626. Antwort Lord Cecils auf eine Anfrage im englischen Unterhaus bezüglich der italienischen Erklärung des Protektorates über Albanien, Juni 1917.** („The Times“ vom 14. Juni 1917. Nr. 41504.)

„Lord R. Cecil (Hitchin) replying to a question by Mr. King (Somerset, N., L.) about the Italian proclamation of a protectorate over Albania, said: — I understand that the proclamation was issued for purely military reasons, and it was not therefore thought necessary to consult other Governments. The proclamation does not affect, and indeed could not anticipate, the settlement to be arrived at when peace is made.“

**Nr. 1627. Rede des Präsidenten Boselli zur albanischen Frage in der Sitzung der italienischen Deputiertenkammer vom 20. Juni 1917.** („Gazzetta Ufficiale del Regnq d'Italia“ vom 21. Juni 1917. Nr. 146.)

„... Il recente proclama del Comando delle nostre truppe in Albania ha pubblicamente riconfermato lo speciale interessamento del Governo italiano alle sorti di quella valorosa regione, che sono intimamente connesse, non meno del diretto e sicuro nostro possesso di Valona e del suo territorio, con l'assetto generale dell'Adriatico, questione vitale per l'Italia.

Propugniamo l'indipendenza dell'Albania, in conformità dei principj generali che informano le nostre alleanze e che sono stati ancora di recente e con tanta eloquenza proclamati dal Governo degli Stati Uniti oltrechè dalla nuova Russia liberale.

L'Italia non ha nei riguardi dell'Albania altre mire che di difesa contro ogni prevedibile ingerenza o insidia di terze potenze, garantendole essa la piena disposizione di sè stessa all'interno e patrocinandone le legittime ragioni e gli interessi nel consesso delle nazioni. Spetterà poi alle potenze riunite pel trattato della pace generale il compito di determinare i precisi confini dello Stato albanese di fronte a quelli vicini.

Durante la guerra necessità di cose per ogni Governo locale dovrà dipendere dal Comando militare, pur ispirandosi questo al maggior rispetto delle usanze e degli interessi esistenti; conclusa la pace, gli albanesi stessi statuiranno liberamente sui propri ordinamenti interni così politici come amministrativi, economici o civili.“

**Nr. 1628. Protest des Fürsten von Albanien gegen die Proklamation Italiens vom 3. Juni, im Juli 1917\*).**

Protest gegen die rechtswidrige Proklamation Italiens.

Waldenburg in Sachsen, im Juli 1917.

Am 3. Juni d. J. hat Italien durch den italienischen General Ferrero in Valona „ganz Albanien“ als einen „unabhängigen“, aber unter dem Pro-

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

tektorate Italiens stehenden Staat proklamiert. Aus dem Tenor der Proklamation geht hervor, daß Italien dabei als nominellen „Herrscher“ dieses seines usurpierten Schutzgebietes einen durch Italien neu einzusetzenden Fürsten im Auge hat. Es hieße meine Pflicht gegen das mir trotz aller Anstrengungen meiner Feinde treu gebliebene albanische Volk grüßlich verletzen, wollte ich diesem beispiellosen Willkürakte, der in Wirklichkeit nichts anderes als die Unterjochung meiner freiheitliebenden Albaner anstrebt, schweigend gegenüberstehen.

In vorliegender Denkschrift ist dargelegt, wie durch die Zwistigkeiten zwischen den Garantiemächten Albaniens, insonderheit aber durch die Machenschaften Italiens, meine Regierung so erschwert wurde, daß beim Ausbruche des Weltkrieges mein vorübergehendes Verlassen des Landes sich als schwere, aber unabweisbare Pflicht ergab. Seit meiner Abreise hat mein Volk mir stetig erneut, durch Deputationen wie auf brieflichem Wege, die Bitte ausgesprochen, daß ich zurückkehren und die Regierung wieder übernehmen möchte. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß es mein fester Entschluß ist, diesen Wunsch meines Volkes zu erfüllen, sobald die politische Weltlage das ermöglicht. Ich fühle mich enig mit meinem Volke in dem Bewußtsein, daß die Zukunft meines Landes Albanien nur in der Wiederherstellung des Rechtszustandes erblickt werden kann, also nur in der Ermöglichung meiner ungehinderten Ausübung der mir durch ein einstimmiges Mandat der Mächte und den Willen Albaniens übertragenen Herrschaft!

Angesichts aller in vorliegender Denkschrift dargelegten Tatsachen protestiere ich hierdurch feierlich und in aller Form gegen die in der italienischen Proklamation vom 3. Juni zu erblickende Anmaßung, daß Albanien ein Land sei, über das jeder, der die Macht dazu hat oder zu haben glaubt, nach eigenem Ermessen frei verfügen dürfe. Ich erhebe somit Einspruch gegen diese Proklamation, welche meine, des rechtmäßigen Herrschers von Albanien, Rückkehr verhindern und mein Land seiner Selbständigkeit berauben will. Diese Erklärung, die ich auch für meine gesetzlichen Nachfolger ablege, soll ausdrücken, daß ich dadurch jeden Angriff auf die Souveränitätsrechte abwehren will, die mir gebühren und die von allen auf der Londoner Botschafterkonferenz vertretenen Mächten feierlich garantiert wurden. Ich betone ferner ausdrücklich, daß ich niemals auf die Souveränitätsrechte über mein Land verzichten werde und dementsprechend alle Regierungshandlungen und Erklärungen, welche die Kgl. Italienische Regierung usurpatorisch in meinem Lande vollzogen hat oder noch vollziehen wird, für null und nichtig erkläre.

gez.: *Wilhelm*,  
Fürst von Albanien,  
Prinz zu *Wied*.

## b) Argentinien.

**Nr. 1629. Denkschrift der argentinischen Regierung vom 3. Januar 1916.**

(A. B. \*) S. V—XIX.)

El 28 de Noviembre de 1915 (documentos Nr. 1 y 2) fué apresado en el Atlántico, por el crucero auxiliar de la flota británica „Orama“, el vapor „Presidente Mitre“ que iba de viaje de Buenos Aires a los puertos del litoral marítimo argentino.

El „Presidente Mitre“, perteneciente a la compañía alemana Hamburgo Sud Americana, enarbolaba bandera argentina por estar inscripto en la matrícula nacional (documento No 3). Tanto este buque como los demás de la misma empresa que servían la línea del Sur estaban afectados exclusivamente a la navegación de cabotaje. Su incorporación a la marina mercante del país databa de muchos años y su itinerario había estado siempre con traído a los puertos de la costa argentina.

La ley No 7049, que rige el cabotaje, reserva esta navegación a los buques nacionales, pero establece, al propio tiempo, condiciones sumamente amplias para reconocer ese carácter a los que quieran gozar de sus franquicias. A diferencia de lo que ocurre en otros países no impone, entre los requisitos de admisión, la nacionalidad de los propietarios. El decreto reglamentario se limita a exigir que el capitán y la tercera parte de los tripulantes, sean ciudadanos, nativos o naturalizados. Su propósito ha sido facilitar el desenvolvimiento de la marina mercante, con arreglo a las necesidades del país que, teniendo extensas costas marítimas y fluviales, carece todavía de elementos propios para asegurar en ellas servicios regulares de navegación.

Dentro del sistema adoptado por la ley Nr. 7049, la Compañía Hamburgo Sud Americana, no solo había incorporado sus buques a la flota nacional sino que se había vinculado estrechamente a los intereses del comercio argentino, desempeñando con tanta regularidad como eficacia los servicios que tenía a su cargo.

Después de producida la guerra europea sus buques continuaron sin entorpecimiento la carrera de la costa sur, al amparo del pabellón neutral que los cubría. La declaración de Londres, de 1909, había establecido en su artículo 57 que „el carácter neutral o enemigo de un buque se determina por el pabellón que tiene derecho de llevar“ y si bien ese acto internacional no estaba ratificado por las potencias signatarias, los beligerantes habían

\*) **Argentinisches Blaubeuch:**

República Argentina. Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto. El apresamiento del vapor „Presidente Mitre“. Documentos oficiales. Buenos Aires 1916.

(Anggeführt als A. B.)

Herausgeber.

convenido en adoptarlo como norma de conducta, al comienzo de la actual guerra, con algunas modificaciones ajenas al caso en cuestión. De acuerdo con la regla enunciada, el „Presidente Mitre“ y los demás barcos que se hallaban en iguales condiciones eran considerados como argentinos y estaban, por consiguiente, libres de toda hostilidad.

Pero, con fecha 25 de Octubre de 1915, el gobierno británico publicó la „order in council“ dictada el 20 del mismo mes, que declaraba abrogado el artículo 57 de la declaración de Londres y restablecidas las reglas que con anterioridad a ella habían aplicado los tribunales de presas. Pocos días después de dictado aquel decreto (23 de Octubre), el gobierno de Francia revocaba también la garantía del pabellón neutral disponiendo que en lo sucesivo „si queda establecido que los intereses en la propiedad de un navío que iza pabellón enemigo pertenecen de hecho a nacionales de un país neutral o aliado, o, reciprocamente, que los intereses en la propiedad de un buque que iza pabellón neutral o aliado pertenecen de hecho a nacionales de un país enemigo o a personas que residen en país enemigo, el buque será en consecuencia reputado neutral, aliado o enemigo“.

La aplicación de la nueva orden británica dió lugar a que los buques de la Compañía Hamburgo Sud Americana, alectados a la navegación argentina, perdieran la inocuidad que ante aquel gobierno les daba la bandera neutral. De ahí el apresamiento del „Presidente Mitre“ por la flota del Atlántico.

Cuáles eran las reglas anteriores que según la orden en consejo de 20 de Octubre volvían a imperar en la Gran Bretaña para la determinación del carácter neutral o enemigo de los buques?

Las resumía aquel gobierno en el memorándum presentado a la Conferencia de Londres, en las siguientes conclusiones:<sup>1)</sup>

1. — El principio adoptado por los tribunales británicos ha sido considerar el domicilio del propietario como el elemento dominante para decidir si la propiedad capturada en tiempo de guerra es propiedad enemiga, pero a este respecto el principio no está limitado, de todo punto de vista, al domicilio de origen o a la residencia, sino que se aplica del modo siguiente:

a) Se considera que una persona domiciliada en un país neutral, pero teniendo una casa de comercio en país enemigo, adquiere un domicilio comercial en el país enemigo, desde el punto de vista de las operaciones que allí nacen; pero las demás propiedades de ese propietario no se encuentran afectadas.

b) Un domicilio comercial que no es el domicilio de nacionalidad, si se toman efectivamente medidas de buena fe para abandonar ese domicilio en beneficio de otro, sin ánimo de volver.

2. — Este principio se aplica igualmente en el caso de un individuo, de una sociedad o de una corporación, entendiéndose en los dos últimos casos que la residencia está en el lugar de donde es conducida la operación.

<sup>1)</sup> Proceedings of the international naval conference held in London, pág. 41.



## b) Argentinien.

**Nr. 1629. Denkschrift der argentinischen Regierung vom 3. Januar 1916.**

(A. B. \*) S. V—XIX.)

El 28 de Noviembre de 1915 (documentos Nr. 1 y 2) fué apresado en el Atlántico, por el crucero auxiliar de la flota británica „Orama“, el vapor „Presidente Mitre“ que iba de viaje de Buenos Aires a los puertos del litoral marítimo argentino.

El „Presidente Mitre“, perteneciente a la compañía alemana Hamburgo Sud Americana, enarbolaba bandera argentina por estar inscripto en la matrícula nacional (documento No 3). Tanto este buque como los demás de la misma empresa que servían la línea del Sur estaban afectados exclusivamente a la navegación de cabotaje. Su incorporación a la marina mercante del país databa de muchos años y su itinerario había estado siempre con traído a los puertos de la costa argentina.

La ley No 7049, que rige el cabotaje, reserva esta navegación a los buques nacionales, pero establece, al propio tiempo, condiciones sumamente amplias para reconocer ese carácter a los que quieran gozar de sus franquicias. A diferencia de lo que ocurre en otros países no impone, entre los requisitos de admisión, la nacionalidad de los propietarios. El decreto reglamentario se limita a exigir que el capitán y la tercera parte de los tripulantes, sean ciudadanos, nativos o naturalizados. Su propósito ha sido facilitar el desenvolvimiento de la marina mercante, con arreglo a las necesidades del país que, teniendo extensas costas marítimas y fluviales, carece todavía de elementos propios para asegurar en ellas servicios regulares de navegación.

Dentro del sistema adoptado por la ley Nr. 7049, la Compañía Hamburgo Sud Americana, no solo había incorporado sus buques a la flota nacional sino que se había vinculado estrechamente a los intereses del comercio argentino, desempeñando con tanta regularidad como eficacia los servicios que tenía a su cargo.

Después de producida la guerra europea sus buques continuaron sin entorpecimiento la carrera de la costa sur, al amparo del pabellón neutral que los cubría. La declaración de Londres, de 1909, había establecido en su artículo 57 que „el carácter neutral o enemigo de un buque se determina por el pabellón que tiene derecho de llevar“ y si bien ese acto internacional no estaba ratificado por las potencias signatarias, los beligerantes habían

**\*) Argentinisches Blaubuch:**

República Argentina. Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto. El apresamiento del vapor „Presidente Mitre“. Documentos oficiales. Buenos Aires 1916.

(Anggeführt als A. B.)

Herausgeber.

convenido en adoptarlo como norma de conducta, al comienzo de la actual guerra, con algunas modificaciones ajenas al caso en cuestión. De acuerdo con la regla enunciada, el „Presidente Mitre“ y los demás barcos que se hallaban en iguales condiciones eran considerados como argentinos y estaban, por consiguiente, libres de toda hostilidad.

Pero, con fecha 25 de Octubre de 1915, el gobierno británico publicó la „order in council“ dictada el 20 del mismo mes, que declaraba abrogado el artículo 57 de la declaración de Londres y restablecidas las reglas que con anterioridad a ella habían aplicado los tribunales de presas. Pocos días después de dictado aquel decreto (23 de Octubre), el gobierno de Francia revocaba también la garantía del pabellón neutral disponiendo que en lo sucesivo: „si queda establecido que los intereses en la propiedad de un navío que iza pabellón enemigo pertenecen de hecho a nacionales de un país neutral o aliado, o, recíprocamente, que los intereses en la propiedad de un buque que iza pabellón neutral o aliado pertenecen de hecho a nacionales de un país enemigo o a personas que residen en país enemigo, el buque será en consecuencia reputado neutral, aliado o enemigo“.

La aplicación de la nueva orden británica dió lugar a que los buques de la Compañía Hamburgo Sud Americana, afectados a la navegación argentina, perdieran la inmunidad que ante aquel gobierno les daba la bandera neutral. De ahí el apresamiento del „Presidente Mitre“ por la flota del Atlántico.

Cuáles eran las reglas anteriores que según la orden en consejo de 20 de Octubre volvían a imperar en la Gran Bretaña para la determinación del carácter neutral o enemigo de los buques?

Las resumía aquel gobierno en el memorándum presentado a la Conferencia de Londres, en las siguientes conclusiones:<sup>1)</sup>

1. -- El principio adoptado por los tribunales británicos ha sido considerar el domicilio del propietario como el elemento dominante para decidir si la propiedad capturada en tiempo de guerra es propiedad enemiga: pero a este respecto el principio no está limitado, de todo punto de vista, al domicilio de origen o a la residencia, sino que se aplica del modo siguiente:

a) Se considera que una persona domiciliada en un país neutral, pero teniendo una casa de comercio en país enemigo, adquiere un domicilio comercial en el país enemigo, desde el punto de vista de las operaciones que allí nacen; pero las demás propiedades de ese propietario no se encuentran afectadas.

b) Un domicilio comercial que no es el domicilio de nacionalidad, si se toman efectivamente medidas de buena fe para abandonar ese domicilio en beneficio de otro, sin ánimo de volver.

2. -- Este principio se aplica igualmente en el caso de un individuo, de una sociedad o de una corporación, entendiéndose en los dos últimos casos que la residencia está en el lugar de donde es conducida la operación.

<sup>1)</sup> Proceedings of the international naval conference held in London, pág. 41.

3. — En el caso de una sociedad en que uno o varios asociados estén domiciliados en territorio enemigo, la propiedad no confiscable por otros motivos como propiedad enemiga, se presume dividida proporcionalmente entre los socios, y la parte atribuida a un socio domiciliado en territorio enemigo, se presume propiedad enemiga<sup>2</sup>.

La jurisprudencia británica había establecido reglas que concordaban con los principios citados y que interesaba tener presentes en el caso del vapor „Presidente Mitre“ porque a contrario sensu podían ofrecer un argumento en favor de la gestión argentina. Esas reglas las sintetizan Charles de Boeck y Sir Travers Twiss en los siguientes términos: „El empleo que se da a un buque puede imprimirle un carácter nacional, cualquiera que sea el domicilio del propietario, y cualquiera que sea el pabellón que enarbole el mismo buque<sup>3</sup>. „Un buque habitualmente empleado en el comercio de un país enemigo, forma en realidad parte integrante de la marina mercante del mismo“<sup>3</sup>). •

Si bien estas reglas contemplan directamente el caso de que un buque de propiedad neutral esté dedicado al servicio exclusivo de un país enemigo, en cuyo supuesto deciden la validez de la presa, parece equitativo que, invirtiendo el raciocinio la captura sea improcedente cuando un buque de propiedad enemiga está dedicado al servicio exclusivo de un país neutral.

En apoyo de la doctrina que determina el carácter del buque por la naturaleza de los servicios a que se le destina, obran como antecedente de jurisprudencia, los argumentos invocados por el juez Story, en el caso del „San José Indiano“:<sup>4</sup>)

„La propiedad de una persona puede adquirir un carácter hostil, del todo independiente del carácter peculiar á esa persona, determinado por el domicilio, o en otras palabras, el origen de la propiedad o el servicio a que se la destina pueden imprimirle un sello hostil, aun cuando el propietario resulte ser un neutral domiciliado en país neutral“.

„Cuando alguien se halla comprometido en el comercio ordinario o extraordinario de un país enemigo, gozando de las mismas ventajas que los súbditos nativos y residentes, su propiedad así empleada debe considerarse incorporada al comercio general de dicho país“.

Cabe también citar, por analogía, la jurisprudencia sentada por el juez británico *W. Scott* en el caso del buque „Vrouw Anna Catherina“<sup>5</sup>), en el cual, debiendo juzgar el carácter hostil o neutral de una mercadería proveniente de una plantación en país enemigo, pero perteneciente a un neutral,

<sup>2</sup>) *Charles de Boeck*. — De la propriété privée ennemie sous pavillon ennemi, § 181, pág. 195.

<sup>3</sup>) *Sir Travers Twiss*. — The law of nations, on the rights and duties of nations in time of war, § 155, pág. 308.

<sup>4</sup>) *San José Indiano* and cargo, 2 *Gallison*, pág. 28.

<sup>5</sup>) The „Vrouw Anna Catherina“, 5 *Ch. Robinson*, Reports of cases, etc., p. 168.

residente en país neutral, decidió su condenación: „en virtud de que su propietario se había incorporado a los intereses permanentes de la nación, como terrateniente, y debía ser considerado como haciendo parte de dicho país, en el presente caso, independientemente de sus relaciones personales y de su ocupación“; y, con este, muchos otros principios de la misma jurisprudencia británica que pueden estudiarse en *Boeck*<sup>6)</sup>, *Calvo*<sup>7)</sup>, y *Twiss*<sup>8)</sup> y de los cuales se deducen las siguientes reglas<sup>9)</sup>, aplicables por inversión las dos primeras, y la última directamente, a los buques con bandera argentina, aun de propiedad extranjera, que se dedican permanentemente a una navegación reservada en todo tiempo a los barcos de pabellón nacional:

1. Que si un comerciante nativo de un Estado neutral y residente en su país de origen, hace en una nación beligerante un comercio privilegiado que no es permitido a los extranjeros, sino sujetándose a determinadas condiciones (tales como las que, por ejemplo, fija la ley argentina sobre navegación de cabotaje), sus bienes, comprometidos en tal comercio, serán reputados enemigos y sujetos a confiscación.

2. Que las mercaderías exportadas de un país enemigo por cuenta de una casa de comercio cuyos dueños están domiciliados en país neutral, deben ser reputadas enemigas y confiscadas *jure belli*, si aquella casa tiene en el país enemigo un agente comercial fijo para realizar en él un comercio privilegiado.

3. Que si un comerciante tiene establecimientos comerciales en dos países diferentes, de los cuales uno es enemigo y el otro neutral, en lugar de investigar en qué país se encuentra el establecimiento principal, las cortes de presas británicas y norteamericanas consideran propiedad enemiga aquellos bienes que se encuentran, puede decirse, incorporados al comercio general del enemigo, y declaran exentos de captura aquellos que se hayan incorporados al comercio general del enemigo, y declaran exentos de captura aquellos que se hayan incorporado al comercio general del país neutral<sup>10)</sup>.

Por último, como antecedentes diplomáticos dignos de nota, y en apoyo de la tesis de que, independientemente de la nacionalidad o domicilio del propietario, los servicios habituales a que se destina un barco le imprimen un carácter nacional en el dominio del derecho de gentes — haciendo caso omiso de los efectos jurídicos internos que puedan producir las leyes nacionales que rigen tales servicios — hubieran podido mencionarse algunos casos que cita Bassett Moore<sup>11)</sup>, tales como la respuesta del Secretario de

<sup>6)</sup> Obra citada, § 186, p. 207.

<sup>7)</sup> Droit int., 3a edición, III, § 1690.

<sup>8)</sup> Obra citada, § 156, p. 309 y 310.

<sup>9)</sup> The „Anna Catherina“, 4 Rob., p. 119; The Jonge Klassina, 5 Rob., p. 303; The Portland, 3 Rob., p. 41; The Friendschaft, 4 Wheaton, p. 105.

<sup>10)</sup> The Jonge Klassina, 5 Rob., p. 303; Twiss, obra citada, § 156, p. 309-310; Hall. International Law, § 168, p. 431; Boeck, obra citada, § 186, p. 208.

<sup>11)</sup> International Law Digest, tomo II, § 328, p. 1071 y siguientes.

Estado de los Estados Unidos, Mr. *Seward*, a Mr. *Burton*, en 16 de Enero de 1862, declarando que: „la matrícula americana de un buque no da derecho a su propietario, aun en el caso de ser ciudadano residente aquí (en los Estados Unidos), para considerarse exento de la acción de las leyes de Nueva Granada. si el barco, en lugar de ser empleado en el comercio general, es utilizado en el comercio y navegación internos de Nueva Granada por un período indeterminado y sin el propósito de volver a nuestras aguas o de emplearse en nuestro comercio nacional“; o la nota del mismo Mr. *Seward* a Mr. *Sullivan*, ministro en Colombia, en Diciembre 4 de 1867, ordenándole que informara a un súbdito norteamericano, Mr. *Schuber*, que „cuando un ciudadano de los Estados Unidos, domiciliado en país extranjero, se compromete en un servicio de navegación costera generalmente vedado a nuestros barcos, en virtud de un permiso especial del gobierno de ese país, será considerado, aun cuando aquel gobierno le permita que navegue su buque bajo nuestro pabellón, como habiendo decidido colocarse bajo la exclusiva protección del gobierno de cuyo permiso disfruta y a cuya marina mercante se halla incorporado, y como habiendo renunciado a reclamar la protección de este gobierno para su barco, mientras lo tenga dedicado a aquellos servicios“.

Entre los casos, antes mencionados, que registran la jurisprudencia británica y norteamericana, no se encuentra sin embargo el de un buque de propiedad enemiga haciendo un servicio exclusivamente reservado a la marina de un país neutral, como el del „Presidente Mitre“.

Toda las sentencias dictadas en virtud de dicha doctrina lo habían sido contra buques neutrales que prestaban servicios en la marina enemiga o que beneficiaban al enemigo mediante esos servicios. La misma hipótesis que la Conferencia de Londres había tenido en vista al declarar que el art. 57 no se refiere al barco que „se dedica a una navegación reservada en tiempo de paz“, parecía ser -- aun cuando en buena lógica no debiera restringirse de ese modo -- únicamente la del neutral que sirve al enemigo, puesto que no solo las palabras „navire neutre“ figuran expresamente en dicho artículo, sino que también, como nos lo dice el relator de la conferencia<sup>12)</sup>, la comisión de estudio y la asamblea plenaria consideraron el problema bajo un mismo aspecto, asimilando la cuestión a la de la asistencia hostil.

El punto que se planteaba con el apresamiento del „Presidente Mitre“ venía pues a ser interesante y cualquiera que fuese la solución que le diesen las cortes de presas, en el caso de ser llevado ante ellas, estaba llamada a adquirir valor doctrinario en el derecho internacional, ya fuera como extensión de la regla general que determina el carácter del buque por su destino o como derogación de esa misma regla cuando se tratase de buques enemigos al servicio de países neutrales.

<sup>12)</sup> Proceeding of the international naval conference, p. 369.

Dejando de lado las cuestiones que planteaba la afectación del „Presidente Mitre“ a servicios nacionales, mediaban circunstancias relativas al domicilio de la compañía propietaria, que también requerían atenta consideración por la importancia que podían asumir para determinar el criterio de las gestiones pertinentes.

El buque pertenecía, como se ha dicho, a la Compañía Hamburgo Sud Americana, sociedad que, aun cuando mantenga una agencia en Buenos Aires, de acuerdo con el art. 287 del Código de Comercio es considerada como extranjera, ya que no reúne ninguno de los requisitos que el art. 286 del mismo Código, modificado por la ley Nr. 3528, de 30 de Setiembre de 1896, exige para conceder a las sociedades el carácter nacional, a saber: tener la mayor parte de sus capitales levantados en esta o tener aquí su directorio central y la asamblea de socios.

Ante tales circunstancias, no resultaba invocable cualquier argumento deducido del domicilio principal de la compañía propietaria del barco, si la cuestión había de ser debatida a la luz de la jurisprudencia que el gobierno de S. M. Británica resumía en el Memorándum presentado a la Conferencia naval de Londres de 1908—1909<sup>13</sup>).

El domicilio alemán de la compañía caía de lleno en la regla No 1 del referido Memorándum y las limitaciones a) y b) de la misma regla, relativa la primera a una persona de domicilio neutral que tenga una casa de comercio en país enemigo — o sea precisamente lo contrario del caso ocurrente — y relativa la segunda a los que toman medidas efectivas de buena fe para abandonar el domicilio enemigo, no eran pasibles de ser tomadas en cuenta, sino a contrario sensu, como antes se ha dicho. Es de advertir que esta forma de argumentación hubiera presentado muy pocas probabilidades de éxito, porque la jurisprudencia de praeas no acostumbra asignar igual valor a las circunstancias de hecho cuando tienden a establecer el carácter enemigo y cuando tienden a establecer el carácter neutral. En el primer caso la interpretación suele ser extensiva, mientras en el segundo es restrictiva. Por tal causa, no hubiera podido contarse demasiado en que fuera aceptada la aplicación invertible de las reglas mencionadas.

Tampoco resultaba invocable la regla No 2 del mismo documento. Aun cuando los agentes de la Compañía Hamburguesa Sud-Americana tengan plenos poderes (anexo al documento No 4), para dirigir desde Buenos Aires la rama de servicios de la misma Compañía que explota el comercio de cabotaje argentino con los puertos del sur, tales agentes actúan como delegados y sería difícil en una negociación de buena fe, entre cancillerías, sostener por mucho tiempo que la dirección suprema de la sociedad propietaria no se encuentra en Alemania y que a ella no vayan a dar en gran parte los beneficios del servicio que aquí se efectúa.

Por último, menos provechosa podía ser aún la cita del tercer punto para el objeto inmediato y único que podía proponerse el gobierno argentino,

<sup>13</sup>) Véase supra, p. VI. (= oben Nr. 1629. S. 19. — Herausgeber.)

en la defensa exclusiva de los intereses generales que afectaba el apresamiento del „Presidente Mitre“: la devolución inmediata del barco y la continuación de los servicios que tal apresamiento interrumpía. Si dicha regla podía beneficiar o no a algunos accionistas argentinos, esa cuestión había que plantearla tan solo si las gestiones del gobierno fracasaban y el buque era llevado ante un tribunal de presas.

Por otra parte -- como no podía dejar de ser, tratándose de un documento oficial británico -- las reglas sentadas en el *Mémorandum* corresponden y sintetizan por completo la jurisprudencia de los tribunales de la Gran Bretaña. La primera regla es doctrina hecha a base de los juicios recaídos en los casos del „Postillon“<sup>14)</sup>, „Harmony“<sup>15)</sup>, „Aina“<sup>16)</sup>, y „Gerasimo“<sup>17)</sup>. La limitación a) a la misma regla, es jurisprudencia sentada en los casos del „Jonge Klassina“<sup>18)</sup>, „Vigilantia“<sup>19)</sup> y „Portland“<sup>20)</sup>. La limitación b) se deduce del caso del „Indian Chief“<sup>21)</sup>. La regla No 2 fúndase en casos citados en el juicio, ya mencionado, del „Vigilancia“ y en la sentencia de Lord *Lindley* en el proceso *Janson versus „Driefontein Consolidated Mines“*<sup>22)</sup>. La tercera regla, por fin, está contenida en el caso del „Citto“<sup>23)</sup> y en el caso del „Harmony“, antes indicado. Inútil, pues, hubiera sido buscar en antecedentes jurídicos de esa procedencia.

Hubiera sido más eficaz una argumentación que tomara exclusivamente por base el amparo del pabellón argentino que el „Presidente Mitre“ legalmente enarbolaba? — No hay duda de que, mucho antes de la Conferencia de Londres y de la aprobación del art. 57 que la Orden en Consejo de 20 de Octubre abrogaba, el gobierno y los tribunales de presas británicos tuvieron siempre muy en cuenta la bandera, considerándola como el „primer elemento“, aun que no como „el principal elemento“ para juzgar el carácter hostil o neutral de un buque en tiempo de guerra. „Los buques que tienen pabellón enemigo, dice *Charles Dupuis*<sup>24)</sup> resumiendo las prácticas de la

<sup>14)</sup> Decisions in the High Court of Admiralty, *Hay and Marriott*, 245, 1 „English Prize Cases“ 20.

<sup>15)</sup> 2 C. *Robinson*, 322, 1, E. P. C. 241.

<sup>16)</sup> *Spinks* 8, 2. E. P. C. 247.

<sup>17)</sup> Reports of cases, Privy Council, *Moore*, p. 88, 2 p. 577, 582.

<sup>18)</sup> 5 C. *Rob.*, p. 302, 1 E. P. C., p. 488.

<sup>19)</sup> 1 C. *Rob.*, 1, 1 E. P. C. 31.

<sup>20)</sup> 3 C. *Rob.*, 43.

<sup>21)</sup> 3 C. *Rob.*, 11 1, 1 E. P. C. 251.

<sup>22)</sup> „Law Reports“ 1902, Cour d'Appel, p. 505, también citado por Westlake. „Private International Law“. 5a edición, § 279.

<sup>23)</sup> 3 C. *Rob.* 38.

<sup>24)</sup> *Charles Dupuis*. Le droit de la guerre maritime, d'après les doctrines anglaises contemporaines, § 99, p. 129.

marina británica, están siempre sujetos a captura: el pabellón acusa suficientemente el carácter del barco para que ese carácter no pueda ser puesto en duda". Y *Bassett Moore*, autor norteamericano, que se inspira en los principios británicos tanto como en los concordantes de su propio país, afirma a su vez<sup>25)</sup>: „una bandera nacional constituye en alta mar una prueba prima-facie de que la nacionalidad del buque que la enarbola corresponde a la de esa bandera". Sin embargo, el mismo *Bassett Moore*<sup>26)</sup> añade más adelante: „el domicilio de un comerciante, y no su origen natural determinan el carácter neutral u hostil de su propiedad", y *Sir Travers Twiss*<sup>27)</sup>, sin referirse siquiera al testimonio del pabellón, enseña que „el domicilio determina el criterio para juzgar del carácter nacional en tiempo de guerra", mientras que *Charles Dupuis*, ya citado, después de haber señalado el valor de la bandera enemiga para justificar una presa de guerra, nos explica luego como ahí cesa dicho valor, o en otras palabras, nos dice que „la calidad del propietario es indiferente cuando el pabellón es enemigo, pero preponderante cuando el pabellón es neutral"<sup>28)</sup>, pues teniendo principalmente en cuenta sus intereses de beligerante, la marina británica en sus prácticas, y los tribunales británicos en su jurisprudencia tienden a atribuir el carácter hostil a los buques que pueden contrariar los citados intereses y a considerarlos como enemigos: „sea en razón de su pabellón, sea en razón de la calidad de los propietarios, sea en razón de su empleo"<sup>29)</sup>.

La primera regla es absoluta. Si un buque mercante enarbola pabellón enemigo, aun que su propietario sea neutral, el buque será considerado enemigo para todos los efectos. En este caso la doctrina británica no difiere de la sostenida por Alemania, Austria-Hungría, España, Italia, Holanda y Rusia en el curso de la Conferencia naval de Londres<sup>30)</sup> y que prevaleció en las deliberaciones de dicha asamblea. El pabellón imprime carácter enemigo al buque.

En cambio, si un buque pertenece a una matrícula neutral pero su propietario es enemigo — y así lo considera la jurisprudencia británica si está domiciliado en país enemigo, aun cuando sea neutral — el buque será tenido por enemigo.

Por último, si un buque neutral hace un servicio que durante el tiempo de paz estaba reservado a la marina de la nación enemiga, el servicio de cabotaje por ejemplo, tal buque será considerado enemigo.

Entre la primera y la segunda regla no hay contradicción. Como lo hace notar *Sir Travers Twiss*<sup>31)</sup>, la guerra se hace de Estado a Estado y

<sup>25)</sup> *Bassett Moore*. International law, digest. II, § 321, p. 1002.

<sup>26)</sup> Obra citada, VII, § 1189, p. 424.

<sup>27)</sup> *Sir Travers Twiss*, obra citada, § 152, p. 300.

<sup>28)</sup> *Charles Dupuis*, obra citada, mismo § y página.

<sup>29)</sup> *Dupuis*, obra citada, § 98, p. 128.

<sup>30)</sup> Proceedings of the international naval conference. — Memorandum presentado por cada una de las citadas naciones.

<sup>31)</sup> Obra citada, § 152, p. 300.



no de individuo a individuo; lo que el beligerante busca herir es a la colectividad enemiga, no a cada uno de sus miembros. Por eso el aspecto predominante del carácter enemigo o neutral de un propietario de un buque, no es su nacionalidad sino su domicilio. Si reside en país neutral, aun cuando sea ciudadano del país enemigo, es neutral; y a la inversa, si reside, si está domiciliado en país enemigo, aun cuando sea ciudadano de un país neutral, es enemigo, de facto ya que no de jure, y todo ello por las razones que exponía el juez Story en su ya citada sentencia en el caso del „San José Indiano“<sup>32)</sup>, porque los negocios de esa persona „tienen por efecto directo e inmediato ayudar recursos y renta del enemigo . . . sirven a sus fábricas e industrias, y todos sus provechos se acumulan y circulan en sus dominios y se transforman en objeto regular de impuestos, de la misma manera que si hubieran sido llevados a cabo por los súbditos nativos“.

En estas condiciones, dentro de la jurisprudencia británica el testimonio del pabellón neutral está sujeto a revisión por dos circunstancias: el domicilio del propietario del buque y el destino que se dá al mismo buque. No viene, pues, a ser absoluto dicho testimonio sino cuando indica el carácter hostil del barco — desde que el artículo 57 de la Declaración de Londres dejaba de ser tenido en cuenta y la Gran Bretaña volvió a sus antiguas reglas.

El apresamiento, tal como fué comunicado en un principio y mientras no llegaba una relación más exacta de los hechos (anexo al documento No 25), pudo prima-facie ofrecer dos aspectos: el de un ataque a los derechos argentinos, o el de un agravio al pabellón nacional, en razón de haber sido arriado manu militari — se decía — el que enarbolaba dicho barco.

Después esta versión resultó inexacta. Según la declaración jurada del capitán del „Presidente Mitre“, el jefe de la fuerza británica que se hizo cargo del buque no arrió por sí mismo la bandera, indicó al capitán que ella debía ser arriada, como en efecto lo fué, por mano de un tripulante argentino. De este modo, el apresamiento del barco constituía en sí mismo el punto capital del asunto, no siendo el otro sino una mera consecuencia, un acto episódico y secundario que derivaba directamente de la captura.

Al considerarlo así, el gobierno argentino no hacía sino ajustarse a un criterio que enuncian prestigiosos internacionalistas<sup>33)</sup>, cuando dividen en dos categorías los deberes que ligan a los Estados en su vida de relación: deberes stricti juris, categoría a la cual pertenecen todos aquellos que se relacionan con la obligación de observar la justicia y de respetar la independencia, la igualdad, la propiedad, la legislación y la jurisdicción de los demás Estados, y deberes comitas gentium, o de conveniencia, de cortesía, categoría en la cual están comprendidos los que provienen de las relaciones voluntarias, diplomáticas, comerciales y otras análogas.

<sup>32)</sup> 2. Gallison, p. 28.

<sup>33)</sup> Calvo. — Droit international, libro XV. § 1261, y los autores en él citados: Martens, Vattel, Wheaton, Fiore, etc.

Las obligaciones que emanan de una y otra clase de deberes no revisten igual importancia y no son exigibles en igual grado: un Estado, que no puede dejar de mostrarse exigente respecto a los primeros cuando otra nación los olvida, puede — sin perjuicio para su dignidad — limitarse a hacer notar una omisión a los segundos, o retribuir a lo sumo una falta de cortesía por medio de una ruptura de relaciones, pero sin ir jamás a los extremos a que pueden llegar dos pueblos cuando uno de ellos menoscaba lo que constituye atributo esencial de la soberanía del otro.

Cierto es, como enseñan los autores antes citados, que de una omisión a los deberes comitas gentium, de una falta de consideración o de respeto al pabellón de un Estado o a sus representantes y delegados de cualquier clase: magistrados, ministros públicos, funcionarios, oficiales de tierra y mar, etc., el hecho más grave, el más sensible, es siempre aquel que atañe a la bandera. Aun empero, en este caso, es necesario hacer la distinción entre dos circunstancias y no confundir un ataque u otro acto realizado contra la insignia nacional cuando ella es enarbolada oficialmente,\* y cuando ella es utilizada por particulares, por una casa comercial o un buque mercante, como emblema de su filiación, matrícula o nacionalidad.

Los antecedentes de derecho son terminantes a este respecto. Aparte de las instrucciones, anteriormente mencionadas, del Secretario de Estado Mr. Seward al ministro norteamericano en Colombia<sup>34</sup>, indicándole que aun cuando un buque de propiedad norteamericana, puesto en el servicio de cabotaje de aquel país, enarbolara el pabellón de los Estados Unidos, ese hecho no podía comprometer la soberanía ni asegurarle la protección de dicho Estado, deben mencionarse<sup>35</sup> también las respuestas de otros Secretarios de Estado norteamericanos; Mr. Foster a Mons. Patenoire, ministro de Francia, en Julio 13 de 1892; Mr. Alden al Vizconde de Santo Thyrsó, ministro de Portugal, en Julio 28 de 1897; y Mr. Hay a los embajadores de Alemania *von Mumm* y *von Holleben*, en Octubre 21 de 1899 y Enero 25 de 1900, respectivamente, sosteniendo la doctrina de que los agravios hechos a las banderas enarboladas por particulares no pueden herir a las naciones a quienes tales banderas simbolizan, y por fin la contestación que, en 1861, el Consejo Federal Suizo dió al embajador de Francia en Berna, Mons. Turgot, que había reclamado por los insultos inferidos en el lago de Ginebra a la bandera de un barco francés de recreo. „Así como una sociedad o un particular cualquiera no pueden tener la pretensión de representar a su nacionalidad en país extranjero, decía la nota, así, también, el pabellón enarbolado por individuos sin carácter público no puede pretender al respeto concedido, según los principios del derecho internacional, al pabellón de un personaje investido con carácter oficial, respecto al cual Suiza jamás ha de faltar“.

<sup>34</sup>) *Bassett Moore*. — *International law digest*. tomo II, § 328, p. 1072.

<sup>35</sup>) *Bassett Moore*. — Obra citada. tomo II, § 190, p. 135 y siguientes.

Esta distinción entre el pabellón mercante y el de guerra, distinción basada en el carácter representativo que el segundo reviste y del cual el primero carece, es, por otra parte, muy antigua. En la época en que el ceremonial marítimo era motivo de graves conflictos entre los pueblos, por la pretensión que algunos asumían de querer que fueran saludadas sus escuadras y aun sus buques de guerra aislados por el pabellón de guerra de los demás, ya, según Cleirac<sup>36)</sup>, Felipe II de España hacia dicha distinción, ordenando a sus súbditos que, al pasar delante de cualquier nave de guerra o plaza fuerte de las naciones amigas, saludasen con la bandera que ostenta los colores nacionales o el escudo de la ciudad de que tales buques dependiesen por su matrícula, pero prohibiéndoles terminantemente que lo hiciesen con el pabellón en el cual figuran las armas reales, debiendo defenderse y hasta perderse del todo, antes que hacerlo, si alguien a ello quisiese obligarlos.

En nuestros días la diferencia subsiste, fundándose en la distinta condición jurídica de los buques de guerra y de los buques de comercio<sup>37)</sup> desde que los primeros representan el Estado ante el extranjero, son independientes de jurisdicción extraña aún en los puertos de otros países y sus oficiales, como delegados o agentes de una fuerza pública, asumen un carácter en cierto modo comparable al diplomático, mientras que los barcos mercantes, „equipados — dice Calvo — por particulares para intereses comerciales y personales, aún cuando se hallen colocados bajo la jurisdicción de la nación a la cual pertenecen, en ningún modo pueden representar al gobierno de dicha nación“, sustrayéndose muchas veces a la citada jurisdicción cuando, por ejemplo, se hallan en aguas de otro Estado y a su bordo se produce un hecho que cae bajo la acción de las leyes de dicho Estado.

Es por esta razón que mientras casi todas las ordenanzas marítimas reglamentan minuciosamente el saludo que se debe al pabellón de guerra, los buques mercantes están fuera de todo ceremonial marítimo<sup>38)</sup>. Fué también por ella que el gobierno argentino, en el caso del apresamiento del „Presidente Mitre“ no se detuvo mayormente en el episodio de haber sido arriada la bandera; desentendiéndose de él con tanta más razón cuanto que de la relación de los hechos (anexo documento No 25) se deduce claramente que no hubo, ni pudo haber, en este acto, el mínimo propósito ofensivo contra el pabellón nacional.

---

Desde otro punto de vista el caso planteaba un problema de importancia sobre la correlación de derechos y obligaciones entre beligerantes y neutrales.

---

<sup>36)</sup> *Cleirac*. — *Us et coutumes de la mer*, p. 513, y también *Ortolan*, *Diplomatie de la mer*, I, lib. II, cap. XV, p. 318.

<sup>37)</sup> *Calvo*. — *Obra citada*, libro VI, § 386 y siguientes y libro XVII §§ 1550 y 1551.

<sup>38)</sup> *Calvo*. — *Obra citada*, libro IV, § 242 y *Martens*, *Guide Diplomatique*, § 65.

El „Presidente Mitre“ pertenecía a la matrícula y enarbolaba la bandera argentina en virtud de una ley nacional que establece condiciones determinadas para la incorporación de los buques a la marina mercante de la República, cualquiera que sea la nacionalidad de los propietarios. ¿Podía llegar el derecho de los beligerantes hasta desconocer la validez de esos actos cuando se trataba de buques que realizaban un servicio puramente nacional al amparo de la ley territorial? ¿Bastaba la circunstancia eventual de que esos buques saliesen alguna vez al mar libre, obligados por las contingencias de la navegación costanera, para sustraerlos al imperio jurisdiccional de la República, no obstante su itinerario entre puertos argentinos?

Es indudable que los beligerantes están autorizados para contrarrestar todo concurso prestado al enemigo por medio de arbitrios maliciosos, aun cuando éstos pretendan escudarse bajo la garantía de un pabellón neutral. Por consiguiente, el derecho de los países que permanecen ajenos a la guerra no puede llegar hasta el punto de limitar la acción legítima de los beligerantes, poniendo obstáculos, con el otorgamiento de su bandera, a la persecución contra los enemigos. Surgen así las limitaciones establecidas a la inmunidad del pabellón neutral, de las cuales la más característica es la que consigna el artículo 56 de la declaración de Londres al establecer la presunción de nulidad de las transferencias cuando han sido practicadas con posterioridad a la ruptura de hostilidades.

Pero si esas limitaciones se justifican en la navegación internacional, no parece que puedan extenderse hasta los servicios puramente internos de un país neutral. La navegación de los ríos interiores, por ejemplo, está completamente sustraída a todo procedimiento derivado de la beligerancia y no sería posible someterla a ningún contralor sin menoscabo de la soberanía que la ampara. Es una situación de derecho perfectamente definida, que las convenciones y las doctrinas internacionales reconocen sin discrepancia. Idéntica es desde el punto de vista jurídico la condición de los buques que hacen la carrera de un litoral marítimo nacional. Una situación de derecho no se modifica por un simple hecho eventual, como es el alejamiento momentáneo del buque hacia el mar libre cuando trata de evitar restingas y escollos de la costa. Para que esta circunstancia diese mérito a cualquier acción de los beligerantes, sería necesario asociarla a la sospecha de que el buque persiguiese un propósito doloso, separándose de su itinerario regular con objeto de prestar asistencia al enemigo. Y tal sospecha no sería concebible en mares separados por enormes distancias del teatro de la guerra y donde no existe posibilidad alguna de realizar aquel propósito.

Además, la garantía del pabellón había sido reconocida por las potencias beligerantes al comienzo de la guerra, puesto que habían adoptado como norma de procedimientos la declaración de Londres, cuyo artículo 57 la consagra. Sobre esa base se había creado un régimen de intereses que conciliaba los derechos de beligerantes y neutrales y que subsistió, sin dar motivo a ninguna divergencia, durante un año y medio de guerra. Abrogado el

art. 57, la situación se modificaba de improviso por un acto unilateral que destruía la franquicia reconocida en favor de los neutrales. La legitimidad de esa medida, o por lo menos de las condiciones en que había de aplicársela para no causar perjuicios arbitrarios a los países afectados por ella, podía prestarse a objeciones muy atendibles; pero la elucidación del punto había de ser sometida a los tribunales de presa británicos, que, debiendo sujetarse a las disposiciones dictadas por su gobierno estaban obligados a fundar su fallo en las mismas reglas cuya validez se discutía. A este respecto una nota reciente del gobierno norteamericano formula observaciones de interés doctrinario que conviene consignar aquí: „Buques de nacionalidad extranjera que enarbolan una bandera neutral y encuentran protección en el país de la misma bandera, son capturados sin que medien hechos que fundamenten una sospecha razonable de que están destinados a puertos bloqueados del enemigo, o de que sus cargamentos son contrabando, aunque la existencia de tales hechos sea esencial, según el derecho internacional, para legalizar la captura. Los funcionarios parecen hallar su justificación en las „Orders in council“ y reglamentos del Gobierno Británico, a pesar del hecho de que en muchos de los casos presentes las „Orders in council“ y los reglamentos para su aplicación, son ellos mismos imputados por los demandantes, como contrarios al derecho internacional . . “. „Es evidente, pues, que si los tribunales de presas están sometidos a las leyes y reglamentos de acuerdo con los cuales se efectúan las capturas y detenciones, estos tribunales no tienen facultad para formar juicio sobre el motivo real de la reclamación o para conceder reparación por perjuicios de esta naturaleza“<sup>39)</sup>.

La solución amistosa y conciliadora que dieron al incidente los dos gobiernos interesados se anticipó al debate jurídico que alrededor de los puntos indicados hubiera provocado el desarrollo ulterior de las negociaciones, y el juicio de presas en su caso. Terminado así el asunto, basta esbozar, a título puramente ilustrativo, los antecedentes y problemas que se acaban de mencionar, para poner de relieve el interés que revestía el caso desde el punto de vista del derecho internacional y para indicar las perspectivas que se abren a la consideración del gobierno argentino antes de iniciar sus gestiones ante el británico.

Quedaba á examinar, con independencia de principios y reglas jurídicas, el aspecto puramente diplomático del asunto.

Entre la República Argentina y la Gran Bretaña mediaban, al ocurrir el incidente, las relaciones de cordial amistad y de reciproca consideración, que desde hace muchos años no han dejado nunca de cultivar los dos países.

El Gobierno argentino no tenía motivo alguno para presumir que el de Su Majestad Británica quisiera interrumpir estas vinculaciones ya tradicionales, con un ataque a sus derechos, y menos con un agravio a sus fueros.

<sup>39)</sup> Nota del Embajador de los Estados Unidos en Londres Mr. Page al Secretario de Estado de S. M. B. en el Dep. de R. E., Mr. Grey, 5 de noviembre 1915.

Todo parecía indicar que la aplicación de la regla general establecida por la „order in council“ de 20 de Octubre, se había operado sin tener en cuenta las circunstancias peculiarísimas del caso y sin medir la extensión de los perjuicios que con ella se irrogaba a los intereses argentinos. Y parecía evidente que el Gobierno británico no dejaría de ser accesible a razonamientos, que sin plantear prematuramente la cuestión en el terreno jurídico, le demostrasen la penosa repercusión alcanzada por la captura del „Mitre“ en el sentimiento nacional de la República. Esta consideración, unida al carácter que la naturaleza de sus servicios imprimía al barco apresado, marcaban, desde luego, el rumbo de las negociaciones a promover (documento No 13) y permitían abrigar la esperanza de una inmediata solución conciliadora.

Las previsiones del Gobierno argentino en tal sentido resultaron confirmadas. Bien que reivindicando la legalidad de sus procedimientos en cuanto al hecho de la captura (documento No 40), el Gobierno británico se avino a dejarlo sin efecto, ofreciendo una solución amistosa, que por una parte salvaba el significado del precedente y por otra llenaba con toda amplitud el propósito de la gestión argentina.

El P. E. pudo, sin la menor violencia, desistir de toda controversia sobre la cuestión general, porque logrados sus designios con la libertad del buque apresado y la inmunidad de los demás, no tenía objeto alguno en plantear una discusión teórica y doctrinaria que no respondía ya a ningún fin práctico. Pudo igualmente renunciar a toda reclamación ulterior, como consecuencia del apresamiento, porque aun cuando considerase sólidamente fundada la defensa de su causa, debía reconocer también su mérito a algunos de los argumentos que el Gobierno británico estaba en situación de invocar a favor de su actitud.

Las razones enunciadas y las concordantes de los mensajes presentados a oportunidad al *H. Congreso* (documentos No 28 y 45), explican la línea de conducta seguida por el P. E. ante el apresamiento del vapor „Presidente Mitre“ y permiten apreciar en sus líneas dominantes las cuestiones de diversa índole que ha planteado el asunto a la atención del país y del Gobierno.

Enero 3 de 1916.

# **Nr. 1630. Telegramm- und Schriftwechsel über die Aufbringung des Dampfers „Präsident Mitre“.**

(A. B. S. 3 - 63.)

No 1.

Telegrama.

Montevideo, Noviembre 29 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

Este consulado británico comunica que un crucero inglés ha apresado hoy al buque argentino „Presidente Mitre“ procedente de Buenos Aires cuyos pasajeros y correspondencia serán desembarcados hoy en este puerto.

Saludo a V. E.

Moreno,  
Ministro Argentino.

## No 2.

Legación de la Republica Argentina.

Nr. 463.

Montevideo, Noviembre 29 de 1915.

Señor Ministro:

El consulado británico en esta capital me acaba de comunicar que un crucero inglés ha apresado el vapor argentino „Presidente Mitre“ procedente de Buenos Aires, destinado a los puertos del sur, es decir, a un buque que hace el comercio de cabotaje entre puertos de la República.

El consulado me previene que los pasajeros y correspondencia de dicho vapor serán desembarcados hoy a las 4 de la tarde en este puerto.

Este incidente desagradable lo he puesto en conocimiento de V. E. en un despacho que dice así: „A Ministro de Relaciones Exteriores — Buenos Aires — No 17 — Este consulado británico comunica que un crucero inglés, ha apresado hoy al buque argentino „Presidente Mitre“, procedente de Buenos Aires, cuyos pasajeros y correspondencia serán desembarcados hoy en este puerto. Saludo a V. E. — (Ido.) Ministro Argentino.“

Espero instrucciones de V. E. para proceder, y entre tanto me es grato reiterar al señor ministro la expresión de mi más alta consideración.

*Enrique B. Moreno,*

Ministro Argentino.

A S. E. el Señor Ministro de Relaciones Exteriores y Culto.

*Doctor José Luis Murature.*

## No 3.

## Memorandum.

El vapor „Presidente Mitre“ ingresó a la matrícula nacional el año 1907, estando inscripto con el número 12.267.

Sus dimensiones son: eslora 104.62 mts. Manga 12.80 metros. Puntal 5.53 mts. Tonelaje de registro 2.189 tls.

Con fecha 27 salió de Buenos Aires para Río Gallegos con pasajeros, carga y correspondencia.

Su tripulación está compuesta en la siguiente forma:

Capitán, primero, segundo y tercer oficial . Argentinos

Primer y segundo oficial . . . . . Argentinos

Primer y tercer maquinistas . . . . . Argentinos

## Personal Subalterno Argentino.

Un mayordomo. Un repostero. Cinco mozos. Dos cocineros. Un pastelero. Un carpintero. Dos contramaestres. Un patrón de lancha. Seis marineros. Un capataz. Un peón. Tres carboneros. Tres aprendices foguistas. Un radiotelegrafista.

Total: 28 de personal subalterno, y ocho oficiales o sean 36 individuos argentinos de las 81 personas de que se compone la tripulación de dicho buque.

De los 45 tripulantes restantes, 11 son alemanes y el resto de diversas nacionalidades que se descomponen así:

Paraguayos . . . . .	3
Italiano . . . . .	1
Suizo . . . . .	1
Portugués . . . . .	1
Españoles . . . . .	28

Fdo. — *D. Rojas Torres.*

Estos datos son tomados del Rol que lleva el buque.

Es copia fiel.

Fdo. *R. Camino.*

Hay un sello que dice Ministerio de Marina, Secretaría del ministro.

#### No 4.

A S. E. el Señor Ministro de Relaciones Exteriores y Culto,

*Don José Luis Murature.*

S. D.

*A. M. Delfino y Hermano*, constituyendo domicilio en sus escritorios, calle Sarmiento No 442, a V. E. como mejor proceda diciendo:

#### I

Que venimos a confirmar nuestra comunicación verbal a ese Ministerio, relativa al apresamiento, por cruceros ingleses, del vapor „Presidente Mitre“ dedicado al tráfico entre este puerto y los de la Patagonia.

La primera noticia, que fué la que llevamos al despacho de V. E. ha sido desgraciadamente corroborada por un telegrama que acabamos de recibir de nuestros agentes en Montevideo. Dicho telegrama dice así:

„Orama“ atracado costado „Mitre“ ocho millas de la Rada: Ministro Inglés comunicó Capitanía que „Orama“ bajaría alrededor 200 pasajeros „Mitre“ aquí. Cisplatino.“

En presencia de este hecho y tratándose de un barco inscripto en la Matrícula Argentina, desde hace ocho años y que viaja con pasajeros y mercaderías de Buenos Aires para los puertos propios de la República, ocurrimos ante V. E. dejando constancia de los hechos producidos y solicitando del Gobierno Nacional las medidas conducentes a la protección de nuestros derechos injustamente lesionados.

Saludamos a V. E. con la más distinguida consideración.

*A. M. Delfino y Hermano.*

Buenos Aires, Noviembre 29 de 1915.

#### Anexo al documento No 4.

Dr. *G. Bartels*, Dr. *G. von Sydow*, Número del Registro 26791.

Dr. *G. A. Remé* y Dr. *H. Ratjen*.

Notarios publicos.

Hamburgo.

Hay una estampilla de 2½ Marcos y sobre ella un sello que dice: *Hans Rudolf Ratjen* — Notariatssie gel y escrito con tinta lo siguiente: 19/910. — Ley No 26791, Hamburgo.



## Poder.

En esta Ciudad libre y anseática de Hamburgo a diez y nueve de Agosto de mil novecientos diez ante mi *Hans Rudolf Ratjen*, Doctor en jurisprudencia, Notario público y jurado de número y los testigos abajo firmados Doctor Don Bodo *Hans Moltmann* y Don *Otto Lohmann* vecinos de esta ciudad comparecieron. — el Señor Don *Johannes Theodor Amsick*, mayor de edad residente en Hamburgo y el Señor Don *Johannes Cropp*, mayor de edad residente en Gross Flottbek cerca de Hamburgo, ambos Directores de la sociedad por acciones denominada „Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft“ establecida en Hamburgo y según consta de los registros comerciales del Juzgado de primera Instancia de esta ciudad que he tenido a la vista y conforme a los estatutos vigentes de la sociedad referida que me fueron presentados, autorizados para firmar en mancomún la razón social y para representar a la dicha sociedad en toda forma de derecho a quienes doy fé conozco y declararon que en su carácter de representantes de la „Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft“ dan y confieren poder amplio, bastante y cumplido cuanto por derecho se requiere y sea necesario a la casa de comercio *A. M. Delfino y Hermano* en la Ciudad de Buenos Aires, o a cada uno de sus socios gerentes respectivamente, para que en nombre de la „Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft“ como propietaria y armadora de los buques que viajan bajo el pabellón argentino y pertenecen a la Línea Nacional del Sud puedan cuidar de todos los derechos de la dicha sociedad por acciones con respecto a los referidos buques, comparecer ante todas las autoridades, oficinas y registros competentes en la República Argentina, pedir la entrada de la Línea Nacional del Sud en cualquier forma, sea como empresa independiente o como sucursal de la „Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft“ en el Registro correspondiente según las leyes argentinas, estableciendo el sitio de dicha línea en Buenos Aires, dar todas las declaraciones requeridas, firmar las escrituras necesarias y hacer todo cuanto sea menester para la terminación de este asunto, facultándoles a sus dichos apoderados para substituir este poder y obligándose a ratificar e indemnizar según derecho.

Hecho en Hamburgo en el año y día arriba dichos y los señores comparecientes han firmado el presente poder con los testigos después de haber leído y ratificado su contenido. En fé de lo cual firmo yo el Notario, sellándolo con el sello de mi oficio.

Hamburg - Südamerikanische  
Dampfschiffahrts - Gesellschaft.

*Th. Amsick. — Cropp.*

*Dr. Moltmann*  
como testigo.

*Otto Lohmann*  
como testigo.

Hay un sello que dice: *Hans Rudolf Ratjen* Notariatsiegel y en el centro un castillo y debajo de este la palabra Hamburg.

(firmado) *Hans Ratjen*.

Otro sello que dice: Consulado General de la República Argentina.

Visto bueno para la legalización de la presente firma del Escribano Público Señor Doctor *Ratjen*.

Hamburgo, Agosto 19 de 1910.

(firmado) *Francisco Scheil*.

Sobre una estampilla de dos pesos oro hay un sello que dice: Consulado General de la República Argentina — Alemania y debajo de este sello lo siguiente: No de Registro 20898 — No de Arancel 45. Derecho percibido. \$ 2 M. 8,20.

Es copia fiel de su original.

#### No 5.

Telegrama.

Montevideo, Noviembre 30 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

Pasajeros del vapor „Presidente Mitre“ apresado por el crucero auxiliar británico „Orama“, en viaje a la Patagonia, han sido desembarcados en este puerto por el crucero expresado. El Ejército de Salvación se encargó de ellos dándoles alojamiento en algunos hoteles. Preguntan al consulado general quién pagará estos. Posible la agencia de los señores Delfino en Buenos Aires correrá con ellos; dígnese V. E. darme instrucciones. El número de pasajeros alojados es 195. El señor ministro *Moreno* indicó hacer este telegrama a V. E.

Saludo a V. E.

*Ignacio C. Belvis,*  
Cónsul General Argentino.

#### No 6.

Telegrama.

Montevideo, Noviembre 30 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

Vapor „Presidente Mitre“. Consultada la legación aquí, indica un nuevo telegrama a V. E.; el consulado lleno de personas que quieren volver a Buenos Aires esta noche solicitan pasaje. La agencia de la compañía alemana en ésta a que pertenece el vapor apresado se desentiende de éstos. Los cónsules de diferentes nacionalidades de los pasajeros y tripulantes tampoco quieren expedirles pasaje, excepto el ministro inglés que se los ha concedido a sus connacionales. ¿Qué actitud debe observar este consulado general en este caso, para transmitirla a los peticionantes del buque apresado de bandera nacional? La mayoría no tiene dinero y una estadía más larga en Montevideo será onerosa. Hay personas, familias algunas de respetable condición social, que no aceptan pasaje de tercera clase. Ruego a V. E. una resolución.

Saludo a V. E.

*Ignacio C. Belvis,*  
Cónsul General Argentino.

## No 7.

Telegrama.

Buenos Aires, Noviembre 30 de 1915.

Ministro Argentino.

Montevideo.

Con referencia al telegrama de hoy que he recibido del cónsul general sírvase V. E. disponer repatriación por cuenta esta gobierno pasajeros vapor „Presidente Mitre“ y abone gastos.

• *Murature.*

## No 8.

Telegrama (Urgente — Recomendado).

Buenos Aires, Noviembre 30 de 1915.

Ministro Argentino.

Montevideo.

Ampliando mi telegrama puede V. E. dar pasajes de las mismas clases en que viajaban a todos los pasajeros que deseen regresar a ésta.

*Murature.*

## No 9.

Telegrama (Urgente — Recomendado).

Buenos Aires, Noviembre 30 de 1915.

Cónsul General Argentino.

Montevideo.

Con referencia a sus dos telegramas sobre pasajeros vapor „Presidente Mitre“ la legación argentina tiene instrucciones para proceder.

*Murature.*

## No 10.

Ministerio de Marina.

Nr. 1611.

Buenos Aires, Noviembre 30 de 1915.

• Señor Ministro.

Habiendo recibido aviso telegráfico del señor cónsul general argentino en la República Oriental del Uruguay que los alumnos del curso de ingenieros maquinistas de la Escuela Naval Militar, *Benjamín Consentino*, *Odilón Sánchez Negrete* y *Juan S. Contreras*, se encuentran detenidos a bordo del vapor „Presidente Mitre“. apresado por el crucero auxiliar de guerra inglés „Orama“ tengo el agrado de dirigirme a V. E. pidiéndole quiera servirse disponer que la legación en Montevideo reclame sean puestos en libertad y remitidos a esta capital por cuenta de este Departamento.

Estos alumnos son militares argentinos y se hallaban haciendo su viaje de práctica en el manejo de máquinas en el vapor de matrícula nacional „Presidente Mitre“.

Reitero a V. E. las seguridades de mi consideración más distinguida.

*J. P. Sáenz Valiente.*

A S. E. el Señor Ministro de Relaciones Exteriores,

Doctor *José Luis Murature.*

No 11.

Telegrama.

Buenos Aires, Noviembre 30 de 1915.

Ministro Argentino.

Montevideo.

Haga las gestiones necesarias para obtener sean puestos en libertad y remitidos a esta capital por cuenta Ministerio de Marina los alumnos maquinistas de la Escuela Naval Militar: *Benjamín Consentino*, *Odilón Sánchez Negrete* y *Juan S. Contreras*, detenidos en „Presidente Mitre“. Se trata de militares argentinos que hacían viaje de práctica en el manejo de máquinas a bordo vapor de matrícula argentina.

*Murature.*

No 12.

Telegrama.

Montevideo, Noviembre 30 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

Infórmanme que el vapor „Presidente Mitre“ zarpó hoy de este puerto rumbo al sur, lo que impide cumplir las instrucciones de V. E. relativas a los alumnos maquinistas de la Escuela Naval Militar: *Benjamín Consentino*, *Odilón Sánchez* y *Juan F. Contreras*.

Saludo a V. E.

*Enrique B. Moreno*,  
Ministro Argentino.

No 13.

Telegrama.

Buenos Aires, Noviembre 30 de 1915.

Ministre Argentino.

Londres.

Sírvase V. E. pasar a ese Ministro de Relaciones Exteriores la nota siguiente:

„Tengo el honor de comunicar a V. E. que el 29 del corriente ha sido apresado por la escuadra inglesa del Atlántico el vapor „Presidente Mitre“ que iba en viaje a los puertos de la Patagonia. Este vapor pertenece, hace ocho años, a nuestra matrícula y enarbola en consecuencia el pabellón nacional. No cabe la presunción de que haya adoptado la bandera argentina para eludir consecuencias de la guerra, ni de que haya existido posibilidad de mala fe en su caracterización como buque neutral, porque ha hecho siempre, antes y después de la ruptura de hostilidades, el servicio regular de navegación entre la capital de la República y los puertos del litoral marítimo, sin ninguna escala en país extranjero. Aunque las condiciones del mar, en su ruta habitual, lo obligan a separarse con frecuencia de las aguas jurisdiccionales, realiza un servicio puramente costero, con arreglo a la ley de cabotaje. Su capitán y sus tres primeros oficiales, son ciudadanos argentinos. De 81 personas que forman la tripulación, 36 son ciudadanos argentinos, 28 españoles y 11 alemanes. En el viaje actual el vapor llevaba correspondencia y carga, que, por razón de su itinerario, no podían ser sospechosas de infringir ninguna disposición sobre contrabando de guerra.“

„El „Presidente Mitre“, con los demás vapores de la Compañía Hamburgo Sudamericana, que hacen igual recorrido, constituyen desde hace muchos años el único medio de transporte regular entre los puertos argentinos del Atlántico. La paralización de este servicio representa para nuestro país un perjuicio gravoso, que no podía entrar en las previsiones de mi gobierno, tratándose de buques cuyo carácter neutral estaba asegurado por reglas universalmente aceptadas de derecho internacional, no obstante la nacionalidad alemana de la compañía propietaria“.

„En estas condiciones, el apresamiento del „Presidente Mitre“ y la amenaza que el hecho comporta para los demás vapores de la misma línea, ha producido una dolorosa sorpresa en el gobierno argentino, por cuanto la escuadra británica desconoce el amparo del pabellón nacional, prestado a buques que hacen un servicio de carácter únicamente local, que pertenecen a la matrícula del país y que no pueden en forma alguna afectar los intereses de la navegación o del comercio entre países beligerantes“.

„No olvida el gobierno argentino la disposición dictada por el de S. M. Británica con fecha 20 de Octubre ppdo., según la cual queda abrogado el art. 57 de la declaración de Londres, para dejar en vigor los principios observados anteriormente a ella en los tribunales de presas británicos. Pero, sin abrir juicio sobre el fundamento de esa medida, que viene a modificar durante el curso de las operaciones militares los deberes recíprocos de beligerantes y neutrales, el gobierno argentino abrigaba la convicción de que el alcance de la orden referida no podría extenderse nunca hasta el punto de herir directamente en sus intereses a los países ajenos a la contienda y de poner en debate atributos esenciales de su soberanía, como los que se cifran en la protección de la bandera nacional.“

„En medio de las perturbaciones causadas por la guerra, las relaciones de los países beligerantes con los neutrales han podido desenvolverse en un pie de cordial armonía, gracias a las reglas que determinan los derechos y obligaciones de unos y otros, adoptadas por consenso de todos en las serenas deliberaciones de los congresos internacionales“.

„Ha de permitirme V. E. que llame su atención sobre los peligros que representaría la caducidad repentina de esos principios, al dejar en la más completa incertidumbre la situación de los países neutrales frente a los beligerantes y al prolongar en perjuicio de aquellos los efectos ocasionados por la guerra“.

„El gobierno argentino no ha omitido medios para observar los deberes que le impone su neutralidad y para asegurar dentro de su jurisdicción el respeto debido a los derechos y a los intereses de los países amigos comprometidos en la lucha. Con este propósito ha observado, como una norma inflexible de conducta, las reglas corrientes del derecho internacional, aún cuando en muchos casos resultasen perjudiciales para sus propias conveniencias, y ha abrigado la convicción de que el espíritu de justicia de los gobiernos beligerantes aseguraría en su favor una estricta reciprocidad de tratamiento.“

„No se modifica esta persuasión ante la captura del vapor „Presidente Mitre“, acto que el gobierno argentino atribuye a un error de interpretación en el comando de la flota británica y que espera ver reparado por el espíritu ecuaníme de V. E. y de su gobierno. Dada la cordialidad de relaciones que felizmente existe entre nuestros dos países y la magnitud de intereses recíprocos que los vinculan, no puede creer mi gobierno que el de S. M. Británica haya querido inferirle un agravio inmotivado, al arriar por la fuerza su papellón en un buque de matrícula argentina y al obstaculizar un servicio de navegación exclusivamente nacional, establecido bajo el imperio de los principios internacionales vigentes con muchos años de anterioridad a las nuevas disposiciones de la orden de consejo británica“.

En consecuencia y cumpliendo instrucciones expresas de mi gobierno, solicito de V. E. que se dejen sin efecto las medidas de fuerza adoptadas contra el vapor „Presidente Mitre“ y se impartan órdenes a la escuadra británica del Atlántico para que no impida el servicio regular de los demás buques en la navegación entre los puertos argentinos de la costa“.

*Murature.*

No 14.

Legación de la República Argentina.

Nr. 469.

Montevideo, Diciembre 1 de 1915.

Señor Ministro:

He tenido el honor de recibir el telegrama de V. E. fecha de ayer, que dice así: „A Ministro Argentino—Montevideo“. Ampliando mi telegrama puede V. E. dar pasajes de las mismas clases en que viajan, a todos los pasajeros que deseen regresar a ésta. (fdo.) *Murature*. Ministro de Relaciones Exteriores.

A sus efectos fué comunicado inmediatamente al señor cónsul general argentino.

Renuevo a V. E. las seguridades de mi más alta consideración.

*Enrique B. Moreno,*

Ministro Argentino.

A S. E. el Señor Ministro de Relaciones Exteriores y Culto.

Doctor *José Luis Murature*.

No 15.

Telegrama.

Buenos Aires, Diciembre 1 de 1915.

Ministro Argentino.

Londres.

Como complemento mi telegrama y para gestiones inmediatas con el fin de obtener su libertad comunico a V. E. a bordo „Presidente Mitre“ viajaban haciendo aprendizaje, en virtud de arreglo que este gobierno tiene con buques de bandera nacional, oficiales alumnos maquinistas de la escuela naval militar, *Benjamín Consentino, Odilón Sánchez Negrete y Juan S. Contreras.*

*Murature.*

No 16.

Telegrama.

Buenos Aires, Noviembre 30 de 1915.  
 Consul General Argentino.

Montevideo.

Diga que ha hecho el buque inglés con la carga que llevaba el „Presidente Mitre“ y cual la situación de los argentinos naturalizados que viajaban en él.

*Murature.*

No 17.

Telegrama.

Montevideo, Diciembre 1 de 1915.  
 Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

Carga del „Presidente Mitre“ permanece a bordo, fondeado este buque a 30 millas del puerto. Cónsul inglés me dice que esperan órdenes de Inglaterra para disponer que harán con ella. Aquí en el consulado se encuentran ciudadanos argentinos interesados por gran parte de carga a bordo. Anoche se embarcaron para esa la mayoría de los pasajeros, quedando a bordo del Mitre la tripulación y los tres aspirantes a ingenieros maquinistas. De esto está informada esta legación.

Saludo a V. E.

*Ignacio C. Belvis,*  
 Cónsul General Argentino.

No 18.

Telegrama.

Montevideo, Diciembre 1 de 1915.  
 Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

En adición a mi telegrama comunique que la legación británica aquí me asegura que el crucero „Orama“ desembarcará mañana a todos los tripulantes de cualquier nacionalidad que sean procedentes del vapor argentino „Presidente Mitre“ para ser puestos en libertad.

Saludo a V. E.

*Enrique B. Moreno,*  
 Ministro Argentino.

No 19.

Legación  
 de la República Argentina.

No 470.

Montevideo, Diciembre 1 de 1915.

Señor Ministro:

Confirmando haber recibido el telegrama que dice así: „A Ministro Argentino—Montevideo. Haga gestiones necesarias para obtener sean puestos en libertad y remitidos a esta capital por cuenta del Ministerio de Marina los alumnos maquinistas de la Escuela Naval Militar, *Benjamin Constantino*, *Odilón Sánchez Negrete* y *Juan S. Contreras*, detenidos en „Presidente Mitre“. Se trata de militares argentinos que hacían viaje de práctica en el

manejo de máquinas a bordo vapor de matrícula argentina. — (fdo.) *Murature*. Ministro de Relaciones Exteriores.“

Contesté a V. E. en la siguiente forma: „A ministro de Relaciones Exteriores — Buenos Aires. Informame que el vapor „Presidente Mitre“ zarpó hoy de este puerto rumbo al sur, lo que impide cumplir las instrucciones de V. E. relativas a los alumnos maquinistas de la Escuela Naval Militar, *Benjamín Consentino*, *Odilón Sánchez Negrete* y *Juan S. Contreras*. Saludo a V. E. — (fdo.) *Enrique B. Moreno*.“

Esta mañana me puse nuevamente en comunicación con la Legación Británica, la cual me hizo saber lo que puse en conocimiento de V. E. en mi despacho que dice así: „A Ministro de Relaciones Exteriores — Buenos Aires. En adición a mi telegrama comunicóme que la Legación Inglesa aquí me asegura que el crucero „Orama“ desembarcará mañana a todos los tripulantes de cualquier nacionalidad que sean procedente del vapor argentino „Presidente Mitre“ para ser puestos en libertad. Saludo a V. E. — (fdo.) Ministro Argentino.“

Renuevo a V. E. las seguridades de mi más alta consideración.

*Enrique B. Moreno*.

A S. E. el Señor Ministro de Relaciones Exteriores y Culto,  
Doctor *José Luis Murature*.

No 20.

Presidencia  
de la Cámara de Diputados  
de la Nación Argentina

Buenos Aires, Diciembre 1 de 1915.

Al Exmo. Señor Presidente de la Nación.

Tengo el honor de transcribir a V. E. la siguiente resolución sancionada por la *H. Cámara* que presido, en sesión de la fecha.

„La *H. Cámara* de Diputados invita al Ministro de Relaciones Exteriores, a concurrir a su sala en la sesión del Lunes 6 de Diciembre, a fin de dar las explicaciones que considere compatibles con los intereses públicos sobre el apresamiento del vapor correo nacional „Presidente Mitre“.

Dios guarde a V. E.

*Alejandro Carbó*,

Presidente.

*Carlos González Bonorino*,  
Secretario.

No 21.

Telegrama.

Montevideo, Diciembre 2 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

Acaban de desembarcar los tripulantes del vapor „Presidente Mitre“ y entre ellos los tres alumnos de la escuela naval militar, *Benjamín Con-*



*sentino, Odilión Sánchez Negrete y Juan S. Contreras*, los cuales parten esta noche para esa a bordo del vapor „Ciudad de Montevideo“.

Saludo a V. E.

*Moreno,*  
Ministro Argentino.

No 22.

Legación  
de la República Argentina.  
Nc 471.

Montevideo, Diciembre 2 de 1915.

Señor Ministro:

Tengo el honor de confirmar el siguiente despacho telegráfico que con esta fecha he dirigido a V. E. Dice así:

„A Ministro de Relaciones Exteriores — Buenos Aires — Acaban de desembarcar los tripulantes del vapor „Presidente Mitre“ y entre ellos los tres alumnos de la escuela naval militar, *Benjamín Consentino, Odilión Sánchez Negrete y Juan S. Contreras*, los cuales partirán esta noche para esa a bordo del vapor „Ciudad de Montevideo“. — Saludo a V. E. (fdo.) *Moreno*, Ministro Argentino.“

Renuevo a V. E. las seguridades de mi más alta consideración.

*Enrique B. Moreno,*  
Ministro Argentino.

A S. E. el Señor Ministro de Relaciones Exteriores y Culto,  
Doctor *José Luis Murature*.

No 23.

Telegrama.

Londres, Diciembre 2 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

He dado cumplimiento a las instrucciones de sus telegramas.

*Domínguez,*  
Ministro Argentino.

No 24.

Telegrama.

Buenos Aires, Diciembre 3 de 1915.

Ministro Argentino.

Londres.

Queda sin efecto mi telegrama de diciembre 1º; oficiales argentinos han sido puestos en libertad.

*Murature*.

No 25.

Ministerio de Marina.

Buenos Aires, Diciembre 4 de 1915.

Señor Ministro:

El Contralmirante *Daniel Rojas Torres*, Prefecto General de Puertos, a cargo del Despacho del Ministerio de Marina en ausencia del señor Ministro,

tiene el honor de dirigirse a V. E. acompañando a la presente copia legalizada de la protesta formulada por el capitán del vapor nacional „Presidente Mitre“ al llegar al puerto de la capital, con motivo de la captura de dicho buque por parte de un crucero auxiliar de la marina inglesa.

Saluda al señor Ministro con la seguridad de su especial consideración.

*D. Rojas Torres.*

A S. E. el Señor Ministro de Relaciones Exteriores y Culto,

*Doctor José Luis Murature.*

#### Anexo al documento No 25.

En la Capital Federal, a los tres días del mes de Diciembre del año mil novecientos quince, siendo las diez y veinte ante meridiano, compareció ante mí el Oficial de Guardia de la Jefatura del Puerto, una persona que dijo llamarse *Bernardo Janssen*, ser ciudadano naturalizado, de origen alemán, de cuarenta y nueve años de edad, soltero, identidad que comprobó presentando su libreta de enrolamiento expedido en la primera región militar. distrito tercero, clase de mil ochocientos sesenta y seis, matrícula noventa y cuatro, de profesión marino, habiendo desempeñado el cargo de Capitán a bordo del vapor nacional „Presidente Mitre“, domiciliado en la calle Sarmiento cuatrocientos cuarenta y dos, quien previo juramento prestado en forma legal exhibiendo la patente que lo acredita como capitán de la marina mercante nacional expedida por la Prefectura General de Puertos, y registrada bajo el número mil trescientos cincuenta y uno, expediente cinco mil veintiocho, hizo la siguiente denuncia: que salió del Puerto de Buenos Aires al mando del vapor nacional „Presidente Mitre“, matriculado bajo el número doce mil doscientos sesenta y siete, con un cargamento de dos mil treinta y tres toneladas de artículos en general y ganado en pie con destino a los puertos de San Antonio, Pirámides, Puerto Madryn, Camarones, Comodoro Rivadavia, Deseado, San Julián, Santa Cruz y Río Gallegos, con ochenta y un tripulantes, incluso el denunciante y tres alumnos de la Escuela Naval Argentina, contándose entre ellos veintisiete argentinos y el resto compuesto de individuos de varias nacionalidades, todos ellos con sus correspondientes libretas otorgadas por la Prefectura General; que navegó sin novedad desde el veintisiete del mes de Noviembre próximo pasado, fecha en que zarpó hasta el siguiente día en que siendo la una pasado meridiano y hallándose a la altura de este-nord-este, más o menos a doce millas de Punta Médanos se encontró con el crucero auxiliar inglés „Orama“ el que le comunicó por señales de banderas que parase su máquina. Obedeciendo, y una vez parada la marcha se presentaron a bordo dos oficiales y nueve marineros armados interviniéndoles la estación radiotelegráfica y exigiendo la entrega de todos los documentos del vapor correspondientes a la carga, pasajeros y tripulantes, devolviéndoles los de pasajeros y tripulantes quedándose con los del vapor y la carga; trasbordaron catorce pasajeros y siete tripulantes alemanes y austriacos al crucero inglés „Orama“, después de esta operación ordenaron arriar la

bandera argentina, ordenando seguir al „Orama“ hasta la altura del Banco Inglés. Que el día 29 fondeó el „Presidente Mitre“ a las doce y cuarenta y cinco meridiano más o menos a quince millas del Pontón Faro Recalada. Que el mismo día a las diez ante meridiano recibió orden del Commandante del „Orama“ de seguirlo con el „Presidente Mitre“ anclando a las cinco pasado meridiano del mismo día a la altura más o menos al sur-sur-este de la Rada del Puerto de Montevideo; atracando el „Orama“ al costado del „Presidente Mitre“, trasbordando el resto de los pasajeros y equipaje a bordo del crucero para desembarcarlos en Montevideo subiendo acto seguido tres oficiales, tres maquinistas con foguistas marineros, un cocinero y un mozo, exigiéndoles éstos la entrega del buque, largándose el „Orama“ de su costado para conducir a Montevideo a los pasajeros; que al día siguiente, o sea treinta, a las cinco y treinta pasado meridiano volvió el „Orama“ fondeando a poca distancia del „Presidente Mitre“ exigiendo la entrega del libro de navegación y de radiotelegrafía y un paquete encomiendas conteniendo dos mil pesos moneda nacional en efectivo, cuyo paquete estaba dirigido al señor Tiburcio Saenz de Camarones, quedando desde ese momento el „Presidente Mitre“ bajo el comando de los oficiales mencionados quienes dispusieron llevar anclas para ir a fondear a una distancia de veintitrés millas más o menos de la Isla de Flores. Que el día 1º de Diciembre el „Presidente Mitre“ permaneció fondeado en el mismo sitio hasta el día dos a las seis y treinta ante meridiano en que empezó el trasbordo del equipaje y tripulantes del „Presidente Mitre“ al „Orama“ terminando esta operación a las nueve y treinta ante meridiano del mismo día, siguiendo viaje éste para la Rada de Montevideo fondeando a la una pasado meridiano más o menos donde fueron desembarcados los tripulantes y equipajes del „Presidente Mitre“ al remolcador „Ondina“ el cual los condujo hasta el puerto de Montevideo donde desembarcaron. Hace constar el denunciante que el día veintinueve de Noviembre un oficial del „Orama“ le hizo firmar una declaración en compañía del personal de oficiales a sus órdenes, en la que prometían no tomar las armas contra Inglaterra durante la guerra actual, suscribiendo además con fecha primero de diciembre la siguiente declaración: „Yo *Bernardo Janssen*, anteriormente capitán del vapor „Presidente Mitre“, declaro que he entregado todos los documentos del mencionado vapor que me fueron pedidos por el Boarding Officer y también su carga al Boarding Officer del vapor de Su Majestad Británica „Orama“, con fecha veintiocho de Noviembre de mil novecientos quince“, que teniendo que ceder a la fuerza armada el denunciante hizo entrega del buque de su mando, cargamento, papeles y cuanto había a bordo. Que por la presente hace la más formal protesta contra quien haya lugar, reservándose todos los derechos de los armadores, cargadores y tripulantes y demás interesados para que a su tiempo sean indemnizados por los perjuicios sufridos a consecuencia de la irregular captura del „Presidente Mitre“ y abuso de fuerza material. Con lo que terminó el acto y leída que le fué se ratificó en su contenido el declarante. manifestando no tener que

agregar, quitar, ni enmendar, firmando para su constancia conmigo que certifico. — Firmados: *B. Janssen*, Capitán. *A. Almeida*. — Es copia fiel del original que corre a fojas setenta y cinco a setenta y nueve inclusive, de libro de „exposiciones“ que lleva esta Jefatura.

(Ido.) *Jorge de la Vega*,  
Oficial de Guardia.

Hay un sello que dice Ministerio de Marina, Secretaría General.

No 26.

Telegrama.

Montevideo, Diciembre 5 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

Los agentes del vapor „Presidente Mitre“ me piden que exija de este gobierno la detención de ese buque que se halla en estos momentos atracado al muelle. Espero instrucciones de V. E.

*Enrique B. Moreno*.  
Ministro Argentino.

No 27.

Telegrama.

Buenos Aires, Diciembre 5 de 1915.

Ministro Argentino.

Montevideo.

Manifieste a ese Ministro de Relaciones Exteriores que el gobierno de la República Argentina abraza plena confianza en que el gobierno de la República Oriental del Uruguay aplicará estrictamente las reglas que haya dictado para el mantenimiento de su neutralidad, haciéndole saber además que se gestiona ante el gobierno de S. M. Británica la libertad del vapor apresado.

*Murature*.

No 28.

Buenos Aires, Diciembre 6 de 1915.

A la Honorable Cámara de Diputados:

El Poder Ejecutivo ha tenido el honor de recibir la minuta de esa Honorable Cámara, en la cual invita al Ministro de Relaciones Exteriores a concurrir, en el día de hoy, al recinto de sus deliberaciones para dar las explicaciones que considere compatibles con los intereses públicos sobre el apresamiento del vapor nacional „Presidente Mitre“.

Celebra el Poder Ejecutivo que Vuestra Honorabilidad se haya anticipado a establecer, en el propio texto de la minuta, las limitaciones infranqueables a que debe sujetarse su informe. El asunto está sometido al examen de las respectivas cancillerías y no sería oportuno entorpecer el curso regular de la gestión pendiente con la publicidad prematura de diligencias hasta ahora incompletas. Esta circunstancia indica al Poder Ejecutivo la conveniencia de adoptar la forma escrita para su respuesta, a fin de que las

informaciones transmitidas a Vuestra Honorabilidad no quebranten las exigencias impuestas por la circunspección de sus procedimientos diplomáticos. El Poder Ejecutivo comprende la justa ansiedad que en la Honorable *Cámara* despierta la captura de un vapor amparado por la bandera nacional y reconoce, compartiéndolo en toda su amplitud, el sentimiento patriótico que la impulsa a tomar intervención en el asunto.

Con tal convicción se apresura a satisfacer sus deseos, sin formular, sino en cuanto es indispensable para salvar el valor doctrinario del precedente, la doble reserva constitucional que sugiere la minuta. Compete al Poder Ejecutivo la facultad privativa de dirigir las relaciones internacionales, mientras sus actos no se concreten en convenios que requieran la aprobación legislativa, y correspóndele igualmente fijar los asuntos comprendidos en la convocatoria cuando llama al Honorable Congreso a sesiones extraordinarias. Sin embargo, dada la naturaleza excepcional del asunto y la alta deferencia que le merece la Honorable *Cámara*, el Poder Ejecutivo prescinde, en esta oportunidad, de hacer valer sus atribuciones, y se limita a recordar las cláusulas pertinentes de la Constitución, cuyo imperio no entiende amenguar en ninguna forma con el presente mensaje.

El apresamiento del vapor nacional „Presidente Mitre“ se produjo el día 28 del corriente, a 12 millas al este noroeste de Punta Médanos, mientras el buque navegaba en demanda de Puerto San Antonio, enarbolando la bandera argentina, que por su matrícula tenía el derecho de usar. El crucero británico „Orama“ le intimó para que se detuviese y, una vez acatada la orden, dos oficiales con nueve hombres armados tomaron posesión del buque, arriaron la bandera y emprendieron viaje hacia el norte, hasta fondear a quince millas del Pontón Faro Recalada. Al día siguiente el vapor hubo de seguir al „Orama“ y se dirigió en su compañía a un nuevo fondeadero, a diez millas al sur suroeste de la rada de Montevideo. Allí fueron trasbordados al crucero los pasajeros y equipajes para ser conducidos al puerto de Montevideo, donde se les desembarcó. Vuelto el „Orama“ al costado del „Mitre“, se levó nuevamente anclas y ambos fueron a fondear a 23 millas, más o menos, al sureste de la isla de Flores. Después de pasar un día en este sitio, el „Orama“ embarcó a los tripulantes, que aun permanecían a bordo del „Mitre“, y los llevó también hacia Montevideo, en cuya rada los trasladó al remolcador „Ondina“ para que los llevase a tierra. Tal es, en resumen, la exposición de los hechos, según las declaraciones formuladas por el comandante del vapor ante el consulado general argentino en la República Oriental del Uruguay.

Apenas llegaron a su conocimiento los sucesos referidos, el Poder Ejecutivo se ocupó de plantear las gestiones necesarias para obtener la reparación a que en justicia pudiera aspirar. Como primera diligencia hubo de examinar prolijamente las circunstancias particulares del caso, en relación con las reglas corrientes de derecho internacional que determinan los deberes recíprocos de beligerantes y neutrales en el ejercicio del derecho de presas.

No ignora Vuestra Honorabilidad que las necesidades o las conveniencias de la guerra han provocado, por parte de los beligerantes, una serie de reformas fundamentales al régimen convencional adoptado para el desarrollo de las operaciones militares. Algunas de estas reformas han sido articuladas en medidas de hecho, sin anuncio previo, y otras han sido resueltas por imperio exclusivo de alguno de los gobiernos en guerra, en actos unilaterales, publicados antes de su aplicación, para conocimiento de todos los interesados.

Al ocurrir las medidas de fuerza perpetradas por un crucero de la flota británica contra un vapor perteneciente a la matrícula nacional, interesaba particularmente al gobierno argentino considerar los complejos problemas que el caso planteaba, para establecer la distinción necesaria entre los dos significados que ese acto podría revestir. Ante todo debía investigar si se trataba de un procedimiento singular empleado en mengua de nuestros derechos y de nuestros intereses o de una regla general aplicada, sin distinción de nacionalidades, a situaciones jurídicas previstas y legisladas de antemano. El alcance de la diferencia no pasará inadvertido al ilustrado criterio de Vuestra Honorabilidad. En la primera hipótesis, el acto se caracterizaba como una imposición violenta que causaba agravio a la dignidad argentina al desconocer los fueros de su soberanía. En el segundo, se planteaba como un problema de índole jurídica, subordinado a la legitimidad y a la extensión de los derechos que pudieran atribuirse los gobiernos beligerantes para regular sus relaciones con los neutrales. Después de profundizar el estudio del punto, el Poder Ejecutivo ha arribado a la conclusión de que el caso se halla inequívocamente comprendido en la segunda de las fórmulas enunciadas; y si bien estima que el gobierno británico ultrapasa con medidas de esta especie la zona de atribuciones reconocida a los beligerantes por el derecho internacional, cree que la controversia debe ser radicada y sostenida en el terreno en que la colocan las circunstancias, como una elucidación de derechos y obligaciones correlativas, en la cual no aparecen comprometidos los deberes supremos inherentes a la salvaguardia de la dignidad nacional.

Han de ser familiares a Vuestra Honorabilidad los principios aceptados por la práctica de las naciones para la guerra marítima, particularmente en lo que concierne al régimen de la propiedad. Sin embargo, cabe aquí una breve recapitulación de las reglas conexas al caso en debate y de las medidas con que el gobierno argentino ha procurado antes de ahora sujetarse a sus preceptos.

El disentimiento mantenido durante largo tiempo por algunas de las grandes potencias europeas sobre los factores que determinan el carácter beligerante o neutral de los buques y de las cargas, fué resuelto por el acuerdo a que se llegó en la conferencia de Londres, en el año de 1909. Los representantes de diez naciones formularon con fecha 26 de Febrero una declaración que condensa en reglas concretas los procedimientos a observar en caso de guerra por beligerantes y neutrales. Desde entonces quedaron resueltas las divergencias de mayor importancia que habían dividido la

opinión de las cancillerías y pudo contarse con un cuerpo de doctrina para impedir los excesos y moderar los arrebatos de la lucha armada. Es cierto que la declaración no fué ratificada y que en tal concepto no podría ser invocada como una obligación exigida, ni aun entre los mismos países signatarios. Pero es cierto también que sus estipulaciones no fueron ajustadas como un pacto compromisorio sino como un reconocimiento de reglas y principios sancionados por la experiencia, con el consenso de los países más autorizados para proclamarlas. En efecto, la disposición preliminar dice textualmente así: „Las potencias signatarias están de acuerdo en reconocer que las reglas contenidas en los capítulos siguientes responden, en substancia, a los principios generalmente reconocidos del derecho internacional“. Bien se advierte por esta cláusula que aun cuando la declaración de Londres no tenga la fuerza de un tratado, asume un valor doctrinario irrecusable como norma preceptiva para el desarrollo de las operaciones navales y para la determinación de procedimientos entre los gobiernos beligerantes y neutrales. Y en la guerra actual ese valor aparece acrecido por la circunstancia de que el gobierno británico haya dictado la orden de consejo No 2, de 1914, que pone en vigor las disposiciones de la declaración de Londres, con algunas reformas expresamente especificadas, ajenas al caso en cuestión.

Con estos antecedentes el Poder Ejecutivo procuró desde el principio de la guerra, ajustar estrictamente su conducta a las reglas de derecho internacional consagradas por la declaración de Londres, a fin de guardar lealmente su neutralidad, sin favorecer ni perjudicar en forma alguna los derechos de los beligerantes. Para evitar simulaciones maliciosas que pudieran poner en cuestión el amparo de la bandera nacional en buques mercantes, se dictó la resolución de 26 de Diciembre de 1914, estableciendo de que „la transferencia de pabellón será consentida bajo la reserva de que sea hecha sobre la base de una absoluta buena fe, y en la inteligencia de que el gobierno argentino declinará toda intervención en favor de los interesados si resultase ulteriormente que no hubiesen cumplido esa condición“. Así quedaba salvada la posibilidad de que los intereses particulares buscaran complicar al gobierno en contravenciones dolosas de la regla establecida por el artículo 56 de la declaración de Londres. En cuanto a los buques de la matrícula nacional que estaban inscriptos antes de la guerra, su derecho para seguir disfrutando de esa franquicia no podía ser dudoso, ya pertenecieran a súbditos nacionales o a súbditos extranjeros, desde que según el artículo 57 „el carácter neutral o enemigo de un buque está determinado por el pabellón que tiene derecho de enarbolar“.

Al amparo de esa regla, los vapores pertenecientes a la compañía Hamburgo Sud Americana, que tiene a su cargo desde hace quince años el servicio de navegación de la costa sur, pudieron continuar su tráfico sin entorpecimiento, garantizados en su carácter neutral por el uso legítimo de la bandera argentina.

De improviso la situación legal en que se encontraban ante el gobierno británico se ha modificado por la orden de consejo, fecha 20 de Octubre del

año actual, que declara abolido el artículo 57 de la declaración de Londres y adopta las reglas y principios observados anteriormente en los tribunales de presa británicos. Todo parece indicar que por virtud de esta nueva disposición, acaso aplicada con excesivo celo por la flota inglesa del Atlántico, se ha producido el apresamiento del vapor nacional „Presidente Mitre“.

Al citar estos antecedentes por el interés ilustrativo que revisten, el Poder Ejecutivo no entiende justificar la captura ni aceptar el ejercicio del derecho de presa con el alcance que se desprendería de los hechos ocurridos. Cumple, tan sólo, el deber de referir lealmente las circunstancias relacionadas con el caso y de explicar el juicio que se ha formado sobre el incidente, al considerarlo como un problema jurídico y diplomático, susceptible de ser sometido a un debate razonado, sin mengua para el decoro de la nación.

El Poder Ejecutivo no está aún en aptitud de informar á Vuestra Honorabilidad si las medidas de fuerza adoptadas contra el vapor „Presidente Mitre“ han sido aplicadas por la flota del Atlántico a mérito de la orden general ya mencionada, o si han sido el resultado de instrucciones expresas, y en este último caso, si al proceder así el gobierno británico ha tenido un conocimiento completo de las condiciones en que prestan sus servicios los vapores de la costa sur.

En realidad, el gobierno argentino no podía esperar lógicamente, aun después de ser abrogado el artículo 57 de la declaración de Londres, que la flota británica extendiese su acción hasta ejercitarla contra los buques de bandera argentina que vinculan la capital de la República con los puertos patagónicos.

Estos buques realizan una navegación definidamente local, siguiendo una ruta costanera sin escalas en puertos extrajeros. Aun cuando las contingencias de la navegación no les permitan mantenerse habitualmente en el radio de las aguas jurisdiccionales, el hecho de que se aparten algunas millas de la costa no modifica el carácter interno del servicio que realizan. Desde hace quince años, los buques de la misma compañía hacen esa carrera regularmente, con arreglo a nuestra ley de cabotaje, y después de rotas las hostilidades no han alterado en nada las condiciones en que actuaban anteriormente. No es exacto, como se ha afirmado con generalidad, que la tripulación del „Presidente Mitre“ estuviese formada en su mayoría por súbditos alemanes naturalizados en la Argentina. Según el rol de la tripulación, figuraban en ella once alemanes no naturalizados. El resto hasta llegar al total de ochenta eran argentinos o pertenecían a otras nacionalidades neutrales. Todas estas circunstancias demuestran que no estaba en cuestión ningún interés relacionado con las operaciones militares, y sólo la nacionalidad alemana de la compañía propietaria podría ser invocada como razón para atribuir al buque carácter beligerante. Acaso el gobierno británico ha ignorado la continuidad no interrumpida con que estos vapores han prestado un servicio puramente nacional y la vinculación que así han adquirido con los intereses de la navegación y del comercio argentinos. Puede asegurarse



sin vacilar que la bandera en ellos no representa una caracterización circunstancial de nacionalidad, determinada por conveniencias transitorias, sino una adaptación permanente a la vida funcional del país realizada en un plazo de muchos años, con anterioridad a las eventualidades de la guerra. Y si no es posible dejar de tomar en cuenta la nacionalidad alemana de la compañía propietaria, tampoco deben olvidarse los otros factores que virtualizan el uso de la bandera en buques como el „Presidente Mitre“, afectados exclusivamente a la navegación local entre puertos argentinos.

Cualquiera sea el vigor con que se desarrollen las hostilidades entre los países en guerra y los derechos que se invoquen para justificarlos, ellos no excluyen la consideración debida a los países neutrales amigos, cuando como en el caso actual sus intereses aparecen comprometidos directa o indirectamente con los de súbditos beligerantes. Este aspecto de la cuestión acentúa la faz diplomática de divergencias como las que plantea el apresamiento del „Presidente Mitre“. Porque aun en el supuesto de que el derecho para la presa fuera indiscutible e indiscutido, cabría siempre preguntarse si al ejercitarlo sobre una línea de navegación interna, amparada por el uso legítimo de la bandera mercante, el gobierno británico no causaba mayor agravio moral al país de la matrícula, que daño material a los propietarios del buque. ¿Hasta qué punto es posible prescindir de semejantes consideraciones entre países que cultivan una amistad cordial, afirmada en el respeto que fuertes o débiles se deben todas las entidades soberanas? ¿Hasta dónde llega la noción estricta de los derechos correlativos y hasta dónde el concepto abstracto de la armonía recíproca en actos que, sin afectar el giro de las operaciones militares, rozan intereses respetables de los países neutrales? He ahí otros tantos postulados subsidiarios que fluyen naturalmente del asunto principal y que no parecen destinados a salir de su incertidumbre mientras subsistan los extravíos de la conflagración actual.

Fácilmente se advierte la magnitud y la complejidad de los problemas que ha hecho surgir la guerra no sólo en el terreno del derecho internacional, sino también en todos los órdenes de la actividad política y diplomática. La intensa repercusión del sacudimiento ha operado sus efectos demoledores sobre el conjunto de principios doctrinarios o convencionales que regían la vida de relación entre los pueblos y así han desaparecido las normas más o menos precisas que fijaban el límite de sus derechos y la extensión de sus deberes a beligerantes y neutrales. El apresamiento del vapor „Presidente Mitre“ como otros episodios análogos, pone nuevamente de relieve la inseguridad de las reglas jurídicas internacionales y obliga a una reflexión serena y meditada que sin descuidar la defensa de los intereses públicos compute también la formidable subversión del momento histórico presente.

Con estas ideas, que espera ver compartidas por la Honorable Cámara, el Poder Ejecutivo ha planteado su gestión ante el gobierno británico para reparar los efectos de la medida adoptada contra el vapor „Presidente Mitre“ por la flota del Atlántico.

Abriga el Poder Ejecutivo la esperanza de que el gobierno de S. M. Británica ha de corresponder a la cordialidad tradicional de sus relaciones con la Argentina, aplicando a este asunto el espíritu de elevada justicia que ha proclamado como norma de su conducta frente a los países neutrales. Pero nada pueda afirmar aún, sin prejuzgar intenciones, sobre el concepto que haya dictado esas medidas de fuerza, ni sobre el grado de fundamento legal que se les atribuya.

Entre tanto los indicios conocidos inclinan a suponer que el caso asume la significación general de un precedente para todos los países neutrales, cuya atención ha de ser atraída una vez más por este episodio hacia los perjuicios que puede irrogar la tensión extrema de la lucha armada, aun en las regiones más lejanas al teatro de la guerra.

V. De la Plaza  
*José Luis Murature*

No 29.

Telegrama.

Buenos Aires, Diciembre 7 de 1915.

Ministro Argentino.

Montevideo.

Estimaré a V. E. informe si al solicitar permiso para la entrada del „Presidente Mitre“ en el puerto de Montevideo, la Legación Británica manifestó que el buque era crucero auxiliar de la escuadra inglesa.

*Murature.*

No 30.

Telegrama.

Montevideo, Diciembre 8 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

El Ministro de Relaciones Exteriores de la República Oriental del Uruguay informa que la Legación de Inglaterra no ha manifestado que el „Presidente Mitre“ era crucero auxiliar de la escuadra inglesa.

*Moreno,*  
Ministro Argentino.

No 31.

Telegrama.

Londres, Diciembre 8 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Con referencia al telegrama de V. E., he celebrado una conferencia con el Ministro de Relaciones Exteriores de Inglaterra. Me manifestó que no sería posible hacer al gobierno argentino mayores concesiones que a otros gobiernos, con respecto a los buques de propiedad de alemanes. Me ha dicho que haríamos la concesión de no capturar los otros hasta después de la decisión del tribunal para que no se interrumpa el servicio. Le he sostenido los casos son diferentes: me ha manifestado que nuevamente hablaría

con el primer Lord del Almirantazgo inglés, quien en estos momentos me pide una conferencia con él mañana a la tarde.

*Dominguez,*  
Ministro Argentino.

No 32.

Telegrama.

Londres, Diciembre 9 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Con referencia al telegrama anterior, en la conferencia que celebré *Balfour* me ha asegurado muy deseoso la libertad del buque, dándole el alcance que tienen a las consideraciones bajo el aspecto patriotismo, acabando por reconocer que el caso es diferente de los norteamericanos, pero que una gran dificultad estriba en la cuestión de principios como precedente después de la guerra para el caso de que una nación forme en tiempo de paz una gran marina mercante con bandera neutral que sería inmune en tiempo de guerra y dice que según los informes del Almirantazgo inglés en los buques de la Hamburg-Südamerikanische Gesellschaft (línea al Sur) se habla idioma alemán, a lo que contesté que nosotros los consideramos puramente de nacionalidad argentina, tripulados por argentinos en su mayor parte, explayándome en los argumentos del aprendizaje de los cadetes de la escuela militar maquinistas, a lo que contestó que verá en unión con el ministro de Relaciones Exteriores de Inglaterra si se puede considerar suficiente para la decisión favorable que se desea.

Creo por lo menos se obtenga la seguridad de que no se capturarán los otros.

*Dominguez,*  
Ministro Argentino.

No 33.

Telegrama.

Buenos Aires, Diciembre 9 de 1915.

Ministro Argentino.

Londres.

Recibí telegrama. Respecto tripulación amplió datos anteriores expresando nacionalidad de origen: sobre ochenta y un tripulantes hay quince argentinos nativos; cuatro alemanes nativos argentinos por naturalización; once alemanes nativos no naturalizados; cuarenta y dos españoles nativos, naturalizados o no; cuatro paraguayos; dos suizos; un italiano y un portugués. El comandante *Janssen* naturalizado argentino. Primer oficial argentino nativo.

*Murature.*

No 34.

Telegrama.

Londres, Diciembre 11 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Después que celebré con este ministro de Relaciones Exteriores la conferencia, se ha ido a París. Todavía no ha vuelto.

*Dominguez,*  
Ministro Argentino.

No 35.

Telegrama.

Buenos Aires, Diciembre 11 de 1915.

Ministro Argentino.

Londres.

Con referencia a su telegrama, el precedente actual no podría constituir peligro futuro pues el principal fundamento de los neutrales al reclamar es que ellos estaban en las condiciones aceptadas por los beligerantes con anterioridad a la guerra como garantía de libre tráfico y que estas condiciones son repentinamente alteradas con perjuicio de las situaciones jurídicas ya establecidas. Además se trata navegación cabotaje puramente interna lo que no daría valor al precedente para aplicaciones a la navegación internacional.

*Murature.*

No 36.

Telegrama.

Buenos Aires, Diciembre 13 de 1915.

Ministro Argentino.

Londres.

Sírvase V. E. dejar constancia ante ese gobierno de los perjuicios que irroga la retención de la carga del „Presidente Mitre“ perteneciente, procedente y destinada a neutrales, que presentan numerosas protestas. Entre la carga figuran cinco perforadoras del gobierno argentino destinadas a la explotación de petróleo en Comodoro Rivadavia, cuya retención paraliza los trabajos de extracción. Formule V. E. la correspondiente declaración para dejar en salvo daños y perjuicios que se irroguen.

*Murature.*

No 37.

Telegrama.

Buenos Aires, Diciembre 16 de 1915.

Ministro Argentino.

Londres.

Manifieste a ese gobierno la conveniencia de una respuesta en el asunto del „Presidente Mitre“, no solo en razón de los perjuicios que causa la demora a los propietarios de la carga detenida, sino para satisfacer opinión que continúa exteriorizando sus protestas con perjuicio para las buenas relaciones entre los dos países, lo que este gobierno desea evitar.

*Murature.*

No 38.

Telegrama.

Londres, Diciembre 17 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

He dado cumplimiento al telegrama de V. E. *Balfour* me manifestó que se decidiría después de consultar a *Grey*, este todavía está ausente.

*Domínguez.*

Ministro Argentino.

Nr. 39.

Prefectura General de Puertos.

Reservada — 135.

Buenos Aires, Diciembre 20 de 1915.

A S. E. el Señor Ministro de Relaciones Exteriores.

El contraalmirante *Daniel Rojas Torres*, Prefecto General de Puertos, dando cumplimiento a una orden reservada del Señor Ministro de Marina, se dirige a V. E. para manifestarle que la Prefectura General de Puertos no ha tenido conocimiento de que hayan sido detenidos o visitados por buques de guerra ingleses, algunos buques de comercio internacional a la salida o entrada al Río de la Plata.\*)

Saluda al Señor Ministro con su consideración más distinguida.

(fdo.) *D. Rojas Torres*.

No 40.

Telegrama.

Londres, Diciembre 21 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Transcribo a V. E. la nota del Ministro de Relaciones Exteriores de Inglaterra que acabo de recibir el 21 de Diciembre: „El gobierno de S. M. ha prestado la más cuidadosa consideración a vuestra nota del 1 de Diciembre relativa a la captura del vapor „Presidente Mitre“ así como a las siguientes notas que tuvisteis a bien dirigirme sobre este asunto. La constitución de la compañía a que pertenece este buque ofrece al gobierno de S. M. fundados motivos para creer que en totalidad o en gran parte es propiedad enemiga y por consiguiente sujeta a condena, de acuerdo con las reglas y principios observados por los tribunales británicos de presas en tales casos. En estas circunstancias, no puede admitir que el apresamiento del barco no haya sido enteramente justificado. El gobierno de S. M. desea sin embargo dar la más simpática consideración al pedido del gobierno argentino y está muy lejos de desear causar inconveniente alguno al importante comercio costanero de la República Argentina. Teniendo en vista el carácter puramente local de este servicio y el hecho de que los arreglos para su funcionamiento son antiguos y datan de un período anterior a la guerra, se cree autorizado para proponer una solución que, sin perjudicar los derechos beligerantes de este país, darán al mismo tiempo satisfacción a las miras del gobierno argentino. Por consiguiente, el gobierno de S. M. está dispuesto a ordenar la libertad y restitución del vapor „Presidente Mitre“ si el gobierno argentino la acepta sin prejuzgar la cuestión general y abandona todo reclamo por daños morales o materiales por su parte o por la de los propietarios del buque o de la carga a causa de la captura. Se entenderá también que si se pone en libertad a este vapor no alterará su carrera habitual en la costa so pena de captura en caso contrario. El gobierno de S. M. no puede dejar de pensar que el gobierno argentino apreciará los motivos que le han inducido a abandonar los incontestables derechos que le asisten y lo razonable de las condiciones

---

\*) Véase documento No 44.

que menciona para devolver el buque. Una vez que se le comunique que el gobierno argentino las acepta se impartirán órdenes para la inmediata libertad del „Presidente Mitre“ y para que no se capturen los otros buques de la línea Hamburgo Sudamericana que navegan con la bandera argentina. Respecto a la carga del buque el gobierno argentino tiene conocimiento de que a fin de evitar inconvenientes innecesarios a sus propietarios el gobierno de S. M. se proponía arreglar su descarga en Montevideo y sintió saber que este arreglo no merecía la aprobación del gobierno argentino. Se cree sin embargo que el ganado fué desembarcado porque el forraje escaseaba, y que los pasajeros fueron también desembarcados.“

Sírvase V. E. darme instrucciones.

*Domínguez,*  
Ministro Argentino.

No 41.

Telegrama.

Buenos Aires, Diciembre 23 de 1915.

Ministro Argentino.

Londres.

Con referencia al telegrama de V. E. comunico a V. E. que el Señor Presidente de la República ha resuelto aceptar la solución propuesta por el gobierno de S. M. B. en el asunto del vapor „Mitre“.

Sírvase V. E. pasar nota repitiendo las condiciones enunciadas en la comunicación del Ministro de Relaciones Exteriores de Inglaterra y agregar después: „El gobierno argentino, compartiendo los amistosos sentimientos que inspiran al gobierno de S. M. B. y no obstante los perjuicios que haya producido la captura del vapor, desiste de toda discusión sobre la cuestión general y acepta las condiciones propuestas en la nota que contesto“.

Como simple aclaración, agregue V. E. que la proposición presentada al gobierno argentino para la descarga del „Mitre“ en Montevideo, a que se refiere la nota del Ministro de Relaciones Exteriores de Inglaterra, comprendía únicamente el ganado que iba a bordo y no la carga general.

*Murature.*

No 42.

Telegrama.

Londres, Diciembre 24 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

De acuerdo con las instrucciones contenidas en su telegrama me he dirigido por nota al Ministro de Relaciones Exteriores de Inglaterra. — Ruego a V. E. se sirva comunicar al Señor Presidente de la República y también acepte V. E. mis felicitaciones por feliz término de este asunto grave.

*Domínguez,*  
Ministro Argentino.

No 43.

Telegrama.

Londres, Diciembre 29 de 1915.

Ministro de Relaciones Exteriores.

Buenos Aires.

En contestación a su telegrama el Ministro de Relaciones Exteriores de Inglaterra me informa que la orden para que no se moleste los demás buques de bandera argentina se ha expedido y dice que el „Mitre“ se espera Isla de San Vicente, de donde regresará al puerto de Buenos Aires, ha preguntado al comandante si hay a bordo del buque tripulación suficiente viaje de regreso.

*Domínguez,*  
Ministro Argentino.

No 44.

Buenos Aires, Diciembre 30 de 1915.

Señor Ministro:

Contraalmitante *Daniel Rojas Torres*, Prefecto General de Puertos, tiene el honor de dirigirse a V. E. comunicándole el resultado obtenido en la averiguación practicada en las diversas agencias de vapores, referente a detención de buques de comercio extranjeros por buques de guerra beligerantes al entrar o salir del Río de la Plata, desde que estalló la guerra europea hasta el presente. — Las agencias, cuyos gerentes fueron citados ante esta Prefectura General, son las siguientes: Agencia *Antonio López y Cía.*, a la que vienen consignados todos los buques de la Compañía Trasatlántica Española; Agencia *G. J. Logan*, a la que vienen consignados los buques de la línea *Donaldson*, de bandera inglesa y muchos buques cargadores de diversas nacionalidades neutrales, fletados por ella o llegados a su consignación; Agencia *Mac Carthy*, que recibe en consignación los buques de la Compañía *Barber*, de bandera norteamericana; Agencia *J. R. Williams y Cía.*, que recibe los buques de la *Narton Line*, de bandera norteamericana y buques cargadores de diversas nacionalidades, fletados por la misma; Agencia *Christophersen*, que corre con los buques de la „*Prince Line*“, de bandera inglesa y con muchos otros cargadores de bandera dinamarquesa, noruega, holandesa y norteamericana; Agencia *Pinillos, Izquierdo y Cía.*, consignatarios de los buques de la misma Compañía; Agencia *Wilson, Sons y Cía.*, que reciben en consignación la mayor parte de los buques que conducen carbón; Agencia *Bunge y Born*, que corre con los vapores de la *Lloyd Belga*; Agencia *de la Compañía Noruega Americana*; Agencia *Dodero Hnos.*, de las Compañías *British Continental Plate Line*, *Trasatlántica Italiana*, *Sicula Americana*, *Wm. Thomas Sons Cía. Ltd.*, *H. W. Dillon, East Asiatic Co. y Lloyd del Pacífico*; Agencia *Antonio Delfino y Hermano*, que reciben en consignación todos los buques de la *Compañía G. Italiana*. Los gerentes de las casas anteriormente citadas, declararon que, desde que estalló la guerra hasta el presente, no habían sido detenidos ni molestados por buques de guerra beligerantes, ninguno de los

buques de su consignación, al entrar o salir del Río de la Plata ni en sus proximidades. El Gerente de la Agencia *Chadwich, Wein y Cia.*, a cuya consignación vienen de Calcuta buques ingleses y de otros destinos buques cargadores con bandera norteamericana, holandesa, noruega y griega, declaró que ninguno de sus buques había sido detenido ni molestado por buques de guerra beligerantes al entrar o salir del Río de la Plata, ni en sus proximidades. Que solo recuerda que uno de esos buques, el „Drumcliffe“, de bandera inglesa, fué detenido el 6 de Agosto de 1914 cerca de la Isla de Trinidad, por el crucero alemán „Dresden“. El Gerente de la Agencia *R. P. Houston y Cia.* que tiene a su cargo los buques ingleses de la línea *Houston*, y además muchos buques cargadores con bandera sueca, noruega, italiana, etc., declaró que, de todos los buques que han recibido desde que se declaró la guerra hasta la fecha, solo fueron detenidos dos buques de bandera inglesa, como a cuarenta millas de Maldonado por un buque de guerra inglés cuando recién estalló la guerra, a fin de darles instrucciones sobre la navegación que debían hacer para evitar los buques alemanes. Finalmente el Gerente de la Agencia *Allinson W. Bell*, que corre con todos los buques del Real Lloyd Holandés, de la „Mac Iver Line“, de bandera inglesa, de la „Johnson Line“, de bandera sueca, de la „Det foreneve Line“, de bandera dinamarquesa, y algunos cargadores noruegos, dinamarqueses y holandeses, declaró que de todos los buques venidos a su consignación desde que estalló la guerra, solo habían sido detenidos por buques de guerra ingleses, en las proximidades de Río de Janeiro, algunos barcos de bandera sueca y holandesa, para revisarles sus papeles. Como verá V. E. por lo anteriormente expuesto, los datos transmitidos por todos los Agentes de esta Capital, confirman plenamente el anterior informe dado a ese Ministerio por esta Prefectura General, de que no se tenía conocimiento de que buques de guerra beligerantes detuvieran a los buques de comercio extranjeros al arribar o salir del Río de la Plata, pues ninguno de los Capitanes había hecho declaraciones a ese respecto ante las autoridades del Puerto. Dejando cumplida la orden recibida de V. E., le es grato saludarlo con su consideración más distinguida.

Fdo: *D. Rojas Torres.*

No 45.

Buenos Aires, Enero 3 de 1916.

A la Honorable Cámara de Diputados.

Al contestar la minuta que V. H. se sirvió dirigirle con fecha 1 de Diciembre, pidiéndole informes sobre el apresamiento del vapor nacional „Presidente Mitre“, el P. E. tuvo el honor de manifestar que no consideraba oportuno dar a la publicidad las diligencias originadas por ese hecho, mientras el asunto estuviera sometido a la gestión de las respectivas cancillerías. Terminada ahora la negociación diplomática, el P. E. se complace en comunicar a V. H. su desarrollo y sus resultados, como un testimonio de la deferencia con que procura siempre corresponder a los deseos de la H. Cámara,



no obstante los reparos de índole constitucional formulados sobre la procedencia de la minuta en su mensaje anterior.

Los documentos que en copia acompaño impondrán a V. H. del criterio con que el P. E. y el gobierno de Su Majestad Británica han encarado el incidente. Salvo algunas notas complementarias y las conferencias celebradas por el representante argentino en Londres con el Ministro de Relaciones Exteriores y el primer Lord del almirantazgo, en carácter confidencial, los anexos referidos encierran los antecedentes del negociado que pueden responder al interés de la H. C. y a la expectativa de la opinión pública.

No han de ocultarse a la penetración de V. H. las múltiples fases con que el asunto se presentaba a la atención del P. E. y la complejidad de los problemas que cada una de ellas sugería. En el régimen internacional de la guerra marítima las reglas consignadas por la declaración de Londres, habían logrado despejar, por medio de soluciones convencionales muchas de las incertidumbres que anteriormente habían existido en cuanto a los derechos de beligerantes y neutrales. Pero, abrogado ese convenio en algunas de sus disposiciones fundamentales por las potencias en guerra, las dificultades de otros tiempos, se acentuaban aun más por las mismas objeciones a que podía prestarse la declaración de caducidad, formulada unilateralmente, con perjuicio de situaciones jurídicas ya establecidas y con mengua de intereses respetables creados a su amparo.

Independientemente de las reglas aplicables a la navegación internacional el caso del „Presidente Mitre“ suscitaba una cuestión del más alto interés, en cuanto al alcance de las atribuciones que en uso de su soberanía ejercitan los países neutrales para reglamentar la navegación de cabotaje, contraída exclusivamente a los límites de su propia jurisdicción. Si bien los beligerantes pueden adoptar en mar libre las precauciones que crean indispensables para precaverse de asechanzas hostiles, la limitación de este derecho está marcada por las medidas de las necesidades que lo justifica. Y tratándose del comercio interno de un país neutral, completamente extraño a las eventualidades de la guerra, no parece que sus operaciones puedan ser legítimamente entorpecidas por fuerzas beligerantes, mientras se ajusten a las exigencias de la ley nacional y no afecten en forma alguna el desarrollo de la lucha militar.

En materia de precedentes el acopio de elementos ilustrativos no podía ser más escaso para las diversas cuestiones que planteaba la captura del „Presidente Mitre“ porque la situación especialísima en que se encuentran los buques de la Compañía Hamburgo Sud Americana, al servicio del cabotaje argentino, escapa a las prácticas corrientes en este género de navegación. Tanto, que no ha sido dado al P. E. encontrar ningún caso análogo anterior, cuya solución pudiera proporcionar bases jurídicas, siquiera aproximadas, para el estudio del asunto. La cuestión de derecho, tal como la planteaban los sucesos, revestía un carácter enteramente novedoso que substrayéndola a

sanciones precisas de jurisprudencia, solo permitía apelar a las enseñanzas, siempre confusas en este terreno, de la doctrina general.

El P. E. no creyó, desde el primer momento, que la gestión diplomática debiera promoverse como un debate estrictamente legal de los derechos comprometidos en el incidente. En estos momentos luctuosos en que las exaltaciones de la lucha armada oscurecen la nitidez y debilitan el imperio de las reglas internacionales consagradas por la evolución de derecho público, los episodios derivados de la guerra asumen mayor significación por su valor político que por su sentido jurídico. Las doctrinas del derecho internacional se eclipsan ante las necesidades militares y es necesario amoldarse a las circunstancias para plantear, con un criterio de eficacia práctica, la defensa de los intereses que puedan resultar vulnerados en el desenvolvimiento de la guerra.

Con este concepto, el P. E. consideró que la gestión provocada por el apresamiento del vapor „Mitre“ debía invocar en primer término las razones de índole diplomática o política que militaban en favor de los intereses argentinos, dejando la controversia jurídica para más tarde, si el gobierno británico insistía en sostener la validez de su procedimiento. La captura de los buques que sirven a nuestro comercio de la costa sur, no respondía a ninguna conveniencia apreciable de la Gran Bretaña, en tanto que causaba una profunda lesión a los derechos de la República sobre reglamentación de cabotaje y a los valiosos intereses que estos servicios de navegación afectan. No era presumible que el gobierno británico insistiese en mantener la medida violenta adoptada contra un buque de bandera nacional una vez convencido de que al proceder así causaba mayor desmedro a los intereses de un país amigo que a la propiedad de su adversario. Dado el pie de relaciones que existe entre los dos países, el P. E. debía esperar lógicamente la rectificación inmediata de los procedimientos seguidos por la flota del Atlántico, siempre que el gobierno británico pudiera comprender la magnitud del ataque que infería a los intereses argentinos. Por fortuna esta confianza no ha sido vana, y el resultado de la negociación demuestra que el P. E. interpretó bien, al sustentarla, el espíritu que preside las relaciones tradicionalmente amistosas entre la República y la Gran Bretaña.

---

Bastaría acaso con los juicios que apunto y con los anexos que acompaño, para agotar la información oficial acerca de las negociaciones realizadas. Sin embargo, dada la repercusión que ha tenido el incidente al rozar susceptibilidades patrióticas tan respetables como vehementes, el P. E. considera necesario ampliar sus explicaciones para establecer de una manera inequívoca el concepto de su actitud, y para rectificar sensibles errores de hecho y de derecho a que ha dado lugar el debate público de la cuestión. Los procedimientos del P. E. han provocado impugnaciones, aun antes de ser conocidos, y no sería justo que perdurasen las prevenciones sugeridas al sentimiento nacional sin que se pusiera a prueba su grado de consistencia. Ya que el

P. E. ha creído completamente equivocadas algunas de las ideas que se le han indicado para la dirección de sus gestiones, debe expresar, ante la *H. Cámara* y ante el país, la razón de su disentimiento con ellas. No pretende, por cierto, atribuirse la posesión exclusiva de la verdad, sino únicamente facilitar elementos para que el juicio público pueda formar por sí mismo una apreciación consciente de los hechos y de las alegaciones a que han dado origen.

Al examinar el caso internacional que planteaba el apresamiento del vapor „Presidente Mitre“ la atención del P. E. fué requerida, desde luego, por la Convención No 11 de La Haya, relativa, como su propio título lo indica, „a ciertas restricciones al ejercicio del derecho de captura en la guerra marítima“. El artículo 3 de este convenio, firmado por cuarenta y un países, entre los cuales figura la Gran Bretaña y la República Argentina, establece que „las embarcaciones destinadas exclusivamente a la pesca costanera o a los servicios de pequeña navegación local, quedan exentas de presa, así como sus redes, aparejos, aparatos y carga“.

Aun cuando la simple lectura del artículo bastara para acusar la diferencia que existe entre los barcos de „pequeña navegación local“ exentos de captura, y los navíos de alto bordo afectados a la navegación nacional como el „Presidente Mitre“, interesaba fijar el sentido preciso de la franquicia, porque ella podía prestar sólida base a las reclamaciones argentinas si era aplicable en general a los buques de cabotaje. No fué necesario al P. E. profundizar el análisis para convencerse de que, ni aun forzando hasta los últimos extremos la interpretación del artículo, había posibilidad de invocarlo racionalmente en defensa de sus intereses. Los negociadores de La Haya establecieron esa excepción, en beneficio exclusivo de una clase menesterosa, expuesta sin defensa a las contingencias de la guerra, y en ningún momento pensaron darle mayor alcance, ni modificar el criterio puramente humanitario y graciable con que había sido concebida. A este respecto, los antecedentes demostrativos son copiosos incontestables.

Desde tiempos remotos las prácticas marítimas europeas excluyeron de toda hostilidad a los tripulantes de barcas pescadoras y afines fundándose en el carácter inofensivo de sus ocupaciones y en la precaria escasez de sus medios de subsistencia. Encuéntrase articulada ya esta excepción en las órdenes expedidas por el rey Enrique IV de Inglaterra al Almirantazgo en el año 1403, y reaparece luego en el Tratado de Calais, suscripto por Carlos V y Francisco I, el 2 de Octubre de 1521, bajo los auspicios de la Santa Sede y de Inglaterra. Más tarde Francia la consigna en sus edictos de 1543 y 1584 autorizando al Almirantazgo para acordar tregua a los pescadores enemigos a cargo de reciprocidad. Durante el reinado de Luis XIV se quebranta la regla, pero Luis XVI la restablece luego, y de entonces en adelante los tribunales franceses no dejan nunca de aplicarla. En su decisión de 9 termidor del año 9, el consejo de presas reconoce la universalidad del principio que ampara a los pescadores y en consecuencia ordena la libertad del barco „Nossa Senhora da Piedade“, capturado por el corsario „Carmag-

nole". Durante las guerras de Crimea, de Italia y de Prusia, el gobierno de Francia sigue la misma línea de conducta. En la guerra entre España y Estados Unidos, la Corte Suprema de este último país dicta un fallo que merece especial mención porque sus fundamentos encierran el estudio más completo que se haya hecho hasta ahora sobre los antecedentes y el alcance de la franquicia acordada a los pesadores. La escuadra norteamericana había apresado dos barcas españolas: la „Paquete Habana“, de 25 toneladas de desplazamiento y tres hombres de tripulación, y la „Lola“, de 35 toneladas y seis tripulantes. Sometida la presa a la corte de distrito, ésta declaró su validez. Pero la Suprema Corte revoca la sentencia y con este motivo el juez *Gray* estudia la cuestión a fondo, sin omitir ninguno de los antecedentes históricos y doctrinarios que pueden ilustrarla. Después de extensos y nutridos considerandos, el tribunal sintetiza sus conclusiones en los siguientes párrafos: „Actualmente, por el consenso unánime de todas las naciones civilizadas, e independientemente de cualquier tratado expreso u otro acto público, es una regla admitida de derecho internacional, que los barcos de pesca costanera con sus instrumentos y provisiones, con su carga y tripulación, sin armas y prosiguiendo honestamente su pacífica profesión de extraer y conducir pescado fresco, están exentos de captura como presa de guerra“. Y más abajo agrega: „Es esta una regla establecida en derecho internacional, fundada en consideraciones de humanidad hacia una clase de hombres pobres e industriosa, en la conveniencia recíproca de los estados beligerantes“. (United States, Supreme Court Reports, tomo 175, pág. 677 y siguientes.)

Ilia de disculpar V. H. esta breve mención de antecedentes que el P. E. considera indispensable para la inteligencia precisa de los debates desarrollados en la conferencia de La Haya, cuando se trató de concretar en un pacto internacional la regla implantada ya en favor de los pescadores y afines por la ley de la costumbre.

El artículo 3 de la Convención No 11, que consagra ese principio, nació en dos proposiciones distintas, presentadas, una por la delegación portuguesa y otra por la delegación austro-húngara.

La proposición portuguesa decía en los párrafos pertinentes: „El ejercicio de la industria de la pesca costera por medio de aparejos o de barcos propios para este uso, será permitido a los súbditos de un estado beligerante en las aguas territoriales y en la zona habitual de pesca de las costas del país al cual pertenece“. „Los barcos empleados en la gran pesca“ . . . „serán considerados para todos los efectos como navíos de comercio enemigos“. La proposición austro-húngara extendía la franquicia en los siguientes términos: „Al igual de los barcos de pesca costera quedan exceptuados de captura los barcos y barcas afectados en las aguas territoriales de algunos países al servicio de la economía rural o al pequeño tráfico local“. (Actas de la Conferencia, tomo III, página 1177.)

• Estos dos proyectos fueron refundidos en uno solo por el autor de la proposición portuguesa, capitán de navío *Ivens Ferraz*, y quedaron así sometidos conjuntamente a las deliberaciones de la 4.ª comisión.

Al fundar su proposición el delegado austro-húngaro contralmirante Haus, decía:

Esta proposición no comprende sino los barcos y barcas de pequeñas dimensiones y destinadas al transporte de productos agrícolas o de personas a lo largo de costas escarpadas, o entre la costa y las islas situadas a su frente, o en los archipiélagos, o por último en los canales de las costas playas. Sin producir por una parte un perjuicio sensible al comercio o a los recursos del país enemigo, y sin representar por otra un beneficio digno de tomarse en cuenta para el captor, el apresamiento de estas embarcaciones „sólo conseguiría en realidad comprometer la existencia de marinos, de insulares o de habitantes del litoral, cuya situación de fortuna es de las más precarias, reducidos como están al escaso producto de su oficio. Parece entonces imponerse en interés de la humanidad la exención de captura de los barcos y barcas referidos, excepto el caso de exigencias militares“. (Actas, Sesión XII, de la 4ª comisión tomo III, pág. 910).

Una vez refundidas las dos proposiciones en un solo proyecto, el capitán de navío *Ivens Ferraz* explicó sus fundamentos en los siguientes términos: „La proposición portuguesa no tiene en vista una protección particular a la industria de la pesca, sino únicamente un fin humanitario, como es el de proteger una clase pobre que merece el interés de la Conferencia y a la cual no debe privarse de sus únicos medios de subsistencia“. . . „Las palabras „o la pequeña navegación“ corresponden a las que emplea en su proposición el contralmirante Haus, y se refieren a los barcos que hacen el transporte del pescado“. (Actas, comité de examen de la 4ª comisión, tomo III, pag. 968).

Sobre la base del nuevo proyecto el comité de examen discute largamente la cuestión. Se proponen diversas modificaciones para determinar un máximo de tonelaje a los buques exentos de captura, para fijar la distancia a que pueden alejarse de la costa, o para establecer características de construcción. A cierta altura del debate el delegado alemán contralmirante Siegel, pregunta lo que ha de comprenderse por „pequeña navegación“. „Es el cabotaje? dice. Y el capitán de navío *Ivens Ferraz* contesta que la „pequeña navegación“ „no comprende el cabotaje sino los buques que transportan el producto de la pesca y los que prevee la proposición del contralmirante Haus“. (Actas, tomo III, pág. 970.)

Como consecuencia de la discusión, se resuelve encargar al relator *M. Fromageot* que formule el texto definitivo del proyecto, teniendo en cuenta las observaciones pertinentes. (Actas, tomo III, pág. 974.) Y así nace el artículo que más tarde ha de aprobar la Conferencia en la forma de la Convención actual.

Después de haber sido aceptado por la comisión, proyecto pasa a la Conferencia y al explicar sus fundamentos el relator *M. Fromageot* dice respecto de la pequeña navegación local: „Conforme a la proposición de Austria-Hungría, el texto extiende la inmunidad en las mismas condiciones“ (que a los barcos de pesca) „a la pequeña navegación local, es decir, a los

barcos y barcas de pequeña dimensión que transportan los productos agrícolas o se dedican a un modesto tráfico local, por ejemplo entre la costa y las islas o islotes vecinos". (Actas, tomo I, pág. 271.)

Este informe, leído en la 7a sesión plenaria no da lugar a ninguna observación y la conferencia aprueba el proyecto por unanimidad de votos. (Actas, tomo I, pág. 237.)

Como se ve por estos antecedentes y por todo el desarrollo de la discusión, que en obsequio a la brevedad se omite aquí, la Conferencia de La Haya sancionó la exención de captura en obsequio a los trabajadores modestos que hacen un tráfico menor junto a la costa y el mismo autor de la proposición declaró expresamente que no entendía comprender en ella al comercio de cabotaje. La *H. Cámara* podrá juzgar el grado de aplicación de esa regla al caso del „Presidente Mitre“, vapor de 2800 toneladas de desplazamiento, cuyo valor estiman sus agentes en la suma de setenta y cinco mil libras esterlinas. Por su parte, el P. E. no ha podido creer en ningún momento, ante la constancia de textos tan decisivos como los transcritos que la Conferencia de La Haya llamase pequeña navegación local al comercio de cabotaje, en contraposición a la navigation de long cours o navegación internacional.

Tampoco ha podido equivocarse el P. E. sobre el sentido de la mención consignada en la obra „Leyes de Inglaterra“ (Laws of England), tomo 23, pág. 275. Trátase de la conocida recopilación de Halsbury, en la cual el autor expone metódicamente, ordenadas en capítulos por materias, las disposiciones legislativas y convencionales que rigen en la Gran Bretaña, expresando al pie de cada párrafo, la fuente de procedencia. En el tomo y lugar citado, Halsbury dice: „La captura de un buque enemigo o de mercaderías enemigas, es siempre legal, a menos que sea un buque empleado exclusivamente en la pesca de costas o un pequeño barco empleado en comercio local“ ... (a small boat employed in local trade). A esta altura del párrafo figura una llamada, cuya nota correspondiente, al pie de la página dice: „Convención relativa a ciertas restricciones al ejercicio del derecho de captura en la guerra marítima, 1907, art. 3“.

Es, pues, una simple transcripción del artículo tantas veces citado, cuyo alcance e inteligencia aparece con toda exactitud en los antecedentes que se han referido.

El caso del vapor „Pax“ ocurrido con anterioridad al apresamiento del „Presidente Mitre“ no ofrecía, a juicio del P. E., ningún interés que aconsejara tomarlo en cuenta para sus gestiones. Ese buque había sido capturado por la flota británica del Atlántico, y fué declarado más tarde buena presa, sin que el P. E. hiciera ninguna gestión en su favor, a pesar de estar inscripto en la matrícula argentina. Al proceder así tuvo en cuenta el P. E. razones que no se ocultarán al ilustrado criterio de V. H. y que estimo oportuno consignar en esta exposición.

Es sabido que las potencias signatarias de la declaración de Londres, convinieron en determinar el carácter neutral o enemigo de los buques por el pabellón que tuvieran el derecho de llevar. Como complemento lógico de esta disposición, debieron prevenir los cambios maliciosos de bandera para evitar que, en caso de guerra, los buques enemigos se inscribieran en una matrícula neutral y quedasen así inmunes contra toda posible hostilidad. En consecuencia, establecieron la nulidad de las transferencias efectuadas después de la ruptura de hostilidades, siempre que no se probara la buena fe de la operación. Ningún país podía desconocer el fundamento de esta cláusula en cuanto a la navegación internacional, a menos que se arrogase el derecho de anular con el otorgamiento de su bandera la acción de los beligerantes contra los buques enemigos.

El P. E. no pudo menos que tener presente estas reglas cuando los propietarios del vapor alemán „Impland“ solicitaron inscribirlo en la matrícula argentina con el nombre de „Pax“, en Octubre de 1914, es decir, tres meses después de declarada la guerra. Por una parte no convenía a los intereses públicos cerrar la inscripción de la matrícula nacional para las transferencias que se hicieran de buena fe y que pudieran contribuir legítimamente al desarrollo de la marina mercante. Por otra, el gobierno argentino no podía admitir, desde la posición neutral en que se había colocado, que se le complicara en maniobras dolosas para obligarle a intervenir en el choque de intereses puramente beligerantes. A fin de conciliar estos dos extremos, el P. E. dictó una resolución estableciendo que las transferencias de bandera se concederían en el concepto de que fueran practicadas con absoluta buena fe y que el gobierno declinaría toda responsabilidad a este respecto. Bien se comprende que no había otro procedimiento ante la posibilidad de que buques beligerantes solicitaran la bandera argentina al solo efecto de contar con el amparo de un gobierno neutral en caso de apresamiento. En estas condiciones fué concedida la inscripción al vapor „Impland“ o „Pax“. Y tan bien informados estaban sus propietarios respecto de la situación en que se encontraban ante el gobierno argentino, que en ningún momento gestionaron su apoyo para reclamar contra la captura.

---

Otro punto que no dejaré de someter a la *H. Cámara* es el que se refiere a la entrada del vapor „Presidente Mitre“ en el puerto de Montevideo pocos días después de ocurrir el apresamiento.

La versión de que el representante de Su Majestad Británica en la vecina Capital había clasificado al buque apresado como crucero auxiliar de la escuadra inglesa, ha dado lugar a severas protestas, como un ataque inconsiderado a los fueros de la soberanía argentina. No habiendo sido sometido el buque al tribunal de presas, la legalidad de la captura estaba todavía en cuestión y no era posible declararlo incorporado a la escuadra británica mientras el juicio se hallara pendiente. Todas las consideraciones formuladas a este respecto, fallan por su base, porque el hecho que las motiva

es inexacto. La Legación británica en Montevideo no declaró que el „Presidente Mitre“ fuera crucero auxiliar de la escuadra y dicho está con ello que no procedía gestión alguna contra el pretendido ataque a sus derechos por parte del gobierno argentino (anexo D).

---

Del mismo modo no ha encontrado mérito el P. E. para formular observación alguna contra los procedimientos seguidos en esa emergencia por el gobierno de la República Oriental del Uruguay, que se han ajustado irreprochablemente a los principios de las convenciones internacionales en vigor, y de sus propias reglamentaciones internas. El vapor „Presidente Mitre“ llevaba a su bordo animales en pie, que debía descargar en algunos puertos del sur. La cantidad de forraje que conducía era proporcionada a la duración presunta del viaje, que se reducía a pocos días. Producida la captura, la provisión comenzó a agotarse. Había que optar entre dejar perecer los animales, con el consiguiente perjuicio para sus propietarios, o entrar a puerto para descargarlos, ya que el trasbordo en alta mar es punto menos que imposible. En estas circunstancias la legación británica en Montevideo solicitó el permiso correspondiente al gobierno uruguayo para la entrada del buque. Al mismo tiempo la legación en Buenos Aires recababa el asentimiento del gobierno argentino, el cual se limitó a contestar que no deseaba tomar ingerencia alguna en los movimientos del buque apresado mientras estuviera discutiéndose la cuestión general. Una vez otorgado el permiso por el gobierno uruguayo, el „Presidente Mitre“ entró en Montevideo y allí permaneció algunas horas hasta descargar los animales que llevaba para entregarlos a sus dueños.

Al autorizar la entrada del buque, el gobierno uruguayo seguía la regla establecida por la Convención No 13 de La Haya, cuyo art. 21 dice así: „una presa solo puede ser conducida a un puerto neutral por causa de innavegabilidad, del mal estado del mar, de la falta de combustible o de provisiones. Debe partir nuevamente tan pronto como haya cesado la causa que hubiera justificado la entrada“. El caso de la falta de provisiones había ocurrido y el buque permaneció en el puerto las pocas horas que fueron necesarias para practicar la descarga de los animales, llenándose así los requisitos expresos del art. 21. Pero aun hay más. La misma Convención No 13 de La Haya establece en su art. 9 que „una potencia neutral debe aplicar igualmente a los dos beligerantes las condiciones, restricciones e interdicciones por ella establecidas con respecto a la admisión en sus puertos, radas o aguas territoriales, de los buques de guerra beligerantes o de sus presas“. Es decir, que se reconoce a los países neutrales el derecho de dictar reglamentaciones internas para hacer efectivos en la aplicación práctica los principios generales de la Convención. En uso de esa facultad el gobierno uruguayo dictó el decreto de agosto 8 de 1914, cuyo art. 11 párrafo 2, establece que se observará para las presas las mismas reglas que para los buques de guerra



beligerantes, o sea que se autorizará su entrada por tiempo limitado en los puertos de la República.

Por estas razones el P. E. no ha encontrado motivo alguno para considerar que los procedimientos observados por el gobierno uruguayo dejasen de corresponder al cumplimiento leal de sus deberes internacionales y a las relaciones de cordial amistad que vinculan a los dos países.

---

No reputa el P. E. que haya existido agravio para el pabellón de la República por la forma en que los oficiales de la flota británica lo arriaron en el vapor „Presidente Mitre“. Al subir a bordo el oficial comandante del piquete notificó al capitán argentino que capturaba el buque por considerarlo propiedad enemigo y lo invitó en consecuencia a que hiciera retirar la bandera. El capitán del Mitre dió la orden a uno de los tripulantes, de nacionalidad argentina, y fué éste el que retiró el pabellón. El buque enarbolaba su bandera en virtud de la ley argentina que por razón de la inscripción en su matrícula lo consideraba nacional: la captura se operaba en virtud de la legislación británica que por razón de la nacionalidad de sus propietarios lo consideraba enemigo. Había allí, pues, un conflicto de legislaciones en mar libre, que al ser decidido en forma perentoria por los oficiales de la flota británica, atacaba intereses argentinos, pero no realizaba un acto ofensivo para el decoro de la República. Lo que se desconocía no era el respeto debido al pabellón sino el derecho del barco para seguir enarbolándolo. Por eso en su mensaje anterior el P. E. decía que la controversia debía ser radicada, a su juicio, en el terreno en que la colocaban las circunstancias, como una elucidación de derechos y obligaciones correlativos, en la cual no aparecían comprometidos los deberes supremos inherentes a la salvaguardia de la dignidad nacional.

Confirma hoy esa apreciación la actitud observada por el gobierno británico ante las gestiones del argentino y la solución conciliadora a que ha llegado el incidente.

---

No dejaré de agregar que desde el principio de la guerra hasta ahora los buques de guerra beligerantes no han molestado en nada a los barcos neutrales, mediante visitas u otros procedimientos, a la entrada o salida del Río de la Plata. Para corroborar nuevamente las informaciones que ya tenía a este respecto, el P. E. encomendó a la Prefectura General de Puertos una investigación prolija y fehaciente acerca de los actos realizados por buques de guerra en la proximidad de las costas argentinas. Han sido llamados a declarar por aquella repartición todos los agentes de vapores que actúan en la Capital Federal, y, como verá V. H. en el informe acompañado, (anexo E) consta por esos testimonios que desde agosto de 1914 ningún buque mercante, de los que sirven el comercio internacional de la República por el puerto de Buenos Aires, ha sido visitado, ni sometido a medida alguna cerca del Río de la Plata, o en sus aguas.

---

El P. E. lamenta haberse visto obligado a distraer la atención de la *H. Cámara* con esta exposición, quizá demasiado larga para su objeto, pero ha creído indispensable prevenir los extravíos que en el juicio público podría ocasionar la difusión de conceptos erróneos y de versiones inexactas sobre el lamentable incidente cuyo desenlace se complace en comunicar a V. H.

Dios guarde a V. H.

V. de la Plaza.

*José Luis Murature.*

**Nr. 1631. Zeitungsbericht vom 12. April 1917 über die argentinische Antwort auf die den Kriegszustand mit Deutschland ankündigende Note der Vereinigten Staaten von Amerika.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 13. April 1917. Zweite Ausgabe. Nr. 101.)

„Bern, 12. April. Die argentinische Regierung beschränkt sich in ihrer Antwortnote auf die Note der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, in der diese den Kriegszustand mit Deutschland ankündigt, darauf, den Empfang der Note zu bestätigen und zu erklären: Die argentinische Regierung erkenne angesichts der Gründe, die die Vereinigten Staaten zur Kriegserklärung an Deutschland veranlaßt hatten, die Berechtigung dieses Entschlusses an, soweit sich dieser auf Verletzung der Grundsätze der Neutralität stütze, die durch endgültig als Errungenschaften der Zivilisation angesehene Vorschriften des Völkerrechts bestätigt seien.“

## c) Chile.\*)

**Nr. 1632. Note des chilenischen Ministers des Aeußern vom 7. August 1914 an den Minister des Innern über die Anwendung der Neutralitätsbestimmungen der zweiten Haager Konferenz\*\*).**

Santiago, 7 août 1914.

Monsieur le ministre de l'intérieur.

Les règles qui devront être observées par les autorités chiliennes, relativement à la neutralité, dans la guerre européenne, sont celles établies à ce sujet par la deuxième Conférence de la Haye. Les conventions de la Haye devront être suivies, bien qu'elles n'aient pas été ratifiées par le gouvernement du Chili, étant donné que celles-ci sont inspirées par les principes du droit international universellement reconnus.

**Nr. 1633. Note des chilenischen Ministers des Aeußern vom 8. August 1914 an den Kriegs- und Marineminister über die Befolgung der Grundsätze des Internationalen Rechts.\*\*)**

Santiago, 8 août 1914.

Monsieur le ministre de la guerre et de la marine.

Les services sous la dépendance du ministère de la guerre et de la marine devront, dans la guerre européenne, observer la neutralité, conformément aux principes généraux du droit international.

**Nr. 1634. Regeln für die Ueberwachung der in den Gewässern Chiles befindlichen Schiffe, 14. August 1914.\*\*)**

Santiago, 14 août 1914.

Ministère des relations extérieures.

1. Tout navire en relâche dans les ports chiliens ou qui navigue dans les eaux territoriales nationales, sera soumis à l'inspection de ses papiers par les autorités chiliennes, lesquelles pourront, quand elles le jugeront nécessaire, selon les règles qui sont spécifiées plus loin, procéder de nouveau à l'inspection du navire, de ses passagers, de son chargement et de ses documents.

En conséquence, on ne pourra autoriser la mise en route d'aucun navire, quel que soit son chargement et quelle que soit sa destination, tant que ce navire n'aura pas présenté des manifestes complets.

2. On ne permettra la sortie d'aucun navire de commerce qui aurait altéré ou essayé d'altérer ses status, lorsqu'il existera des motifs de croire que le navire a voulu le faire pour se transformer en croiseur auxiliaire ou en navire armé, en quelque degré que ce soit.

\*) Vgl. auch unten „Columbien“. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

Les actes suivants seront considérés comme présomption de modification des status :

a) Changer l'emplacement ou la position des canons qui se trouveraient à bord du navire, au moment de son arrivée; changer la couleur, le grément ou l'équipement du navire de manière à faire présumer que ce changement a pour objet de le destiner à des opérations de guerre.

b) Embarquer des canons, armes ou munitions dans des circonstances qui indiquent l'adaptation du navire à des fins militaires.

c) Se refuser à prendre à bord des passagers, si le navire possède des installations commodes pour ceux-ci.

**Nr. 1634 a. Englische Antwortnote vom 21. August 1914 auf die chilenische Note vom 7. August über den Ankauf deutscher Schiffe durch Chile \*).**

21 août 1914.

Monsieur.

Le gouvernement anglais acquiesce de bonne grâce au désir du gouvernement chilien d'acheter des navires de commerce allemands appartenant à la Compagnie Kosmos. Il exige toutefois l'accomplissement de certaines conditions sous lesquelles doit se faire l'achat, et qui sont destinées à garantir qu'il s'agit de la part du Chili d'une opération définitive. Ces conditions sont que le transfert au Chili soit fait bona fide, soit entier et soit permanent; que le vendeur ne se réserve pas le droit de rachat des navires à la fin de la guerre; que le personnel allemand des équipages des navires soit changé.

Le gouvernement anglais portera à la connaissance des puissances alliées de l'Angleterre les conditions précédemment énoncées, exprimant l'espoir que les dites puissances accepteront aussi lesdites conditions formulées par l'Ambassade anglaise.

**Nr. 1634 b. Englische Note an Chile vom 13. September 1914 über den Ankauf deutscher Schiffe durch Chile \*).**

13 septembre 1914.

Monsieur.

En plus des conditions indiquées dans la communication du 21 août (1), le gouvernement de Sa Majesté considère justifiée la condition que les vapeurs en question ne soient employés, ni directement, ni indirectement au commerce avec l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie, pendant tout le temps que durera la guerre actuelle.

Je dois manifester à Votre Excellence que, sur la question du transfert aux États-Unis qui a été proposé pour certains vapeurs allemands ancrés dans des ports américains, il existe une divergence d'opinions, comme Votre Excellence doit sûrement le savoir, entre d'une part le gouvernement des États-Unis, et d'autre part les gouvernements français et britannique.

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

\* Le gouvernement français a fait remarquer au gouvernement de Washington qu'il n'est pas compatible avec le droit international d'autoriser le transfert de navires belligérants à un pays neutre, dans le but d'échapper aux conséquences de la guerre.

Cette argumentation est considérée par le gouvernement anglais comme irréfutable: en conséquence, l'acceptation de tout transfert fait dans ces conditions doit être considérée comme une concession volontaire de la part du gouvernement de Sa Majesté britannique.

Celui-ci a manifesté au gouvernement des États-Unis l'inconvenance qu'il y aurait à permettre que lesdits navires fussent employés pour le commerce avec l'Allemagne.

D'accord avec ces idées, le gouvernement de Sa Majesté espère que le gouvernement du Chili, dans le cas où il achèterait les vapeurs de la Compagnie Kosmos, reconnaîtrait la justice de cette pétition.

En conséquence, je suis sûr que le gouvernement chilien comprendra que le consentement du gouvernement de Sa Majesté à reconnaître le transfert sera considéré comme une concession amicale, et comme une exception à la loi qui régit cette matière.

**Nr. 1635. Chilenische Note vom 25. September 1914 an Deutschland wegen Weigerung einer englischen Schifffahrtsgesellschaft, Deutsche zu befördern. \*)**

Santiago, 25 septembre 1914.

Monsieur.

Mon Département a reçu la Note de la légation d'Allemagne du 18 septembre, dans laquelle Votre Excellence sollicite l'adoption par le gouvernement chilien de mesures destinées à obliger la Compagnie anglaise de vapeurs à révoquer sa décision de ne pas accepter de passagers allemands et autrichiens sur ses navires. En réponse, je dois manifester à Votre Excellence qu'en temps de paix la Compagnie en question est libre, d'après nos lois, d'accepter ou de refuser certains passagers à bord de ses navires, passant ou non avec ceux-ci le contrat respectif, selon les articles du code de commerce. Par conséquent, il n'est pas possible, en temps de guerre, de restreindre l'usage de cette faculté, au sujet de citoyens de pays avec lesquels la nation dont la Compagnie porte le pavillon est en guerre.

N'ayant pas de pouvoir, d'après nos lois, pour intervenir dans cette affaire, mon gouvernement regrette de ne pouvoir accéder aux désirs de Votre Excellence.

---

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

**Nr. 1636. Erklärung des chilenischen Ministers des Aeußern vom 14. Oktober 1914 betr. die Kohlenversorgung von Kriegsschiffen Kriegführender in chilenischen Häfen. \*)**

Santiago, 14 octobre 1914.

Ministère des relations extérieures.

En ce qui concerne l'application de l'article 19 de la convention n° XIII de la Haye du 18 octobre 1907, au sujet de l'approvisionnement en charbon des navires de guerre belligérants dans les ports neutres, il faut entendre par le port le plus proche de leur propre pays dont parle l'article 19 un port de la métropole et non pas le port d'une colonie.

**Nr. 1637. Anweisung der chilenischen Behörde zur Ueberwachung der Küstengewässer vom 14. Oktober 1914 über den Gebrauch drahtloser Telegraphie in chilenischen Gewässern \*).**

Santiago, 14 octobre 1914.

1. Il est interdit à tous les navires pourvus d'appareils de télégraphie sans fil, sans distinction de nationalité, qui naviguent dans nos eaux territoriales ou sont ancrés dans nos ports, de se servir desdits appareils.

2. En arrivant dans un port ou dans une rade, ces navires devront amener les antennes, supprimant leur connexion avec les drisses et les appareils, aussitôt qu'ils auront été reçus par les autorités maritimes, lesquelles veilleront personnellement au strict accomplissement de cet ordre, procédant immédiatement à l'apposition de leurs *sceaux et timbres* sur les portes, fenêtres, claire-voies et autres voies d'accès au local dans lequel sont placés ces appareils.

3. Tout navire national ou étranger qui demeurera dans un port plus de quatre jours démontrera les antennes qui seront gardées dans le même local où se trouvent les appareils des stations de télégraphie sans fil, observant ensuite les mêmes instructions pour le scellement des voies d'accès à ce local.

4. Les autorités maritimes rendront compte à la direction du territoire maritime de l'accomplissement des présentes instructions, ne devant pas oublier que leur non accomplissement peut compromettre la neutralité du pays.

**Nr. 1638. Note der chilenischen obersten Heeresleitung an das Kriegs- und Marine-Ministerium vom 2. November 1914 über die Kohlenversorgung von Schiffen kriegführender und neutraler Staaten \*).**

Santiago, 2 novembre 1914.

1. Tout navire marchand de pavillon belligérant ayant un chargement de des passagers, ou ayant seulement un chargement, ou encore naviguant

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

sur lest, pourra prendre le charbon nécessaire, plus un 20 0/0 pour les éventualités, pour arriver au Callao ou à Montevideo, selon la route qu'il prendra (c'est-à-dire dans la direction du Nord ou dans la direction du Sud du Chili).

2. Si l'un des navires auxquels se réfère l'article précédent venait à toucher à un autre port du Chili pour prendre de nouveau du charbon ou des vivres, sous prétexte que le combustible qu'il portait lui aurait été enlevé par un navire de guerre, on ne lui permettra pas de prendre une quantité de charbon supérieure à celle nécessaire pour le service.

3. Les navires de pavillon neutre, qu'ils portent ou non des passagers et un chargement, pourront prendre le charbon nécessaire pour arriver au port de leur destination.

**Nr. 1639. Verordnung der chilenischen Regierung vom 5. November 1914 über Festlegung der 3 sm-Grenze für die chilenischen Küstengewässer\*).**

Santiago, den 5. November 1914.

In Erwägung, daß zwar die Gesetze der Republik die Grenze der Territorialgewässer und des nationalen Hoheitsgebiets festgelegt haben, ebenso wie die Entfernung, bis zu welcher sich das Polizeirecht für Angelegenheiten, betreffend die Sicherheit des Landes und die Beobachtung der Finanzgesetze erstreckt, daß aber nicht festgesetzt worden ist die Meereszone zum Zwecke der Wahrung der Rechte und der Erfüllung der Pflichten, die sich aus der von der Regierung im Falle internationaler Konflikte erklärten Neutralität herleiten, in Erwägung ferner, daß das Recht, diese Zone festzusetzen, ein Ausfluß der Souveränität der Staaten ist, verordne ich:

Als Hoheits- oder neutrales Meer an den Küsten der Republik behufs Wahrung der Rechte und Erfüllung der Pflichten, die sich aus der von der Regierung im Falle internationaler Konflikte erklärten Neutralität herleiten, wird erklärt das benachbarte Meeresgebiet bis zu einer Entfernung von drei Seemeilen, gerechnet von der Linie der tiefsten Ebbe aus.

Zu vermerken, mitzuteilen, zu veröffentlichen und einzureihen in die Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Regierung.

gez.: *Barros Luco*,  
gez.: *Manuel Salinas*.

---

\*) Anm.: Uebersetzung nach „Seekriegsrecht im Weltkriege“. Sammlung diplomatischer Noten und anderer Urkunden. Zusammengestellt im Auftrage des Staatssekretärs des Reichsmarineamts. Berlin 1918.

**Nr. 1640. Rundschreiben der chilenischen Marinebehörde über Maßnahmen gegen die mißbräuchliche Lieferung von Kohlen und Lebensmitteln an Handelsschiffe Kriegsführender \*).**

Valparaíso, 7 novembre 1914.

L'autorité navale, afin d'éviter les continuelles réclamations qui lui sont présentées sur les mouvements et les approvisionnements des navires de commerce de pays belligérants, a été autorisée par le gouvernement à exiger, des agents des Compagnies respectives, et du consul de la nation à laquelle appartiennent les navires en cause, une garantie que ceux-ci ne fourniront ni charbon ni vivres à des navires de guerre belligérants, ordonnant aux autorités maritimes de faire exécuter cette disposition comme première condition pour la sortie des dits navires.

Cette résolution est portée, par la présente circulaire, à la connaissance de Messieurs les consuls et agents des navires dont il est question, en les priant de vouloir bien, avant de commencer les formalités pour la sortie d'un navire, garantir, par une déclaration écrite, que les vivres et le charbon que celui-ci va embarquer seront exclusivement destinés à son propre usage et que la sortie du dit navire n'a pas d'autre objet que de continuer son voyage dans un but commercial.

On prévient en même temps que la sanction contre la Compagnie à laquelle appartiendrait un navire qui violerait l'engagement ci-dessus serait de refuser, dans la suite, toute espèce de provisions et de combustible à tous les navires de la dite Compagnie.

**Nr. 1641. Rundschreiben der Telegraphendirektion vom 13. November 1914; über telegraphische Mitteilungen. \*)**

Santiago, 13 novembre 1914.

Il est défendu de transmettre des télégrammes en langage conventionnel ou chiffré. Les télégrammes en langage clair rédigés en espagnol, en allemand, en français, en anglais, en italien ou en portugais seront acceptés toutes les fois qu'ils ne transmettront pas de nouvelles relatives à la situation, aux mouvements ou aux opérations des navires de guerre des nations belligérantes. Seront exceptés de ces restrictions les télégrammes des agents diplomatiques et consulaires. En cas de doute sur le contenu de télégrammes rédigés en langues étrangères, on consultera l'Inspection.

**Nr. 1642. Note des chilenischen Ministers des Aeußern vom 16. November 1914 an die Vertreter der Mächte über Verhalten bei Angaben über Neutralitätsverletzungen. \*)**

Santiago, 16 novembre 1914.

- Ministère des relations extérieures.

Les représentants diplomatiques de toutes les puissances belligérantes

---

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.



voudront bien, en formulant leurs dénonciations sur des violations des règles de neutralité, indiquer, 'autant que possible, l'origine des informations qui servent de base à ces dénonciations; cette mesure permettra d'obtenir une plus grande rapidité dans les enquêtes et, par conséquent, de prendre, en temps opportun, les résolutions que chacun des cas pourra réclamer.

**Nr. 1643. Anweisung der chilenischen Regierung vom 12. Dezember 1914 an ihren Gesandten in Berlin, gegen die Verletzung der Neutralität Chiles durch die deutsche Flotte bei der Insel Paques zu protestieren. \*)**

Santiago, 12 décembre 1914.

Monsieur.

Une division allemande, composée de douze unités: quatre navires de guerre et huit navires charbonniers, a séjourné dans le port d'Angarroa de l'île de Pâques pendant cinq jours et y a pris une provision de vivres supérieure à la normale en temps de paix. La prolongation pendant plus de 24 heures du séjour de ces navires dans nos eaux territoriales, la présence simultanée de plus de trois navires de guerre dans le port sus-indiqué et la provision excessive de vivres faite par les navires en question constituent, conformément aux articles 12, 15 et 19 de la convention XIII de la Haye, une violation de notre neutralité, qui autorise le gouvernement chilien à formuler une protestation par l'intermédiaire de Votre Excellence auprès du gouvernement allemand. Votre Excellence voudra bien adresser au ministre des affaires étrangères d'Allemagne une Note de protestation et décliner toutes les responsabilités qui peuvent directement ou indirectement découler de ces actes.

*Salinas.*

**Nr. 1644. Anweisung der chilenischen Regierung vom 12. Dezember 1914 an den Gesandten in Berlin, gegen Nichtbeachtung internationaler Höflichkeit durch den deutschen Kreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ zu protestieren. \*)**

Santiago, 12 décembre 1914.

Monsieur.

Le 6 décembre dernier, à 10 heures du matin, est entré dans le port de seconde catégorie de Papudo le transport de guerre allemand „Prinz Eitel Friedrich“. Sans se soumettre aux prescriptions du règlement des ports ni montrer la moindre marque de courtoisie pour nos autorités, le transport allemand a mis ses canots à l'eau et procédé au débarquement de 58 hommes d'équipage, y compris le capitaine, du vapeur anglais *Charcas* que le même „Prinz Eitel Friedrich“ avait coulé à fond, entre Corral et Valparaíso, à huit milles de la côte. Après avoir réalisé cet acte, dans les conditions

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

indiquées, le „Prinz Eitel Friedrich“ abandonna le port, en direction du large. Votre Excellence voudra bien adresser à ce gouvernement une Note de protestation pour le manque de respect envers les autorités du pays dont s'est rendu coupable le susdit navire de la flotte allemande.

*Salinas.*

**Nr. 1645. Anweisung der chilenischen Regierung vom 13. Dezember 1914 an den chilenischen Gesandten in Berlin, gegen Verletzung der Neutralität Chiles durch die deutsche Flotte bei der Insel Juan Fernandez zu protestieren.\*)**

Santiago, 13 décembre 1914.

Monsieur.

Les investigations pratiquées par les autorités maritimes du Chili prouvent qu'une division navale allemande, composée du Scharnhorst, du Gneisenau, du Nuremberg, du Dresden, du Leipzig, du Titania et du Prinz Eitel, est restée mouillée dans la baie Nord-Ouest de l'île chilienne Mas Afuera, du groupe de Juan Fernandez, pendant plus de sept jours, transbordant des vivres et du charbon des navires Valentine, français, Helicon, norvégien, et Sacramento, américain, amenés là par la même division en qualité de prises et retenus avec le même caractère durant plusieurs jours, actes qui constituent des violations flagrantes de notre neutralité, d'autant plus blâmables et prémédités qu'ils ont été commis dans une île à laquelle ne peut atteindre l'action immédiate des autorités centrales à cause de son éloignement du continent et du manque de communications télégraphiques.

Ces faits ont déterminé le gouvernement du Chili à formuler une énergique protestation fondée sur les motifs suivants.

a) Ont séjourné en même temps dans la rade Nord-Ouest de Mas Afuera plus de trois navires de l'escadre allemande, en contravention avec ce qu'établit l'article 15 de la convention XIII de la Haye.

b) Ces navires de guerre allemands sont demeurés dans cette rade pendant plus de 24 heures, en contravention avec ce qu'établit l'article 12 de la même convention.

c) Les navires marchands Valentine, Sacramento et Helicon ont été amenés dans une rade neutre, dans un but autre que celui de les faire mettre sous séquestre; ainsi un dépôt de prises et une base d'opérations navales ont été établis dans les eaux territoriales, en violation des articles 5 et 23 de la même convention.

d) Des navires allemands se sont approvisionnés dans la même rade en vivres et en combustibles en enlevant ces objets des prises susdites, contrairement à ce qu'établit l'article 19 de la dite convention.

En conséquence, Votre Excellence voudra bien formuler la protestation par une Note adressée au ministre des affaires étrangères d'Allemagne, en la

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

basant sur les causes indiquées et en ajoutant que le gouvernement du Chili rend le gouvernement allemand responsable de toutes les conséquences qui découlent de ces actes et de toutes les indemnités auxquelles ils donneraient lieu en vertu d'une sentence de la Cour des prises, soit pour les dommages soufferts par les navires dans les eaux territoriales, soit pour la valeur des chargements capturés dans des conditions irrégulières.

*Salinas.*

**Nr. 1646. Verordnung der chilenischen Regierung vom 15. Dezember 1914 über die Ausdehnung ihres maritimen Hoheitsgebietes auf den australischen Teil Chiles. \*)**

Santiago, 15 décembre 1914.

No 1986 — Considérant que le détroit de Magellan aussi bien que les canaux de la région australe se trouvent dans les limites internationales du Chili et par conséquent font partie du territoire de la République ;

Il est décrété :

Pour les effets de la neutralité établie dans le décret n° 1857 du 5 novembre dernier du ministère des affaires étrangères, doivent être considérées comme faisant partie de la mer juridictionnelle ou neutre les eaux intérieures du détroit de Magellan et des canaux de la région australe, même dans les parties qui sont distantes de plus de trois milles de l'une ou de l'autre rive.

**Nr. 1647. Verordnung der chilenischen Regierung vom 15. Dezember 1915 über die Versorgung von Kriegsschiffen kriegführender Mächte und von Handelsschiffen in chilenischen Häfen mit Feuerungsmaterial. \*)**

Santiago, 15 décembre 1914.

No 2009. — Considérant que la convention XIII de la Haye, relative aux droits et devoirs des puissances neutres en cas de guerre maritime, porte dans son article 19 que les navires de guerre belligérants peuvent prendre du combustible dans les ports neutres en quantité suffisante pour gagner le port le plus proche de leur propre pays, et ajoute dans l'article 20 que ces navires ne peuvent renouveler leur approvisionnement de combustible qu'après trois mois dans un port de la même puissance :

Que ces dispositions ainsi que d'autres de la convention précitée indiquent le but fondamental d'éviter que les puissances neutres coopèrent directement ou indirectement à l'action des belligérants et d'éloigner des ports neutres les navires de guerre en leur procurant seulement les éléments nécessaires pour arriver aux côtes du pays auquel ils appartiennent ;

Que l'application de ces règles dans les ports de la République produit des résultats ouvertement contraires à l'esprit qui anime toutes les dispositions de la convention susdite, puisqu'à raison de la grande distance qui

---

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

sépare nos côtes des pays belligérants, la provision de charbon qui doit être donnée aux navires de guerre est très considérable et qu'ainsi ces navires ont profité de la facilité que leur donne cette circonstance, non pour se diriger vers les côtes de leur propre pays, mais pour continuer leurs opérations belliqueuses dans les mers américaines;

Que de cette manière les dispositions citées concourent à augmenter en fait l'activité de la guerre maritime dans l'océan Pacifique contrairement à la volonté et aux intérêts du Chili;

Que pour la même raison les conséquences du conflit européen se sont fait sentir plus gravement dans notre pays, puisque aux perturbations apportées à son commerce international et à sa vie économique et industrielle s'ajoutent les préoccupations résultant de l'accomplissement des devoirs de la neutralité et de la surveillance de notre côte étendue qui absorbent l'activité de nos autorités maritimes et imposent au Trésor public des dépenses considérables;

Que la même convention n° XIII, dans le paragraphe 5 des considérants qui précèdent ses dispositions, réserve aux pays signataires la faculté d'en changer les prescriptions, au cours d'une guerre, quand l'expérience acquise en démontrerait la nécessité pour la sauvegarde de leurs droits;

Que les inconvénients résultant de l'application de l'article 19 seraient beaucoup réduits si à la règle permettant de livrer aux navires de guerre le charbon nécessaire pour gagner un port de leur nation était substituée celle les autorisant à prendre seulement le combustible suffisant pour atteindre le premier port neutre le plus proche, car les navires approvisionnés dans ces conditions limitées ne pourraient aventurer des opérations belliqueuses sans courir le risque de se trouver immobilisés en pleine mer;

Que le fait pour notre pays d'être producteur de charbon décide les navires belligérants à s'approvisionner de ce combustible dans nos ports plutôt que dans ceux d'autres pays se trouvant dans le même cas, considération qui impose spécialement au gouvernement du Chili l'obligation morale d'éviter l'abus qui pourrait être fait à l'avenir des approvisionnements de charbon dans ses ports;

Qu'il est nécessaire d'adopter pour les cas de violation de la neutralité par les navires marchands une sanction qui par sa gravité déterminerait directement les Compagnies de vapeurs à observer complètement les règles édictées par le gouvernement;

Qu'il est enfin nécessaire de trouver quelque moyen de diminuer autant que possible les charges qu'impose au gouvernement la surveillance des navires internés dans les ports de la République pour violations de neutralité ou que leurs propriétaires y ont volontairement laissés;

Décète:

1. À l'avenir les provisions de charbon que les navires de guerre des nations belligérantes pourront prendre successivement dans des ports chiliens ne devront pas excéder la quantité nécessaire pour atteindre le premier port charbonnier du pays voisin.

2. En cas de violation par un navire marchand de quelqu'une des règles sur l'observation de la neutralité adoptées par le gouvernement de la République, il ne sera plus accordé de combustible dans les ports chiliens à aucun des navires de la Compagnie dont dépend le navire qui a commis l'infraction.

3. Les navires internés par décision du gouvernement à raison d'une violation de la neutralité et ceux dont les propriétaires manifestent l'intention de les retenir dans des ports chiliens jusqu'à la fin de la guerre seront concentrés dans les ports chiliens que l'autorité administrative déterminera dans chaque cas.

4. La quantité de charbon pouvant être livrée dans les ports de la République aux navires marchands sera limitée à la capacité de leurs soutes charbonnières ordinaires, à moins qu'ils ne désirent faire un voyage direct vers des ports européens, auquel cas on leur donnera la quantité de charbon nécessaire pour ce voyage, pourvu que la Compagnie dont dépend le navire fournisse une garantie suffisante, au jugement du gouvernement, que le combustible sera destiné uniquement à réaliser le voyage en question.

Les dispositions précédentes seront appliquées dans tout le territoire de la République à partir du 1 du mois prochain.

**Nr. 1648. Anweisung des chilenischen Ministers des Aeußern vom 17. Dezember 1914 über die Bekanntgabe der Daten der Kohleneinnahme von Kriegsschiffen kriegsführender Staaten in chilenischen Hä/en \*).**

Ministère des relations extérieures. — Santiago, 17 décembre 1914.

Le directeur général de la marine doit porter à la connaissance de toutes les autorités maritimes de la République les dates auxquelles ont été fournis des approvisionnements de charbon, dans les ports du Chili, à des navires de guerre des belligérants. Les autorités maritimes des différents ports devront, à leur tour, communiquer par dépêche à la direction générale de la marine toutes les fournitures de charbon faites aux dits navires de guerre.

**Nr. 1649. Verordnung der chilenischen Regierung über telegraphische Mitteilungen vom 30. Dezember 1914\*).**

Santiago, 30 décembre 1914.

1. Les intendants et gouverneurs de la République procéderont au démontage des appareils télégraphiques, téléphoniques et de télégraphie sans fil, destinés ou non au service public, dont l'installation n'aurait pas été dûment autorisée.

2. Les entreprises télégraphiques, cablographiques ou de télégraphie sans fil appartenant à l'État ou à des particuliers ne pourront, à l'avenir

---

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

et jusqu'à nouvel ordre, accepter, pour les transmettre, les communications rédigées en langage chiffré ou conventionnel.

3. Seront exceptées de cette règle les communications adressées par les agents diplomatiques accrédités près de la République et celles que les banques échangent entre leurs diverses succursales, la clef du langage devant toutefois être préalablement communiquée à la direction générale des télégraphes. — Les seules communications qui pourront être transmises sont celles rédigées en langage clair en allemand, en espagnol, en français, en anglais, en italien et en portugais et qui ne donneront aucuns renseignements sur la situation, les mouvements ou les opérations des navires des nations belligérantes.

**Nr. 1650. Note des chilenischen Ministers des Aeußern vom 4. Januar 1915 an den Kriegs- und Marine-Minister über die Versorgung von Kriegsschiffen Kriegführender mit Lebensmitteln \*).**

Ministère des relations extérieures. — Santiago, 4 janvier 1915.

L'article 19 de la convention XIII de la Haye n'autorise les navires de guerre belligérants à se ravitailler dans les ports et rades neutres que pour compléter leur approvisionnement normal du temps de paix; en conséquence, l'approvisionnement doit être calculé en se basant sur la consommation courante de l'équipage, de façon que si un navire belligérant qui a reçu dans un port chilien des vivres pour un certain nombre de jours revient dans un autre port chilien, il ne pourrait recevoir une nouvelle provision de vivres avant qu'ait expiré le délai qui avait servi de base pour la fourniture de l'approvisionnement antérieur.

**Nr. 1651. Note des chilenischen Ministers des Aeußern vom 12. Januar 1915 an den Kriegs- und Marine-Minister über das Verhalten bei Beschwerden über Neutralitätsverletzung von Handelsschiffen \*).**

Ministère des relations extérieures. — Santiago, 12 janvier 1915.

Monsieur le ministre de la guerre et de la marine.

La situation normale d'un navire marchand ne peut pas être altérée par le fait de simples dénonciations; il faut au moins une preuve que le navire a commis un acte contraire à la neutralité; en cas de suspicion grave et fondée, on peut seulement, si cela est indispensable, retenir un navire pour faire une rapide enquête sur les faits. On formera, pour chaque cas, un dossier dans lequel seront consignées les déclarations de l'intéressé et des témoins, ainsi que toute autre preuve propre à faire la lumière. Les résolutions prises par l'autorité maritime ne devront avoir qu'un caractère provi-

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

soire jusqu'à leur ratification par le gouvernement. On ne donnera en aucun cas à la presse des renseignements sur l'affaire en cours, même sous prétexte de rectification ou de défense des procédés du gouvernement: c'est au gouvernement seulement qu'il appartient de décider les publications qu'il y aura à faire.

**Nr. 1652. Erklärung des chilenischen Ministers des Aeußern vom 23. Januar 1915 über die Versorgung von Kriegsschiffen Kriegführender in chilenischen Häfen mit Kohlen \*).**

Ministère des relations extérieures. — Santiago, 23 janvier 1915.

Les autorités maritimes doivent obtenir télégraphiquement l'autorisation de la Supériorité navale avant d'accorder aux navires de guerre belligérants la permission d'embarquer du charbon dans les ports chiliens, et ces autorités, si elles ne reçoivent pas en temps opportun cette autorisation, doivent réclamer des commandants des navires une déclaration écrite qu'ils n'ont pas pris de charbon dans les ports chiliens pendant les trois derniers mois.

**Nr. 1653. Verordnung der chilenischen Regierung vom 25. Januar 1915 über telegraphische Mitteilungen \*) \*\*).**

Santiago, 25 janvier 1915.

1. Les communications des représentants diplomatiques et agents consulaires accrédités au Chili pourront être transmises et reçues en langage chiffré ou conventionnel sans aucune restriction et avec le principe de la réciprocité.

2. Les communications télégraphiques particulières dans le pays même ou avec des pays neutres peuvent être transmises en langage conventionnel ou chiffré.

3. Les communications télégraphiques particulières en chiffres avec les pays belligérants ne pourront être faites que par le moyen des clefs A. B. C., 5<sup>e</sup> édition; Scotts Code, 10<sup>e</sup> édition; Bent Leys Complete Phrase Code; Western Union Code; Liebers Code; on permettra aussi celles qu'autorisera le gouvernement du Chili, à condition que l'envoyeur remette à l'autorité administrative correspondante une traduction du télégramme et que celle-ci autorise sa transmission, mettant sur l'original chiffré son autorisation de transmettre.

4. Il ne pourra être transmis de communications télégraphiques particulières, chiffrées ou non, qui renferment des renseignements sur la situation, les mouvements ou les opérations des navires de guerre ou de commerce des nations belligérantes; toutefois, les agents des Compagnies de vapeurs ou de maisons de commerce pourront transmettre des communications télégraphiques chiffrées ou en langage conventionnel, dans le pays même ou avec des pays neutres, sur des mouvements de vapeurs ou de navires marchands. „

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Vgl. oben Nr. 1649. — Herausgeber.

**Nr. 1654. Note des chilenischen Ministers des Aeußern vom 13. März 1915 an den Kriegs- und Marine-Minister über die Auslegung des 4. Artikels der Verordnung vom 15. Dezember 1914 \*) \*\*).**

Ministère des relations extérieures. — Santiago, 13 mars 1915.

Monsieur le ministre de la guerre et de la marine,

La disposition de la règle consignée dans le n° 4 du décret du 15 décembre 1914 doit s'entendre en ce sens que la provision de charbon ne doit pas dépasser la quantité nécessaire pour que le navire arrive à son port de destination, en limitant en même temps la provision à la capacité des soutes ordinaires et en prenant comme base l'itinéraire et les escales habituelles des navires analogues. En conséquence, le maximum de charbon qui pourra être fourni dans les ports chiliens à des navires marchands de pavillon belligérant sera celui que peuvent contenir ses soutes ordinaires; mais, dans le cas de voyage à un port où le navire pourra arriver sans employer tout le contenu de ses soutes ordinaires, la provision devra être réduite à la quantité nécessaire pour arriver à ce port de destination, prenant en considération l'itinéraire et les escales accoutumées des navires analogues. Dans tous les cas, il faudra exiger des intéressés une garantie suffisante que le combustible qui leur sera fourni ne sera pas employé à aider à des opérations de guerre.

**Nr. 1655. Note des chilenischen Ministers des Aeußern vom 15. März 1915 an die diplomatischen Vertreter in Chile über die Rückverwandlung von Kriegsschiffen in Kaufahrtschiffe \*).**

Ministère des relations extérieures. — Santiago, 15 mars 1915.

Monsieur le ministre,

Ce ministère a examiné avec un intérêt particulier la question qui lui a été soumise par le gouvernement britannique, dans une Note du 4 février dernier, relative à la possibilité, pour les navires marchands anglais qui ont servi jusqu'à maintenant de navires auxiliaires de la flotte britannique, de reprendre leur qualité de navires marchands et d'être traités en cette qualité dans les eaux juridictionnelles chiliennes.

La seconde Conférence internationale de la Paix, réunie à la Haye en 1907, a autorisé, dans la convention VII, la transformation de navires de commerce en navires de guerre, déterminant en même temps les mesures destinées à éviter les abus, surtout au sujet du rétablissement de la course, abolie par la déclaration de Paris de 1856.

Mais, ni la dite Conférence, ni la Conférence navale de Londres de 1909, n'ont réglé toutes les matières relatives à la guerre maritime, et

\* \*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Vgl. oben Nr. 1647. — Herausgeber.



notamment celle de la retransformation en navires de commerce de ceux qui, ayant eu antérieurement ce caractère, auraient, dans la suite, été transformés en navires de guerre ou auxiliaires de la flotte armée.

Conformément aux principes généraux du droit international, les gouvernements des pays neutres peuvent régler les cas non prévus conventionnellement et appliquer dans leurs eaux juridictionnelles la réglementation qu'ils adopteraient. Le préambule de la convention XIII de la Haye leur reconnaît formellement cette faculté.

Le gouvernement du Chili désire résoudre la question, objet de la Note ci-dessus indiquée, d'accord avec l'attitude de stricte neutralité adoptée par lui depuis le début de la guerre, et aussi en conformité de la convenance générale du continent américain, puisque le grand conflit européen a démontré d'une manière évidente que la réglementation internationale doit à l'avenir prendre en considération les conditions particulières de cet hémisphère.

En s'inspirant de ces idées, le gouvernement chilien ne voit pas d'inconvénients à admettre dans les ports et dans les eaux juridictionnelles du Chili et à traiter en toutes circonstances comme navires marchands les navires qui ont été auxiliaires de la flotte de quelqu'un des États belligérants, lorsque les dits navires réuniront les conditions suivantes: 1<sup>o</sup> que le navire auxiliaire n'ait pas violé la neutralité chilienne; 2<sup>o</sup> que la retransformation se soit réalisée dans les ports ou eaux juridictionnelles du pays auquel appartient le navire, ou dans les ports de ses alliés; 3<sup>o</sup> que celle-ci soit effective, c'est-à-dire que le navire, ni dans son équipage, ni dans ses installations, ne révèle qu'il peut prêter directement à la flotte armée de son pays des services, en qualité d'auxiliaire, comme il était antérieurement; 4<sup>o</sup> que le gouvernement du pays auquel appartient le navire communique à toutes les nations intéressées, et particulièrement aux neutres, les noms des navires auxiliaires qui auront perdu cette qualité pour reprendre celle de navires marchands; et 5<sup>o</sup> que le même gouvernement s'engage à ce que les dits navires ne soient plus dans l'avenir destinés au service de la flotte armée, en qualité d'auxiliaires.

*Alejandro Lira.*

**Nr. 1656. Veröffentlichung des deutschen Admiralstabes vom 24. März 1915 über die Vernichtung des deutschen Kreuzers „Dresden“ in neutralen chilenischen Gewässern.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 25. März 1915, erste Ausgabe. Nr. 84).

Der Kommandant S. M. S. „Dresden“, welcher mit der Besatzung des Schiffes an Bord eines chilenischen Kreuzers in Valparaiso eingetroffen ist, berichtet dienstlich folgendes:

„Am 14. März vormittags lag S. M. S. „Dresden“ vor Anker in der Cumberlandbucht der Insel Juan Fernandez. Hier wurde das Schiff von den englischen Kreuzern „Kent“ und „Glasgow“ und von dem Hilfskreuzer

„Orama“ angegriffen. Der Angriff erfolgte aus einer Richtung, in der S. M. S. „Dresden“ nur ihre Heckgeschütze verwenden konnte.

S. M. S. „Dresden“ erwiderte das Feuer, bis alle verwendbaren Geschütze und drei Munitionskammern unbrauchbar geworden waren. Um zu verhindern, daß das Schiff in Feindeshand fiel, wurden Vorbereitungen zum Versenken getroffen und gleichzeitig ein Unterhändler auf „Glasgow“ gesandt, der darauf hinwies, daß man sich in neutralen Gewässern befände.

Da „Glasgow“ trotz dieses Hinweises den Angriff fortsetzen wollte, wurde S. M. S. „Dresden“ gesprengt und versank um 11 Uhr 15 Minuten mit wehender Flagge, während die Besatzung drei Hurras auf Seine Majestät den Kaiser ausbrachte“.

Hiermit ist die von englischer Seite gebrachte Darstellung, daß S. M. S. „Dresden“ unter Heißen der weißen Flagge kapituliert habe, nicht zutreffend.

Der Stellvertretende Chef des Admiralstabes der Marine.

gez.: *Behncke*.

**Nr. 1657. Protestnote der chilenischen Regierung vom 26. März 1915 an England wegen Vernichtung des deutschen Kreuzers „Dresden“ in chilenischen Küstengewässern.** („Miscellaneous No. 9. [1915]. Notes exchanged with the Chilean Minister respecting the Sinking of the German Cruiser „Dresden“ in Chilean Territorial Waters. London 1915“. No. 1.)

The Chilean Minister to Sir *Edward Grey*. — (Received March 26.)

(Translation.)

Chilean Legation, London, March 26, 1915.

Sir,

In compliance with instructions from my Government, I have the honour to inform your Excellency of the facts which led to the sinking of the German cruiser „Dresden“ in Chilean territorial waters, as they appear to be established by the information in the possession of the Chilean Government.

The cruiser cast anchor on the 9th March in Cumberland Bay, in the island of Mas-a-Tierra, belonging to the Juan Fernandez group, 500 metres from the shore, and her commander asked the Maritime Governor of the port for permission to remain there for eight days for the purpose of repairing her engines, which were, he said, out of order. The Maritime Governor refused to grant the request, as he considered it unfounded, and ordered the captain to leave the bay within twenty-four hours, threatening to intern the cruiser if her stay were prolonged beyond that period. Upon the expiry of the time stated the Maritime Governor proceeded to notify the captain of the „Dresden“ that he had incurred the penalty imposed, and he immediately reported the situation which had arisen to the Governor of the Republic. Meanwhile, on the 14th March, a British naval squadron, composed of the cruisers „Kent“ and „Glasgow“ and the armed transport „Orama“,

arrived at Cumberland Bay and immediately opened fire upon the „Dresden“ while she lay at anchor. The Maritime Governor, who was making his way towards the „Glasgow“ in order to carry out the usual obligations of courtesy, was compelled to return to land.

The „Dresden“ hoisted a flag of truce, and despatched one of her officers to inform the „Glasgow“ that she was in neutral waters, a circumstance disregarded by the British naval squadron, which summoned the „Dresden“ to surrender, warning her that if she refused she would be destroyed. The captain of the „Dresden“ then gave orders to blow up the powder magazine and sink the ship.

The act of hostility committed in Chilean territorial waters by the British naval squadron has painfully surprised my Government.

The internment of the „Dresden“ had been notified to her captain by the Maritime Governor of Juan Fernandez, and the Government of the Republic, having been informed of what had occurred, would have proceeded to the subsequent steps had it not been for the intervention of the British naval squadron. Having regard to the geographical position of the islands of Juan Fernandez and to the difficulty of communication with the mainland, the only authority able to act in the matter did everything possible from the outset, and the internment of the „Dresden“ was as effective and complete as the circumstances would permit when she was attacked by the British naval squadron. Even supposing that the British force feared that the „Dresden“ intended to escape and to ignore the measures taken by the Maritime Governor of Juan Fernandez, and that this apprehension was adduced as the reason which determined its action, it should still be observed that the close watch which the British naval squadron could itself exercise precluded the possibility of the attempt. Moreover, no such eventuality was contemplated by the British squadron which, as I have said, did not give the Maritime Governor of Mas-a-Tierra the opportunity of explaining to the naval officer in command of the island the state of the „Dresden“ in Cumberland Bay. The officer in command of the squadron acted *à priori* without pausing to consider that his action constituted a serious offence against the sovereignty of the country in whose territorial waters he was at the time. The traditions of the British navy are such that I feel convinced that if the officer who commanded the British squadron had received the Maritime Governor, who was going on board his ship in the fulfilment of his duty, and had been informed of the state of the interned vessel, he would not have opened fire upon her and would not have brought about the situation which now constrains my Government, in defence of their sovereign rights, to formulate the most energetic protest to His Britannic Majesty's Government.

Your Excellency will not be surprised that the attitude of the naval squadron should have aroused such deep feeling in Chile if you bear in mind the fact that the British warships composing it had received, shortly before

and upon repeated occasions, convincing proofs of the cordial friendship which unites us to Great Britain, and which finds its clearest and strongest expression in our respective navies. They had been supplied in the ports of the republic with everything which it was permissible for us to furnish consistent with our neutrality in the present European conflict. Nothing, therefore, could be a more painful surprise to us than to see our exceedingly cordial and friendly attitude repaid by an act which bears unfortunately all the evidences of contempt for our sovereign rights, although it is probable that nothing was further from the minds of those by whom it was unthinkingly committed.

Nor will your Excellency be astonished that my Government should show themselves to be very jealous of the rights and prerogatives inherent in the exercise of sovereignty. Nations which lack powerful material means of making their rights respected have no other guarantee and protection for their life and prosperity than the clear and perfect understanding, and the exact and scrupulous fulfilment of the obligations incumbent upon them towards other nations, and the right to demand that other nations shall equally observe their duties towards them. Few nations have given more convincing proofs than Great Britain of their desire to comply with international obligations and to require compliance from others, and few have shown more eloquently their respect for the rights and prerogatives both of great and small nations. These facts convince my Government that His Britannic Majesty's Government will give them satisfaction for the act committed by the British naval forces of a character to correspond with the frankly cordial relations existing between them. Nothing could be more deeply deplored by the Chilean Government than that the traditional bonds of friendship uniting the two peoples, which my Government value so highly, and upon which they base so many hopes of new and mutual benefits, should fail to derive on this occasion additional strength from the test to which circumstances have subjected them.

I have, &c.

*Augustin Edwards.*

**Nr. 1658. Anweisung der chilenischen Regierung vom 26. März 1915 an ihren Gesandten in Berlin, gegen die Verletzung der chilenischen Neutralität durch den deutschen Kreuzer „Dresden“ Einspruch zu erheben\*).**

Santiago, 26 mars 1915.

Monsieur.

De l'enquête pratiquée par le commandant du *Zenteno* qui se rendit à Juan Fernandez pour faire une investigation sur les circonstances dans

---

\*) Anm.: Französischer Text aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

lesquelles le *Dresden* a été coulé à fond là même, le 14 courant, il résulte que ce croiseur arriva à la baie de Cumberland le 9 mars et qu'après 24 heures révolues le gouverneur maritime de l'île notifia au commandant du croiseur qu'il le déclarait interné: il ordonnait, en même temps que le changement du mouillage du navire, d'autres mesures destinées à rendre effective la résolution adoptée par lui. Le commandant du *Dresden* prétendit que le navire avait des avaries et que, conformément à l'article 17 de la convention XIII de la Haye, il pouvait demeurer le temps nécessaire pour les réparer, estimant que ce temps serait au moins de huit jours. Le 14, une division navale anglaise composée du *Glasgow*, du *Kent* et de l'*Orama* attaqua le *Dresden* et le coula. Votre Excellence voudra bien présenter une énergique protestation au gouvernement allemand pour la violation de la neutralité chilienne commise par le *Dresden*, en demeurant plus de 24 heures à Juan Fernandez sans justifier l'impossibilité de naviguer. Ce fait a été rendu encore plus grave par la circonstance que c'est la seconde fois que des navires de guerre allemands vont s'approvisionner et stationner dans cette île qui, à cause de sa situation géographique, ne peut pas être dûment surveillée. Votre Excellence déclarera que les officiers et l'équipage du *Dresden*, qui s'étaient réfugiés dans l'île au moment où leur navire fut coulé et avaient été ensuite amenés à Valparaiso par le croiseur chilien *Esmeralda*, sont internés puisqu'ils composaient l'équipage d'un navire qui avait déjà été l'objet de cette mesure et, de plus, parce qu'il s'agit d'hommes appartenant à la marine de guerre d'un pays belligérant, qui avaient pris asile dans un pays neutre, cas qui justifie aussi cette mesure, conformément aux principes généraux du droit international et aux dispositions des articles 15 et 19 de la convention X de la Haye. Votre Excellence voudra bien ajouter que notre gouvernement espère obtenir une satisfaction et terminer en manifestant que, si cela est nécessaire, cette protestation sera portée à la connaissance de tous les États de l'Amérique, par l'intermédiaire de l'„Union Panamericana“ à Washington.

*Lira.*

**Nr. 1659. Englische Antwort vom 30. März 1915 auf die chilienische Protestnote vom 26. März über die Vernichtung des deutschen Kreuzers „Dresden“ in chilenischen Gewässern.** („Miscellaneous No. 9. [1915]. Notes exchanged with the Chilean Minister respecting the Sinking of the German Cruiser „Dresden“ in Chilean Territorial Waters. London 1915.“ No. 2.)

Sir Edward Grey to the Chilean Minister.

Foreign Office, March 30, 1915.

Sir,

His Majesty's Government, after receiving the communication from the Chilean Government of the 26th March, deeply regret that any misunderstanding should have arisen which should be a cause of complaint to the

Chilean Government; and, on the facts as stated in the communication made to them, they are prepared to offer a full and ample apology to the Chilean Government.

His Majesty's Government, before receiving the communication from the Chilean Government, could only conjecture the actual facts at the time when the „Dresden“ was discovered by the British squadron; and even now they are not in possession of a full account of his action by the captain of the „Glasgow“. Such information as they have points to the fact that the „Dresden“ had not accepted internment, and still had her colours flying and her guns trained. If this was so, and if there were no means available on the spot and at the moment for enforcing the decision of the Chilean authorities to intern the „Dresden“, she might obviously, had not the British ships taken action, have escaped again to attack British commerce. It is believed that the island where the „Dresden“ had taken refuge is not connected with the mainland by cable. In these circumstances, if the „Dresden“ still had her colours flying and her guns trained, the captain of the „Glasgow“ probably assumed, especially in view of the past action of the „Dresden“, that she was defying the Chilean authorities and abusing Chilean neutrality, and was only awaiting a favourable opportunity to sally out and attack British commerce again.

If these really were the circumstances, His Majesty's Government cannot but feel that they explain the action taken by the captain of the British ship; but, in view of the length of time that it may take to clear up all the circumstances and of the communication that the Chilean Government have made of the view that they take from the information they have of the circumstances, His Majesty's Government do not wish to qualify the apology that they now present to the Chilean Government.

I have, &c.

*E. Grey.*

**Nr. 1660. Verordnung der chilenischen Regierung vom 30. März 1915 zur Regelung der Beziehungen zwischen den auswärtigen diplomatischen Vertretern und Konsulaten und den chilenischen Behörden \*).**

Santiago, 30 mars 1915.

No. 320. — Considérant la convenance de réglementer les relations officielles entre les fonctionnaires diplomatiques et consulaires nationaux ou étrangers et les administrations nationales, et suivant en cela les pratiques établies dans d'autres nations, il est décrété:

1. Aucun service national ou municipal, de quelque nature qu'il soit, ne pourra entretenir des relations avec les représentants diplomatiques ou consulaires étrangers ou avec ceux de la République, ni solliciter de ceux-ci ou leur fournir aucun renseignement sans l'intermédiaire du ministre des affaires étrangères, auquel les uns et les autres devront s'adresser.

2. Dans certains cas exceptionnels, ces relations pourront avoir lieu directement, mais il sera nécessaire d'obtenir le consentement exprès du ministre des affaires étrangères et l'autorisation du ministre ou de l'autorité supérieure respective.

3. Aucun fonctionnaire diplomatique ou consulaire de la République ne pourra entretenir des relations de caractère officiel avec une institution, entité ou autorité officielle d'un État qui ne serait pas compris dans sa propre juridiction, lorsque, dans cet État, il existera un représentant diplomatique ou consulaire de la République qui sera l'intermédiaire naturel.

**Nr. 1661. Verordnung der chilenischen Regierung vom 17. Mai 1915 über die Lieferung von Feuerungsmaterial an Handelsschiffe Kriegführender auf direkter Reise nach europäischen Häfen\*).**

Santiago, 17 mai 1915.

Les Compagnies de navigation qui demanderont du charbon dans des ports chiliens pour des navires de pavillon belligérant qui désirent aller en voyage direct à des ports européens, devront constituer, en garantie de la destination du combustible déclarée, un dépôt de cinq livres sterling par tonne de charbon embarquée, sans préjudice de la responsabilité établie dans le n° 2 du décret 2009 du 15 décembre 1914. Ce dépôt sera restitué sur présentation d'un certificat attestant l'arrivée du navire à sa destination déclarée, dans un délai convenable que, dans chaque cas, déterminera l'autorité maritime. Cette même autorité fixera les conditions que devra remplir le certificat.

**Nr. 1662. Note des englischen Gesandten in Santiago vom 18. Juni 1915 an die chilenische Regierung über die Zulassung englischer Kauffahrteischiffe in chilenischen Häfen\*).**

Santiago, 18 juin 1915.

Excellence.

J'ai l'honneur de communiquer à Votre Excellence que j'ai reçu un télégramme de sir *Edward Grey* par lequel il me fait savoir que le premier des navires marchands armés pour leur propre défense va sortir prochainement d'Angleterre à destination des ports chiliens. Ces navires font le commerce régulier avec la République argentine, le Brésil, l'Uruguay, les États-Unis et l'Espagne, et le gouvernement de Sa Majesté suppose qu'il ne se produira, à cette occasion, aucune difficulté au Chili.

Comme Votre Excellence doit le savoir, selon les règles en vigueur du droit international, tous les navires marchands ont le droit de se défendre, quand ils sont attaqués. De plus, les navires de commerce britanniques qui

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

se trouvent dans des ports étrangers ne peuvent pas être transformés en navires de guerre, puisque la Grande-Bretagne ne reconnaît à aucune puissance le droit de le faire en haute mer. Le gouvernement de Sa Majesté britannique soutient que le devoir des gouvernements neutres, en ce qui concerne les navires belligérants, est limité aux navires de guerre proprement dits, et qu'en conséquence un gouvernement neutre n'a pas le droit d'interner des navires de propriété britannique armés seulement pour leur propre défense, ni d'exiger d'eux qu'ils débarquent leurs canons avant de prendre la mer.

En soumettant ces raisons à l'appréciation de Votre Excellence, j'ose espérer que Votre Excellence ne verra pas d'inconvénient à m'autoriser à adresser à sir *Edward Grey* une réponse prompte et favorable.

**Nr. 1663. Chilensische Antwortnote vom 7. Juli 1915 an den englischen Gesandten in Santiago über die Zulassung bewaffneter Handelsschiffe in chilenischen Häfen\*).**

Santiago, 7 juillet 1915.

Monsieur.

J'ai eu l'honneur de recevoir la Note de cette légation, datée du 18 juin dernier dans laquelle Votre Excellence veut bien me communiquer que le premier des navires de commerce britanniques, armés pour leur propre défense, est prêt à quitter l'Angleterre à destination du Chili; et que des navires se trouvant dans les mêmes conditions ont le commerce régulier avec l'Argentine, le Brésil, l'Uruguay, les États-Unis et l'Espagne. Votre Excellence ajoute que, conformément aux règles du droit international en vigueur, tout navire marchand a le droit de se défendre par lui-même quand il est attaqué, sans que les moyens dont il s'est pourvu dans ce but modifient ses „status“ de navire de commerce, qui sont ceux sous lesquels il voyage; et que, par conséquent, on ne peut pas lui appliquer les prescriptions qui régissent les navires auxiliaires d'une escadre.

Depuis qu'a éclaté le conflit européen, le gouvernement du Chili s'est occupé d'adopter toutes les mesures qui, étant compatibles avec sa neutralité, lui permettent de continuer son commerce avec les pays européens. D'accord avec ces intentions, j'ai manifesté à Votre Excellence, le 15 mars dernier, que mon gouvernement ne voyait pas d'inconvénient à admettre dans ses ports, en qualité de navires de commerce, les navires qui avaient été auxiliaires des forces navales belligérantes et qui avaient ensuite repris leur caractère de navires marchands, toutes les fois qu'ils rempliraient certaines conditions garantissant la sincérité de leur nouvelle transformation.

Mon gouvernement s'inspire aujourd'hui du même critérium pour résoudre la consultation que Votre Excellence veut bien lui faire par la Note à laquelle je répons.

---

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.



Les ports chiliens recevront les navires marchands armés pour leur défense, lorsque les gouvernements respectifs communiqueront préalablement au nôtre le nom du navire qui voyage dans ces conditions, et quand l'itinéraire, le rôle d'équipage, la liste des passagers et des marchandises, de même que l'aménagement et l'armement de ce navire, démontreront qu'il s'agit, en effet, d'un navire de commerce qui n'est pas destiné à exécuter des actes hostiles, ni à coopérer à des opérations de guerre des flottes ennemies. Si un navire marchand arrive armé sans cet avis préalable du gouvernement, il sera considéré et traité comme suspect. Si, violant leurs déclarations, ces navires se livraient à des opérations de guerre contre d'autres navires marchands sans défense, ils seraient alors considérés et traités comme pirates, puisque le gouvernement du pays sous le pavillon duquel ils naviguent aurait déclaré formellement leur caractère exclusivement commercial, en ne les incorporant pas à sa flotte de guerre.

*Alejandro Lira.*

**Nr. 1664. Anweisung der chilenischen Regierung vom 6. August 1915 an den chilenischen Gesandten in Berlin, gegen die Verletzung der Neutralität Chiles durch den deutschen Kreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ zu protestieren \*).**

Santiago, 6 août 1915.

Monsieur.

L'investigation pratiquée par le navire de guerre chilien *General Buequedano* a prouvé que le croiseur auxiliaire de l'escadre allemande *Prinz Eitel Friedrich* est resté au mouillage dans la baie d'Angarroa de l'île chilienne de Pâques pendant huit jours, transbordant du charbon du voilier français *Jean* qui avait été amené dans cette rade comme prise de guerre. Ce même croiseur, pendant tout ce temps, maintint un poste d'observation sur le mont La Pérouse de cette île, avec de la troupe armée commandée par un officier.

Tous ces actes ont été réalisés au mépris absolu de l'autorité maritime résidant dans l'île, laquelle n'avait pas, naturellement, les moyens coercitifs de les empêcher.

La violation de notre neutralité et la grave offense à la souveraineté de la République que constituent les faits ci-dessus indiqués obligent le gouvernement chilien à formuler devant le gouvernement allemand par l'intermédiaire de Votre Excellence une énergique protestation fondée sur les faits suivants: a) Séjour dans la rade ci-dessus indiquée pendant plus de 24 heures du *Prinz Eitel Friedrich* en contravention des dispositions de l'article 12 de la convention XIII de la Haye; b) Y avoir gardé en qualité de prise le navire marchand *Jean* en contravention des dispositions de l'article 21 de la même convention; c) S'être approvisionné de combustible qu'il a pris au dit navire capturé, en violation de l'article 19 de la même

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

convention; d) Avoir débarqué des troupes dans la rade d'Angarroa pour organiser une base d'opérations contre ses adversaires, en contravention des dispositions des articles 1 et 3 de la convention V de la Haye et 1 et 5 de la convention XIII, déjà citée.

*Lira.*

**Nr. 1665. Note des chilenischen Gesandten vom 12. Februar 1917 an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amts über die deutsche Seesperre.** (Deutsches Weißbuch: „Diplomatische Schriftstücke aus der Zeit vom 12. Dezember 1916 bis zum 19. März 1917.“ Nr. 21.)

Berlin, le 12 Février 1917.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de porter à Votre connaissance que mon Gouvernement a été dûment informé du contenu de la note de Votre Excellence du 31 Janvier dr., par laquelle le Gouvernement Impérial a bien voulu faire savoir le Gouvernement du Chili que des zones interdites avaient été signalées par l'Allemagne autour de la Grande Bretagne, de la France et de l'Italie et dans la Méditerranée orientale, zones de blocus où tout trafic maritime serait combattu sans autre forme, même s'il s'agissait de navire appartenant à des pays neutres. Le mémoire annexé à la note susdite a fait en même temps connaître au Gouvernement du Chili les limites établies pour les zones en référence.

Suivant des instructions télégraphiques que je viens de recevoir, je me permets de communiquer à Votre Excellence que des pareilles mesures constituent, à l'avis du Gouvernement Chilien, une restriction des droits des neutres que le Chili ne peut pas admettre car elle contrarie d'anciens principes universellement consacrés en faveur des pays qui restent en dehors des conflits internationaux. L'acceptation des mesures énoncées éloignerait en outre le Chili de la ligne de stricte neutralité qu'il a invariablement suivie dans la conflagration actuelle.

Le Chili se réserve, par conséquence, sa liberté d'agir pour réclamer le respect de tous ses droits au moment d'être exécuté un acte quelconque d'hostilité envers un de ses navires.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance renouvelée de ma plus haute considération.

*gez. Miguel Cruchaga.*

Son Excellence Monsieur le Dr. A. Zimmermann,

Ministre des Affaires Etrangères.

Üebersetzung.

Chilenische Gesandtschaft.

Berlin, den 12. Februar 1917.

•

Herr Minister,

ich habe die Ehre, zu Ihrer Kenntnis zu bringen, daß meine Regierung von dem Inhalt der Note Eurer Exzellenz vom 31. Januar d. J. geziemend in Kenntnis gesetzt worden ist, durch welche die Kaiserliche Regierung die

Regierung von Chile freundlichst hat wissen lassen, daß durch Deutschland ein Sperrgebiet rings um Großbritannien, Frankreich und Italien sowie im östlichen Mittelmeer angekündigt worden ist, in dem jedem Seeverkehr ohne weiteres entgegengetreten werden soll, selbst für den Fall, daß es sich um Schiffe handeln würde, die einem neutralen Lande angehören. Die der oben-erwähnten Note beiliegende Denkschrift hat gleichzeitig die Regierung von Chile die Grenzen für das fragliche Sperrgebiet wissen lassen.

Zufolge soeben erhaltenen telegraphischen Weisungen erlaube ich mir, Euerer Exzellenz mitzuteilen, daß derartige Maßnahmen nach Ansicht der Chilenischen Regierung eine Beschränkung der Rechte der Neutralen darstellen, die Chile nicht zugestehen kann, da sie im Widerspruche stehen mit alten Grundsätzen, die allgemein zugunsten der außerhalb der internationalen Konflikte stehenden Länder anerkannt sind. Die Annahme der angekündigten Maßnahmen würde außerdem Chile von der Linie strenger Neutralität entfernen, welcher es unveränderlich während des augenblicklichen Weltbrandes gefolgt ist.

Dementsprechend behält Chile sich weitere Schritte vor, um all seinen Rechten Geltung zu verschaffen, sobald eine feindselige Handlung gegen eines seiner Schiffe ausgeführt werden sollte.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die wiederholte Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. *Miguel Cruchagu.*

Seiner Exzellenz Herrn Dr. A. Zimmermann,  
Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten.

**Nr. 1666. Zeitungsnachricht vom 12. Februar 1917 über die Antwort Chiles an Wilson.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 13. Februar 1917, zweite Ausgabe. Nr. 43.)

„Amsterdam, 12. Februar. Nach einem hiesigen Blatt wird der „Times“ aus Valparaiso gemeldet, daß der chilenische Minister des Aeußern in seiner Antwort an Wilson erklärte, die chilenische Regierung habe der deutschen Regierung mitgeteilt, daß ihrer Ansicht nach die Rechte der Neutralen durch die angekündigte U-Bootsaktion verletzt werden und daß diese deshalb nicht gutgeheißen werden könne. Die chilenische Regierung glaube, daß diese Haltung den Ansichten der Vereinigten Staaten, durch einheitliches Vorgehen das Recht zu schützen und den Frieden zustande zu bringen, entspreche.“

**Nr. 1667. Zeitungsnachricht vom 5. September 1918 über die Unbrauchbarmachung deutscher Schiffe in Chile.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 7. September 1918. Nr. 458.)

„Haag, 5. September. Aus Santiago wird gemeldet: Die Versuche der deutschen Bemannungen, die in den chilenischen Häfen liegenden deutschen

Schiffe zu vernichten, waren sorgfältig vorbereitet, denn die Zerstörungsarbeit hat in drei verschiedenen Häfen gleichzeitig angefangen. Nur die energische Haltung der Hafenbehörden hat die Schiffe vor vollständiger Zerstörung bewahrt. In Ponte de Corral, dem führenden Hafen der Provinz Baldivia, wo sehr viele Deutsche wohnen, wurden 4 Dampfer mit zusammen 13000 Tonnen vollständig unverwendbar gemacht. In Valparaiso wurden die Maschinen des Dampfers „York“ vernichtet und später über Bord geworfen. In Antofagasta, dem großen Ausfuhhafen in Nordchile, sind die Maschinen der Dampfer „Carnac“ und „Thesalia“ vollständig mit Dynamit zerstört worden. Die Behörden haben sofort ausgedehnte Maßnahmen zur Vorbeugung weiterer Ausschreitungen getroffen, indem sie Soldaten an Bord der deutschen Schiffe schickten. Der Konteradmiral *Gomes*, allgemeiner Befehlshaber der chilenischen Häfen, hat seinen Unterführern befohlen, überall wo deutsche Schiffe liegen, diese Schiffe genau zu beobachten. Weiter kann die Regierung gegenwärtig nichts unternehmen, da das Ministerium am Dienstag zurückgetreten ist. Es muß also abgewartet werden, bis das neue Ministerium gebildet wurde. Die chilenische Presse verlangt Maßnahmen gegen die internierten deutschen Schiffe ähnlich denjenigen in Argentinien, Peru und Uruguay. Insgesamt liegen in chilenischen Häfen 32 deutsche Dampfer und 37 deutsche Segelschiffe mit zusammen 230 000 Tonnen.“

**Nr. 1668. Zeitungsnachricht vom 7. September 1918 über militärische Bewachung der deutschen Schiffe in Chile.**  
(„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 8. September 1918. Nr. 459.)

„Paris, 7. September. Havas meldet aus Santiago de Chile: Infolge Sabotage an deutschen Schiffen, die bei Corral ankern, hat die Regierung angeordnet, daß sämtliche in chilenischen Häfen ankernden deutschen Schiffe militärisch besetzt werden.“

**Nr. 1669. Zeitungsnachricht vom 8. September 1918 über die deutschen Schiffe in Chile und Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung hierzu.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 10. September 1918. Nr. 462.)

„Amsterdam, 8. September. Nach einer Reutermeldung aus Santiago hat der deutsche Gesandte *von Erckert* eine Note veröffentlicht, in der er sich unter anderm dafür verbürgt, daß keine neuen Zerstörungen von Maschinen oder Versenkungen von Schiffen vorkommen werden. Es sei angeordnet worden, daß die chilenischen Behörden jederzeit an Bord der deutschen Schiffe in chilenischen Häfen kommen können. Wie Reuter berichtet, hat die Note in Chile keinen günstigen Eindruck gemacht.

Hier ist noch keine Meldung über die Angelegenheit eingegangen. Es ist anzunehmen, daß die Zerstörungen von Maschinen usw. auf den deutschen Schiffen in Chile seitens der Schiffsbesatzungen in Verkennung der politischen Lage vorgenommen worden sind. Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Chile nach wie vor durchaus freundschaftlich.“

**Nr. 1670. Zeitungsnachricht vom 29. September 1918 über die militärische Besetzung der deutschen Schiffe in chilenischen Häfen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. September 1918. Nr. 498.)

„Santiago de Chile, 26. September. Die Regierung hat den Seebehörden befohlen, alle in chilenischen Häfen internierten deutschen Schiffe mit bewaffneten Kräften zu besetzen.“

**Nr. 1671. Zeitungsnachricht vom 1. Oktober 1918 über die chilenisch-englischen Beziehungen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. Oktober 1918, Nr. 501.)

„Die chilenischen Zeitungen vom Monat Juni und Juli, die jetzt vorliegen, begrüßen in freundschaftlichster Weise die englische Sondergesandtschaft unter Sir *Maurice Bunsen*, dem früheren englischen Botschafter in Wien. Diese Sondergesandtschaft, die sich aus Sir *Maurice Bunsen*, dem Generalleutnant Sir *Charles Barter*, dem Konteradmiral *J. Ley*, dem Mitglied des Unterhauses *Lyons*, sowie Herrn *Follet Holt* vom Handelsministerium und *Allen C. Karr* vom Auswärtigen Amt zusammensetzte, hatte hauptsächlich den Zweck, einen Versuch zu machen, die allen Ententebemühungen gegenüber bisher festgebliebenen südamerikanischen Republiken auf seiten unserer Gegner zu bringen.

Bei aller Herzlichkeit, mit der die englische Sondergesandtschaft in der chilenischen Presse aufgenommen wird, zeigen sich noch hier und da Spuren erheblichen Mißtrauens. So mußte Sir *Maurice* einem Ausfrager des „Diario“ auf die Frage, wie es mit den für die Neutralen unangenehmen Maßnahmen Englands stände, erklären, daß Englands Ideal der freie Handel sei. Dieses Ideal könne aber leider nicht immer verwirklicht werden, wie beispielsweise jetzt während des Krieges.

Besonders interessant für uns sind die Darlegungen, welche die streng neutrale Zeitung „La Union“ (Santiago de Chile) am 26. Juni bei derselben Gelegenheit über die englischen schwarzen Listen macht. Die Zeitung legt unter anderem dar, daß der rein chilenischen „Südamerikanischen Dampfschiffgesellschaft“ angedroht wurde, sie von allen Lieferungen seitens der Entente auszuschließen, wenn sie eine Ladung von 2000 Tonnen, die für die deutsche Licht- und Straßenbahngesellschaft in Valparaiso bestimmt war,

beförderte. Damit war die Stadt Valparaiso der Gefahr ausgesetzt, ohne Licht, ohne Straßenbahn und ohne Kraft für ihre Fabriken zu bleiben.

Unter den von der Maklerbörse auf englischen Druck hin ausgeschlossenen Mitgliedern befindet sich ein Chilene, dessen Eltern Chilenen sind, dessen Großvater Deutscher und dessen Großmutter Tochter eines Vorkämpfers der chilenischen Revolution war. Bei der Verehrung, die der Chilene den „Proceres“ der Revolution zollt, läßt sich die Verstimmung der Chilenen über eine solche Maßregel begreifen.“

## d) Columbien.\*)

### **Nr. 1672. Mitteilung der Neutralität Argentinians an Columbien.**

(Col. Gb. I S. 12.)

Neutralidad argentina en la actual guerra de varias naciones.

El Gobierno argentino comunicó al de la República haber decretado su propia neutralidad respecto de la guerra que desde el mes de agosto empezó y dura entre varias naciones del antiguo Continente, neutralidad que se rige por varias disposiciones adoptadas en las Conferencias de La Haya aplicables a los respectivos casos y a las cuales se ha adherido el Gobierno de Buenos Aires.

### **Nr. 1673. Mitteilung des Gesandten Columbiens in Rio de Janeiro über die Festsetzung der brasilianischen Hoheitsgrenze zur See auf drei Meilen.**

(Col. Gb. I S. 22.)

Mar territorial del Brasil.

Oportunamente transmitió al Ministerio el señor Encargado de Negocios en Rio de Janeiro la comunicación que le hizo ese Gobierno de haber fijado recientemente en tres millas la extensión del mar territorial del Brasil para los efectos del derecho marítimo correspondiente. Esa respetable Cancillería ha venido así a ilustrar un punto que en concepto de algunos expositores podría irse haciendo dudoso a causa del creciente alcance de la artillería

#### **\*) Graubücher der Republik Columbien:**

1. Republica de Colombia. Informe del ministro de relaciones exteriores al congreso de 1915. Arboleda e Valencia.  
(Anggeführt als Col. Gb. I.)
2. Republica de Colombia. Informe del ministro de relaciones exteriores al congreso de 1916. Arboleda e Valencia.  
(Anggeführt als Col. Gb. II.)
3. Republica de Colombia. Informe del ministro de relaciones exteriores al congreso de 1917. Arboleda e Valencia.  
(Anggeführt als Col. Gb. III.)

Herausgeber.

puesta al servicio de las costas nacionales. De aquella manera, en lugar de la extensión indefinida, el Brasil establece la regla cómoda y tradicional que rigió siempre la materia.

**Nr. 1674. Bericht über Columbiens Verhalten im Verhältnis zu dem Verhalten Brasiliens bezüglich der Neutralität.**

(Col. Gb. I S. 23—31.)

Incidente relativa a ciertas reglas de neutralidad del Brasil.

En una de las notas que forman la correspondencia entre el Ministerio y la Legación británica en Bogotá sobre la neutralidad colombiana respecto de la actual guerra internacional, aquella honorable Legación preguntó si el Gobierno de Colombia estaría dispuesto a seguir las reglas que sobre la materia había decretado últimamente el Gobierno del Brasil. Respondiósele que en consideración a la gravedad del asunto, al criterio que acerca de éste guía a la República, más bien tradicional que otra cosa, y a la necesidad de conocer previamente la actitud de las demás naciones americanas, y sobre todo de los Estados Unidos, el Ministerio sólo podía estudiar detenidamente el punto y aplazar su resolución para luego.

Esta declaración fue parte para que le señor Ministro de Relaciones Exteriores del Brasil dirigiera a nuestro Gobierno una nota, fecha 10 de marzo de este año, en que objeta algunos conceptos de la que fue dirigida por el Ministerio a la Legación de la Gran Bretaña. El Ministerio cree haber explicado al señor Ministro el verdadero sentido espontáneo de dicha nota y haber satisfecho cualesquiera objeciones en forma acorde con la amistad y el derecho, como se deduce de la correspondencia siguiente:

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Río de Janeiro, 10 de marzo de 1915.

Señor Ministro:

Hasta hace poco el Gobierno brasileiro no había tenido ocasión de examinar el folleto oficial publicado en Bogotá el año próximo pasado, en el cual se hallan reunidos diversos documentos relativos a la neutralidad de la República de Colombia en la actual guerra europea.

Entre tales documentos atrae particularmente la atención del Gobierno del Brasil la nota en que la Cancillería colombiana dio contestación el 27 de noviembre último a la de la Legación británica que recomendaba al Gobierno colombiano el estudio de las reglas generales de neutralidad expedidas y adoptadas por el Brasil.

Si la nota mencionada fuera una simple contestación al Encargado de Negocios de la Gran Bretaña, nada habría qué decir; la Cancillería colombiana, sin embargo, creyó oportuno declarar en ella que el Gobierno del Brasil se había separado de los usos generalmente adoptados en materia de neutralidad, y dejó comprender que la faltaba autoridad para que ese ejemplo fuera imitado.

Como el Gobierno del Brasil no ha pedido al de Colombia que adopte su modo de pensar y sus procederes en cuanto a neutralidad, ha tenido motivos para extrañar la censura, tanto más cuanto proviene de un Gobierno amigo y carece de precedentes en las costumbres internacionales a que hace alusión la mencionada nota. No sería, pues, conveniente dejarla pasar sin algunas observaciones.

La institución de la neutralidad, que comenzó como una concesión de los beligerantes para afirmarse después como derecho de los que no se hallan envueltos en la guerra, ha terminado ya su evolución y tiende a traducir de modo más positivo el sentimiento de que los intereses de la paz, puesto que están de acuerdo con los altos fines económicos e ideales de la humanidad, deben tener preeminencia sobre los intereses de la guerra, transitorios por esencia, siendo claro que el estado de violencia no puede ser el estado normal de la sociedad. Pero si el Gobierno del Brasil se ha visto en la necesidad de modelarse de nuevo las normas reguladoras de la neutralidad, no quiere decir que se haya propuesto la realización de esa reforma, pues conoce muy bien que los principios a que se someten las relaciones internacionales, deben ser proclamados por órganos legítimos de la sociedad de los Estados, a quienes se haya confiado la misión de cristalizar en reglas universales el derecho que, todavía en estado embrionario, se manifiesta en conciencias esclarecidas que reflejan los movimientos éticos de la humanidad. Limitóse el Gobierno del Brasil a compendiar reglas precisas y simples, reproduciendo ideas de todos aceptadas, que se encuentran expuestas en los mejores autores, y que han sido, hace no mucho, proclamadas en las Conferencias de La Haya, contribuyendo a darles no poco relieve los últimos conflictos internacionales. Fácilmente se dará cuenta de esto quien lea las Reglas generales de neutralidad, publicadas por el Gobierno del Brasil el año pasado, y las confronte con las fuentes mencionadas, poniendo cuidado especial en la lectura de los tratadistas modernos que se consideran como autoridades en la materia, tales como Kleen, Nys, Ottolénchi y otros.

Pudiera haberse abstenido el Brasil de hacer declaración pública de su neutralidad por medio de una Resolución con fuerza de ley dentro del país, en la cual se indicaran las normas que habían de seguirse en las emergencias previstas. Aunque esta medida no hacía más ciertos sus derechos y deberes, no puede dudarse que la costumbre que se ha practicado de hacer declaraciones de neutralidad bajo la forma de instrucciones y reglas que deben observarse en el país, ha tenido, desde que se introdujo en el siglo XVIII, ventajas prácticas incontestables. En estos casos el Estado aprovecha la oportunidad para recordar a sus ciudadanos y a los extranjeros los deberes que les incumben para que no puedan alegar, en un caso dado, como disculpa la ignorancia, y de este modo evitar obstáculos y dificultades.

El Brasil ha adoptado esta práctica desde hace mucho tiempo. Ya en 1854 se encuentra alguna disposición de ese género, como se puede ver en la Relación de la Repartición de Negocios Extranjeros, correspondiente al



año de 1855, y según consta en el libro del señor Helio Lobo, El Brasil y sus principios de neutralidad. También al leer la circular del 1. de agosto de 1861, publicada con motivo de la guerra de secesión de los Estados Unidos de América, se ve que las ideas principales de la neutralidad como institución recibían ya, en ese acto del Gobierno del Brasil, la forma general que habían de conservar hasta el presente. Apenas si se han introducido después modificaciones y desarrollos exigidos por los nuevos inventos, por la rapidez de las comunicaciones y por el progreso de las ideas.

Esas declaraciones, al definir de modo preciso la actitud de un Estado neutral con respecto a la guerra, pueden tener una extensión mayor o menor, según las instituciones de cada Gobierno, con tal que no se opongan a los principios consagrados por el Derecho Internacional.

Por la lectura de los artículos 7 y siguientes de la Quinta Convención de La Haya, se ve el libre margen que se ha dejado a las naciones neutrales para que dicten providencias que se arreglen a sus intereses y a su visión particular de la vida social y del momento histórico. El artículo 7 citado deja a los Estados neutrales la libertad de permitir o no el acarreo de armas y municiones por su territorio con destino a los beligerantes: el artículo 8 autoriza para permitir o negar a los beligerantes el uso de las líneas telegráficas o telefónicas o del telégrafo inalámbrico: sólo exige que las medidas que se adopten sean uniformes. Así pues, a cada paso se ve la elasticidad de los principios establecidos en La Haya, y la libertad que se deja a cada Estado.

Por aquí se ve que el Gobierno del Brasil no debía limitarse a reeditar los artículos de la Quinta Convención de La Haya, al redactar la declaración de su neutralidad. En observancia de los preceptos que sirven de base a dicha Convención, ha usado el Brasil de los derechos que ella misma le reconoce, para ampliarlos y adaptarlos a la situación y a las necesidades del país.

Su proceder, por tanto, ha seguido la línea trazada por el derecho y por las costumbres internacionales. Los pueblos que más interesados se hallan en este asunto, es decir, los beligerantes, no tendrán ninguna observación que hacer, antes bien, reconocerán el espíritu de justicia, la perfecta imparcialidad del Brasil en el actual conflicto.

La disposición del Gobierno brasileiro que especialmente pareció a Colombia desviada de los usos y reglas internacionales observados hasta hoy, ha sido la que impone a los buques mercantes que salen de puertos del Brasil la obligación de declarar, por medio de los cónsules de las respectivas naciones, si navegan exclusivamente con fines comerciales o cuál es su destino, o si debe considerarse como buque de guerra de su nación, o bien si se dirige sin desviaciones a los puertos comerciales de su escala o destino. Esta disposición es pura y simplemente una aplicación de la regla establecida anteriormente por el Decreto número 11.037, artículo 6, que dice: „Está prohibido a los beligerantes hacer del litoral o de las aguas territoriales de los

Estados Unidos del Brasil, base de operacionesn avales contra sus adversarios.“ Esta regla no está formulada expresamente en la Quinta Convención de La Haya, pero varios de sus artículos la subentienden, especialmente el artículo 2, que prohíbe instalar en territorio neutral estaciones radiotelegráficas y demás aparatos destinados a remitir comunicaciones a fuerzas beligerantes, lo mismo que utilizar con tales fines instalaciones ya existentes.

Un Estado neutral perdería esta calidad si cualquiera parte de su territorio pudiera ser con su consentimiento base de operaciones contra otro en este caso su ayuda hostil quedaría perfectamente caracterizada. Esto es perfectamente claro; pero si es necesario el apoyo de una autoridad para dar mayor peso a lo evidente, podemos pedir francamente el concepto del Instituto de Derecho Internacional que, en la sesión verificada en Gante en 1906, al definir la neutralidad, sentó el principio de que corresponde al Estado neutral impedir que su territorio sirva de base a las operaciones. Las disposiciones censuradas por el Gobierno de Colombia, así como las demás reglas de neutralidad que hemos adoptada, no son otra cosa que la sana aplicación y el desarrollo inmediato de este principio. Para evitar que los beligerantes hagan del territorio o de las aguas brasileras base de operaciones navales, el Brasil no permite que buques anexos a las escuadras beligerantes o auxiliares de ellas vengan a abastecerlas normalmente en los puertos del Brasil de lo que necesitan para mantenerse en los alrededores.

Al publicar esa regla, aplicable indistintamente a cualquiera de los beligerantes, el Brasil está seguro de que se mantiene en su situación de absoluta neutralidad y de que ejerce con legitimidad perfecta el derecho que no puede negarse a un Estado soberano, de establecer principios de orden público interno y de dictar reglas sobre la conducta de los que se encuentran en su territorio.

También es objeto de reparo por parte del Gobierno de Colombia la orden que se ha dado a las fortalezas y buques de guerra del Brasil para que empleen los medios a su alcance a fin de impedir que las embarcaciones de cualquiera de los beligerantes violen su neutralidad.

Serían inútiles las disposiciones dictadas por el Brasil si no tuvieran una sanción que garantizara su eficacia. Si no nos hubiera exigido la razón el dictar tal providencia, nos la hubiera impuesto el artículo 10 de Quinta Convención de La Haya, que dice: „No se puede considerar como acto hostil el que una potencia neutral repela, aun por la fuerza, los atentados contra su neutralidad.“ Ya Hauteffeuille había dicho: „Es perfectamente inviolable toda la extensión del mar territorial de un Estado neutral, aun en el caso de que no haya en la costa puerto alguno ni se encuentre ningún signo de fuerza material, como torres, fuertes, baterías, y aunque sea completamente desierta e inculta.“ No por ser el neutral más débil que el beligerante debe dejar indefenso su derecho.

Comprenderá, pues, Su Excelencia que si es muy de lamentarse que el Gobierno de Colombia no haya prestado el apoyo moral de su autoridad a las reglas generales de neutralidad del Brasil, no ha sucedido esto por ser ellas discordantes con los principios del Derecho Internacional, que el Brasil se ha esforzado siempre por cumplir en sus relaciones exteriores.

No debe mirar Su Excelencia en lo que acabo de decir la expresión más o menos justa de meras susceptibilidades, sino más bien la defensa de una actitud cuyas responsabilidades comprende el Gobierno brasileiro y cuya corrección le interesa poner fuera de duda.

Aprovecho esta oportunidad para reiterar a Su Excelencia las seguridades de mi más distinguida consideración.

*Lauro Müller.*

República de Colombia. — Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, junio 18 de 1915.

Señor Ministro :

Tengo el honor de contestar la importante nota de 10 de marzo próximo pasado en que Vuestra Excelencia interpreta una parte del sentido de la nota que el 27 de noviembre de 1914 dirigió este Ministerio a la Legación británica en Bogotá sobre la adopción de ciertas reglas de neutralidad decretadas por el Gobierno de Vuestra Excelencia con ocasión de la actual guerra europea.

Considera Vuestra Excelencia que la referida nota de este Ministerio, publicada en un folleto referente a la neutralidad de la República respecto de la misma guerra, entraña una censura a las reglas adoptadas por el Gobierno del Brasil y un desconocimiento de la autoridad que esas reglas revisten como fuente de doctrina internacional.

Para contestar a Vuestra Excelencia séame lícito, ante todo, transcribir la mencionada nota de 27 de noviembre de 1914, cuyo texto dice así :

República de Colombia. — Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, 27 de noviembre de 1914.

„Señor Encargado de Negocios :

„Tengo el honor de contestar la atenta nota del día 21 del presente, en que Su Señoría se sirve referirse a ciertas providencias tomadas por el Gobierno del Brasil para asegurar su neutralidad respecto del despacho de buques que salgan de puertos brasileiros y que puedan proveer de víveres o carbón a buques beligerantes. También se refiere Su Señoría a las disposiciones del mismo Gobierno, relativas a buques beligerantes que pretendan zarpar de puertos del Brasil sin el permiso correspondiente. Su Señoría se sirve igualmente inquirir si el Gobierno colombiano estaría dispuesto a adoptar disposiciones semejantes a las de la primera clase enunciada; y ruega al Gobierno de la República dicte providencias análogas a las de la segunda clase de aquellas que han sido adoptadas por el Gobierno del Brasil.

„Implicando probablemente las disposiciones del Gobierno brasilerio modificaciones a los usos y reglas internacionales observados hasta hoy, cree mi Gobierno que para abrazar tales modificaciones en la medida de su propia posibilidad oficial, y en el concepto de la equidad y conveniencia de ellas, tendría que esperar que las modificaciones dichas estuviesen completamente autorizadas. Para esto sería necesario que fuesen adoptadas a lo menos por las demás naciones americanas y particularmente por el Gobierno de los Estados Unidos, que en todas ocasiones ha sido, y en la presente ocasión es, por obvios motivos, autoridad decisiva en estas materias.

„El punto referente a la condición de los víveres, como contrabando de guerra, que hasta ahora se han considerado como artículo inocente, y que hoy parece que traten de considerarse como contrabando accidental, es capítulo que Colombia no puede resolver por sí sola, sino después de que él sea ventilado con tal copia de luz y autoridad que resulte acerca de ese capítulo establecida una doctrina terminante.

„El punto referente al carbón, aun cuando puede tenerse por resuelto en cuanto a la provisión directa de los barcos de guerra, carece en nuestros puertos de importancia y de utilidad práctica, por cuanto las hulleras de Colombia no están todavía suficientemente explotadas para proveer al comercio exterior.

„En cuanto a las órdenes dadas por el Gobierno del Braail para emplear sus fortalezas y la fuerza de su marina oficial contra los buques beligerantes que zarpen de sus puertos sin permiso, órdenes análogas serían hoy impracticables en Colombia, aun en el supuesto de que la República siguiese teóricamente la correspondiente doctrina.

„Por estas reflexiones y siguiendo instrucciones del Presidente de la República, tengo el honor de resumir mi respuesta a la importante nota de Su Señoría, manifestándole que esta nota servirá de base de estudio y de informes a este Ministerio por el tiempo que sea menester para que mi Gobierno pueda adoptar las resoluciones que correspondan a aquellos delicados puntos.

„Reitero a Su Señoría, con este motivo, las seguridades de mi consideración distinguida.

*Marco Fidel Suárez.*

„Al honorable señor *H. E. Bowle*, Encargado de Negocios ad interim de la Gran Bretaña, etc. etc.“

Ahora, para fijar auténticamente el sentido de la nota transcrita, sé alicito también establecer los siguientes postulados, que ilustrando la materia, ofrecen base sólida y espontánea a la interpretación de aquel documento en los puntos a que se refiere Vuestra Excelencia.

• El primer postulado es que Colombia no se guía en materia de neutralidad por los actos de las diferentes Conferencias

de La Haya, los cuales no han sido adoptados definitivamente por el Congreso de la República. De esta suerte cualesquiera teorías o prácticas fundadas en declaraciones implícitas o explícitas de aquellas Convenciones no obligan a Colombia, por respetables que sean esas doctrinas, las cuales por lo tanto pueden calificarse como nuevas respecto de nuestro derecho consuetudinario.

El segundo es que el hecho de calificar como nueva una práctica o una doctrina en estas materias no implica censura, como no la implica el hecho de calificar de aquel modo cualesquiera innovaciones que la ciencia o el progreso alcancen en todos los campos de la actividad intelectual, política o social.

El tercero es que la misma Legación británica hubo de calificar implícitamente como nuevas o como fases recientes del progreso internacional, las reglas de neutralidad adoptadas por el Gobierno del Brasil, pues es claro que si las hubiera considerado como reglas adoptadas definitiva y generalmente por las naciones, entonces no habría habido motivo para averiguar si el Gobierno de Colombia estaba dispuesto a seguirlas.

El cuarto es que tratándose de modificaciones nuevas, aunque fundadas, de la ley de las naciones, éstas por mucha atención que merezcan los iniciadores de esas reformas y por muy racionales que sean tales modificaciones, no pueden tenerlas como absolutamente autorizadas en el sentido de cuasi obligatorias, sino después de conocer las prácticas de varios Estados, y de estudiar los respectivos asuntos en armonía con su propia situación y con la actitud de otros pueblos que se hallen ligados por análogos intereses y circunstancias.

El quinto es que la actual guerra europea, por sus proporciones gigantescas, por los enormes intereses que afecta, por la aplicación que en ella tienen extraordinarios inventos, por las exigencias del comercio de neutrales y beligerantes, ha creado en las relaciones y en la opinión de los pueblos puntos de vista nuevos y nuevas perspectivas, que los obligan a ir despacio en la adopción de prácticas que ellos mismos no hayan observado, sin olvidar por eso la consideración que merecen los gobiernos, institutos o pensadores que las siguen o proponen. Aun algunas de las prácticas aconsejadas o adoptadas en las Conferencias de La Haya han venido prácticamente a desvirtuarse, verbigracia, las referentes al abastecimiento de carbón para los beligerantes. En esta materia, como prudentemente lo ha propuesto el Gobierno de Chile, para los pueblos neutrales de América sería mejor la práctica tradicional relativa a la cantidad de carbón que la teoría deducida de las Convenciones de La Haya. Lo cual prueba que sin desconocer los fundamentos de ciertas teorías, ellas no pueden calificarse de absolutamente autorizadas, sino tras largo estudio y después de pesar no sólo una práctica u opinión sino varias.

El sexto es que la opinión del Gobierno colombiano respecto de las consabidas reglas de neutralidad, no ha sido aplicada exclusivamente al Gobierno de Vuestra Excelencia, sino que es un criterio general, como lo

prueba este documento, del mismo origen y destino que la nota arriba transcrita:

„Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, 18 de diciembre de 1914.

„Señor Ministro:

„En respuesta a la atenta nota de Vuestra Excelencia, de fecha 12 de los corrientes, tengo el honor de manifestarle que el Gobierno de la República no ha recibido aún invitación del Gobierno de Chile para adoptar las modificaciones que éste propone a las reglas de neutralidad referentes a la provisión de carbón en aguas neutrales; que luego que la reciba, estudiará el punto con la debida atención, y procurando seguir las prácticas o propósitos más autorizados en la materia; y que desde luego la regla que limita la cantidad de carbón solamente a la necesaria para alcanzar al puerto extranjero más próximo, es la que tiene adoptada el Gobierno de la República.“

El séptimo, finalmente, se refiere a las acepciones de la palabra autorizado, la cual, aunque significa comúnmente lo mismo que respetable, tiene también en castellano el sentido jurídico de legalizado, es decir, provisto de fuerza legal u obligatoria.

De estos postulados se deduce espontáneamente, señor Ministro, como conclusión de la presente nota y como respuesta a aquella que tengo el honor de contestar, que jamás mi Gobierno ha censurado las reglas dictadas por el de Vuestra Excelencia ni desconocido su importancia, aunque por las razones expuestas esas reglas no puedan aceptarse por Colombia como norma definitiva, sino como materia de estudio. Todo esto fluye de las reflexiones anteriores y del texto y contexto de la nota de este Ministerio a la honorable Legación británica, y es además, la única conclusión compatible con las esmeradas relaciones de amistad que unen y han unido siempre a Colombia y el Brasil.

Con este motivo tengo el honor de presentar a Vuestra Excelencia el testimonio de mi más distinguida consideración.

*Marco Fidel Suárez.*

A Su Excelencia el señor *Lauro Müller*, Ministro de Relaciones Exteriores de la República de los Estados Unidos del Brasil. — Riojaneiro.

**Nr. 1675. Bericht und Schriftwechsel zwischen den Regierungen Columbiens und Chiles über Neutralitätsregeln\*).**

(Col. Gb. I S. 32—35.)

Comunicaciones referentes a algunas reglas de neutralidad del Gobierno chileno.

El Ministerio de Relaciones Exteriores de Chile se dignó comunicar a este Despacho las providencias sobre neutralidad dictadas por él respecto

\*) Betr. besonders die Kohlenfrage. — Herausgeber.

de la guerra internacional de Europa, especialmente en lo relativo al despacho y provisión de buques pertenecientes a las naciones beligerantes. El decreto respectivo versa en particular sobre el abastecimiento de carbón de los buques oficiales, que según el Gobierno chileno ha de consistir en la cantidad necesaria para llegar al puerto neutral más cercano, cosa diversa de la que disponen las Convenciones de la Haya, cuando estipulan que la cuantía debe equivaler a todo el carbón necesario para el regreso del buque a su respectiva nación. Se contestó al señor Ministro que acerca de este punto la resolución del Gobierno de Colombia, fijada al principio de la guerra, era sustancialmente armónica con la del Gobierno de Chile; y que los otros puntos de la comunicación serían estudiados por el Ministerio con el espacio que su gravedad requiere. El texto de los correspondientes telegramas es el siguiente:

Santiago de Chile, 19 de diciembre de 1914.

Excelentísimo señor Ministro de Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Tengo el honor de poner en conocimiento de Vuestra Excelencia\* el siguiente decreto dictado por este Gobierno: 2009. — Santiago, 15 de diciembre de 1914. — Considerando que la Convención 13 de La Haya, relativa a los derechos y deberes de las potencias neutrales en caso de guerra establece en el artículo 19 que las naves de guerra beligerantes podrán proveerse de combustible en puertos neutrales en la proporción suficiente para ganar el puerto más próximo de su país, y agrega en el artículo 20 que dichas naves no podrán renovar su provisión de combustible sino después de tres meses en un puerto de la misma potencia; que éstas y otras disposiciones de la citada Convención manifiestan el propósito fundamental de evitar que las potencias neutrales cooperen directa o indirectamente a la acción de los beligerantes y de alejar de los puertos neutrales a las naves de guerra facilitándoles tan sólo los elementos necesarios para llegar a las costas del país a pertenecen; que la aplicación de estas reglas en los puertos de la República está produciendo resultados abiertamente contrarios al espíritu que informa las disposiciones todas de la referida Convención, porque a causa de la gran distancia a que nuestras costas se encuentran de los países beligerantes la provisión de carbón que debe darse a sus naves de guerra es muy considerable y porque éstas han aprovechado tal facilidad no para dirigirse a las costas de su propio país, sino para continuar sus operaciones bélicas en mares americanos; que de esta manera las citadas disposiciones concurren a fomentar en la práctica la actividad de la guerra marítima en el Pacífico contra la voluntad y los intereses de Chile; que por la misma causa se hacen más graves en nuestro país las consecuencias del conflicto europeo, pues a las perturbaciones causadas en su comercio internacional y en su vida económica e industrial se agregan las preocupaciones consiguientes al cumplimiento de los deberes de neutralidad y a la vigilancia de nuestra extensa costa que absorben la actividad de nuestras autoridades marítimas e imponen desembolsos no despreciables al erario; que la misma Convención número 13, en el 5.º

de los considerandos que preceden a sus disposiciones, reserva a los países signatarios la facultad de modificar sus prescripciones en el curso de una guerra cuando la experiencia adquirida manifieste la necesidad de hacerlo para salvaguardar sus derechos; que los inconvenientes ocasionados por la aplicación del artículo 19 se reducirían en mucho si a la regla de entregar a las naves de guerra el carbón necesario para llegar a puerto de su nación se sustituyera la de proveerlos tan sólo de combustible suficiente para alcanzar al primer puerto neutral más próximo, toda vez que las naves provistas en estas limitadas condiciones no podrían aventurarse a operaciones bélicas sino corriendo el riesgo de quedar paralizadas en alta mar; que la circunstancia de ser nuestro país productor de carbón determina a los buques beligerantes a proveerse de este combustible en nuestros puertos con preferencia a los de los países que se encuentran en el mismo caso, consideración que impone especialmente al Gobierno de Chile la obligación moral de prevenir el uso indebido que en lo sucesivo puede hacerse de las provisiones de carbón en sus puertos: que es de necesidad adoptar para los casos de violación de la neutralidad por los buques mercantes una sanción que por su gravedad haga interarse directamente a las compañías de vapores en el estricto cumplimiento de las reglas dictadas por el Gobierno y que es también necesario arbitrar alguna medida para aminorar en lo posible los gravámenes que impone al Gobierno la vigilancia de los buques internados en puertos de la República por violaciones de neutralidad o detenidos voluntariamente por sus dueños.

#### Decreta:

1. En lo sucesivo las provisiones de carbón que se hagan a los buques de guerra de las naciones beligerantes en puertos chilenos se reducirán a completar la cantidad necesaria para llegar al primer puerto carbonero de la nación vecina.

2. En caso de violación de algunas de las reglas sobre observancia de la neutralidad adoptadas por el Gobierno de la República por una nave mercante, no se proporcionará combustible en puertos chilenos a ningún buque de la Compañía a que perteneciera la nave infractora.

3. Los buques internados por resolución del Gobierno en virtud de violaciones de la neutralidad y aquellos cuyos dueños manifiestan su propósito de mantenerlos en puertos chilenos hasta el final de la guerra serán concentrados en los puertos chilenos que la autoridad administrativa determine en cada caso.

4. Límitase la cantidad de carbón que pueda suministrarse en los puertos de la República a las naves mercantes a la capacidad de sus carboneras ordinarias, salvo que deseen hacer el viaje directamente a puertos europeos, caso en que se suministrará la cantidad de carbón necesaria para el viaje, siempre que la Compañía a que pertenezca el buque dé suficiente garantía, a juicio del Gobierno, de que el combustible será exclusivamente destinado a realizar ese viaje.



Las disposiciones precedentes serán aplicadas en todo el territorio de la República a contar desde el 1.º de enero próximo.

Anótese, comuníquese, publíquese e insértese en el Boletín de las Leyes y Decretos del Gobierno.

*Barros Luco, Manuel Salinas.*

Con toda consideración saludo a Vuestra Excelencia.

*Alejandro Lira,*

Ministro de Relaciones Exteriores de Chile.

Bogotá, diciembre 21 de 1914.

Excelentísimo señor Ministro de Relaciones Exteriores.—Santiago de Chile.

En respuesta al importante cablegrama de Vuestra Excelencia fechado el 19, tengo el honor de comunicarle que por resolución de 13 de agosto último dispuso el Gobierno de Colombia, en observancia de su neutralidad y atendiendo a los derechos y deberes de los beligerantes, que en los puertos de la República no podrá proveerse a los buques de guerra sino de la cantidad de carbón necesaria para llegar al puerto extranjero próximo. Al disponerlo así se considera que la República no está obligada a las disposiciones adoptadas por la Convención de La Haya sobre este punto. La regla adoptada por mi Gobierno está, pues, acorde con la comunicada por Vuestra Excelencia. En cuanto a las demás disposiciones adoptadas por el Gobierno de Chile sobre esta materia respecto de la provisión de buques mercantes, disposiciones también comunicadas por Vuestra Excelencia en su importante cablegrama, el asunto será estudiado y la resolución que reciba será comunicada a Vuestra Excelencia, a quien envío la expresión de mi consideración más distinguida.

*Marco Fidel Suárez,*

Ministro de Relaciones Exteriores de Colombia.

**Nr. 1676. Bericht über ein Projekt Chiles zur Errichtung einer neutralen Zone in den amerikanischen Gewässern.**

(Col. Gb. I S. 36.)

Proyecto de Chile referente al establecimiento de una zona neutral en los mares americanos.

El mismo día casi en que, con especial sentimiento de nuestro Gobierno, se ausentaba de esta ciudad Su Excelencia don Bernardino Toro Codecido, recién llegado a Bogotá como Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de la nación chilena en Colombia y retirado en atención a las reformas que las últimas circunstancias exigían de su Gobierno en el servicio diplomático,—en esos medios recibió aquel distinguido diplomático una importante y extensa circular dirigida a las naciones americanas por el Gobierno

chileno. No pudiendo el señor Toro referirse a ella inmediatamente porque su largo texto requería aclaraciones que demandaban estudio detenido, incompatible con su viaje ya ordenado, comisionó a este Ministerio para acusar el debido recibo en su nombre, comisión que fue cumplida con especial satisfacción. El objeto de la circular, por lo que ha sabido el Ministerio, es someter a la adopción de los otros Estados americanos un proyecto de Convención dirigida a reglamentar la neutralidad de todos ellos en presencia del gran conflicto internacional actual, consultando los derechos y obligaciones de estas naciones y procurando que sus intereses sufran lo menos posible a causa de aquel conflicto. La idea cardinal del proyecto, digno por su objeto de la sabiduría que ha distinguido siempre las resoluciones de Chile respecto de la ley de las naciones, es el establecimiento de una zona neutral, extraña a operaciones bélicas, libre por tanto de varios gravámenes y dificultades referentes a neutralidad, y fijada en obsequio del comercio de los pueblos, que dentro de ella continuaría en lo posible su natural desarrollo. La circular ha sido recomendada a nuestra Legación en los Estados Unidos, centro natural de los estudios concernientes a aquel acto, en razón de estar allí representadas las diversas naciones más interesadas en este negocio. La gravedad del tema y su coexistencia con el de otros proyectos emanados de varias Cancillerías y encaminados al propio fin, habrán estorbado hasta ahora la eficacia de la proposición de Chile, aunque su importancia doctrinal persistirá, cualesquiera que sean sus resultados inmediatos.

**Nr. 1677. Bericht und Schriftwechsel zwischen den Regierungen Columbiens und der Vereinigten Staaten von Amerika über das Verhalten Columbiens betreffs der Radiostation Cartagena.**

(Col. Gb. I S. 82-86.)

Los Estados Unidos y la neutralidad colombiana.

La Estación del telégrafo inalámbrico de Cartagena, de propiedad alemana en virtud de contrato legal, ocasionó entre el Ministerio y las honorables Legaciones británica y francesa acreditadas en Bogotá, las aclaraciones y correspondencia de que se tratará en los respectivos lugares del presente Informe. Este mismo negocio fue causa de que los Gobiernos de la Gran Bretaña y de la República francesa, por medio de sus Embajadores en Washington, presentaran al Gobierno de los Estados Unidos manifestaciones o informes cuyo estricto significado sería naturalmente dirigido a favorecer los intereses de la amistad y la justicia internacionales, pero que la prensa comentó de un modo desfavorable a la soberanía de la República, así como divulgó por todas partes noticias inexactas respecto del cumplimiento de nuestras obligaciones como Estado neutral. Las especies que la prensa esparció en relación con las gestiones de aquellas Embajadas hacían suponer que se había solicitado del Gobierno de Washington una intervención correc-

tiva en el procedimiento de Colombia, y aun llegó a suponerse que tratándose de lo que se llamaba „expediciones reivindicatorias“ de parte de algunos beligerantes, se pretendía obtener que el Gobierno de la Unión las autorizara o estudiara en relación con la doctrina de Monroe. La Legación de los Estados Unidos en Bogotá se sirvió desvanecer esos rumores, calificándolos correcta y severamente y atestiguando que su Gobierno no podía obrar contra nuestra soberanía, como lo comprueban los siguientes documentos:

Legación de los Estados Unidos de América. — Foreign Office, número 50.  
Bogotá, noviembre 19 de 1914.

Señor Ministro:

Refiriéndome a la conversación que me cupo el honor de tener con Vuestra Excelencia en la mañana de hoy, respecto a la publicación en la prensa de la capital de unos telegramas de Washington, que informan que los representantes de los Gobiernos de la Gran Bretaña y Francia habían formulado una queja contra el Gobierno de Colombia por el pretendido descuido en mantener estricta neutralidad, tengo el honor de repetir lo que entonces dije a Vuestra Excelencia, de acuerdo con instrucciones del Secretario de Estado, es decir: que el Departamento de Estado no es responsable de la interpretación falsa y falaz que se le dio a la pregunta telegráfica que se hizo a esta Legación.

El Gobierno de los Estados Unidos no ha pensado ni piensa intervenir en los actos de otros Gobiernos, ni el Gobierno británico ni el francés han hecho tal petición.

Al solicitar la influencia de los Estados Unidos, los Gobiernos de Francia y de la Gran Bretaña se referan a la influencia moral solamente, y la pregunta hecha por el Departamento de Estado tenía meramente el carácter de simple información.

Aprovecho la oportunidad que esta nota me presenta para renovar a Vuestra Excelencia la seguridad de mi elevada y más distinguida consideración.

*Leland Harrison.*

República de Colombia. — Ministerio de Relaciones Exteriores. —  
Bogotá, 1º de diciembre de 1914.

Señor Encargo de Negocios:

Los periódicos de hoy publican un telegrama en que se afirma, con referencia a funcionarios del Departamento de Estado en Washington, que en el caso de que naciones europeas envíen expediciones reivindicatorias a Suramérica con ocasión de la neutralidad de estos países, entonces el Gobierno de los Estados Unidos adoptará cierta línea de conducta.

Atendiendo a la fuente atribuida a esta noticia, ruego a Su Señoría se digne informarme si en su concepto ella merece crédito.

Renuevo a Su Señoría las seguridades de mi más distinguida consideración.

*Marco Fidel Suárez.*

Legación de los Estados Unidos de América. — Foreign Office, número 53.  
Bogotá, diciembre 5 de 1914.

Señor Ministro:

Tengo el honor de acusar recibo de la nota de Su Excelencia fechada el 1º. de los corrientes, en la cual, al referirse Su Excelencia a un telegrama de Wáshington que publicaron los periódicos de ese día, manifiesta el deseo de que le informe lo que haya de cierto respecto de la autenticidad de una declaración que en el citado telegrama se atribuye a los funcionarios del Departamento de Estado, de quienes se dice que afirman que los Estados Unidos irán hasta permitir que las naciones europeas envíen expediciones que hagan efectiva la estricta neutralidad por parte de los países suramericanos, si fuere necesario.

En contestación me permito informar a Su Excelencia, de orden del Secretario de Estado, que ni este Despacho, ni los funcionarios de él han dado fundamento para que se hagan esas afirmaciones en la prensa.

Sírvase aceptar, señor Ministro, la seguridad de mi más elevada consideración.

*Leland Harrison.*

Las prácticas del Gobierno en las instalaciones radiotelegráficas han ido adoptándose con la vista fija en las prácticas de los Estados Unidos. En una materia nueva, algo reglamentada, es cierto, por algunas Convenciones de La Haya, pero en la cual no tocan a la República obligaciones definitivas por no ser para ella leyes todavía aquellas Convenciones, lo indicado ha tenido que ser seguir los ejemplos más autorizadas, entre los cuales prevalecen naturalmente los de los Estados Unidos. Por esto se ha prohibido el empleo de la cifra en el despacho de telegramas inalámbricos; se ha dispuesto que el inspector técnico oficial sea censor permanente de los mismos y del trabajo de la oficina; se ha ordenado también que los aparatos de buques de nacionalidad beligerante surtos en aguas colombianas sean sellados, y si fuere menester, desmontados y aun desembarcados; y antes de que los dueños de la Estación de Cartagena la cerraran definitivamente por su propio motivo, iba ya a ordenarse que todo telegrama en que se sospechase que las palabras tenían sentido convencional, fuese sometido a una perifrasis que, respetando su significado, alterase completamente su forma. Asimismo, al tiempo de aquella clausura, se tenía ya dispuesto que en la Estación no trabajara ningún empleado que no fuese de nacionalidad neutral; y que a fin de respetar los derechos de los empresarios, el establecimiento fuera administrado por agentes del Gobierno, llevándose cuenta y razón de los productos y gastos, con presencia de un interventor que representase a la empresa, y entregando a ésta periódicamente el rendimiento líquido del establecimiento.

**Nr. 1678. Bericht über einen Vorschlag Venezuelas vom August 1914 zur Einberufung einer internationalen Konferenz der Neutralen in Washington.**

(Col. Gb. I S. 105.)

**Sobre algunas conferencias internacionales.**

La Legación en Caracas comunicó a este Ministerio, por medio de telegrama del último día de 1914, que el Gobierno de Venezuela sometía a la Unión Panamericana un proyecto sobre convocación de una Conferencia internacional que podría reunirse en Washington para considerar y revisar las disposiciones del Derecho de Gentes sobre los derechos de los neutrales en tiempo de guerra. Según este pensamiento, en la Conferencia deberían participar no sólo los pueblos americanos sino todas las naciones del mundo en estado de paz. Se comunicó a la Legación en Washington el proyecto de Venezuela con instrucciones para que lo secundase en la hipótesis de ser acogido.

Oportunamente se sirvió comunicar el Ministerio de Relaciones Exteriores de Venezuela a este Despacho el envío hecho por la República del Ecuador a aquella Cancillería de la ratificación de varios actos del Congreso boliviano de Caracas, entre los cuales se halla el relativo a extradición, que según queda informado en el número 6 del capítulo VI del presente Informe, ha servido al Ministerio para resolver un asunto de importancia.

**Nr. 1679. Bericht und Schriftwechsel zwischen Columbien und Deutschland betr. Schließung der Funkenstation in Cartagena für die Dauer des Krieges.**

(Col. Gb. I S. 113.)

La neutralidad colombiana y la Estación radiotelegráfica de Cartagena.

El contrato celebrado el día 23 de mayo de 1912 entre el Gobierno y una sociedad domiciliada en Berlín y denominada Compañía de telégrafos inalámbricos (Gesellschaft für drahtlose Telegraphie) concedió a esta Compañía el derecho, mediante ciertas condiciones que fijan sus deberes, de establecer y usar en Cartagena un telégrafo inalámbrico, el cual se hallaba funcionando hacia algún tiempo cuando empezó la guerra de Europa en agosto de 1914. Los intereses encontrados entre la nacionalidad de la Compañía del inalámbrico y las nacionalidades de las potencias enemigas de Alemania hubo de producir y produjo pronto demandas ante el Gobierno de la República sobre el uso del telégrafo, el cual por su naturaleza tiene que relacionarse con actos que influyen en la guerra. El Gobierno se vio así obligado a considerar su neutralidad, no sólo respecto de los principios generales o de los pactos positivos llamados a reglamentarla, sino de los derechos públicamente estipulados con persona privada extranjera. Para fijar su neutralidad, el Gobierno no pudo seguir las disposiciones de convenciones internacionales recientes sobre estos objetos, porque ellas no han llegado a ser ley de la República, sino que ha tenido

que guiarse por los principios generales y especialmente por las prácticas de los Estados Unidos de América. que son la gran potencia neutral en las presentes circunstancias.

En el capítulo referente a la Gran Bretaña podéis hallar toda la correspondencia cruzada a este respecto entre el Ministerio y la Legación británica. En este capítulo, referente a Alemania, básteme informaros que después de hallarse esclarecidos los puntos en controversia y rectificadas las noticias que la prensa de varios países divulgó contra Colombia, vino a desaparecer la sujeta materia de controversia por voluntad de la misma Empresa del telégrafo inalámbrico. En efecto, ella espontáneamente y de su propio motivo, resolvió cerrar la Estación, con intervención del señor Ministro de Imperio, quien se sirvió comunicarlo así a este Despacho el día 5 de diciembre de 1914.

En el curso de las gestiones citadas arriba la Legación de Alemania representaba en favor de los derechos de sus nacionales, ya respecto del uso del inalámbrico en los términos del contrato, ya respecto de la residencia de los empleados alemanes en la estación de Cartagena, después de que aquélla quedó vigilado sin interrupción por el Inspector oficial del Gobierno. Una vez que la Estación radiotelegráfica fue cerrada espontáneamente, la Legación no se ha opuesto a providencias posteriores que, para agotar precauciones y no obstante la seguridad absoluta producida por las declaraciones de la misma Legación, ha adoptado el Gobierno a efecto de remover hasta la más remota dificultad en cuanto a sus deberes de neutralidad y en cuanto a los derechos de algunos beligerantes.

Tengo el honor de transcribir en seguida la nota referida, así como su respuesta y la resolución que ella produjo.

Legación del Imperio alemán. — Número 2. 105. — Bogotá,  
diciembre 5 de 1914.

Señor Ministro:

En la última conferencia que Vuestra Excelencia tuvo a bien acordarme, he sabido que el Gobierno colombiano desea nuevamente la reapertura de la Estación inalámbrica de Cartagena que se encuentra ahora cerrada por motivo de un defecto de la máquina.

Por acto de cordial deferencia para con la República de Colombia, en atención a las amenazantes dificultades que se le han presentado a ella con motivo de la pretendida y absolutamente infundada violación de neutralidad de que ha sido acusada ante todo el mundo por gobiernos enemigos de Alemania y para manifestar que la empresa alemana no pretende introducir de cualquier manera „despachos aparentemente inocentes, sin que el censor pueda descubrir su verdadero significado“, como comunicó el señor Encargado de Negocios de Inglaterra a Vuestra Excelencia el 27 de octubre último para oponerse en este tiempo a la reapertura de dicha Estación, y para probar, en fin, que allá no funcionan los extraños aparatos del agregado naval inglés,

llamados sordinas, tengo el honor de pedir respetuosamente a Vuestra Excelencia la clausura total de la Estación inalámbrica de Cartagena por todo el tiempo que dure la guerra en Europa, y declaro, además, que la Telefunken-Gesellschaft no pedirá indemnización alguna por el lucro cesante que sufrirá de hoy en adelante a causa de esta clausura.

Rogando a Vuestra Excelencia se sirva tomar las medidas necesarias en el particular y favorecerme con una contestación de la resolución dictada, grato me es reiterar a Vuestra Excelencia las seguridades de mi más alta y distinguida consideración.

*Kracker von Schwartzenfeldt.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, diciembre 5 de 1914.

Señor Ministro:

Me es honroso referirme a la muy atenta nota de Vuestra Excelencia, número 2. 105, fecha de hoy, en la cual me manifiesta Vuestra Excelencia su deseo de evitar las dificultades suscitadas por el funcioamiento de la Estación inalámbrica de Cartagena, y pide, en consecuencia, al Gobierno que decrete la clausura total de ella por todo el tiempo que dure la guerra en Europa, haciendo constar, además, que la Compañía del Telefunken no pedirá indemnización alguna por lucro cesante, con ocasión de la clausura.

Estimo en todo lo que vale el amistoso y elevado propósito que expresa Vuestra Excelencia, y en nombre del Gobierno doy a Vuestra Excelencia las más expresivas gracias por su espontánea iniciativa en este asunto, y tomo nota de la declaración de que la Compañía del Telefunken no pretenderá indemnización de ningún género por la clausura de la Estación durante la guerra.

De conformidad con el deseo de Vuestra Excelencia, este Ministerio ha dictado la Resolución correspondiente, y se han dado las órdenes a Cartagena a fin de un que la Estación, que estaba a punto de abrirse nuevamente, después de la suspensión que sufrió por causa de un daño, continúe cerrada hasta la terminación del conflicto europeo.

Aprovecho complacido esta oportunidad para renovar a Vuestra Excelencia las seguridades de mi consideración más distinguida.

*Marco Fidel Suárez.*

#### Resolución

por la cual se cierra la Estación inalámbrica de Cartagena mientras dure la guerra europea.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, 5 de diciembre de 1914.

Considerando que en el Ministerio de Gobierno y la Compañía del telégrafo inalámbrico de Cartagena (Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H.) se estipula que en caso de guerra exterior la Estación radio-telegráfica podrá funcionar bajo la inspección y censura del Gobierno, esto naturalmente con el fin de asegurar la neutralidad de la República respecto de los beligerantes;

Considerando que en los primeros días de la guerra europea se trató de establecer la inspección y censura estipuladas en el contrato, pero luego se comprendió que estas operaciones no eran satisfactorias por falta de expertos competentes que representando al Gobierno eficazmente, le dieran seguridad de que la Estación no recibía ni transmitía despachos que pudieran quebrantar la neutralidad territorial de Colombia;

Considerando que por esta circunstancia fue cerrada transitoriamente la Estación del telégrafo inalámbrico de Cartagena hasta que fuera hallado un técnico competente para ejercer la vigilancia y censura del telégrafo inalámbrico;

Considerando que después de hallar el artículo 15 del contrato celebrado el 23 de mayo de 1912 entre el técnico deseado se contrató con él, mediante una remuneración mensual de doscientos pesos en oro a cargo del Gobierno, su traslación a Cartagena y su vigilancia constante en la Estación, de suerte que ningún despacho pudiera ser recibido o transmitido sin que el censor lo interpretase, para lo cual se ordenó que sólo pudieran cursar telegramas en español, inglés o francés, y se prohibió el uso de cualquiera cifra;

Considerando que hallándose establecida de esta manera la vigilancia y censura a que el Gobierno tiene derecho en virtud del contrato citado, y obligación en virtud de sus deberes de neutralidad internacional, la Legación británica pidió que fuesen excluidos de la Estación inalámbrico los empleados alemanes.

Considerando que a pesar de que la censura ejercida por medio del técnico contratado al efecto era constante e impedía a juicio del Gobierno todo despacho antineutral, pues al salir el Inspector de la Estación ésta quedaba cerrada, con todo, el Gobierno quiso seguir en este asunto la práctica que hubiera adoptado el Gobierno de los Estados Unidos, y al efecto obtuvo los informes necesarios;

Considerando que en esta virtud se ordenó excluir absolutamente de todo empleo u ocupación en la Estación radiotelegráfica cualquiera empleado alemán o de otra nacionalidad comprometida en el actual conflicto europeo, providencia que fue notificada oportunamente a los interesados por el señor Gobernador de Cartagena;

Considerando que por haber estado cerrado la Estación en estos días, a causa de un daño de los aparatos y de ausencias del Inspector Censor que ha ido a desempeñar comisiones relativas a la neutralidad en las costas del Darién, no ha habido necesidad todavía de nombrar el interventor que, pagado por el Gobierno, debe llevar las cuentas de productos del telégrafo inalámbrico para pasarlos periódicamente a la Empresa del mismo; y

Considerando que al notificar esta resolución del Gobierno al representante de la Compañía del Telefunken en Bogotá, la Legación del Imperio alemán en esta ciudad ha manifestado, por medio de nota de este mismo día, que la Empresa no tiene inconveniente en cerrar la Estación desde esta fecha



hasta que concluya la guerra que ha hecho surgir la actual situación de neutralidad, y que declara que no exigirá del Gobierno indemnización alguna por el tiempo que esté en inacción la Estación inalámbrica, dando a esto el carácter de espontánea solicitud,

Se Resuelve:

El Ministerio acepta, en nombre del Gobierno, la declaración hecha por Su Excelencia el doctor *Kracker von Schoartzenfeldt*, Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario del Imperio alemán, en nota de este día y en nombre de la Compañía del telégrafo inalámbrico de Cartagena, en virtud de la cual esta Compañía declara que quiere la clausura de la Estación, renunciando a toda reclamación por lucro cesante. El Gobierno agradece debidamente el espíritu de amistad y justicia que esta declaración envuelve.

Transmitanse por tanto al señor Gobernador de Cartagena las instrucciones respectivas para que, poniéndose de acuerdo con el representante de la empresa en la Estación referida, cierre ésta, ponga en seguridad los aparatos, de manera que no sufran deterioro o menoscabo en virtud del no uso durante el tiempo de la clausura, y ejecute todas las otras operaciones que, en vista de las circunstancias locales y especiales sean menester para la eficacia de la clausura y para evitar todo perjuicio a los interesados.

Publíquese en el Diario Oficial.

Por Su Excelencia el señor Presidente de la República, El Ministro,

*Marco Fidel Suárez.*

**Nr. 1680. Rundschreiben der Regierung Columbiens an die Zeitungsredakteure vom 27. November 1914 betr. Wahrung der Neutralität.**

(Col. Gb. I S. 118.)

La neutralidad y la prensa periódica.

Con motivo de algunas informaciones publicadas en periódicos colombianos con la firma de Corresponsal, el señor Ministro del Imperio alemán representó ante este Despacho la equidad y conveniencia que en su concepto habría en que ese género de publicaciones no fuese equiparado, bajo el aspecto de su licitud moral o social, con las publicaciones que no llevan firma, pues aquella otra forma les presta cierta autoridad, injusta según el señor Ministro, cuando se trata de actos deshonorosos atribuidos a los gobiernos o a los ejércitos.

Este Ministerio, escuchando, como era debido, las manifestaciones de la Legación, y poniendo en salvo el derecho legal de la prensa, consideró el asunto por el lado de la conveniencia y de la equidad, y hasta siguió en cierta manera autoridades muy respetables, al dirigir a los periódicos la circular siguiente:

## Circular

a los Directores de publicaciones periódicas de la República.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, noviembre 27 de 1914.

Señor Director:

La guerra gigantesca que hace cuatro meses atormenta a varias naciones y aflige al mundo, gravita no sólo sobre los beligerantes, sino que ha creado para los neutrales deberes delicados y molestos. Desde el primero hasta el último de los pueblos civilizados, todos encuentran en la neutralidad motivos de cuidados y erogaciones, tanto por la importancia de los respectivos deberes cuanto por los peligros que la inobservancia de éstos puede plantear en materia de posibles reclamaciones futuras.

Cuando nuestro Gobierno trató por primera vez de la neutralidad colombiana en la presente guerra, hubo escritores que calificaron las resoluciones oficiales como actos ridículos, atribuyéndolas a prurito de dar a la Nación una importancia que no tiene. Esos publicistas olvidaron sin embargo el primer rudimento de estas materias, pues es sabido que toda persona internacional, sea débil o fuerte, tiene deberes y derechos en el concierto de la paz o de la guerra.

La neutralidad obliga primariamente a los gobiernos, a sus agentes y a sus fuerzas; pero no por eso la sociedad civil, esto es, el pueblo, sus individuos y asociaciones, así como los órganos de la opinión pública, pueden considerarse exentos de aquella clase de deberes. Así como el progreso del derecho propende hoy a circunscribir la guerra a los gobiernos y ejércitos, descartando de las hostilidades a la población, a la inversa la neutralidad, en virtud de análogos dictados humanitarios, propende a extenderse de las autoridades a la misma población. A iniciativa especialmente de la opinión pública en los Estados Unidos, se concibe hoy una neutralidad social, inspirada por la prudencia y la fraternidad común, aunque no por el estricto derecho, y encaminada a consultar la conveniencia de los pueblos.

El campo más fecundo a que puede aplicarse este nuevo concepto de la neutralidad es el de la prensa periódica. La prensa puede apasionar la opinión de una sociedad neutral y ocasionarle verdaderos perjuicios, según sean su tono y criterio. De aquí pueden resultar efectos lamentables, tales como injuriar a extranjeros domiciliados, amigos tradicionales de la nación donde habitan, arraigados a ella por los vínculos de la familia y útiles a su progreso y cultura; como desagradar a gobiernos poderosos, que ofendidos en las personas de sus jefes o conductores, no mirarán con buenos ojos a una sociedad que más tarde puede necesitarlos para el desarrollo de su crédito y comercio; o como deteriorar la buena reputación pública, que tiene por principal exponente la cultura de la prensa.

El criterio discreto de los periódicos y su tono culto y moderado al tratar de los beligerantes empieza pues a calificarse como una especie de deber para las sociedades neutrales, aunque ese deber sea imperfecto por carecer de sanción. Por eso no extrañará usted, señor Director, que Su Ex-

celencia el Ministro del Imperio alemán en Bogotá haya dirigido a este Ministerio, con fecha 25 del corriente, una expresiva queja contra ciertas noticias propaladas por la prensa de esta capital; ni extrañará tampoco que este Ministerio haya contestado a Su Excelencia manifestando públicamente las ideas y sentimientos que esta circular expresa.

No porque las autoridades públicas sean las únicas a quienes atañe el deber de no favorecer ni hostilizar a los beligerantes; no porque la imparcialidad pueda coexistir con simpatías o antipatías más o menos explícitas; ni porque la libertad de imprenta permita prácticamente todo género de publicaciones, puede admitirse que en estos asuntos sea lícito a la prensa apartarse de lo que exigen la veracidad, la cortesía y la benevolencia.

La absoluta libertad de imprenta no extingue el deber de que se trata. Si hoy se empieza a reconocer que la cultura, la veracidad y la benevolencia obligan a los periódicos en punto de neutralidad, eso quiere decir que tales prácticas comienzan a ser un deber entre naciones; y si el derecho internacional forma parte de la legislación de todo pueblo, resulta claro que aquellos dictados de conveniencia son obligatorios a pesar de la prensa más libre.

Tampoco vale contra esta especie de doctrina el hecho de que la neutralidad pueda coexistir con la simpatía. Esto último es justo y aun necesario, pues un estado de indiferencia absoluta es imposible para la mente y para el ánimo. Pero las simpatías o antipatías pueden expresarse en la forma racional de la verdad, en la forma respetuosa de la cortesía y en la forma cristiana de la benevolencia.

Ni vale tampoco contra esta tesis relativa el decir que una vez observada la imparcialidad oficial del gobierno, las asociaciones, los individuos y la prensa pueden expresarse como más les agrada, pues ya vimos que eso es injusto respecto del extranjero domiciliado en el país, peligroso por cuanto puede ocasionar la animadversión de poderosos gobiernos, y pernicioso porque menoscaba la buena reputación social.

Una comprobación del aserto en que se fundan las anteriores reflexiones son las siguientes palabras del famoso discurso pronunciado el 9 de septiembre por el Senador Stone, Presidente de la Comisión de Relaciones Exteriores del Senado de los Estados Unidos:

„Deseo también llamar la atención especialmente sobre la actitud partidarista que asumen muchas de las grandes publicaciones periódicas de este país. Sabiendo cuán grande es el poder de esas publicaciones en lo que hace a la formación de la opinión pública y al fomento del espíritu partidarista, es natural que aquellos sobre quienes caen las responsabilidades del Gobierno miren con profunda solicitud y temor esta nueva faz del asunto. Los directores de esas grandes publicaciones, más aún que los ciudadanos individuales que obran en regiones más privadas, deben tener muy en cuenta las obligaciones que tienen con la patria en esta grave emergencia. Es fuerte de pesar profundo el que tantos diarios y periódicos influyentes principien a tomar

parte en la magna lucha, y lo hagan, no solamente expresando sus simpatías por una u otra parte, sino permitiéndose duras críticas y censuras hacia los gobiernos y ejércitos de aquellos con quienes no se hallan de acuerdo. Tal conducta, en el interior, daña y excita animosidades, y en el exterior despierta y fomenta el resentimiento. Además, es fácil comprender que tales procedimientos hacen muy difícil las libres y cordiales relaciones entre este Gobierno y los de las naciones actualmente en guerra. Cómo puede cualquier americano justo y sensato olvidar que nuestra Nación es la única de las grandes potencias que goza de la envidiable pero difícil posición de la neutralidad absoluta? Estamos obligados a seguir una política basada en el amor de la paz y en el honrado deseo de servir a la humanidad, por los más solemnes compromisos. A la estricta observancia de esos compromisos estamos obligados por las más elementales consideraciones del interés y del honor nacional. Es incomprensible que diaristas y editores lleven el olvido de los deberes que tienen para con el Gobierno hasta el punto de serles indiferente el comprometer la fe pública de la Nación permitiéndose los más duros ataques contra los jefes y gobiernos de las naciones beligerantes y pretendiendo levantar contra ellos el sentimiento hostil del pueblo de este país."

Nada más natural que procurar informarnos sobre la marcha de un conflicto que nos interesa sobremanera, como interesa a todos los pueblos. Pero estas informaciones, más bien que aumentar los sentimientos que naturalmente produce la presencia de toda lucha de seres animados, debe excitar nuestros votos porque la concordia reemplace al odio y porque concluya la devastación belica más grande que ha presenciado el hombre. Así lo prescriben la justicia, el interés y el espíritu religioso: así lo persuaden las condiciones de los pueblos en lucha. Cómo no desear que vuelva para todos ellos un estado de paz y progreso? Bélgica, la bella nación del trabajo y del bienestar social, merece más que ningún otro pueblo esos votos; los merece Francia, por ser el órgano por excelencia de la civilización del mundo; Inglaterra también, por su prepotencia secular, puesta algunas veces al servicio de la libertad de los pueblos; merece esos votos el Imperio alemán por su pujante cultura, en la cual se combinan la ciencia, el comercio, la industria, la instrucción pública, la moralidad doméstica; los merece Austria, porque los variados elementos de su nacionalidad destellan el prestigio del Sacro Imperio, y Rusia, porque algún día a su grandeza física ha de asociarse la grandeza de las reformas sociales y políticas. Estos mismos votos debieran corresponder a nuestro anhelo de que termine una guerra que nos tiene ya agobiados con la fatalidad de sus consecuencias y que cada día tiene que ser más pernicioso para nosotros.

Usted, señor Director, interpretará fielmente el sentido de estas líneas, que le dirijo obedeciendo a instrucciones del Presidente de la República, y no verá en ellas un prurito de magisterio, sino una intención encaminada a evitar al Gobierno reclamaciones dificultosas y a procurar en humilde grado que la paz sea en nuestra tierra aspiración tan efectiva, que sus alas cubran

hasta las manifestaciones referentes a la modesta neutralidad de nuestra Patria.

Tengo el honor de suscribirme su obsecuente servidor y compatriota,  
*Marco Fidel Suárez.*

**Nr. 1681. Bericht über die Gewährung von Zollbefreiung für Schiffe Kriegführender.**

(Col. Gb. I S. 122.)

Exenciones aduaneras para buques asilados.

La guerra es causa de que buques beligerantes se asilen por vario tiempo en aguas neutrales, donde su permanencia se asimila a una interrupción forzada en el viaje. De este hecho y de ser iguales para todos los beligerantes cualesquiera providencias decretadas por la nación de asilo con respecto a aquella permanencia, se infiere que los víveres, las materias para conservar el buque y otros artículos de uso, por ejemplo los vestidos, pueden ser exentos de pagar el impuesto ordinario de aduanas. Esto es lo que ha resuelto el Ministerio de Hacienda a propósito de ciertas solicitudes tocantes a embarcaciones asiladas en Cartagena y Santamarta, ordenando un previo escrupuloso examen.

**Nr. 1682. Bericht betr. Protest Columbians gegen Beschlagnahme columbianischen Eigentums in Antwerpen durch die deutsche Heeresverwaltung.**

(Col. Gb. I S. 125.)

Reclamaciones en favor de mercancías de colombianos.

Don Modesto Cabal, del comercio de Cali, se dirigió al Ministerio solicitando su intervención para obtener que las autoridades alemanas establecidas en Amberes le devuelvan cuarenta y un fardos de mercancías de su propiedad que se hallan detenidos en aquel puerto. Según la factura consular, los fardos contienen cáñamo, costales, ropa y muestras de telas, y fueron despachados de Londres a Amberes para su remisión a Buenaventura, consignados a los agentes de la línea hamburguesa Lite. El cargamento ha estado almacenado en Amberes a nombre del respectivo agente de dicha línea; y como el flete está pagado y no hay duda de la propiedad y condición neutral de la mercancía, su dueño la demanda con perfecto derecho, solicitando permiso para que sea embarcada en buque neutral y prometiendo cubrir el gasto adicional y equitativo que ocasionen los riesgos de guerra. El Ministerio ha expuesto el caso a la Legación de Alemania en esta ciudad y espera que por su medio las autoridades alemanas se darán por bien informadas y atenderán la solicitud del señor Cabal.

El señor González Torres, antiguo y meritorio Cónsul general de la República en Amberes, después de verse obligado a dejar su puesto en medio y a causa de los grandes peligros a que él y su familia estuvieron expuestos

por motivo de la guerra, regresó de Londres a Bélgica, donde durante tres días atendió a otra demanda relativa a la devolución de mercancías. Estas son un cargamento de cueros perteneciente a los señores Méndez y C.<sup>a</sup>, de Cartagena, consignados por ellos al Banco comercial y colonial de Amberes, quien lo vendió a una casa alemana. El Gobierno militar de Amberes, en vez de reconocer la venta, expropió o se proponía expropiar los 12.100 kilogramos de cueros para remitirlos a Alemania, quedando su pago a cargo del Gobierno del Imperio. No teniendo el señor González Torres carácter consular a los ojos de las autoridades alemanas en Amberes por no haber recibido el nuevo exequatur que en Bélgica se exige, y no habiendo el Gobierno colombiano resuelto todavía el delicado punto de la solicitud del exequatur alemán para sus agentes consulares en Bélgica, la acción del señor González tuvo que ser privada, y al fin él mismo la remitió a la Legación colombiana en Berlín para la protección del derecho de los señores Méndez y C.<sup>a</sup>

**Nr. 1683. Bericht über Frankreichs Stellungnahme zum Verhalten Columbiens wegen der Radiostation Cartagena.**

(Col. Gb. I S. 141.)

Neutralidad colombiana respecto de Francia.

En los capítulos relativos a Alemania, a los Estados Unidos y a la Gran Bretaña quedan expuestas y se expondrán las gestiones y correspondencia a que ha dado lugar la neutralidad colombiana en la estación radiotelegráfica de Cartagena. También la República francesa ha participado en esas gestiones y correspondencia, como podéis verlo de un modo particular en el capítulo siguiente de este Informe. La conclusión del asunto por parte del Gobierno francés puede decirse que está consignada en el siguiente documento:

Legación de la República francesa en Colombia.

Bogotá, 18 de noviembre de 1914.

Excelencia:

Ciertos diarios de Bogotá han publicado últimamente la noticia de que esta Legación ha recibido instrucciones del Gobierno francés para protestar ante el Gobierno de Colombia por la inobservancia de la neutralidad de la República.

Tengo el honor de manifestar a Vuestra Excelencia que protesto de la manera más formal contra la publicación de tal noticia, y ruego a Vuestra Excelencia se sirva creer que esta Legación no ha recibido instrucciones de ninguna clase a este respecto, y que, por consiguiente, semejantes especies carecen en absoluto de fundamento.

Me es placentero hacer a Vuestra Excelencia la reiterada manifestación de que el Gobierno de la República francesa está satisfecho de las medidas que Vuestra Excelencia se ha dignado tomar en guarda de la neutralidad de Colombia, y que las tradicionales relaciones entre las dos Repúblicas hermanas jamás han sido tan estrechas como en la hora presente.

Complacido aprovecho esta oportunidad para renovar a **Vuestra Excelencia** las seguridades de mi más elevada consideración.

*De Larroque,*  
*Encargado de Negocios.*

A Su Excelencia el señor don *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores de Colombia.

**Nr. 1684. Schriftwechsel zwischen der Regierung Columbiens und der britischen Gesandtschaft betr. Ueberwachung der Funkentelegraphie durch einen Beamten, Zensur der Telegramme, Verwendung der Chiffre, Vorsichtsmaßregeln gegen Weiterbeförderung von Telegrammen mit unklarem Inhalt, gegen Verwendung von deutschen Angestellten im telegraphischen Dienst und deren Aufenthalt im Gebäude der Funkenstation.**

(Col. Gb. I S. 146—192.)

Neutralidad colombiana.

Tratando de las relaciones con Alemania, los Estados Unidos y Francia, se expusieron ya varios de los aspectos por los cuales ha sido considerada la neutralidad de la República, especialmente en materia radio-telegráfica, respecto de esas naciones. En cuanto a la Gran Bretaña este mismo asunto ha sido más fecundo en correspondencia, como podéis verlo en la que se publica en seguida, cruzada entre este Despacho y la Legación Británica en esta ciudad. Los puntos esparcidos de esa correspondencia miran principalmente a la vigilancia del telégrafo inalámbrico por medio de un inspector oficial, a la censura de los telegramas, al empleo de la cifra en los despachos, a las precauciones para evitar la transmisión de telegramas de sentido oculto, a la continuación de empleados alemanes en el servicio del telégrafo, y a la habitación de los mismos en el edificio de la estación después de que ella quedó cerrada. Las especies publicadas por la prensa extranjera acerca de este negocio me parece que exigen informaros de todo su curso, por lo cual tengo el honor de transcribir en seguida la correspondencia y demás documentos relacionados especialmente con la honorable Legación Británica.

Legación Británica. — Octubre 27 de 1914.

Señor Ministro:

En la conversación a que Vuestra Excelencia tuvo la bondad de aludir en su nota de 16 de octubre último, me cupo el honor de explicar la actitud del Adjunto Naval de la Embajada de Su Majestad en Washington, respecto a la reapertura de la Estación inalámbrica de Cartagena, actitud que me fue comunicada por el Capitán Gaunt, en carta privada que me escribió de ese puerto.

Uno de los fundamentos que existen para oponerse a la reapertura de la Estación inalámbrica, es el hecho de que a ella se pueden introducir despachos aparentemente inocentes, sin que el censor pueda descubrir su verdadero significado.

Siendo la censura adecuada absolutamente imposible en estas condiciones, no tengo para qué detenerme a explicar el inmenso mal que puede ocasionar una Estación cuyos despachos abarcan un radio de más de dos mil millas.

El Capitán Gaunt acaba de informar al Gobierno de Su Majestad que la Estación de Cartagena funciona completamente bajo la influencia alemana, aunque en ella se ha establecido censura nominal.

Tengo orden del Secretario Sir *Edward Grey* para protestar enérgicamente contra el hecho de que se conserven empleados alemanes en esa Estación, en las circunstancias en que actualmente se encuentra Europa, lo que no está de acuerdo con las reglas de la neutralidad, y de solicitar que, si en vista de los hechos a que he tenido el honor de llamar la atención del Gobierno de Vuestra Excelencia, el Gobierno de Colombia persiste en negarse a mantener la Estación cerrada, al menos disponga que todos los empleados alemanes (all german influence) sean retirados inmediatamente de la Estación.

Aprovecho esta oportunidad, señor Ministro, para renovar a Vuestra Señoría las seguridades de mi más elevada consideración.

*H. E. Bowle.*

A Su Excelencia el señor don *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores, etc. etc. etc.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá. 3 de noviembre de 1914.

Señor Encargado de Negocios:

He recibido la nota de esa honorable Legación, fecha 27 de octubre, en la cual vuelve a referirse Vuestra Señoría a la Estación inalámbrica de Cartagena, para formular una protesta en nombre de su Gobierno.

Al dar contestación a las observaciones formuladas por Vuestra Señoría sobre la manera como actualmente funciona dicha Estación, creo conveniente compendiar ciertos antecedentes del asunto, que permiten calificar el procedimiento del Ministerio en este particular.

El 23 de mayo de 1912, celebró el Gobierno con la Compañía denominada *Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H.* un contrato para la construcción de una estación radiotelegráfica en la ciudad de Cartagena; y en el artículo 15 de ese contrato se estipuló lo siguiente:

„En caso de guerra exterior o de conmoción interior, el servicio de la Estación inalámbrica estará sometido a la vigilancia de las autoridades locales, y la transmisión y la entrega de despachos estarán sometidas a la censura previa de las mismas autoridades.“

En virtud de esta estipulación, la referida Compañía quedó con derecho a mantener su servicio en tiempo de guerra, con la condición de someterse a la vigilancia y censura oficiales.



En nota de 13 de agosto, Vuestra Señoría, refiriéndose expresamente al artículo copiado, manifestó que una vez que la supervigilancia oficial de la Estación estaba ordenada, se permitía llamar la atención del Gobierno de Colombia sobre el asunto, en caso de que aún no se hubieran tomado las medidas necesarias. Reconocía, por consiguiente Vuestra Señoría, que mediante la vigilancia y censura pactadas en el contrato, la Estación podía funcionar sin inconveniente. Como consecuencia de aquella observación de Vuestra Señoría, el Gobierno dispuso que sobre la Estación radiotelegráfica ejerciesen vigilancia las autoridades respectivas y que los despachos fuesen sometidos a la censura de las mismas.

Más tarde, el 10 de septiembre, manifestó Vuestra Señoría al Gobierno que, atendiendo a la urgencia del caso y a la imposibilidad de ejercer la censura por falta de expertos adecuados, pedía la clausura de la Estación. El Gobierno, animado del más firme propósito de guardar estricta neutralidad, de acuerdo con las resoluciones dictadas por este Ministerio, ordenó la investigación del caso; y habiendo podido convencerse de que no existía por el momento en Cartagena un experto suficientemente hábil para encargarle la vigilancia de la Oficina y la censura del servicio, dispuso por telégrafo la clausura transitoria de la Estación de Cartagena. Ya había ordenado igualmente que se hiciesen desmontar las estaciones inalámbricas de los buques alemanes surtos en nuestros puertos. Respecto de la Estación de San Andrés, el Gobierno tuvo noticia oficial de que no había llegado a funcionar.

Como la situación creada por la orden de clausura no podía ser definitiva en virtud del contrato citado, el Gobierno, para cumplir su deber y para mostrar al de Su Majestad Británica su vivo deseo de que no se ejecutara en su territorio acto ninguno opuesto a la neutralidad, se entendió con un técnico graduado, de comprobada competencia, el doctor Caicedo Abadía, y celebró con él un contrato, que Vuestra Señoría conoce, para encargarlo de la dirección y vigilancia de la Estación de Cartagena. En el contrato se fijaron reglas estrictas para el funcionamiento de la Oficina y se impusieron al técnico las obligaciones más severas, como responsable de la marcha regular de la Estación. En compensación de lo cual el Gobierno le asignó una remuneración de doscientos pesos (\$ 200) en oro por mes, además de los viáticos de ida y de regreso; gasto de consideración en las actuales circunstancias, que el Gobierno hace espontáneamente, a fin de evitar todo motivo de queja por causa del funcionamiento del telégrafo inalámbrico de Cartagena.

Abierta nuevamente, en las condiciones expresadas, la Estación inalámbrica, Vuestra Señoría me expresó su deseo de que volviera a cerrarse de manera definitiva, alegando que esto se había hecho con las estaciones análogas en los Estados Unidos. Pedí informe por cable a la Legación en Washington, la cual me contestó, como sabe Vuestra Señoría, que las estaciones inalámbricas seguían funcionando allí bajo un régimen de censura, al cual es análogo el establecido por el Gobierno colombiano, mediante condiciones referentes a cifras, idioma y otras circunstancias.

Renovó despues Vuestra Señoría la misma petición fundándose en que si bien el Inspector nombrado por el Gobierno ejercía la censura de acuerdo con el contrato y las resoluciones respectivas, era posible violar la neutralidad por medio de expresiones y frases de significado ordinario inocente pero de significado antineutral convenido.

Entonces yo dirigí al señor Gobernador de Cartagena un telegrama en que le pedía informes sobre las últimas objeciones de Vuestra Señoría. El Gobernador me contestó puntualmente acerca de todas mis preguntas, y en especial respecto de las cifras convencionales, cosa que ya él se había puesto en actitud de calificar. Aparte de la observación hecha por el señor Gobernador, sobre la sospecha que infunden ciertas frases convencionales, y sobre el celo con que la Gobernación atiende a esos telegramas sospechosos, la objeción de Vuestra Señoría, fundada en la posibilidad de que se envíen despachos de doble sentido, es de carácter tan general que se extendería a toda forma de transmisión telegráfica, fuese por el inalámbrica o por el cable, y haría imposible la comunicación con el Exterior. Además, en las prácticas adoptadas sobre este punto por los Estados Unidos, cuyo ejemplo es sumamente autorizado en la materia, no existe regla alguna que se extienda a la posibilidad o riesgo referido.

No terminaré sin llamar la atención de Vuestra Señoría hacia la declaración dada al Gobernador de Cartagena por el Capitán del Tagus, sobre los telegramas antineutrales que, según él manifestó en meses pasados, había interceptado y que se atribuían a la estación radiotelegráfica. La declaración del Capitán desvanece aquel cargo y prueba que no hay razón para creer que por esa Estación se hayan ejecutado actos contrarios a la neutralidad.

De todo este se deduce que el procedimiento del Gobierno de Colombia se ha inspirado en la más escrupulosa corrección y en la atención más deferente al Gobierno británico, cuya protesta cree este Ministerio que no es adecuada a su conducta leal y amistosa. Y a fin de dar al Gobierno de Vuestra Señoría una nueva prueba de estos sentimientos, manifiesto a Vuestra Señoría que este Ministerio estudia con todo interés y resolverá cuanto antes sea posible lo relacionado con la declaración que hace sobre la presencia en la Estación de empleados pertenecientes a una de las nacionalidades beligerantes.

Me permito enviar a Vuestra Señoría en copia algunos de los documentos citados en esta nota, a saber: el contrato celebrado con el señor Caicedo Abadía; el telegrama de la Gobernación de Cartagena, de fecha 23 de octubre pasado, sobre las últimas objeciones de Vuestra Señoría; el telegrama de la misma Gobernación, fecha 25 del propio mes, en que transcribe la declaración del Capitán del Tagus; el cablegrama de la Legación de Colombia en Washington, sobre clausura de los inalámbricos en los Estados Unidos; y, además, un telegrama del Jefe de la Oficina del cable, señor Burrows, fechado el 31 octubre próximo pasado, y que ha sido publicado por la prensa de esta ciudad. Este último documento comprueba que las comunicaciones

por medio del cable eléctrico continúan sometidas a ciertas condiciones, y por consiguiente, que la comunicación inalámbrica ha de continuar, aunque no libre, sino vigilada, censurada y reglamentada.

Aprovecho la oportunidad para renovar a Vuestra Señoría las seguridades de mi consideración distinguida.

*Marco Fidel Suárez.*

Al honorable señor *H. E. Bowle*, Encargado de Negocios ad interim de la Gran Bretaña, etc. etc. etc.

#### Contrato:

Entre los infrascritos, a saber: *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores, en nombre del Gobierno de la República, y que en el curso de este documento se llamará el Gobierno, y *Jorge Caicedo Abadía*, en su propio nombre, y que se denominará *Caicedo Abadía*, se ha celebrado un contrato que se hace constar en las siguientes estipulaciones:

I. *Caicedo Abadía* se compromete a trasladarse a la ciudad de Cartagena saliendo de Bogotá a más tardar el 20 de los corrientes, con el objeto de representar al Gobierno en la inspección y previa censura a que debe someterse la Estación radiotelegráfica instalada en esa ciudad, conforme al artículo 15 del contrato celebrado el 12 de mayo de 1912 entre el Ministerio de Gobierno y la Compañía llamada *Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H.*, contrato publicado en el número 14.609 del Diario Oficial. Para cumplir este encargo con el esmero, eficacia y conciencia exigidos a *Caicedo* por sus aptitudes como ingeniero electricista, especialmente perito en el ramo de telegrafía inalámbrica y como colombiano y hombre imparcial y de honor, *Caicedo Abadía* se obliga:

1. A presentarse a su llegada a Cartagena ante el señor Gobernador de Bolívar, a quien exhibirá el nombramiento del Gobierno y una copia del presente contrato, a fin de que el señor Gobernador lo ponga en posesión de su cargo en la Estación radiotelegráfica y le preste todo el apoyo oficial que haya menester para el cumplimiento de su cometido.

2. A instalarse inmediata y permanentemente en la Estación, de suerte que ésta no pueda funcionar sino bajo la vigilancia inmediata de *Caicedo Abadía*, y de modo que cuando éste tenga que separarse transitoriamente e interrumpir la vigilancia, entonces el trabajo se suspenda y quede cerrada la instalación inalámbrica.

3. A no permitir el despacho o recibo aerogramas en cifra, lo mismo que el despacho o recibo de aerogramas en otros idiomas, que no sean español, francés o inglés, a fin de que la Estación no transmita despachos que *Caicedo Abadía* no pueda conocer, interpretar y calificar concienzudamente.

4. A no permitir el despacho, transmisión o recibo de aerogramas que puedan prestar servicio bélico a las fuerzas de mar o de tierra que sirven a las naciones que actualmente se hallan en guerra.

5. A permitir la transmisión, despacho y recibo de telegramas de carácter pacífico o comercial, de modo que no se menoscaben intereses colombianos o extranjeros de carácter neutral.

6. A comunicar al Gobierno cualquier hecho o incidente que en su concepto merezca ser oficialmente conocido en obsequio de la neutralidad e intereses de la Nación.

7. A cumplir las demás comisiones que el Gobierno o la Gobernación de Bolívar, previo asentimiento del Gobierno, le señalen como necesarias para el cumplimiento de su encargo.

8. A ejercer, desde que llegue a Cartagena y se posesione de su encargo, vigilancia respecto de la Estación inalámbrica de Santamarta, si para entonces ésta se hallare funcionando todavía.

9. A cerciorarse de la habilidad que puedan tener en materia de radiografía los sujetos que el señor Gobernador de Bolívar le presente como candidatos para auxiliares o para vigilar la Estación de Santamarta, a fin de que, previa la certificación de Caicedo Abadía, pueda del Gobierno tener copia de expertos que lo representen respecto de la guarda de su neutralidad en esta materia.

II. El Gobierno se compromete a hacer pagar a Caicedo Adadía, como remuneración de su trabajo, estas sumas: ciento cincuenta pesos (\$ 150) en oro, que recibirá anticipados el 19 del mes actual para gastos de su ida a Cartagena; doscientos pesos (\$ 200) en oro mensuales, como sueldo pagadero en Cartagena mientras dure su comisión, y ciento cincuenta pesos (\$ 150) en oro, que se le cubrirán en Cartagena para los gastos de su regreso.

III. Este contrato caducará por falta de cumplimiento en cualquiera de sus cláusulas.

IV. Este contrato necesita para su validez de la aprobación del Excelentísimo señor Presidente de la República.

En fe de lo cual se firman dos ejemplares de un tenor, en Bogotá, a diez y siete de septiembre de mil novecientos catorce.

*Marco Fidel Suárez. — Jorge Caicedo Abadía.*

República de Colombia. — Poder Ejecutivo. — Bogotá, septiembre 17 de 1914.

Aprobado.

*Jose Vicente Concha.*

El Ministro de Relaciones Exteriores,

*Marco Fidel Suárez.*

#### Telégrama Oficial

Gobernación. — Cartagena, 28 de octubre de 1914.

Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Con relación a nuestro telegrama 488 de ayer, os informo:

1. Considero real, no nominal, inspección y censura ejercidas por doctor Caicedo Abadía en Estación inalámbrica y vapores alemanes anclados en esta bahía.

Me fundo en que dicho doctor conoce perfectamente telegrafía inalámbrica, según he podido observarlo en las conversaciones que he presenciado, sostenidas por él con Jefe Estación, señor Drews, y con Capitán Gaunt; en que vive día y noche en Estación consagrado vigilar recibo y transmisión aerogramas, y cuando viene a la ciudad deja Oficina y su cuarto habitación cerrados con candados de patente que suministré, cuyas llaves sólo él maneja, y no tienen iguales, como que son de patente.

2. Empleados de Estación, Jefe y Telegrafista nada más, son alemanes, pero no obran libremente, supuesto que en todo interviene el Inspector del Gobierno.

3. Entra en lo posible que cursen aerogramas en apariencia inocentes, pero de sentido convencional, y esto podría pasar aunque Jefe Estación y operador fueran de cualquiera ora nacionalidad distinta de la alemana. En correo que saldrá mañana enviará doctor Caicedo un informe detallado, con copia todos los aerogramas despachados y recibidos. Como comprobación de que sí se ejerce censura infórmosos esto:

Día 14 corrientes remitióme doctor Caicedo siguiente aerograma, por parecerle sospechoso:

„Ciénaga (Magdalena), octubre 13.

„Salvatore, Digroigio. — New York.

„Plantadores decididos cooperar. Urge conteste cable Acosta, Campo Rivera.“

Dile orden transmitirlo, por haberme informado don Esteban Pombo, honorable comerciante, interesadísimo haya tranquilidad en este país, que conoce personalmente a Digroigio, italiano, Jefe Sociedad Atlantic Fruit Company, que comercia en frutas; y por suponerme señor Campo Rivera usaba esta Estación inalámbrica de preferencia a la de Santamarta, por razones comerciales, pues ésta pertenece Compañía Frutera. Día 25 os dirigí un importante telegrama, y deseo saber si os llegó.

Gobernador,

*Ramón Rodríguez Diago.*

Cartagena, 25 de octubre de 1914.

Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Anoche, a bordo vapor inglés Tagus, y con intervención Subsecretario Gobierno e intérprete oficial, interrogué Capitán señor *Merrison*, acerca datos suministró a Vicecónsul británico señor *Stevenson* el día nueve mes pasado.

Declaró:

a) Que supo vapores guerra ingleses Antillas recibieron aerogramas indicándoles falsa ruta vapor guerra alemán Karlsruhe, por Gobernador Trinidad, sin que éste hubiérale dicho aerogramas partieran de esta ciudad.

b) Que operador del Tagus interceptó por la noche del día veinticuatro de agosto aproximadamente aerogramas en clave dirigidos de Estación Seyville

a la de aquí, navegando vapor de islas Antillas para New York. No pudo traducir los aerogramas, y por eso no supo lo que en ellos se transmitiera.

c) En libro diario navegación no constan dichos aerogramas, por no haber sido dirigidos al vapor Tagus; y operador de a bordo actualmente no es el mismo que los interceptó pues aquél separóse del vapor llevándose sus libros. Por estas razones no érale posible dar copia de aerogramas interceptados. Terminada declaración, díjome en conversación amigable, que Gobierno inglés estaba satisfecho esfuerzos hacía Gobierno colombiano mantener estricta neutralidad; supo en Londres llegada a esta ciudad experto inalámbrico doctor Caicedo Abadía. Que información dada por él a señor *Stevenson* no iba encaminada a crear dificultades al Gobierno, pues propúsose tan sólo ponerlo en guardia. Informóme que vapores guerra alemanes andan inmediaciones Curazao vigilados por vapores guerra ingleses y franceses; pero que se podían burlar vigilancia, era posible llegaran a este puerto. Díjome también que Gobernador Trinidad había encomendado extraoficialmente saludarme y darme las gracias por haber comunicado a Bogotá, sin pérdida de tiempo, información que Capitán *Marrison* dio a señor *Stevenson*. Creo debo dar por terminada averiguación y remitiros expediente. Contiene dato importante para lo porvenir, dado caso que Compañía inalámbrica intentara alguna reclamación.

Gobernador,

*Ramón Rodríguez Diago.*

### Cablegrama

Wáshington, octubre 14 de 1914.

Exteriores. — Bogotá.

Estaciones inalámbricas funcionan censura previa.

Legación de Colombia.

Oficial. — Urgentísimo. — (11 a. m.). — Buenaventura, 31 de octubre de 1914.

Director General. — Bogotá.

Comunicanme de Nueva York lo siguiente:

„Ha sido restablecido servicio inalámbrico transoceánico para Alemania y Austria. Tarifa a Alemania, cincuenta y cuatro centavos (\$ 0,54), y Austria, sesenta y dos (\$ 0,62) más la tarifa ordinaria hasta Nueva York. Los despachos son aceptados a riesgo del expedidor, deben ser carácter neutral en inglés, alemán, francés o español, y no pasar de veinticinco (25) palabras, incluyendo dirección y firma. Las direcciones, que deben ser amplias, no registradas, llevarán no menos de cuatro palabras, las firmas dos palabras. Todo despacho está sujeto a que los censores lo cambien, y no debe contener palabras unidas u otras evasiones. Los despachos oficiales se aceptan en clave o cifra sólo cuando haya sido depositada en la Oficina inalámbrica aquí una copia de la clave que se usa. La capacidad de esta vía está limitada,

y como los despachos oficiales tienen preferencia, debe advertirse a los expedidores usarla con moderación. No podemos aceptar ninguna responsabilidad por este servicio."

*Burrows*, Jefe.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Telegrama urgentísimo. — Numero 446.

Bogotá, 29 de septiembre de 1914.

Gobernador. — Cartagena.

Reitero Usía telegrama de ayer, sobre Estación inalámbrica de Cartagena. Sirvase informar si ya llegó el experto señor Caicedo Abadía; y si la Estación ha estado o no cerrada, y en caso afirmativo, desde cuándo se cerró. Teniendo el Gobierno derecho y obligación de ejercer vigilancia y previa censura sobre el despacho y recibo de comunicaciones inalámbricas, se vio obligado a ponerse en actitud de ejercer esas operaciones por medio de un experto contratado y remunerado por la Nación, pues quejas anteriores fundábanse en que falta experto imposibilitaba acción oficial. Nombrado el experto, él debe representar al Gobierno en la vigilancia y censura, ciñéndose a estas instrucciones, además de las estipuladas en el contrato:

1. No permitir el despacho o recibo de telegramas que él mismo no escuche o interprete.
2. No permitir que el telégrafo funcione si él no está presente.
3. Si tiene que ausentarse transitoriamente, cerrar el telégrafo.
4. No consentir en que otra persona lo reemplace.
5. Obrar de tal modo que la Estación a todo momento esté bajo la vigilancia oficial.

6. Obrar de suerte que no quede posibilidad de suponer que el telégrafo transmita o reciba despachos ocultos o ignorados por el experto.

Presidente República confía en que esa Gobernación obrará con el celo, discreción y patriotismo que la caracterizan, y que son necesarios para evitar dificultades no sólo a la República, sino al comercio y aun a la Compañía del Telefunken. Si a pesar de todo lo que se ha hecho, y del nombramiento del experto, que representa para la Nación un gasto considerable en momentos de penuria fiscal, la situación no se define y continúan motivos o pretextos de queja, habrá que cerrar la Estación con perjuicio de ella y del comercio, y hasta podría declararse caducado el contrato, aplicando su artículo diez y seis. La Legación británica, en nota de ayer, dice que el Capitán *Gaunt*, de la marina inglesa, le telegrafió el 27, de Cartagena, diciendo que el restablecimiento de la Estación sería muy inconveniente. Sirvase Usía informar qué razones puede tener aquel marino para opinar de ese modo. La misma Legación dice que el Vicecónsul inglés le informó que el Capitán del *Tagus* afirma que barcos alemanes y Estación inalámbrica en Cartagena obran sin ninguna vigilancia del Gobierno, y reciben todas las noches cincuenta palabras de la Estación de Seyville, y esparcen noticias falsas que impiden acción buques ingleses, pues aunque se desarmen los aparatos y se prohíbe su

uso, esas órdenes son burladas por la falta de expertos que estén día y noche en la Estación. Sírvasse Usía informar si el relato del Capitán del Tagus es nuevo, o es el mismo que ya había dado antes, cuando todavía no se había contratado y enviado el experto. Asimismo sírvasse Usía extender la información de que le he hablado acerca de la conducta del inalámbrico, no limitándose al registro de sus libros y papeles, lo cual de ningún modo forma prueba en su favor, sino abriendo investigación formal para recibir del Capitán del Tagus y demás personas declaración jurada sobre telegramas interceptados y que comprueben violación neutralidad de nuestro territorio. No ha recibido este Ministerio ningún telegrama del señor Caicedo Abadía. Si ya llegó, maniéstele Usía que se ponga en relación con el Ministerio para recibir las instrucciones necesarias, y que en tal caso obre de acuerdo con las que se han transmitido a Usía en esta fecha y en las anteriores. Excuse Usía el empeño con que trato el asunto, cuya solución definitiva depende del modo como se ejerzan la vigilancia y censura oficial y como se dé cumplimiento al contrato celebrado con el señor Caicedo Abadía. Si este contrato no fuere eficaz, se perderá el esfuerzo y gasto que él implica y se seguirán inconvenientes para el Gobierno, para el comercio y para todos los interesados.

De Usía adicto servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, 14 de noviembre de 1914.

Señor Encargado de Negocios:

Adicionando mi nota de 3 de noviembre, tengo el honor de informar a Vuestra Señoría que este Ministerio ha transmitido instrucciones al señor Gobernador de Bolívar para que del servicio de la Estación radiotelegráfica de Cartagena sean excluidos todos los empleados alemanes, llevándose cuenta exacta de los productos y gastos de la Estación, a fin de entregar las utilidades a la Empresa. Cree mi Gobierno que de este modo quedarán consultados hasta el último grado sus deberes de neutralidad, y consultados también los derechos de la Compañía del telégrafo inalámbrica provenientes del contrato que otras veces he tenido el honor de citar a Vuestra Señoría.

Estando durante algunos días interrumpido el servicio del inalámbrica a causa de un daño sobrevenido a los aparatos, los días de dicha suspensión se aprovecharán para que el doctor Caicedo Abadía, Inspector y Censor de la Estación de Cartagena, se traslade a las costas del Darién con el fin de dismantelar el aparato radiotelegráfico del vapor Oscar, y traerlo a Cartagena, y practicar igualmente una inspección de modo que al Gobierno no le quede temor ni sospecha alguna de que por aquellas regiones se esté obrando contra la neutralidad de la República.

Con este motivo renuevo a Vuestra Señoría las seguridades de mi consideración distinguida.

*Marco Fidel Suárez.*

. Al honorable señor *H. E. Bowle*, Encargado de Negocios ad interim de la Gran Bretaña, etc. etc. etc.



Ministerio de Relaciones Exteriores — Telegrama número 497.

Bogotá, 11 de noviembre de 1914.

Gobernador. — Cartagena.

Legación colombiana Washington informa que Gobierno Estados Unidos, después haber cerrado Estaciones telégrafo inalámbrico alemán, resolvió permitir su restablecimiento con tal que en ellas no hubiese empleados alemanes, para lo cual dispuso que empleados nacionales llevaran contabilidad productos, y que éstos fuesen periódicamente entregados a Empresa Estación. Sírvasse preparar lo que convenga a la adopción de una medida análoga, y avisar a este Ministerio para dictar pronta resolución correspondiente. Asimismo es necesario disponer que agente Gobernación se traslade a donde esté el vapor Oscar y transporte el aparato inalámbrico a Cartagena para que quede bajo la vigilancia de la autoridad colombiana, de modo que se excluya absolutamente toda posibilidad de que el buque o el aparato sirva a violar la neutralidad de la República.

Saluda a usted su atento servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Telégrama número 74. — Cartagena, 13 de noviembre de 1914.

Ministro Relaciones. — Bogotá.

Acuso recibo vuestro telegrama día once, número 497. Asugúrame doctor Caicedo Abadía podría él encargarse manejar Estación asociándole señor Adolfo Concha, o señor Eliseo Otero, y rendir cuenta mensualmente o por décadas, como se quisiera. Personal y sueldos de Estación actualmente es el siguiente: un Jefe, señor Drewes, alemán, con cien pesos (\$ 100) oro mensuales, y venticinco (\$ 25) para coche; un Telegrafista, con sesenta y cinco pesos (\$ 65), alemán; un Maquinista, colombiano, con treinta pesos (\$ 30); un Ayudante Maquinista, con siete pesos (\$ 7) y alimentación; un aprendiz mandadero, con diez pesos (\$ 10); un sirviente, con tres pesos (\$ 3) y alimentación. Estos empleados también son colombianos. Se gasta en el mes como combustibles, trabajando una hora y media diaria, lo siguiente: cinco (5) cajas kerosene; una y media cajas gasolina; una caja aceite lubricante; dos galones ácido sulfúrico. En útiles escritorio cinco pesos (\$ 5). Total en gastos de empleados, doscientos cuarenta pesos (\$ 240); total en combustible y útiles escritorio, como quince (\$ 15) o veinte pesos (\$ 20). Gobierno podría hacerse cargo Estación y descontar de producido mensual valor totalidad gastos, dejando para arreglo posterior arrendamiento casas en que hoy viven Mr. Drews. su señora, telegrafista y sirvientes, pues deberían ser desocupadas por ellos. El motor de la máquina Estación está descompuesto actualmente, y tardará como ocho (8) días en ser compuesto. Sería ocasión de poder enviar ahora doctor Caicedo Abadía a Urabá a desmontar y traer aparato inalámbrico que tiene vapor Oscar, utilizando guardacosta número fino, que haría viaje en corto tiempo e inspeccionaría costo. Señor Ministro Hacienda tendría que darle órdenes Comandante guardacosta. En cuanto tomo aparato,

Vuestra Señoría podría ordenarle al Comisario Urabá que efectuéralo, o yo podría pasarle una comunicación al empleado bananera para que entréguelo a doctor Caicedo Abadía.

Gobernador,

*Ramón Rodríguez Diago.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Telégrama número 499. — Urgente.  
Gobernador. — Cartagena.

Contesto su telegrama del trece (13), comunicándole que este Ministerio autoriza a esa Gobernación para disponer lo que sea necesario, a fin de que en Estación inalámbrica no trabajen ahora empleados alemanes. Así quedará sin efecto protesta Gobierno inglés. Para poner en salvo derechos Compañía, Gobernación dispondrá se lleve cuenta productos y gastos, tal como U'sía lo sugiere. Puede disponer viaje doctor Abadía a traer el aparato del Oscar. Inmediatamente solicito del Ministerio de Hacienda orden telegráfica para que guardacosta número uno conduzca a Urabá al doctor Caicedo, con el fin indicado.

Atento servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Legación de Inglaterra. — 14 de noviembre de 1914.

Excelencia:

Adjuntos a la presente devuelvo los telegramas del Gobernador de Bolívar, del Prefecto de Urabá, etc., que venían incluidos en las notas del 10 y 12 de noviembre, cuyo contenido transmiti inmediatamente por cable al Almirante británico en Kingston.

Deseo especialmente expresar a Vuestra Excelencia mi muy sincero reconocimiento por la bondadosa acogida que se ha dignado dispensar y mis numerosas solicitudes.

Sírvase aceptar. Excelencia, las seguridades de mi alta consideración.

*Edgar Bowle.*

A Su Excelencia el señor don *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Privado.

Bogotá, noviembre 16 de 1914.

Señoría:

He leído con complacencia la atenta esquila fechada el 14 de los corrientes, con la cual Su Señoría se sirve devolverme los telegramas de Cartagena, Turbo y Quibdó, referentes al inalámbrico del Oscar. Desde que Su Señoría me manifestó verbalmente la sospecha de que en la región de Urabá se estuviera violando ocultamente la neutralidad colombiana por medio del telégrafo inalámbrico, me apresuré a comunicar esa sospecha a las autoridades respectivas, de quienes recibí los consabidos telegramas que ha visto Su Señoría.

Para alejar el más remoto en este caso, y aunque se dice que el buque está abandonado, y que el aparato está inservible. se ha dispuesto que un Comisario del Gobierno vaya a recoger dicho aparato y lo traslade a Cartagena. El comisionado puede ser al doctor Caicedo Abadía, Censor y Director de la Estación de Cartagena, con la condición de que en su ausencia la Estación quede absolutamente cerrada. En este sentido tengo el honor de explicar la parte respectiva de mi última nota.

Me permito enviar a Su Señoría, ad effectum videndi, el legajo original de todos los telegramas despachados o recibidos en la Estación de Cartagena, coleccionados día por día y hora por hora por el señor Caicedo Abadía, desde que él está en la Estación como única persona autorizada para esas operaciones.

Reciba Su Señoría la expresión de mi consideración distinguida.

*Marco Fidel Suárez.*

Al honorable señor don *H. E. Bowle*, Encargado de Negocios ad interim de la Gran Bretaña, etc. etc. etc.

Telégrama número 145. — Urgente. — Cartagena, 10 de noviembre de 1914.  
Ministro Relaciones. — Bogotá.

Según informes he podido obtener del Capitan vapor Diego Martínez, acabado llegar río Atrato, vapor Oscar provisto inalámbrico de Compañía bananera alemana, que suspendio trabajos hace tiempo, encuéntrase amarrado muelle completamente abandonado, sin empleados. Compañía tiene unos pocos empleados como cuidanderos nada más. Considera Capitán no úsase inalámbrico ni hay en él bodegas carbón, pues vapor está abandonado, y cuando navegaba moviase con petróleo crudo. Comisario Especial Urabá, con residencia en Acandí, podría daros información detallada. Diríjome a él y Alcalde Turbo hagan averiguación y os informen. Sé que Vicescñsul británico ha enviado a Ministro los mismos datos que os comunico.

Gobernador,

*Ramón Rodríguez Diago.*

Telégrama número 110. — Urgente. — Turbo, 11 de noviembre de 1914  
Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Atendiendo telegrama Gobernador Cartagena, gustoso infórmole costa oriental golfo, Puerto César, no hánse visto buques extranjeros, ni existen carboneras. Personas fidedignas conocedoras infórmanme inalámbrico vapor Oscar está desmantelado. Sin embargo, trasladaréme en La Patria a Puerto César, practicar inspección.

Avisaréle resultado.

Alcalde,

*Isidoro Villa.*

Telégrama número 4015. — Intendencia — Quibdó, 1.<sup>o</sup> de noviembre de 1914.

Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Prefecto Urabá dícame, con fecha ayer:

„No tiénese aquí ninguna noticia encuéntrense establecidos Darién buques alemanes. Refiérome su telegrama de la misma fecha.“

Servidor,

*Rubén Santacoloma.*

Wáshington, 13; Buenaventura, 14 de noviembre de 1914.

Exteriores. — Bogotá.

La Secretaría de Estado recibió información Embajadores Francia e Inglaterra violación neutralidad Colombia en uso estaciones radiotelegráficas. Diríjme Secretaría de Estado, en nota confidencial a la que acompañé resoluciones Gobierno Colombia sobre el particular, agregando reclamos deben hacerse en Bogotá, y no ante Gobierno Estados Unidos. Dígame si hánse establecido estaciones inalámbricas en el Pacífico.

Legación de Colombia.

Cablegrama

Lecolombia. — Wáshington.

Correo lleva documentos inalámbrico Cartagena. Hay contrato Compañía que garantiza ejercicio telégrafo mediante inspección censura caso guerra. Desde principio ordenóse censura. Reclamó Legación inglesa por falta experto caracterizado. Cerróse entonces Estación. Consiguióse después experto profesional remunerado por Gobierno. Abrióse nuevamente Estación. Después varios días Legación reclamó exclusión todo empleado alemán. Aunque experto es único que transmite, recibe despachos, convínose excluir todo alemán, llevando cuenta productos que entregaránse liquidados Empresa. Clave está prohibida. Legación considera sospechosa toda frase, porque puede tener sentido convencional oculto. Por esto demandó últimamente cerrar Estación. Pero teniendo derechos Compañía no puede accederse habiendo experto competente, que aceptó Legación. En Pacífico no hay estaciones inalámbricas. No han llegado buques guerra de ninguna nación tomar carbón en nuestros puertos. Legación inglesa informó temer alemanes ocultos en Urabá usen inalámbrico. Averiguóse Cartagena, Turbo, Quibdó. Resultó que buque abandonado Oscar Compañía bananera tiene inalámbrico inservible. Dispúsose fuera comisionado oficial a traer inalámbrico. Legación contestó agradeciendo celo Gobierno. Se obra con verdadero escrúpulo. Informe si allá están cerradas estaciones en atención posibilidad frases comunes tengan sentido oculto. Este es el único punto pendiente.

Exteriores.

Bogotá, noviembre 15 de 1914.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, noviembre 16 de 1914.

Ministro Colombia. — Raris, Londres.

Comunique Gobierno esa Nación siguiente información respecto neutralidad Colombia telégrafo inalámbrico. Contrato entre Compañía alemana y

Gobierno establece servicio mediante control, censura caso guerra. Legación británica quejóse ausencia experto Estación Cartagena; cerróse ésta, luego reabrióse con experto profesional. Legación exigió exclusión empleados alemanes y Gobierno consintió. Clave está prohibida. Ahora Legación declara sospechosa toda frase, porque puede tener sentido convencional oculto; apoyándose en esta declaración pide Estación ciérrase nuevamente. Derechos Compañía establecidos contra.o respectivo impiden acceder Legación habiendo aceptado experto. Gobierno procede con verdadero celo, resolviendo solicitudes Legación a medida son presentadas, procurando seguir prácticas Estados Unidos. Esfuércese desvanecer prevenciones; correo lleva documentos. Durante guerra ningún barco de guerra beligerantes ha tocado costas colombianas. Encargado de Negocios Inglaterra y Capitán *Gaunt*, adjunto militar Embajada británica Washington, manifiestan en este momento al Gobierno su agradecimiento por la actitud de Colombia relativa neutralidad.

*Suárez,*

Ministro Relaciones Exteriores.

Buenos Aires, 14; Buenaventura, 14 de noviembre de 1914.

Exteriores. — Bogotá.

Diarios publican telegramas Washington Londres protestas Inglaterra Francia contra Colombia por violación neutralidad, permitiendo escuadra alemana Pacifico tomar carbón permaneciendo puertos República más de veinticuatro horas utilizando estaciones radiotelegráficas. Conviene aclarar.

Cónsul.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, 15 de noviembre de 1914.

Prefectos Tumaco, Buenaventura.

Sírvanse informar cuanto antes si buques de escuadras beligerantes han arribado ese puerto, cuánto han permanecido y si han tomado carbón y en qué cantidad.

Servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Prefectura. — Tumaco, 16 de noviembre de 1914.

Ministro Relaciones. — Bogotá.

Hasta hoy no ha arribado este puerto buque alguno escuadras beligerantes. Refiérome su telegrama de ayer.

*Enrique Muñoz.*

Buenaventura, 16 de noviembre de 1914.

Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Presente año no ha tocado este puerto ningún buque guerra de naciones beligerantes ni no beligerantes.

Servidor,

*Félix M. Sanz.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, 15 de noviembre de 1914.

Gobernadores Cartagena, Barranquilla, Santa Marta.

Sírvanse informar cuanto antes si buques escuadras beligerantes han llegado a puertos ese Departamento, cuánto tiempo han permanecido y si han tomado carbón y en qué cantidad.

Atento servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Santa Marta. 15 de noviembre de 1914.

Ministro Exteriores. — Bogotá.

Desde que estalló actual conflicto europeo no ha llegado puertos este Departamento ningún buque guerra de naciones beligerantes. Refiérome suyo de hoy.

Servidor. Secretario General encargado Gobernación,

*Nicolás Dávila.*

Barranquilla. 16 de noviembre de 1914.

Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Honor referirme suyo de ayer. Empleados respectivos infórmanme que Puerto Colombia, único puerto marítimo este Departamento, durante curso guerra europea, no han llegado buques escuadras beligerantes.

Servidor,

*Teodosio Goenaga.*

Cartagena, 16 de noviembre de 1914.

Exteriores. — Bogotá.

A puertos este Departamento no han llegado vapores guerra de Estados beligerantes. Refiérome vuestro telegrama de ayer.

Gobernador,

*Ramón Rodríguez Diago.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá. 15 de noviembre de 1914.

Gobernador. — Cartagena.

Urge viaje comisionado a recoger inalámbrico Oscar y traerlo Cartagena. Comisionado puede ser señor Caicedo Abadía, con tal que Estación puede absolutamente cerrada, pues él es el único que puede recibir y transmitir despachos radiotelegráficos. Composición de aparatos, si es necesaria, no puede hacerse en ausencia doctor Caicedo, porque esos nos expondría a cargos o sospechas desfavorables a neutralidad colombiana.

• Atento servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

## Ministerio de Relaciones Exteriores. — Urgente. \*

Bogotá, 14 de noviembre de 1914.

Señor Ministro de Hacienda. — En su Despacho.

Supongo impuesto a ese Despacho de las reiteradas providencias que ha dictado este Ministerio en guarda de la neutralidad de la República en la actual guerra europea, especialmente en lo que se relaciona con las estaciones de telégrafo inalámbrico, ya estén situadas en el territorio nacional o a bordo de los buques de los beligerantes surtos en aguas colombianas. Respecto a la Estación de Cartagena, se han dictado varias resoluciones, como la de clausura temporal, reapertura bajo la inmediata vigilancia del Gobierno, etc. etc. No obstante lo apuntado, la Legación inglesa ha manifestado el deseo de que se retiren de ella los empleados de nacionalidad alemana que en ella trabajan, y el Gobierno, en vista de las presentes circunstancias, ha accedido a ello. Mientras se reorganiza el servicio, desea este Ministerio, a insinuación de la Gobernación de Bolívar, que el Censor de dicha Estación, señor Caicedo Abadía, vaya a Urabá, utilizando para este viaje el guardacosta número 1, que haría la travesía en corto tiempo, con la ventaja de hacer una inspección en toda aquella costa, a dismantelar el aparato de telégrafo inalámbrico del vapor alemán Oscar de la antigua Compañía bananera que trabajaba en aquella región.

Considero que al Despacho del digno cargo de Su Señoría no se oculta la importancia y urgencia de la medida a que este oficio se refiere, y así me permito solicitar de Su Señoría una orden telegráfica para el Comandante del mencionado guardacosta, a fin de que el doctor Caicedo Abadía pueda aprovechar en el viaje el tiempo que va a dejarle libre la reorganización de la Estación de Cartagena.

En el telegrama que dirijo hoy al señor Gobernador de Bolívar ordenándole que proceda a substituir por empleados colombianos o de otra nacionalidad que no sea la alemana, los trabajadores de este país que figuran en dicha Compañía, le doy mi aprobación al proyecto de viaje del doctor Caicedo Abadía y le digo que solicitaré de Su Señoría orden telegráfica para que el viaje se lleve a cabo lo más pronto posible.

Agradeceré a Su Señoría se sirva avisarme lo que en el particular resuelva, y aprovecho la ocasión para repetirme de Su Señoría atento y seguro servidor.

*Marco Fidel Suárez.*

República de Colombia. — Ministerio de Hacienda. — Sección 2ª (ramo de Aduanas).

Número 2.482. — Bogotá, 16 de noviembre de 1914.

Señor Ministro de Relaciones Exteriores. — En su Despacho.

En vista de la urgencia que revisten las disposiciones dictadas por Su Señoría y a que se refiere el oficio número 986, de fecha de antier, este Despacho, en telegramas urgentes a los Gobernadores de Bolívar y Magdalena y a los Administradores de la Aduana de Cartagena, Barranquilla y Santa-

marta, les he comunicado que el primer guardacostas que esté listo de los dos que prestan el servicio en la Costa Atlántica se ponga inmediatamente a las órdenes del señor Gobernador de Bolívar.

Dios guarde a Su Señoría.

*Daniel J. Reyes.*

#### Station

für drahtlose Telegraphie Cartagena, System Telefunken.

Cartagena, Colombia, octubre 30 de 1914.

Señor Ministro de Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Respetado doctor:

Por telegrama de ese Ministerio dirigido al señor Gobernador del Departamento, con fecha 29 del presente mes, se me informó que la Legación británica en esa ciudad continúa las quejas contra esta Estación, cosa que creo es infundada, pues la censura que se ejerce aquí es estricta. El señor Drews, Jefe de la Estación, y el señor Krabs, segundo Telegrafista, únicos operarios alemanes, no pueden hacer funcionar el aparato sin yo estar en posesión de los audífonos, aparato indispensable para la transmisión y recepción de mensajes, por el cual me pongo al corriente de todas las comunicaciones. En la Estación mi vigilancia es continua, pues permanezco día y noche en ella; si por cualquier motivo tengo que ausentarme, cierro la Oficina con dos llaves, cuyo único poseedor soy yo, por lo cual es imposible penetrar al cuarto donde están los aparatos, y por consiguiente hacerlos funcionar.

Referente a los mensajes en claves privadas, en también difícil puesto que los comerciantes que hacen uso de la Estación, sus direcciones telegráficas y sus negocios son bastante conocidos aquí. Si por cualquier motivo se encuentra algún mensaje que tenga la menor sospecha de no ser netamente comercial, se rechaza inmediatamente.

La Estación de Seyville, Long Island de la Compañía Telefunken, en el Estado de Nueva York, está trabajando en las mismas condiciones que ésta, con censores americanos. Trabaja diariamente con Nanen, Alemania, sin que los ingleses tengan motivo a reclamos, lo mismo que las Estaciones en Brasil y otras Repúblicas de la América del Sur.

Le adjunto a la presente un informe desde el día en que la Estación empezó a trabajar hasta el presente, lo mismo que una copia auténtica de todos los mensajes que hasta ahora ha tenido la Estación.

Sin más por hoy, me repito del señor doctor atento, seguro servidor,

*Jorge Caicedo Abadía.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, noviembre 16 de 1914.

• Legación de Colombia. — Washington.

• Unica diferencia con Legación británica es la referente posible significado convencional oculto en frases comunes. Legación solicito clausura, fundándose



esa posibilidad. Claro es que en ese caso radiotelegrafía debería prohibirse absolutamente durante guerra, pues aquella posibilidad existiría dondequiera. Informe si allá subsiste servicio inalámbrico a pesar enunciada posibilidad. Conviene informar ese Gobierno y Embajadas.

Exteriores.

Wáshington, noviembre 16 de 1914.

Exteriores. — Bogotá.

Por temor de que frases comunes tengan sentido convencional oculto no ha cerrado este Gobierno ninguna estación radiotelegráfica.

Legación de Colombia.

República de Colombia. — Telégrafos nacionales. — Oficial. — Alcaldía. — Turbo, Puerto César, 16 de noviembre de 1914.

• Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Refiérome mi telegrama del once (11). Acompañado Inspector, empleado Resguardo ésta, acabo practicar visita vapor Oscar, que no funciona hace tiempo. Tiene aparato inalámbrico desmantelado, sin alambres. No existen señales haber funcionado. Autoridades locales estarán sobre aviso. Daré pasos, informaréme costas golfo.

Servidor,

*Isidoro Villa.*

#### Cablegrama Circular

a todos los Agentes Diplomáticos y Consulares de la República.

Bogotá, noviembre 18 de 1914.

Inexactas y desvanecidas afirmaciones contra neutralidad colombiana. Respecto inalámbrico, obsérvanse prácticas Estados Unidos. Respecto carbón, sólo permítase a buques desprovistos tomar cantidad necesaria para tocar puerto extranjero más cercano, pues República no está obligada disposiciones Convención La Haya, que permiten mayor cantidad carbón. Por esto, durante guerra no ha tocado nuestros puertos ni un buque beligerante. Legaciones francesa e inglesa han reconocido escrupulosidad Colombia respecto neutralidad.

*Suárez,*

Ministro Relaciones Exteriores.

Resolucion Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, agosto 13 de 1914.

Con ocasión de la guerra que existe actualmente entre varias naciones europeas;

En atención a las notificaciones y solicitudes que sobre el despacho de buques han hecho algunas de esas potencias al Gobierno de la República por medio de sus Legaciones en esta ciudad;

En consideración a los deberes impuestos al Gobierno colombiano por su neutralidad respecto de los Estados beligerantes;

Y teniendo presente la doctrina que acerca del asunto sigue este Ministerio, deducida de la conducta observada por el Gobierno colombiano, respecto del estado de guerra entre Chile, Perú y Bolivia en 1879; entre el Gobierno de Chile y el partido que contra él se levantó en 1891; y entre España y los Estados Unidos de América en 1898,

Se Resuelve:

Los Gobernadores de los Departamentos de Nariño, Cauca, El Valle, Bolívar, Atlántico y Magdalena, tendrán como guí a acerca del despacho de buques mercantes o de guerra de las naciones beligerantes las siguientes reglas, que se servirán transmitir a las autoridades de los puertos respectivos, a saber:

1.<sup>o</sup> Impedir, usando de la vigilancia debida, el despacho de armamentos, municiones y demás elementos de guerra en buques de cualquiera de las escuadras beligerantes.

2.<sup>o</sup> Impedir el despacho de los mismos artículos en buques mercantes, siempre que un agente autorizado denuncie el cargamento como destinado a fuerzas que hacen la guerra.

3.<sup>o</sup> Impedir el embarque de carbón en buques de las mismas escuadras, a menos que conste que el buque está desprovisto y que sólo recibe al efecto la cantidad de carbón estrictamente precisa para terminar la travesía hasta el puerto extranjero más cercano.

4.<sup>o</sup> Permitir aun a buques de guerra el proveerse de víveres y demás artículos que no sean armas, municiones, carbón y demás elementos de guerra.

Como el criterio del cual se deducen las prácticas regulares en esta materia es la definición exacta de lo que debe entenderse por contrabando de guerra; y como la nación primordial de contrabando comprende sólo artículos que por su naturaleza están destinados al servicio bélico, hay objetos cuya clasificación accidental no puede establecerse en una Resolución como la presente. El desenvolvimiento del comercio y de los usos de la guerra puede dar el carácter de contrabando accidental a artículos que antes no lo tenían. En estos casos las autoridades respectivas consultarán oportunamente al Ministerio de Relaciones Exteriores, ciñéndose por lo demás a la aplicación de las enunciadas reglas, que parten del concepto de que sólo son contrabando aquellos artículos que per se sirvan para los usos de la beligerancia.

La presente Resolución tiene el carácter del provisional mientras se estudian y exponen con más espacio los fundamentos y razones en que ella se apoya, o las modificaciones que consienta.

Transcribase por telégrafo a las Gobernaciones de Nariño, Cauca, El Valle, Bolívar, Atlántico y Magdalena.

Públiquesse en el Diario Oficial.

• Por Su Excelencia el Presidente de la República, el Ministro de Relaciones Exteriores,

*Marco Fidel Suárez.*

República de Colombia. — Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, 8 de octubre de 1914.

Señor Encargado de Negocios:

He recibido la atenta nota de Vuestra Señoría, fecha 5 del presente, en la cual Vuestra Señoría, procediendo por orden de Su Excelencia el Secretario principal de Su Majestad para las Relaciones Exteriores, hace algunas observaciones a la Resolución sobre neutralidad de la República, dada por este Ministerio el 13 de agosto último, basadas en su comparación con la Convención número 13 de La Haya.

En respuesta tengo el honor de manifestar a Vuestra Señoría que la República de Colombia no ha ratificado la Convención de La Haya, por lo cual la Resolución del Ministerio no se fundó en las estipulaciones que ella contiene, sino en la práctica tradicional de la República, seguida en situaciones análogas, y expuesta en resoluciones anteriores, a las cuales se hizo alusión en aquélla.

Aprovecho la oportunidad para renovar a Vuestra Señoría las seguridades de mi consideración distinguida.

*Marco Fidel Suárez.*

Al honorable señor *H. E. Bowle*, Encargado de Negocios ad interim de La Gran Bretaña, etc. etc. etc.

#### Resolución

que adiciona la de 13 de agosto de 1914, de este Ministerio, sobre neutralidad en el despacho de buques.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, agosto 22 de 1914.

Considerando que en la segunda Conferencia de La Haya, en 1907, las naciones contratantes establecieron como obligaciones de los Estados neutrales el impedir en sus aguas el uso de estaciones radioeléctricas, instaladas en buques de las naciones beligerantes, y el impedir el despacho de buques mercantes que vayan a ser armados en guerra en alta mar;

Considerando que los representantes de Colombia suscribieron las disposiciones que acaban de citarse; y

Considerando que aunque las disposiciones de la referida Conferencia, a las cuales adhirió la República, no llegaron a ser aprobadas por el Congreso colombiano, con todo, esos actos forman una verdadera doctrina, tan respetable por su origen como por sus obvios fundamentos,

#### Resuelve:

Adiciónase la Resolución de 13 de agosto de 1914, de este Ministerio, sobre neutralidad en el despacho de buques, en esta forma:

Las autoridades de los puertos marítimos de la República notificarán a los buques de las naciones que se hallan en guerra que no les es permitido, mientras permanezcan en aguas colombianas, usar instalaciones radiotelegráficas,

las cuales deberán desarmarse durante ese tiempo; y que en esas mismas circunstancias no podrán hacer preparativo para que los buques mercantes se conviertan en buques de guerra en alta mar.

Comuníquese a los Gobernadores de Nariño, Cauca, el Valle, Bolívar et Atlántico y el Magdalena.

Publíquese en el Diario Oficial.

Por Su Excelencia el Presidente de la República, el Ministro,

*Marco Fidel Suárez.*

#### Resolucion

adicional a las de 13 y 22 de agosto, sobre neutralidad de la República respecto de la actual guerra entre varias potencias.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, septiembre 1.<sup>o</sup> de 1914.

Considerando:

1.<sup>o</sup> Que según el artículo 7.<sup>o</sup> del contrato celebrado el 19 de julio de 1911 entre el Ministerio de Gobierno y la Compañía Frutera Unida, el servicio radiotelegráfico de esta Compañía en Santamarta debe ser absolutamente neutral en caso de guerras internacionales;

2.<sup>o</sup> Que conforme al artículo 15 del contrato celebrado entre el Ministerio de Gobierno y la Compañía del telégrafo inalámbrico, el servicio radiotelegráfico de esta Compañía en Cartagena está sometido en caso de guerra exterior o interior a la vigilancia y previa censura de las autoridades locales;

3.<sup>o</sup> Que aun en el caso de que no existieran estas disposiciones terminantes y especiales, el solo hecho de estar puestas en territorio colombiano y aun talvez en terreno de propiedad del Gobierno, las instalaciones de los telégrafos inalámbricos de Santamarta y Cartagena, obligaría a las Compañías respectivas, usufructuarias o poseedoras de tales instalaciones, a observar y no comprometer la neutralidad de la República,

Decreta:

La Estación del telégrafo inalámbrico de Santamarta y la Estación del telégrafo inalámbrico de Cartagena, mientras exista la guerra actual entre varias naciones y mientras estén por eso mismo en vigor los deberes y derechos de Colombia como Estado neutral, no podrán usarse sino mediante la estricta observancia de lo que disponen el artículo 7.<sup>o</sup> del contrato de 19 de julio de 1911 y el artículo 15 del contrato de 11 de mayo de 1912. Por tanto, dicho uso estará sometido a la vigilancia y censura de las autoridades de Santamarta y Cartagena para el efecto de que no se despachen o trasmitan comunicaciones que puedan considerarse de carácter militar o que puedan favorecer operaciones bélicas.

Comuníquese por telégrafo a los señores Gobernadores del Magdalena y de Bolívar, con nota de urgente, y encareciéndoles que acusen recibo del telegrama correspondiente y que dicten cuanto antes providencias para que esta resolución tenga pronto y debido efecto.

Publíquese en el Diario Oficial.

Por Su Excelencia el Presidente de la República, el Ministro,

*Marco Fidel Suárez.*

#### Resolución

adicional a las de 13 y 22 de agosto y 1<sup>o</sup> de septiembre, sobre neutralidad de la República respecto a la actual guerra entre varias potencias. Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, septiembre 11 de 1914.

#### Considerando:

1.<sup>o</sup> Que conforme al artículo 15 del contrato celebrado el 11 de mayo de 1912 entre el Ministerio de Gobierno y la Compañía del telégrafo inalámbrico en Cartagena, esta Compañía tiene, en caso de guerra exterior, la obligación de someter su servicio a la vigilancia de las autoridades locales, y la transmisión y entrega de sus despachos a la censura previa de las mismas autoridades;

2.<sup>o</sup> Que, como es notorio, la hipótesis de guerra exterior se está efectuando actualmente, por lo cual han resultado para la Compañía las obligaciones de vigilancia y censura previa que deben ejercerse por las autoridades locales;

3.<sup>o</sup> Que según informes de la Gobernación de Cartagena esta vigilancia y censura previa, para ser eficaces, requieren la intervención de expertos con las necesarias condiciones de habilidad y neutralidad exigidas por circunstancias notorias;

4.<sup>o</sup> Que en estos momentos no se han hallado expertos que reúnan aquellas condiciones, siendo así imposible el ejercicio de las atribuciones que el contrato confiere a las autoridades locales;

5.<sup>o</sup> Que por esto el Gobierno recibe quejas y reclamaciones contra la transmisión de despachos en la Estación inalámbrica de Cartagena, reclamaciones que se fundan en el supuesto de que la Compañía del inalámbrico quebranta la neutralidad de la República respecto del estado de guerra en que se hallan varios estados,

#### Resuelve:

Suspéndese transitoriamente el servicio de la Estación radiotelegráfica de Cartagena, mientras, en virtud de la intervención de expertos adecuados, se hace posible la vigilancia y previa censura de las autoridades locales en el servicio de la Estación y en la transmisión y entrega de sus despachos. Tan luego como puedan emplearse Expertos adecuados que hagan posible la previa censura, y tan pronto como de este modo esté garantizada plenamente la neutralidad de la República, la Estación podrá continuar su servicio, sometiéndose a la censura y vigilancia obligatorias.

El señor Gobernador de Cartagena, al notificar esta providencia, hará presente también a la Compañía del telégrafo inalámbrico que conforme al artículo 18 del contrato de 12 de mayo de 1912, el no cumplimiento del

artículo 15, como el no cumplimiento de cualquiera de las estipulaciones del contrato, dará derecho al Gobierno para declararlo administrativamente caducado.

Comuníquese por telegrama urgente a la Gobernación de Cartagena.

Publíquese en el Diario Oficial.

Por su Excelencia el Presidente de la República, el Ministro,

*Marco Fidel Suárez.*

República de Colombia. — Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, 5 de octubre de 1914.

Considerando que de acuerdo con el contrato celebrado el 16 de septiembre de 1914 con el señor Jorge Caicedo Abadía, este ingeniero electricista se ha trasladado a Cartagena y ha tomado posesión del cargo de representar al Gobierno en la vigilancia y censura de los trabajos de la Estación radiotelegráfica allí establecida, con el fin de asegurar una perfecta neutralidad en el despacho, transmisión y recibo de telegramas inalámbricos;

Que de esta manera la vigilancia y censura que incumben a la República, de acuerdo con el contrato de 12 de mayo de 1912, y de acuerdo con las obligaciones y derechos creados por su condición de Estado neutral, se han hecho posibles, no siendo ya necesaria la suspensión del servicio telegráfico en aquella estación,

Resuelve:

La Estación radiotelegráfica de Cartagena, establecida en virtud del contrato de 12 de mayo de 1912, y obligada en caso de guerra extranjera a recibir la censura y vigilancia del Gobierno colombiano, de acuerdo con el artículo 15 de aquel convenio, puede continuar sus trabajos y operaciones de recibir, transmitir y despachar telegramas inalámbricos, siempre que se sujete a las condiciones y reglas fijadas por el contrato de 16 de septiembre de 1914, pactado entre el Ministerio de Relaciones Exteriores y el señor Jorge Caicedo Abadía, y a todas las demás reglas y condiciones que este Ministerio haya fijado o fije en lo sucesivo para conseguir la vigilancia ejercida por el inspector experto que represente al Gobierno, de suerte que sea imposible el funcionamiento del telégrafo sin que el experto esté presente, perciba y traduzca los despachos transmitidos; y que no haya posibilidad tampoco de que el telégrafo transmita o perciba despachos ocultos o ignorados por aquél.

Comuníquese por telégrafo al señor Gobernador de Cartagena.

Publíquese en el Diario Oficial.

Por el Excelentísimo señor Presidente de la República, el Ministro de Relaciones Exteriores,

*Marco Fidel Suárez.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Urgentísimo. — Número 51.

Bogotá, 19 de noviembre de 1914.

• Señor Gobernador. — Cartagena.

• Recibido su telegrama número 808, fechado ayer. A la mayor brevedad posible sírvase Usía disponer quede cerrada Estación Telefunken, San Andrés,

hasta que se obtenga experto calificado y escogido por el Gobierno. Mientras tanto Estación no puede funcionar. Es claro que ningún empleado que no sea empleado oficial del Gobierno puede calificar al experto. Procure Usía que al separarse empleados alemanes de la Estación Cartagena, el servicio se organice con suma economía, a fin de que la empresa no sufra mayor detrimento en sus entradas. De acuerdo con doctor Caicedo Abadía reduzca hasta lo sumo posible el personal de empleados, y no permita que fuéra del doctor Caicedo otro empleado, aunque sea colombiano, despache o reciba aerogramas. Por todo esto no puede resolverse todavía si señor Pablo González puede admitirse. Al transmitir orden clausura Estación San Andrés comunique Usía que obra en representación del Gobierno nacional.

Servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Número 517.

Bogotá, 23 de noviembre de 1914.

Gobernador. — Cartagena.

Me refiero a su importante telegrama urgente número 215, fechado ayer. En cuanto a la cantidad de carbón que puede permitirse tomar a los buques beligerantes desprovistos, la República sigue la regla tradicional y ya practicada por Colombia de no consentir sino la cantidad necesaria para arribar al puerto extranjero próximo, aunque otra cosa permita la Conferencia de La Haya, a la cual no está obligada nuestra nación.

A fin de evitar que la especie de aerogramas interceptados pueda relacionarse con las estaciones de telégrafo inalámbrico que hay en el país, permítome repetirle que la Estación allí debe mantenerse cerrada hasta que regrese el censor oficial, pues este empleado es el único que puede recibir y transmitir despachos radiotelegráficos. Por lo tanto es también necesario excluir de dicha estación a todos los empleados alemanes.

Si llegare el caso de arribo de buques de guerra de las naciones beligerantes, no puede permitírseles el uso del inalámbrico ni permanecer por más de veinticuatro horas en aguas territoriales, ni recibir más carbón que la cantidad de que se habla en la primera parte de este telegrama.

Atento servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Número 518.

Bogotá, noviembre 21 de 1914.

Alcalde. — Turbo.

En guarda neutralidad República encarezco a usted y demás autoridades ese litoral se sirvan estrechar vigilancia para prevenir cualquier acto que pueda dar lugar a reclamaciones de alguna de las potencias beligerantes, todo de acuerdo con las Resoluciones de este Ministerio, que usted conoce. Sírvasse dar aviso inmediato a este Ministerio de cualquiera novedad que

ocurra al respecto en las costas de esa región. Si llegare el caso de arribo de buques de guerra de los beligerantes, ruégole tener en cuenta disposiciones sobre cantidad de carbón que pudran tomar los que vengan desprovistos de este artículo, tiempo que pueden permanecer en aguas territoriales, prohibición de usar aparatos telégrafo inalámbrico y demás a que aluden Resoluciones a que me refiero al principio.

Servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Número 520.

Bogotá, 25 de noviembre de 1914.

Gobernador. — Cartagena.

Refiérome su telegrama de ayer número 223. Los empleados alemanes deben ser excluidos de la Estación radiotelegráfica en virtud de la Resolución transmitida a Usía en telegrama urgente número 499, de fecha 14 de noviembre, y ratificada en el telegrama también urgente, número 517, de fecha 21 del mismo mes. Esta Resolución no es voluntaria, pues se funda en una práctica internacional, cual es la conducta de los Estados Unidos, que hacen lo mismo en estos momentos, y que constituyen autoridad de primer orden en estas materias. Como el Derecho Internacional forma parte de nuestra legislación, de acuerdo con obvios principios, su aplicación prevalece sobre disposiciones de cualquiera clase que pudieran parecer contrarias. Por consiguiente, las reglas relativas a nuestra neutralidad, motivadas por la justicia, y encaminadas a nuestra seguridad, deben aplicarse tranquilamente, a pesar de posibles reclamaciones, que si llegan, se considerarán conforme a derecho. Debe Usía, de acuerdo con el Inspector y Censor, reglamentar servicio en forma sumamente económica, suprimiendo empleados innecesarios y pagando un mediano sueldo por cuenta del Gobierno al Interventor, que debe llevar las cuentas. De este modo podrá la Empresa recibir todos o casi todos sus productos, aunque el Gobierno sabe que al hacerse cargo de estas erogaciones va más allá de su deber. El pago del Interventor se autorizará oportunamente, pero desde luego puede obrarse en ese concepto. Si la acción del Censor llegara a ser imposible por cualquiera causa, reaparecería también la imposibilidad de la censura, y entonces habría que cerrar la Estación, y se perderían sus productos. Tal como están las cosas los alemanes no experimentan más alteración que la de no habitar la Oficina.

Atento servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Número 523.

Bogotá, noviembre 28 de 1914.

Gobernador. — Cartagena.

Ahora telegráfico a Legación Colombia en Londres que alemanes están excluidos de inalámbrico Cartagena, y que aparato del Oscar fue traído a



Cartagena. El objeto de mi telegrama número 504 del diez y seis del mes en curso, en que decíale doctor Caicedo debía esperar instrucciones, era que Capitán *Gaunt* le acompañase a inspeccionar costas Urabá; probablemente laudable actividad ustedes hizo que mi telegrama llegara después. Facilite al Capitán *Gaunt* de algún modo viaje a Urabá, y desde luego infórmele que Ministerio así lo dispone. Sírvasse leerle este telegrama. Alemanes deben poder absolutamente excluidos de Estación. Debe reorganizarse servicio Oficina con suma economía, poniendo Contador Interventor pagado por Gobierno, a fin de entregar a Empresa Telefunken productos periódicamente. Gobierno confía su actividad y la agradece. Sírvasse contestar.

Atento servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

#### Cablegramas

Londres, 27 de noviembre de 1914.

Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Al contestar las interpelaciones que se han hecho en el Parlamento respecto de la pretendida violación de la neutralidad por Colombia, el Foreign Office ha declarado, fundándose en lo que le han informado la Legación británica en Bogotá y el Capitán *Gaunt*, que esa violación ha tenido lugar, refiriéndose especialmente a la Estación de Cartagena que dicen está bajo influencia alemana y al uso, por barcos alemanes surtos en puertos colombianos, de instalaciones inalámbricas ostensiblemente desmontadas pero que funcionan con sordina. He presentado nuevamente, y de manera formal al Foreign Office, sus telegramas del 18 y del 19 de los corrientes, llamándole la atención a los hechos conforme me los comunica Vuestra Excelencia, y pidiendo que se publique una aclaración basada en informes recientes para de esta manera desvanecer la impresión creada.

Legación de Colombia.

Bogotá, noviembre 28 de 1914.

Legación Colombia.—Londres.

Alemanes están excluidos de Estación radiotelegráfica Cartagena. Comisionado Gobierno fue a Urabá y recogió aparato inalámbrico del buque Oscar, cuyo paradero era desconocido. Dícese buque está abandonado, aparato inservible. Aparato está ya en Cartagena. Ofrecese a Capitán *Gaunt* transporte para ir inspeccionar costas Urabá. Vigilancia no puede ser más escrupulosa. Aquí Legación británica manifiéstase satisfecha, y dice no haber enviado cargo alguno reciente.

*Suárez,*

Ministro de Relaciones Exteriores.

Legación Británica. — Noviembre 21 de 1914.

Señor Ministro: .

Tengo el honor de transmitir a Su Excelencia, para consideración del Gobierno de Colombia, las siguientes disposiciones dictadas por el Gobierno del Brasil para el mantenimiento de su neutralidad en lo que se refiere al aprovisionamiento de los buques beligerantes:

(1) No se permitirá que barco alguno zarpe de puertos brasileños, a menos que el respectivo Agente Consular dé la seguridad de que el barco que zarpa se ocupa en negocios puramente comerciales, indicando al mismo tiempo su destino y puertos de arribo.

(2) Si llegare a comprobarse, por el camino recorrido o el tiempo transcurrido, que algún barco mercante que haya zarpado de un puerto brasileño o pueda zarpar en lo futuro, no procede como lo haya indicado el Agente Consular, las autoridades navales brasileñas detendrán el barco a su arribo siguiente a un puerto del Brasil, y lo considerarán como parte de las fuerzas navales del país a que pertenezca.

Parece que estas disposiciones restringen correctamente el aprovisionamiento de víveres o de carbón que puedan efectuar los buques de guerra alemanes en alta mar, por medio de buques mercantes y de otra clase. Debo pues inquirir si el Gobierno de Colombia adoptaría disposiciones semejantes con respecto a barcos sospechosos, cualquiera que sea su nacionalidad, y que:

- a) Al zarpar de un puerto, fuera del territorio colombiano, han indicado un punto de destino falso.
- b) O han descargado la totalidad o parte de su cargamento.
- c) O han excedido el tiempo normal de su viaje.

Tengo también el honor de informar, para conocimiento del Gobierno de Colombia, que las fortalezas del Brasil, y los barcos de guerra estacionados en los principales puertos, han recibido orden, desde hace algunos meses, de romper el fuego sobre cualquier barco beligerante que pretenda zarpar sin permiso. En vista de que el buque alemán *Luxor* partió de Coronel, sin permiso del Gobierno de Chile, para un destino desconocido y con 3.000 toneladas de carbón, me permito suplicar que se dicten disposiciones semejantes a las mencionadas, para los puertos colombianos.

Aprovecho esta ocasión, señor Ministro, para renovar a Su Excelencia la manifestación de mi consideración más distinguida.

*H. E. Bowle.*

Al Excelentísimo señor don *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores.

República de Colombia. — Ministerio de Relaciones Exteriores. —

Bogotá, 27 de noviembre de 1914.

Señor Encargado de Negocios:

Tengo el honor de contestar la atenta nota del día 21 del presente, en que Su Señoría se sirve referirse a ciertas providencias tomadas por el

Gobierno del Brasil para asegurar su neutralidad respecto del despacho de buques que salgan de puertos brasileños y que puedan proveer de víveres o carbón a buques beligerantes. También se refiere Su Señoría a las disposiciones del mismo Gobierno relativas a buques beligerantes que pretendan zarpar de puertos del Brasil sin el permiso correspondiente. Su Señoría se sirve igualmente inquirir si el Gobierno colombiano estaría dispuesto a adoptar disposiciones semejantes a las de la primera clase enunciada; y ruega al Gobierno de la República dicte providencias análogas a las de la segunda clase de aquellas que han sido adoptadas por el Gobierno del Brasil.

Implicando probablemente las disposiciones del Gobierno brasileño modificaciones a los usos y reglas internacionales observadas hasta hoy, cree mi Gobierno que para abrazar tales modificaciones en la medida de su propia posibilidad oficial, y en el concepto de la equidad y conveniencia de ellas, tendría que esperar que las modificaciones dichas estuviesen completamente autorizadas. Para esto sería necesario que fuesen adoptadas a lo menos por las demás naciones americanas y particularmente por el Gobierno de los Estados Unidos, que en todas ocasiones ha sido, y en la presente ocasión es, por obvios motivos, autoridad decisiva en estas materias.

El punto referente a la condición de los víveres, como contrabando de guerra, que hasta ahora se han considerado como artículo inocente y que hoy parece que tratan de considerarse como contrabando accidental, es capítulo que Colombia no puede resolver por sí sola, sino después de que él sea ventilado con tal copia de luz y autoridad, que resulte acerca de ese capítulo establecida una doctrina terminante.

El punto referente el carbón, aun cuando puede tenerse por resuelto en cuanto a la provisión directa de los barcos de guerra, carece en nuestros puertos de importancia y utilidad práctica, por cuanto las hulleras de Colombia no están todavía suficientemente explotadas para proveer al comercio exterior.

En cuanto a las órdenes dadas por el Gobierno del Brasil para emplear sus fortalezas y la fuerza de su marina oficial contra los buques beligerantes que zarpen de sus puertos sin permiso, órdenes análogas serían hoy impracticables en Colombia, aun en el supuesto de que la República siguiese teóricamente la correspondiente doctrina.

Por estas reflexiones, y siguiendo instrucciones del Presidente de la República, tengo el honor de resumir mi respuesta a la importante nota de Su Señoría, manifestándole que esta nota servirá de base de estudio y de informes a este Ministerio por el tiempo que sea menester para que mi Gobierno pueda adoptar las resoluciones que correspondan a aquellos delicados puntos.

Reitero a Su Señoría con este motivo las seguridades de mi consideración distinguida.

*Marco Fidel Suárez.*

Al honorable señor *H. E. Bowle*, Encargado de Negocios ad interim de la Gran Bretaña, etc. etc. etc.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Urgentísimo. — Número 524.

Bogotá, noviembre 28 de 1914.

Gobernador. — Cartagena.

En cablegrama recibido de Legación colombiana en Londres, dícese que Legación inglesa en Bogotá y Capitán *Gaunt* han informado al Foreign Office que Colombia sí ha violado neutralidad por cuanto inalámbricos de buques alemanes, aunque aparentemente paralizados, funcionan con sordina. Jamás la Legación inglesa ni el Capitán referido han hablado a este Ministerio de tal peligro.

Encarezco a usted hacer practicar un examen por el Censor oficial, y si resultare que efectivamente puede suceder que con el empleo de sordinas se burlen las providencias del Gobierno, provea inmediatamente lo que convenga para imposibilitar el uso del inalámbrico en los buques alemanes. El mismo cargo de usar sordinas parece hacerse a inalámbrico de Estación.

Atento servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Ministerio de Relaciones. — Urgentísimo. — Número 525.

Bogotá, noviembre 30 de 1914.

Gobernador. — Cartagena.

En Parlamento inglés dicho Gobierno declaró que Colombia ha violado neutralidad, fundándose en que Estación está bajo influencias alemanas y en que aparatos inalámbricos de buques alemanes surtos en aguas colombianas trabajan con sordina. Las influencias alemanas son imposibles desde que empleados alemanes fueron excluidos según Resolución varias veces comunicada a esa Gobernación. Lo de las sordinas es asunto de que nunca ha hablado a este Ministerio la Legación británica; es un cargo de que no podía tenerse la más remota idea. En cuanto exclusión alemanes, sírvase observar instrucciones y providencias anteriores. En cuanto a sordinas, sírvase averiguar si el cargo es exacto o probable, y ponga remedio de acuerdo con Inspector y Censor. Sírvase averiguar con Capitán *Gaunt* si desea hacer viaje inspección al golfo de Urabá; facilítele el viaje si lo desea, y si es necesario un guardacosta, avise para obtener del Ministerio de Hacienda la orden; explíquelo al Capitán que telegrama 504 del diez y seis del mes en curso no surtió efectos por la actividad que empleó el doctor Caicedo Abadía en ir a recoger el inalámbrico del Oscar y en traerlo a Cartagena. Ahora dirijo por el cable Circular a Legaciones y Consulados informando que alemanes están excluidos de Estación, y que la queja referente a sordinas era desconocida del Gobierno. La materia exige mucha presteza.

Sírvase contestar.

• Atento servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

Gobernación. — Urgentísimo. — Número 248.

Cartagena, 28 de noviembre de 1914.

Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Hoy a la 1. p. m. acabo recibir vuestro telegrama 523. Esta mañana tuve una larga conferencia con Capitán *Gaunt* y señor *Stevenson*, Vicecónsul inglés. Tuve ocasión excusar a Vuestra Señoría al informarme Capitán *Gaunt* que había emprendido viaje con propósito visitar región Urabá acompañado doctor Caicedo; díjele habíame apresurado enviarle por inalámbrico Oscar, considerando asunto ero urgentísimo. He mandádolo buscar para ofrecerle uno de los dos guardacostas que hay en puerto, por si quisiere visitar siempre la región de Urabá. Estación está clausurada, Oficina sellada todavía, por no haberse terminado composición motor. Tengo dictada Resolución separando empleados alemanes (uno es austriaco) para notificarlo, darle cumplimiento en seguida comuníquese está compuesto motor listo funcionar Estación. Apertura de ésta coincidirá con separación empleados alemanes, mejor dicho, llevaránla a cabo doctor Caicedo y empleados colombianos. Probablemente será mañana.

Gobernador,

*Ramón Rodríguez Diago.*

Gobernación. — Urgente. — Número 249. — Cartagena, noviembre 29 de 1914.

Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Acuso recibo vuestro telegrama 524 de ayer. En la conferencia tuve anteayer con Capitán *Gaunt*, manifesté que doctor Caicedo Abadía había visitado el día 23 presente mes los dos vapores alemanes que tienen aparatos inalámbricos y habíalos encontrado exactamente en el mismo estado en que los dejó, y Capitán exprésame más mínimo temor o suposición puedan alemanes haber hecho funcionar aparatos vapores y el de Estación, sirviéndose sordinas. Según expone doctor Caicedo, la sordina sirva única y exclusivamente para apagar ruido que hace el aparato inalámbrica al funcionar, como hácese también respecto automóviles, lanchas gasolinas; su papel es de silenciador, pero claro es que si aparato no puede funcionar por faltarle piezas importantes y por estar sellada la Oficina donde se recibe y se transmite, menos puede funcionar la sordina. Crea, Señoría, que aparatos de los vapores alemanes anclados este puerto no han funcionado desde que está aquí doctor Caicedo Abadía, aunque otra cosa háyase supuesto o afirmado, y que el de Estación inalámbrica ha sido vigilado siempre por experto.

Gobernador,

*Ramón Rodríguez Diago.*

#### Cablegrama Circular

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, noviembre 30 de 1914.

Ministro Colombia. — Londres.

Nuevos cargos Parlamento inglés contra nuestra neutralidad absolutamente infundados. Alemanes hace tiempo excluidos Estación radiotelegráfica

Cartagena. Censura oficial no puede ser más escrupulosa. Legación británica nunca ha hablado de sordinas. Averiguase y atenderáse hecho, si resulta. Correo llevará correspondencia publicada. Informe Legaciones Consulados Europa. Exteriores.

Nota. — Este cablegrama fue dirigido a todos los Agentes Diplomáticos y Consulares de la República.

República de Colombia. — Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, 28 de noviembre de 1914.

Señor Encargado de Negocios:

Tengo el honor de transcribir a Vuestra Señoría el siguiente cablegrama que este Ministerio ha recibido hoy de la Legación colombiana en Londres :

Londres, 27 noviembre 1914.

Ministro Relaciones. — Bogotá.

„Al contestar las interpelaciones que se han hecho en el Parlamento respecto de la pretendida violación de la neutralidad por Colombia, el Foreign Office ha declarado, fundándose en lo que le han informado la Legación británica en Bogotá y el Capitán *Gaunt*, que esa violación ha tenido lugar, refiriéndose especialmente a la Estación de Cartagena, que dicen está bajo influencia alemana y al uso, por barcos alemanes surtos en puertos colombianos, de estaciones inalámbricas ostensiblemente desmontadas, pero que funcionan con sordinas.“

Es notorio que en el curso de este negocio de neutralidad colombiana Vuestra Señoría ha presentado sucesivas solicitudes, las cuales han sido consideradas y resueltas por este Ministerio de acuerdo con los varios derechos que debe atender la República en su carácter de Estado neutral. El estudio de esas solicitudes se ha hecho a medida que ellas han sido presentadas, procurando fundar las resoluciones en los más autorizados ejemplos que la materia ofrece y con la reflexión que requieren puntos que por su novedad apenas van formando ahora una regla o doctrina. Pero en todo caso a Vuestra Señoría le consta que mi Gobierno ha considerado las representaciones de Vuestra Señoría (de un modo favorable en casi todos los casos) en el orden y oportunidad que esa honorable Legación las ha ido formulando.

Pero en cuanto al uso de sordinas en la Estación de Cartagena o en los aparatos de buques alemanes surtos en puertos de Colombia, la primera vez que llega esa aserción a noticia de mi Gobierno es ahora, en el cablegrama de la Legación colombiana en Londres que queda transcrito. Nunca he tenido el honor de recibir de Vuestra Señoría la menor advertencia o reclamación en el particular.

Cree el Ministerio, por la convicción que tiene de su correcto proceder y por declaraciones explícitas que en estos días he escuchado a Vuestra Señoría, que la honorable Legación británica está satisfecha de las providencias dictadas por el Gobierno colombiano en punto de comunicaciones

radiotelegráficas. Por eso mismo no comprendo el grave, solemne y ruidoso cargo, emanado del Gobierno de Vuestra Señoría y referido en el cablograma transcrito.

Ruego pues a Vuestra Señoría se digne informarme sobre el origen de ese cargo, que ha sorprendido al Gobierno de Colombia y que lo obliga a una rectificación dirigida a todas partes. Ruégole asimismo se sirva decirme lo que haya de exacto o probable en el empleo de sordinas en las Estaciones inalámbricas, cosa que ya he puesto en noticia del señor Gobernador de Cartagena aun antes de esclarecerse el punto. Y suplico también a Vuestra Señoría que, si le es posible, obtenga de su Gobierno que los informes del Capitán *Gaunt* se incluyan en las gestiones directas entre la Legación británica en Bogotá y este Ministerio, o bien entre la Legación colombiana en Londres y el Foreign Office. Así la República podría atender más oportunamente a la defensa o esclarecimiento de cargos emanados de un gobierno con el cual sus relaciones son de las más antiguas y esmeradamente cultivadas.

Acepte Vuestra Señoría las reiteradas expresiones de mi consideración distinguida.

*Marco Fidel Suárez.*

Al honorable señor *H. E. Bowle*, Encargado de Negocios da interim de la Gran Bretaña, etc. etc. etc.

Ofical. — Número 258. — Urgentísimo. — Cartagena, 30 de noviembre de 1914.  
Ministerio Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Acuso recibo vuestro telegrama de hoy. Esta mañana volvi hablar con Capitán *Gaunt*, y manifestóme que cuestión sordina comunicóla por referencias, antes de que doctor Caicedo Abadía hubiera visitado vapores alemanes anclados puerto y retirado más piezas de los aparatos inalámbricos. Díjome no entiende él la telegrafía inalámbrica cuando explíquéle cuál es el papel de la sordina y que atúvose a reportaje diéronle.

Gobernador,

*Ramón Rodríguez Diago.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Telégrama urgentísimo. —  
Bogotá, diciembre 2 de 1914.  
Gobernador. — Cartagena.

Conviene despachar nueva comisión compuesta doctor Caicedo Abadía y un empleado respetable, que inspeccione nuevamente costa Urabá, a fin de que Gobierno se cerciore absolutamente de lo que haya en esos lugares respecto nuestra neutralidad. Expedición debe ir en buque seguro y en buen estado. Por cortesía puede permitirse al Capitán *Gaunt* ir en el buque sin efectuar operación alguna militar, como simple testigo de la inspección, sin desembarcar en buques alemanes que puedan estar en esas aguas, ni obrar en ningún sentido favorable u hostil a cualquiera de los beligerantes.

Servidor,

*Marco Fidel Suárez.*

## Memorandum.

Deseoso el Ministerio de Relaciones Exteriores de la República de superabundar en providencias dirigidas a garantizar del modo más absoluto la neutralidad de la República respecto del uso de la Estación del telégrafo inalámbrico perteneciente a súbditos alemanes en Cartagena, ha dictado sobre el particular una nueva medida.

Ella consiste en disponer que el señor Gobernador de Bolívar obtenga, a costa de la República y en breve plazo, un técnico neutral en materia de radiotelegrafía, de los que trabajan en la zona del Canal de Panamá. El técnico contratado deberá venir a Cartagena a examinar la Estación sin causar molestia a sus dueños. El examen versará sobre la posibilidad o imposibilidad de usar subrepticamente de la Estación después de que ella se halla cerrada desde diciembre próximo pasado. Deberá bajo juramento rendir un informe muy terminante y analítico. El resumen del informe será la solución de estas dos cuestiones: 1.<sup>a</sup> Es posible o imposible que la Estación, cerrada como está, use del telégrafo de un modo oculto? 2.<sup>a</sup> Si esto es posible, qué medidas hay que practicar todavía para imposibilitar en absoluto el uso del inalámbrico?

Una vez que se obtenga este informe, dado por un experto neutral muy competente en forma de juramento, es claro que la República habrá hecho más de lo necesario para estar segura de su neutralidad, y es claro también que las naciones beligerantes no podrán en modo alguno dudar de aquella neutralidad.

Esta medida, según se dijo arriba, es superabundante; esta medida constituye un acto de extrema vigilancia por muchas razones.

1.<sup>a</sup> Porque una vez que la Legación alemana salió en cierto modo garante de la clausura de la Estación en diciembre último, es moralmente imposible el abuso del telégrafo, pues eso implicaría para la Legación un cargo increíble.

2.<sup>a</sup> Porque al cerrarse la Estación, el técnico oficial pagado por el Gobierno, y persona competente y honorable, dispuso e hizo llevar a término varias medidas tendientes a imposibilitar las comunicaciones.

3.<sup>a</sup> Porque en ausencia del técnico oficial el señor Gobernador de Cartagena, por disposición del Ministerio de Relaciones Exteriores, y aun oyendo al señor Cónsul inglés en Barranquilla, hizo bajar las antenas y sellar las torres del inalámbrico.

4.<sup>a</sup> Porque al regreso del señor Caicedo Abadía, técnico oficial, éste examinó nuevamente la Estación y halló y declaró que la comunicación es absolutamente imposible y que la República ha garantizado del modo más absoluto y satisfactorio su neutralidad.

5.<sup>a</sup> Porque el Gobierno colombiano ha extremado su esmero en la materia\* hasta el punto de inutilizar temporalmente su propio telégrafo inalámbrico de San Andrés y Providencia, el cual fue plantado en ese Archipiélago por su cuenta y con grandes gastos. Como las últimas solicitudes



de Inglaterra y Francia respecto de nuevas órdenes referentes al telégrafo inalámbrico de Cartagena tuvieron por origen el haberse interceptado un telegrama (naturalmente inocente) en aquellas regiones del mar Caribe, despacho que es casi seguro procedía del Telefunken del Gobierno colombiano, usado de una manera lícita, por eso y para evitar nuevas sospechas y dificultades, se ha dispuesto cerrar la estación de Providencia. No puede haber prueba más definitiva, no sólo del cumplimiento de la neutralidad, sino de un escrúpulo nimio y aun excesivo en la materia.

La nimiedad y exagerado escrúpulo del Gobierno de la República en este negocio no procede de duda alguna que él abrigue sobre el cumplimiento de sus propios deberes. Procede, de un modo accidental, de la necesidad en que se halla de defender su propio crédito y de evitar la intranquilidad pública que pudiera resultar de quejas demasiado graves que, difundidas por el mundo entero a causa de la grandeza y suma importancia del conflicto internacional actual, podrían serle extraordinariamente perjudiciales.

Una vez que se cumpla la última medida, esto es, el examen y dictamen del experto neutral traído de la zona del Canal, el Gobierno condensará en una nueva resolución la materia relacionada con la estación radiotelegráfica de Cartagena, para poner en salvo su extremado celo por la neutralidad, para dar superabundantes seguridades de ella a algunos beligerantes, y para garantizar la tranquilidad, derechos actuales y posibles derechos de súbditos de otro beligerante, es decir, de los dueños de la Estación de Cartagena.

Las notas pendientes que la honorable Legación Británica ha dirigido sobre estos puntos al Ministerio serán oportunamente correspondidas. Sirva este memorándum para explicar a la honorable Legación el tiempo que la respuesta exige para formularse.

Bogotá, 27 de abril de 1915.

#### Resolucion

que adiciona las relativas a Estaciones radiotelegráficas puestas en territorio colombiano.

El Ministerio de Relaciones Exteriores,

Considerando:

1.<sup>o</sup> Que en territorio colombiano hay establecidas actualmente: una Estación de telégrafo inalámbrico, situada en Cartagena y perteneciente a una Compañía alemana; una Estación en San Andrés de Providencia, contratada por el Gobierno con una Compañía alemana y recibida ya por las autoridades respectivas; y una Estación en Santamarta, de propiedad de una Compañía de los Estados Unidos;

2.<sup>o</sup> Que la Estación de Cartagena fue cerrada espontáneamente por sus propietarios y poseedores desde principios de diciembre de 1915, según nota oficial de la Honorable Legación del Imperio alemán en esta ciudad, de fecha 5 de dicho mes;

3.<sup>o</sup> Que la Estacion de San Andrés, aunque de propiedad del Gobierno colombiano, que la tiene ya recibida, no se ha puesto en uso constante y permanece cerrada por orden del Ministerio de Gobierno, en atención a la imposibilidad actual de hallar un experto neutral que pueda atender a este servicio de un modo permanente;

4.<sup>o</sup> Que la Estación de Santamarta está hoy en actividad y presta servicio al comercio y al público, de acuerdo con sus derechos y reglamentos;

5.<sup>o</sup> Que en los puertos colombianos del Atlántico ha habido y hay actualmente buques mercantes de nacionalidad beligerante cuyos aparatos radiotelegráficos están fuera de servicio en virtud de órdenes de las autoridades de la República;

6.<sup>o</sup> Que la Estación de Cartagena desde que se cerró ha quedado imposibilitada materialmente para trabajar, en fuerza de las providencias adoptadas para impedir su uso, e imposibilitada moralmente para el mismo uso, a causa de la espontánea declaración de Su Excelencia el Ministro alemán en Bogotá;

7.<sup>o</sup> Que, no obstante aquellas medidas iniciales y otras tomadas posteriormente, por ejemplo las relativas a las antenas de los aparatos, las cuales fueron bajadas para aislarlos por completo, el Gobierno ha prometido a las Legaciones más interesadas en este asunto superabundar en precauciones defensivas de su neutralidad, a fin de asegurar hasta lo sumo posible los derechos de los beligerantes y sus propios deberes y derechos;

8.<sup>o</sup> Que a este fin, además de la constante vigilancia ejercida por las autoridades de Cartagena y por el experto oficial que representa al Gobierno en este ramo, conforme al contrato de 17 de septiembre de 1914, la referida Estación ha sido estudiada y su estado calificado por dos técnicos extranjeros neutrales, el uno experto radiotelegráfico del buque Carrillo, y el otro experto también del buque Santamarta, ambos de nacionalidad anglo-americana, quienes han declarado que el uso de la Estación de Cartagena está completamente impedido y absolutamente imposibilitado, y

9.<sup>o</sup> Que además de las declaraciones de su propio comisario técnico y de las declaraciones de los expertos extranjeros neutrales dichos, el Gobierno ha procurado conseguir en los Estados Unidos, con el exclusivo fin de alcanzar todavía una nueva calificación del asunto, un experto costeadado por la República, sin que haya sido posible obtener sino un perito de nacionalidad austriaca, evidentemente contraindicado para aquella comisión,

Se resuelve:

I. La Estación del telégrafo inalámbrico de Cartagena continuará sometida a las providencias que hasta ahora se han adoptado para impedir su uso, bajo la inspección y vigilancia del experto oficial colombiano y de las autoridades políticas locales. Si estas autoridades, de acuerdo con tal experto, negaren a considerar necesarias nuevas órdenes o providencias para asegurar todavía más la neutralidad de la República, las dictarán por sí mismos en los casos urgentes y consultarán a este Ministerio en los ordi-

narios. No será turbado el domicilio de los empleados alemanes que antes servían en la Estación, aunque este domicilio quede vecino al local de los aparatos radiotelegráficos, con tal que el uso de éstos continúe absolutamente imposible.

II. La Estación de San Andrés permanecerá cerrada por el tiempo y en la forma que disponga el respectivo Ministerio.

III. La Estación de Santamarta podrá continuar usando de sus derechos, sometida siempre a la autoridades departamentales y nacionales; pero no podrá tener a su servicio a individuos que sean de la nacionalidad de algún beligerante.

IV. Los buques pertenecientes a Estados beligerantes y que se hallen en aguas colombianas, continuarán sometidos a la vigilancia e inspección de las autoridades de La República y sus aparatos permanecerán inhabilitados y paralizados del modo que se crea eficaz; y si se juzgare necesario, serán transportados a tierra total o parcialmente, según se considere preciso.

Comuníquese a las honorables Legaciones de los Estados Unidos, la Gran Bretaña, el Imperio Alemán y la República Francesa en esta ciudad; y transmitase por correo a los señores Gobernadores de Bolívar, del Atlántico y del Magdalena.

Publíquese en el Diario Oficial.

Dada en Bogotá, a 14 de julio de 1915.

Por Su Excelencia el Presidente de la República, el Ministro,

*Marco Fidel Suárez.*

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Londres, abril 8 de 1915.

Señor doctor don Ignacio Gutiérrez Ponce, etc. etc. etc.

Señor:

En varias ocasiones ha manifestado usted a este Despacho el sentimiento del Gobierno colombiano porque existiera desconfianza de la lealtad con que Colombia se ha esforzado en cumplir con las obligaciones de su neutralidad en la guerra presente. Ha expresado usted en particular la inquietud de su Gobierno por haberse dado pretexto a tal desconfianza con la nota que el Embajador de Su Majestad en Washington dirigió al Gobierno de los Estados Unidos el día 7 de noviembre último, y con la declaración hecha en el Parlamento en 25 de noviembre para explicar las circunstancias que dieron lugar a dicha nota.

Tengo el placer de pedir a usted que transmita a su Gobierno la seguridad de los sentimientos amistosos de que el Gobierno de Su Majestad continúa, como lo ha estado siempre, animado hacia Colombia. Por los informes que ahora ha recibido de la Legación de Su Majestad en Bogotá, queda satisfecho de que el Gobierno colombiano ha tenido en toda ocasión el genuino deseo de observar estrictamente sus obligaciones como potencia neutral en la actual guerra, y de buen grado reconoce que las medidas que al presente se han tomado en la República para inspeccionar el uso de los telégrafos in-

alámbricos, suministrarán, si fueren efectivas y firmemente seguidas, una garantía adecuada de que los intereses de este país no sufrirán por causa de cualquier abuso de tales medios de comunicación con el intento de ayudar al enemigo.

Tengo el honor de ser, señor, con las más alta consideración, su muy obediente y humilde servidor,

Por sir *Edward Grey*,

*W. Langley.*

**Telégrama-circular. — Urgente. — Bogotá, julio 28 de 1915**  
Gobernadores de Barranquilla, Cartagena, Santamarta, Prefecto de Turbo.

Se dice que en aguas de la Costa atlántica hay submarinos alemanes y que buques ingleses se han presentado en actitud de perseguirlos. Sirvanse obtener con la mayor actividad informes sobre la realidad de estas afirmaciones y comunicar a las autoridades de los puertos, bahías y demás sitios que ejerzan especial vigilancia para impedir in aguas colombianas cualquiera acción bélica y cualquier acto que pueda considerarse relacionado con acciones de esa especie, a fin de evitar violaciones de la neutralidad colombiana y de la soberanía del territorio. Si lo consideran necesario y si fuere posible, despachen en condiciones de mucha rapidez comisionados que recorran la costa de su dependencia e informen inmediatamente sobre todo lo que ocurra y sobre cualquier peligro.

Atento servidor.

*Marco Fidel Suárez.*

**Telégrama. — Urgente. — Barranquilla, 29 de julio de 1915.**

Ministro Exteriores. — Bogotá.

Honor avisar recibo suyo 638 de ayer. No se ha tenido conocimiento haya submarinos alemanes Costa atlántica; dicenme hay algunos en costa Colón, pero americanos. Vapor guerra inglés Melbourne estuvo Puerto Colombia pocas horas tarde veinticinco corrientes. Zarpó dirección Noroeste. Cumpliránse instrucciones telegrama contesto.

Servidor,

*Teodosio Goenaga.*

**Cartagena, 29 de julio de 1915.**

Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Jefe Resguardo Turbo comunicame que empleados lancha gasolina alemana no manifestaron objeto excursión, que no se les vió practicar sondeaje y que él impidióles continuar viaje mientras no recibiera órdenes terminantes de ese Ministerio. Que por motivo de esta orden regresaron a Colón.

• Servidor,

*J. A. Calvo.*

**Nr. 1685. Columbianische Mitteilung betr. chilenische Verordnung für Schiffe Kriegführender, die in chilenischen Häfen Kohlen einnehmen.**

(Col. Gb. II S. 28.)

Comunicación de un decreto relativo a carbón.

La Legación de la República de Chile en Bogotá se sirvió comunicar al Ministerio un decreto expedido el año pasado por su Gobierno, conforme al cual toda nave de bandera beligerante que tome carbón en puertos chilenos ha de constituir una fianza de 5000 libras esterlinas para asegurar el deber de dirigirse a un puerto de su Nación y de esta manera garantizar que el artículo no ha de aplicarse a un fin antineutral. Este acto modifica, de acuerdo con las prácticas más recientes, las que antes prevalecían acerca del destino de los buques que adquirirían carbón en puertos neutrales, fin o destino que antes no era el término del viaje, sino un puerto más cercano. La misma disposición, emanada de un Gobierno que ha sobresalido siempre por la sabiduría de sus resoluciones sobre puntos<sup>9</sup> jurídicos de esta especie, pone de manifiesto la contradicción en que talvez inciden actualmente otras grandes autoridades al permitir el libre despacho de armamentos en sus puertos sin restricción alguna, al mismo tiempo que un artículo como el carbón, contrabando de guerra también, pero mucho menos caracterizado que las municiones y armamentos, tiene que ser sometido, y lo es, a justas restricciones.

**Nr. 1686. Bericht über Aufhaltung von für Columbien bestimmten Waren.**

(Col. Gb. II S. 141.)

Despacho de mercancías para Colombia.

Las hostilidades en el mar no sólo han expuesto a ser apresadas las mercancías exportadas de Colombia y las destinadas a puertos colombianos cuando el embarque se ha efectuado en buques de nacionalidad beligerante, sino que las ha estancado en Inglaterra y en Holanda cuando el despacho procede de Alemania. El Gobierno británico fijó una fecha perentoria para permitir el despacho de aquellas que se han hallado en el Reino Unido después del comienzo de la guerra. En cuanto a las que han estado detenidas en los Países Bajos, los respectivos Gobiernos de los comerciantes interesados han gestionado en favor de su libertad, obteniendo el despacho algunas veces, pero tras largas demoras y complicadas comprobaciones. Nuestra Legación ha aplicado a estos casos su celo e inteligencia, alcanzando, por ejemplo, del Gobierno inglés el permiso del embarque de la maquinaria del doctor *Paulo Pinzón*, a que ya me referí; pero no ha sido posible obtener igual licencia en favor de una mercancía para los señores Gandolfo y Compañía, de Santander, por haber expirado el plazo correspondiente cuando los dueños de la de la carga iniciaron su acción. Las gestiones del señor doctor *Gutiérrez Ponce* en obsequio de las mercancías destinadas a Colombia y detenidas en

Holanda, han sido constantes y repetidas, según se deduce de sus notas de 6 y 28 de diciembre de 1915 y de 15 y 16 de febrero, 6 y 11 de marzo, 21 de abril y 8 de mayo de 1916.

También ha hecho especiales diligencias la Legación en favor de la libertad de un equipaje detenido en Jamaica y perteneciente al señor doctor *Avelino Manotas*, quien habiendo llegado de tránsito al puerto de Kingston y no estimando por eso necesario llenar las formalidades ordinarias en la aduana, ha quedado privado de aquel valor, aunque se han hecho repetidos esfuerzos para obtener la entrega del equipaje. La causa que lo ha estorbado ha sido el haber el doctor *Manotas* iniciado una acción ordinaria contra las autoridades de la Isla, circunstancia que impide, en concepto del Gobierno británico, la entrega en otra forma que no sea la que resulte de una sentencia judicial.

**Nr. 1687. Bericht über die Tätigkeit des die deutsche  
Funkstation in Cartagena kontrollierenden Sachver-  
ständigen der Vereinigten Staaten von Amerika.**

(Col. Gb. II S. 143.)

**Neutralidad colombiana en materia de comunicaciones  
radiotelegráficas.**

En otros lugares de este Informe he tenido el honor de exponeros el curso que en los últimos meses han seguido los asuntos relacionados con estaciones de telégrafos sin hilos colocados en territorio de la República. La atención y solicitud reclamadas por estas materias han sido constantes y puede decirse que han alcanzado el sumo posible, mediante el empleo no sólo de interventores colombianos sino de expertos neutrales, y finalmente de un técnico oficial franquizado al Gobierno de Colombia por el de los Estados Unidos de América. Este técnico, después de examinar el telégrafo inalámbrico de una sociedad alemana en la ciudad de Cartagena, informó terminantemente al Gobierno que en aquella estación es imposible, mientras subsistan las circunstancias actuales, toda comunicación clandestina capaz de quebrantar la neutralidad respecto de la actual guerra de Europa. Una vez comunicado este informe a la honorable Legación de la Gran Bretaña en Bogotá, se ha llegado a la conclusión definitiva de este negocio como lo manifiesta la siguiente nota:

Legación Británica. — Bogotá, marzo 24 de 1916.

Señor Ministro:

Tengo el honor de manifestar mi agradecimiento a S. E. por su atenta nota de 20 de los corrientes, con la cual me envía un informe referente a la actitud tomada por el Gobierno de Colombia a fin de dar eficacia a las medidas previamente adoptadas por el Gobierno para impedir que se hiciera uso de la estación inalámbrica de Cartagena.

Como lo sabe S. E., he informado a mi Gobierno acerca de la investigación efectuada por el Teniente Raguet, de la marina americana.

El informe a que arriba hago referencia resulta plenamente satisfactorio. Tengo orden del Secretario General de Su Majestad Británica para las Relaciones Exteriores de manifestar a S. E. que el Gobierno de Su Majestad aprecia la manera como el Gobierno de Colombia hizo que se llevara a cabo esa investigación, cuyos resultados han sido absolutamente satisfactorios.

*Percy C. Whindam.*

Al Excelentísimo señor don *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores.

**Nr. 1688. Bericht betr. Kontrollierung der Neutralität des radiotelegraphischen Dienstes durch einen Sachverständigen der Entente.**

(Col. Gb. II S. 45.)

Informe sobre la neutralidad de estaciones radiotelegráficas.

En el informe de 1915 tuve el honor de daros cuenta de los actos y gestiones que hubo de causar en este Ministerio el deber de vigilar las estaciones de telégrafos inalámbricos en la Costa atlántica. Una vez establecida esa vigilancia y la censura del despacho de telegramas, con la intervención de un experto comisionado por el Gobierno, y una vez excluido del servicio de las estaciones todo el personal que no fuese enteramente neutral, pareció que toda dificultad había desaparecido y que no se presentarían nuevas demandas por los representantes diplomáticos de las naciones beligerantes. Con todo, subsistieron dudas respecto de la eficacia de las providencias tomadas por el Gobierno, y continuó manifestándose el peligro de que a pesar de la activa vigilancia desplegada por el experto oficial, pudieran continuar funcionando dichas estaciones de un modo incompatible con la neutralidad territorial de la República.

Suprimido el servicio de las oficinas prestado por individuos de una nación beligerante y encomendado ese servicio exclusivamente al Inspector interventor, los aparatos telegráficos fueron dispuestos de tal manera que toda comunicación clandestina se consideró imposible, según lo declararon peritos de nacionalidad neutral al servicio de buques de los Estados Unidos. Pero todavía, con el fin de garantizar hasta lo sumo posible la neutralidad de las estaciones y de evitar el uso clandestino de los aparatos, se consiguió que el Gobierno de los Estados Unidos franqueara al de Colombia uno de sus técnicos oficiales en radiotelegrafía, a fin de que trasladándose a Cartagena, examinara y calificara el estado de la estación telegráfica inalámbrica que tiene en esa ciudad una Compañía alemana. El experto señor *N. Raguet* vino en efecto a nuestra Costa atlántica y examinó minuciosamente el estado del telégrafo inalámbrico, después de que el Interventor colombiano lo aisló y sometió a otras precauciones a fin de evitar el uso clandestino de los aparatos. El señor Raguet declaró, en conclusión de su examen, que aquellas precauciones garantizaban completamente la neutralidad de Colombia por el

hecho de imposibilitar en absoluto toda comunicación subrepticia en el despacho y recibo de telegramas aéreos.

El Comisario angloamericano consideró al principio que el resultado de su comisión debía ser un informe dirigido exclusivamente a su Gobierno por suponer el señor Raguet que él obraba en representación de éste y no del Gobierno de Colombia; pero después de que el punto se aclaró, el Gobierno de la República recibió el informe oficial, que conocía ya privadamente y que puesto en conocimiento de las Legaciones de la Gran Bretaña y de Francia, puso término al negocio referente a la neutralidad de la República en la actual guerra europea respecto de la comunicación radiotelegráfica en territorio colombiano.

**Nr. 1689. Bericht über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten von Amerika zu der Frage der Behandlung bewaffneter Handelsschiffe.**

(Col. Gb. II S. 49.)

Condición de buques mercantes armados.

La guerra europea, por su enorme extensión e intensidad y por lo nuevo de muchas de sus prácticas respecto del comercio y la navegación, ha dado a ciertas naves un carácter dudoso por lo pronto, por cuanto su aplicación al comercio parece caracterizarlas como mercantes, en tanto que el hecho de llevar armamento propio pudiera hacerlas considerar como buques de guerra. De esta duda resultan naturalmente vacilaciones acerca del tratamiento que debían recibir esos navíos en los puertos neutrales, siendo obvio que no pueden ser unos mismos el tiempo de la estadía y las demás condiciones para uno u otros buques, si en definitiva es considerado como mercante o como oficial. Con el propósito de que la República se hallara preparada para resolver los casos que pudieran presentarse a este respecto, y atendiendo a la autoridad de primer orden que en estas materias tienen las prácticas de los Estados Unidos, se encargó a la Legación en Washington que inquiriesese cerca de ese Gobierno cuál sería su norma para resolver las cuestiones de tal especie. La consulta de la Legación no fue resuelta con la exposición de ningún criterio general sino con la respuesta que dio el Gobierno de Washington de que él se reservaba definir cada caso según sus especiales caracteres y procurando que las pruebas tendieran a la determinación clara de la condición defensiva u ofensiva del armamento colocado en el buque mercante, de la cual se puede deducir si el buque es o no de guerra.

**Nr. 1690. Bericht über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten von Amerika zu der Frage des Ankaufes von Schiffen einer kriegführenden Macht durch Neutrale.**

(Col. Gb. II S. 50.)

Sobre la compra de buques de nacionalidad beligerante.

Habiéndose ofrecido en venta al Gobierno el buque mercante alemán Oscar, perteneciente a una Compañía alemana que llevó el nombre de Con-



sorcio Albingia, y asilado en aguas de Turbo desde el principio de la guerra, hubo de estudiarse la licitud de dicha operación con respecto a la neutralidad colombiana. En este aspecto la cuestión equivale a preguntar si un Estado neutro puede comprar una nave que, dada su situación y las circunstancias de la guerra, es apresable por los beligerantes o puede quedar inutilizada a causa de la quietud del asilo.

El caso parece que está previsto y que se considera que dicha compra no sería inocente, pues en un aspecto equivale a hacer desaparecer la posibilidad de una presa legítima, y en otro equivale a salvar un valor en pro de un beligerante. Fuera de esto, en el asunto hay que considerar como dato primordial el referente a la buena fe con que pueda hacerse la operación. Consultado este negocio igualmente por nuestra Legación con el Gobierno de Washington, éste manifestó que según su práctica la compra de un buque, hecha en esas condiciones por el Estado, no está autorizada por las leyes, y la compra hecha por personas privadas no ofrece ejemplos en la práctica en atención a los riesgos a que se expone la nave. Después de esto el buque Oscar ha continuado procurando su propia enajenación a individuos particulares, previas ciertas precauciones que pudieran evitarle ser apresado por beligerantes, según queda informado en el número 6 del Capítulo III del presente Informe.

#### **Nr. 1691. Bericht über Mitteilungen der columbianischen Gesandtschaft in Washington.**

(Col. Gb. II S. 51)

Informes referentes a la guerra como fuente jurídica.

Nuestra Legación en Washington ha continuado favoreciendo al Ministerio con frecuentes informes sobre el curso de los actos oficiales y controversias que en el campo del derecho va produciendo en los Estados Unidos la actual guerra europea. Versan ellos especialmente sobre la inviolabilidad de la correspondencia de los neutrales, a la cual se han referido algunas protestas de ese Gobierno; sobre la acción de buques submarinos contra buques mercantes armados o conductores de elementos de guerra; sobre las crecientes variaciones que van recibiendo las reglas clásicas relativas al contrabando de guerra, y sobre otros capítulos que agregados a aquellos que tuve el honor de exponeros en vuestras sesiones de 1915, hacen que el trabajo de nuestra Legación en estas materias, encomendado particularmente a su ilustrado y activo Secretario, doctor Ancizar, sea muy notable, tanto por su cantidad cuanto por el criterio científico y el buen método que lo guían. Insiste el Ministerio en opinar que todos esos informes merecen ser coleccionados y publicados formando un libro que podría figurar con honor en la bibliografía jurídica internacional.

**Nr. 1692. Bericht über die Schließung der deutschen Funkenstation in Cartagena.**

(Col. Gb. II S. 111.)

**Estación radiotelegráfica de Cartagena.**

Como tuve el honor de informaros en vuestras anteriores sesiones y también en el capítulo de esta memoria relativo a los Estados Unidos de América, el telégrafo inalámbrico que desde 1912 tiene colocado en Cartagena una Compañía alemana dio materia para varias resoluciones del Ministerio y para alguna correspondencia con las honorables Legaciones del Imperio, de Francia, de la Gran Bretaña y de la Unión Americana. Dichos actos correspondieron a la neutralidad de Colombia en la actual guerra cuasi universal, neutralidad muy digna de atenderse en atención a la importancia de los servicios que al comercio y a las operaciones militares prestan o pueden prestar los telégrafos sin hilos.

Siendo nueva la materia, las determinaciones de este Ministerio hubieron de ajustarse a las prácticas más autorizadas, que en el caso son naturalmente los ejemplos de los Estados Unidos; y al propio tiempo tuvieron que ser tan activas como lo premioso de las circunstancias. Todo esto creó para el Gobierno una situación grave y complicada, que concluyó felizmente con la resolución que de su propio motivo tomó la Compañía alemana al cerrar su oficina y permitir que respecto de ella emplease el Gobierno todas las precauciones necesarias a fin de evitar su uso clandestino. La Compañía alemana del telégrafo inalámbrico lo resolvió así, y la honorable Legación se sirvió comunicar ese acto, en que sus respetables buenos oficios tendrían, es natural, parte decisiva.

Después de cerrada la Estación continuó siendo necesaria la intervención del Gobierno por medio de un empleado interventor suyo, y aun por medio de expertos neutrales extranjeros, no porque haya podido hacerse cargo alguno a los empresarios del inalámbrico, ni por consiguiente al Gobierno, sino para superabundar en precauciones y establecer verdadera imposibilidad material en favor de la neutralidad de la Estación, además de la imposibilidad moral proveniente de la intervención de Su Excelencia el Representante de Alemania. La última providencia en este punto fue el informe del señor *Raguet*, experto oficial del Gobierno de los Estados Unidos, a que me referí en el correspondiente capítulo.

**Nr. 1693. Bericht betr. Protest der französischen Regierung gegen die Beschlagnahme deutscher Kauffahrteischiffe in columbianischen Häfen durch deutsche Reeder.**

(Col. Gb. II S. 137.)

**Embargo de buques alemanes.**

El 22 de abril último recibió este Despacho una nota de la Legación de la República Francesa en que se le avisaba acerca de la posibilidad de

que buques mercantes alemanes asilados en puertos de Colombia fueran objeto de intentado embargo por parte de armadores de Alemania, advirtiendo a este respecto que, de acuerdo con disposiciones tomadas por ciertas Potencias beligerantes, la aceptación del embargo tendría que calificarse como ilícita y por consiguiente como violatorio de la neutralidad el permiso correspondiente para llevarlo a cabo. Tiene este posible caso analogía con aquellos que ya se han considerado atrás respecto de buques asilados, no en relación con los derechos de los armadores, pero sí con los derechos del mismo Gobierno en cuyas aguas se hallan asiladas las naves, o de individuos particulares que puedan pretender adquirirlas en compra o usarlas en alquiler. La calificación de la neutralidad en estos casos tiene que inspirarse, por una parte, en la buena fe que resulte del conjunto de las circunstancias, y por otra, en el derecho que a una posible presa puedan tener las Potencias beligerantes que se hallan en guerra con la nación a que pertenece la nave.

**Nr. 1694. Verbot betr. Postverkehr von in mit England kriegführenden Staaten lebenden columbianischen Staatsangehörigen.**

(Col. Gb. II S. 141.)

Providencia relativa a comunicaciones postales.

El Ministerio ha recibido de la misma Legación la excitación que al Gobierno de la República ha hecho el de Su Majestad Británica enderezada a obtener que los representantes de Colombia acrediten los ante naciones vecinas a los Estados que se hallan en guerra con la Gran Bretaña no den curso a ninguna correspondencia postal dirigida a colombianos estantes o habitantes en dichos Estados, sino mediante las precauciones necesarias para asegurarse de que de ninguna manera podrá ser violada la neutralidad de Colombia a causa de la transmisión indebida de tal correspondencia. Habiéndose fundada esa aspiración en los derechos del Gobierno que la hace y en los deberes del que la recibe, se ha dirigido la circular correspondiente a los Agentes de la República en dichas naciones contiguas a los Estados beligerantes.

**Nr. 1695. Bericht betr. Beförderung von bei Kriegausbruch in England und Holland befindlichen columbianischen Waren.**

(Col. Gb. II S. 141.)

Despacho de mercancías para Colombia.

Las hostilidades en el mar no sólo han expuesto a ser apresadas las mercancías exportadas de Colombia y las destinadas a puertos colombianos cuando el embarque se ha efectuado en buques de nacionalidad beligerante, sino que las ha estancado en Inglaterra y en Holanda cuando el despacho procede de Alemania. El Gobierno británico fijó una fecha perentoria para permitir el despacho de aquellas que se han hallado en el Reino Unido después

del comienzo de la guerra. En cuanto a las que han estado detenidas en los Países Bajos, los respectivos Gobiernos de los comerciantes interesados han gestionado en favor de su libertad, obteniendo el despacho algunas veces, pero tras largas demoras y complicadas comprobaciones. Nuestra Legación ha aplicado a estos casos su celo e inteligencia, alcanzando, por ejemplo, del Gobierno inglés el permiso del embarque de la maquinaria del doctor Paulo Pinzón, a que ya me referí; pero no ha sido posible obtener igual licencia en favor de una mercancía para los señores Gandolfo y Compañía, de Santander, por haber expirado el plazo correspondiente cuando los cueros de la carga iniciaron su acción. Las gestiones del señor doctor Gutiérrez Ponce en obsequio de las mercancías destinadas a Colombia y detenidas en Holanda, han sido constantes y repetidas, según se deduce de sus notas de 6 y 28 de diciembre de 1915 y de 15 y 16 de febrero, 6 y 11 de marzo, 21 de abril y 8 de mayo de 1916.

También ha hecho especiales diligencias la Legación en favor de la libertad de un equipaje detenido en Jamaica y perteneciente al señor doctor Avelino Manotas, quien habiendo llegado de tránsito al puerto de Kingston y no estimando por eso necesario llenar las formalidades ordinarias en la aduana, ha quedado privado de aquel valor, aunque se han hecho repetidos esfuerzos para obtener la entrega del equipaje. La causa que lo ha estorbado ha sido el haber el doctor Manotas iniciado una acción ordinaria contra las autoridades de la Isla, circunstancia que impide, en concepto del Gobierno británico, la entrega en otra forma que no sea la que resulte de una sentencia judicial.

#### **Nr. 1696. Bericht betr. Gebrauch der spanischen Sprache in Kabeltelegrammen.**

(Col. Gb. II S. 142.)

##### **Empleo de la lengua castellana en los despachos cablegráficos.**

A iniciativa de la Embajada española en Londres secundaron las Legaciones acreditadas en la misma ciudad y representantes de Estados en que se habla la lengua española, una acción conjunta para obtener que este idioma fuese equiparado al inglés y al francés en los decretos del Gobierno británico que reglamentan el uso de las comunicaciones cablegráficas. La Legación de Colombia cooperó en esta acción, que resultó eficaz por haber alcanzado el fin propuesto, el cual no sólo redundaba en favor de comunicaciones menos complicadas, sino que es el reconocimiento de la importancia de nuestra lengua y de la que tiene, en el comercio universal y en el concierto de las diferentes naciones, el gran conjunto de pueblos que la hablan.

**Nr. 1697. Bericht über Columbiens Wahrung der Neutralität betr. drahtlose Telegraphie und englisches Gutachten darüber.**

(Col. Gb. II S. 143.)

**Neutralidad colombiana en materia de comunicaciones radiotelegráficas.**

En otros lugares de este Informe he tenido el honor de exponeros el curso que en los últimos meses han seguido los asuntos relacionados con estaciones de telégrafos sin hilos colocados en territorio de la República. La atención y solicitud reclamadas por estas materias han sido constantes y puede decirse que han alcanzado el sumo posible, mediante el empleo no sólo de interventores colombianos sino de expertos neutrales, y finalmente de un técnico oficial franquizado al Gobierno de Colombia por el de los Estados Unidos de América. Este técnico, después de examinar el telégrafo inalámbrico de una sociedad alemana en la ciudad de Cartagena, informó terminantemente al Gobierno que en aquella estación es imposible, mientras subsistan las circunstancias actuales, toda comunicación clandestina capaz de quebrantar la neutralidad respecto de la actual guerra de Europa. Una vez comunicado este informe a la honorable Legación de la Gran Bretaña en Bogotá, se ha llegado a la conclusión definitiva de este negocio como lo manifiesta la siguiente nota:

Legación Británica. — Bogotá, marzo 24 de 1916.

Señor Ministro:

Tengo el honor de manifestar mi agradecimiento a S. E. por su atenta nota de 20 de los corrientes, con la cual me envía un informe referente a la actitud tomada por el Gobierno de Colombia a fin de dar eficacia a las medidas previamente adoptadas por el Gobierno para impedir que se hiciera uso de la estación inalámbrica de Cartagena.

Como lo sabe S. E., he informado a mi Gobierno acerca de la investigación efectuada por el Teniente Raguet, de la marina americana.

El informe a que arriba hago referencia resulta plenamente satisfactorio. Tengo orden del Secretario General de Su Majestad Británica para las Relaciones Exteriores de manifestar a S. E. que el Gobierno de Su Majestad aprecia la manera como el Gobierno de Colombia hizo que se llevara a cabo esa investigación, cuyos resultados han sido absolutamente satisfactorios.

*Percy C. Whindam.*

Al Excelentísimo señor don *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores.

**Nr. 1698. Bericht betr. Handelsverbot Englands an Columbien.**

(Col. Gb. II S. 139.)

**Prohibición relativa a ciertas casas comerciales.**

Entre las providencias dictadas por la Gran Bretaña como medidas de defensa militar está la prohibición de mantener relaciones mercantiles con

casas que en concepto de ese Gobierno no observan la neutralidad impuesta por las necesidades y derechos de la guerra. En tanto que dichas casas son muy numerosas en las diversas naciones de América, sólo una ha sido afectada por la prohibición entre todas las que ejercen el comercio en nuestro país. Una comunicación reciente de la Legación de la República en Londres ha puesto el hecho en conocimiento de este Ministerio, sin que haya sido hasta ahora necesario dar un aviso de carácter circular en guarda de los intereses del público.

**Nr. 1699. Schriftwechsel mit dem italienischen Gesandten in Columbien über die Behandlung italienischer bewaffneter Handelsschiffe als Handelsschiffe.**

(Col. Gb. II S. 145.)

**Sobre buques mercantes armados.**

El señor Ministro de Italia en Colombia ha tenido a bien inquirir de este Ministerio cómo calificará el Gobierno de la República aquellos buques de la marina mercante italiana que llegan a nuestros puertos con fines evidentemente mercantiles, aunque armados para su defensa. Aunque el asunto ofrece algunos antecedentes, la actual guerra lo ha modificado debido a la variedad de los armamentos y a la naturaleza de ciertas acciones de guerra. Atendiendo a lo cual el Ministerio contestó, después de obtener informes respecto de las reglas adoptadas por el Gobierno de los Estados Unidos, que según su sentir la materia no consiente una norma general: cada caso es calificable de acuerdo con las circunstancias, de las cuales puede resultar, patentizado o no, el carácter bélico o mercante del navío, circunstancias en que se incluyen no sólo la clase y calibre de los cañones sino su situación en la proa o en la popa del vapor, según se ha expresado en la correspondencia que sigue:

Legación de Italia. — Número 81/698. — Bogotá, 3 de abril de 1916.

Señor Ministro:

Por orden de mi Gobierno tengo el honor de dirigirme a S. E. con el fin de obtener del Gobierno de Colombia que se reconozcan como buques mercantes los vapores italianos que visitan los puertos de la República, provistos de armas de fuego con fines puramente defensivos.

Como S. E. bien lo sabe, la navegación comercial se halla estorbada en gran manera por los submarinos enemigos que, sin dar previo aviso las más veces, atacan nuestros navíos causando innumerables pérdidas de vidas y gravísimos perjuicios económicos.

Por tal motivo la navegación no sería posible si no se diera a los buques capacidad de defenderse contra las insidias de sus adversarios.

Petición semejante a la presente se ha dirigido a varios Gobiernos extranjeros y tengo sabido que el Gobierno de los Estados Unidos ha dado ya una respuesta favorable al respecto. Me permito, pues, esperar que también

el Gobierno colombiano acogerá favorablemente esta petición, motivada tan sólo por la necesidad de defender vidas inocentes y de continuar el intercambio comercial que existe entre Europa y América.

Agradecería sinceramente a S. E. se sirviera favorecerme con una pronta respuesta, pues de Génova partirá dentro de poco un vapor italiano con rumbo a Colombia.

• Aprovecho la oportunidad para presentar a S. E. las seguridades de mi más distinguida consideración.

*E. de la Penne.*

A Su Excelencia el señor don *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores de Colombia.

Ministerio de Relaciones Exteriores. -- Bogotá, 27 de abril de 1916.

Señor Ministro:

Tengo el honor de contestar la atenta nota número 81/698 de 2 del corriente mes, en que V. E. solicita del Gobierno colombiano que reconozca como buques mercantes los vapores italianos que visiten los puertos de la República, trayendo armas de fuego con fines puramente defensivos.

Verbalmente me apresuré a declarar a V. E. que atendiendo a la importancia y relativa novedad de la materia, el Ministerio le prestaría toda la debida atención por medio del correspondiente estudio, en el cual naturalmente tenían que figurar algunos informes que no serían obtenidos sino dentro de algunos días.

Una vez que esos informes han podido obtenerse, y considerando las necesidades y conveniencias del comercio, así como los dictados de humanidad que implica el asunto, tengo el honor de declarar a V. E. que el Gobierno de la República recibirá y tratará en sus puertos como buques mercantes las naves italianas que lleguen a ellos con fines comerciales y en ejercicio de su ordinaria industria mercantil, aunque accidentalmente y con fines puramente defensivos traigan armas de fuego.

Será condición de este tratamiento que en cada caso, es decir, siempre que una nave mercante de Italia llegue a algún puerto colombiano, el representante italiano en Colombia se sirva informarlo así a este Ministerio, declarando al mismo tiempo en forma solemne que la nave es mercante, que su viaje es pacífico y comercial y que su armamento tiene un fin exclusivamente defensivo. A este respecto la Real Legación se servirá explicar el calibre y demás calidades del armamento y su situación en la popa del navío, de manera que estas circunstancias produzcan certeza de que las armas no pueden servir para atacar a otros buques sino para defenderse en caso de una agresión.

Es entendido que si un vapor armado pero declarado mercante por el representante italiano, ejecutara después actos ofensivos contra otro buque y esto llegara a conocimiento del Gobierno de la República o de sus agentes en los puertos colombianos, entonces dicho vapor será considerado como buque

de guerra para todo lo concerniente a su entrada y permanencia en aguas de Colombia.

Presento a V. E. con este motivo las seguridades de mi más distinguida consideración.

*Marco Fidel Suárez.*

A Su Excelencia el señor Marqués *Enrique Durand de la Penne*, Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de Italia.

**Nr. 1700. Verhandlungen mit Argentinien über Neutralitätsgrundsätze.**

(Col. Gb. III S. 9.)

**Neutralidad latino-americana.**

La neutralidad de las naciones de América respecto de la guerra europea primero, y después respecto de la misma guerra aumentada con la participación de los Estados Unidos en ella, ha sido objeto de algunas gestiones de parte del Gobierno de la República Argentina, comunicadas a este Ministerio por la Legación de Colombia en Buenos Aires y transmitidas con la discreción y celo que distinguen a nuestro Representante en esa Nación

En marzo último comunicó el señor Ancizar el proyecto de celebrar en aquella o en otra capital latino-americana un Congreso destinado a expresar del mejor modo posible los votos y cooperación de estas Naciones en favor de la paz universal. Nuestro Gobierno recibió, como era natural, esta noticia con especial complacencia, y en aquellas circunstancias formó el propósito de participar en el Congreso, si la invitación llegaba a formalizarse, y de hacerse representar por nuestro Ministro y por otro Delegado que se hubiera acreditado oportunamente.

Este proyecto no pudo, sin embargo, ser llevado a efecto, merced a la faz nueva que presentaron los asuntos relativos a la neutralidad desde que la Unión Americana declaró la guerra al Imperio Alemán. Un suceso tan importante como éste para todas las naciones y particularmente para las del hemisferio americano, suscitó nuevos problemas, cuya síntesis ha tenido que ser la cuestión siguiente: En presencia de la guerra de los Estados Unidos y Alemania y dados los intereses y activas relaciones que ligan a los pueblos latinos de América con la primera de aquellas naciones, qué grado de necesidad, de justicia o de conveniencia reviste la neutralidad para estos pueblos?

Cada uno de los Estados que han podido hacerse esta pregunta, ha ido formando su criterio en el particular. Para resolver puntos relacionados con la neutralidad, el Gobierno de la Argentina ha dado también a nuestra Legación algunos informes como consecuencia de la iniciativa que otros Gobiernos, principalmente los de Bolivia, el Ecuador y Méjico, han tomado con el propósito de reglamentar la materia por medio de un Congreso que hubiera podido celebrarse en Buenos Aires o Montevideo; pero él fue detenido por los varios puntos de vista en que los diversos Gobiernos se colocaron. Unos han abra-



zado hasta ahora la estricta neutralidad, aunque calificando de modo impropio ciertos procedimientos militares empleados por alguno o algunos beligerantes; otros se han declarado decididamente aliados de los Estados Unidos, en atención a la comunidad de intereses, o a cierta aplicación de la doctrina de Monroe; otros emplean un procedimiento más templado, no declarando la guerra ni rompiendo las relaciones, pero sí obrando de suerte que las fuerzas de la Unión disfruten de una situación privilegiada. De esta manera las proposiciones formuladas, consideradas o transmitidas por la Argentina en un principio, tanto respecto del Congreso en favor de la paz como respecto de la Conferencia sobre neutralidad, no han podido ser prácticamente secundadas por el Gobierno de la República.

**Nr. 1701. Verhandlungen mit Bolivien über Neutralitätsgrundsätze.**

(Col. Gb. III S. 18.)

**Gestiones relativas a la neutralidad.**

Es sabido que el ilustrado Gobierno de Bolivia está obrando desde que empezó la guerra entre los Estados Unidos y Alemania en una forma muy interesante, de suerte que sus gestiones en materia de neutralidad han ocupado alto lugar en el movimiento jurídico causado por la guerra. Desde luego el Gobierno de La Paz dirigió al de Colombia su telegrama circular referente al empleo de naves submarinas en el modo y alcance adoptados por el Imperio Alemán, es decir, sin restricción alguna dentro de ciertas zonas. Dicho telegrama calificó aquella práctica como contraria a la ley de las naciones, lo cual concuerda con la calificación que posteriormente le dio nuestro Gobierno, al considerar el uso de los submarinos como procedimiento que elimina o hace sumamente difícil la manera de salvar a las personas o propiedades inocentes o neutrales. La circular fue contestada manifestando la necesidad de allegar los datos necesarios para la consideración de este asunto; la calificación fue hecha luego, en la contestación dada a la nota en que la honorable Legación de Alemania en Bogotá comunicó el empleo de los submarinos en determinada zona de los mares europeos.

También se recibió del señor Ministro de Relaciones Exteriores de Bolivia otro telegrama circular tocante a la conveniencia de celebrar en Buenos Aires, Montevideo o en otra ciudad latino-americana, una conferencia internacional para buscar la manera de reglamentar la neutralidad de las naciones que hubieran de seguirla. Este Departamento contestó asintiendo a tan elevada iniciativa, declarando que la República cooperaría en favor de dicho plan y apuntando la conveniencia de que los diferentes Gobiernos invitantes, es decir, los de Bolivia, el Ecuador y Méjico, se pusieran de acuerdo a fin de fijar las bases de los actos internacionales que pudieran resultar.

El texto de las circulares de Bolivia es como sigue:

La Paz, 7 de febrero 1917.

Ministro Relaciones. — Bogotá.

Estimando que forma en que Alemania se propone desarrollar guerra submarinos importa un atropello a todos los derechos humanos y también el desconocimiento absoluto de lo que nos corresponde a las Naciones neutrales cuyo comercio internacional queda bajo la amenaza de ser totalmente anulado, pensamos ser indispensable formular protesta colectiva por parte de todos o de algunos Estados sudamericanos contra propósitos de Alemania comunicados oficialmente al Gobierno de Washington. Agradecería a V. E. si tuviera a bien comunicarme su pensamiento a este respecto.

*Plácido Sánchez,*

Ministro de Relaciones Exteriores.

Bogotá, 9 de febrero de 1917.

A S. E. el señor Ministro de Relaciones Exteriores de Bolivia. — La Paz.

En respuesta al atento telegrama de V. S., fechado el 7 último, y cumpliendo instrucciones del Presidente de la República, tengo el honor de manifestarle que mi Gobierno no optará ninguna resolución al respecto de la posible guerra entre los Estados Unidos de América y Alemania mientras no se conozca la actitud de los demás Estados latino-americanos y no se efectúen ciertas circunstancias necesarias para calificar el asunto en sus varios aspectos.

*Marco Fidel Suárez,*

Ministro de Relaciones Exteriores.

La Paz, 17 de febrero de 1917.

Ministro Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Estimando que la incorporación de los submarinos en la guerra no puede tener otro objeto que el de añadir un elemento más de defensa o de ataque entre beligerantes sin proscribir los usos y prácticas reconocidos por el derecho internacional en la guerra marítima ni menos anular los derechos que corresponden a los neutrales para el tráfico pacífico de sus nacionales y de su comercio, creemos del caso invitar a las Naciones de este Continente para hacer la siguiente declaración de principios: Los Estados americanos neutrales en la contienda bélica que se desarrolla en Europa, consideran oportuno hacer la siguiente declaración en armonía con los intereses permanentes de la universalidad de las naciones: Es contrario a todo derecho el ataque de submarinos contra naves mercantes neutrales aun dentro de las zonas del bloqueo, y sólo puede aplicarse legítimamente contra ellas en los casos procedentes, el régimen de presas. Si V. E. nos dispensara el honor de querer suscribir la anterior declaración, cuya influencia moral puede tener alguna importancia en la actual guerra, agradeceríamos su respuesta.

• Saludo atentamente a V. E.

*Plácido Sánchez,*

Ministro de Relaciones Exteriores.

Bogotá, 28 de febrero de 1917.

A S. E. el señor Ministro de Relaciones Exteriores. — La Paz.

Estudiada la importante circular de V. E. de 17 de los corrientes, relativa a la acción que los Estados americanos podrían ejercitar respecto de algunas prácticas empleadas en la presente guerra internacional, ha sido puesta en relación con otros documentos emanados de los Gobiernos mejicano y ecuatoriano, concernientes también a la actitud que podrían tomar esos mismos Estados o todas las Naciones neutrales en favor de la paz del mundo.

Cumpliendo instrucciones del señor Presidente de la República, tengo el honor de contestar la referida circular de V. E. reconociendo los elevados intentos de su Gobierno en favor de la paz y manifestándole que en concepto del mío las acciones propuestas por Bolivia, Méjico y el Ecuador deberían considerarse en conjunto a fin de poderlas calificar más fácilmente y consultar la eficacia de las que resultasen aceptables. Con ese fin talvez convendría facultar a las Legaciones boliviana, mejicana y ecuatoriana acreditadas en Washington, para conferenciar entre sí privadamente sobre estos asuntos, para extender luego sus conferencias privadas a todas las Legaciones de los demás Estados neutrales acreditadas en Washington, y para promover, si allá llegan las cosas, de acuerdo con sus Gobiernos, una conferencia internacional, que podría reunirse en el Uruguay y en cuyo elenco podrían incluirse los puntos a que se refieren los tres Gobiernos boliviano, mejicano y ecuatoriano, y talvez otros puntos que se considerasen favorables a los fines propuestos.

La Legación de Colombia en Washington recibiría, llegado el caso, instrucciones para participar en las conferencias oficiosas que pudieran efectuarse y para informar de su resultado a mi Gobierno, el cual podría participar también en los actos oficiales que se siguieran, dirigidos a calificar en forma los medios sugeridos por V. E. y por los Gobiernos de Méjico y el Ecuador, y los sugeribles por otros Estados en favor de la paz, la justicia y el bienestar de las Naciones.

Reitero a V. E. las seguridades de mi más alta y distinguida consideración.

*Marco Fidel Suárez,*

Ministro de Relaciones Exteriores.

**Nr. 1702. Bericht über Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über deren Stellung zum Weltkrieg.**

(Col. Gb. III S. 79.)

Asuntos relacionados con la neutralidad o beligerancia de los Estados Unidos.

**a) Mensaje de paz.**

La Legación en Washington se apresuró a comunicar en nota de 19 de enero el mensaje dirigido por el Excelentísimo señor *Woodrow Wilson* a los Gobiernos de los Estados europeos con el fin de excitarlos a terminar el

conflicto cuasi universal por medio de un tratado de paz. La importancia extraordinaria de ese documento bien merece que él sea transcrito en seguida:

Legación de los Estados Unidos de América. — Numero 228.

Bogotá, enero 19 de 1917.

Señor Ministro:

Tengo el honor de transmitir a S. E., para el conocimiento del Gobierno de Colombia, el texto del mensaje presidencial remitido por conducto de los representantes diplomáticos de mi Gobierno a los Gobiernos europeos actualmente comprometidos en la guerra, con fecha del 18 de diciembre último, y que dice así:

„El Presidente propone que se aproveche la primera ocasión para obtener una declaración de parte de todas las naciones ahora empeñadas en la guerra, para que se llegue a un común acuerdo en cuanto a las condiciones que conducirían a terminar la guerra, y a los arreglos que podrían considerarse satisfactorios como garantía de que no se renovaría o repetiría semejante conflicto en lo sucesivo. El Presidente se manifiesta indiferente en cuanto a los medios que se empleen para realizar su proyecto. Se consideraría feliz al contribuir a esta obra, aunque no fuese sino para iniciarla de cualquier manera aceptable, pero no desea determinar el método ni la instrumentalidad. Para él sería lo mismo que se arreglasen los asuntos de un modo o de otro, siempre que se logre el objeto primordial. Se permite llamar la atención al hecho de que los estadistas de los beligerantes de ambos bandos abrigan los mismos propósitos según quedan expuestos en términos generales ante sus respectivos pueblos y el mundo. Cada bando desea asegurar los derechos y privilegios de pueblos débiles y Estados pequeños contra la agresión o el peligro de que los grandes y poderosos Estados ahora en guerra desconozcan en el porvenir sus derechos y privilegios. Cada bando desea asegurarse en lo sucesivo contra la recurrencia de guerras semejantes a la actual y contra toda agresión de intervención egoísta. Cada uno sentiría celos al ver que se formaban nuevas ligas rivales instituidas con el fin de preservar un equilibrio incierto del poder entre crecientes sospechas; pero cada bando está dispuesto a consensuar la formación de una liga de naciones como el medio más eficaz para lograr la paz y la justicia en el mundo. Antes de que se dé, empero, este paso final, cada bando considera necesario dejar arreglado el desequilibrio producido por la guerra según términos tales, que se garantice la independencia, integridad territorial y la libertad política y comercial de las naciones comprometidas. En las medidas que han de tomarse para asegurar la futura paz mundial, el pueblo y Gobierno de los Estados Unidos se interesan tan viva y directamente como los mismos Gobiernos beligerantes. Su interés, más aún, en cuanto a los medios que han de adoptarse para librar a los pueblos débiles del mundo del peligro de la injusticia y la violencia, es tan ardiente como la de cualquier otro pueblo o Gobierno. Están listos y aun ávidos de cooperar en el logro de estos fines, una vez terminada la guerra, aprovechando para ello todo el influjo y recursos de que disponen

Pero primero es necesario poner fin a la guerra. Por ahora no podrán divulgar las condiciones que han de proponerse, conducentes a la paz; pero el Presidente considera como su derecho y deber indicar los intereses íntimos, una vez terminada la guerra, a menos que la situación actual de las naciones neutrales, bien difícil de sobrellevar actualmente, se haga intolerable, y que la civilización misma sufra tal menoscabo que sea imposible su reparación. Por consiguiente, el Presidente considera conveniente aprovechar la primera oportunidad para que se discutan las condiciones que deben preceder a los arreglos finales conducentes a la paz mundial que todos deseamos y a la cual todos quieren contribuir, bien sean las naciones neutrales como las beligerantes. Si la contienda debe continuar hacia fines desconocidos por lento agotamiento hasta haberse aniquilado uno y otro grupo de beligerantes, si uno y otro millón de vidas humanas debe sacrificarse hasta su completa destrucción, si se han de enardecer los resentimientos hasta el punto de que sea imposible la reconciliación, todo esfuerzo de los pueblos libres hacia una paz serán vanos e inútiles. La vida de todo el mundo se ha afectado profundamente. Cada parte de la gran familia del género humano ha sentido el peso y terror de esta lucha sin precedentes. Ninguna nación del mundo civilizado puede alejarse de su influjo ni considerarse segura de sus efectos perturbadores. Y sin embargo no se han concretado definitivamente los objetos o el móvil que la causaron. Los jefes de varios beligerantes han expuesto los diversos fines que persiguen en términos generales. Pero expuestos en términos generales no hay diferencia entre los de uno y otro bando. No se ha oído aún la voz de interlocutores autorizados para precisar los fines que al ser alcanzados contentarían al pueblo y justificarían la guerra emprendida. El mundo debe conjeturar acerca de los resultados definidos, del canje de garantías de nuevos arreglos o cambios políticos o territoriales, del mismo éxito militar, es decir, todo lo que contribuiría a poner fin a la guerra. Tal vez la paz esté más cerca de lo que pensemos. Tal vez las condiciones de los beligerantes no sean tan irreconciliables como se ha temido; quizás un canje de ideas y opiniones aclararían la vía para una conferencia y conducirían a la concordia permanente de las naciones y pronto sea posible un concierto de naciones. El Presidente no propone la paz; ni siquiera ofrece la mediación. Meramente propone que se dé a conocer tanto a las naciones neutrales como a las beligerantes la distancia que nos separa de la paz que ansía todo el género humano. El cree que el espíritu en que habla y los fines que persigue sean bien entendidos por todos, y espera que una respuesta arrojará nuevas luces sobre estos asuntos mundiales."

No me ha sido posible sino hasta ahora presentar el contexto anterior al Gobierno de S. E., pues el original recibido por cable estaba tan desfigurado que me he visto precisado a aguardar su confirmación oficial.

Aprovecho complacido esta ocasión para reiterar a S. E. las seguridades de mi más elevada y distinguida consideración.

*Perry Belden.*

A S. E. el doctor *Marco Fidel Sudrez*, Ministro de Relaciones Exteriores, etc. etc. — Bogotá, Colombia.

## b) Calificación de buques submarinos.

Respecto particularmente de las navegaciones del Deutschland, barco submarino alemán que atravesando el Atlántico arribó a puertos de Norte América, comunicó el señor Ministro de la República en Washington la resolución tomada sobre el carácter de ese buque por el Gobierno de los Estados Unidos. La resolución consistió en calificarlo como buque mercante y se menciona atendiendo a la novedad y trascendencia de este caso.

## c) Providencias de los Estados Unidos contra la campaña alemana de submarinos.

El 5 de febrero recibió el Ministerio la nota en que la Legación de los Estados Unidos se sirvió comunicar que habiendo el Gobierno alemán señalado una zona marítima adyacente a las costas de la Gran Bretaña, Bélgica y Francia, dentro de la cual emplearía sus fuerzas contra los buques neutrales, el Gobierno de los Estados Unidos había resuelto entregar sus pasaportes al Embajador de Alemania y retirar de Berlín su propia Embajada. Agregaba el señor Encargado de Negocios que su Gobierno consideraba que su causa recibiría gran fuerza si las naciones americanas obraban en forma acorde con la conducta de los Estados Unidos. Este Ministerio, considerando la gravedad del asunto y creyendo imposible por lo pronto adoptar una resolución respecto de la ruptura de relaciones con una de las naciones en guerra, se ciñó a expresar los sentimientos del Gobierno colombiano en favor de la paz de los Estados Unidos con las demás naciones, reservándose la calificación del empleo ilimitado de buques submarinos para el caso de que ese empleo le fuera comunicado directamente por la potencia que los ha puesto en uso. Las notas cruzadas a estos propósitos dicen así:

Legación de los Estados Unidos de América. — Bogotá, Colombia, febrero 5 de 1917.

Señor Ministro:

En cumplimiento de instrucciones de mi Gobierno, tengo el honor de informar al de V. E. que, en vista del propósito recientemente anunciado por el Gobierno imperial alemán de reanudar la guerra submarina sin distinciones, no le queda al Gobierno de los Estados Unidos de América otra alternativa que seguir adelante en la línea de conducta expuesta en su nota al Gobierno alemán, de abril de 1916. En consecuencia, ha llamado de Berlín a su Embajador y al personal de su Legación, al mismo tiempo que ha expedido sus pasaportes al Embajador alemán y al personal de la Legación alemana en Washington.

El Presidente, aunque duda de las amenazas dirigidas contra el comercio neutral, solicitará autorización del Congreso para emplear la fuerza nacional en defensa de los ciudadanos norteamericanos que recorren los mares con fines legales y pacíficos.

\* A juicio del Presidente, la medida adoptada está en absoluta conformidad con los principios enunciados por él en la alocución que dirigió al Senado

con fecha 12 de enero último. Según él, dicha medida obrará en bien de la paz universal, si las demás Potencias neutrales llevan a cabo una acción semejante a la adoptada por los Estados Unidos.

Aprovecho gustoso esta oportunidad para renovar a V. E. las seguridades de mi más alta y distinguida consideración.

*Perry Belden.*

A S. E. el doctor *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores de Colombia, etc. etc.

Ministerio de Relaciones Exteriores. -- Bogotá, 7 de febrero de 1917.

Señor Encargado de Negocios.

Tengo el honor de acusar recibo a V. S. de la atenta nota fechada el día 5 del mes en curso, por medio de la cual se sirve V. S. informarme que su Gobierno, en vista del propósito recientemente anunciado por el Gobierno imperial alemán de reanudar la guerra submarina sin distinciones, considera que no tiene otra alternativa que seguir adelante en la línea de conducta expuesta en la nota de abril de 1916, dirigida al Gobierno de Alemania; por lo cual ha llamado de Berlín a su Embajador y al personal de la Embajada, al mismo tiempo que ha expedido sus pasaportes al Embajador alemán y al personal de la Embajada en Washington.

Agrega V. S. que Su Excelencia el señor Presidente de los Estados Unidos, aun cuando se resiste a creer en las amenazas contra el comercio neutral, pedirá autorizaciones al Congreso para emplear las fuerzas nacionales en defensa de los ciudadanos norteamericanos que recorren los mares con fines legales y pacíficos, medida que, en su concepto, está en absoluta conformidad con los principios enunciados por él en la alocución que dirigió al Senado con fecha 12 de enero último; y que aquel alto Magistrado considera que ella obrará en bien de la paz universal si las demás Potencias neutrales llevan a cabo una acción semejante a la iniciada por el Gobierno de los Estados Unidos.

Dando a V. S. las gracias más expresivas por tan importante comunicación y expresándole los votos que hace mi Gobierno por la conservación de la paz entre los Estados Unidos y cualquier otra Potencia, aprovecho la oportunidad para renovar las seguridades de mi consideración más distinguida.

*Marco Fidel Suárez.*

Al honorable señor *Perry Belden*, Encargado de Negocios de los Estados Unidos de América.

#### d) Declaración de guerra a Alemania.

En cablegrama de 3 de abril comunicó a este Departamento la Legación de Washington que el Senado y la Cámara de Representantes de los Estados Unidos de América habían declarado existente un estado de guerra entre la Unión y el Imperio de Alemania; y en nota del 7 se sirvió comunicar el mismo hecho el señor Encargado de Negocios por medio de la siguiente nota:

Legación de los Estados Unidos de América. — Abril 7 de 1917.

Señor Ministro:

Tengo el honor de informar a V. E. y a su Gobierno que ayer declaró el Congreso y proclamó el Presidente que existe un estado de guerra entre los Estados Unidos de América y el Gobierno imperial alemán.

Aprovecho esta oportunidad para renovar gustoso a V. E. las seguridades de mi más alta y distinguida consideración.

*Perry Belden.*

A S. E. el señor Ministro de Relaciones Exteriores de Colombia, etc. etc. — Bogotá.

**Nr. 1703. Bericht über Verhandlungen mit Mexiko betr. Einleitung einer Friedensaktion.**

(Col. Gb. III S. 119.)

Gestiones por la paz universal.

El 11 de febrero dirigió a este Ministerio la Secretaría de Relaciones Exteriores de los Estados Unidos Mejicanos un telegrama circular destinado a proponer la acción de las naciones latino-americanas en obsequio de la paz. El texto del telegrama y su respuesta es el siguiente:

Querétaro, 11 de febrero de 1917.

A S. E. el señor Ministro de Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Por instrucciones del ciudadano Venustiano Carranza, primer Jefe del Ejército Constitucionalista y encargado del Poder Ejecutivo de la República Mejicana, tengo el honor de dirigir a V. E. la siguiente nota que el expresado Alto Mandatario ha tenido a bien enviar a los países neutrales.

Hace más de dos años que estalló en el antiguo continente el conflicto armado más gigantesco que registra la historia, sembrando la muerte, la desolación y la miseria en las naciones beligerantes. Esta trágica contienda ha herido profundamente los sentimientos de humanidad de todos los pueblos que no toman participación en la lucha y no sería justo ni humanitario que éstos permaneciesen indiferentes ante tan gran desastre. Un arraigado sentimiento de solidaridad humana obliga, pues, al Gobierno mejicano a ofrecer su modesta cooperación para procurar que cese esa lucha. Por otra parte, la conflagración europea es de tales proporciones que la situación de los países que han permanecido neutrales, ha venido haciéndose cada día más difícil, obligados como se encuentran a verse envueltos en esta guerra, y varias naciones que en un principio no habían tomado participación en el conflicto, se han visto irresistiblemente arrastradas a él. Si los países que en la actualidad aun se conservan neutrales en el mundo desean realmente permanecer fuera del conflicto, deben unir sus esfuerzos para procurar que la guerra europea termine cuanto antes o que cuando menos quede circunscrita de tal manera, que alejando la posibilidad de nuevas complicaciones pueda verse la proximidad del fin.



El actual conflicto europeo es en el mundo entero como un gran incendio o como una gran plaga que debería haberse aislado y limitado hace tiempo para acortar su duración y evitar su propagación.

Lejos de eso el comercio de los países neutrales de todo el mundo y especialmente el de América, tiene una gran responsabilidad ante la historia porque todas las naciones neutrales, cuales más-cuales menos, han prestado su contingente en dinero, en provisiones, en municiones o en combustible, y de este modo han alimentado y prolongado esta gran conflagración.

Razones de alta moralidad humana y de propia conservación nacional imponen a los pueblos neutrales la obligación de abandonar esa conducta y de rehusarse a seguir prestando ese contingente que ha hecho posible la continuación de la guerra por más de dos años.

b) A este fin el Gobierno de Méjico, dentro del más estricto respeto a la soberanía de los países en guerra, inspirado en los más altos sentimientos humanitarios y guiado igualmente por el de su propia conservación y defensa, se permite proponer al Gobierno de S. E., como lo hace a todos los demás Gobiernos neutrales, que de común acuerdo y procediendo sobre la base de la más absoluta igualdad para con uno y otro grupo de potencias, se las invite a poner fin a esta guerra ya por sí solas, ya valiéndose de los buenos oficios o de la amistosa mediación de todos los países que conjuntamente hagan esta invitación. Si dentro de un plazo prudente no puede restablecerse por estos medios la paz, los países neutrales tomarán entonces las medidas necesarias para reducir la conflagración a sus estrictos límites, rehusando a los beligerantes toda clase de elementos y suspendiendo el tráfico mercantil con las Naciones en guerra mientras se haya logrado sofocar dicha conflagración.

El Gobierno mejicano no desconoce que esta proposición se aparta un tanto de los principios de derecho internacional que hasta ahora han regido las relaciones de los neutrales con los beligerantes, pero hay que reconocer que la presente guerra europea es un conflicto sin precedente en la historia de la humanidad, que exige esfuerzos supremos y remedios nuevos, que no pueden hallarse dentro de las reglas estrechas y un tanto egoístas del derecho internacional hasta ahora conocido. Méjico cree que frente a una catástrofe de las proporciones tan considerables como jamás se había visto, ante una guerra en que han entrado en juego factores políticos, sociales, militares y económicos que nunca habían podido preverse, no anda descaminado al proponer que los remedios aplicables a este conflicto sean también nuevos, extraordinarios y adecuados a las circunstancias.

El Gobierno de Méjico comprende que ninguna Nación neutral, por poderosa que sea, podría aisladamente dar un paso de esta naturaleza y que el éxito de esta medida sólo puede alcanzarse con la cooperación de los Gobiernos neutrales de más influencia internacional ante las naciones beligerantes.

Es especialmente a los Estados Unidos, Argentina, Brasil y Chile en América y España, Suecia y Noruega en Europa a quienes como más influ-

yentes y más libres de tomar una determinación frente a los beligerantes, incumbe prohibir esta iniciativa que no por proceder de una Nación a la que se supone debilitada en la actualidad y por consiguiente incapaz de esfuerzo internacional efectivo, deja de ser digna de serio estudio y detenida consideración.

El Gobierno de Méjico abriga la esperanza de que si esta idea es aceptada y llevada a la práctica podrá servir de precedente y de base para una nueva orientación del conflicto internacional que permita a los neutrales ayudar o prevenir y remediar futuras guerras internacionales dentro del más estricto respeto a la soberanía de los beligerantes.

Los países que en lo futuro se vieran obligados a la guerra seriamente antes de entrar en una contienda en la cual se contrarían más que con sus propios elementos y de este modo apurarían todos los medios para evitarla o abreviarán su duración en caso de que fuese ineludible.

Aprovecho esta oportunidad para expresar a V. E. las seguridades de mi más alta y distinguida consideración.

*C. Aguilar,*

Secretario de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, febrero 28 de 1917.

A S. E. el señor Ministro de Relaciones Exteriores. — Méjico.

Estudiada la importante circular de V. E. de 11 de los corrientes, relativa a la acción que los Estados neutrales podrían ejercitar en favor de la paz del mundo por los medios que sugiere el Gobierno mejicano, ha sido puesta en relación con otros documentos emanados de los Gobiernos boliviano y ecuatoriano, concernientes también a la actitud que podrían tomar las naciones neutrales de América respecto de algunas prácticas empleadas en la presente guerra internacional.

Cumpliendo instrucciones del señor Presidente de la República, tengo el honor de contestar la referida circular de V. E., reconociendo los elevados intentos de su Gobierno en favor de la paz y manifestándole que en concepto del mío las acciones propuestas por Méjico, Bolivia y el Ecuador deberían considerarse en conjunto a fin de poderlas calificar más fácilmente y consultar la eficacia de las que resultaran aceptables. Con ese fin talvez convendría facultar a las Legaciones mejicana, boliviana y ecuatoriana acreditadas en Washington, para conferenciar entre sí privadamente sobre esos asuntos, para extender luego sus conferencias privadas a todas las Legaciones de los demás Estados neutrales acreditados en Washington, y para promover, si allá llegan las cosas, de acuerdo con sus Gobiernos, una conferencia internacional, que podría reunirse en el Uruguay y en cuyo elenco podrían incluirse los puntos a que se refieren los Gobiernos mejicano, boliviano y ecuatoriano y talvez otros puntos que se considerasen favorables a los fines propuestos.

La Legación de Colombia en Washington recibiría, llegado el caso, instrucciones para participar en las conferencias oficiosas que pudieran efectuarse y para informar de su resultado a mi Gobierno, el cual podría partici-

par también en los actos oficiales que se siguieran, dirigidos a calificar en forma los medios sugeridos por V. E. y por los Gobiernos de Bolivia y el Ecuador, y los sugeribles por otros Estados en favor de la paz, la justicia y el bienestar de las naciones.

Reitero a V. E. las seguridades de mi más alta y distinguida consideración.

El Ministro de Relaciones Exteriores,

*Marco Fidel Suárez.*

Méjico, 4 de abril de 1917.

Excelentísimo señor Ministro de Relaciones Exteriores. — Bogotá.

En contestación al atento telegrama de V. E. tengo el honor de expresarle que el Gobierno de Méjico se ha dirigido al Gobierno del Ecuador manifestándole que acepta la idea de que se reúna en el Uruguay un Congreso americano con objeto ponerse acuerdo respecto medios que deben adoptarse para lograr paz Europa. Con este motivo me es grato reiterar a V. E. las seguridades de mi más alta distinguida consideración.

*C. Aguilar.*

Méjico, 15 de abril de 1917.

Excelentísimo señor Ministro de Relaciones Exteriores. — Bogotá.

Por acuerdo del primer Jefe del Ejército constitucionalista Encargado del Poder Ejecutivo de la Nación, tengo el honor de informar a V. E. Embajador americano comunicó, por medio de nota oficial, que el Gobierno de los Estados Unidos declaró la guerra a Alemania y que el Gobierno mejicano contestó lamentando ese acontecimiento y expresando sus mejores deseos de contribuir de algún modo al advenimiento de la paz. Al mismo tiempo me es grato expresar a V. E. que el Gobierno Mejicano conservará su neutralidad en dicho conflicto. Aprovecho esta oportunidad para expresar a V. E. las seguridades de mi más atenta y distinguida consideración.

El Secretario de Relaciones Exteriores, Encargado del Despacho,

*E. Garza Pérez.*

Bogotá, 27 de abril de 1917.

Ministro Relaciones Exteriores. — Méjico.

Agradeciendo a Vuesencia su comunicación sobre la actitud de Méjico en el actual conflicto, manifiéstole que Colombia también ha deplorado vivamente la situación de guerra entre Estados Unidos y Alemania y hace votos sinceros por pronto restablecimiento de la paz universal.

*Marco Fidel Suárez,*

Ministro de Relaciones Exteriores.

**Nr. 1704. Bericht über Verhandlungen mit Deutschland über die radiotelegraphische Station in Cartagena.**

(Col. Gb. III S. 175.)

**Estación radiotelegráfica de Cartagena.**

Desde fines de 1914 fue cerrado este telégrafo inalámbrico por la Compañía alemana a quien el Gobierno concedió licencia para establecerlo en 1912. De esta manera se eliminó en favor del Gobierno una fuente de dificultades provenientes de la importancia de la comunicación radiotelegráfica para usos militares, y de las sospechas que eso produce en los gobiernos beligerantes, a pesar de las extraordinarias precauciones que el de la República ha empleado en este punto respecto de la neutralidad colombiana. Para dar a la suspensión de la estación de Cartagena una condición solemne y más segura se dignó comunicar esa determinación al Ministerio la honorable Legación del Imperio alemán en esta ciudad, hablando en nombre de la Compañía del telégrafo, lo que puso el sello a todas las garantías posibles y más o menos exigibles respecto de la suspensión de las comunicaciones radiotelegráficas en Cartagena. Pero no obstante esta seguridad absoluta, las falsas noticias esparcidas aquí, en Europa y otras partes sobre la actividad de la estación y la consiguiente quiebra de nuestra neutralidad, han obligado al Gobierno a una acción continua e indefinida en guarda no diré de nuestro deber, pero sí de nuestra reputación. Esa acción ha consistido en la redoblada vigilancia ejercida por el Inspector oficial y las autoridades locales; en paralizar el telégrafo de San Andrés de Providencia, atendiendo a la dificultad de los viajes necesarios para inspeccionarlo; en la consecución de un oficial militar español, experto en este ramo y contratado como empleado del Gobierno, según se indica en el capítulo referente a los Estados Unidos y se explicará en el relativo a España; y en hacer resaltar en cada caso lo infundado de las noticias. En favor de todo esto ha continuado la acción de S. E. el señor *von Schwartzfeldt*, como lo prueba su nota de 7 de abril, referente a un pequeño aparato radiotelegráfico (ya suspendido) que, funcionando en Cartagena, podía, a pesar de su corto alcance, servir de base a comunicaciones más extensas, al ponerse en relaciones con aparatos más poderosos, pertenecientes a la Compañía frutera de Santa Marta, verbigracia. La nota surtió los efectos de su advertencia, y dice así:

Legación del Imperio alemán. — Número 854. — Bogotá, 2 de abril de 1917.

Señor Ministro:

Entre los rumores perfectamente infundados que en estos últimos días se han propalado por la prensa extranjera, se encuentra también la afirmación de que el inalámbrico de Cartagena continúa funcionando clandestinamente.

Como V. E. sabe tal servicio es absolutamente imposible porque esta Legación ha dado a V. E. la seguridad de que dicha estación se halla cerrada y además, aparte de la escrupulosa vigilancia que sobre ella se ejerce, está sellada e inhabilitada para el despacho.

Sin embargo, es posible que las afirmaciones mencionadas sí tienen algún fundamento en cuanto a lo que se refieren a telegramas inalámbricos interceptados por buques de guerra o mercantes de los aliados que cruzan a distancia de 25 hasta 40 millas de la costa colombiana cerca de Cartagena. Pues, como me escriben de ésa, se halla en la casa de los Hermanos cristianos de Cartagena, una estación inalámbrica de *amateur*, que tiene un alcance de casi 5 millas, y que está en comunicación con otra estación que se encuentra en la casa del señor Yanse, de Cartagena. Ya sucedió el caso que la estación inalámbrica de los Hermanos cristianos que tienen un instituto técnico en la iglesia de Santo Toribio, se puso en comunicación con buques fruteros anclados en el puerto de Cartagena, y no es difícil, según informes de expertos, que su alcance regular de 5 millas de tal estación se extienda en circunstancias favorables hasta un radio de 25 hasta 40 millas; de este modo es posible que los telegrafistas en las estaciones de los buques que pasan dentro de la distancia citada, cojan telegramas despachados de una estación no conocida y en idioma extranjero, y mantengan así los rumores anteriormente aludidos.

Para evitar molestias eventuales que puedan surgir de nuevo para la neutralidad de Colombia, me permito poner en conocimiento de V. E. lo anterior.

Grato me es reiterar a V. E. las seguridades de mi más alta consideración  
*Kracker v. Schwartzfeldt.*

A S. E. señor doctor don *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores. — E. S. D.

#### **Nr. 1705. Bericht über Verhandlungen mit Deutschland über die Nordseesperre.**

(Col. Gb. III S. 177.)

##### **Zonas marítimas cerradas al comercio.**

El 26 de marzo se sirvió la Legación de Alemania informar a este Despacho acerca de una providencia de su Gobierno en que se declaran cerradas al comercio neutral las regiones del océano ártico al este del grado 24 de longitud oriental y al sur del grado 75 de latitud setentrional, con excepción de las aguas territoriales de Noruega, de manera que en aquellas regiones se opondrán al tráfico marítimo las potencias centrales de Europa con las armas de que disponen, es decir, con toda clase de buques.

Ya la misma honorable Legación había comunicado desde el 8 de febrero una providencia igual respecto de las zonas marítimas al rededor de la Gran Bretaña, Francia e Italia y en el Mediterráneo oriental. Esta comunicación en que se avisa que en dichas zonas los buques neutrales navegarán exponiéndose a ser atacados por las armas de que disponen las potencias centrales, equivale a notificar el empleo de barcos submarinos contra todo buque que se presente en esas aguas. El Ministerio, al contestar la nota de 8 de febrero, expresó los conceptos e hizo las reservas que se hallan en la correspondencia siguiente:

Legación del Imperio alemán. — Número 534. — Bogotá, 8 de febrero de 1917.

Señor Ministro:

Por orden de mi Gobierno tengo el honor de poner en conocimiento de V. E. que en las zonas cerradas a todo tráfico marítimo al rededor de la Gran Bretaña, Francia e Italia y en el Mediterráneo oriental las Potencias centrales se opondrán con las armas de que disponen a dicho tráfico, por lo cual los buques neutrales que naveguen en tales zonas lo harán a su propio riesgo.

Aunque se han tomado las precauciones necesarias para que se respete a buques neutrales que el 1.º de febrero están en viaje a puertos situados dentro de las zonas cerradas, será muy necesario avisarlos mediante todas las medidas disponibles para que cambien inmediatamente su curso.

Los buques neutrales anclados en puertos situados dentro de las zonas cerradas, los pueden abandonar con entera seguridad si salen antes del 5 de febrero y toman el camino más corto para dirigirse al distrito abierto al tráfico.

El pliego que me permito añadir contiene la descripción de las zonas que se consideran en adelante como cerradas.

Por esto el Gobierno imperial considera como cosa importantísima que todos los Estados neutrales avisen tan pronto como les sea posible a sus buques, para que eviten en adelante los distritos mencionados y que aconsejen también a sus ciudadanos no viajen en buques mercantes *armados* del enemigo, porque tales buques serán igualmente tenidos y tratados por las Potencias centrales como buques de guerra aun fuera de las zonas cerradas.

Aprovecho esta oportunidad para reiterar a V. E. las seguridades de mi más alta consideración.

*Krucker v. Schwartzfeldt.*

A S. E. señor doctor don *Marco Fidel Suárez*, Ministro de Relaciones Exteriores. — E. S. D.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Bogotá, 16 de febrero de 1917.

Señor Ministro:

Tengo el honor de contestar la importante nota del día 8 del presente mes, por medio de la cual se ha servido V. E. comunicar al Gobierno de la República que las Potencias Centrales se opondrán al tráfico marítimo con las armas de que disponen en las zonas situadas al rededor de la Gran Bretaña, Francia e Italia, y en el Mediterráneo oriental; y que por esto los buques que se mueven en tales zonas lo harán a su propio riesgo.

Asimismo queda informado mi Gobierno de las providencias dictadas respecto de los buques que el 1.º de febrero se hallaban en viaje a puertos situados dentro de las zonas cerradas, y respecto de los que estaban anclados en ellas. Y también he tenido el honor de recibir el pliego que contiene la descripción de las zonas que se considerarán en adelante como cerradas.

Doy a V. E. las gracias por esta comunicación, que confirma los motivos que tiene el Gobierno de Colombia para ansiar la terminación del actual conflicto ~~cua~~ universal de las Potencias y para deplorar los resultados que él produce en el mundo. Entre ellos no es el menos lamentable la mudanza de ciertas prácticas tradicionales relativas a estas materias y que desde el principio de la guerra han presentado algunas fases nuevas con perjuicio de los neutrales y de las reglas más humanitarias que venían dirigiendo las relaciones de los beligerantes. Como ejemplo pueden citarse: la clasificación de los artículos de contrabando; las hostilidades contra la población distinta de los ejércitos; las desmedidas restricciones a la libertad de los mares; la ejecución de acciones de guerra en aguas territoriales de potencias neutrales, y el empleo de medios bélicos que imposibilitan o dificultan sobremanera la salvación de personas y propiedades inocentes.

Ante esta situación, que agrava los daños, perjuicios y dolores de la guerra, en vez de mitigarlos como lo prometía la corriente en que solía moverse la ley de las naciones hasta hace algunos años, el Gobierno de Colombia se reduce hoy a expresar sus votos por la paz y a esperar que se modifiquen los métodos y prácticas que en el conjunto del presente conflicto internacional han venido a alterar aquella corriente.

En cuanto a los efectos que en determinados casos y directamente puedan producir esos métodos y prácticas contra los derechos de Colombia, su Gobierno se reserva el de protestar contra ellos y demandar la justicia a que haya lugar.

Reitero a V. E. el testimonio de mi más alta y distinguida consideración.

*Marco Fidel Suárez.*

A S. E. el señor doctor *Kracker von Schwartzfeldt*, Enviado extraordinario y Ministro plenipotenciario del Imperio alemán, etc. etc. etc.

**Nr. 1706. Bericht über Verhandlungen mit Spanien wegen  
Behandlung der Unterseeboote in den Küstengewässern.**

(Col. Gb. III S. 187.)

**Comunicación relativa a buques submarinos.**

El 7 de agosto se sirvió comunicar a este Departamento la Honorable Legación de España en Bogotá el Real Decreto dictado por su Gobierno acerca de la navegación de buques submarinos en los mares territoriales. Conforme a tal decreto, que tiene relación con alguna de las Convenciones de La Haya, aquellas naves no pueden entrar en aguas jurisdiccionales de España, prohibición que tiene carácter de absoluta, pues no permite siquiera la permanencia durante las veinticuatro horas clásicas que se aplican a las naves de guerra conocidas.

**Nr. 1707. Bericht über Verhandlungen mit Frankreich über den Schutz der columbianischen Neutralität.**

(Col. Gb. III S. 198.)

Sobre una amistosa gestión que comprueba la neutralidad colombiana.

Digno de reconocimiento y acreedor a la estimación del Gobierno y del pueblo colombiano fue el procedimiento de S. E. el señor *Le Brun*, Ministro de Francia, quien en armonía con S. E. el señor *Wyndham*, Ministro de la Gran Bretaña, se dignaron, sirviendo simultáneamente a la amistad y a la justicia, informar a las Embajadas de la República y de S. M. Británicas acreditadas en Washington que las noticias esparcidas contra Colombia respecto de una alianza suya con Alemania, carecían de fundamento. Aunque se trataba de afirmaciones falsas, no por eso han carecido ellas de crédito, especialmente en los Estados Unidos, donde se procura hostilizar con esa clase de especies a nuestra Patria. Por eso mismo considero justo informaros acerca de esta gestión, que fue un servicio a la justicia y una prueba de buena voluntad a nuestra Patria, formulada en los términos de la siguiente nota:

Legación de la República francesa en Colombia. — Bogotá, 12 de marzo de 1917.

Señor Ministro:

El Embajador de la República francesa en Washington a quien he comunicado por telégrafo, de acuerdo con los deseos expresados por S. E., la afirmación de que no existe género alguno de alianza entre Colombia y Alemania, contra las aseveraciones de la prensa de Nueva York, acaba de responderme en un cablegrama.

M. *Jusserand* me encarga de presentar a S. E. sus sinceros agradecimientos por su bondad al comunicarle las informaciones expresadas. Al mismo tiempo me comunica que abriga la convicción, lo mismo que el Gobierno Americano, de que se trata únicamente de especies calumniosas.

Sírvase recibir, señor Ministro, las seguridades de mi más distinguida consideración.

*Raphael le Brun.*

**Nr. 1708. Bericht über Verhandlungen mit Italien über bewaffnete Handelsschiffe.**

(Col. Gb. III S. 215.)

Recibo de buques mercantes armados en defensa propia.

El año pasado tuve el honor de informaros cómo la Real Legación demandaba del Gobierno la admisión en nuestros puertos de buques mercantes italianos, provistos de cañones en la popa, de suerte que sus armas evidentemente eran defensivas y no ofensivas. Posteriormente, y en virtud de la



experiencia que va formándose acerca de los peligros causados por naves submarinas, la colocación de los cañones no se ha reducido a la parte posterior de los buques mercantes, y por eso se ha creído preciso ampliar la licencia para que en esas condiciones puedan entrar en los puertos de la República. Calificando el punto conforme a la práctica observada en otras naciones, y especialmente en los Estados Unidos de América, donde son recibidos los buques, o lo eran antes de la guerra con Alemania, sin ponerse óbice al emplazamiento de los cañones, se ha respondido al señor Ministro de acuerdo con su solicitud.

### e) Dänemark.

**Nr. 1709. Mitteilung vom 31. Juli 1914 über die Erklärung des dänischen Ministeriums des Auswärtigen hinsichtlich der Neutralität Dänemarks im Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 2. August 1914, erste Ausgabe, Nr. 179.)

Kopenhagen, 31. Juli.

Das Ministerium des Auswärtigen teilt mit: Da zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien der Krieg ausgebrochen ist, hat die Königliche Regierung beschlossen, für Dänemark während dieses Krieges vollständige Neutralität zu beobachten, hinsichtlich deren auf die Königliche Verordnung vom 20. Dezember 1912 verwiesen wird \*).

**Nr. 1710. Mitteilung vom 4. August 1914 über die Neutralität Dänemarks im Kriege zwischen Deutschland und Rußland sowie im Kriege zwischen Deutschland und Frankreich.** („Vossische Zeitung“ vom 5. August 1914, Abend-Ausgabe, Nr. 393.)

Kopenhagen, 4. August.

Da der Krieg zwischen Deutschland und Rußland und zwischen Deutschland und Frankreich ausgebrochen ist, hat die dänische Regierung beschlossen, absolute Neutralität während dieser Kriege zu beobachten.

**Nr. 1711. Mitteilung vom 5. August 1914 über Maßnahmen der dänischen Regierung zur Wahrung der Neutralität Dänemarks im Kriege zwischen Deutschland und England.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 7. August 1914, zweite Ausgabe, Nr. 183.)

Kopenhagen, 5. August.

Die dänische Regierung beschloß im heutigen Staatsrat, aus Anlaß des Krieges zwischen Deutschland und England die Neutralitätserklärung abzu-

\*) Die Verordnung vom 20. XII. 1912 ist mitgeteilt im Jahrbuch des Völkerrechts Bd. I S. 493. — Herausgeber.

geben. Nachdem bereits im dänischen Teil des Sundes Minensperre erfolgte, wurde beschlossen, im Großen Belt und im dänischen Teil des Kleinen Belt **Minen auszulegen**, um zu vermeiden, daß die Kriegsoperationen sich auf dänische Gewässer ausdehnen und um die Verbindung zwischen den dänischen Landesteilen aufrechtzuerhalten. Außerdem wurde beschlossen, den zweiten Teil der Sicherungsstärke auf Fünen und Jütland einzuberufen, sowie den zweiten bis einschließlich achten Jahrgang der Mannschaft Seelands, Laalands und Falsters. Diese Einberufung der Sicherungsstärke ist nicht gleichbedeutend mit der Mobilisierung.

**Nr. 1712. Mitteilung vom 7. August 1914 über die Neutralitäts-  
erklärung Dänemarks im Kriege zwischen Deutschland  
und England.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom  
8. August 1914, erste Ausgabe, Nr. 184.)

Kopenhagen, 7. August.

Die Regierung hat heute für den Krieg zwischen Deutschland und England die vollständige Neutralität Dänemarks erklärt.

**Nr. 1713. Mitteilung vom 7. August 1914 über die Neutralitäts-  
erklärung Dänemarks im Kriege zwischen Oesterreich-  
Ungarn und Rußland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“  
vom 8. August 1914, zweite Ausgabe, Nr. 184.)

Kopenhagen, 7. August.

Die Regierung hat heute die vollständige Neutralität Dänemarks im österreichisch-russischen Kriege erklärt.

**Nr. 1714. Mitteilung vom 14. August 1914 über die Neutralität  
Dänemarks im Kriege zwischen England und Oesterreich-  
Ungarn, Frankreich und Oesterreich-Ungarn sowie Mon-  
tenegro und Oesterreich-Ungarn.** (Wolffs Telegraphisches  
Bureau, 14. August 1914.)

Kopenhagen, 14. August.

Nachdem zwischen England und Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Oesterreich-Ungarn, Montenegro und Oesterreich-Ungarn der Krieg ausgebrochen ist, hat die dänische Regierung beschlossen, vollständige Neutralität zu beobachten.

**Nr. 1715. Mitteilung vom 16. August 1914 über eine Botschaft  
König Christians an das dänische Volk.** („Norddeutsche  
Allgemeine Zeitung“ vom 16. August 1914, zweite Ausgabe,  
Nr. 192.)

Die in Kopenhagen erscheinende „Skandinavische Presse“ veröffentlicht folgende Botschaft des Königs Christian:

„Bei der ernsten Lage, die für unser Vaterland durch die verhängnisvollen Ereignisse der letzten Tage eingetreten ist, fühlen wir den Drang, unserem Volke gegenüber folgendes auszusprechen.

Niemals vorher wurde das Gefühl der Verantwortung sowohl beim Einzelnen als bei der Nation als Gesamtheit stärker angerufen als gegenwärtig.

Unser Land steht in einem freundlichen Verhältnis zu allen Nationen. Wir dürfen die sichere Erwartung hegen, daß die strenge und zu allen Seiten gleichmäßige Neutralität, die wir immer als die auswärtige Politik unseres Landes hochgehalten haben, auch jetzt unweigerlich befolgt und von allen geachtet werden wird.

Wenn das die gemeinsame Auffassung der Regierung und aller verantwortlichen und besonnenen Männer ist, so müssen wir auch darauf bauen können, daß niemand durch übereilte Stimmungssäußerung, durch eine unbesonnene Demonstration oder auf andere Art die Würde und Ruhe bricht, die so entscheidend sind, um Vertrauen zur Haltung unseres Vaterlandes zu schaffen. Ein jeder hat nun seine Verantwortung und seine Pflicht. Wir sind überzeugt, daß der Ernst der Stunde die Handlungen aller dänischen Männer und Frauen prägen wird. Gott schütze unser Vaterland.“

**Nr. 1716. Mittellung vom 7. November 1914 über die Neutralität Dänemarks auch gegenüber der Erweiterung des Krieges durch Teilnahme der Türkei an den Feindseligkeiten.** („Kölnische Zeitung“ vom 9. November 1914, Morgen-Ausgabe, Nr. 1225.)

Kopenhagen, 7. November.

Das dänische Ministerium des Aeußern macht bekannt, daß aus Anlaß der Hineinziehung der Türkei in den Krieg die dänische Regierung beschlossen hat, den kriegführenden Mächten mitzuteilen, daß Dänemarks vollständige Neutralität auch gegenüber dieser Erweiterung des Krieges gilt.

**Nr. 1717. Mittellung vom 17. Februar 1915 über die Haltung der nordischen Staaten gegenüber der Anwendung neutraler Flaggen durch britische Handelsschiffe und gegenüber deutschen Maßnahmen in den Gewässern um die britische Inselgruppe.** („Hamburger Fremdenblatt“ vom 17. Februar 1915, Abend-Ausgabe, Nr. 48B.)

Kopenhagen, 17. Februar.

Die dänische, norwegische und schwedische Regierung einigten sich nach Verhandlungen in Stockholm, bei der britischen und der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben wegen der Gefahren, die der nordischen Schifffahrt drohen, teils durch die vom britischen Außenamt veröffentlichte Mitteilung über die eventuelle Anwendung neutraler Flaggen durch britische Handelsschiffe, teils durch die militärischen Maßnahmen in den Gewässern

um die britische Inselgruppe, die deutscherseits in Aussicht gestellt wurden. Die Noten, die die drei Regierungen, jede für sich, den beiden kriegführenden Ländern zustellen, sind gleichlautend.

Dem „Extrabladet“ zufolge sind beide Kammern des dänischen Parlaments auf morgen zu einer gemeinsamen geheimen Sitzung geladen, wie man annimmt, um die Blockadefrage zu besprechen. Es wird betont, daß die Sitzung friedlichen Charakter habe.

**Nr. 1718. Mitteilung vom 16. März 1915 über eine Erklärung des Verteidigungsministers im Folketing zur dänischen Neutralitätspolitik.** („Vossische Zeitung“ vom 17. März 1915, Abend-Ausgabe, Nr. 140.)

Kopenhagen, 16. März.

Im Folketing erklärte bei der dritten Lesung des Staatsvoranschlags auf eine Anfrage des Abg. *Wulff* der Verteidigungsminister namens der gesamten Regierung, die dänische Regierung und der Reichstag befänden sich in vollkommener Einigkeit darüber, daß die Politik Dänemarks auf unbedingte und unparteiische Neutralität gerichtet sein müsse. Während des gegenwärtigen Krieges sei es notwendig, daß Dänemark seine militärischen Mittel derart bereithalte, daß es gegebenenfalls seine Rechte wahrnehmen und seine Pflichten erfüllen könne, die ihm als einem neutralen Staate oblägen. Von diesem Gesichtspunkt aus seien die verschiedenen militärischen Maßnahmen getroffen worden. Die Anschauungen über die militärischen Fragen seien ja sehr verschieden, aber man handle klug und zum Nutzen des Vaterlandes, wenn man sich während des Krieges zur Erfüllung der größten aller Aufgaben sammle, nämlich, Dänemark frei und ohne Schaden durch den Krieg zu führen und friedliche und gute Beziehungen zu allen Mächten zu erhalten. Es sei bisher gelungen, eine einheitliche Neutralitätspolitik zu führen. Die Bestrebungen der Regierung hätten beim gesamten Reichstag Unterstützung gefunden. Die Regierung setze ihre Bestrebungen in der Hoffnung fort, daß ihr diese Unterstützung auch in Zukunft zuteil werde. Das Budget wurde darauf mit 80 Stimmen einstimmig angenommen.

**Nr. 1719. Mitteilung vom 17. März 1915 über Noten der nordischen Staaten an England und Frankreich anlässlich der französisch-englischen Repressalien hinsichtlich des Seehandels.** („Hamburger Fremdenblatt“ vom 18. März 1915, Abend-Ausgabe, Nr. 77B.)

Kopenhagen, 17. März.

Anlässlich der französisch-englischen Repressalien, den Seehandel betreffend, haben Verhandlungen zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden stattgefunden. Es wurde die Ueberreichung gleichlautender Noten an London und Paris beschlossen.

**Nr. 1720. Mitteilung vom 29. März 1915 über den englischen Ablehnungsbeschluß vom 24. März 1915 auf die Vorstellungen der Neutralen gegen den englischen Blockadekrieg.** („Hamburger Fremdenblatt“ vom 29. März 1915, Abend-Ausgabe, Nr. 88.)

Genf, 29. März.

Der Pariser „Ilerald“ meldet aus London, daß auf die letzten Vorstellungen der Neutralen und Nordamerikas gegen den englischen Blockadenkrieg wider Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Gesandten der Regierungen in London der Ablehnungsbeschluß der britischen Regierung am 24. März zugestellt worden ist.

**Nr. 1721. Mitteilung vom 26. Mai 1915 über die Neutralitäts-erklärung Dänemarks anläßlich der Teilnahme Italiens am Kriege.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. Mai 1915, erste Ausgabe, Nr. 146.)

Kopenhagen, 26. Mai.

Das Ministerium des Aeußern gibt bekannt: Aus Anlaß der Teilnahme Italiens am Kriege hat die dänische Regierung beschlossen, den kriegführenden Mächten mitzuteilen, daß die vollständige Neutralität Dänemarks auch gegenüber dieser Erweiterung des Krieges gelte.

**Nr. 1722. Mitteilung vom 16. Januar 1916 über die Beschlagnahme der skandinavischen Paketpost durch England.** („Frankfurter Zeitung“ vom 17. Januar 1916, zweite Ausgabe, Nr. 16.)

Stockholm, 16. Januar.

Nach einem Telegramm des schwedischen Konsuls in Kirkwall wurde die ganze skandinavische Paketpost auf der Fahrt nach Stockholm von England beschlagnahmt.

**Nr. 1723. Mitteilung vom 26. Juli 1916 hinsichtlich einer Erklärung des dänischen Ministeriums des Aeußern über einen skandinavischen Protest in London gegen die englische order in council vom 7. Juli 1916 mit der endgültigen Aufhebung der „Londoner Erklärung“.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. Juli 1916, erste Ausgabe, Nr. 207.)

Kopenhagen, 26. Juli.

Das Ministerium des Aeußern teilt mit: „Im Hinblick auf die englische order in council vom 7. VII. 1916, in der die Londoner Erklärung endgültig aufgehoben wird und gewisse Seerechtsregeln festgesetzt werden, haben die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung, welche diese Regeln

in mehreren wesentlichen Beziehungen als mit den völkerrechtlichen Grundsätzen nicht übereinstimmend betrachten, durch ihre Vertreter in London bei der englischen Regierung sich vorbehalten, die Vorstellungen und Vorbehalte geltend zu machen, zu welchen die Anwendung der erwähnten Regeln Anlaß geben könnte. Ein entsprechender Schritt wurde bei der französischen Regierung wegen ihres Erlasses vom 7. VII. 1916 betreffend die Aufhebung der Londoner Erklärung getan.“

**Nr. 1724. Mitteilung vom 30. August 1916 über die Neutralität Dänemarks im Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. September 1916, erste Ausgabe, Nr. 242.)

Wien, 30. August.

Der hiesige dänische Geschäftsträger gab heute im Ministerium des Aeußern die Erklärung ab, daß Dänemark gegenüber dem Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien die Neutralität bewahren werde.

**Nr. 1725. Mitteilung vom 31. August 1916 über die Neutralität Dänemarks im deutsch-italienischen Kriege.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. September 1916, erste Ausgabe, Nr. 242.)

Berlin, 31. August.

Der Königlich dänische Gesandte hat im Auftrage der dänischen Regierung hier mitgeteilt, daß Dänemark in dem deutsch-italienischen Kriege eine absolute Neutralität beobachten wird.

**Nr. 1726. Mitteilung vom 2. September 1916 über die Neutralität Dänemarks im deutsch-rumänischen Kriege.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. September 1916, erste Ausgabe, Nr. 244.)

Berlin, 2. September.

Die Königlich dänische Regierung hat hier amtlich zur Kenntnis gebracht, daß Dänemark in dem deutsch-rumänischen Kriege eine absolute Neutralität beobachten wird.

**Nr. 1727. Mitteilungen vom 29. Dezember 1916 über Friedensnoten der skandinavischen Staaten.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 30. Dezember 1916, zweite Ausgabe, Nr. 360.)

I.

Berlin, 29. Dezember.

Der schwedische Geschäftsträger, der dänische Gesandte und der norwegische Gesandte haben im Auftrage ihrer Regierungen heute im Aus-

wärtigen Amt gleichlautende Noten überreicht, die wir nachstehend in deutscher Uebersetzung wiedergeben:

„Die Königliche Regierung hat mit dem lebhaftesten Interesse von den Vorschlägen Kenntnis genommen, die der Präsident der Vereinigten Staaten soeben gemacht hat, um die Maßnahmen zur Herstellung eines dauerhaften Friedens zu erleichtern. Wenn sie auch jede Einmischung zu vermeiden wünscht, die legitime Gefühle verletzen könnte, so würde die Königliche Regierung ihre Pflichten gegenüber ihrem eigenen Volke und gegenüber der gesamten Menschheit nicht zu erfüllen glauben, wenn sie nicht ihre tiefste Sympathie für alle Bestrebungen ausdrücken würde, die der fortgesetzten Steigerung von Leiden sowie von moralischen und materiellen Verlusten ein Ende setzen könnten. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die Initiative des Präsidenten Wilson ein Ergebnis zeitigen wird, würdig der hochherzigen Gesinnung, von der ihr Urheber beseelt ist.“

## II.

Wien, 29. Dezember.

Der schwedische Gesandte und der dänische Geschäftsträger haben heute im Ministerium des Aeußern die wörtlich übereinstimmenden Noten überreicht, in welchen ihre Regierungen ihr Interesse an den Vorschlägen des Präsidenten *Wilson* und die Hoffnung ausdrücken, daß seine Initiative zu einem Ergebnis führen werde.

**Nr. 1728. Mitteilung vom 1. Januar 1917 über die unter dem 31. Dezember 1916 erteilte Antwort Oesterreich - Ungarns auf die skandinavische Friedensnote vom 29. Dezember 1916.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 2. Januar 1917, Nr. 1.)

Wien, 1. Januar.

Die vom K. und K. Minister des Aeußern den Vertretern Schwedens, Dänemarks und Norwegens auf ihre, die Friedensfrage betreffende Note unter dem 31. Dezember vorigen Jahres erteilte Antwort lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

„Ich hatte die Ehre, die Note vom 29. d. M. zu erhalten, mittels welcher es Ihnen gefällig war, mich von dem Interesse und der Anteilnahme Ihrer Regierung an dem jüngsten, die Herstellung eines dauernden Friedens bezweckenden Schritte des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, sowie von der Hoffnung ihrer Regierung in Kenntnis zu setzen, daß die Initiative Herrn *Wilson*s zu einem Ergebnisse führe, würdig der hohen Gesinnung, von der er sich hat leiten lassen.

Die K. und K. Regierung ist in der angenehmen Lage, feststellen zu können, daß ihre Auffassung in dieser Angelegenheit mit jener Ihrer Regierung übereinstimmt, und daß sie in ihrer am 27. d. M. veröffentlichten Antwort

den Anregungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, dessen hochherzige Beweggründe sie würdigt, eine sympathische Aufnahme bereitet hat.

Mit Befriedigung sieht daher die K. und K. Regierung die Unterstützung, welche die Königliche Regierung von Schweden (Dänemark, Norwegen) der Initiative Herrn *Wilsons* angedeihen läßt.

Indem ich Sie bitte, das Vorstehende Ihrer Regierung zur Kenntnis bringen zu wollen, benütze ich diesen Anlaß usw.“

**Nr. 1729. Mitteilung vom 2. Januar 1917 über die am 1. Januar 1917 erteilte Antwort Deutschlands auf die skandinavische Friedensnote vom 29. Dezember 1916.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. Januar 1917, zweite Ausgabe, Nr. 2.)

Berlin, 2. Januar.

Auf die Noten, die hier am 29. Dezember von den Gesandten Dänemarks, Schwedens und Norwegens übergeben worden waren, sind am 1. Januar den Gesandten die Antwortnoten zugestellt worden. Darin spricht die Kaiserliche Regierung vollstes Verständnis für die Beweggründe aus, die die drei Regierungen bei ihren Kundgebungen geleitet haben, verweist sodann auf die deutsche Note vom 12. Dezember und auf die Beantwortung der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Antwortnoten schließen mit der Bemerkung, daß es von der Antwort unserer Gegner abhängt, ob der Versuch, der Welt die Segnungen des Friedens wiederzugeben, von Erfolg gekrönt sein würde.

**Nr. 1730. Mitteilung vom 6. Februar 1917 über die Stellung Dänemarks zur Note *Wilsons* an die Neutralen, dem Beispiel Amerikas gemäß die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abubrechen.** („Neue Freie Presse“ vom 8. Februar 1917, Morgen-Ausgabe, Nr. 18845.)

Kopenhagen, 6. Februar.

Die Note des Präsidenten *Wilson* an die neutralen Staaten ist nach einer Meldung der Abendblätter heute gleichzeitig in Kopenhagen, Stockholm und Christiania überreicht worden. *Wilson* fordert darin die neutralen Staaten auf, dem Beispiel Amerikas zu folgen und die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abubrechen.

Sicherem Vernehmen nach wird die Antwort der dänischen Regierung auf die Note *Wilsons* darauf hinweisen, daß die Stellung der Vereinigten Staaten tatsächlich wie formell von der Stellung Dänemarks vollständig verschieden sei, daß es deshalb unmöglich sei, einen Vergleich anzustellen, und daß die skandinavischen Länder in Stockholm verhandeln, um gemeinsame skandinavische Vorstellungen auf völkerrechtlicher Grundlage anläßlich der deutschen Seesperrebestimmungen in Berlin zu machen.



**Nr. 1731. Mitteilung vom 7. Februar 1917 über die Stellungnahme Dänemarks zur Note Wilsons an die europäischen Neutralen in Sachen des unbeschränkten Unterseebootkrieges.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. Februar 1917, erste Ausgabe, Nr. 39.)

Kopenhagen, 7. Februar.

„Politiken“ meldet, daß die Note *Wilson*s vom amerikanischen Gesandten im Ministerium des Aeußern überreicht worden ist. Die Note enthält keine Aufforderung oder Anfrage, sondern stellt nur eine Meinungsäußerung dar, die infolge ihrer Form nach diplomatischem Brauch eine Antwort nicht beansprucht. Der Inhalt wurde im Ministerrat erörtert, der noch im Laufe des gestrigen Vormittags stattfand. Sämtliche Minister nahmen daran teil. Später hatte der Minister des Aeußern *Scavenius* eine Zusammenkunft mit dem amerikanischen Gesandten *Egan*, bei der er diesem den bereits gemeldeten Standpunkt der dänischen Regierung mitteilte. Eine weitere Antwort wird nicht abgegeben werden.

**Nr. 1732. Mitteilung vom 14. Februar 1917 über die skandinavische Antwort auf die deutsche Blockadenote.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 16. Februar 1917 erste Ausgabe, Nr. 46.)

Kopenhagen, 14. Februar.

Die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung sind übereingekommen, folgende Mitteilung zu veröffentlichen:

Die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung haben am Dienstag dem deutschen und dem österreichisch-ungarischen Gesandten Noten gleichen Wortlautes übermittelt, welche gegen die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn geplante Sperre gewisser Seegebiete Einspruch erheben. Die Note beginnt damit, an die Tatsache zu erinnern, daß die Regierungen sich während des Krieges zu wiederholten Malen gezwungen gesehen haben, formellen Einspruch gegen schwere Beeinträchtigungen der Rechte der Neutralen durch Maßregeln der verschiedenen kriegführenden Mächte zu erheben. Sodann hebt die Note hervor, daß die Regierungen, deren Schritte sich bei diesen verschiedenen Gelegenheiten, wie immer, vom Geist der vollständigsten und loyalsten Unparteilichkeit haben leiten lassen, sich darauf beschränkt haben, die unantastbaren Rechte der Neutralen zu verteidigen. Nachdem die Note hervorgehoben hat, daß die Regierungen bei früheren Gelegenheiten gegen die Maßregeln der Kriegführenden Einspruch erhoben haben, welche darauf abzielten, das freie Meer für die Benutzung durch die Neutralen zu verengen, geht sie dazu über, zu betonen, daß die Regierungen sich dieses Mal um so mehr in die Notwendigkeit versetzt sehen, bei denselben Gesichtspunkten zu verharren, als die der neutralen Schifffahrt bereiteten Hindernisse jetzt eine noch beträchtlichere Ausdehnung und Schwere haben.

Dann lenkt die Note die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die einzigen völkerrechtlichen Vorschriften, welche als Stütze für die Maßregeln angerufen werden könnten, deren Zweck es sei, allen Handel und alle Schifffahrt zum Feinde zu verhindern, die Vorschriften über die Blockade zur See seien. Ferner stellt die Note fest, wieweit ein Kriegführender das Recht haben kann, der friedlichen Schifffahrt die Durchfahrt durch Zonen zu verbieten, deren Grenzen von den feindlichen Küsten sehr entfernt sind, die allein in berechtigter Form blockiert werden könnten.

Schließlich erinnern die Regierungen an den allgemein anerkannten Grundsatz über die Seesperre, wonach ein neutrales Schiff nicht aufgebracht werden kann, wenn es sich eines Versuches, die Sperre zu brechen, enthält und wonach es im Falle seiner Aufbringung entsprechend den allgemeinen Vorschriften vor ein Prisengericht gebracht werden muß. Die Regierungen erklären hiermit, daß ihre Besorgnisse über die angekündigten Maßnahmen noch durch die Tatsache verschärft werden, daß die als gefährlich bezeichneten Zonen dem Anschein nach ausschließlich von Unterseebooten bewacht werden, deren Tätigkeit für die Angehörigen neutraler Staaten eine große Gefahr mit sich bringt, wie dies durch die im Laufe des Krieges gemachten Erfahrungen dargelegt worden ist.

Zuletzt hebt die Note die Tatsache hervor, daß die angekündigten Maßnahmen um so mehr den Grundsätzen des Völkerrechtes widerstreiten, als sie, wie dies der Inhalt der Mitteilung der Kaiserlichen Regierungen andeuten scheint, ohne Unterschied auf alle Schiffe angewandt werden würden, die in die bezeichneten Zonen einfahren, also auch auf diejenigen, die nicht nach einem feindlichen Hafen bestimmt sind, sondern sich nur auf der Fahrt zwischen zwei neutralen Häfen befinden.

Indem sie sich auf die Grundlage der obigen Erwägungen stellen, protestieren die Regierungen in aller Form gegen die vom Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn getroffenen Maßnahmen und machen alle Vorbehalte hinsichtlich etwaiger Verluste an Menschenleben und materiellen Schäden.

**Nr. 1733. Mitteilung vom 11. Mai 1917 über die nordische Ministerzusammenkunft in Stockholm.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 13. Mai 1917, erste Ausgabe, Nr. 131.)

Stockholm, 11. Mai.

Ueber die Ministerzusammenkunft wurde eine amtliche Mitteilung gemacht, in der es u. a. heißt:

Im Laufe der Besprechung der schwedischen, dänischen und norwegischen Minister hat sich der einmütige Wille der drei Länder herausgestellt, die von ihnen bisher befolgte Politik unparteiischer Neutralität aufrechtzuerhalten. Wie zuvor weisen die drei Regierungen den Gedanken von der Hand, sei es allein, sei es im Verein mit den anderen neutralen Regierungen, die Initiative zu einer Vermittlung zwischen den Kriegführenden oder andere Maßnahmen derselben Art zu ergreifen.

Die Konferenz war einmütig der Ansicht, daß ein Zusammenwirken mit den anderen neutralen Staaten zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen und insbesondere über die Grundsätze des zukünftigen Völkerrechts geschaffen werden müsse. Die Aufmerksamkeit der drei Regierungen ist auf die Tatsache gerichtet, daß diese letztere Frage zu dem Arbeitsprogramm der interparlamentarischen Gruppen der drei nordischen Länder gehört.

Die Konferenz hat ferner die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Einfuhr der drei skandinavischen Länder auf dem Seewege eingehend erörtert. Sie hat außerdem im großen die Linien eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der drei Länder während des Krieges und nach ihm gezogen und den Wunsch ausgedrückt, den wirtschaftlichen Zusammenschluß und den Warenaustausch, wie sie schon im Laufe des Weltkrieges zwischen ihnen bestehen, fortgesetzt und entwickelt zu sehen.

Die Konferenz hat auch die Nützlichkeit einer neuen Zusammenkunft von technischen Vertretern der drei skandinavischen Länder anerkannt, um die Frage zu prüfen, ob Maßnahmen und, bejahendenfalls, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um den Kampf gegen die Gefahr der schwimmenden Minen auch nach dem Kriege vorzubereiten.

**Nr. 1734. Telegramm vom 10. Januar 1918 des dänischen Ministers des Aeußern zur Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 11. Januar 1918, Nr. 20.)

Kopenhagen, 10. Januar.

Der Minister des Aeußern sandte heute morgen an die Regierung Finnlands nachstehendes Telegramm: Im Anschluß an die Aeußerung Seiner Majestät des Königs zu der finnischen Delegation, durch die derselben die Stellung der dänischen Regierung bekannt wurde, habe ich die Ehre, mitzuteilen, daß die dänische Regierung Finnland als freien, unabhängigen Staat anerkennt und darin einwilligt, mit der Regierung Finnlands in direkte Verbindung zu treten.

**Nr. 1735. Mitteilung über die dänische Thronrede vom 28. Mai 1918 zur Neutralitätspolitik Dänemarks.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. Mai 1918, Nr. 269.)

Kopenhagen, 28. Mai.

Der Reichstag wurde heute unter großer Feierlichkeit im Schloß Christiansborg, dem neuen Reichstagsgebäude, eröffnet. Der König verlas eine Thronrede, in der auf die Bedeutung der Tagung hingewiesen wird, die auf Grund des neuen, allen Bürgern gleiches Recht verleihenden Gesetzes zum erstenmal zusammentritt. Zu der der Tagung obliegenden Arbeit betonte der König, daß sie von dem herrschenden Zustande unter ständiger täglicher

Berücksichtigung der Ansprüche, welche die auswärtigen und inneren Verhältnisse mit sich führen, geleitet werden müsse. Die strenge und gleichmäßige Neutralitätspolitik der Regierung habe die uneingeschränkte Zustimmung der Bürger des Landes und aller Parteien des Reichstages erhalten und auch bei den Kriegführenden Anerkennung gefunden. Diese Politik werde die Regierung unabänderlich auf dem bisher verfolgten Wege fortsetzen.

## f) Mexiko.

**Nr. 1736. Notenwechsel zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Tätigkeit deutscher Unterseeboote im Golf von Mexiko.** („Neue Freie Presse“ vom 8. März 1917, Morgenblatt, Nr. 18873.)

Die Anfrage der Vereinigten Staaten.

„Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika. — Nr. 168.

Mexiko, den 26. Oktober 1916.

Exzellenz!

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich gestern um 6 Uhr nachmittags nachstehendes Telegramm des Herrn Staatssekretärs der Vereinigten Staaten erhalten habe:

„Teilen Sie General *Carranza* mit, daß der Vertreter Großbritanniens in Washington Nachricht über die Tätigkeit deutscher Unterseeboote im Golf von Mexiko empfangen hat und hinzufügt, daß die Alliierten sich gezwungen sehen werden, nachdrückliche Maßnahmen zu ergreifen, falls sie in Kenntnis gelangen, daß ihren Feinden Hilfe im mexikanischen Territorium gewährt worden ist. Bewirken Sie, daß General *Carranza* erfasse, welche große Bedeutung der sofortigen Ergreifung von wirksamen Maßnahmen zukommt, welche dahin zielen, daß der Gebrauch des mexikanischen Territoriums als Operationsbasis kriegführender Schiffe verhindert wird, sowie die Notwendigkeit, unverzüglich — wenn es noch nicht geschehen sein sollte — eine strenge Zensur der drahtlosen Telegramme anzuordnen, insbesondere solcher, die aus Mexiko Schiffe auf hoher See zu erreichen bestimmt sind oder die sich auf die Bewegung von Schiffen beziehen. General *Carranza* soll sich beständig vor Augen halten, daß die leichteste Verletzung der mexikanischen Neutralität zu den transzendentalsten und nachteiligsten Folgen führen kann.

(Unterzeichnet:) *Lansing*.“

Ich beehre mich, Eure Exzellenz zu bitten, dieses Schriftstück zur Kenntnis General *Carranzas* gütigst bringen zu wollen, und ergreife diese Gelegenheit, Eure Exzellenz meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

(Gezeichnet:) *Charles B. Parker*.“

## Die Antwort Mexikos.

„Mexiko, den 4. November 1916.

Herr Stellvertreter!

Ich habe die Ehre, auf das höfliche Schreiben Eurer Hochwohlgeboren Nr. 168 vom 26. des verflissenen Monats Bezug zu nehmen, worin Sie diesem Sekretariat ein Telegramm des Staatssekretariats der Vereinigten Staaten abschriftlich mitteilen. Auf Anweisung des ersten mit der Exekutivgewalt der Nation beauftragten Oberbefehlshabers der konstitutionalistischen Armee erlaube ich mir, Eurer Hochwohlgeboren um Uebermittlung nachstehender Note an Seine Exzellenz den Herrn Sekretär für die äußeren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten zu bitten:

„Ich beehre mich, Eurer Exzellenz die von Herrn *Charles B. Parker* an dieses Sekretariat vollzogene Uebermittlung eines Telegramms Eurer Exzellenz zu bestätigen, worin Sie sagen, der Vertreter Großbritanniens in Washington habe Nachricht über die Tätigkeit deutscher Unterseeboote im Golf von Mexiko erhalten und füge hinzu, daß die Alliierten sich gezwungen sehen würden, nachdrückliche Maßnahmen zu ergreifen, falls sie in Kenntnis kämen, daß ihre Feinde Hilfe aus dem mexikanischen Territorium erhalten, und worin Sie gleichzeitig die Notwendigkeit beteuern, raschest die wirksamsten Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß mexikanisches Territorium als Operationsbasis kriegführender Schiffe gebraucht werde, da die leichteste Verletzung der mexikanischen Neutralität in diesem Falle zu den transzendentalsten Folgen führen kann.

In schuldiger Beantwortung habe ich die Ehre, Eurer Exzellenz gegenüber dem tiefen Befremden Ausdruck zu geben, das bei der mexikanischen Regierung die Tatsache hervorgerufen hat, daß Se. Exzellenz der Herr Botschafter Großbritanniens in Washington sich an die Regierung der Vereinigten Staaten gewendet hat in einer Angelegenheit, welche ausschließlich Mexiko betrifft, um so mehr als Großbritannien einen bei der mexikanischen Regierung akkreditierten Vertreter unterhält, dessen Vermittlung der Vertreter Großbritanniens hätte in Anspruch nehmen sollen. Nichtsdestoweniger beantwortet — als eine Höflichkeitsbezeugung gegenüber der Regierung Eurer Exzellenz — die mexikanische Regierung dieses Mal die Vorstellungen, welche die Regierung Großbritanniens durch Ihre Vermittlung erhoben hat.

Die mexikanische Regierung betrachtet es als ungerechtfertigt, daß die Alliierten sie verantwortlich machen wollen für die Tätigkeit deutscher Tauchboote im Golf von Mexiko, da ja solche Tauchboote amerikanische Häfen angelaufen und auch Schiffe innerhalb der territorialen Gewässer der Vereinigten Staaten versenkt haben, ohne daß dieses Verhalten irgendwelche Konflikte oder Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern hervorgerufen hätte und ohne daß aus diesem Grunde die Regierung Eurer Exzellenz verantwortlich gemacht worden wäre. Nichtsdestoweniger erlaubt sich die mexikanische Regierung — ihrem Wunsche gemäß, die herzlichen Beziehungen, welche immer zwischen Mexiko und Großbritannien glücklicherweise obwalteten,

zu erhalten — Großbritannien gegenüber anzuregen, wie nützlich es sein würde, wenn die englische Flotte die deutschen Unterseeboote verhinderte, aus ihrer heimatlichen Basis auszufahren. Dadurch wäre die mexikanische Republik gegen unangenehme Begebenheiten gedeckt, welche der gegenwärtige europäische Konflikt veranlassen könnte.

Wenn die in diesem Sinne von Großbritannien ergriffenen Maßnahmen nicht wirksam wären, dann wird die mexikanische Regierung nach Erfordernis der Umstände handeln, falls deutsche Tauchboote in mexikanischen Gewässern fahren.“

Indem ich Eurer Hochwohlgeboren für die Uebermittlung der vorstehenden Note an Seine Exzellenz den Herrn Staatssekretär der Vereinigten Staaten danke, erneuere ich die Versicherung meiner Hochachtung.

Der Sekretär: *Aguilar*.“

**Nr. 1737. Mitteilung vom 13. Februar 1917 über die an Wilson gerichtete mexikanische Note mit dem Vorschlag, an die kriegführenden Staaten weder Lebensmittel noch Munition zu liefern.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 20. Mai 1917, zweite Ausgabe, Nr. 138.)

Die Zeitung „La Prensa“ in Buenos Aires veröffentlicht am 13. II. den wichtigsten Teil der mexikanischen Note an die Vereinigten Staaten von Amerika, in der Mexiko seinerzeit vorschlug, an die kriegführenden Staaten weder Lebensmittel noch Munition zu liefern. Dieser lautet:

„Schon mehr als zwei Jahre sind verflossen, seitdem dieser Kampf mit den Waffen, der riesenhafteste, den die Weltgeschichte kennt, angefaugen hat, Tod, Verwüstung und Elend zu verbreiten und die Gefühle der Menschlichkeit in höchste Erregung zu setzen. Es ist sündhaft und unmenschlich, daß die Länder, die am Kriege nicht beteiligt sind, hiergegen gleichgültig bleiben. Die erhabenen Gefühle der menschlichen Gemeinschaft veranlassen Mexiko nunmehr, seine bescheidene Mitwirkung anzubieten, um dem schrecklichen Kriege ein Ende zu bereiten.

Der ganzen Welt erscheint der Krieg als eine Feuersbrunst, als eine Plage, welche schon seit langem auf seinen Herd hätte beschränkt, dessen Dauer hätte abgekürzt und dessen Ausdehnung hätte vermieden werden müssen.

Nichts ist in dieser Hinsicht geschehen, und der Handel der neutralen Länder, insbesondere der von Amerika, hat vor der Geschichte eine große Verantwortung auf sich genommen, weil die Neutralen den Kriegführenden helfen, sei es mit Geld, Lebensmitteln oder mit Munition. Sie alle tragen hierdurch zur Verlängerung des großen Weltbrandes bei.

Erhabene Gründe der Menschlichkeit, der Moral und des nationalen Selbsterhaltungstriebes müßten die Neutralen zwingen, dieses Tun aufzugeben und künftighin jede Hilfeleistung, durch welche die Fortführung des Krieges ermöglicht wird, zu verweigern.

Aus diesen Gründen gestattet sich Mexiko, mit der größten Hochachtung vor der Souveränität der kriegführenden Länder, aber geleitet von den höchsten Gefühlen der Menschlichkeit, der Selbsterhaltung und der Selbstverteidigung, der dortigen Regierung sowie der aller übrigen neutralen Nationen vorzuschlagen, auf der Grundlage einer vollkommenen Gleichheit gegenüber den beiden kriegführenden Parteien diese aufzufordern, den Krieg zu beenden, sei es aus eigener Initiative heraus, sei es durch die freundschaftliche Vermittlung aller Nationen, welche diese Aufforderung Mexikos annehmen. Sollte nach angemessener Zeit der Friede nicht hergestellt sein, so sollen die Neutralen die Maßregeln ergreifen, die geeignet sind, den Brand auf seine engsten Grenzen zu lokalisieren, nämlich den Kriegführenden alle Hilfsmittel verweigern und bis zum Ende des Krieges jeden Handelsverkehr mit ihnen einstellen.

Mexiko gibt zu, daß diese von ihm vorgeschlagenen Maßregeln nicht ganz mit dem internationalen Recht in Einklang stehen, aber es gibt zu bedenken, daß dieser Krieg ebenfalls ohne Vorbild ist und daher eine höchste Anstrengung und neue Mittel erfordert, welche die eng und egoistisch begrenzten Gesetze der Nationen noch nicht kennen.

Mexiko weiß wohl, daß kein neutraler Staat, wie mächtig er auch sein mag, aus sich allein eine Maßregel dieser Art ergreifen kann, und daß das gewünschte Ergebnis nur unter Mitwirkung aller der neutralen Länder, die großen Einfluß auf die kriegführenden Mächte besitzen, durchgeführt werden kann.

In Amerika sind es besonders die Vereinigten Staaten, Argentinien, Brasilien und Chile, in Europa Spanien, die Schweiz und Norwegen, die den größten Einfluß und die größte Bewegungsfreiheit haben. Diese können eine entscheidende Haltung einnehmen und die Anregung unterstützen, die wohl eines ernsten Studiums und eingehender Prüfung wert ist, trotzdem sie aus einem Lande kommt, das augenblicklich für schwach und daher für unfähig gehalten wird zu einer wirksamen internationalen Anstrengung.“

**Nr. 1738. Mitteilung vom 20. Februar 1917 über die Aufnahme der vorstehenden Note durch Amerika.**  
(„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 22. Februar 1917, erste Ausgabe, Nr. 52.)

Washington, 20. Februar.

Staatssekretär *Lansing* hat die Note des Präsidenten von Mexiko, *Carranza*, der die Einstellung der Munitionsausfuhr von Amerika zu den Kriegführenden vorgeschlagen hatte, durch die bloße Bestätigung des Empfanges der Mitteilung beantwortet.

**Nr. 1739. Mitteilung vom 17. März 1917 über die Beantwortung der mexikanischen Note in Sachen der Munitionslieferungen an die Alliierten durch Amerika.**  
(„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 19. März 1917, Nr. 77.)

Washington, 17. März.

Die Regierung hat in ihrer Antwort auf die mexikanische Note, in der vorgeschlagen wurde, die Munitionslieferungen an die Alliierten zu verbieten,

den Vorschlag zurückgewiesen und ihn als ausgesprochen deutschfreundlich bezeichnet.

**Nr. 1740. Mitteilung vom 19. März 1917 über eine mexikanische Note an die Vereinigten Staaten von Amerika zur Herbeiführung des Friedens in Europa.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 25. März 1917, erste Ausgabe, Nr. 83.)

New York, 19. März.

„Associated Press“ meldet aus Mexiko: Die mexikanische Regierung hat an die Vereinigten Staaten folgende neue Note gerichtet: Mit Bezug auf die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Note, die General *Carranza* an die Regierungen der neutralen Staaten im Interesse des Friedens gerichtet hat, schlägt die mexikanische Regierung ein Zusammenarbeiten vor, um zu verhindern, daß Länder unseres Erdteiles an dem europäischen Kriege teilnehmen, und sie wird ihre Anstrengungen zur Herbeiführung des Friedens in Europa fortsetzen.

**Nr. 1741. Mitteilung vom 20. März 1917 über die Antwort der Vereinigten Staaten von Amerika auf die mexikanische Note mit dem Vorschlage eines Ausfuhrverbots von Material an die Kriegführenden in Europa.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 25. März 1917, zweite Ausgabe, Nr. 83.)

New York, 20. März.

„Associated Press“ meldet aus Washington: Das Staatsdepartement veröffentlicht die Note an *Carranza*, in der der Vorschlag abgelehnt wird, daß die Neutralen durch Ausfuhrverbot von Material an die Kriegführenden Europa zum Frieden zwingen sollten.

Die Weigerung wird damit begründet, daß gegenwärtig offenbar keine Hoffnung auf Frieden bestehe, was durch das Mißlingen der Anstrengungen *Wilsons* und durch Deutschlands Versuche bewiesen sei, Mexiko und Japan mit Amerika in einen Krieg zu verwickeln. Außerdem sei man der Ansicht, daß jede Einschränkung des Handels mit den Kriegführenden unneutral wäre.

Die Note fährt fort: Die Vereinigten Staaten hätten dem Vorschlag sorgfältige und freundschaftliche Aufmerksamkeit entgegengebracht, verweist jedoch auf die zunehmende Schärfe der Kriegführung und fährt fort:

„Die Lage ist dadurch noch gespannter geworden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ein Komplott der Regierung, die die Zentralmächte beherrscht, entdeckt hat, das dazu bestimmt ist, nicht nur die Regierung und das Volk Mexikos, sondern auch Regierung und Volk Japans in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu verwickeln. Zur Zeit, da dieser Plan gefaßt wurde, waren die Vereinigten Staaten mit dem Deutschen Reich in Frieden, und die deutschen Beamten und deutschen Untertanen genossen nicht nur die Freiheiten und Vorrechte, die ihnen reichlich auf amerikanischem



Boden und unter amerikanischem Schutz gewährt wurden, sondern mißbrauchten sie.“

Die Note beschäftigt sich dann mit dem Vorschlag, die Handelsbeziehungen mit den kriegführenden Nationen abubrechen, und nimmt auf die Note an Oesterreich-Ungarn Bezug, um zu zeigen, daß die Politik der Vereinigten Staaten es ablehnt, die Munitionsverschiffung einzustellen. Diese Haltung der Vereinigten Staaten gründe sich auf die gesunden Prinzipien des Völkerrechts und sei in Uebereinstimmung mit dem hergebrachten Brauch der Nationen. Der Präsident könne solche Aenderungen dieser Prinzipien oder dieses Gebrauchs, wie sie die Zustimmung zu dem Vorschlag General *Carranzas*, die Handelsbeziehungen mit den kriegführenden Völkern abubrechen, bedinge, nicht in Betracht ziehen.

Die Note schließt: „Der Präsident wünscht nicht so verstanden zu werden, als wolle er das Fortschreiten einer Bewegung hindern, die zur Wiederaufnahme friedlicher Beziehungen zwischen allen Kriegführenden führt. Wenn er unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in der Lage sei, zu handeln, so müsse die mexikanische Regierung nicht denken, daß sich diese Haltung gegen die hohen Ideale *Carranzas* richte, unter Mitwirkung anderer neutralen Regierungen und durch ihre guten Dienste und freundliche Vermittlung das Ende des schrecklichen Krieges herbeizuführen.“

**Nr. 1742. Mitteilung vom 16. April 1917 über die Neutralitätserklärung Mexikos im Weltkriege.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 17. April 1917, zweite Ausgabe, Nr. 105.)

Mexiko, 16. April.

*Carranza* erklärte im neuen Kongreß, daß Mexiko im Weltkriege eine strikte Neutralität einhalten wird.

## g) Norwegen.

**Nr. 1743. Bericht über die norwegischen Neutralitätserklärungen.**

(N. Glb.\*) S. 1.)

Am 1. VIII. 1914 wurde folgende königliche Kundgebung erlassen:

„Aus Anlaß des zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien ausgebrochenen Krieges haben wir, was Norwegen anbetrifft, beschlossen, vollständige Neutralität zu beobachten.“

\*) Norwegisches Gelbbuch: Oversigt over de vigtigste av utenriksdepartementet under krigen indtil mai 1916 behandlede saker som egner sig for offentlig gjorelse. Kristiania 1916.

(Angeführt als N. Glb.)

Herausgeber.

Zu gleicher Zeit wurden im Hinblick auf darüber getroffene Abmachungen in Dänemark und Schweden ähnliche Neutralitätserklärungen erlassen.

Am 4. VIII. 1914 folgte eine weitere königliche Kundgebung, also lautend:

„Wir haben, Norwegen angehend, beschlossen, während des gegenwärtigen, zwischen fremden Mächten geführten Krieges vollkommene Neutralität zu beobachten.“

Am 8. VIII. 1914 verlas der Staatsminister im Storting folgende Mitteilung:

„Aus Anlaß dessen, daß zwischen mehreren fremden Mächten Krieg ausgebrochen ist, haben die norwegische und die schwedische Regierung gegenseitig ihre bestimmte Absicht erklärt, während des auf diese Weise entstandenen Kriegszustandes, jede für sich, ihre Neutralität bis zum äußersten gegenüber allen kriegführenden Mächten aufrechtzuerhalten. Die beiden Regierungen haben außerdem bindende Versicherungen ausgetauscht mit dem Zweck, die Möglichkeit auszuschließen, daß der Kriegszustand in Europa das eine Reich dazu führen könne, feindliche Maßregeln gegen das andere zu treffen.“

Aus Anlaß der Mitteilungen Italiens und Oesterreich-Ungarns über den Kriegsausbruch zwischen diesen beiden Reichen teilte die norwegische Regierung den Regierungen beider Länder mit, daß die norwegische Regierung nicht beabsichtige, von dem Grundsatz abzuweichen, welcher in der königlichen Kundgebung vom 4. VIII. 1914 vertreten sei und welcher bestimmte, während des Krieges vollkommene Neutralität zu beobachten.

Es ist von keiner Seite die Anforderung gestellt worden, daß die norwegische Regierung ihre neutrale Stellung aufgeben solle.

#### **Nr. 1744. Bericht über das Zusammengehen Norwegens mit Dänemark und Schweden während des Krieges.**

(N. Glb. S. 45.)

#### **Das Zusammenarbeiten Norwegens mit Dänemark und Schweden während des Krieges.**

In anderen Abschnitten dieser Darstellung ist folgendes über das Zusammenarbeiten zwischen Norwegen, Dänemark und Schweden ausgeführt:

Im Hinblick auf darüber getroffene Abmachungen erließen die 3 Länder am 1. VIII. 1914 gleichlautende Neutralitätserklärungen.

In den ersten Tagen des Krieges gaben Norwegen und Schweden gegenseitige Erklärungen ab darüber, daß sie während des Krieges, jeder für sich, bis zum äußersten ihre Neutralität allen kriegführenden Mächten gegenüber aufrechterhalten wollten und tauschten bindende Erklärungen aus zu dem Zweck, die Möglichkeit auszuschließen, daß der Kriegszustand in Europa das eine Reich dazu führen könne, feindliche Maßregeln gegen das andere zu treffen.

Am 13. XI. gaben Norwegen, Dänemark und Schweden, nach vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Vertretern ihrer Landesregierungen, an

England, Frankreich, Rußland und Deutschland gleichlautende Noten ab, worin Vorstellungen erhoben wurden gegen das Minenauslegen als unvereinbar mit den Rechten der Neutralen, gegen die Einschränkungen der freien Fahrt der Neutralen auf dem Meere, gegen Eingriff in die Rechte der Neutralen durch Erweiterung und Verdrehung des Kriegskontrebandebegriffs, gegen Anwendung der Lehre von der „fortgesetzten Reise“ auf bedingte Kontrebande und Bruch der alten Regeln über Visitation im Hinblick auf Kriegskontrebande.

Mitte Februar 1915 stellten die norwegischen, dänischen und schwedischen Regierungen der britischen und der deutschen Regierung gleichlautende Noten zu, worin Vorstellungen erhoben wurden gegen die vom englischen Minister des Äußern veröffentlichte Mitteilung über Anwendung von neutralen Flaggen auf englischen Handelsschiffen und betreffs der militärischen Maßregeln, welche von deutscher Seite in Aussicht genommen wurden im Fahrwasser rund um die britische Inselgruppe.

Am 10. II. 1915 und folgende Tage wurde in Göttingen von Schiffsreedern und Handelssachverständigen als Beauftragten der norwegischen, schwedischen und dänischen Regierungen eine Konferenz abgehalten, betreffend Verhaltensmaßregeln zur Regulierung der Schiffsfrachten.

Am 20. II. 1915 und folgende Tage wurde in Kopenhagen eine Konferenz von Vertretern der norwegischen, dänischen und schwedischen Regierungen abgehalten zwecks Erörterung von Fragen über Veranstaltungen zur Aufrechterhaltung der Schifffahrt in der Nordsee. (Begleitung der Handelschiffe.)

Im Februar 1915 einigten sich die 3 Regierungen über die Zusammenarbeit zur Sicherung der Schifffahrt gegen Minengefahr, übereinstimmend mit Vorschlägen, auf einer Konferenz in Kristiania von Marineoffizieren ausgearbeitet, die zu diesem Zweck von den 3 Regierungen dorthin gesandt waren.

Ungefähr um Mitte März gaben die 3 Regierungen an England und Frankreich gleichlautende Noten ab, Vorstellungen enthaltend gegen die Verfügungen, welche diese beiden Länder getroffen hatten, um den Handel der Neutralen mit Deutschland abzuschneiden.

Die oben angeführten Verhältnisse sind näher ausgeführt in dem betreffenden Abschnitt dieser Darstellung.

Die offizielle skandinavische Zusammenarbeit hat — neben dem oben Angeführten — hauptsächlich ihren Ausschlag gefunden in der Königszusammenkunft in Malmö im Dezember 1914 und in der Ministerzusammenkunft in Kopenhagen im März 1916.

Auf Einladung des Königs von Schweden fand am 18. und 19. XII. 1914 in Malmö eine Zusammenkunft statt zwischen den norwegischen, dänischen und schwedischen Königen. Die Könige waren von ihren Ministern des Äußeren begleitet. Es war im voraus in einer offiziellen Mitteilung gesagt, daß die Zusammenkunft der Ausdruck des guten Verhältnisses sein sollte, welches zwischen den 3 nordischen Reichen bestand und daß völlige Einig-

keit unter ihnen bestehe über die Aufrechterhaltung der bis hierhin durchgeführten Neutralitätspolitik. Die Zusammenkunft hatte besonders den Zweck — so war in der Mitteilung gesagt —, Gelegenheit zu geben, über die Mittel zu beraten, welche in Anwendung kommen sollten, um die Schwierigkeiten zu begrenzen, welche der Kriegszustand für die 3 Länder mit sich brachte.

Zufolge einer am 20. XII. 1914 veröffentlichten Mitteilung eröffnete König *Gustav* die Zusammenkunft mit einer Rede, worin der König, indem er gleichzeitig die Einigkeit der nordischen Reiche, ihre Neutralitätspolitik aufrechtzuerhalten, hervorhob, den Wunsch äußerte nach fortgesetzter Zusammenarbeit zum Schutz gemeinsamer Interessen. Der König sagte, daß er die Monarchen Norwegens und Dänemarks zur Verhandlung eingeladen hätte in dem Bewußtsein der Verantwortung der Mit- und Nachwelt gegenüber, damit nichts unterlassen würde, was zum gemeinsamen Vorteil der 3 Völker dienen könne. König *Gustavs* Rede wurde von König *Haakon* und König *Christian* beantwortet, welche beide ihre außerordentliche Freude über König *Gustavs* Anregung aussprachen und gleichzeitig die Hoffnung ausdrückten, daß die Zusammenkunft gute und segensreiche Folgen für die 3 Völker haben möge. Die Verhandlungen zwischen den Königen und den Ministern der äußeren Angelegenheiten, heißt es weiter in der Mitteilung, haben nicht nur dazu gedient, das bestehende gute Verhältnis zwischen den 3 nordischen Reichen von neuem zu befestigen, sondern während der Verhandlungen ist auch Einigkeit in den besonderen Fragen konstatiert worden, welche von der einen oder anderen Seite zur Erwägung gestellt wurden.

Endlich ist man darüber einig geworden, die so glücklich eingeleitete Zusammenarbeit fortzusetzen und zu diesem Zweck, wenn die Umstände hierzu Veranlassung geben, die Vertreter der Regierungen wieder zusammenkommen zu lassen.

Unter Hinweis auf die bei der Königszusammenkunft in Malmö getroffenen Abmachungen über die Form der fortgesetzten Zusammenarbeit machte König *Gustav* in der letzten Hälfte des Februar 1916 den Vorschlag einer Zusammenkunft der Staatsminister und der Minister der äußeren Angelegenheiten der 3 Reiche in Stockholm.

Dieser Vorschlag wurde von Norwegen und Dänemark wohlwollend aufgenommen, aber es wurde von dänischer Seite doch der Wunsch ausgesprochen, daß die Zusammenkunft in Kopenhagen stattfinden möge. Nachdem der König von Schweden und die schwedische Regierung und der König von Norwegen und die norwegische Regierung sich einverstanden erklärt hatten, diesen Wunsch zu berücksichtigen, erließ der König von Dänemark und die dänische Regierung Einladungen an die norwegischen und schwedischen Staatsminister und die Minister der äußeren Angelegenheiten, am 9. III. 1916 mit dem dänischen Konseilspräsidenten und dem Minister des Aeußern in Kopenhagen zusammenzutreffen, welche Einladung angenommen wurde. Bei der Zusammenkunft, welche, wie in einer vorausgehenden Mitteilung gesagt wurde, ein neuer Ausdruck des guten Verhältnisses zwischen den 3 nordischen Reichen

und der Wunsch der Aufrechterhaltung einer loyalen und unparteiischen Neutralität wäre, sollten auf Grundlage der gesammelten Erfahrungen die Fragen erörtert werden, welche während des Krieges von gemeinsamem Interesse für die 3 nordischen Länder gewesen wären.

Die Verhandlungen nahmen ihren Anfang am Donnerstag, den 9. III. und fanden ihren Abschluß am Sonnabend, den 11. desselben Monats. Sie wurden eingeleitet mit einer allgemeinen Erörterung der Fragen, welche im Verlauf des Krieges und besonders nach der Königszusammenkunft im Dezember 1914 den nordischen Regierungen vorgelegen hatten. In Verbindung hiermit wurden verschiedene Sachen von größerer Wichtigkeit berührt, welche in der verfloßenen Zeit vorgelegen hatten.

In verschiedenen besonderen Fragen von praktischer Bedeutung wurde, wie in einer offiziellen Mitteilung erklärt wurde, Einigkeit erreicht, teils über Fortsetzung der bereits getroffenen gemeinsamen Veranstaltungen, teils über neue Veranstaltungen im Interesse der 3 Länder. Die Verhandlungen, welche dazu dienten, das gute Verhältnis zwischen den 3 Reichen noch mehr zu befestigen, gaben einen erneuten Ausdruck von dem Wunsche der Aufrechterhaltung einer loyalen und unparteiischen Neutralität. Von allen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die bis dahin geleistete Zusammenarbeit weiterhin fortgesetzt werden möge und daß zur Förderung dieses Zwecks Zusammenkünfte von Regierungsmitgliedern oder anderen Vertretern der Regierungen stattfinden möchten, wenn die Verhältnisse es erforderten.

Während des Krieges haben die 3 skandinavischen Regierungen, abgesehen von dem, was oben erörtert ist, zusammengearbeitet betreffs verschiedener Fragen, die nach und nach entstanden sind.

**Nr. 1745. Mitteilung vom 6. November 1914 über die Stellungnahme Norwegens gegenüber der englischen Nordseesperre.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 7. November 1914, zweite Ausgabe, Nr. 275.)

Christiania, 6. November.

Die norwegische Regierung und interessierte Kreise haben sich mit der englischen Maßregel der Nordseesperre lebhaft beschäftigt. Amtlich wird mitgeteilt:

„Das norwegische Ministerium des Aeußern hat am 5. XI. die Gesandtschaft in London angewiesen, der englischen Regierung wegen der Kundmachung der Admiralität betreffend die Nordseesperre Vorstellungen zu machen. Der norwegische Minister des Aeußern hat mit den Vorstandsmitgliedern der Reedervereine, der Schiffskriegsversicherung, der Warenkriegsversicherung und Vertretern der norwegischen Amerikalinie sowie anderen Interessenten zur Besprechung der Lage eine Sitzung abgehalten. Das norwegische Ministerium des Aeußern hat von der englischen Regierung die Mitteilung empfangen, daß die Durchfahrt von The Minch (zwischen Hebriden und Schottland) und Firth geschlossen sei. Norwegische Schiffe, die bereits

unterwegs sind und freiwillig nach Kirkwall gehen, werden Erlaubnis zur Weiterfahrt erhalten, wenn ihre Ladungen nach Norwegen bestimmt sind. Artikel, die bedingte Konterbande sind, werden nur dann durchgelassen, wenn sie in Norwegen einem Ausfuhrverbot unterliegen.“

**Nr. 1746. Mitteilung vom 21. Januar 1916 über die norwegische Thronrede vom 21. Januar 1916.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 23. Januar 1916, erste Ausgabe, Nr. 22.)

Christiania, 21. Januar 1916.

Der König eröffnete heute das Storting mit einer Thronrede, in der er unter anderem ausführte: Das freundschaftliche Verhältnis zu allen befreundeten Mächten wurde während der Verhandlung aufrechterhalten, die Norwegen und die Kriegführenden, jeder zum Schutze seiner Interessen, über die Fragen führte, die der Krieg veranlaßte. Unter Beobachtung strenger Neutralität nach allen Seiten arbeitet Norwegen daran, die Gefahr abzuwehren und die Hindernisse für unser Wirtschaftsleben zu entfernen oder einzuschränken, sowohl die Hindernisse, die jeder Krieg in unserer Nähe bewirkt, als solche, die sich den Neutralen infolge von Veranstaltungen entgegenstellen, die als nach dem Völkerrecht nicht erlaubt angesehen werden müssen. In diesen Zeiten gewährt es besondere Befriedigung, festzustellen, daß Norwegen gerade in seiner Arbeit zur Wahrung der Rechte der Neutralen die guten Beziehungen zu Dänemark und Schweden aufrechterhalten hat. Die Thronrede nennt ferner eine Anzahl von der Regierung getroffener Veranstaltungen und kündigt eine Vorlage über Maßnahmen gegen die Teuerung sowie eine Vorlage über außerordentliche Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigung zu Land und Wasser an.

**Nr. 1747. Mitteilung vom 22. September 1916 über das Ergebnis der nordischen Ministerkonferenz.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 24. September 1916, erste Ausgabe, Nr. 265.)

Christiania, 22. September.

Aus Anlaß der nordischen Ministerkonferenz wurde folgende Note veröffentlicht:

„Die drei Länder sind einig betreffend fortgesetzter Aufrechterhaltung loyaler, unparteiischer Neutralität während des gegenwärtigen Weltkrieges. Die Kränkungen der Rechte und Interessen der Neutralen seitens der kriegführenden Mächte sowie die Schwierigkeiten handelspolitischer Art, die daraus für die Neutralen entstanden, wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen, die zur Einigkeit betreffend erweiterter Zusammenarbeit führte. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Vernichtung oder Zurückhaltung von neutralen Schiffen und Ladungen gewidmet sowie den Folgen der sogenannten Schwarzen Listen der Kriegführenden.

In diesem Zusammenhang einigte man sich zwecks gegenseitiger Erleichterung der Handelspolitik dahin, daß teils durch die Regierungen, teils durch die betreffenden Behörden Mitteilungen gemacht werden über die handelspolitischen Maßnahmen der drei Länder, sowie über das Eingreifen gegen Handelsspionage. Zur Behauptung der handelspolitischen Interessen nach dem Kriege sollen in den 3 Ländern vorbereitende Maßnahmen getroffen werden unter gegenseitigem Zusammenwirken derjenigen Organe, denen die Angelegenheit anvertraut ist oder werden wird.

Ein weiterer Gegenstand der Erörterungen war die Stellungnahme der nordischen Länder zu gewissen Fragen, betreffend die Pflicht der neutralen Mächte, Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität zu treffen. In diesem Punkte wurde auf Grund der Haager Konventionen vollständige Einigkeit festgestellt. Ferner einigte man sich dahin, unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erklären, daß die drei nordischen Regierungen es für ausgeschlossen erachten — sei es allein oder in Verbindung mit anderen neutralen Regierungen —, die Initiative zur Vermittlung zwischen den kriegführenden Mächten oder zu ähnlichen Veranstaltungen zu ergreifen.

Andererseits stellte man als wünschenswert fest, daß eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen so vielen neutralen Ländern wie möglich zur Wahrung gemeinsamer Interessen unter Ausschluß jeglicher Parteinahme für die eine oder andere der kriegführenden Mächtegruppen zustande gebracht würde. In Erkenntnis der Bedeutung einer Zusammenarbeit der nordischen Reiche, sowohl für die Gegenwart als für die Zukunft, trennten sich die Minister der drei Länder, völlig einig darüber, daß neue Zusammenkünfte zwischen den Vertretern der drei Länder abzuhalten seien, sooft die Verhältnisse dies erforderten oder wünschenswert erscheinen ließen.“

**Nr. 1748. Mitteilung vom 13. Oktober 1916 über eine norwegische U-Bootverordnung.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. Oktober 1916, erste Ausgabe, Nr. 286.)

Christiania, 13. Oktober.

Eine königliche Verordnung von heute bestimmt: U-Boote, für den Kriegsgebrauch ausgerüstet und einer kriegführenden Macht angehörend, dürfen sich im norwegischen Fahrwasser nicht bewegen oder aufhalten. Wird dieses Verbot übertreten, so laufen sie Gefahr, mit Waffengewalt angegriffen zu werden. Das Verbot hindert nicht, daß ein U-Boot wegen schweren Wetters oder Havarie norwegisches Gebiet aufsucht, um Menschenleben zu retten. Das Fahrzeug soll dann innerhalb des Gebietes in Oberwasserstellung gehalten werden und die Nationalflagge und das internationale Signal für die Veranlassung seiner Anwesenheit heißt haben. Das Fahrzeug soll das Gebiet verlassen, sobald der Grund, der seine Anwesenheit veranlaßt hat, fortfällt.

Andere U-Boote als die genannten dürfen in norwegisches Gebiet auch nicht einfahren, außer bei hellem Tage, bei sichtigem Wetter, in Oberwasserstellung und mit gehißter Nationalflagge. Ein fremdes U-Boot, das im norwegischen Fahrwasser sich bewegt, muß wegen der Schwierigkeiten, zwischen den verschiedenen Arten von U-Booten zu unterscheiden, selbst die Gefahr auf sich nehmen für jeden Schaden oder für Vernichtung, die die Verwechslung verursacht. Die Verordnung tritt am 20. X. in Kraft.

**Nr. 1749. Mitteilung vom 18. Oktober 1916 über die Antwort Norwegens auf die Denkschrift der alliierten an die neutralen Regierungen betreffend U-Boote.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 19. Oktober 1916, erste Ausgabe, Nr. 290.)

Christiania, 18. Oktober.

In Beantwortung der Denkschrift der alliierten an die neutralen Regierungen, betreffend U-Boote, erklärt die norwegische Regierung, daß sie sich für berechtigt hält, U-Booten, die zum Kriegsgebrauch eingerichtet sind und den kriegführenden Mächten angehören, jeden Verkehr und Aufenthalt auf norwegischem Seegebiet zu verbieten, und daß sie auch in dem königlichen Erlaß vom 13. X. davon Gebrauch gemacht habe.

Andererseits findet die Regierung nicht, daß sie die Pflicht habe, irgendeiner der kriegführenden Mächte gegenüber ein solches Verbot zu erlassen. Handels-U-Booten gegenüber stellen die neuen norwegischen Bestimmungen kein Verbot auf, insofern als die Ankunft solcher Boote oder ihr Verkehr im Seegebiet bei hellem Tage und sichtigem Wetter in Ueberwasserfahrt und mit gehißter Nationalflagge geschehe. Es wird darauf geachtet werden, daß Handels-U-Boote, die in norwegischem Seegebiet ankommen, wirklich den unzweifelhaften Charakter von Handelsfahrzeugen haben. Solange man keine Erfahrungen wegen der Schwierigkeiten hat, die für die Aufrechterhaltung der Neutralität durch die Verwendung der Handels-U-Boote entstehen könnten, kann die Frage neuer, besonderer Bestimmungen für solche Fahrzeuge nicht erörtert werden.

Gemäß den allgemein anerkannten Grundsätzen unparteiischer Neutralität, wie sie ihren klaren Ausdruck in der Einleitung zum dreizehnten Haager Uebereinkommen gefunden haben, muß immer vermieden werden, Neutralitätsregeln während des Krieges zu ändern, wenn die Erfahrung dies nicht als zum Schutze der eigenen Rechte des neutralen Staates notwendig erwiesen hat.

**Nr. 1750. Mitteilung über die Stellungnahme Deutschlands zur Antwort Norwegens auf die Denkschrift der Ententemächte über die Behandlung der U-Boote.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 20. Oktober 1916, zweite Ausgabe, Nr. 291.)

Die norwegische Regierung hat, um den Eindruck ihrer Verordnung vom 13. X. abzuschwächen, ihre Antwort auf die Denkschrift der Ententemächte



über die Behandlung der U-Boote veröffentlicht, worin sie sich einerseits das Recht zuspricht, Kriegsunterseebooten jeden Verkehr und Aufenthalt auf norwegischem Seegebiet zu untersagen, andererseits aber ihre Pflicht verneint, irgendeiner der kriegführenden Mächte gegenüber ein solches Verbot zu erlassen.

Zu dieser Erklärung ist zu bemerken, daß sich die Verordnung offenbar im wesentlichen nur gegen Deutschland richtet und daher dem Geist wahrer Neutralität nicht entspricht. Der deutsche Gesandte in Christiania ist daher beauftragt worden, gegen das Vorgehen der norwegischen Regierung nachdrückliche Verwahrung einzulegen.

**Nr. 1751. Mitteilung vom 7. Februar 1917 über die Ablehnung der Note Wilsons betreffend den unbeschränkten Unterseebootkrieg durch Norwegen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. Februar 1917, erste Ausgabe, Nr. 39.)

Christiania, 7. Februar.

Die Aufforderung der amerikanischen Regierung an Norwegen, eine ähnliche Haltung wie die amerikanische gegenüber der deutschen Erklärung bezüglich des Seekrieges einzunehmen, beantwortete die norwegische Regierung dahin, daß sie nicht der Meinung sei, sich dem Schritte der Vereinigten Staaten anschließen zu können. Die Regierung fügte hinzu, es seien augenblicklich in Stockholm Verhandlungen zwischen den drei nordischen Reichen im Gange über die Stellung, die sie auf der Grundlage des Völkerrechts zu der Erklärung Deutschlands einnehmen werden.

**Nr. 1752. Mitteilung vom 11. November 1917 über Norwegens Neutralitätswillen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 12. November 1917, erste Ausgabe, Nr. 325.)

Christiania, 11. November.

Im Storting fand gestern die Verhandlung über die amerikanische Note statt. Storthingspräsident *Mowinkel* führte aus:

Wir kommen nicht als Bettler zu Amerika. Wir haben den Westmächten große Dienste erwiesen und werden dies auch fortan tun. Gelangen wir zu einer Abmachung, so werden wir sie als Recht, nicht als Gnadenbezeigung aufnehmen. Aber das Uebereinkommen mit Amerika wäre zu teuer erkaufte, falls wir es mit unserer Neutralität oder mit dem Bruch mit dem übrigen Norden bezahlen sollten. Dann müßten wir lieber darauf verzichten. In der Hauptsache wird diese Anschauung von der Mehrzahl dieser Versammlung und der norwegischen Regierung geteilt. Wir wollen gemeinsam den Frieden wahren, und dieser gemeinsame Friedenswille des Nordens hat seine Bedeutung, nicht weil die drei Nordländer ein großer militärischer Faktor sind, sondern weil wir ein Kulturfaktor sind. Jeder tiefdenkende Politiker Europas wird die Bedeutung davon verstehen, daß wir zusammengehen in

dieser schwierigen Zeit. Es würde mehr verloren werden, falls im Norden ein Bruch stattfände und wir von Amerika Lebensmittel erhielten, als wenn der Norden zusammenhält und hungert. Der Gedanke, den Frieden höher als den Krieg zu setzen, ist der beste Gedanke, ist der größte Gedanke, der Gedanke der Zukunft. (Beifall.)

In der Nachmittagsitzung führte der Staatsminister aus, die Auslassungen *Mowinckels* seien mißverstanden worden, als ob wir Norweger nur die Wahl haben zwischen dem Bruch im Norden und Hunger. Ihm sei nicht das Geringste hierüber bekannt. Der Minister sagte weiter:

Sollte das Undenkbare geschehen, daß wir vor einen derartigen Vorschlag gestellt würden, so würde dieser abgewiesen werden. Wir müssen suchen, mit den Kriegführenden billige Abmachungen zu erzielen. Wir werden hierzulande nicht hungern, wo wir genügend Kartoffeln und Fische haben. Es kann sich aber trotzdem ergeben, daß eine Knappheit in den Familien gefühlt wird. Rücksichtlich des Getreides können wir uns im Norden vereinigen. Bekommen wir von Dänemark dessen Ueberfluß, 500 000 Tonnen, zum Beispiel Gerste, so können wir uns durchhelfen. Dies, hoffe ich, kann Dänemark geben. Wir können dafür Fische liefern.

**Nr. 1753. Mitteilungen vom 28. und 30. November und 1. Dezember 1917 über die Zusammenkunft der Herrscher der nordischen Königreiche in Christiania.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 30. November, 1. und 2. Dezember 1917, Nr. 358, 361, 362.)

Christiania, 28. November.

Im Königlichen Schloß hat am Mittwoch abend eine Tafel zu Ehren des Königs von Schweden und des Königs von Dänemark stattgefunden, an der die schwedischen und dänischen Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern, die norwegische Regierung und die Zivil- und Militärbehörden teilnahmen.

König *Haakon* brachte einen Trinkspruch auf den König von Schweden aus und sagte darin: Die Zeiten in Europa sind dunkel und werfen ihre Schlagschatten auch über unsere Lande. Aber wir haben das Glück gehabt, uns außerhalb der Grenzen des Krieges halten zu können. Für unsere beiden Länder war die düstere Zeit nicht ohne Einfluß auf das gegenseitige Verhältnis. Schon am 8. VIII. 1914 konnten unsere Regierungen mitteilen, daß wir keinesfalls uns gegeneinander gebrauchen lassen würden. Nach einem Hinweis auf die vorhergegangenen Königsbegegnungen, die zu Zusammenkünften zwischen den Ministern, Handelsvertretern und Industriellen beider Länder führten, schloß der König mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dieser Besuch das gute Verhältnis zwischen den beiden Ländern noch mehr befestigen möge.

König *Gustav* erwiderte mit herzlichen Worten.

Nach der Rede König *Gustavs* hielt König *Haakon* einen Trinkspruch auf König *Christian*. Er sagte, er betrachte die Anwesenheit des Königs

von Dänemark als einen Beweis dafür, daß Dänemark bereit sei, an der Arbeit für die gemeinsamen Interessen Skandinaviens teilzunehmen. Namens aller Norweger, fuhr der König fort, danke ich Ihnen dafür, daß das dänische Volk bereit ist, sich Entbehrungen zu unterziehen, um den anderen skandinavischen Ländern Hilfe zu leisten. Ich hoffe, daß keiner von uns für den andern wirkliche Entbehrungen zu erleiden braucht, aber in diesem Falle wird die Hilfe gegenseitig sein.

Der König von Dänemark dankte für die an ihn gerichteten Worte und den herzlichen Empfang seitens der Bevölkerung Christianias. Die Worte König *Haakons* würden in Dänemark freudigen Widerhall finden, wo alle den guten Willen hätten, zur Stärkung der Solidarität und des Zusammenwirkens unter den skandinavischen Völkern beizutragen. Indem ich meinen Dank wiederhole, schloß der König, trinke ich auf das Wohl Ihrer Majestäten und des Kronprinzen und das Wohlergehen und das Glück des alten Norwegens.

Der König von Schweden, der heute zum ersten Male nach der Auflösung der Union Christiania besucht und dem ein begeisterter Empfang nicht nur bei seiner Ankunft in Christiania, sondern auch bei seinem Aufenthalt auf verschiedenen Stationen auf norwegischem Boden bereitet wurde, hielt bei der heutigen Tafel im Königsschlosse nach der Begrüßungsrede des Königs von Norwegen folgende Rede:

„Euer Majestät! Für den freundlichen Empfang, der mir bereitet wurde, und für die herzlichen Worte, welche Euer Majestät an mich gerichtet haben, spreche ich meinen aufrichtigen Dank aus. Euer Majestät und das norwegische Volk müssen die Empfindungen verstehen können, mit welchen ich heute das Land wieder betrete, welches sowohl fünf meiner Vorgänger auf dem Throne, als auch ich als Regent während eines Zeitraumes von über 90 Jahren regiert haben. Ich würde weder mir selber, noch der Geschichte gegenüber ehrlich erscheinen, wollte ich aussprechen, daß das, was 1905 erfolgte, schon vergessen sein könnte. Der Bruch der Union, welche von König *Karl XIV. Johann*, dem großen Manne, von dem sowohl Euer Majestät, wie auch ich in direkter Linie abstammen, gestiftet wurde, fügte dem Einigungsgedanken auf unserer skandinavischen Halbinsel eine tiefe Wunde zu, zu deren Heilung meinerseits beizutragen ich den lebhaften Wunsch hege. Deshalb, Ew. Majestät, habe ich mich heute hier eingefunden, um Ew. Majestät und dem einstigen Unionsbruder auszusprechen: Laßt uns eine neue Verbindung schaffen, nicht von der alten Art, aber eine Verbindung des Verständnisses und des Herzens, deren Lebenskraft, so hoffe ich, von festerem Bestand sein wird, als die der früheren. Die Grundbedingung hierfür ist die, daß wir, ganz besonders unter den jetzigen schweren äußeren politischen Verhältnissen, treu zueinander stehen, um die strenge und unparteiische Neutralität zu schützen und zu wahren, welche die drei nordischen Reiche während des jetzigen Weltkrieges einzuhalten beschlossen haben. In der heutigen Anwesenheit meines lieben Freundes und Verwandten, des Königs *Christian* von Däne-

mark, erkenne ich ein sichtliches Zeichen und eine sichere Bürgschaft dafür, daß er meine Auffassung über die Notwendigkeit eines festen Zusammenhaltens im Norden teilt und gutheißt. Unsere Völker, jedes sich selbst überlassen, stellen nur drei kleine Nationen dar, aber vereint bilden wir doch einen Faktor, mit dem zu rechnen ist, wenn es gilt, unsere Freiheit und unser Selbstbestimmungsrecht zu schützen und zu erhalten.“

Christiania, 1. Dezember.

In der Konferenz der Könige von Schweden, Norwegen und Dänemark und der sie begleitenden Minister wurde Einigkeit über folgende Fragen festgestellt: Auf Grund des Zusammengehörigkeitsgefühles der drei Länder sind die Regierungen darin einig zu erklären: Wie langwierig der Weltkrieg auch werden möge, so soll das freundschaftliche und vertrauensvolle Verhältnis zwischen den drei Reichen gleichwohl aufrechterhalten bleiben. Uebereinstimmend mit den früher abgegebenen Erklärungen und mit der bisher geführten Politik ist es die bestimmte Absicht der drei Reiche und eines jeden für sich, ihre Neutralität allen kriegführenden Mächten gegenüber bis zum Äußersten aufrechtzuerhalten.

Gegenseitig wurde der Wunsch ausgedrückt, einander während der herrschenden Schwierigkeiten in erhöhtem Maße bei der Versorgung mit den notwendigen Waren Hilfe zu leisten. Um den Warenaustausch zwischen den drei Ländern wirksamer als bisher zu fördern, einigte man sich dahin, sofort nach der Zusammenkunft besondere Vertreter zusammenzutreten zu lassen zwecks Ausarbeitung der hierzu nötigen Vorschläge. Man behandelte die Frage einer Erleichterung der Fremden-gesetzgebung in den drei Ländern gegenüber Bürgern der beiden anderen Länder. Man einigte sich dahin, die vorbereitenden Arbeiten zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der neutralen Staaten während des Krieges oder nach Kriegsschluß fortzusetzen. Wie bei den früheren Zusammenkünften wurde auch neuerdings allseits der Wunsch ausgesprochen, die Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern fortzusetzen.

Christiania, 30. November.

Während des Königsbesuchs in Christiania fanden Besprechungen statt zwischen den drei Königen, dem norwegischen Staatsminister, dem dänischen Ministerpräsidenten und dem schwedischen Staatsminister, ferner zwischen den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten der drei Staaten. Der König von Norwegen eröffnete die Sitzung mit folgender Rede:

„Es ist mir wie dem norwegischen Volke eine große Freude, heute Eure Majestäten bei uns zu sehen und mit Euren Majestäten die Premierminister, die Minister der auswärtigen Angelegenheiten beider Länder, so daß Anlaß gegeben ist, neuerdings im persönlichen Zusammensein Fragen zu beraten, die für die drei Länder von Wichtigkeit sind. Ich will sofort die Gelegenheit ergreifen, dem König von Schweden gegenüber der Dankbarkeit Ausdruck zu geben, die Norwegen für Eure Majestät fühlt, weil Sie durch Ihr persönliches Eingreifen unsere Zusammenkunft in Malmö

zustande gebracht haben, und damit die unschätzbare Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern während des Krieges erleichtert haben. Dazu kommt die tiefe Genugtuung, daß Eure Majestät zu uns nach Christiania gekommen sind, um uns den sicheren Beweis zu geben, daß das, was früher zwischen uns gestanden hat, keinen Schatten mehr auf die Einigkeit des Nordens wirft. Mit dieser Zusammenkunft in Christiania wird der Welt der Beweis geliefert, daß der Neutralitätswille der drei nordischen Länder weiterhin wie bisher fest und unerschütterlich sein wird und daß ihre Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben in beständigem Fortschritt begriffen ist. Wenn der unglückselige Weltkrieg einmal beendet sein wird und jedes der drei Länder dank ihrem Zusammenhalten und ihrer Zusammenarbeit gerettet und frei dasteht, wird der Krieg jedenfalls dem Norden eine gute Frucht gebracht haben, nämlich ein noch mehr entwickeltes Gefühl brüderlicher Zusammengehörigkeit. Dies vor Augen, bin ich überzeugt, daß auch die heutigen Erwägungen zu dem erstrebten Ziele führen werden.“

**Nr. 1754. Mitteilung vom 10. Januar 1918 über die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands durch Norwegen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 11. Januar 1918, Nr. 20.)

Christiania, 10. Januar.

Norwegen hat Finnland als freien, unabhängigen Staat anerkannt.

**Nr. 1755. Mitteilung vom 5. Februar 1918 über die Antwort der norwegischen Regierung auf die amerikanischen Vorschläge in Sachen der Zufuhr von den Vereinigten Staaten von Amerika nach Norwegen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 5. Februar 1918, Nr. 66.)

Christiania, 5. Februar.

Die Antwort der norwegischen Regierung auf die Vorschläge des amerikanischen Handelsministeriums bezüglich der Zufuhr von den Vereinigten Staaten nach Norwegen ist heute morgen hier veröffentlicht worden.

Die Antwort betont den festen Willen des norwegischen Volkes, neutral zu sein. Norwegen könne darum in seiner Handelspolitik seine Verbindungen mit einem der Kriegführenden nicht abbrechen, ohne befürchten zu müssen, daß die Neutralität in der Allgemeinheit nicht aufrechterhalten werden könnte. Norwegen habe die berechtigte Forderung, daß dem Lande nicht das tägliche Brot vorenthalten und das Land dadurch vor die Wahl zwischen einer vollständigen Notlage oder einem Vertrag, der eine Gefahr für seine Neutralität, möglicherweise den Krieg bedeute, gestellt werde. Die Antwort betont ferner, daß Norwegen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Alliierten bedeutende Vorteile geleistet habe, besonders durch die Schifffahrt unter Aufopferung von Menschenleben und Schiffen. Norwegen werde sich nicht ohne

große Schwierigkeiten verpflichten können, Deutschland nicht Schwefelerz, Calciumcarbid, Calciumnitrat usw. zu liefern, da Deutschland bezüglich dieser Waren ein alter Kunde Norwegens gewesen sei. Die Antwort erklärt schließlich, Norwegen habe versucht, den Vereinigten Staaten entgegenzukommen, soweit es die Lebensinteressen des Landes zulassen. Norwegen habe den größten Teil seiner Ausfuhr angeboten, um die für seine nationale Gesundheit und Produktivität notwendige Zufuhr zu bekommen.

## h) Persien.

### **Nr. 1756. Mitteilung über eine persische Note an Rußland.**

(„Neue Preussische Kreuzzeitung“ vom 22. Oktober 1914, Abend-Ausgabe, Nr. 509.)

Der Ikdam bringt auf Grund verlässlicher Informationen den Inhalt der persischen Note an Rußland. Sie umfaßt vier Punkte. Persien verlangt von Rußland:

1. Beibehaltung des alten persisch-russischen Vertrages, wonach Rußland die Integrität Persiens verbürgt und die Erklärung abgibt, daß es in Persien niemals eine Einflußzone anstreben werde; 2. müsse Rußland hiernach die englisch-russischen Abmachungen von 1908 und 1911, worin Rußland und England einander eine Einflußzone zuerkennen, für null und nichtig betrachten; 3. fordert die Note, Rußland soll seine in Nordpersien stehenden Truppen zurückziehen, und 4. daß Rußland jede Einmischung in die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Persiens unterlasse. Von diesen vier Punkten habe Rußland nur drei angenommen.

Ikdam erklärt nun, daß zwischen Persien und der Türkei nicht nur die mohammedanische Solidarität, sondern auch gemeinsame Interessen bestehen, die die Ausschaltung jedes fremden Einflusses in Persien bedingen.

### **Nr. 1757. Mitteilung über die russische Antwortnote an Persien in Sachen der Besetzung von Aserbeidschan durch russische Truppen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 25. Oktober 1914, zweite Ausgabe, Nr. 262.)

Das persische Blatt „Haver“ in Konstantinopel erfährt aus Teheran: Der russische Gesandte hat bei Ueberreichung der russischen Antwortnote, in der mitgeteilt wird, daß Rußland seine Truppen aus Aserbeidschan nicht zurückziehen könne, die Erklärung abgegeben, Rußland werde, wenn der gegenwärtige Krieg sich weiter verwickle und Persien die Neutralität bewahre, seine Truppen zurückziehen und die Unabhängigkeit Persiens gewährleisten. Die russische Antwortnote ist im persischen Ministerrat übel aufgenommen worden. Der Ministerrat bereitet eine neue entschiedene Note vor. Die ganze persische Nation billigt das Verhalten des Kabinetts.

**Nr. 1758. Neutralitätserklärung Persiens vom 1. November 1914 durch Sultan Ahmed Schah bei der Eröffnung des persischen Parlaments.\*)**

Dieu est souverain. Nous, Sultan Ahmed Schah, Empereur et fils d'Empereur de Perse: En considération des hostilités malheureusement commencées en ce moment en Europe, envisageant le voisinage de nos frontières du théâtre de la guerre, vu les rapports d'amitié existant heureusement entre nous et les puissances belligérantes, pour faire connaître à notre peuple nos intentions sacrées de sauvegarder ces bon rapports avec les Etats en guerre, ordonnons à Son Altesse Mostofi-el Mamalek, notre illustre Président du Conseil et ministre de l'intérieur, de porter ce farman (décret) impérial à la connaissance de tous les gouverneurs généraux, généraux et fonctionnaires de notre Empire et de les informer que notre gouvernement, dans les circonstances actuelles, a adopté la plus stricte neutralité. Il sera publié, en outre, que nous avons décidé de maintenir comme par le passé, nos relations amicales avec les pays belligérants. Par conséquent, il est rappelé aux fonctionnaires de notre gouvernement qu'il est de leur devoir de ne faire quoi ce soit sur terre et sur mer, ni pour ni contre les Etats belligérants. Il leur est enjoint de ne leur fournir ni armes, ni munitions. Ils devront éviter de prendre parti pour les uns ou pour les autres des pays en guerre et seront tenus de faire respecter la plus stricte neutralité de la Perse. Nous nous réservons d'ordonner l'exécution d'autres mesures que notre gouvernement jugerait nécessaire de nous proposer encore et qui seraient de nature à assurer le maintien de notre neutralité et de nos bons rapports avec tous les pays.

**Nr. 1759. Mitteilung vom 3. November 1914 über ein persisches Ultimatum an Rußland mit der Forderung sofortiger Abberufung der russischen Truppen aus den persischen Gebieten.** („Deutsche Tageszeitung“ vom 4. November 1914, Morgen-Ausgabe, Nr. 560.) \*

Leipzig, 3. November.

Dem „Leipziger Tageblatt“ wird aus Kopenhagen mitgeteilt: Nach einer Meldung der „Berlingske Tidende“ aus Petersburg hat der persische Gesandte der russischen Regierung die Forderung auf sofortige Abberufung der russischen Truppen aus den persischen Gebieten überreicht.

**Nr. 1760. Mitteilung vom 2. Dezember 1914 über eine Protestnote Persiens an England wegen Verletzung der persischen Neutralität durch das Einlaufen zweier englischer Kriegsschiffe in den Fluß Karun.** („Deutsche

---

\*) Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

**Tageszeitung“** vom 2. Dezember 1914, Abend-Ausgabe, Nr. 612.)

Petersburg, 2. Dezember.

Blättermeldungen aus Teheran zufolge überreichte die persische Regierung dem englischen Gesandten eine energische Protestnote wegen Verletzung der persischen Neutralität dadurch, daß zwei englische Kriegsschiffe in den Fluß Karun einliefen. Die Regierung erhielt die Antwort, eine Neutralitätsverletzung werde nicht mehr vorkommen.

**Nr. 1761. Mitteilung vom 8. Januar 1915 über Persiens Antwort auf die russische Forderung nach Verhinderung des Zuzugs persischer Stämme zum Kalifenheer.** („Hamburger Fremdenblatt“ vom 8. Januar 1915, Abend-Ausgabe, Nr. 8.)

Kopenhagen, 8. Januar.

Nach einer Nachricht der Petersburger „Nowoje Wremja“ erklärte die persische Regierung ihre Unmöglichkeit, die russischen Forderungen nach Verhinderung des Zuzugs persischer Stämme zum Kalifenheer zu erfüllen.

**Nr. 1762. Mitteilung vom 9. Januar 1915 über ein persisches Ultimatum an die Türkei wegen des Eindringens kurdischer Stämme in persisches Gebiet.** („Weserzeitung“ vom 10. Januar 1915, erste Morgen-Ausgabe, Nr. 24517.)

Rom, 9. Januar.

Der persische Gesandte bestätigt, wie dem L.-A. berichtet wird, daß seine Regierung ein Ultimatum an die Türkei gerichtet habe, weil die Türkei die Neutralität Persiens verletzt habe: Kurdische Stämme seien in persisches Gebiet eingedrungen und hätten sich dort mit Russen geschlagen, wodurch der Bevölkerung von Aserbeidschan großer Schaden verursacht sei, die Bewohner hätten großen wirtschaftlichen Schaden erlitten. Verhandlungen, die mit der russischen Botschaft in Teheran angeknüpft seien, hätten zu einer Verständigung geführt. Türkische Truppen und Kurden befänden sich immer auf persischem Gebiet. Dadurch sei Persien genötigt gewesen, zur Verteidigung seines Gebiets und seiner Vorteile das Ultimatum zu stellen. Wie sich seitdem die Dinge entwickelt hätten, könne er nicht sagen, da die Drahtverbindung unterbrochen sei und Briefe 50 Tage unterwegs seien. Persien wünsche keinen Krieg, es werde aber seine Ehre und sein Land zu verteidigen wissen. — Wir müssen diese Nachricht vorläufig bezweifeln.

**Nr. 1763. Mitteilung vom 22. Januar 1915 über die persische Antwortnote an Rußland wegen der Besetzung der Bezirke Aserbeidschan, Mesched und Manderan durch russische Streitkräfte.** („Weserzeitung“ vom 23. Januar 1915, erste Morgen-Ausgabe, Nr. 24530.)

Konstantinopel, 22. Januar.

Durch die Antwort auf die russische Note, wodurch Persien aufgefordert wurde, die Bevölkerung von einer Beteiligung am Kriege abzuhalten, hat die



persische Regierung nun selbst bestätigt, daß ihr nichts ferner gelegen hat als ein Protest gegen den Einmarsch der türkischen Truppen in Aserbeidschan. Sie weist vielmehr in ihrer Antwort die Verantwortung für alle Vorgänge den Russen zu, weil diese durch die militärische Besetzung von Nordpersien ihren Einfluß auf das persische Volk gebrochen hat. Die Antwort lautet: „Die russische Regierung hat die Bezirke Aserbeidschan, Mesched und Manderan gewaltsam besetzt und dort dauernd Truppen erhalten. Infolgedessen ist die persische Regierung in jenen Bezirken ohne Einfluß. Die dort lebenden Stämme haben sich entwöhnt, der persischen Regierung Gehorsam zu erweisen und kämpfen jetzt gegen die Russen. Hätte Rußland die Truppen aus jenen Gebieten zurückgezogen und die Verwaltung Persien gegeben, so hätte dieses auch die Verantwortung für die Vorgänge übernommen. Da Rußland das aber unterlassen hat, darf es der persischen Regierung keinerlei Verantwortung zuschieben.“ Diese Antwort wurde vom Ministerium des Aeußern dem russischen Gesandten überreicht. Bisher ist eine Aeußerung hierauf nicht erfolgt. Jedenfalls klingt aus der persischen Antwort kein Ton des Bedauerns über die Vertreibung der Russen durch türkische Truppen.

**Nr. 1764. Mitteilung vom 11. April 1915 über Erklärungen des persischen Ministers des Innern zum Neutralitätswillen Persiens.** („Weserzeitung“ vom 20. April 1915, zweite Morgen-Ausgabe, Nr. 24616.)

Konstantinopel, 11. April.

Dem Teheraner „Rad“ macht der neue Minister des Innern *Müsteschai ed Dauleh* wichtige Erklärungen, aus denen hervorgeht, daß das neue Kabinett *Muschir ed Dauleh* keineswegs gesonnen ist, aus seiner Neutralität her auszutreten, sondern das Reich zunächst durch ernste Reformen aus eigener Kraft stark und unabhängig machen will. Der Minister erklärte es als die wichtigste Aufgabe, durch die vom vorigen Kabinett geplante Militärreform in erster Linie die verschiedenen großen Nomadenstämme, welche bereits kriegerische Erfahrungen besitzen, militärisch auszubilden und zu organisieren. Solche Nomadenprovinzen, wie z. B. Masenderan, sollen eine militärische Verwaltung bekommen. Für die Ausbildung dieser Krieger sollen Offiziersschulen gegründet werden. Der Schah und die Volksvertretung sehen diese Notwendigkeit ein. Dem Finanzwesen wird der neue Minister *Müschavir es Saltanah* ein Budget ausarbeiten, die fremden Finanzräte entlassen und die Finanzkontrolle selbst übernehmen. Zur Verbesserung des Zollwesens werden Vorstudien gemacht. Betreffs der Politik der englisch-russischen Einflußzonen hofft der Minister, durch diplomatische Schritte die Räumung der im Jahre 1907 besetzten Gebiete zu erreichen. Freilich müsse auch das Volk seine bisherige Lethargie abschütteln und Mut und Charakter zeigen. Die Haltung Persiens zum „Heiligen Krieg“ kennzeichnete der Minister wie folgt: „Wir müssen neutral bleiben. Aus religiösen Gründen haben wir natürlich nichts dagegen, wenn die persische Nation dem Khalifat hilft. Die Regierung will

vor allem die Unabhängigkeit Persiens. Mehr kann ich jetzt nicht sagen. Darauf hat das persische Volk in Geduld sein Hauptaugemerk zu richten. Was ich von der Türkei sagte, gilt auch für Afghanistan.“

Der türkische Tanin sieht wohl ein, daß Persien derzeit neutral bleiben müsse. Die angestrebte Unabhängigkeit Persiens wäre aber verloren, wenn Rußland und England siegten. Persien muß deshalb sein Recht auf Dasein zunächst beweisen und verdienen. Jetzt, mit dem Frühling, ist es geradezu die Pflicht Persiens, entschlossen an der Seite der Türkei gegen seine Feinde ins Feld zu ziehen.

**Nr. 1765. Mitteilung vom 15. September 1915 über Erklärungen der persischen Gesandtschaft in London zur Neutralitätspolitik Persiens.** („Kölnische Zeitung“ vom 15. September 1915, Abend-Ausgabe, Nr. 940.)

Von der holländischen Grenze, 15. September.

Die persische Gesandtschaft in London teilt durch Reuters den englischen Blättern folgendes mit:

„Nach Telegrammen vom persischen Ministerium des Auswärtigen trifft die Regierung alle möglichen Maßnahmen, welche die Lage in Ispahan und die in Südpersien herrschende Gärung erfordern. Die in gewissen Kreisen verbreiteten Behauptungen, daß die persische Regierung nichts getan habe, um Verletzungen ihrer Neutralität Einhalt zu gebieten, sind völlig falsch. Im Gegenteil, die persische Regierung hat seit Kriegsausbruch sich leider genötigt gesehen, ihre ganze Zeit und ihre völlige Aufmerksamkeit dahin zu richten, wie diese Neutralität in jedem Sinne des Wortes beachtet werden könne. Wer indessen mit der wirklichen militärischen, politischen und finanziellen Lage des Landes vertraut ist, wird die gewaltige Aufgabe ermessen, welche die persische Regierung in den letzten zwölf Monaten zu bewältigen hatte. Richtig ist, daß kürzlich gewisse Zwischenfälle vorgekommen sind, die niemand mehr bedauert als die persische Regierung und infolge deren die Behörden in Teheran nichts unterlassen, um eine ausreichende Schadlosstellung zu gewährleisten, sowie einer Wiederholung der Vorkommnisse vorzubeugen. Dagegen aber muß man im Auge behalten, daß seit Kriegsanfang die Regierung alles getan hat, was in ihrer Gewalt lag, um religiöse oder Stammesstreitigkeiten zu unterdrücken, die durch beteiligte Parteien hervorgerufen werden. Tatsächlich sind der persischen Regierung Einsprüche gegen ihre als allzu wohlwollend für Großbritannien und Rußland hingestellte Neutralität zugegangen.“

**Nr. 1766. Mitteilung vom 18. November 1915 über die Antwort Persiens auf eine russische Note.** („Weserzeitung“ vom 19. November 1915, erste Morgen-Ausgabe, Nr. 24828.)

Von der holländischen Grenze, 18. November.

Aus Petersburg wird gemeldet: Die persische Regierung hat auf die jüngste russische Drohnote geantwortet, sie wolle die Wünsche Rußlands, soweit es in ihrer Macht stehe, erfüllen.

**Nr. 1767. Mitteilung vom 29. Dezember 1915 über eine Note Persiens mit Forderungen an Rußland und England als Antwort auf das am 24. Dezember 1915 ablaufende Ultimatum Englands an Persien.** („Hamburger Nachrichten“ vom 29. Dezember 1915, Abend-Ausgabe, Nr. 609.)

Berlin, 29. Dezember.

Die B. Z. a. M. meldet: Nach einer Depesche von A Vilag aus Konstantinopel berichtet Ikdam: Englands Ultimatum an Persien lief am 24. XII. ab. Persien richtete anstatt einer Antwort eine Note mit Forderungen an Rußland und England. Persien fordert: freie Schifffahrt, eine eigene Flotte auf dem Kaspischen Meere und in der persischen Bucht, Anerkennung der persischen Souveränität über die Insel Bachrain, eine Grenzberichtigung bei Beludschistan und Snistan, die Revision des Vertrages von Turkmantschnik, Auflösung der englischen Post- und Telegraphenämter innerhalb Monatsfrist und den Abbruch der unmittelbaren Verbindung Englands mit den Scheiks der nahe der persischen Bucht wohnenden Stämme. Persien bleibt, falls die Forderungen erfüllt werden, neutral.

**Nr. 1768. Mitteilung vom 16. Januar 1916 über die Kriegserklärung eines persischen Generalgouverneurs an England und Rußland.** („Neue Freie Presse“ vom 17. Januar 1916, Nachmittags-Ausgabe, Nr. 18464.)

Konstantinopel, 16. Januar.

Zuverlässigen Nachrichten aus Persien zufolge hat der Generalgouverneur von Luristan, *Nisam es Saltaneh*, der durch seine patriotische Anhänglichkeit bekannt ist, den Befehl über die gegen die Russen und Engländer kämpfenden persischen nationalen Streitkräfte übernommen, England und Rußland den Krieg erklärt und die Feindseligkeiten eröffnet

**Nr. 1769. Mitteilung vom 8. August 1916 über einen Notenwechsel zwischen den Gesandten Rußlands und Englands in Teheran und der persischen Regierung in Sachen eines russisch-englischen Abkommens über Persien.** („Frankfurter Zeitung“ vom 9. August 1916, erste Ausgabe, Nr. 219.)

Kopenhagen, 8. August.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur haben die Gesandten Rußlands und Großbritanniens in Teheran und die persische Regierung am 6. VIII. Noten ausgetauscht, durch die zwischen den drei Ländern ein Einvernehmen erzielt ist, das die freundschaftlichen Beziehungen von England, Rußland und Persien endgültig befestigt und verschiedene Fragen der finanziellen und militärischen Organisation Persiens für alle Teile günstig löst. Was letztere betrifft, so wird sie in Nordpersien durch die Entwick-

lung einer persischen Brigade mit Hilfe russischer Instruktooren und in Südpersien durch Bildung genügend starker Kontingente mit Hilfe englischer Instruktooren verwirklicht werden.

**Nr. 1770. Mitteilung vom 29. Januar 1917 über eine persische Kundgebung an Wilson.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 31. Januar 1917, zweite Ausgabe, Nr. 30.)

Haag, 29. Januar.

Namhafte persische Parlamentarier haben von hier aus folgendes Telegramm an Präsident *Wilson* abgesandt:

An den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika,  
Washington.

Ihre jüngste Botschaft an den Senat, betreffend die geheiligten Rechte der kleinen Völker, hat in dem Busen des persischen Volkes glühende Hoffnung erweckt für die Zukunft seines Vaterlandes. Im Auftrage unsres Volkes wenden wir uns an Sie und an die edle amerikanische Nation und bitten Sie, Ihren mächtigen Einfluß aufzubieten, um auch für die alte persische Nation die Anwendung jener geheiligten Grundsätze zu sichern, welche Sie in Ihrem edlen Menschlichkeitsgefühl für eine gerechte Vorbedingung für einen dauernden Weltfrieden erklärt haben.

<i>Wahid ul Mulk,</i>	<i>Taggizadeh,</i>
Mitglied des persischen Parlaments.	Mitglied des persischen Parlaments und Führer der persischen demokratischen Partei.

**Nr. 1771. Mitteilung über die Antwort Persiens auf die Forderung Wilsons nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Mittelmächten.** („Kriegschronik der Münchener Neuesten Nachrichten“, Heft 317 vom 17. März 1917, Seite 6888.)

Stockholm.

Die persische Regierung gibt amtlich bekannt: „Der Gesandte der Vereinigten Staaten hat dem persischen Ministerpräsidenten eine Aufforderung des Präsidenten *Wilson* überreicht, sich den Maßnahmen der Vereinigten Staaten anzuschließen und die diplomatische Verbindung mit den Ländern abubrechen, welche die neutralen Staaten herausgefordert hätten. Die persische Regierung antwortete, sie wolle bis zum Schlusse strenge Neutralität beachten und trotz zahlreicher Kränkungen von seiten der Kriegführenden den kriegerischen Verwickelungen fernbleiben.“

**Nr. 1772. Appell des persischen Volkes an den internationalen Sozialistenkongreß zu Stockholm im Sommer 1917\*).**

Sire,

For a long time past a certain number of European powers, with the purpose of serving the capitalistic and imperialistic classes in their respec-

\*) Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

tive countries, have set about colonizing, annexing, or occupying with a military force lands in other continents; and in order to gratify their whims in the political and economical subjection of the people there, they have created a series of so-called fundamental principles and laws which are as cruel as they are arbitrary. It has thus happened that in these European lands the governing classes, which in consequence of the demand of their own people, have gradually renounced their despotic form of government, and yet have preserved an ardent longing for, and the memory of the former delights of arbitrary rule, have directed their glance to distant people, whose subjection, as they believe, can be accomplished without too great a resistance, and whose slightest efforts for freedom would always be designated as rebellion. These cultivated classes of the West transplanted thus to the Orient the slavery, the cruelty, the various forms of punishment and of torture which recall to us the sombre middle ages.

Sirs, among those unfortunate countries which are the objects of desire of European rulers, Persia was one on which intrigue and perfidy pressed the heaviest. On this account, we have the firm persuasion that if we make known to European nations what has occurred in this land, and give them a true picture of the situation, the majority of their people and all friends of justice, of liberty and of law will at last bemoan the sad fate which has overtaken it. Then without doubt will the consciousness of mankind be moved, stirred and aroused, and justice be demanded.

The Persian nation is one of the oldest in the world; it is the only survivor of the peoples who brought about the growth of civilisation in the Orient. It has been from the earliest times the home of a pure race, of an indigenous civilisation and of a distinctive culture. It has produced from the remotest times celebrated persons, literary, scientific, political and artistic geniuses. It has shared in the highest degree in the progress of mankind and of the human intellect, and looks back upon a glorious past.

The Persian people have been from immemorial time, according to the witness of all European writers and travellers who have visited Persia, a highly gifted people with a creative talent. Among other qualities, the Persian people have offered and offer yet to-day throughout the Orient an example of tolerance and good taste in that they unite the natural elegance of a culture centuries old with the patriarchal customs of hospitality, politeness and placidity. This people has contributed in the most extensive manner to the intellectual inheritance of the human race, and it has still to-day the ability required to further this, provided it is granted the freedom which alone allows genius to develop.

The Persian people, who on the sacred soil of their forefathers from the oldest times, from the time of a Cyrus and a Zoroaster down to the present day have formed a nation distinguished from all others by indisputable homogeneity and purity, have become to-day the object of oppression and of martyrdom from the side of nations with which they have no common past,

and which are separated from them not only by thousands of kilometres of distance, but yet more completely by difference of race, of nationality, of religion and of language.

It cannot indeed be denied that in the latest centuries, the intellectual and economic progress of the country has met with a cessation, but in the last decade a great change has taken place, and an era of earnest regeneration has begun in the domain of social and political life as well as in that of administration. This revolution, the character of which and its particulars have remained almost unknown to the European world, must be numbered among the purest and most exalted. The united efforts which the Persian nation made to shake of the century long despotism that held it in chains were simply wonderful, if one considers the demands made upon the spirit of sacrifice, upon the tact and the respect for the life and property of the foreigners living in the land. But this excellent advance could bear no fruit, for it was stifled in its birth by the two powerful neighbours, Russia and England. These two powers opposed the progress and freedom for which Persia was striving, and hindered every reform.

Russia and England choked the efforts of the Persian people for freedom through their systematic employment of all kinds of intrigue, of threats, of ultimatums, of punitive expeditions, of imposings of capital punishment and persecutions as well as by preventing the financial measures which Persia could have taken. At last they gradually robbed the Persian people of the most of their liberties and of their most important rights.

In a note dated June 3rd, 1908, Russia and England threatened the Persian people, who were just preparing to resist the Shah, (he being no longer willing to recognize the constitution or parliament), and intimated to them that they would employ military force if the people should undertaken any step whatsoever against the government.

Since the Persian people wished to avoid the interference of foreign states which could have endangered the independence of their country, they submitted to the arbitrary commands of England and Russia. The consequence of this was that the popular party was weakened, the new parliament was bombarded one June 23rd by Liakhoff, a Russian officer in the service of the Shah, and the constitution, the fruit of so much sacrifice, was set aside.

England and Russia on April 7th and May 20th, 1910, by two threatening notes forbade the Persians to grant any concession to foreigners which could endanger their political and strategical interests, especially any kind of traffic concessions, telegraph lines and entrance into the ports, and thus robbed the Persians of an essential part of their rights.

In December, 1911, the Russian government, encouraged by the government in London, sent Persia an exceedingly arrogant ultimatum, and compelled the Persian government to dismiss the American experts, whom it had engaged for regulating its finances, and who had carried out their task most conscientiously. What was yet more revolting, the Persian government had

to pledge itself to employ in the future no foreign official without the consent of the two dictators, England and Russia.

Russia and England on February 18th, 1912, compelled the Persian government under threat of a punitive expedition to recognize the Anglo-Russian agreement of 1907 so far as it concerned the Persian question, as well as to take the same as the foundation of its political measures. On this occasion Russia and England took away from the Persians the right to possess a national army, with the exception of a small corps for the formation of which they had to obtain in advance the consent of the two above named governments, and they were to follow the advice of these in reference to the organization of the army.

The terrible war which is yet waging brought no change in those unqualified arrangements, and on the 4th of August 1916 Russia and England delivered a note to the Persian government which aimed at an absolute control over the finances and the military forces of the country. This note required: 1st that a mixed commission consisting of Russian and English inspectors with the addition of some Belgian and Persian members should take in hand the direction of the finances of the country, its revenues and expenditures, and have unlimited power; 2nd that two Persian armies be formed, each of 11,000 men, one in the North under the command of Russian officers, the other in the South under English officers. The supply of all war material and the necessary equipment as well as the maintenance of the forces in question were to be guaranteed by the above mentioned states during the continuance of the present great war. It remains to be said that all the above demands were laid before the Persian government, but in a form which threatened the country with the complete loss of its independence. The Persian government, however, since this last so insulting requirement, has attempted a passive resistance which had the result of calling forth a fresh ultimatum that came to hand during the course of the month of January 1917.

Persia has suffered in recent years the attacks which have been mentioned, but Russia has been carrying out for two centuries systematic attacks upon its independence in that it weakened Persia daily, and hindered every step which Persia wished to take towards modern reform, just as if the whole Romanoff dynasty in respect to Persia had been guided by the questionable testament of Peter the Great.

Russia took away from Persia in 1813 the right to keep war vessels in the Caspian sea.

In the year 1828, Russia extorted from Persia the concession in favour of its subjects that thieves, yea, even murderers, were not to be under the jurisdiction of the country; the utmost right of the Persian government was to expel such classes from its territory. Since the example of Russia was followed in this respect by all other peoples, these demanded from Persia the same privileges in reference to the administration of justice and civil rights. The Persian government thus found itself in one of the most difficult and dangerous positions in all matters of internal politics.

The same year (1828) robbed Persia of the freedom of arranging its customs-tariff.

And at last in the year 1890, the Persian government was deprived of the right to build railways, or to grant permission to others to do this. In the year 1900, Russia forbade Persia to borrow money abroad.

Russia thus robbed Persia systematically of most all her rights and privileges; the means employed to do this were as illegal as they were unjust, and the concessions, the enumeration of which would fill a book, were mostly extorted. Since those rights and privileges, however, make up the independence of a state, Persia saw herself delivered up to the greatest and most pitiable misfortune.

So far as concerns England, she did her part in inflicting manifold damage to the independence of Persia. The English bank in Persia was alone authorized to issue shares without being subjected to Persian supervision. The English entered into direct connection with the local authorities in the southern provinces with whom they made contracts entirely independent of the Persian government. The English also took part, after their fraternizing with Russia in 1907, in the actions of that country in Persia.

These two powers make it their object to-day to stifle Persia, to extinguish the last breath of life and liberty, and to destroy the already uncertain existence of a people that has only the wish to live free and independent.

Outside of the gradual annexation of numerous Persian provinces in the North, which was carried out by Russia from the beginning of the 18th Century to the year 1828, this latter country sent in 1909 troops into Persian territory, and took possession, on the most frivolous grounds, of the most fertile provinces of the country, Azerbaijan and Ghilan. On the 1st January 1912, they hanged in Taurus, one of the centres of the Persian movement for freedom, the liberal leaders, so that all those who were of the same way of thinking saw themselves obliged to leave their country. The Russians treated the patriots of the province of Ghilan on the southern coast of the Caspian sea in the same way. They bombarded, on March 30th, 1912, at Meshed, the greatest sanctuary of the country, which for the Mohammedans has the same significance as the Holy Sepulchre in Jerusalem has for Christendom.

In the years 1915 and 1916, the Russians occupied almost the half of the country, and their armies held the government under the sword of Damocles while they encompassed and terrorized the capital. In this way they claimed the satisfaction of their demands which aimed at the complete destruction of the independence of the country.

England has made common cause with Russia in reference to all which has taken place, and at present its officers are engaged in creating a Persian army on the southern frontier without troubling themselves to consult the government of the country.



The capitalists on the banks of the Neva and the Thames are striving to stifle the democratic movement in Central Asia. In order to accomplish this aim they shrink from nothing no matter how illegal it may be, and they respect no principle nor any moral ideal whatsoever.

The deceased Jaurès, whose commanding voice in behalf of justice had penetrated to the mountain chain of the Elburz, expressed himself in the French Chamber in 1910, on the occasion of the setting forth of the wretchedness of Persia, in the following way: „Gentlemen, since the customary feeling for the individual demands that the weak and the aged should be the objects of respect and esteem, why should not this principle be applied to the moral sense of nations towards each other? Persia is one of the oldest countries in the world, she should be treated with forbearance and respect; she should be left in peace, and much rather be supported than martyred.“

Persia, Sirs, has produced a Zoroaster, who several centuries before Christ numbered the tilling of the soil and labour among religious duties and good works.

In Persia, Saadi, the great poet and scholar of the Orient, was born, who in the middle of the 13th century said:

*„the sons of Adam are all members of one and the same body;  
if those who at their creation are made of the same substance  
are injured by fate in one of their members  
all the others feel it.“*

Persia has thus been animated from time immemorial by a democratic spirit. Great political parties have been organized there to-day with aims which correspond for the most part with those of the socialists, and we must believe that if the intervention of foreigners had not hindered the progress of this young and enthusiastic democracy it had won over by this time, without doubt, the whole country to its side.

Sirs, we Persian constitutionalists have directed all our efforts to the upholding in Persia of the freedom of speech, of the press, of assemblies and of strikes in the fullest sense of the word, and we maintain also liberty of conscience, in order that, accordingly, through peaceable development we may attain to that degree of progress and well-being of which the country is in need. Especially do we seek to improve the condition of the peasants, and, while protecting our country from the cupidity of foreigners, to contribute as far as possible to the maintenance of the world's peace.

But in order that this end may be reached, it is necessary before all things that the chains which cramp our efforts be broken, and that the country receives back its complete independence without foreigners being further able to interfere in the exercise of its rights.

We desire therefore, to state it briefly, that the Anglo-Russian Convention of 1901, so far as it effects Persia, be abolished;

that the political and economic freedom of Persia be restored to her;

that Persia may have full liberty to organize her finances and her army;

that the Persian government may recover its right to select foreign advisers, according to its need, of any and all nationalities;

that Persia may again have the right to place loans without limit in any country;

that the freedom of establishing customs-duties be restored to her in order that the Persian people may not be compelled, in providing for their economic development, to allow themselves to be sweated by the capitalists of Moscow and Manchester at the cost of the working classes of Persia, who are thereby condemned to the greatest hardships;

that Persia may receive the right of free navigation in all seas which border upon her territory;

that Persia may have the benefit of its mineral wealth, over which until now Russia and England by threats and force have exercised a monopoly;

that the concessions, conventions and numerous contracts, which one after another, and always by means of ultimatums and threats, have been extorted from the Persian government, and have become for this a hindrance in the exercise of its power, be declared invalid;

and that the absolute and complete independence of the Persian nation as well as its free forward progress and peaceable development be assured to it.

Sirs, the great thinkers and apostles of peace of the world seek to prevent that the horrors and unexampled sufferings of this present war should ever be renewed, and desire that a universal, permanent and firm peace may be established. In connection with this, we must never lose sight of the fact that no one will ever succeed in doing away with war unless in the first place, and radically, its causes be set aside. Among the causes which stand in the front rank, and among those of the greatest importance must be reckoned imperialism and colonisation. War will only be suppressed when the lust for territory and the rivalry are suppressed by which several of the great powers are beyond all measure dominated, and which lead them to subjugate the weak nations of the Orient. A subjugation which kindles hatred and revenge among the oppressed and causes them to look out for every favourable opportunity to regain their freedom, and to slake their thirst for revenge with the blood of their oppressors.

These observations find their full confirmation in the Persian question. Persia is by her geographical position better adapted than any other country to become in the future the focus of dissension among the European powers, just as it has been until now the centre of the violent rivalry between Russia and England.

The Persian question has, through the violence of the rivalry mentioned, obscured continuously for a century the political atmosphere of Europe, and

## *D. Neutrale Staaten.*

**we must admit that if this question does not receive to-day a definitive, and, for the Persian people, favourable solution, the time is not far distant when Persian soil will become the theatre, without doubt, of other murderous and sanguinary wars as Polish territory has been.**

The only solution which appears satisfactory is that Persia should become in central Asia that which Switzerland is in central Europe: its own master, with its own rights, with inviolable independence, and with the right to defend herself and to seclude herself from the covetousness of European aristocrats and capitalists.

We desire that this assembly which represents for use the elite of mankind may raise its voice also in behalf of our unfortunate country, may make manifest its resolution in our behalf that, if they are really sincere who call themselves the protectors of the weak and of small nations, they may give a proof of this by handing back this Persia to herself, this Persia which in the dawn of her history brought about the liberation of the captive Israelites in Babylon, this Persia the old capital of which, Ctesiphon, served already in the 6th century as the refuge of the persecuted philosophers who had been banished from Byzantium.

If the Powers are really sincere when they speak of protecting the weak and of carrying through in the world the principle of nationality, which has been so eloquently and clearly set forth and defended by one of their chief leaders, the President of the democratic Union, which has lately joined them, then let them make an application of this in the case of one of their victims which is the most thorough and incontestable example of one of the oldest nations in the world's history.

The Congress of Socialists which was held in Copenhagen from August 28th to September 3rd 1910 passed a resolution in reference to the Persian question, in which, among other things, it was said:

*„in consideration of the fact that from the beginning of the Persian revolution, in consequence of the Anglo-Russian treaty, the government of the Czar has employed all means to render futile the constitutional movement;*

*that it has even interfered with the armed hand under the pretext of protecting its frontier and the lives of its own subjects, but in truth in order to thwart the efforts of the Persian democracy;*

*that the troops as well as the Russian police openly proceed with all rigour against the revolutionaries and their leaders;*

*that the Russian government still to-day continues its intrigues and provocations with the help of numerous secret agents; that a considerable number of troops are still on Persian territory notwithstanding the repeated protests of the Madjili and of the government in Teheran — — —*

*In short, in consideration of the fact that since victorious Czarism in its murderous attack on freedom in its own land cannot endure a constitutional government on its two frontiers, it seeks systematically and with persistence to set up arbitrary rule again in Persia and in Turkey.*

*After the Congress had set forth these grave, weighty and earnest facts, which constitute for the young democracy of the Orient a constant danger, it urged the socialistic parties of Europe most earnestly to employ all means in their power to make an end of the reactionary procedure of Czarism."*

Sirs, it seems that Czarism, which was always responsible for all the outrages which took place in Persia, has now forever ceased to exist; it now remains to be seen whether the present government in Russia will seek to make good the evil and the acts of violence committed by its predecessor in Persia, and will try to blot out the bloody traces which Czarism has left behind is there.

Will the originators of the Russian revolution who have achieved success, and who assert they are animated by the spirit of socialism and of democracy, listen to the voice of the above mentioned Congress, which must be looked upon in the true sense of the word, as a Supreme Court where the actual defenders of human rights sit? Will they give Persia back the freedom which their predecessors took away from her?

We, Sirs, although as you have just seen, all our misfortune comes from Russia, we are to-day inclined, without hatred or the desire of revenge, to become the friends of the Russian people and to be one of their most sincere and friendly neighbours. We are ready to forget the past which is so rich for us in painful memories, and to extend a fraternal hand to the successor of the Czar, provided that this one, likewise forgetting the past, is willing to break the chains with which we have been loaded, and to treat us as one should treat a free nation in the true sense of the word.

May your assembly, as the chosen of mankind and the representative of the great majority of men, pronounce its judgment on the fate of our country. May your fraternal voice make its way to all true democrats and all democratic countries, to the new rulers of Russia and the old ones of England; may a breath of sympathy and consolation from your side penetrate to the Persian proletariat so that the poor peasant of this land also may rejoice as he tills his field, spade in hand, to see his rights and his freedom upheld in Stockholm, upheld by the best elements of that very Europe from which until now he has experienced nothing but horror and pain, of which he has seen nothing but cannon and the gallows.

In the name of the Persian people we address this appeal to the present International Congress of Socialists, and we beseech it to pass a resolution concerning Persia and to express its decisive opinion, which will represent the judgment of the great future world power, upon this Persia, this old

original land which in the highest degree deserves to meet with well-disposed attention and justice at the hands of all mankind.

*Taggizadeh*

*Wahid-ul-Mulk*

Members of the Persian Parliament and two of the leaders  
of the constitutional party who have been sent as delegates  
to Europe for the advocacy of Persian affairs.

Summer 1917.

**Nr. 1773. Mitteilung vom 31. Dezember 1917 über Persiens Dank an Deutschland für die wirksame Unterstützung seitens der deutschen Regierung bezüglich der Räumung des persischen Bodens von fremden Truppen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. Januar 1918, Nr. 1.)

Berlin, 31. Dezember.

Der Abgeordnete des persischen Parlaments *Tagizadeh* hat an den Herrn Reichskanzler folgende Drahtung gesandt:

Im Namen des gesamten persischen Volkes beehrt sich das Komitee der persischen Nationalisten in Berlin seine enthusiastischen Dankbarkeitsgefühle der Kaiserlich deutschen Regierung aus Anlaß der wohlwollenden und wirksamen Unterstützung, die ihm bezüglich der Räumung des persischen Bodens von fremden Truppen zuteil wurde, zum Ausdruck zu bringen. Unsere Dankbarkeit ist um so größer, als der ganze Artikel 10 des Waffenstillstandsvertrages lediglich von dem Gesichtspunkte der Achtung der Freiheit, Selbständigkeit und territorialen Unversehrtheit des neutralen persischen Reiches geschlossen worden ist. Wir hoffen, daß diesem wohlwollenden Akte, der an und für sich ein leuchtendes Beispiel dafür ist, daß das Deutsche Reich der wirkliche Verteidiger der Freiheit der Völker ist, weitere Schritte folgen werden, die unerläßlich sind für die vollständige Selbständigkeit Persiens und seine Befreiung von den Fesseln, die sich mit den Prinzipien der Freiheit nicht vereinbaren lassen.

**Nr. 1774. Mitteilung über einen Protest Persiens gegenüber Rußland wegen der schlechten Behandlung persischer Untertanen des Turkestan durch die Sowjet-Behörden.** („Le Temps“ vom 4. Juni 1918, Nr. 20786.)

Le chargé d'affaires de la légation de Perse à Moscou a remis au commissaire des affaires étrangères une note protestant contre les mauvais traitements infligés aux sujets persans du Turkestan par les autorités soviétistes.

## i) Schweden.

**Nr. 1775. Neutralitätserklärung Schwedens vom 31. Juli 1914 im Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien.**  
(„Svensk Författningssamling“, 1914, Ges. Nr. 107.)

Wir, *Gustav*, durch Gottes Gnade Schwedens, Götas und Wendas König, tun kund — da zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien Krieg ausgebrochen ist, wollen wir hiermit alle, die es angeht, an genaue Befolgung der gnädigen Bekanntmachung vom 30. IV. 1904 erinnern, betreffend das, was zur Sicherung von Schwedens Handel und Seefahrt im Kriege zwischen fremden Mächten in Kraft treten soll, und vom 20. XII. 1912 mit gewissen Bestimmungen in Anbetracht von Schwedens Neutralität im Kriege zwischen fremden Mächten.

Alle, die es angeht, haben sich gehorsamst danach zu richten. Zur noch größeren Sicherheit haben wir dies mit eigner Hand unterschrieben und mit unserm königl. Siegel bekräftigen lassen.

Im Schloß zu Stockholm, den 31. Juli 1914.

*Gustav.*

*K. A. Wellenberg.*

**Nr. 1776. Schwedische Verordnung zur Aufrechterhaltung der Neutralität vom 3. August 1914.** („Svensk Författningssamling“, 1914, Ges. Nr. 108.)

Wir, *Gustav*, König von Schweden, Göta und Wenda durch Gottes Gnaden, tun kund, daß, nachdem wir heute gemäß § 74 der Regierungsform zur Aufrechterhaltung der Neutralität des Reiches die Verordnung mitgeteilt haben über die Mobilmachung der Flotte, der Küstenbefestigungen und des Küstensignalwesens mit Ausnahme des Materials, das von der Handelsflotte beschafft werden soll, haben wir es für gut befunden zu verordnen, daß das Recht zu den durch Requisitionen von Gemeinden und Einzelpersonen erforderlichen Notwendigkeiten und Diensten, festgelegt im Gesetz vom 24. V. 1895 betreffend die Verpflichtung von Gemeinden und Einzelpersonen, Requisitionen zu vollziehen für den Bedarf der Kriegsmacht, in Kraft treten soll von und mit dem 4. VIII. 1914. Auch haben wir zugleich vorgeschrieben, daß genanntes Recht ausgeübt werden darf lediglich mit Beachtung der Einschränkungen, die auf dem Kommandowege bestimmt werden. Gleichermaßen kommt letztgenanntes Recht auf § 1 im Gesetz vom 24. V. 1895 zur Anwendung, betreffend die Requisitionen von Pferden und Fuhrwerken für die auf Kriegsfuß gestellte Kriegsmacht.

Alle, die es angeht, haben sich gehorsam danach zu richten. Zur größeren Gewißheit haben wir dieses mit eigner Hand unterschrieben und mit unserm königl. Siegel bekräftigen lassen.

Im Schloß zu Stockholm, den 3. August 1914.

*Gustav.*

*Dan. Broström.*

**Nr. 1777. Verbot des Luftverkehrs über schwedischem Gebiet, Gesetz vom 7. September 1914.** (Svensk Författningssamling vom 7. September 1914, Ges. Nr. 182.)

Wir, *Gustav* usw. tun kund, daß wir im Einvernehmen mit dem Reichstage beschlossen haben, folgendes zu verordnen:

§ 1. Der König verordnet, wenn es für notwendig befunden wird, daß der Luftverkehr über schwedischem Gebiet ohne königliche Erlaubnis nur mit Luftfahrzeugen stattfinden darf, die dem Schwedischen Staate gehören oder für seine Rechnung verwendet werden.

Eine solche Verordnung kann, nach jedesmaliger Bestimmung des Königs, für eine gewisse Zeit oder bis auf weiteres gelten.

§ 2. Wenn ein Luftfahrzeug im Widerspruch mit dem im § 1 enthaltenen Verbot fährt, haben die Polizei- oder Militärbehörden die Fahrt mit allen erforderlichen Mitteln zu verhindern.

§ 3. Wer das im § 1 enthaltene Verbot übertritt, wird mit Geldbuße von fünfzig bis zu 1000 Kronen bestraft; auch soll das Luftfahrzeug mit Beschlag belegt und als verwirkt erklärt werden.

§ 4. Der Staatsanwalt hat die Beschlagnahme auszuführen.

Geldstrafen, auf die nach diesem Gesetz erkannt wird, sowie Luftschiffe die als verwirkt erklärt worden sind, fallen der Krone zu.

Im Unvermögensfalle werden die Geldstrafen nach dem allgemeinen Gesetze umgewandelt.

Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Stockholm, Schloß, den 7. September 1914.

(Unterschriften.)

**Nr. 1778. Verbot des Luftverkehrs über schwedischem Gebiet, königliche Verordnung vom 7. September 1914.** (Svensk Författningssamling 1914, Ges. Nr. 183.)

Wir, *Gustav* usw. tun kund, daß wir, gestützt auf § 1 des Gesetzes vom 7. IX. 1914, betreffend das Verbot des Luftverkehrs über schwedischem Gebiet, für gut befunden haben zu verordnen, daß der Luftverkehr über schwedischem Gebiet bis auf weiteres ohne Erlaubnis des Königs nur mit Luftfahrzeugen stattfinden darf, die dem Schwedischen Staate gehören oder für seine Rechnung verwendet werden.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Stockholm, Schloß, den 7. September 1914.

(Unterschriften.)

**Nr. 1779. Mitteilung vom 13. November 1914 über die auf Anregung der schwedischen Regierung abgesandten Protestnoten der skandinavischen Länder gegen die Be-**

**hinderung der Seefahrt.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. November 1914, erste Ausgabe, Nr. 283.)

Stockholm, 13. November.

Auf Einladung der schwedischen Regierung haben seit längerer Zeit zwischen den Vertretern gewisser neutraler Staaten in Stockholm Beratungen stattgefunden über ein gemeinsames Auftreten anlässlich verschiedener Maßregeln, die von kriegführenden Mächten ergriffen worden sind und die den neutralen Handel und die neutrale Seefahrt berühren. Bei diesen Beratungen ist eine Einigkeit dahin erzielt worden, wegen gewisser Anordnungen, die in bedenklicher Weise den neutralen Verkehr zu stören drohen, bei den betreffenden Mächten Schritte zu unternehmen. Die schwedische, die dänische und die norwegische Regierung haben den Vertretern der in Frage kommenden Mächte gleichlautende Protestnoten überreicht.

**Nr. 1780. Mitteilung vom 18. November 1914 über den Inhalt der skandinavischen Protestnote gegen die Behinderung der Seefahrt.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 20. November 1914, zweite Ausgabe, Nr. 287.)

Stockholm, 18. November.

Das „Amtsblatt“ veröffentlicht heute abend den französischen Wortlaut der Protestnote der Regierungen von Schweden, Norwegen und Dänemark an gewisse Kriegführende. Es heißt in der Note:

Darauf bedacht, die strikteste Unparteilichkeit zu beobachten und in der Ausübung ihres Handels von dem Geiste vollkommenster Loyalität gegenüber den Kriegführenden erfüllt, haben die neutralen Länder geglaubt, sich auf die Unverletzbarkeit der grundlegenden Sätze des internationalen Rechtes verlassen zu können. Indessen haben sie von Tag zu Tag zu ihrem Schaden feststellen müssen, daß Kriegführende das Recht in Anspruch nehmen, Grundsätze anzuwenden, die mit den Interessen der Neutralen ebenso unverträglich sind wie mit dem Völkerrecht. Die gegenwärtige Krise wird eines Tages ein Ende nehmen. Dann werden die kriegführenden Staaten sicherlich nicht darüber ungehalten sein, einige derjenigen Grundsätze noch in Geltung vorzufinden, die ihnen in der Vergangenheit teuer waren und deren ruhmreiche Verfechter sie oft gewesen sind. Sich der Grundsätze des Völkerrrechts erinnern, heißt das gemeinsame Erbe der zivilisierten Nationen bewahren, und verhindern, daß die Fortschritte, die man mehr als hundertjährigen Anstrengungen verdanke, verfallen. Die Note führt kurz die folgenden, besonders wichtigen Punkte an: Das Auslegen von Minen auf den großen Handelsstraßen im Meere, ohne die schuldige Rücksichtnahme auf die Sicherheit der friedlichen Schifffahrt, das beträchtlichen Schaden verursacht und selbst den Verlust zahlreicher Menschenleben nach sich gezogen habe. Die Freiheit der Meere und das unwandelbare Recht der Neutralen, die gemeinsamen Straßen zu benutzen, sind vermindert und beschränkt worden.



Ferner führt die Note an: Die Grundsätze für relative und absolute Konterbande, die Grundsätze über Durchsuchung und Kaperung, die seit Jahrhunderten anerkannt seien, wurden nicht mehr beachtet, was dem gesetzmäßigen Handel beträchtliche Verzögerung und Schaden zufüge.

**Nr. 1781. Mitteilung vom 20. Dezember 1914 über eine amtliche schwedische Kundgebung zur Herrscherbegegnung in Malmö am 18. Dezember 1914.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 21. Dezember 1914, Nr. 318.)

Malmö, 20. Dezember.

Folgende Kundgebung ist gestern abend nach der Abfahrt des dänischen und des norwegischen Königs veröffentlicht worden: Die Zusammenkunft wurde Freitag, den 18. XII. mit einer Rede des Königs *Gustav* eröffnet. Der König hob darin den einträchtigen Willen der nordischen Reiche zur Neutralität hervor und betonte, wie wünschenswert eine fortgesetzte gemeinsame Arbeit zwischen den Reichen zum Schutze ihrer gemeinsamen Interessen sei. Der König erklärte ferner, es sei das lebhafteste Gefühl der Verantwortung vor der Mitwelt und der Nachwelt gewesen, irgend etwas, was zum gemeinsamen Nutzen der drei Völker gereichen könnte, zu versäumen, das ihn bewogen habe, die Monarchen Dänemarks und Norwegens zur Beratung einzuladen. Die Rede König *Gustavs* wurde von König *Huakon* und König *Christian* beantwortet. Beide bezeugten ihre lebhafteste Freude über die Initiative König *Gustavs* und sprachen die Hoffnung aus, daß die Zusammenkunft gute, segensreiche Folgen für die drei Völker haben möge. Die Zusammenkunft endete am 19. XII. nachmittags. Die Verhandlungen zwischen den Königen und ihren Ministern des Aeußern haben nicht nur das bestehende gute Verhältnis der drei nordischen Reiche noch mehr befestigt, sondern es ist auch während der Verhandlungen die Einigkeit in den besonderen Fragen, die von einer oder der anderen Seite zur Erwägung vorgelegt wurden, festgestellt worden. Schließlich ist man übereingekommen, die so glücklich eingeleitete gemeinsame Arbeit fortzuführen und zu diesem Zwecke, so oft die Verhältnisse dazu Veranlassung geben, neue Zusammenkünfte zwischen den Vertretern der Regierungen anzuordnen.

**Nr. 1782. Mitteilung vom 14. Januar 1915 über das schwedische Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 16. Januar 1915, erste Ausgabe, Nr. 16.)

Stockholm, 14. Januar.

„Stockholms Dagblad“ meldet, daß das Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial, das seit dem Beginn des Krieges besteht, jetzt durch Verordnung der Regierung in Zukunft auch für diejenigen Waren gelten soll, die mit den ständigen Auslandslinien befördert und bei der Einfuhr zur unmittelbaren Transitversendung nach dem Auslande bezeichnet worden sind oder deren

endgültige Bestimmung nach dem Ausland aus den beigelegten Papieren oder auf andere Weise hervorgeht. Die Zeitung begrüßt mit großer Befriedigung die Maßnahme, die für die schwedische Politik der Neutralität im Hinblick auf den Transitverkehr nach Rußland via Karungi und Tornes eine besondere Bedeutung habe. Auch die übrigen Zeitungen erklären das Transitverbot für Kriegsmaterial als eine natürliche Folge der Neutralitätspolitik.

**Nr. 1783. Mitteilung vom 16. Januar 1915 über die schwedische Thronrede zur Neutralitätspolitik Schwedens.** („Times“ vom 18. Januar 1915, Nr. 40754.)

Stockholm, Jan. 16.

The King to day opened the new Session of the Riksdag. The Speech from the Throne declared that careful regard for the neutrality of Sweden and for her right to decide her destiny required that her military forces should be increasingly maintained. Although Sweden enjoyed peace, her people had suffered much economically. The fact that the principles of international law were no longer observed by the belligerents had powerfully contributed to this situation.

The Convention entered into with Norway as the result of the European war and the meeting of the three Kings at Malmö were referred to in the Speech, and the hope was expressed that the good relations between the three countries would be still further consolidated in order that the position of Sweden might be strengthened. „Although“, said his Majesty, „our neutrality, as I warmly hope, may be preserved, efforts will be required to protect the country and to mitigate for the humbler citizens the economic consequences of the war. But a people ready and willing to sacrifice themselves for their country may await with confidence its hours of trial.“

**Nr. 1784. Russische Antwortnote vom 5. Juli 1915 auf die schwedische Anschuldigung der Neutralitätsverletzung bei Gotland am 2. Juli 1915.** (Fauchille: La Guerre de 1914. Recueil de Documents intéressant le Droit international. Paris. Band I, Seite 334—335.)

Le ministre de Suède à Pétersbourg a fait connaître au gouvernement impérial que le 2 juillet, pendant la bataille navale qui a eu lieu près de l'île Gotland, au moment où les navires russes poursuivaient un navire allemand, un obus a volé au-dessus de l'îlot suédois d'Ostgarn (*alias* Ostergarn)\*, venant tomber ensuite dans l'eau à une distance d'environ deux cents mètres du rivage.

\*) L'îlot d'Ostergarn — c'est ainsi que les cartes marines françaises orthographient son nom — est séparé par une distance de 2 milles au plus (3.700 mètres) de la côte de l'île Gotland.

A ce propos, le ministre, au nom de son gouvernement, a protesté contre une pareille violation de la neutralité de la Suède.

Le ministre de Suède a en même temps informé le gouvernement impérial des mesures prises par le gouvernement suédois en vue du désarmement du navire de guerre allemand qui s'est jeté à la côte de l'île Gotland, ainsi que de l'internement de son équipage en Suède.

Ayant pris connaissance de cette communication, le gouvernement impérial a exprimé au gouvernement suédois son sincère regret de la chute accidentelle d'un obus russe dans les eaux territoriales de la Suède; il a expliqué, que d'après le rapport de l'amiral commandant la flotte de la Baltique, cet incident n'a pu se produire qu'en raison de l'épais brouillard qui couvrait la mer sur le lieu du combat et qui gênait la précision du tir.

Le ministre de Suède a reçu en même temps les assurances les plus positives de l'intention de la Russie de respecter la neutralité de la Suède.

Les données ci-dessous sur les circonstances du combat attestent que la chute d'un obus dans les eaux territoriales de la Suède n'a pu être que le résultat d'un fâcheux accident, indépendant de toute volonté humaine.

Le combat naval, engagé entre nos croiseurs et un détachement de navires allemands, composé d'un croiseur du type *Augsburg*, du croiseur léger *Albatross* et de trois torpilleurs d'escadre, près de l'île Gotland, a commencé le 2 juillet à sept heures trente-cinq du matin, à une distance de vingt-trois lieues de la côte.

En raison du brouillard qui couvrait la mer, la visibilité pendant le combat était très restreinte. Une forte brume cachait parfois les silhouettes des navires ennemis et gênait la précision du tir.

Quand, une demi-heure après le commencement du combat, le croiseur du type *Augsburg*, mettant à profit sa vitesse supérieure, est parti vers le Sud, les torpilleurs allemands, dans le but de soulager la position de l'*Albatross*, ont fait usage d'un voile de fumée qui a caché le navire servant de cible à notre tir.

Ayant reçu de graves avaries, l'*Albatross* a exécuté vers neuf heures du matin plusieurs évolutions, a abaissé son pavillon et s'est dirigé vers la côte.

Le feu de nos navires a alors cessé immédiatement.

Vers ce moment le brouillard sur la mer s'est quelque peu fondu, en même temps que se dispersait l'épais voile de fumée produit artificiellement par l'ennemi au moyen d'appareils spéciaux et qui avait supprimé toute possibilité de préciser la position de nos navires à six lieues du phare d'Ostergarn.

Nos croiseurs ne se sont pas approchés davantage de la côte pendant le combat. Si au cours de la lutte un obus est tombé à proximité du rivage, ce ne peut être que par suite d'un ricochet accidentel, soit de notre artillerie, soit de celle des Allemands.

**Nr. 1785. Schwedische Verordnung vom 29. November 1915 über einen Zusatz zur Neutralitätsverordnung vom 20. Dezember 1912.** (Seekriegsrecht im Weltkriege. Sammlung diplomatischer Noten und anderer Urkunden. Zusammengestellt im Auftrage des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts. [Urkunden 369 bis 664.] Berlin, 1918, Nr. 448.)

Est interdit aux sousmarins de Puissances belligérantes de naviguer ou de séjourner dans les eaux territoriales Suédoises à une distance de moins de 3 milles marins de la terre ferme ou de l'ilot ou récif le plus éloigné de la côte Suédoise qui n'est pas continuellement submergé, exception faite cependant pour la route maritime dans le Sund entre des parallèles de latitude tirés au nord par le phare de Viken (Lat. N 56° 8' 7") et au Sud par le phare de Klagsham (Lat. N 55° 31' 2"). Les dispositions ci-dessus ne seront pas applicables dans le cas où par suite de l'état de la mer ou pour cause d'avarie un sousmarin serait contraint de pénétrer dans les eaux interdites, à condition toutefois que dans ces eaux il se tienne à la surface et porte le pavillon de sa nationalité. Dès que la cause de son entrée dans les eaux interdites aura cessé, le sousmarin devra les quitter dans le plus bref délai possible.

**Nr. 1786. Mitteilung vom 17. Januar 1916 zur Thronrede des Königs von Schweden über zunehmende Neutralitätsverletzungen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 18. Januar 1916, zweite Ausgabe, Nr. 17.)

Stockholm, 17. Januar.

Die vom König bei der heutigen Eröffnung des Reichstages im Reichssaal des Königlichen Schlosses vorgelegte Thronrede bespricht zunächst den immer umfangreicher werdenden Kampf, dessen Ergebnis über die Zukunft der Völker entscheiden werde. Die Regierung hoffe lebhaft, die Neutralität, die sie zu Beginn des Krieges erklärt habe, auch in Zukunft beobachten zu können. Die Rede sagt ferner: Die zur Aufrechterhaltung der Neutralität und des Selbstbestimmungsrechts Schwedens vermehrten Streitkräfte zu Lande und zu Wasser müssen sich stets bereithalten. Das schwedische Volk hat im verflossenen Jahr in mannigfacher Weise unter den Wirkungen des Krieges gelitten. Die Kriegführenden vernachlässigten immer mehr die Grundsätze des Völkerrechts und ihren Zweck, die Beschirmung der Neutralen und die Begrenzung der gewaltsamen Handlungen des Krieges gegenüber dem friedlichen Verkehr. Schweden, dessen glorreicher Anteil an der Schöpfung dieser Grundsätze bekannt sei, habe teilweise zusammen mit den Regierungen der beiden anderen skandinavischen Länder Maßnahmen zur Aufrechterhaltung dieser anerkannten internationalen Grundsätze ergriffen. Die Haltung der kriegführenden Mächte verursachte dem schwedischen Volke erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Regierung habe mehrere Male gegen Versuche, den schwedischen Handel unter fremde Aufsicht zu stellen, einschreiten müssen. Die Arbeit für die Stärkung der Landesverteidigung müsse ohne

Verzug fortgesetzt werden. Trotz großer Sparsamkeit im Budget würden Entwürfe zu einer neuen Steuer vorgelegt. Die Thronrede bemerkt, die Regierung habe die Absicht, dem Reichstag vorzuschlagen, besondere Abgeordnete auszuwählen, die mit der Regierung geheime Fragen überlegen sollen, wie dies zum Beispiel im Herbst 1914 bereits der Fall gewesen sei.

**Nr. 1787. Mitteilung vom 22. Januar 1916 anlässlich der Herausgabe eines schwedischen Blaubuches über die durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen Maßregeln der schwedischen Regierung.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 24. Januar 1916, Nr. 23.)

Stockholm, 22. Januar.

Heute mittag wurde im Reichstag das in Aussicht gestellte Blaubuch über die durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen Maßregeln der schwedischen Regierung, vor allem wirtschaftlicher Art, von August 1914 bis Ende 1915 verteilt. Aus dem Inhalt seien besonders folgende Abschnitte genannt: Differenzen und Verhandlungen mit anderen Mächten, Maßregeln zur Sicherung der Seefahrt und des Außenhandels, Lebensmittelpolitik und die wirtschaftliche Lage des Landes. In dem Kapitel über die Seefahrt wird die Arbeit der Kriegsversicherungskommission beleuchtet. Der Wert der in England während der ganzen Zeit beschlagnahmten und bei der Kommission versicherten Waren beläuft sich auf etwas mehr als 34 Millionen Kronen gegenüber einer Million für Deutschland.

**Nr. 1788. Mitteilung vom 24. Januar 1916 über Erklärungen des Ministerpräsidenten im schwedischen Reichstag zur Neutralitätserklärung Schwedens.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 26. Januar 1916, erste Ausgabe, Nr. 25.)

Stockholm, 24. Januar.

Im schwedischen Reichstag begann heute die mit großem Interesse erwartete Budgetdebatte. Die Tribünenplätze waren dicht besetzt. In der ersten Kammer war der Kronprinz anwesend.

Ministerpräsident *Hammar skjöld* hielt in der Zweiten Kammer eine große Rede, die er später in der Ersten Kammer wiederholte. Er betonte, daß keine Ursache bestehe, im In- oder Auslande daran zu zweifeln, daß die Politik der Regierung eine Politik der Neutralität sei. Ein deutlicher Beweis dafür sei in Worten und Handlungen gegeben, die hervorgetretenen Zweifel daran seien einem krankhaften Mißtrauen oder dem Mangel an Verständnis dafür, was ehrliche, unparteiische Neutralität bedeute, zuzuschreiben.

Bei einer Gelegenheit im vorigen Sommer, führte der Ministerpräsident aus, suchten wir unseren Standpunkt zu erklären. Wir wiesen die Vorstellung zurück, daß unsere Politik bedeuten sollte, daß ein Aufgeben unserer Neutralität unter keinen Umständen in Frage kommen dürfte. Dieser Zurückweisung, die sich auf jeden Versuch bezog, in unsere Politik etwas anderes

hineinzulegen, als das, was wir meinen, wurden folgende Worte hinzugefügt: „In Uebereinstimmung mit den abgegebenen Neutralitätserklärungen und mit unzweideutigen Aussprüchen des Königs bei verschiedenen Gelegenheiten ist es unser warmer Wunsch, den Frieden zu bewahren und unsere Pflicht, mit allen Kräften dafür zu wirken. Wir rechnen aber auch mit Möglichkeiten, bei denen Schweden trotz aller unserer Bemühungen die Bewahrung des Friedens nicht mehr möglich ist.“ Durch diese Worte und den übrigen Inhalt derselben Rede, die im großen und ganzen vom König und allen Mitgliedern der Regierung vollständig gebilligt wurde, wurde unsere Politik so genau und deutlich gekennzeichnet, wie es ohne unangebrachtes und sogar undenkbares Eingehen auf wirkliche oder angenommene Fälle überhaupt möglich war. In einer späteren Rede wurde weiter betont, daß ausschließlich schwedische Gesichtspunkte in Betracht kommen sollen, daß mithin Sympathien nicht entscheidend sein dürfen.

Nach solchen Grundsätzen sind wir bisher verfahren. Wenn irgendwo die Auffassung besteht, als wären wir parteiisch gewesen, so beruht diese entweder auf einem unrichtigen Gesichtspunkt oder auf ungenügender Kenntnis der Verhältnisse. An den Grundsätzen der bisher von uns befolgten Politik werden wir festhalten. Das gilt auch für das Verhältnis von Schweden zu den übrigen Neutralen. Unter diesen haben wir besonders von Dänemark und Norwegen Mitwirkung für gemeinsame Ziele gesucht und auch erzielt. Daß die gemeinsamen Bestrebungen für das Recht und das Wohl der neutralen Mächte, wie für die Aufrechterhaltung des in der Thronrede erwähnten Völkerrechts nicht größeren Umfang angenommen haben, sind wir die ersten zu bedauern. Dies liegt an Verhältnissen, an denen wir kein Teil haben, und über die wir kein Recht haben, ein Urteil auszusprechen. Das aber wollen wir feststellen, daß nach unserer Ueberzeugung ein Erfolg solcher Bestrebungen nicht nur ein materieller und ideeller Gewinn für Schweden wie für die anderen neutralen Länder, sondern auch für die Kriegführenden, ja sogar für ganz Europa sein würde.

Die jetzige Gruppierung der Mächte ist nicht ewig. Wenn andere Verhältnisse eintreten, wird eine jetzt kriegführende Macht vielleicht bereuen, daß sie wegen eines zufälligen, oft zweifelhaften Vorteils die Verträge und Gebote des Völkerrechts zerrissen hat, die nur zu spät wieder hergestellt oder ersetzt werden können. Es ist kaum möglich zu bestreiten, daß gewisse Schwierigkeiten, besonders im Erwerbsleben, vorläufig hätten gemildert werden können, wenn wir weniger genau in der Aufrechterhaltung einer wirklichen unparteiischen Neutralität auch in handelspolitischen Fragen gewesen wären. Diese Erleichterungen wären uns jedoch nur vorläufig von Nutzen gewesen. Unsere eigene Erfahrung zeigt, daß infolge der fortwährenden schnellen Verschärfung des Handelskrieges oft nur eine kurze Dauer des unsicheren Genusses von Vorteilen durch allgemeine Verabredungen erwartet werden kann. Aus anderen neutralen Ländern erfährt man auch, daß bald neue Forderungen durch die gemachten Zugeständnisse veranlaßt werden. Zugeständnisse führen

leicht weiter und weiter fort von wirklicher Neutralität. Wenn wir uns jetzt bedenklichen Beschränkungen von Recht und Freiheit fügen würden, so wäre andererseits zu befürchten, daß diese Beschränkungen sogar in noch größerem Umfange nach dem Kriege fortbestehen würden, wie auch, daß die folgende Zeit als endgültiges Ergebnis eine ökonomisch wie politisch schmerzliche Abhängigkeit ergeben würde. Obgleich wir, wie gesagt, im Interesse unserer Neutralität und Selbständigkeit vielleicht auf gewisse zufällige Vorteile verzichtet haben, so ist doch das Gesamtergebnis unseres Erwerbslebens bei uns nicht schlechter als in anderen neutralen Staaten.

**Nr. 1789. Mitteilung vom 16. Mai 1916 über eine Interpellation in der schwedischen Kammer wegen russischer Maßnahmen auf den Aalandsinseln.** („Frankfurter Zeitung“ vom 17. Mai 1916, erste Ausgabe, Nr. 136.)

Kopenhagen, 16. Mai.

Die Petersburger „Nowoje Wremja“ schreibt über die Interpellation *Steffens* bezüglich der russischen Befestigung der Aalandsinseln in der schwedischen Ersten Kammer, der Vertrag von 1856 verbiete allerdings Rußland, auf den Aalandsinseln Seebefestigungen anzulegen. Der Vertrag sei aber zwischen Rußland einerseits und England und Frankreich andererseits abgeschlossen. Schweden habe somit kein Recht zum Einspruch.

**Nr. 1790. Mitteilung vom 17. Mai 1916 über die Erklärung des Ministers des Aeußern im schwedischen Reichstag zur Frage der Aalandsinseln.** („Frankfurter Zeitung“ vom 18. Mai 1916, dritte Ausgabe, Nr. 137.)

Stockholm, 17. Mai.

Bei der Besprechung einer Regierungsvorlage über die Vermehrung der Arbeitskräfte im Ministerium des Aeußern in der Zweiten Kammer des Reichstages sagte der Vizepräsident der Kammer, *Persson*: Die Regierung hat von Anfang des Krieges an unter kräftigster Unterstützung seitens des Reichstages eine vollkommene unparteiische Neutralität Schwedens bewahrt. Im Laufe des Krieges hat sich indessen allerlei ereignet, was in mehrfacher Hinsicht besonders in der letzten Zeit geeignet war, Unruhe zu erwecken. So erhielten wir Angaben über die Befestigung und andere militärische Anlagen auf den Aalandsinseln, welche insofern ernste Besorgnisse erweckten, als es für unser Land besonders wichtig ist, daß diese Inselgruppe in derselben militärischen Lage verbleibt, wie vor dem Kriege. In öffentlichen Erörterungen sind Äußerungen vorgekommen, welche zu der Auffassung führen konnten, daß man bei der Behandlung dieser Frage andere als schwedische Gesichtspunkte anlegen wollte, und daß man von der so oft bekundeten Neutralitätspolitik abzuweichen wünsche. Ich bin persönlich überzeugt, daß die Regierung immerfort an der bisher verfolgten Neutralitätspolitik festhält, und

daß sie auch in der wichtigen Aalandfrage wie in anderen Fragen das Recht und die Interessen Schwedens wahrt. Es wäre jedoch von großem Interesse für die Kammer und von großer Bedeutung für die Öffentlichkeit des Landes, wenn die Regierung sich darüber äußern wollte.

Der Minister des Aeußern, *Wallenberg*, ergriff darauf das Wort und sagte: „Es ist wiederholt und in unzweideutigen Worten von maßgebender Stelle ausgeführt worden, daß Schweden in dem gegenwärtigen Weltkrieg unter Wahrung seines Selbstbestimmungsrechtes nach allen Seiten hin eine strenge und unparteiische Neutralität aufrechterhalten will und sehr lebhaft wünscht, in den Krieg nicht verwickelt zu werden. Ich bin in der Lage, die Erklärungen, die in dieser Hinsicht von seiten der Regierung abgegeben worden sind, völlig aufrechtzuerhalten. Die Bestrebungen der Regierung, ihrer Pflicht entsprechend, die Rechte und das Interesse Schwedens unbeeinträchtigt zu bewahren, dürfen nicht mißverstanden oder mißdeutet werden in Anbetracht der Art und Weise, in der Schweden die Forderungen der Neutralität in schwieriger Lage stets erfüllt hat. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß die Regierung während des ganzen Verlaufes des Krieges jeder politischen Diskussion ferngestanden hat, die in dieser oder jener Richtung von den wiederholten Erklärungen der Regierung abweicht, und daß die Regierung solche Erscheinungen bedauern muß, die geeignet sein können, das Vertrauen zu dem Willen, Schwedens Selbständigkeit und Neutralität zu wahren, zu vermindern. Was die vom Vorredner besonders berührte Frage betrifft, muß jeder, der die geschichtliche Entwicklung der sogenannten Aalandfrage studiert hat, einsehen, daß diese Frage eine Lebensfrage für Schweden ist. Dies war auch die Ansicht des schwedischen Reichstages 1908 und ist die Ansicht der schwedischen Regierung 1916. Ich bin überzeugt, daß diese Meinung auch jetzt vom schwedischen Reichstag geteilt wird. Aus diesem Grunde kann ich in der Kammer in Uebereinstimmung mit dem, was ich eben ausgesprochen habe, versichern, daß die Regierung es für ihre Pflicht hält, diese Frage mit unerläßlicher Aufmerksamkeit zu verfolgen, und daß sie nichts unterlassen wird, um auf diesem wie auf anderen Gebieten die Rechte und Interessen Schwedens wahrzunehmen. Nähere Erklärungen kann ich aus leicht begreiflichen Gründen jetzt nicht abgeben.“

**Nr. 1791. Erneutes schwedisches Verbot gegen den Luftverkehr über schwedisches Gebiet vom 14. Juli 1916.**  
(Seekriegsrecht im Weltkriege. Sammlung diplomatischer Noten und anderer Urkunden. Zusammengestellt im Auftrage des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts. Urkunden 369 bis 664. Berlin 1918. Nr. 536.)

Wir, Gustav usw. machen bekannt, daß wir, gestützt auf § 1 des Gesetzes vom 7. IX. 1914, betreffend das Verbot gegen den Luftverkehr über schwedisches Gebiet, unter Aufhebung der Verordnung vom gleichen Tage, betreffend das Verbot gegen den Luftverkehr über schwedisches Gebiet, für gut



befunden haben zu verordnen, daß der Luftverkehr über schwedisches Gebiet, einbegriffen schwedische Territorialgewässer, bis auf weiteres bei Strafe, wie im eben genannten Gesetz vorgeschrieben, nicht ohne unsere Zustimmung mit anderen Luftfahrzeugen stattfinden darf, als mit solchen, die dem schwedischen Staate gehören oder für seine Rechnung benutzt werden, doch soll, was auf diese Weise verordnet worden ist, für die schwedischen Territorialgewässer im Oeresund zwischen den Breitengraden, gezogen im Norden durch Vikens Feuer (Breite N 58° 8' 7") und im Süden durch Klagshamns Feuer (Breite N 55° 31' 2") keine Geltung haben.

Diese Verordnung tritt an dem auf den Tag der Verausgabung aus dem Druck in der schwedischen Verfassungssammlung folgenden Tage in Kraft.  
Usw.

Stockholms Schloß, den 14. Juli 1916.

(L. S.)

gez. *Gustav.*

Das Ministerium des Innern.

*Johan Beck-Friis.*

**Nr. 1792. Mitteilung vom 23. Juli 1916 über eine schwedische Ergänzung zur U-Boot-Verordnung vom 20. Dezember 1912.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 24. Juli 1916, Nr. 203.)

Stockholm, 23. Juli.

Wie „Svenska Telegrambyran“ mitteilt, hat die schwedische Regierung das seit dem 20. XII. 1912 bestehende Verbot für fremde Unterseeboote, in schwedischen Gewässern zu fahren oder Aufenthalt zu nehmen, durch eine am 28. VII. in Kraft tretende amtliche Bekanntmachung ergänzt. Die Verfügung lautet nunmehr:

Unterseeboote, die zum Gebrauch im Kriege ausgerüstet sind und einer fremden Macht gehören, dürfen, auf die Gefahr hin, ohne vorhergehende Warnung mit Waffengewalt angegriffen zu werden, nicht in schwedischen Hoheitsgewässern innerhalb dreier nautischer Minuten (Seemeilen) vom Lande oder von der schwedischen Küste zu äußerst vorgelagerten Klippeninseln, die nicht stets vom Meere überspült werden, fahren oder sich aufhalten. Ausgenommen davon ist die Fahrstraße durch den Oeresund zwischen der Breitenparallele durch den Leuchtturm Viken, 56 Grad 8,7 Min., nördlich und der Breitenparallele durch den Leuchtturm Klagshamn, 55 Grad 31,2 Min., südlich. Ist ein Unterseeboot benötigt, infolge schweren Wetters oder Seeschadens in das verbotene Gebiet einzulaufen, so soll das obige Verbot keine Geltung haben, vorausgesetzt, daß das Boot in Ueberwasserlage gehalten wird und seine Nationalflagge und das internationale Signal geheißt hat, das die Ursache seines Verweilens in dem verbotenen Gewässer angibt. Wenn diese Ursache aufhört, soll das Boot das verbotene Gebiet sobald wie möglich verlassen.

Eine weitere amtliche Meldung besagt, daß im Zusammenhang mit dieser neuen Bekanntmachung die schwedischen Marinemannschaften, insbesondere

die zur Wahrung der Neutralität bestimmten Wachen, in gewissen Küstenstrecken demnächst verstärkt werden sollen. Eine andere Bekanntmachung bestimmt, daß es fremden Luftfahrzeugen bis auf weiteres verboten ist, schwedisches Gebiet zu überfliegen, mit Ausnahme eines gewissen Teiles des Öresunds. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

**Nr. 1793. Mitteilung vom 28. Juli 1916 zur schwedischen Bekanntmachung über ein neues Minenfeld in der Kogrund-Rinne.** („Miscellaneous“ Nr. 8 [1917]. Correspondence with the Swedish Government respecting the Mining of the Kogrund Passage. Presented to both Houses of Parliament by Command of His Majesty. April 1917. London 1917. [Cd. 8478.] Nr. 1.)

Sir *E. Howard* to Sir *Edward Grey*. — (Received July 29.)  
(Telegraphic.) Stockholm, July 28, 1916.

By a decree dated the 14th July, Swedish Government gives notice that minefield laid down in Kogrundsranan, which is new fairway round Falsterbo mine-field, situated between latitude north  $55^{\circ} 26'$ , and north  $55^{\circ} 28'$ , and between longitude east  $12^{\circ} 47' 8''$ , and east  $12^{\circ} 50' 5''$ . Fairway may only be navigated by Swedish warships or any other ships in the service of Swedish State, Swedish merchant vessels engaged in regular coastwise traffic through Sound, Swedish merchant-ships bound to Swedish Baltic ports carrying cargo only to such port or in ballast and vice versa, finally, Swedish boats, including vessels less than 20 tons register, going from one Swedish port to another. All merchant vessels desiring to pass through mine-field must anchor before arriving mine-field, in order to obtain permission to pass. Notice comes into force to-morrow. There are several other provisions of less importance connected with pilotage, &c.

**Nr. 1794. Verbalnote der Vierverbandsmächte vom 30. August 1916 an Schweden über die schwedischen Maßnahmen zur Regelung der Schifffahrt in den schwedischen Gewässern.** („Miscellaneous“ Nr. 8 [1917] Nr. 3.)

Note verbale.

D'ordre de son Gouvernement, le Ministre de Grande-Bretagne a l'honneur de soumettre au Gouvernement Royal les considérations suivantes au sujet des récentes mesures adoptées en ce qui concerne la navigation dans les eaux territoriales suédoises, et particulièrement dans la Baltique:

1. L'ordonnance Royale du 19 juillet, 1916, paraît établir, entre les sous-marins armés en guerre et ceux qui ne le sont pas, une distinction grâce à laquelle de soi-disant sous-marins de commerce pourraient impunément naviguer en plongée dans les eaux territoriales suédoises.

Le Gouvernement suédois semble considérer un sous-marin comme un bâtiment d'un type assez exceptionnel pour justifier sa destruction immédiate et sans avertissement, dans les eaux suédoises, lorsqu'il appartient à un

État ami; mais il exempte de ce traitement les sous-marins appartenant à des compagnies commerciales.

Cette ordonnance omet d'expliquer, comme elle aurait dû le faire, comment on devra distinguer le périscope ou même le kiosque d'un sous-marin de commerce d'avec ceux d'un sous-marin de guerre.

La distinction impliquée par cette ordonnance a. en outre, un effet contraire à la neutralité en ce sens que les forces navales suédoises pourraient hésiter à attaquer un sous-marin allemand dans les eaux territoriales sous prétexte qu'il pourrait être un sous-marin de commerce, tandis qu'elles n'auraient aucune hésitation de ce genre en présence d'un sous-marin reconnu comme appartenant à l'un des Alliés, puisque ces derniers ne se servent pas de sous-marins de commerce.

2. L'ordonnance du 14 juillet, 1916, réservant aux seuls navires de commerce suédois la route ménagée à travers le champ de mines établi dans la passe de Kogrund, ne paraît pas compatible avec les dispositions de l'article 9 du Traité de Commerce et de Navigation du 18 mars, 1826, qui assurent aux navires de commerce de Grande-Bretagne naviguant dans les eaux suédoises le traitement de la nation la plus favorisée, en l'espece l'Italie, dont les bâtiments de commerce sont admis, en vertu de l'article 3 du traité du 14 juin, 1862, à participer à la navigation des côtes et au commerce entre les ports de Suède sur le même pied que les bâtiments suédois.

3. Par la même ordonnance du 14 juillet, d'une part, et par une récente circulaire de l'Amirauté suédoise, d'autre part, le Gouvernement Royal a fermé la seule route par laquelle les navires de commerce non suédois pouvaient passer du Sund dans la Baltique, ou inversement, à l'abri des forces navales allemandes. Par contre, le Gouvernement Royal non seulement laisse ouverte, dans les eaux territoriales, entre le détroit de Kalmar et Lulea, une route qui n'est plus accessible qu'aux bâtiments suédois ou allemands, mais encore il y assure à ces bâtiments la protection d'une escorte contre les forces navales russes.

Il en résulte que les navires de commerce allemands auront accès aussi bien à la côte est qu'à la côte ouest de la Suède, tandis que, par suite de la fermeture de la passe de Kogrund, les navires de commerce alliés se trouvant dans les ports russes auront accès seulement à la côte est, et les autres navires de commerce alliés seulement à la côte ouest. En d'autres termes, la Suède a complété la barrière que les Allemands avaient posée entre les Alliés dans la Baltique.

Pour prévenir l'éventualité d'une violation des eaux suédoises par la Russie, le Gouvernement Royal renforce la surveillance de ses côtes et menace de l'emploi immédiat de la force. Au contraire, pour prévenir une éventualité analogue de la part de l'Allemagne, le Gouvernement Royal ôte tout objet aux incursions des forces navales allemandes dans les eaux territoriales en supprimant purement et simplement la navigation commerciale que l'Allemagne avait intérêt à troubler.

Il y a donc, dans l'attitude adoptée par le Gouvernement Royal vis-à-vis de l'un ou de l'autre des deux camps belligérants une différence notoire et qui semble peu compatible avec les devoirs d'une neutralité loyale et impartiale.

Le Gouvernement de Sa Majesté britannique a le vif regret de le constater.

Légation de la Grande-Bretagne.

Stockholm, le 30 août, 1916.

**Nr. 1795. Schwedens Antwort vom 9. September 1916 auf die Verbalnote der Entente vom 30. August 1916.**

(„Miscellaneous“ Nr. 8 [1917] Nr. 4.)

Stockholm, le 9 septembre, 1916.

M. le Ministre,

Le 30 août dernier, vous avez bien voulu remettre au Ministère Royal des Affaires Étrangères une note verbale contenant certaines considérations „au sujet des récentes mesures adoptées en ce qui concerne la navigation dans les eaux territoriales suédoises, et particulièrement dans la Baltique“.

Le Gouvernement du Roi éprouve quelque difficulté à se rendre compte du but poursuivi par cette démarche. Dans la note vous critiquez, de différents points de vue, certaines des mesures prises récemment par le Gouvernement du Roi pour sauvegarder d'une manière plus efficace la neutralité du pays. Vous concluez qu'il y aurait, dans l'attitude adoptée par le Gouvernement du Roi vis-à-vis de l'un ou l'autre des deux camps belligérants une différence notoire et qui semblerait peu compatible avec les devoirs d'une neutralité loyale et impartiale.

Le Gouvernement du Roi a le devoir de contester de la manière la plus formelle le bien-fondé de l'opinion ainsi émise. Il ne saurait entrer en discussion sur la sincérité et l'impartialité de sa neutralité, démontrées abondamment pendant toute la durée de la présente guerre. Il fera observer cependant qu'une allégation de cette nature pêche évidemment par sa base, quand elle n'est fondée que sur des faits isolés et imparfaitement pénétrés.

Quant aux divers points relevés dans les observations critiques, le Gouvernement du Roi croit devoir attirer l'attention sur ce qui suit :

1. D'après des prescriptions édictées en connexion avec l'ordonnance sur le traitement des sous-marins, tout sous-marin est traité comme s'il était en service de guerre, si son affectation aux usages commerciaux ne ressort des circonstances et de la certitude de faits connus. Les observations ne peuvent donc que constater de ce que le contenu de ces prescriptions est resté inconnu à la Légation de Sa Majesté britannique.

2. L'article invoqué du traité suéco-italien du 14 juin, 1862, ne vise que le droit de cabotage, c'est-à-dire le droit d'exercer le commerce maritime entre des ports suédois.

Il est inadmissible que de telles stipulations puissent empêcher, en temps de guerre, les Puissances contractantes de prendre les mesures exceptionnelles nécessitées par les circonstances. La passe de Kogrund, qui a été

pendant la guerre spécialement aménagée pour la navigation, et qui, même après cet aménagement, n'est accessible qu'aux bâtiments d'un tirage d'eau assez faible, est située tout entière en dehors du Sund et dans les eaux intérieures suédoises. Les obstacles qui ont été mis, par d'autres Puissances, à la navigation par les voies ordinaires conduisant de la mer du Nord à la mer Baltique ne dépendent pas de la Suède.

Il va de soi, cependant, que le Gouvernement du Roi est tout prêt à discuter, dans la manière d'usage, les doutes qui pourraient s'élever sur l'interprétation du traité suéco-italien.

3. Pour ce qui concerne la fermeture de la passe de Kogrund, il en a été parlé déjà sous le point précédent. Si les Puissances alliées avaient exercé le contrôle desdites voies ordinaires, le Gouvernement du Roi, dans des conditions analogues, n'aurait pas agi autrement qu'il ne l'a fait. Quand le Gouvernement du Roi assure — comme il l'a fait très souvent, et le fait toujours, au profit de la navigation des pays alliés — dans tous les parages suédois et aux navires de commerce de toute nationalité la protection qui leur est due dans les eaux territoriales suédoises, en y empêchant la violation de la souveraineté de la Suède, il ne fait que sauvegarder sa neutralité de la manière qu'il trouve la mieux appropriée au but. Les mesures prises pourraient paraître inutiles en vue des assurances réitérées que le Gouvernement du Roi a eu la satisfaction de recevoir des deux parts, et qui portent que le territoire maritime de la Suède sera rigoureusement respecté. Mais le Gouvernement du Roi est incontestablement seul juge quand il s'agit pour lui du choix entre les moyens légitimes de maintenir ses droits et d'accomplir ses devoirs.

Veuillez, &c.

*Knut Wallenberg.*

**Nr. 1796. Englands Antwort auf die schwedische Note vom 9. September 1916 über die Maßnahmen in den schwedischen Hoheitsgewässern.** („Miscellaneous“ Nr. 8 [1917]. Nr. 5.)

Stockholm, le 14 octobre, 1916.

M. le Ministre,

Le commerce du Gouvernement de Sa Majesté britannique, auquel j'ai communiqué la teneur de votre Excellence en date du 9 septembre dernier, me charge d'y répondre comme suit :

Le Gouvernement de Sa Majesté britannique n'a eu à aucun moment la pensée d'entrer en discussion avec le Gouvernement du Roi sur la sincérité des intentions de celui-ci en ce qui concerne le maintien de la neutralité de la Suède.

Lorsque la note du 30 août, 1916, a été remise au Cabinet de Stockholm, j'ai eu soin de déclarer verbalement au Ministre des Affaires Étrangères par intérim qu'elle n'impliquait aucun changement dans l'attitude amicale des Puissances alliées envers la Suède. Le but poursuivi par cette note a été

simplement de constater que les ordonnances suédoises des 14 et 19 juillet dernier aboutissent pratiquement à des résultats manifestement préjudiciables à la Grande-Bretagne et à ses Alliés, favorables à leurs ennemis et en opposition avec les engagements conventionnels de la Suède.

Il a paru que, dans l'intérêt des bonnes relations des deux pays, il était opportun d'éviter tout malentendu, et le Gouvernement de Sa Majesté britannique, confiant dans l'amitié du Gouvernement Royal, a, comme ses Alliés, cru devoir s'en expliquer loyalement :

1. En ce qui concerne le traitement des sous-marins et l'ordonnance suédoise du 19 juillet, 1916, les considérations exposées dans la note britannique du 30 août ont été et n'ont pu naturellement être basées que sur les dispositions rendues publiques. L'ordonnance du 19 juillet est à cet égard le seul document qui ait été porté à la connaissance du Gouvernement britannique.

D'après la note suédoise du 9 septembre, d'autres prescriptions ont été édictées en connexion avec cette ordonnance et disposent que „tout sous-marin est traité comme sous-marin de guerre si son affectation aux usages commerciaux ne ressort pas avec certitude de faits connus.“

Comme le fait remarquer le Gouvernement Royal, „le contenu de ces prescriptions est resté inconnu du Gouvernement britannique“. Celui-ci se rend donc difficilement compte des faits d'où peut ressortir avec certitude qu'un kiosque ou un périscope aperçu à la mer appartient à un sous-marin affecté à des usages commerciaux. Il serait heureux de connaître le critérium adopté à cet égard par le Gouvernement Royal.

En revanche, le Gouvernement britannique sait, par un avis publiquement adressé au commerce allemand par les autorités allemandes que jusqu'à présent les sous-marins allemands prétendus commerciaux ne sont pas à la disposition des particuliers allemands pour leurs expéditions commerciales privées, ce qui paraît bien les exclure de la catégorie de navires de commerce.

2. L'article 3 du Traité italo-suédois de Commerce et de Navigation de 1862 est ainsi conçu : „Les bâtiments italiens seront admis à participer à la navigation des côtes et au transport des marchandises entre les ports des Royaumes de Suède et de Norvège et seront traités en tout ce qui concerne cette navigation et ce commerce sur le même pied que les bâtiments suédois et norvégiens.“

Par conséquent, cette stipulation ne vise pas seulement „le droit de cabotage, c'est-à-dire le droit d'exercer le commerce maritime entre les ports suédois“, comme votre Excellence veut bien le dire, mais aussi la navigation des côtes, c'est-à-dire la navigation dans les eaux territoriales.

Le fait que la passe de Kogrund a été spécialement aménagée pour la navigation pendant la guerre actuelle ne saurait porter atteinte aux droits consacrés par les traités.

La note suédoise du 9 septembre considère comme „inadmissible“ que les stipulations d'un traité „puissent empêcher en temps de guerre les Puissances contractantes de prendre les mesures exceptionnelles nécessitées par

les circonstances." Mais c'est là une doctrine qu'il est inattendu de voir invoquée par le Gouvernement d'un État neutre, et qui ne saurait être admise par le Gouvernement de Sa Majesté britannique que sous les plus expresses réserves.

3. La note suédoise du 9 septembre ne réfute sur aucun point les considérations tirées de l'état de choses créé par l'ordonnance Royale du 14 juillet; elle n'a pu, en particulier, contester que la fermeture de la passe de Kogrund n'ait notamment pour effet d'empêcher tout commerce entre les ports russes de la Baltique et les autres mers, même par bateaux suédois.

Le Gouvernement de Sa Majesté britannique reconnaît volontiers que le Gouvernement du Roi, est le seul juge du choix entre les moyens de maintenir ses droits et d'accomplir ses devoirs, sous la réserve, bien entendu, que ces moyens soient compatibles avec les traités en vigueur.

Mais le Gouvernement de Sa Majesté britannique se plaît à espérer que, de son côté, le Gouvernement suédois ne lui contestera pas le droit de relever que les moyens en question, quels que soient d'ailleurs les motifs que le Gouvernement suédois a eus d'y recourir, ne sont préjudiciables qu'aux Alliés.

Je saisis, &c.

*Esme Howard.*

**Nr. 1797. Mitteilung über die fortdauernde Geltung der schwedischen Neutralitätserklärung.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 17. September 1916, zweite Ausgabe, Nr. 258.)

Wie der königlich schwedische Gesandte hier mitgeteilt hat, ist die früher abgegebene Neutralitätserklärung der schwedischen Regierung fortdauernd in Geltung.

**Nr. 798. Mitteilung vom 26. Oktober 1916 über einen schwedischen Protest in Petersburg gegen die Minenauslegung auf schwedischem Seegebiet.** („Frankfurter Zeitung“ vom 27. Oktober 1916, zweite Ausgabe, Nr. 298.)

Stockholm, 26. Oktober.

(Meldung des „Svenska Telegrambyran“.) Der hiesige russische Gesandte hat der schwedischen Regierung mitgeteilt, die russische Regierung habe den Befehl erlassen, im Bottnischen Meerbusen Minen innerhalb der folgenden Grenze zu legen: im Norden: 33 Grad 35 Minuten nördlicher Breite; im Osten: 21 Grad östlicher Länge von Greenwich; im Süden: 63 Grad 15 Minuten nördlicher Breite; im Westen: 20 Grad östlicher Länge, dann die Linie in einer Entfernung von drei Seemeilen von Südostbotten und den nicht stets vom Meer überspülten Schären an der schwedischen Küste bis 63 Grad 35 Minuten nördlicher Breite.

Infolge dieser Mitteilung ist der schwedische Gesandte in Petersburg beauftragt worden, sofort gegen diese Minenauslegung auf schwedischem Seegebiet Einspruch zu erheben unter Vorbehalt aller Ansprüche, die sich aus einer solchen Minenauslegung ergeben könnten.

**Nr. 1799. Mitteilung vom 1. Dezember 1916 über eine schwedische Erklärung zu den U-Boot-Verordnungen Schwedens und Norwegens.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 2. Dezember 1916, zweite Ausgabe. Nr. 334.)

Stockholm, 1. Dezember.

„Stockholms Dagblad“ behandelt in einem Leitartikel die U-Bootsverordnungen in Schweden und Norwegen. Das Blatt betont, daß der Wortlaut der beiden Verordnungen keineswegs, wie allgemein angenommen worden sei, in allen Punkten übereinstimme. Der norwegische Erlaß gelte nicht nur für die Dreimeilengrenze, sondern für die Viermeilengrenze. Ferner verbiete er nicht nur Kriegs-U-Booten das Befahren neutraler Gewässer, sondern auch anderen U-Booten, was sich also gegen Handels-U-Boote richte. Auch werde eine Ausnahme von dem Verbot nur gemacht, wenn es gelte, Menschenleben zu retten, nicht wie in der schwedischen Note allgemein bei Sturm und Schiffbruch. Die norwegischen Bestimmungen seien also weit schärfer als die schwedischen. Doch selbst wenn der Wortlaut in allen Punkten identisch wäre, so gäbe es doch noch andere Unterschiede. Es sich am 3. Juni habe ein englisches U-Boot Dampfer innerhalb des norwegischen ausschließlichen Bereichs beschossen. Die Regierung in Christiania habe sich aber nur in schriftlicher Form gehaltenen Protest in London beschränkt und sich trotz der italienischen <sup>5.4.16</sup> Erklärung nicht der am 19. Juli erlassenen schwedischen Verordnung angeschlossen. Erst als sich im Oktober deutsche U-Boote dem neutralen Seegebiet genähert hätten, sei man mit der eigenen Note gekommen. Man könne also sicher nicht sagen, daß die norwegische Sache auch die Schwedens sei.

**Nr. 1800. Mitteilung vom 27. Dezember 1916 über eine Friedensnote Schwedens an alle kriegführenden Staaten.** („Frankfurter Zeitung“ vom 28. Dezember 1916, zweite Ausgabe, Nr. 358.)

Amsterdam, 27. Dezember.

Nach dem „Daily Telegraph“ ist eine schwedische Note in allen Hauptstädten der kriegführenden Länder überreicht worden.

**Nr. 1801. Mitteilung vom 8. Februar 1917 über die Note Schwedens an die Vereinigten Staaten von Amerika in Beantwortung des Vorschlags Wilsons an die Neutralen**



**anlässlich der Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 10. Februar 1917, erste Ausgabe, Nr. 40.)

Stockholm, 8. Februar.

(Meldung des „Svenska Telegrambyrån“.) Die Note, die der schwedische Minister des Aeußern dem Gesandten der Vereinigten Staaten, *Nelson Morris*, in Beantwortung des Vorschlages des Präsidenten *Wilson* an die Neutralen übergeben hat, hat folgenden Wortlaut:

„Indem ich Bezug nehme auf Ihren Brief vom 5. Februar, durch den Sie der Königlichen Regierung die Ansicht des Präsidenten *Wilson* mitgeteilt haben, daß es im Interesse des Friedens angezeigt sei, aus Anlaß der neuen Seesperre, die von der Deutschen Regierung erklärt worden ist, eine der Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika ähnliche Haltung einzunehmen, habe ich die Ehre, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Die Politik, die die Regierung des Königs während des Krieges befolgt hat, ist streng unparteiische Neutralität. Die Königliche Regierung hat alles ihr Mögliche getan, um treu alle Pflichten zu erfüllen, die ihr diese Politik auferlegt, und gleichzeitig hat sie soweit möglich die Rechte geltend gemacht, die daraus abzuleiten sind. Um ein praktisches Ergebnis zu erzielen, hat die Königliche Regierung die Grundsätze des Völkerrechts aufrechterhalten, sich mehrmals an die neutralen Mächte gewandt, um zu einem Zusammenarbeiten zu dem geplanten Zwecke zu gelangen. Insbesondere hat die Regierung nicht unterlassen, der Regierung der Vereinigten Staaten Vorschläge zu diesem Zwecke zu unterbreiten.

Mit Bezug auf die Politik des Königs festgestellt, daß die Interessen der Vereinigten Staaten nicht erlaubt haben, sich diesen Vorschlägen anzuschließen.

Die so von der Regierung des Königs gemachten Vorschläge haben zu einem System von gemeinsamen Maßnahmen zwischen Schweden, Dänemark und Norwegen gegenüber den beiden kriegführenden Parteien geführt.

In der Politik, die die Regierung des Königs zur Aufrechterhaltung ihrer Neutralität und zur Sicherung der legitimen Rechte des Landes befolgt, ist die Regierung des Königs, die ein Herz hat für die unbeschreiblichen Leiden, die von Tag zu Tag grausamer auf der ganzen Menschheit lasten, bereit, jede sich darbietende Gelegenheit zu ergreifen, um zur Herbeiführung eines nahen, dauernden Friedens beizutragen.

Sie hat sich daher beeilt, sich der edlen Initiative des Präsidenten anzuschließen, zu dem Zwecke, die Möglichkeiten zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen den Kriegführenden zu prüfen.

Der Vorschlag, der den Gegenstand des gegenwärtigen Schriftwechsels bildet, gibt als Ziel die Abkürzung der Uebel des Krieges an. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten hat als Mittel, zu diesem Ziel zu kommen, ein Verfahren gewählt, das durchaus im Gegensatz zu den Grundsätzen steht,

die bis zur gegenwärtigen Stunde die Politik der Königlichen Regierung geleitet haben.

Die Regierung des Königs, die sich stützt auf die Meinung der Nation, wie sie durch die einstimmigen Resolutionen ihrer Vertreter dargetan wurde, will in Zukunft wie in der Vergangenheit den Weg der Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber den beiden kriegführenden Parteien weiter verfolgen und wird nur dann ihn zu verlassen geneigt sein, wenn die Lebensinteressen des Landes und die Würde der Nation sie zwingen, ihre Politik zu ändern.

Wollen Sie usw.

gez. K. A. Wallenberg.“

**Nr. 1802. Mitteilung vom 15. Februar 1917 über die schwedische Note an Oesterreich-Ungarn anlässlich der Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges.** („Neue Freie Presse“ vom 16. Februar 1917, erste Ausgabe, Nr. 18853.)

Wien, 15. Februar.

Die Königlich schwedische Regierung hat gestern dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Stockholm folgende Note überreicht:

„Durch eine Note vom 31. Januar waren Sie so freundlich, mir im Auftrage Ihrer Regierung mitzuteilen, daß angefangen vom 1. Februar die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sich gezwungen erklären, mit allen Waffenmitteln jeglichen Seeverkehr in den ausdrücklich angeführten und in den der erwähnten Note beigegebenen Denkschrift genau bezeichneten Gebieten um Großbritannien, Frankreich und Italien sowie im östlichen Mittelmeer zu bekämpfen.

Im Verlaufe des unheilvollen Zusammenstoßes, der seit länger als zwei Jahren Europa beunruhigt, sah sich die Regierung des Königs mehrere Male genötigt, sich gegen ernste Angriffe zu erheben, die durch die Maßnahmen der einen oder der anderen kriegführenden Partei gegen das Recht der Neutralen gerichtet wurden. Wie immer war die Regierung des Königs auch bei diesen Gelegenheiten von dem Geiste der vollkommensten und loyalsten Unparteilichkeit beseelt. Sie hat nicht beurteilen wollen, ob die Maßnahmen der Kriegführenden als Mittel, den Feind zu bekämpfen, oder aber auf Grund des Vergeltungsgesetzes gerechtfertigt waren; sie hat sich darauf beschränkt, sich mit den unverjährbaren Rechten der neutralen Nationen zu befassen und derart der gemeinsamen Sache des internationalen Rechtes zu dienen.

Auf denselben Standpunkt stellt sich die Regierung des Königs auch angesichts der von den beiden Regierungen angekündigten Maßnahmen, die offenkundig die Interessen der neutralen Mächte sehr nahe berühren. Die Regierung des Königs kann das Recht eines Kriegführenden, die Benutzung des freien Meeres für die neutralen Nationen einzuschränken, nicht anerkennen. Sie hat Einspruch erhoben, als Großbritannien durch die Erklärung

eines bestimmten Theiles der Nordsee als Kriegsschauplatz sich das Recht auf Beschränkung der Straßen für die neutrale Schifffahrt zusprach. Sie hat nicht ermangelt, in gleichem Sinne die förmlichsten Vorstellungen zu erheben, sei es gegen die Auslegung von Minen, die auf den großen Seehandelsstraßen ohne die der Sicherheit der friedlichen Schifffahrt geschuldeten Rücksichten erfolgte, sei es anlässlich neuer Kundgebungen, die bestimmte Gebiete des freien Meeres als Kriegsschauplatz erklärten, sei es bei anderen gleichartigen Gelegenheiten. Die Regierung des Königs behält stets die gleiche Auffassung bei; sie tut dies mit um so größerer Kraft, als die der neutralen Schifffahrt in den Weg gelegten Hindernisse diesmal von noch beträchtlicherer Ausdehnung und Schwere sind.

Die einzigen Regeln des internationalen Rechtes, die zur Unterstützung der die Verhinderung jeglichen Handels und jeglicher Schifffahrt mit den Feindesländern bezweckenden Maßnahmen angeführt werden könnten, sind jene, die die Seeblockade betreffen. Ohne nun die Hypothese ins Auge zu fassen, daß die geplanten Maßnahmen nicht die nach den erwähnten Regeln unerlässliche volle Wirksamkeit haben würden, sieht sich die Regierung des Königs genötigt, auf einigen Gesichtspunkten zu beharren, die vom Standpunkte der neutralen Interessen und Rechte von wesentlicher Bedeutung erscheinen. Zunächst kann kein Kriegführender das Recht haben, der friedlichen Schifffahrt das Durchfahren von Gebieten zu verbieten, deren äußere Grenzen von den feindlichen Küsten, die allein gesetzlicherweise blockiert werden könnten, sehr weit entfernt sind. Ferner ist ein neutrales Schiff nach den allgemein anerkannten Regeln über die Seeblockade der Beschlagnahme und Aufbringung nur in dem Falle ausgesetzt, wenn es den Versuch gemacht hat, die Blockade zu verletzen, und in diesem Falle wird es im allgemeinen vor den befugten Prisengerichtshof gebracht werden müssen.

Die Regierung des Königs kann die Abweichung von diesen für die Aufrechterhaltung sowohl ideeller als auch materieller Interessen so wesentlichen Regeln nicht zulassen. Sie hat daher mit den ernstesten Besorgnissen (*préoccupations*) von der erwähnten Mitteilung Kenntnis genommen. Diese Besorgnisse verschärfen sich noch infolge der Tatsache, daß die für gefährlich erklärten Gebiete, wie es scheint, ausschließlich von Unterseebooten bewacht werden, und infolge der im gegenwärtigen Kriege gemachten Erfahrungen, die die großen, durch diese Fahrzeuge für neutrale Untertanen bewirkten Gefahren bewiesen haben. Die durch die beiden Regierungen angekündigten Maßnahmen würden den Grundsätzen des internationalen Rechtes um so mehr widersprechen, wenn sie, wie der Wortlaut der Mitteilung zu besagen scheint, ohne Unterschied auf alle in die bezeichneten Gebiete eindringenden Schiffe, also auch auf jene, die nicht nach einem feindlichen Hafen bestimmt, sondern nur auf der Fahrt zwischen zwei neutralen Häfen sind, angewendet werden sollten.

Auf diese Erwägungen gestützt, sieht sich die Regierung des Königs genötigt, an die k. u. k. Regierung einen förmlichen Einspruch gegen die

neuen, durch sie angekündigten Maßnahmen zu richten und alle Vorbehalte hinsichtlich der Verluste an Menschenleben und der Sachschäden, die sich daraus für Schweden ergeben könnten, zu machen.

Eine gleichlautende Note wurde seitens der Königlich dänischen Regierung dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Kopenhagen überreicht.

Nach einer Meldung aus Kopenhagen wurden gleichlautende Noten der nordischen Regierungen den deutschen Gesandten in Kopenhagen, Christiania und Stockholm überreicht.

**Nr. 1803. Mitteilung vom 5. März 1917 über die Ablehnung des Rücktrittsgesuchs des schwedischen Kabinetts durch den König.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 7. März 1917, erste Ausgabe, Nr. 65.)

Stockholm, 5. März.

(Meldung von „Svenska Telegrambyran“.) Sämtliche Mitglieder der Regierung haben, wie bereits kurz gemeldet, gestern ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Bei Behandlung dieses Gesuches im heutigen Ministerrat sagte der König:

„Ich verstehe die Schwierigkeiten, die das Rücktrittsgesuch veranlaßt haben. Ich habe indessen volles Vertrauen zu meinen gegenwärtigen Ratgebern, die mit den außerordentlichen durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnissen wohl vertraut sind. Ein Regierungswechsel unter den jetzigen Umständen würde nicht nur bedeutende Schwierigkeiten mit sich bringen, sondern könnte auch so aufgefaßt oder gedeutet werden, als sei er vorbedeutend mit einer Abweichung in einer oder der anderen Richtung von der bisher konsequent durchgeführten unparteiischen Neutralitätspolitik, an der festzuhalten ich fest entschlossen bin. Aus diesem Grunde glaube ich mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeit meiner Stellung in Ihr Gesuch gegenwärtig nicht einwilligen zu dürfen. Ich bitte Sie statt dessen aufs eindringlichste, alle Anstrengungen zu machen, um einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden, die Ihren Abgangswunsch veranlaßt haben. Ich fordere Sie deshalb auf, in Ihren Aemtern, die ich Ihnen anvertraut habe, zu bleiben, in der Hoffnung, daß ein solcher Ausweg zu finden sein werde.“

Die Mitglieder des Ministerrats erklärten darauf, daß sie sich der weiteren Verwaltung ihrer Aemter nicht entziehen wollten, in der Erwartung, daß die von Seiner Majestät ausgedrückte Hoffnung in Erfüllung gehen werde.

**Nr. 1804. Mitteilung vom 9. September 1917 über eine schwedische Erklärung angesichts der Anschuldigungen des Staatssekretärs Lansing hinsichtlich der Telegramme des Grafen Luxemburg.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 13. September 1917, erste Ausgabe, Nr. 253.)

Stockholm, 9. September.

„Svenska Telegrambyran“ meldet: Angesichts der Anschuldigungen des Staatssekretärs *Lansing* hat der schwedische Minister des Aeußern am Montagabend folgende Erklärung abgegeben:

„Das Ministerium des Aeußern hat keine Mitteilung über die Uebermittlung der in der Erklärung des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten erwähnten Telegramme erhalten. Das Königliche Ministerium kann darum keine endgültige Stellung zu den Fragen nehmen, die sich daraus ergeben können. Indessen ist es wahr, daß zu Beginn des Weltkrieges der damals im Amt befindliche Minister des Aeußern gestatten zu müssen glaubte, daß ein deutsches Telegramm über die Zivilbevölkerung von Kiautschou zurücktelegraphiert wurde und daß eine ähnliche Erlaubnis den Vertretern beider kriegführenden Parteien unabhängig davon gewährt wurde, ob Schweden mit der Vertretung der Interessen eines im Kriege befindlichen Landes betraut war, was unzweifelhaft einen beträchtlichen Austausch von Telegrammen und Briefen mit sich bringt.

Was die Vereinigten Staaten betrifft, so ersuchte der amerikanische Gesandte in Stockholm bei mehreren Gelegenheiten im Laufe dieses Jahres darum, daß Briefe und Telegramme von oder nach der Türkei übermittelt wurden. Dies wurde bewilligt. Dieses Ersuchen wurde ebenfalls gestellt zu einer Zeit, als die Türkei sich nicht im Kriegszustande mit den Vereinigten Staaten befand und in der die schwedische Gesandtschaft noch nicht mit der Wahrung der Interessen der Vereinigten Staaten beauftragt war. Diese Depeschen wurden über Deutschland gesandt.

Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten ließ durch einen vom 14. April datierten Brief des amerikanischen Gesandten in Stockholm für die ihm so bezeugte internationale Höflichkeit seine Erkenntlichkeit aussprechen. Schon im Laufe des Sommers 1915 wurde von seiten Englands der Wunsch ausgesprochen, daß die Uebermittlung von Depeschen zwischen Deutschland und Nordamerika aufhöre. Es wurde keine förmliche Vorstellung erhoben, aber der damals im Amt befindliche Minister des Aeußern glaubte, den zum Ausdruck gebrachten Wunsch erfüllen zu müssen. Nachdem indessen der Minister des Aeußern eine mündliche Besprechung mit dem englischen Gesandten gehabt hatte, glaubte er, auf dem laufenden über die Tragweite dieser Verhandlungen, nicht, daß ein Hindernis vorliege, Telegramme nach anderen neutralen Ländern, wie zum Beispiel nach Argentinien, zu übermitteln. Infolgedessen haben Uebermittlungen von Depeschen mit diesem Lande stattgefunden. Nach einer amerikanischen Meldung waren die jetzt in Frage kommenden Depeschen in einer Geheim-

sprache abgefaßt und infolgedessen für den übermittelnden Teil nicht zu entziffern. Wir sind nicht in der Lage festzustellen, ob der Inhalt dieser Depeschen dem ihnen zugeschriebenen entsprach.

Die erste Maßnahme besteht notwendigerweise in der Erlangung einer Erklärung Deutschlands. Es ist sicher, daß, falls bewiesen wird, daß ein Mißbrauch stattgefunden hat, die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um eine Wiederholung auszuschließen, und dies unabhängig von möglichen Schritten.

Es ist weder von den Vereinigten Staaten noch von England ein Schritt unternommen worden, hinsichtlich der Unterdrückung der Uebermittlung von Depeschen zwischen Schweden und Argentinien, weder früher noch jetzt. Nichtsdestoweniger ist die Angelegenheit durch die Presse vor die Öffentlichkeit gebracht worden. Ein von zuständiger Stelle auf formelle oder halbformelle Weise vorgetragener Wunsch würde doch ohne Verzug einen günstigen Empfang gefunden haben.“

**Nr. 1805. Mitteilung vom 19. September 1917 über einen Protest Schwedens bei der deutschen Regierung in Sachen der Telegramme des Grafen Luxburg.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 21. September 1917, zweite Ausgabe, Nr. 261.)

Stockholm, 19. September.

(Meldung von „Svenska Telegrambyran“.) Amtlich. Die Mitteilung über die von dem amerikanischen Staatsdepartement veröffentlichten Telegramme des Grafen *Luxburg* veranlaßte die Regierung am 10. September, durch den schwedischen Gesandten in Berlin anzufragen, ob es richtig sei, daß die veröffentlichten Telegramme vom deutschen Geschäftsträger in Buenos Aires abgesandt und vom Auswärtigen Amt in Berlin empfangen worden seien. Nachdem die Antwort eingegangen war, wurde der schwedische Gesandte in Berlin am 15. September beauftragt, unter Hervorheben, daß als festgestellt angesehen werden müsse, daß eine deutsche Behörde in besonders ernster Weise das schwedischerseits erwiesene Vertrauen mißbraucht habe, bestimmten Protest der schwedischen Regierung anläßlich des Vorfalles zu erheben. Die am 17. September veröffentlichte, vom deutschen Gesandten in Stockholm dem Minister des Aeußern gegenüber gemachte Mitteilung steht mit dem schwedischen Protest nicht in Zusammenhang.

**Nr. 1806. Mitteilung vom 2. November 1917 über eine Beschwerde der schwedischen Gesandtschaft in Washington über die zwangsweise Einziehung schwedischer Untertanen zum Heeresdienst durch Amerika.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. November 1917, Nr. 310.)

Stockholm, 2. November.

Ein heute im schwedischen Auswärtigen Amt eingetroffener Kabelbericht der schwedischen Gesandtschaft in Washington bestätigt, daß die zwangs-

weise Einziehung von Angehörigen neutraler Länder in Amerika weitergeht und daß schwedische Untertanen in großem Umfang eingezogen werden. Auf die Vorstellungen der schwedischen Gesandtschaft, daß gemäß der Uebereinkunft vom 26. Mai 1. 69 die Annahme der sogenannten ersten Papiere von Deklaranten, die beabsichtigten, amerikanische Bürger zu werden, noch keine Veränderung der Staatsangehörigkeit mit sich bringe, antwortete das amerikanische Staatsdepartement, der Präsident als Oberbefehlshaber der Armee sei bereit, in besonderen Fällen von der schwedischen Regierung unterstützte Anträge auf Entlassung schwedischer Deklaranten, die in die Armee eingereicht wurden, in Erwägung zu ziehen. Die schwedische Gesandtschaft in Washington wird die Entlassung derjenigen schwedischen Untertanen beantragen, die zu diesem Zwecke die Gesandtschaft oder die Konsulate um Beistand ersuchen.

**Nr. 1807. Mitteilung der Rede des Königs von Schweden zur Neutralitätspolitik bei der Eröffnung des schwedischen Reichstags.** („Social-Demokraten“ vom 17. Januar 1918, Nr. 14.)

Gute Herren und schwedische Männer!

Ich heiße Sie willkommen zu Ihrer wichtigen und verantwortungsvollen Aufgabe! Da sich Schwedens Reichstag nun wieder versammelt, ist die Nacht des großen Weltkrieges in ihr viertes Jahr getreten. Die ganze Menschheit leidet unter der verheerenden Wirkung und auch unser Land wird schwer davon bedrückt als irgendeins. König und Volk müssen wirklich einträchtig alle Kräfte aufbieten, um Schweden durch die ständig wachsenden Prüfungen zu führen.

Grundlage für dieses Streben ist die Neutralität, die ich zu Anfang des Krieges erklärt und seitdem aufrechterhalten habe. Ich bin fest entschlossen, unsere unparteiische Stellung mit Festigkeit zu behaupten und unser freundschaftliches Verhältnis nach allen Seiten aufrechtzuerhalten.

Ich setze zudem meine Bemühungen fort, gemeinsam mit andern neutralen Mächten, in erster Linie unsern skandinavischen Nachbarländern, die Arbeit vorzubereiten, die, wenn der Krieg einmal zu Ende, aufgenommen werden muß, um den Grund zu einem wahrhaftigen Frieden zu legen und eine Rechtsordnung unter den Staaten zu schaffen, die das Recht und die Lebensinteressen aller sichert.

Als Glied in meinem Streben nach Einigkeit und Zusammenwirken im Norden, beschloß ich Ende letzten Jahres, zum ersten Male nach der Auflösung der Union, Norwegen einen Besuch abzustatten. Es war mir lieb zu sehen, daß dieser Schritt überall in unserm Lande mit Freude und Befriedigung begrüßt wurde. Bei meinem Zusammentreffen mit Norwegens und Dänemarks Königen in der norwegischen Hauptstadt ist die nordische Zusammenarbeit befestigt und erweitert worden.

Unser altes Bruderland Finnland hat sich als selbständiger Staat erklärt. Schweden hat versucht, auf jede Weise Finnlands Sache zu fördern

und, sobald die Verhältnisse das erlaubten, seine Selbständigkeit anerkannt. Es ist meine warme Hoffnung, daß das freie Finnland sich mit uns und den übrigen skandinavischen Reichen vereinigen wird zu gemeinsamer Arbeit für Frieden und Fortschritt.

Ich hoffe auch, daß Finnlands Selbständigkeit eine für Schweden zufriedenstellende Lösung der Aalandsfrage erleichtern wird. Maßnahmen zur Vorbereitung für eine solche Lösung sind von mir getroffen worden.

Die Erfahrungen der Kriegszeit schärfen die Notwendigkeit ein, volles Einverständnis zwischen Regierung und Volk in den großen Fragen der auswärtigen Politik innezuhalten. Es ist meine Absicht, vertrauensvoll mit Ihnen in diesen Angelegenheiten zusammen zu arbeiten, und ich komme dazu, von Ihnen besondere Deputierte zu fordern, die mit mir beraten.

Fortfahrend sind gewisse militärische Maßnahmen nötig, um unsere Neutralität zu sichern. Diese Maßnahmen haben aber beschränkt werden können und, sobald die Kriegslage es erlaubt, sollen äußerste Einschränkungen stattfinden.

Die durch den Krieg verminderte Weltproduktion und die gegenseitigen Absperrungsmaßnahmen der Kriegführenden haben unsere Zufuhr und unsern Handelsaustausch mit fremden Ländern aufs äußerste erschwert. Ich mache die ernstesten Anstrengungen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Gewisse begrenzte Handelsabkommen sind abgeschlossen worden, und es sind Verhandlungen eingeleitet worden in der Absicht, eine Wiederaufnahme des schwedischen Handels über das Weltmeer nach Belieben zu ermöglichen in Uebereinstimmung mit unserer Selbständigkeit und unserer Neutralität.

In erster Linie müssen wir aber doch auf unsere eigenen Vorräte bauen.

Um Schwedens Produktion an den zum Leben nötigsten Gütern planmäßig zu steigern, sind Vorarbeiten im Gange, deren Vorschlag Ihnen zugehen dürfte. Unsere Vorräte für dieses Verbrauchsjahr sind äußerst knapp. Sie müssen mit strengster Umsicht und Sparsamkeit verwandt werden, wenn unser Volk notdürftig versorgt werden soll.

Ich richte an das ganze schwedische Volk den ernststen Mahnruf, das Organ des Staates in seiner Arbeit für Wahrnehmung und gerechte Verteilung dieser Güter zu unterstützen, auf denen unser Lebensunterhalt beruht, und in den Maßnahmen gegen solche, die Wucher treiben mit Not und Teuerung.

Die immer noch fortschreitenden Preissteigerungen erfordern außerordentliche Maßnahmen von seiten des Staates. Ich beabsichtige, von Ihnen zu fordern recht große Vorschläge zur Preisregulierung, zur Linderung der Lebensbedingungen für die Minderbemittelten und für Kriegszeitzulagen und Kriegshilfen für Staatsdiener und Rentenempfänger.

Desgleichen ist es meine Absicht, für große Gruppen von Beamten vollständige Besoldungsregelung oder einzelne Lohnverbesserung vorzuschlagen.



Die schwere Zeit, die wir durchleben, mahnt uns, unser Volk auch durch weitgehendes politisches Mitbürgerrecht zu stärken und durch weit-schauende soziale Reformarbeit.

Ein Vorschlag über das politische Stimmrecht der Frauen Schwedens soll Ihnen unterbreitet werden, ebenso ein Vorschlag über das gleiche kommunale Wahlrecht für alle, zugleich mit den damit in Verbindung stehenden Aende-rungen in den kommunalen Verfassungen.

Eine neue Gesetzesvorlage betreffend das Armenwesen und eine neue Wassérrechtsvorlage sind in Arbeit, um Ihrer Prüfung dargelegt zu werden.

Es ist meine Absicht, einen Vorschlag zum Gesetz vorzulegen über das Recht für den Verbraucher in einem gewissen Umkreis auf ein Lösegeld.

Im Zusammenhang mit einer Revision gewisser Teile der Kriegezeit-gesetzgebung sind verschärfte Bestimmungen gegen das Vorkommen unbilliger Preisverteuerung erwogen worden.

Sie haben des weiteren einen Vorschlag zu erwarten für eine plan-mäßige Organisation praktischer Schulen für die Jugend, ebenso Verbesserungen in der Alters- und Invalidenversicherung. Neue Bestimmungen zur Förderung der Kolonisation in Norrland werden vorbereitet, und ich hoffe, Ihnen einen Vorschlag mit diesem Zweck vorlegen zu können.

Ein bedeutender Anschlag wird von Ihnen gefordert werden für die fortgesetzte Entwicklung der Eisenbahnlinien, für das Telephonwesen und die staatlichen Wasserkraftwerke.

Der Vorschlag zur Staatsregulierung ist in gewisser Hinsicht nach neuen Grundsätzen ausgearbeitet. Die Maßnahmen sind weit gezogen für eine Abwicklung des Vorschußwesens, und sämtliche durch die Kriegezeit veranlaßten Ausgaben sind gedeckt durch hereingekommene oder berechnete Staatseinnahmen.

Eine besondere Einkommen- und Vermögenssteuer wird auch für das nächste Jahr nötig, aber ich beabsichtige Ihnen vorzuschlagen, gewisse niedrigere Einkommengruppen davon auszunehmen.

Die stark gesteigerten Unkosten der geschäftstreibenden Einrichtungen erfordern erhebliche Taxeerhöhungen, damit der Ertrag dem darin angelegten Kapital entspricht. Vorlagen über erhöhte Postabgaben werden Ihnen vorgelegt werden, und dementsprechend sollen Ihnen Erhöhungen im Telegraphen- und Telephonwesen zur Beurteilung vorgelegt werden.

Indem ich Gottes Segen auf Sie und Ihre Arbeiten herniederrufe, erkläre ich diesen Reichstag für eröffnet und verbleibe Ihnen, gute Herren und schwedische Männer, mit aller königl. Gnade und Gunst ständig wohlgewogen.

## k) Schweiz.

**Nr. 1808. Schweizerische Mobilmachung vom 1. August 1914.**  
(„Eidg. G.“\*) vom 1. August 1914, Nr. 23.)

Der schweizerische Bundesrat, auf den Antrag seines Militärdepartements, beschließt:

I. Die Armee ist gemäß den nachfolgenden Bestimmungen aufzubieten und mobil zu machen.

II. Der erste Mobilmachungstag ist auf den 3. August angesetzt.

(Die weiteren Ziffern III bis XI enthalten mobilisationstechnische Bestimmungen und sind hier ausgelassen. — Herausgeber.)

**Nr. 1809. Schweizerischer Bundesbeschluß betreffend Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität vom 3. August 1914.** („Eidg. G.“ vom 3. August 1914, Nr. 25.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 2. August 1914, beschließt:

Art. 1. Die schweizerische Eidgenossenschaft erklärt ihren festen Willen, in den bevorstehenden kriegerischen Ereignissen ihre Neutralität zu wahren.

Der Bundesrat ist ermächtigt, die Neutralitätserklärung in einer angemessenen Kundgebung den kriegführenden Staaten und den Mächten, welche die Neutralität der Schweiz und die Unverletzbarkeit ihres Territoriums anerkannt haben, zur Kenntnis zu bringen.

Art. 2. Die Bundesversammlung nimmt von dem durch den Bundesrat erlassenen Truppenaufgebot und der Verfügung betreffend den gesetzlichen Kurs der Banknoten genehmigende Kenntnis.

Art. 3. Die Bundesversammlung erteilt dem Bundesrate unbeschränkte Vollmacht zur Vornahme aller Maßnahmen, die für die Behauptung der Sicherheit, Integrität und Neutralität der Schweiz und zur Wahrung des Kredites und der wirtschaftlichen Interessen des Landes, insbesondere auch zur Sicherung des Lebensunterhaltes, erforderlich werden.

Art. 4. Zu diesem Zwecke wird dem Bundesrate ein unbegrenzter Kredit zur Bestreitung der Ausgaben eingeräumt. Insbesondere wird ihm die Ermächtigung zum Abschlusse allfällig erforderlicher Anleihen erteilt.

---

\*) Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der schweizerischen Eidgenossenschaft. Neue Folge. XXX. Band — Jahrgang 1914 und folgende. Bern 1915 ff.

(Angeführt als „Eidg. G.“)

Herausgeber.

Art. 5. Der Bundesrat hat der Bundesversammlung bei ihrem nächsten Zusammentritt über den Gebrauch, den er von den ihm erteilten unbeschränkten Vollmachten gemacht haben wird, Rechenschaft abzulegen.

Art. 6. Gegenwärtiger Bundesbeschluß wird dringlich erklärt und tritt sofort in Kraft.

**Nr. 1810. Verordnung betreffend Handhabung der Neutralität der Schweiz vom 4. August 1914.** („Eidg. G.“ vom 5. August 1914, Nr. 27.)

Der schweizerische Bundesrat hat, in der Absicht, allen Handlungen und Unterlassungen, welche mit der neutralen Stellung der Schweiz nicht verträglich sind, vorzubeugen, gestützt auf Art. 102, Ziffer 9, der Bundesverfassung, auf Art. 39, 40, 41 des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht vom 4. Hornung 1853 und auf die Bestimmungen des Internationalen Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907, betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen, im Falle eines Landkrieges, folgende Verfügungen erlassen, die zu jedermanns Verhalt hiermit öffentlich bekanntgemacht werden:

1. Es ist strenge Unparteilichkeit in den Beziehungen zu allen Kriegführenden zu beobachten und jede Begünstigung eines Kriegführenden zu unterlassen.

2. Es dürfen keinerlei Feindseligkeiten gegen irgendeinen der Kriegführenden von der Schweiz aus unternommen, vorbereitet, unterstützt oder irgendwie begünstigt werden.

3. Der friedliche Verkehr ist, mit Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen und der Spezialerlasse von Behörden und Truppenkommandanten, soweit möglich, aufrechtzuerhalten.

4. Der Eintritt von regulären Truppen, sowie von Freiwilligen der kriegführenden Staaten, sei es, daß sie korpsweise oder einzeln den Durchgang durch eidgenössisches Gebiet anstreben, ist unverzüglich dem nächsten Truppenkommando und der nächsten Polizeibehörde zu melden.

5. Einzelne fremde Wehrmänner, die innerhalb des neutralen Gebietes betroffen werden, sind durch die Truppen, bzw. durch die Polizei zu verhaften, desgleichen Zivilpersonen, die verdächtig sind, unter täuschendem Vorwande das neutrale Gebiet zu mißbrauchen.

6. Die Bewilligung zur Durchführung von Verwundeten und Kranken seitens eines Kriegführenden durch unser Gebiet muß beim Oberkommando eingeholt werden. Im übrigen wird in betreff des mitgeführten Personals und Materials jeder Art auf die Vorschriften für die Truppenkommandanten über die Handhabung der Neutralität (Bundesratsbeschluß vom 21. Dezember 1912) verwiesen.

7. Beim Versuche einer Kriegspartei, Transporte von Kriegsmitteln irgendwelcher Art, insbesondere Waffen-, Munitions- und Verpflegungstransporte der kriegführenden Armeen über unser Gebiet zu bewerkstelligen, soll

unverzüglich das nächste Truppenkommando und die nächste Polizeibehörde benachrichtigt werden. Die betreffenden Gegenstände sind durch diese Behörden mit Beschlag zu belegen.

8. Verboten und zu verhindern ist:

- a) die Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial in die angrenzenden kriegführenden Staaten, sowie jede Ansammlung solcher Gegenstände im betreffenden Grenzgebiete.

Bei Kriegsereignissen in der Nähe der Grenze kann das Armeekommando den Verkehr über die Grenze nach Bedarf weiter einschränken oder gänzlich sperren;

- b) der Ankauf und überhaupt die Annahme von Waffen, Kriegsmaterial und Ausrüstungsgegenständen, die von Fahnenflüchtigen über die Grenze gebracht werden.

Die unter a und b fallenden Gegenstände sind, auch wenn sie sich im Besitze von Drittpersonen befinden, in Beschlag zu nehmen. .

9. Wenn einzelne Wehrmänner der kriegführenden Mächte sich auf neutrales Gebiet flüchten wollen, oder wenn Wehrmänner als entwichene Gefangene Aufnahme verlangen, so ist ihnen der Uebertritt bis auf weiteres zu gestatten. Sie sind zu entwaffnen und der Militärbehörde zuzuweisen, sowie allfällige Gefangene der Gegenpartei, die beim Uebertritt einer Kriegspartei mitgeführt worden sind.

10. Der Uebertritt ist, sofern keine besonderen Verdachtsgründe vorliegen, Frauen, Kindern und sehr betagten Leuten zu gestatten, ebenso solchen Personen, die vor Kriegsausbruch in der Schweiz eine Niederlassung erworben oder hier Grundbesitz haben.

11. Alle Personen, die sich nicht ruhig und der Neutralität gemäß verhalten, können in das Innere des Landes verwiesen werden; sind es Ausländer, so können sie ausgewiesen werden.

12. Auf Schweizer Gebiet dürfen zugunsten der Kriegführenden weder Korps von Kombattanten gebildet noch Werbestellen eröffnet werden. Das Bestehen von Auskunfts- oder Vermittlungsstellen für Wehrmänner und Freiwillige der kriegführenden Staaten ist dem Bundesrate zu melden.

13. Angehörigen fremder Staaten, die als Einzelreisende weder bewaffnet noch uniformiert, noch in Abteilungen organisiert in das Gebiet eines kriegführenden Staates direkt oder indirekt, sei es aus der Schweiz oder durch die Schweiz, gelangen wollen, ist der Uebertritt über die Grenze bis auf weiteres nicht zu verwehren.

14. Den kriegführenden Parteien ist unbedingt zu verwehren, auf Schweizer Gebiet eine funkentelegraphische Station oder sonst irgendeine Anlage (Telephon, Telegraph, optische oder andere Signalstation, Brieftaubestation, Luftfahrrstation etc. einzurichten oder zu benützen, die bestimmt oder geeignet ist, einen Verkehr mit den Land- oder Seestreitkräften der betreffenden Partei zu vermitteln oder der einen oder anderen in irgendeiner Weise Hilfe zu leisten.

15. Die Telegraphen- und Telephonbureaus, die Postanstalten und die Zollämter erhalten Weisungen ihrer Verwaltung für ihr Verhalten. Die Benützung von Post, Telegraph und Telephon für militärische Zwecke hat stets den Vorrang vor jeder anderen Inanspruchnahme, mit Ausnahme dringlicher Anforderungen des Bundesrates, des politischen und des Militärdepartements.

16. Die Eisenbahnen verhalten sich gemäß den Vorschriften für den Kriegsbetrieb und ihren übrigen Spezialinstruktionen.

17. Hinsichtlich der Luftschiffahrt ist folgendes zu beachten :

a) Das Aufsteigen und das Fahren mit irgendwelcher Art von Luftfahrzeugen, die nicht der schweizerischen Armee angehören, in unserem Luftraume ist nur gestattet, wenn die betreffenden Personen mit einem vorschriftsmäßigen Erlaubnisschein versehen sind. Dieser Schein wird in dem von der Armee besetzten Raume vom Armeekommando, im übrigen Gebiete vom schweizerischen Militärdepartement ausgestellt.

b) Das Eindringen von Luftfahrzeugen jeder Art vom Auslande her in unseren Luftraum ist verboten; vorkommenden Falles ist es mit allen Mitteln zu verhindern und zu diesem Zwecke auch weiter zu melden.

c) Beim Landen von fremden Luftfahrzeugen sind die Insassen dem nächsten höheren Militärkommando zuzuführen, welches nach Vorschrift handeln wird. Das Material ist in jedem Falle durch die Polizei- oder Militärbehörden mit Beschlag zu belegen. Das schweizerische Militärdepartement, bezw. das Armeekommando wird entscheiden, was mit dem Personal und dem Material eines durch höhere Gewalt, mit Ausschluß jeder Absicht und Fahrlässigkeit, in unseren Luftraum hineingetriebenen Luftfahrzeuges zu geschehen hat.

18. Das an der Grenze stehende Grenzwächter- und Polizeipersonal kann den Grenzbewachungstruppen unterstellt werden und hat sich in diesem Falle nach den Anordnungen des Militärkommandos zu richten. Ist dieses Personal dagegen selbständig, so hat es auch in diesem Falle die Pflicht, den Truppen in ihrer Aufgabe an die Hand zu gehen, gleichwie andererseits die Truppen, Polizei und Grenzwächter bei ihrer Tätigkeit, wo es die Not erfordert, schützen und unterstützen sollen. Das gleiche gilt überhaupt für das Verhältnis der Truppen gegenüber irgendwelchen schweizerischen Amtspersonen im Gebiete der Armee, insbesondere zum Personal der öffentlichen Verkehrsanstalten und des Zolldienstes, der Sanitäts- und Veterinärpolizei.

19. Die Visitation von Eisenbahnzügen und von Schiffen darf nur von Militär- oder Amtspersonen vorgenommen werden, die besonderen Auftrag und Instruktion dafür erhalten haben.

20. Der gewöhnliche Verkehr über die Grenze ist, abgesehen von den durch die Aufrechterhaltung der Neutralität gebotenen Einschränkungen, insbesondere den vorstehenden Bestimmungen, in herkömmlicher Weise freizulassen. Doch können die Truppenkommandanten verlangen und, wo nötig, selbst anordnen, daß er auf bestimmte Wege beschränkt werde.

21. Die Kantonsregierungen, insbesondere diejenigen der Grenzkantone, und die Militärkommandos, nach Maßgabe ihrer besonderen Vorschriften, sind mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt; ebenso das Zolldepartement und das Post- und Eisenbahndepartement mit Bezug auf die Leistungen und das Verhalten ihrer Verwaltungen und ihres Personals.

**Nr. 1811. Neutralitätserklärung der Schweiz vom 4. August 1914.** („Eidg. G.“ vom 6. August 1914, Nr. 28.)

Der schweizerische Bundesrat hat folgende Neutralitätserklärung beschlossen:

„Angesichts des zwischen mehreren europäischen Mächten ausgebrochenen Krieges hat die Schweizerische Eidgenossenschaft, getreu ihrer Jahrhunderte alten Ueberlieferung, den festen Willen, von den Grundsätzen der Neutralität in keiner Weise abzuweichen, die dem Schweizervolke so teuer sind und so sehr seinen Bestrebungen, seiner inneren Einrichtung, seiner Stellung gegenüber den andern Staaten entsprechen und die die Vertragsmächte vom Jahre 1815 ausdrücklich anerkannt haben.

Im besondern Auftrage der Bundesversammlung erklärt der Bundesrat daher ausdrücklich, daß die Schweizerische Eidgenossenschaft während des bevorstehenden Krieges mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Neutralität und die Unverletzbarkeit ihres Gebietes, so wie sie durch die Verträge vom Jahre 1815 anerkannt worden sind, aufrechterhalten und wahren wird.

Mit Bezug auf die Gebietsteile von Savoyen, die laut der Erklärung der Mächte vom 29. März 1815, der Wiener Schlußakte vom 9. Juni 1815, der Beitrittserklärung der schweizerischen Tagsatzung vom 12. August 1815, dem Pariser Verträge vom 20. November 1815 und der Urkunde über die Anerkennung und Gewährleistung der schweizerischen Neutralität vom nämlichen Tage auf gleiche Weise der Neutralität teilhaftig sind, als wären sie Bestandteile der Schweiz, Bestimmungen, welche Frankreich und Sardinien im Art. 2 des Turiner Vertrages vom 24. März 1860 neuerdings anerkannt haben, glaubt der Bundesrat darauf hinweisen zu müssen, daß der Schweiz das Recht zusteht, diese Gebietsteile zu besetzen. Der Bundesrat würde von diesem Rechte Gebrauch machen, wenn die Verhältnisse es zur Sicherung der Neutralität und der Unverletzbarkeit des Gebietes der Eidgenossenschaft erforderlich erscheinen ließen; er wird indessen nicht ermangeln, die in den genannten Verträgen enthaltenen Beschränkungen, namentlich in betreff der Verwaltung dieses Gebietes, gewissenhaft zu beobachten; er wird bestrebt sein, sich darüber mit der Regierung der französischen Republik zu verständigen.

Der Bundesrat ist fest überzeugt, daß diese Erklärung von den kriegführenden Mächten, sowie von den andern Staaten, die den Vertrag von 1815 unterzeichnet haben, als Ausdruck der altherkömmlichen Anhänglichkeit des

Schweizervolkes an den Neutralitätsgedanken und als gewissenhafte Bekräftigung der für die Schweizerische Eidgenossenschaft aus den Wiener Verträgen sich ergebenden Verhältnisse mit Wohlwollen entgegengenommen werden wird.“

Diese Erklärung ist denjenigen Staaten, die 1815 die Unverletzbarkeit und Neutralität der Schweiz anerkannt haben, sowie einigen anderen Staatsregierungen amtlich mitgeteilt worden.

**Nr. 1812. Aufruf an das Schweizervolk vom 5. August 1914.**  
(„Eidg. G.“ vom 6. August 1914, Nr. 28.)

Getreue, liebe Eidgenossen!

An unseren Grenzen tobt der Krieg. Wir haben unsere Armee zu den Waffen gerufen; am 1. August, dem Jahrestag der Gründung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, trug der Telegraph das Aufgebot in die entlegensten Dörfer und Weiler des Landes.

Wir werden die kraft des freien Bestimmungsrechtes des Volkes gewählte Richtlinie unserer Politik getreu unsern Traditionen und im Sinne der internationalen Verträge einhalten und daher vollständige Neutralität bewahren.

Bundesversammlung und Bundesrat sind entschlossen, für die Aufrechterhaltung unserer Unabhängigkeit und die Wahrung unserer Neutralität alle Kräfte einzusetzen und alle Opfer zu bringen.

Hinter den Behörden steht das Schweizervolk in bewunderungswürdiger Einigkeit und Geschlossenheit.

Unserem Heere aber ist die erhabene Aufgabe geworden, das Land bei einem ihm drohenden Angriff zu schützen und den Angreifer, sei er, wer er wolle, zurückzuweisen.

Wir erwarten von Euch, Wehrmänner, daß jeder freudig seine Pflicht tue, bereit, dem Vaterlande Blut und Leben zum Opfer darzubringen. Ihr Offiziere werdet, wir sind dessen gewiß, überall Euren Untergebenen mit leuchtendem Beispiel der Pflichterfüllung und der Aufopferung vorangehen. Ihr Unteroffiziere und Soldaten werdet, wir wissen es, durch die Tat beweisen, daß auch im Freistaat der Wehrmann den Befehlen seiner Vorgesetzten willig und unbedingt Gehorsam leistet.

Du Schweizervolk, das du am häuslichen Herde zurückgeblieben bist, bewahre deine Ruhe und Besonnenheit. Vertraue auf deine Behörden, die in diesen schweren Tagen nach besten Kräften ihres Amtes walten und auch für die Notleidenden nach Möglichkeit sorgen werden. Vertraue auf dein Heer, für das du nicht umsonst in Friedenszeiten so große Opfer brachtest und auf das du mit Recht stolz bist.

Gott schütze und erhalte unser teures Vaterland! Wir empfehlen es in den Machtschutz des Allerhöchsten.

Bern, den 5. August 1914.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

*Hoffmann.*

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

*Schatzmann.*

**Nr. 1813. Schweizerische Mitteilung vom 8. August 1914 an Frankreich hinsichtlich des Verbots des Ueberfliegens schweizerischen Gebietes.** („Journal officiel de la République française“ vom 10. August 1914, Seite 7301.)

Le gouvernement fédéral suisse a fait savoir, au gouvernement de la République à la date du 8 août 1914 qu'en vue du maintien de la neutralité de la Suisse, il est inderdit à tous aérostats et appareils d'aviation provenant de l'étranger de passer dans l'espace aérien au-dessus du territoire suisse.

Tous les moyens seront, le cas échéant, employés pour s'opposer à ce passage.

**Nr. 1814. Brief des schweizerischen Bundespräsidenten Hoffmann an Forcioli über den Transport Verwundeter nach der neutralen Zone der Haute-Savoie.** („F. I.“ \*), S. 295, Nr. 296.)

Monsieur, — Par votre lettre du 25 de ce mois, vous voulez bien nous exprimer votre surprise de ce que, malgré les préparatifs importants faits en Haute-Savoie pour y recevoir des soldats blessés, les hôpitaux et ambulances aménagés dans ce but soient vides encore à l'heure qu'il est. Vous vous êtes, à cette occasion, fait l'écho de certains bruits qui semblent circuler en Savoie, bruits d'après lesquels le gouvernement fédéral, invoquant la situation spéciale créée à certaines parties de la Haute-Savoie par les traités internationaux, aurait fait des difficultés pour admettre l'acheminement de blessés vers ces contrées.

Nous tenons, Monsieur, à vous assurer, vous et vos compatriotes, que ces suppositions sont en tous points erronées, attendu que le Conseil fédéral n'a non seulement soulevé aucune objection à l'envoi de blessés dans la partie neutralisée de la Haute-Savoie, mais a, au contraire, considéré avec la plus

---

\*) **Fauchille:** La Guerre de 1914. Recueil de documents intéressant le droit international. Tome I, II. Paris.

(Angeführt als „F. I.“ und „F. II.“)

Herausgeber.



grande bienveillance la possibilité d'une mesure de ce genre, qu'il ne demanderait qu'à faciliter pour autant qu'il dépendrait de lui. Nous croyons d'ailleurs devoir ajouter que, d'après nos renseignements, confirmés encore aujourd'hui par Son Excellence M. l'ambassadeur de France à Berne, ce sont uniquement des difficultés de communications qui ont engagé le gouvernement français à faire abstraction, pour le moment, de l'envoi de blessés en Haute-Savoie.

Nous n'avons sans doute pas besoin de vous assurer, Monsieur, de toutes les sympathies que nous éprouvons pour les populations de la Haute-Savoie, nos excellents voisins, et nous sommes persuadés d'ailleurs que ces populations ne demandent pas mieux, pour leur part également, que d'entretenir les bonnes relations existant si heureusement et depuis si longtemps entre nos deux pays.

*Hoffmann.*

**Nr. 1815. Aufruf an das Schweizervolk vom 1. Oktober 1914.**  
(„Eidg. G.“ vom 7. Oktober 1914, Nr. 47.)

Getreue, liebe Eidgenossen!

Zwei Monate schon dauert das gewaltige Ringen der kriegführenden Nationen und noch ist das Ende des furchtbaren Krieges nicht abzusehen.

Bei Beginn der Kriegswirren haben unsere Behörden mit Einstimmigkeit die vollständige Neutralität des Landes erklärt; das ganze Volk billigt diesen Entschluß. Es ist unser fester Wille, mit allen dem Lande zur Verfügung stehenden Mitteln und mit aller Gewissenhaftigkeit diese Neutralität auch fernerhin zu wahren. Dieser Standpunkt hat unserm Lande bis anhin die Schrecken des Krieges erspart, er hat aber auch Pflichten geschaffen und legt uns Opfer auf. Nicht überall ist man sich dieser Pflichten und Opfer klar bewußt.

Wir müssen uns bestreben, in der Beurteilung der Ereignisse, in der Äußerung der Sympathien für die einzelnen Nationen uns möglichste Zurückhaltung aufzuerlegen, alles zu unterlassen, was die in den Krieg verwickelten Staaten und Völker verletzt, und eine einseitige Parteinahme zu vermeiden. Zurückhaltung und Mäßigung in der Beurteilung der Geschehnisse bedeuten keinen schwächlichen Verzicht auf die in den verschiedenen Kreisen des Volkes herrschenden, naturgemäß auseinandergehenden Sympathien und Gefühle; das Herz des einzelnen Bürgers wird deswegen nicht weniger warm schlagen für diejenigen, mit denen ihn besonders enge Beziehungen verknüpfen und deren Schicksal ihm vor andern nahe geht.

Nur durch eine solche Haltung des einzelnen wird es uns möglich sein, die Pflichten zu erfüllen, die die Neutralität in diesem Kriege uns auferlegt, und die guten Beziehungen unseres Landes zu den übrigen Staaten zu erhalten. Nie war dieses Interesse größer als in den gegenwärtigen wirren äußern Verhältnissen, nie ist seine Wahrung mit größern Schwierigkeiten verbunden gewesen.

Noch wichtiger aber als die Rücksicht auf die fremden Nationen ist das Lebensinteresse unseres Staates an kraftvoller Geschlossenheit und unerschütterlicher innerer Einheit. Diese Einheit ist eine dringende Notwendigkeit, heute, wo unserm Vaterland schwere kulturelle, wirtschaftliche und finanzielle Wunden geschlagen werden, und morgen, wenn es gilt, in treuem Zusammenhalten, diese Wunden zu heilen. Die Geschichte lehrt uns, daß die Schweiz nie in größere Bedrängnis geriet, nie schwerere Einbußen zu erleiden hatte, als wenn sie durch innern Zwist zerrissen, durch mangelnden Gemeinsinn geschwächt war. Erinnern wir uns dessen und hüten wir uns, in einem Augenblicke, wo die Würfel um die Geschicke der Völker geworfen werden, das Zusammengehörigkeitsgefühl durch unvorsichtige, leidenschaftliche, verletzende Betonung des Trennenden zu lockern, statt es durch patriotische Hervorhebung des Einigenden zu stärken.

Wir richten unsern Appell zu weiser Mäßigung und Zurückhaltung an jeden einzelnen Bürger, ganz besonders aber an die schweizerische Presse aller Parteirichtungen, aller Sprachen, aller Landesgegenden. Sie ist die Wortführerin und Leiterin der öffentlichen Meinung; sie hat die hehre Aufgabe, überbordende Leidenschaften zurückzudämmen, die zentrifugalen Strömungen zu bekämpfen und überall ihren mäßigenden, versöhnenden Einfluß auszuüben.

Die harte Zeit der Prüfung, die wir jetzt durchleben, muß der Ausgangspunkt eines geistigen, wirtschaftlichen und politischen Aufschwungs werden; hierzu bedürfen wir der Zusammenfassung aller im Volke schlummernden Kräfte. Deshalb darf es in ihm keine unversöhnlichen Gegensätze der Rasse und der Sprache geben. Wir erblicken das Ideal unseres Landes in einer über Rassen und Sprachen stehenden Kulturgemeinschaft. Zuerst und allem weit voraus sind wir Schweizer, erst in zweiter Linie Romanen und Germanen. Höher als alle Sympathien für diejenigen, mit denen uns Stammesgemeinschaft verknüpft, steht uns das Wohl des einen, gemeinsamen Vaterlandes; ihm ist alles andere unterzuordnen.

Mit diesem Wunsche empfehlen wir, getreue, liebe Eidgenossen, unser Land dem Machtschutz Gottes.

Bern, den 1. Oktober 1914.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,  
Der Bundespräsident:

*Hoffmann.*

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:  
*Schatzmann.*

**Nr. 1816. Bekanntmachung des Kantons Genf über die Neutralisation von Gebieten zur Aufnahme von Verwundeten vom Oktober 1914. („F. I.“ S. 296, Nr. 297.)**

Le Conseil d'État a appris qu'il s'est répandu dans le département de la Haute-Savoie des bruits inexacts sur la question de l'hospitalisation des blessés sur le territoire neutralisé.

Nous pouvons déclarer que le Conseil fédéral n'a jamais fait d'objection à l'hospitalisation des blessés en Savoie. Si une décision a été prise à cet égard, elle a dû l'être par les autorités françaises compétentes.

La présente déclaration nous est dictée par le désir de maintenir en temps de guerre, comme en temps de paix, les excellentes relations qui existent entre la population de la Haute-Savoie et Genève.

Au nom du Conseil d'État,

Le Président:

*Henry Fazy.*

**Nr. 1817. Communiqué des schweizerischen Bundesrats über das Betreten schweizerischen Gebietes durch den Kriegführenden angehörende Verwundete und Kranke in bürgerlichen Kleidern vom Oktober 1914. („F. L.“ S. 296, Nr. 298.)**

La question s'est posée de savoir si les ressortissants d'un État belligérant qui ont été blessés à la guerre ou y ont contracté une maladie pourraient, pour se soigner ou achever leur convalescence, venir faire une cure en Suisse dans quelque'une de nos stations ou dans une famille sans crainte d'être internés quand, bien entendu, ces personnes portent des vêtements civils. Le Conseil fédéral a répondu affirmativement à cette question attendu qu'il ne saurait apercevoir aucune obligation de rechercher si les personnes qui franchissent la frontière en civil appartiennent ou non à l'armée d'un des États belligérants.

En outre, le Conseil fédéral a conscience de rendre un service aux divers États belligérants en permettant à leurs ressortissants de se procurer sans difficulté ni retard les soins nécessaires et contribuer ainsi à leur rétablissement.

**Nr. 1818. Schweizerische Note vom 9. November 1914 an die Vereinigten Staaten von Amerika über die Telegrammzensur Englands.** (European War No. 2. Department of State. Diplomatic correspondence with belligerent governments relating to neutral rights and duties Washington 1915, S. 77.)

Political Department of the Swiss Confederation,

Berne, November 9, 1914.

Referring to its verbal communication of to-day, the Federal Political Department has the honor to confirm to His Excellency the American Minister the fact that the Swiss merchants strongly complain against the British censorship for having retained and censured numerous telegrams from Switzerland to the United States and vice versa, although the contents of the telegrams in question would in no way seem to justify such measure.

As the steps taken directly by the Swiss Telegraph Administration with the British Telegraph Administration did not meet the expected success

(see the two enclosures), and as, on the other hand, the United States would seem to have the greatest interest in the maintenance of their economical relations with the neutral countries of Europe, the Political Department would propose to the Minister of the United States to intervene with his Government to the effect that the latter take steps in London to obtain from the British Government in the matter of telegraphic communications an exercise of the censure less prejudicial to the reciprocal commercial interests concerned.

The Swiss Minister in Washington will be requested, to propose, on his part, to the Cabinet in Washington that joint representations be made to the British Government by the Representatives of the United States and Switzerland in London.

**Nr. 1819. Abschnitt aus dem 1. Neutralitätsbericht der Schweiz vom 1. Dezember 1914.** (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Maßnahmen. Bern, den 1. Dezember 1914.)

Gemäß Art. 5 des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 betreffend Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität\*) hat der Bundesrat der Bundesversammlung bei ihrem nächsten Zusammentritt über den Gebrauch, den er von den ihm erteilten unbeschränkten Vollmachten gemacht haben wird, Rechenschaft abzulegen.

Wir bedauern, daß die äußern Verhältnisse uns in der Berichterstattung, vorab über die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Fragen eine weitgehende Zurückhaltung auferlegen, und daß über die finanziellen Folgen der getroffenen Maßnahmen im jetzigen Zeitpunkte nur sehr summarische Mitteilungen möglich sind. Der Bericht nimmt dadurch naturgemäß den Charakter eines bloßen Zwischenberichtes an, und es wird wohl auch die parlamentarische Behandlung zweckmäßig auf den Zeitpunkt verschoben, wo nach Beendigung des Krieges eine vollständige und rückhaltlose Erörterung der Verhältnisse möglich sein wird.

#### I.

Schon als der Bundesrat am 1. August die Mobilmachung der Armee verfügte, hat er seine Vertreter bei fremden Regierungen angewiesen, diesen mitzuteilen, daß das Aufgebot einzig zum Schutze unserer Neutralität und der Unverletzbarkeit unseres Gebietes erfolge.

In Ihrem Beschlusse vom 3. August haben Sie den festen Willen des Landes erklärt, in den bevorstehenden kriegerischen Ereignissen seine Neutralität zu wahren und den Bundesrat ermächtigt, hierüber eine angemessene Kundgebung an die kriegführenden Staaten und die Mächte, welche die Neutralität der Schweiz und die Unverletzbarkeit ihres Territoriums anerkannt haben, zu erlassen.

---

\*) S. oben Nr. 1808. — Herausgeber.

Wir haben am 4. August nachstehende Neutralitätserklärung beschlossen: *(folgt der oben unter Nr. 1811 mitgeteilte Text)*. — Herausgeber.

Diese Erklärung ist denjenigen Staaten, die 1815 die Unverletzbarkeit und Neutralität der Schweiz anerkannt haben, sowie einigen andern Staatsregierungen amtlich mitgeteilt und den Kantonsregierungen mittels Kreisschreibens zur Kenntnis gebracht worden.

Schon in den ersten Tagen, als sich die gegenseitigen Beziehungen der heutigen kriegführenden Staaten zu trüben begannen, haben sowohl der Vertreter von Deutschland als derjenige von Frankreich spontan und wiederholt auf das bestimmteste erklärt, daß seine Regierung die Neutralität der Schweiz in dem bevorstehenden Kriege aufs gewissenhafteste respektieren werde.

Auf unsere Notifikation vom 4. August sind von diesen beiden Staaten folgende Erklärungen abgegeben worden:

Von Deutschland:

„Der unterzeichnete Kaiserlich deutsche Gesandte beehrt sich, dem hohen Bundesrat namens seiner Regierung folgende Erklärung ganz ergebenst abzugeben:

Die Kaiserliche Regierung hat die an die Signatarmächte der Verträge von 1815 unter dem 4. August d. J. ergangene Zirkularnote zu empfangen die Ehre gehabt, derzufolge der hohe Schweizerische Bundesrat erklärt, daß die Schweizerische Eidgenossenschaft während des gegenwärtigen Krieges mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Neutralität und die Unverletzbarkeit ihres Gebietes aufrechterhalten und wahren wird.

Die Kaiserliche Regierung hat von dieser Erklärung mit aufrichtiger Genugtuung Kenntnis genommen und vertraut darauf, daß die Eidgenossenschaft gestützt auf ihr kraftvolles Heer und den unbeugsamen Willen des gesamten Schweizervolkes, jede Verletzung ihrer Neutralität zurückweisen wird.

Die Kaiserliche Regierung erneuert bei diesem Anlasse ihre bereits vor Ausbruch des Krieges dem hohen Bundesrat abgegebene feierliche Versicherung, daß das Deutsche Reich die Neutralität der Schweiz auf das peinlichste beobachten wird. Das aufrichtige Vertrauensverhältnis, das von jeher zwischen den beiden benachbarten Ländern bestanden hat, bürgt dafür, daß auch während des Krieges diese Beziehungen unverändert fortbestehen werden.

Der Unterzeichnete benützt den Anlaß etc.

sig. *Romberg.*“

Von Frankreich:

„Le Ministre des Affaires Etrangères au Ministre de Suisse.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de vous accuser réception de la déclaration de neutralité du Gouvernement helvétique que vous m'avez notifié à la date du 5 de ce mois, et je prends acte de cette communication.

En ce qui le concerne, le Gouvernement de la République ne manquera pas d'observer scrupuleusement les dispositions des traités concernant la neutralité de la Confédération helvétique.

Quant à la zone de Savoie, dont la neutralité est prévue par les traités de 1815 et 1860, le Gouvernement de la République croit devoir rappeler au Gouvernement de la Confédération que les conditions de l'intervention éventuelle de la Suisse en vue d'assurer cette neutralité devraient, d'après l'Acte d'acceptation du traité de Vienne en date du 12 août 1815, être l'objet d'un accord entre la France et la Suisse.

Agréer . . . .

sig. *Gaston Doumergue.*"

Da der Schlußsatz der Note die Auslegung zuließ, daß die französische Regierung die Geltendmachung des schweizerischen Besetzungsrechtes von der vorgängigen Verständigung der beiden Regierungen abhängig machen möchte, so sahen wir uns veranlaßt, demgegenüber unsern Standpunkt in einer Note zu wahren. Dies um so mehr, als auch im Jahre 1870 eine Erörterung dieser Frage an unsere Neutralitätserklärung geknüpft worden war. Unsere Note hat folgenden Wortlaut:

„Monsieur le Ministre,

Le Conseil fédéral, auquel je m'étais empressé de communiquer la teneur de la note que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser en date du 8 de ce mois, a pris connaissance avec une vive satisfaction de la déclaration renouvelée par le Gouvernement de la République que celui-ci ne manquera pas d'observer scrupuleusement les dispositions des traités qui ont reconnu la neutralité de la Suisse.

Quant à la neutralité de la Haute-Savoie, le Conseil fédéral est d'avis qu'il a d'autant moins de motifs de se livrer, dans le moment actuel, à l'examen développé des divers aspects juridiques de la question que l'éventualité d'une occupation est éloignée. Le Conseil fédéral se contente de réserver et de sauvegarder les droits qui sont assurés à la Suisse par les traités internationaux; il se permet toutefois de faire remarquer que, même d'après le texte, invoqué par le Gouvernement de la République, de l'acte d'accession de la Suisse du 12 août 1815, le droit d'occuper, le cas échéant, la Savoie ne dépend pas de la conclusion parfaite d'accords préalables entre les deux Gouvernements.

Agréer . . . .

sig. *Lardy.*"

Der französische Minister des Aeußern beantwortete diese Note mit folgendem Schreiben:

„J'ai l'honneur de vous accuser réception de votre dépêche du 26 de ce mois.

En ce qui concerne la neutralité de la Haute-Savoie, le Gouvernement de la République, tout en réservant actuellement sa manière de voir, estime qu'il n'a pas plus de motifs que le Gouvernement Fédéral pour se livrer dans les circonstances présentes à l'examen développé des divers aspects juridiques de cette question“.

In der Sache selbst können wir heute so wenig als 1870 zugeben, daß der Bundesrat verpflichtet wäre, ohne vorherige Verständigung mit der französischen Regierung nicht zur Besetzung der savoyischen Provinzen zu schreiten. Selbstverständlich würde sich im gegebenen Falle der Bundesrat mit der französischen Regierung über die Modalitäten der Besetzung zu verständigen suchen, aber das Recht der Besetzung kann von dem Zustandekommen einer solchen Verständigung nicht abhängig sein. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die französische Regierung, wenn diese Frage zwischen den beiden Staaten einmal gründlich erörtert werden sollte, sich unserer Auffassung anschließen wird.

Von Oesterreich-Ungarn wurde unsere Neutralitätserklärung mit nachfolgender Note beantwortet:

„Der ~~ergebnst~~ gefertigte k. u. k. österreichisch-ungarische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister ist beauftragt, zur Kenntnis des hohen Schweizerischen Bundesrates zu bringen, daß der Empfang der vom Gesandten Herrn *Choffat* am 5. ds. Mts. überreichten schweizerischen Neutralitätserklärung seitens der k. u. k. Regierung am 13. ds. Mts. zunächst schriftlich bestätigt wurde, worauf dann noch auf mündlich angebrachtes Ansuchen des Herrn Gesandten in einer ergänzenden Note am 17. ds. Mts. die Versicherung abgegeben wurde, daß Oesterreich-Ungarn die Neutralität der Schweiz selbstverständlich anerkennen und respektieren werde.

Der ergebenst Unterzeichnete benutzt usw.

sig. *M. Gagern.*“

Italien, das zwar weder zu den Garantiemächten von 1815 noch zu den kriegführenden Staaten gehört, hatte die Gelegenheit der Notifikation unserer Neutralitätserklärung ergriffen, um auch seinerseits die Anerkennung der schweizerischen Neutralität auszusprechen. Es führte dies zu nachstehendem Notenwechsel:

„Par note du 5 de ce mois, la Légation de Suisse à Rome a bien voulu porter à la connaissance du Ministère des Affaires Etrangères le texte de la déclaration de neutralité faite par la Confédération suisse en raison de l'état de guerre existant entre plusieurs Puissances européennes.

Le Gouvernement de Sa Majesté, en informant le soussigné de ce qui précède, vient de le charger de déclarer au Conseil fédéral que, quoique l'Italie ne soit pas une des Puissances signataires de l'Acte du 20 novembre 1815, portant reconnaissance et garantie de la neutralité perpétuelle de la Suisse et de l'inviolabilité de son territoire, le Gouvernement du Roi s'est toujours inspiré des principes consacrés par cet Acte et est fermement résolu à observer cette attitude à l'avenir.

Le soussigné saisit . . . etc.

sig. *Paulucci de Calboli.*“

„Par note du 19 de ce mois, la Légation de Sa Majesté le Roi d'Italie, au nom de son Gouvernement, a bien voulu porter à la connaissance du

Conseil fédéral que, tout en n'étant pas une des Puissances signataires de l'Acte du 20 novembre 1815, portant reconnaissance et garantie de la neutralité perpétuelle de la Suisse et de l'inviolabilité de son territoire, l'Italie s'est toujours inspirée des principes consacrés par cet Acte et que le Gouvernement du Roi est fermement résolu à observer cette attitude à l'avenir.

Le Conseil fédéral remercie le Gouvernement de Sa Majesté le Roi d'Italie de cette déclaration à laquelle il est d'autant plus sensible que, se basant sur une politique conforme aux traditions et à la volonté du peuple suisse es résolu de défendre de toute sa force l'intégrité de son territoire contre tout agresseur, il continuera à observer une neutralité absolue à l'égard de qui que ce soit.

En priant son Excellence Monsieur le Ministre d'Italie de vouloir porter ce qui précède à la connaissance du Gouvernement Royal, le soussigné saisit cette occasion . . . etc.

sig. Hoffmann."

Die übrigen Mächte erwiderten unsere Kundgebung der Neutralität, indem sie notifizierten, daß davon Akt genommen worden sei.

Der Kundgebung an die Mächte ließen wir einen Aufruf an das Schweizervolk\*) folgen, in dem wir erklärten, die kraft des freien Bestimmungsrechtes des Volkes gewählte Richtlinie unserer Politik, getreu unsern Traditionen und im Sinne der internationalen Verträge einhalten und daher vollständige Neutralität bewahren zu wollen. Die aus diesem leitenden Grundsätze sich ergebenden Pflichten haben wir in der Verordnung betreffend Handhabung der Neutralität der Schweiz\*\*) zusammengefaßt und deren Bestimmungen den Kantonsregierungen zur verständnisvollen Handhabung empfohlen.

Die Erfahrungen, die wir in den ersten zwei Monaten des Krieges machten, veranlaßten uns, am 1. Oktober uns mit einem zweiten Aufrufe an das Schweizervolk\*\*\*) zu wenden. Wir forderten die Bürger auf, in der Beurteilung der Ereignisse, in der Äußerung der Sympathien für die einzelnen Nationen sich möglichste Zurückhaltung aufzuerlegen, alles zu unterlassen, was die in den Krieg verwickelten Staaten und Völker verletzt, und eine einseitige Parteinahme zu vermeiden. Dabei leitete uns nicht nur das Staatsinteresse, die Pflichten, die die Neutralität in diesem Kriege uns auferlegt, getreu zu erfüllen und damit die guten Beziehungen unseres Landes zu den übrigen Staaten zu erhalten, sondern vor allem das Lebensinteresse unseres Staatswesens an kraftvoller Geschlossenheit und unerschütterlicher Einheit. Wir erbatens uns in der Verteidigung dieser Einheit gegen zentrifugale

\*) S. oben Nr. 1812. — Herausgeber.

\*\*) S. oben Nr. 1810. — Herausgeber.

\*\*\*\*) S. oben Nr. 1815. — Herausgeber.



Strömungen vor allem auch die Mitarbeit unserer Presse und haben mit unserem Appell bei einem großen Teile derselben verständnisvolle Aufnahme gefunden.

Gegen diejenigen Preßorgane, welche die Pflichten einer patriotischen Presse nicht verstehen wollten, sondern die guten Beziehungen unseres Landes zu andern Mächten gefährdeten und deren Schreibweise mit der neutralen Stellung der Schweiz nicht vereinbar war, beschlossen wir, gestützt auf Art. 102, Ziffer 8 der Bundesverfassung und Art. 3 des Bundesbeschlusses betreffend Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität vom 3. August 1914 \*), von Fall zu Fall auf administrativem Wege vorzugehen und diese Blätter zu verwarnen, bei besonders schweren Ausschreitungen ihr weiteres Erscheinen für die Dauer des Krieges einzustellen. Von diesem Rechte haben wir einen sehr bescheidenen Gebrauch gemacht, nur zwei Zeitungen ist das weitere Erscheinen verboten, fünf Blätter sind verwarnet worden.

Wir haben es uns im übrigen zur Pflicht gemacht, mit der Presse in diesen ersten Zeiten nach Möglichkeit in Fühlung zu bleiben, und alle die verdienstlichen Anstrengungen, welche gemacht wurden, um das Zusammengehörigkeitsgefühl der verschiedenen Landesteile zu stärken und über alle Gegensätze hinweg eine echt schweizerische Gesinnung zu pflanzen und zu erhalten, nach Kräften unterstützt.

\* \* \*

Es gehört zu den Prärogativen eines neutralen Landes, mitten im furchtbaren Kampfe der Völker die Stimme der Humanität zu erheben und zur Linderung der Kriegsnot beizutragen.

Die Schweiz ist das Geburtsland der Internationalen Uebereinkunft zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Heere im Felde, welche Konvention aufs neue ihre segensreichen Folgen gezeitigt hat. Ein neues Feld der Tätigkeit ist den Organen des Roten Kreuzes in der Auskunftsvermittlung über Kriegsgefangene eröffnet worden. Die Haager Konvention betreffend Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges sieht in Art. 14 vor, daß bei Ausbruch der Feindseligkeiten in jedem der kriegführenden Staaten und eintretenden Falles in den neutralen Staaten, die Angehörige eines der Kriegführenden in ihr Gebiet aufgenommen haben, eine Auskunftsstelle über die Kriegsgefangenen errichtet werden solle. Diese ist berufen, alle die Kriegsgefangenen betreffenden Anfragen zu beantworten, und erhält von den zuständigen Dienststellen alle Angaben über die Unterbringung und deren Wechsel, Freilassungen, Austausch, Entweichungen, Aufnahme in die Hospitäler, Sterbefälle etc. In Art. 15 der genannten Konvention wird die Tätigkeit von Hilfsgesellschaften für Kriegsgefangene, als Vermittler der freiwilligen Nächstenhilfe, in der Verteilung von Liebesgaben vorgesehen.

\*) S. oben Nr. 1809. — Herausgeber.

Eine Zentralvermittlungsstelle war indessen in der Haager Konvention nicht vorgesehen.

Diese Lücke wollte dadurch ausgefüllt werden, daß in der neunten Rotkreuzkonferenz in Washington im Jahre 1912 der Wunsch ausgedrückt wurde, die als naturgemäße Organe zur Unterstützung der Kriegsgefangenen berufenen Rotkreuzvereine der einzelnen Staaten möchten schon in Friedenszeiten Spezialkommissionen einsetzen, die im Kriegsfall mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes in Genf als Sammel- und Verteilungsstelle für Liebesgaben in Verbindung zu treten hätten.

Diese zentrale Sammel- und Verteilungsstelle, das Internationale Komitee in Genf, hat sich gleich bei Beginn der Kriegswirren konstituiert und hat auch als reine Auskunftsstelle und behufs Vermittlung von Nachrichten in segensreicher Weise gewirkt. Ihm werden z. B. die Listen der Kriegsgefangenen der auf dem westlichen Kriegsschauplatze beteiligten Staaten übermittelt, und seine Tätigkeit auch als reine Auskunftsstelle ist um so nötiger und verdienstlicher, als die Kriegführenden bei den gewaltigen Massen von Kriegsgefangenen völlig außerstande wären, etwas anderes als die Aufstellung und den Austausch der Kriegsgefangenenlisten zu besorgen, während die Verwertung dieser Listen für die Auskunft an Angehörige und die Vermittlung der Liebesgaben der freiwilligen Hilfe überlassen werden muß. Von der Ausdehnung des Verkehrs, der der Sammelstelle in Genf obliegt, gibt einen Begriff der Umstand, daß schon jetzt täglich zirka 15 000 Briefe und Anfragen erledigt werden müssen.

Im Zusammenhange damit steht, da den Kriegsgefangenen der direkte Korrespondenzverkehr mit ihren Angehörigen gestattet ist, die Vermittlung dieses Verkehrs, soweit er die französischen Kriegsgefangenen in Deutschland und die deutschen in Frankreich betrifft, durch die schweizerische Postverwaltung. Zurzeit laufen täglich etwa 150 000 Briefe von Gefangenen und deren Angehörigen in Bern ein. Der ganze Verkehr, zu dessen Bewältigung zurzeit über 100 Beamte erforderlich sind, wird unentgeltlich besorgt; ebenso ist der Genfer Agentur für Kriegsgefangene Portofreiheit bewilligt.

Endlich hat der Bundesrat auch den im Felde stehenden Deutschen und Franzosen für ihren Briefverkehr mit ihren Angehörigen in der Schweiz die Portofreiheit eingeräumt.

Zu den Opfern des Krieges gehören auch diejenigen Personen, die bei Beginn der Mobilisation in einem kriegführenden Staate sich befanden und zwangsweise dasselbst zurückbehalten wurden. Nicht nur sind sie selbst in ihrer Bewegungsfreiheit behindert, zum Teil gemeinsam an bestimmten Orten untergebracht, sondern sie sind auch vielfach aller Existenzmittel bar und meist jeder Verbindung mit ihren Angehörigen, Verwandten und Freunden im Heimatstaate beraubt. Wir haben es als in unserer Aufgabe liegend erachtet, das Mögliche zur Beseitigung oder Besserung dieser traurigen Verhältnisse zu tun, dadurch, daß, soweit die uns umgebenden Staaten in Betracht kommen, bei der Rückführung dieser Zivilinternierten in ihr Heimatland

Mithilfe geleistet wird. Die deutsche, französische und österreichische Regierung haben eingewilligt, die Zivilinternierten, mit Ausnahme der im Alter von 17—60 Jahren stehenden männlichen Landesangehörigen, heimzuschaffen. Ein unter der Leitung unseres Politischen Departements stehendes Bureau vermittelt diese Rückbeförderung. Neuestens werden auch die männlichen Personen im Alter von 17—60 Jahren heimbefördert, wenn sie offenbar waffenunfähig sind.

Noch andere Aufgaben der Hilfsbereitschaft für die Opfer des Krieges sind gegenwärtig im Studium begriffen und wir hoffen zuversichtlich, daß der Schweiz Gelegenheit geboten werde, sich an deren Lösung zu beteiligen.

Die Ausdehnung, die der Krieg genommen, die Schärfe, die ihm eignet und die Maßnahmen, die in den verschiedenen Ländern gegen die zivile feindliche Bevölkerung ergriffen wurden, haben es mit sich gebracht, daß teils infolge Irrtum über die Staatsangehörigkeit, teils direkt durch die kriegserische Aktion eine Reihe schweizerischer Staatsangehöriger durch widerrechtliche Gefangennahme, durch unstatthafte Internierung, durch Zerstörung oder Beschädigung ihres Eigentums schwer in Mitleidenschaft gezogen und geschädigt worden sind; in zwei uns bekannt gewordenen Fällen wurden sogar Schweizer standrechtlich erschossen. Wir haben die Verumständungen, unter denen diese Eingriffe erfolgten, nach Möglichkeit festzustellen gesucht und die Ansprüche der Geschädigten oder ihrer Hinterlassenen bei den verschiedenen Regierungen geltend gemacht. Die Erledigung dieser Reklamationen steht noch aus.

## II.

Der derzeitige Krieg hat die Bundesbehörde vor ganz neue, in ihrer Bedeutung und ihrem Umfange kaum geahnte, wirtschaftliche Aufgaben gestellt. Noch nie sind die Folgen unserer ungünstigen geographischen Lage und des Mangels an Rohstoffen in so schwerer Weise zutage getreten, als in der gegenwärtigen Krise.

Die erste Sorge der Behörden mußte die für ungestörte Lebensmittelzufuhr sein und von den hierauf bezüglichen Maßnahmen waren die wichtigsten die Vorkehren für ausreichende Getreideversorgung.

Die bei Ausbruch des Krieges vorhandenen Vorräte an Brotfrucht und Hafer für die Bedürfnisse der Armee und für die Zivilbevölkerung waren trotz der im vergangenen Jahre getroffenen Maßnahmen ungenügend. Sie wären, nachdem die drei uns umgebenden kriegführenden Staaten vom ersten Tage ihre Grenzen verschlossen und unmittelbar darauf auch Italien ein Ausfuhrverbot für Getreide erließ und aufs strengste handhabte, auch ungenügend gewesen, wenn ein Vielfaches der tatsächlich vorhandenen Vorräte aufgestapelt worden wäre, und es kann überhaupt gesagt werden, daß für die Dauer eines Krieges, wie sie voraussichtlich jetzt in Aussicht genommen werden muß, wir bei dem geringen Umfang der eigenen Getreideproduktion wohl kaum in der Lage wären, ausreichende Vorräte im Lande aufzuhäufen; man wird immer auf die kontinuierliche Zufuhr von außen abstellen müssen.

Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir uns im Laufe des letzten Frühlings mit Frankreich dahin verständigt, daß uns im Falle eines Kriegsausbruches von einem bestimmten Zeitpunkt seit Beginn der Mobilisation an die freie Zufuhr von Getreide aus zwei französischen Häfen am atlantischen Ozean nach Genf mittels der von Frankreich zur Verfügung zu haltenden Transportmittel zugesichert werde.

Gleichzeitig haben wir uns mit Deutschland dahin verständigt, daß dieses im Falle eines Kriegsausbruches darauf verzichte, auf Getreidevorräte der Schweiz, die in Deutschland lagern, die Hand zu legen und daß es Transporten von Getreide und Steinkohlen, die für den schweizerischen Staat bestimmt sind, keine Hindernisse in den Weg legen, sondern sie mit eigenen Transportmitteln besorgen oder mit schweizerischen Transportmitteln bewerkstelligen werde.

Diese Verständigungen haben sich als überaus wertvoll erwiesen. Wir beziehen regelmäßig das in Amerika gekaufte Getreide über zwei französische Häfen, und wir dürfen dankbar anerkennen, wie die französischen Behörden alles tun, um uns den Auslad, die Spedition und den Transport dieses Getreides zu erleichtern.

In Deutschland lagerten bei Kriegsausbruch große Quantitäten Getreide für schweizerische Rechnung, ein Teil war rheinschwimmend, ein anderer seeschwimmend mit Bestimmung Rotterdam. Alle diese Posten kauften wir für Rechnung des Bundes an und konnten so an in Mannheim, Straßburg und Kehl lagernder und rheinschwimmender Ware dank dem Entgegenkommen Deutschlands über 3200 Wagen Getreide einführen.

Das nach Rotterdam seeschwimmende Getreide wurde von England angehalten und versteigert; da es uns nicht gelang, dieses Getreide in natura ausgeliefert zu erhalten, haben wir hierfür der englischen Regierung Rechnung gestellt, und es wird uns ohne Zweifel der Gegenwert binnen kurzem zugestellt werden. Der Weg über Rotterdam-Rhein war infolge der seitens der englischen Regierung eingenommenen Haltung in bezug auf die Behandlung relativer Kontrebande, die für neutrale Staaten bestimmt ist, leider auch für die Zukunft verschlossen. Dagegen ist es uns gelungen, durch freundschaftliche Verständigung mit der italienischen Regierung den Transit über Genua ungestört zu erhalten.

Der Umstand, daß in den beiden Verständigungen mit Frankreich und Deutschland die eingeräumten Erleichterungen nur dem für den schweizerischen Staat bestimmten Getreide eingeräumt worden sind, bei dem die ganz ausschließliche Verwendung für die schweizerische Armee und die schweizerische Bevölkerung zum voraus sichergestellt war, war für sich allein ein ausreichender Grund, um die Getreideversorgung zur Bundessache zu machen. Dazu kam, daß die für den schweizerischen Staat bestimmten Getreidesendungen, deren Verfrachtung jeweils den seefahrenden Mächten angezeigt wurde, vor der Beschlagnahme sicherer waren, als das vom Handel bezogene Getreide. So kam es ganz von selbst zu einer Art Getreidemonopol des

Bundes, wenn wir auch formell den Import von Getreide niemals monopolisiert haben, von dem Gedanken ausgehend, daß es nur begrüßt werden könnte, wenn auch von anderer Seite Getreide in die Schweiz eingeführt würde. Die Garantie für ausschließlichen Verbrauch in der Schweiz ist auch dem von dritter Seite eingeführten Getreide gegenüber durch ein ausnahmslos gehandhabtes Ausfuhrverbot erfüllt worden.

**Nr. 1820. Schweizerische Mitteilung vom 6. Dezember 1914 über die Erklärungen der Regierungen von Frankreich und England in Sachen der Neutralitätsverletzung beim Fliegerangriff auf Friedrichshafen.** („Der Bund“, Bern, vom 7. Dezember 1914, Morgenblatt, Nr. 577.)

6. Dezember 1914.

Auf die Vorstellungen hin, welche der Bundesrat bei der britischen und bei der französischen Regierung wegen des Ueberfliegens von schweizerischem Gebiet durch englische Flugzeuge erhoben, hat der französische Botschafter eine Erklärung des französischen Ministers des Aeußern abgegeben, dahingehend, daß derselbe den Vorfall, sofern er erwiesen sei, aufrichtigst bedaure; dieser Vorfall könne gewiß nur einer Unachtsamkeit zugeschrieben werden; im übrigen lege die französische Regierung mehr als je Gewicht auf die schweizerische Neutralität; sie wolle, daß diese durch ihre Truppen beobachtet werde, einerlei, ob es sich um das eigentliche Gebiet der Eidgenossenschaft oder um den darüber liegenden Luftraum handle.

Die britische Regierung hat heute durch ihren Gesandten dem Bundesrate eine Note überreichen lassen, in welcher sie ausführt, daß die Flieger, welche am Angriff auf die Zeppelinwerft teilnahmen, die bestimmte Weisung hatten, schweizerisches Gebiet nicht zu überfliegen; wenn sie es dennoch getan haben, so sei das auf Unachtsamkeit und auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, in großer Höhe die wirkliche Lage eines Luftfahrzeuges festzustellen. Auf Grund der ihr schweizerischerseits unterbreiteten Beweise für das Ueberfliegen schweizerischen Gebietes halte die britische Regierung darauf, den Bundesrat zu versichern, daß dies entgegen ihren Absichten geschehen sei und spreche ihm dafür ihr lebhaftes Bedauern aus.

Die britische Regierung wünscht im Anschluß daran festzustellen, daß aus den ihren Fliegern erteilten Instruktionen und aus dem dem Bundesrate wegen ihrer Nichtbeachtung ausgesprochenen Bedauern keine allgemeinen Schlüsse auf ihrerseitige Anerkennung eines nicht unbestritten geltenden völkerrechtlichen Grundsatzes betreffend Gebietshoheit über den Luftraum gezogen werden können.

Der Bundesrat hat den beiden Regierungen ihre Erklärung verdankt und die Gelegenheit benutzt, der britischen Regierung neuerdings mitzuteilen, daß mit Rücksicht darauf, daß keine völkerrechtliche Beschränkung der Gebietshoheit über den Luftraum bestehe, er die letztere im vollen Umfange

geltend machen müsse und schon bei Anlaß der Mobilisation der Truppen entsprechende Weisungen zum Schutze derselben erlassen habe.

**Nr. 1821. Mitteilung vom 25. Mai 1915 über die Erklärung der Schweiz hinsichtlich der Wahrung ihrer Neutralität auch unter den durch die Beteiligung Italiens am Kriege veränderten Verhältnissen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 26. Mai 1915, zweite Ausgabe, Nr. 144.)

• Bern, 25. Mai.

Die deutsche Reichsregierung und die K. und K. österreichisch-ungarische Regierung haben dem Bundesrat mitgeteilt, daß sie selbstverständlich die bei Kriegsausbruch abgegebenen Erklärungen einer strengen Beobachtung der schweizerischen Neutralität auch unter den durch die Beteiligung Italiens am Kriege veränderten Verhältnissen aufrechterhalten.

Zwischen der italienischen Regierung und dem Bundesrat hat folgender Notenwechsel stattgefunden :

Erklärung der Königlich italienischen Regierung. Die Regierung Seiner Majestät legt Wert darauf, dem Schweizerischen Bundesrat die Erklärung, betreffend die ewige Neutralität der Schweiz und die Unverletzbarkeit schweizerischen Gebietes, die die Königliche Regierung die Ehre hatte, ihm unter dem Datum des 19. August 1914 zu überreichen, zu bestätigen. Die Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien ist fest entschlossen, in Hinsicht auf die Schweiz alle ihre Pflichten als Kriegführende auf das peinlichste und loyalste zu beobachten. Sie wünscht, bei dieser Gelegenheit dem Gefühl ihres Vertrauens Ausdruck zu geben, welches ihr die in der Note der schweizerischen Regierung vom 26. August enthaltenen Erklärungen, betreffend den festen Willen des schweizerischen Volkes und die Haltung seiner Regierung in bezug auf die Neutralität und der sich daraus ergebenden Pflichten, eingeflößt haben.

Erklärung des Bundesrats. Im Augenblick, da Italien im Begriff ist, sich an den kriegerischen Ereignissen zu beteiligen, legt der Schweizerische Bundesrat Wert darauf, der Königlich italienischen Regierung die formellen Versicherungen der absoluten Neutralität, die in der Erklärung des Schweizerischen Bundesrats am 5. August vergangenen Jahres und wiederholt in seiner Note vom 26. August desselben Jahres niedergelegt waren, in aller Form zu bestätigen. Der Schweizerische Bundesrat ist fest entschlossen, in seinen Beziehungen zu Italien alle seine Pflichten als Neutraler aufs loyalste und peinlichste zu beobachten. Er wünscht bei dieser Gelegenheit, dem Gefühl vollen Vertrauens Ausdruck zu geben, welches ihm die in der Note vom 19. August vergangenen Jahres niedergelegte Erklärung einflößt, wonach die Königlich italienische Regierung entschlossen ist, für die Zukunft, wie sie es für die Vergangenheit getan hat, die durch die Akte vom 20. November 1815 festgelegten Grundsätze, betreffend die Anerkennung der ewigen Neutralität der Schweiz und der Unverletzbarkeit ihres Territoriums, zu befolgen. Im

übrigen hat der Bundesrat seine Gesandten beauftragt, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu notifizieren, daß die schweizerische Neutralitätserklärung vom 5. August 1914 bestätigt wird.

Die Kaiserlich deutsche Regierung hat den Schweizerischen Bundesrat gefragt, ob er geneigt wäre, die Vertretung der deutschen Interessen in Italien während der Dauer des soeben ausgebrochenen Krieges zu übernehmen. Der Schweizerische Bundesrat hat beschlossen, diese freundschaftliche und ehrenvolle Mission anzunehmen, und er hat in der Folge der schweizerischen Gesandtschaft in Rom die nötigen Instruktionen erteilt.

Die Königlich italienische Regierung hat den Schweizerischen Bundesrat gefragt, ob er geneigt wäre, die Vertretung der italienischen Interessen in Deutschland während des soeben ausgebrochenen Krieges auf sich zu nehmen. Der Schweizerische Bundesrat hat diese freundschaftliche und ehrenvolle Mission angenommen und hat der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin die gewünschten Instruktionen erteilt.

**Nr. 1822. Schweizerische Verordnung betreffend die Beschimpfung fremder Völker, Staatsoberhäupter oder Regierungen, vom 2. Juli 1915. („Eidg. G.“ vom 3. Juli 1915, Nr. 24.)**

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf Art. 102. Ziffer 9 der Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874, sowie auf den Bundesbeschluß vom 3. August 1914, betreffend Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität, beschließt:

**Art. 1.** Wer öffentlich, in Wort oder Schrift, in Bild oder Darstellung ein fremdes Volk, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung in der öffentlichen Meinung herabwürdigt oder dem Hasse oder der Mißachtung preisgibt;

wer eine nicht öffentliche Äußerung dieses Inhalts in beleidigender Absicht öffentlich macht;

wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Buße bis zu 5000 Franken bestraft. Beide Strafen können verbunden werden.

**Art. 2.** Wer Drucksachen, Bilder oder andere Darstellungen, die solche Beschimpfungen gegenüber einem fremden Volke, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung enthalten, ausstellt, in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldbuße bis zu 1000 Franken bestraft. Beide Strafen können verbunden werden.

**Art. 3.** Auf diese Vergehen finden die allgemeinen Bestimmungen des Bundesstrafrechts vom 4. Februar 1853, und wenn die Widerhandlung mittelst der Druckerpresse oder auf ähnliche Weise verübt worden ist, die Art. 69 bis 71 dieses Gesetzes Anwendung.

**Art. 4.** Die Strafverfolgung findet nur auf Beschluß des Bundesrates statt. Die Beurteilung erfolgt durch das Bundesstrafgericht.

Art. 5. Die Bundesanwaltschaft wird, in Verbindung mit der gerichtlichen Polizei und nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege vom 27. August 1851, die nötigen Erhebungen machen und sichernde Maßnahmen treffen. Sie stellt dem Bundesrate Antrag betreffend Anhebung der Voruntersuchung.

Gegenstände, die eine strafbare Aeufßerung enthalten, sowie die zur Herstellung solcher Gegenstände speziell bestimmten Werkzeuge sind einzuziehen.

Art. 6. Der Bundesrat ist befugt, Drucksachen, Bilder oder andere Darstellungen beschimpfender Art, und die zur Herstellung speziell bestimmten Werkzeuge einziehen zu lassen, auch dann, wenn eine Strafverfolgung nicht eintritt.

Art. 7. Diese Verordnung tritt am 15. Juli 1915 in Kraft.

Der Bundesrat wird den Zeitpunkt bestimmen, in dem sie außer Kraft treten wird.

Während der Geltungsdauer dieser Verordnung sind alle ihr widersprechenden Bestimmungen der Bundesgesetzgebung aufgehoben.

**Nr. 1823. Abschnitt aus dem 2. Neutralitätsbericht der Schweiz vom 19. Februar 1916.** (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Maßnahmen. Bern, den 19. Februar 1916.)

„Mit unserm Berichte vom 1. Dezember 1914 haben wir Ihnen unter Berufung auf Art. 5 des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 betreffend Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität Rechenschaft abgelegt über den Gebrauch, den wir von unsern Vollmachten bis zu jenem Zeitpunkte gemacht haben.

Wir gaben uns damals der Hoffnung hin, daß in einem nicht allzufernen Zeitpunkt ein Schlußbericht über unsere Tätigkeit eingereicht werden könnte. Der Verlauf des Weltkrieges hat diese Hoffnung zerstört; noch ist kein Ende abzusehen.

In der letzten Dezembersession haben wir Ihnen einen weiteren Bericht in Aussicht gestellt, umfassend die in Ausübung unserer außerordentlichen Vollmachten bis Ende 1915 getroffenen Maßnahmen. Unsere Erwartung, daß es möglich sein werde, diesen Bericht bis zur außerordentlichen Frühjahrs-tagung bereitzustellen, hat sich nicht erwahrt. Die ganz außerordentliche Arbeitslast, die insbesondere auf den mit dieser Berichterstattung betrauten Departementen ruht, hat es nicht ermöglicht, eine in alle Einzelheiten eingehende Berichterstattung fertigzustellen.

Seither sind nun Ereignisse von einer Bedeutung und Tragweite eingetreten, die es uns wünschbar, ja notwendig erscheinen ließen, nicht nur den in Aussicht gestellten Detailbericht vorgängig an Sie zu gelangen und einzelne mit dem grundlegenden Bundesbeschlusse in Zusammenhang stehende Fragen zu erörtern, sondern auch die auf den 27. März beschlossene Frühlings-



tagung der eidgenössischen Räte mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer solchen Erörterung vorzuschieben.

Die Verfehlungen zweier Offiziere des Armeestabes haben im ganzen Lande eine tiefgehende Aufregung und Erbitterung hervorgerufen. Im Zeitpunkte, in welchem Sie über den gegenwärtigen Bericht sich auszusprechen haben werden, wird das Militärgericht, dem der General, im Einverständnis mit dem Bundesrate, die Angeschuldigten überwiesen hat, sein Urteil gesprochen haben. \*)

\*) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 2. März 1916, erste Ausgabe, Nr. 61 hat mitgeteilt:

Zürich, 29. Februar.

Das Urteil in dem Oberstenprozeß lautet wie folgt:

1. Die Angeklagten sind eines gerichtlich zu bestrafenden Vergehens nicht schuldig, werden daher freigesprochen.

2. Dagegen werden sie ihren Vorgesetzten zur disziplinarischen Verurteilung überwiesen.

3. Die Kosten des Prozesses trägt der Staat.

4. Die Kassationsfrist beträgt 24 Stunden, gerechnet von heute abend 10 Uhr.

In dem Motivenbericht stellt das Gericht u. a. fest, daß die Anklagepunkte 1 und 2, betreffend die Abgabe des Bulletins der Nachrichtensektion an die Militärattachés einer kriegführenden Mächtegruppe, zugestanden und durch das Beweisverfahren erwiesen worden sind. Diese Tat der Angeklagten verstößt zweifellos gegen Art. 1 der Neutralitätsverordnung des Bundesrats von 1914. Dagegen kann der Tatbestand des Artikels der Kriegsstrafbestimmungen (Nachrichtendienst zugunsten einer fremden Macht) kaum angenommen werden. Objektiv bedeutet die Uebermittlung des Bulletins eine Neutralitätsverletzung im Sinne einer Dienstverletzung. Das Gericht ist überzeugt, daß die Angeklagten wirklich aus dienstlichen und keinen anderen Motiven gehandelt haben. Der gute Glaube der beiden Obersten ergibt sich auch aus dem Umstand, daß die Zustellung des Bulletins offen erfolgte. Wenn auch die Nachrichten, genannt „aus besonderer Quelle“, militärisch kaum von erheblicher Bedeutung sind, war es doch keinesfalls angängig, daß diese für schweizerische militärische Stellen bestimmten Bulletins an die Attachés abgegeben wurden. Nach der Ueberzeugung des Gerichtes liegt eine Neutralitätsverletzung auch insofern vor, als die regelmäßige Uebermittlung des Bulletins an eine Gruppe Kriegführender immerhin eine gewisse äußerliche Begünstigung der betreffenden Mächte involviert. In bezug auf den Nachrichtendienst macht das Gericht unbedingt den Vorbehalt, daß dieser Dienst sich nicht über die Vorschriften strenger Neutralität hinwegsetzen kann. Neutralität ist der Grundpfeiler der nationalen Existenz der Schweiz, nach außen und nach innen. Die Vorteile, die sich aus einem neutralitätswidrigen Verkehr ergeben können, stehen in keinem Verhältnis zu den großen Gefahren eines neutralitätswidrigen Verhaltens hoher militärischer Amtsstellen. Wenn nun auch feststeht, daß die Tat der Obersten objektiv rechtswidrig ist, weil Rechtsgut und Neutralität verletzt worden sind, fehlt doch das subjektive Erfordernis eines rechtswidrigen Vorsatzes. Daß sie die dienstlichen Interessen über die Neutralitätsinteressen gestellt und die allgemeine Bedeutung der letzteren nicht richtig erkannt haben, muß ihnen zum Vorwurf gemacht werden, doch kann nur Fahrlässigkeit angenommen werden, was zu einer gerichtlichen Verurteilung nicht genügt. Der persönliche Verkehr des Obersten *Egli* mit den Militärattachés kann unter den gegenwärtigen Ver-

Wir hielten darauf, daß der Richter frei und unbeeinflußt seines Amtes walten könne; deshalb haben wir auch den Schein vermeiden wollen, als ob durch parlamentarische Erörterungen ein Druck in irgend einer Richtung ausgeübt werden wollte. Aus diesem Grunde haben wir dem mit Eingabe vom 20. Januar l. J. gestellten Gesuch der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung um unverzügliche Einberufung der Bundesversammlung und Niedersetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zwecks Untersuchung aller in der Presse bekanntgegebenen Anschuldigungen gegen Militärbeamte und Staatsbeamte betreffend Neutralitätsverletzung keine Folge geben können; war doch in der Begründung kurzerhand die Behauptung aufgestellt worden, nur eine parlamentarische Untersuchung könne „Klarheit und Reinheit“ schaffen, es habe sich gezeigt, „daß auf die militärische Untersuchung kein Verlaß ist“.

Die Erregung über die beklagenswerten Vorgänge im Armeestab hatte sich inzwischen in einzelnen Landesteilen noch vertieft; ihr schreiben wir es zum Teile zu, daß es am 27. Januar in Lausanne zu bedauerlichen Ausschreitungen kam, bei denen die Fahne eines uns befreundeten Nachbarstaates beschimpft wurde. Der Bundesrat sowohl als die waadtländischen Behörden haben sich beeilt, zuhanden der deutschen Reichsregierung das lebhafteste Bedauern auszusprechen. Im ganzen Lande wurde das Vorkommnis verurteilt. Auch hier werden die Gerichte ihres Amtes zu walten haben.

Die Vorgänge in Lausanne waren symptomatisch für die gewaltige Aufregung, die in weitesten Volkskreisen herrschte. Wir konnten uns der Ueberzeugung nicht verschließen, daß auch unabhängig von der das innerste Empfinden des Volkes verletzenden Verfehlung der beiden Obersten in einzelnen Teilen unseres Landes starkes Mißtrauen und tiefe Unzufriedenheit eine allgemeine Stimmung erzeugt hatten, die uns mit ernster Sorge erfüllen mußte.

Als daher die Regierung des Kantons Waadt und die Abordnung dieses Kantons in den eidgenössischen Räten bei uns in dringender Weise mit dem Gesuche vorstellig wurden, für eine möglichste Beschleunigung des Zusammen-

hänlmissen als unvorsichtig bezeichnet, ihm aber nicht als ernstliches Vergehen angerechnet werden. Das Gericht betont, daß in dieser Beziehung nicht der Schatten eines Verdachtes auf den Angeklagten haften bleibt. Betreffend die nordischen Depeschen erscheint die Darstellung *Eglis*, daß er sie von einem Agenten in Bern erhalten habe, durchaus möglich. In bezug auf die Aussagen *Langies* zeigt es sich, daß nicht alle als wahrheitsmäßig zu betrachten sind, wobei aber das Gericht *Langie* die bona fides zuerkennt und von Anschuldigungen ihm gegenüber absieht. *Langies* Schlußfolgerungen basieren einzig auf Indizien, die keinesfalls den Beweis liefern können für die Schuldigerklärung im Sinne des Strafgesetzes. Von Verrat kann überhaupt nicht gesprochen werden, schon deshalb nicht, weil nicht die Rede ist von Mitteilungen über das schweizerische Heer. Das Gericht ist der Meinung, daß die fahrlässige Neutralitätsverletzung der beiden Obersten nicht gerichtlich abgeurteilt werden könne. Dagegen sind sie ihrer vorgesetzten Behörde zur Beurteilung zu überweisen, aus welchem Grunde auch von einer Entschädigung abzusehen ist. Damit ist der Fall erledigt. Die freigesprochenen Angeklagten sind sofort zu entlassen.

tritts der Bundesversammlung bedacht zu sein, glaubten wir uns diesem Begehren nicht länger widersetzen zu sollen, um so weniger als mit diesem Gesuche eine Reihe von Postulaten verbunden waren, die die grundlegende Stellung der zivilen und militärischen Gewalten und damit die Garantien für eine fruchtbare Weiterarbeit ihrer Träger betrafen. Es bestand von vornherein Einverständnis darüber, daß der Zusammentritt der Räte nicht vor der militärgerichtlichen Verhandlung in der mehrerwähnten Strafsache stattfinden solle.

Dem Ersuchen der Regierung des Kantons Waadt und der waadtländischen Mitglieder der Bundesversammlung schlossen sich die Regierung des Kantons Genf und die genferische Abordnung der eidgenössischen Räte an. Von einer ganzen Reihe von Volksversammlungen langten Resolutionen ein, in welchen die Aufhebung oder Einschränkung der außerordentlichen Vollmachten des Bundesrats und die völlige Unterordnung der militärischen Gewalt unter die bürgerliche verlangt wurde. Andererseits mehrten sich die Kundgebungen aus der deutschen Schweiz, in welchen die Wünschbarkeit einer Aussprache im Schoße der Bundesversammlung betont wurde, wobei dann freilich umgekehrt die Wünschbarkeit des uneingeschränkten Fortbestandes der außerordentlichen Vollmachten betont wurde und das Vertrauen in die politische und militärische Leitung des Landes zum Ausdruck kam.

So konnten wir uns denn der Ueberzeugung nicht verschließen, daß durch eine möglichst baldige parlamentarische Erörterung der brennenden Fragen, welche die neuesten Ereignisse in den Vordergrund gerückt hatten, viel gefährlicher Zündstoff beseitigt werde, und daß es für den Bundesrat unumgänglich notwendig sei zu wissen, auf welcher staatsrechtlichen Grundlage künftig seine verantwortungsvolle Tätigkeit zu fußen hat und ob die Behörde dabei noch das ihr für die Lösung der schweren Aufgabe erforderliche Vertrauen genießt.

---

So bleiben denn schließlich nur noch die Maßnahmen politischer Natur zu erörtern, die vom Bundesrate kraft seiner außerordentlichen Vollmachten getroffen wurden.

Bestimmte Vorgänge bedauerlicher Art veranlaßten uns, in einem Kreisreiben vom 26. März 1915 festzustellen, daß in weiten Kreisen unserer Bevölkerung eine Stimmung Platz gegriffen habe, die unsere ernste Sorge zu erwecken geeignet sei. Sympathien und Antipathien in bezug auf die einzelnen kriegführenden Staaten seien in einer Art und Weise zum Ausdruck gekommen, die mit der Stellung und den Pflichten eines neutralen Staates nicht vereinbar seien, und es zeige sich dabei ein Mangel an nationalem Fühlen und Denken, den wir nur mit tiefem Bedauern feststellen können.

Wir wiesen die Behörden an, mit Nachdruck und Ausdauer gegen die förmliche Ueberschwemmung mit Broschüren, Flugblättern, Illustrationen, Postkarten usw., teils verhetzenden, teils pornographischen Inhalts anzukämpfen, einer Literatur, durch welche der gesunde Sinn unseres Volkes verwirrt und auf falsche Bahnen gelockt werde.

Wir empfehlen sodann der besondern Aufmerksamkeit der Behörden das Verhalten der in der Schweiz befindlichen Ausländer, die seit Beginn der Kriegswirren mit der größten Liberalität und sehr erheblichen finanziellen Lasten in unserm Lande behalten wurden, die sich nun auch bewußt zu bleiben haben, daß sie die Gastfreundschaft eines neutralen Landes genießen. Wir wiesen die Behörden an, dort, wo diese Ausländer den sich hieraus für sie ergebenden Pflichten zuwiderhandeln, mit rücksichtsloser Strenge einzuschreiten.

Dem gleichen Gedankengange der Sorge für die Neutralität des Staates und den nationalen Gedanken, der diesem Kreisschreiben zugrunde liegt, folgt auch die Verordnung vom 2. Juli 1915 betreffend die Beschimpfung fremder Völker, Staatsoberhäupter oder Regierungen \*). Danach ist die öffentliche Beschimpfung eines fremden Volkes, seines Staatsoberhauptes oder seiner Regierung in Wort, Schrift, Bild oder Darstellung unter Strafe gestellt.

Wir hielten es im Sinne von Art. 102. Ziff. 9 der Bundesverfassung als unsere Pflicht, in den ganz außerordentlich schwierigen Zeiten, die wir erleben, maßlosen Angriffen gegen fremde Völker, Staatsoberhäupter und Regierungen entgegenzutreten, durch welche sie in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt, oder dem Hasse und der Mißachtung preisgegeben werden sollen, unsere Pflicht nicht bloß, weil dadurch unsere guten Beziehungen zu andern Staaten gefährdet werden, sondern hauptsächlich auch, weil dadurch der innere Friede und der Zusammenhalt des eigenen Landes Schaden leiden muß. Daß eine solche Gefahr besteht, darüber haben uns die gemachten Erfahrungen volle Gewißheit verschafft; niemals wäre es zu einer so bedauerlichen innern Spannung gekommen, wenn man sich in den öffentlichen Äußerungen der Sympathie für die einen, der Abneigung, ja des Hasses gegen die andern kriegführenden Völker die gebotene Zurückhaltung auferlegt hätte. Wir haben den Entscheid darüber, ob auf Grund der erwähnten Strafbestimmung eine Strafverfolgung stattzufinden habe, unserer eigenen Prüfung und Ueberlegung vorbehalten. Wir waren und sind übrigens keineswegs gewillt, von dieser Kompetenz einen schrankenlosen Gebrauch zu machen; sind doch seit Inkrafttreten dieses Beschlusses erst zwei Strafeinleitungen erfolgt, welche beide mit einer Verurteilung durch das Bundesstrafgericht geendet haben. Man darf indessen keineswegs hieraus folgern, daß der Bundesratsbeschluß überflüssig oder entbehrlich sei. Seine Bedeutung liegt nicht allein oder auch nur in erster Linie in der Sanktion begangener Uebertretungen, sondern in der prophylaktischen Wirkung; das bloße Bestehen einer solchen Vorschrift verhindert eine publizistische Anarchie, gegen die sonst ein ausreichender Schutz nicht vorhanden wäre.

---

Ein dritter Erlaß, Bundesratsbeschluß betreffend den Nachrichtendienst zugunsten fremder Mächte\*\*), entzieht das Betreiben des Nachrichtendienstes

\*) S. oben Nr. 1822. — Herausgeber.

\*\*) S. unten Nr. 1824. — Herausgeber.

auf schweizerischem Gebiete zugunsten einer fremden Macht der militärischen Gerichtsbarkeit und bezeichnet für diese strafbaren Handlungen das Bundesstraßgericht als zuständig, ausgenommen wenn der Täter eine der Militärstraßgerichtsbarkeit unterstellte Person ist, oder wenn neben dem unerlaubten Nachrichtendienst auch das Delikt des Verrates in Frage steht. Dementsprechend wird die Leitung der Polizei in bezug auf unerlaubten Nachrichtendienst der Bundesanwaltschaft übertragen. Ihr stehen die Nachrichtenabteilung des Armeestabes, die Heerespolizei und die kantonalen Polizeiorgane zur Verfügung. Der Bundesrat bezeichnet für diese Geschäfte einen außerordentlichen Bundesanwalt und für die Durchführung der Voruntersuchung einen oder mehrere außerordentliche Untersuchungsrichter.

Das Betreiben von Nachrichtendienst auf Schweizergebiet zugunsten fremder Staaten ist von der eigentlichen Spionage, die einen besonders wichtigen Fall des Kriegsverrats, d. h. eines gegen unsere eigenen militärischen Interessen gerichteten Vergehens darstellt, grundsätzlich verschieden. Der Nachrichtendienst, bei dem als Geschädigte nur fremde Staaten in Betracht kommen, wird bestraft, weil dieses in der Regel von verkommenen Personen betriebene Geschäft unter Umständen die Neutralität kompromittieren kann, hauptsächlich aber, weil wir unsern Boden von diesen zweifelhaften Elementen säubern und die Versuchung von unserer eigenen Bevölkerung fernhalten wollen. Die seit der Mobilisation gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß die Nachrichtenvermittlung in der Tat ausschließlich fremde Staaten berührt; in keinem Fall konnte eine Anklage auf Verrat ausgedehnt werden, und es war in keinem Falle auch nur genügender Anlaß zu einem derartigen Verdachte vorhanden. Die Armee hat somit an der Verfolgung dieser Delikte nur ein mittelbares Interesse, und es erscheint die Ueberweisung an die Bundesanwaltschaft und im Zusammenhang damit die Uebertragung der Spruchkompetenz an das Bundesstraßgericht sachlich um so mehr gerechtfertigt, als die Behandlung solcher Straffälle im engen Zusammenhang mit der Fremdenpolizei steht, welche zum Tätigkeitskreise der Bundesanwaltschaft gehört.“

**Nr. 1524. Schweizerischer Bundesratsbeschluß betreffend den Nachrichtendienst zugunsten fremder Mächte, vom 22. Februar 1916. („Eidg. G.“ vom 23. Februar 1916, Nr. 6.)**

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Bundesbeschluß vom 3. VIII. 14 betreffend Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität\*);

in teilweiser Abänderung und Ergänzung der Verordnung vom 6. VIII. 14 betreffend Strafbestimmungen für den Kriegszustand\*\*), beschließt:

Art. 1. Die Beurteilung der in Art. 5 der Verordnung vom 6. VIII. 14 betreffend Strafbestimmungen für den Kriegszustand bezeichneten strafbaren Handlungen wird dem Bundesstraßgericht übertragen.

\*) S. Gesetzssammlung N. F., Bd. XXX, S. 347.

\*\*) S. Gesetzssammlung N. F., Bd. XXX, S. 370.

Werden jedoch solche Handlungen von Personen begangen, die der Militärgerichtsbarkeit unterworfen sind, so sind für deren Beurteilung die Militärgerichte zuständig.

Art. 2. Sind wegen unerlaubten Nachrichtendienstes mit Personen, welche unter die Militärgerichtsbarkeit fallen, auch andere Personen beschuldigt, so kann das schweizerische Militärdepartement die Beurteilung aller Beschuldigten dem Militärgerichte übertragen, solange die Voruntersuchung nicht geschlossen ist.

Ist ein des unerlaubten Nachrichtendienstes Beschuldigter oder einer von mehreren dieses Vergehens Beschuldigten auch des Verrates (Art. 2 und 3 der Verordnung vom 6. VIII. 14 betreffend Strafbestimmungen für den Kriegszustand) beschuldigt, so werden diese strafbaren Handlungen von den Militärgerichten verurteilt.

Art. 3. Die Leitung der gerichtlichen Polizei hinsichtlich der in Art. 5 der Verordnung vom 6. VIII. 14 bezeichneten strafbaren Handlungen wird der Bundesanwaltschaft übertragen.

Der Bundesrat bezeichnet einen außerordentlichen Bundesanwalt; das Bundesgericht bezeichnet für die Durchführung der Voruntersuchung einen oder mehrere außerordentliche Untersuchungsrichter.

Art. 4. Der Bundesanwaltschaft stehen für die Ausübung der Polizei betreffend den unerlaubten Nachrichtendienst die in Art. 12 des Bundesgesetzes vom 27. VIII. 1851 über die Bundesstrafrechtspflege genannten Organe zur Verfügung. Die Heerespolizei unterstützt die Bundesanwaltschaft nach den Weisungen des Armeekommandos. Die Artikel 13, 14 und 15 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege gelten sinngemäß auch für die Heerespolizei.

Art. 5. Ist durch Organe der Polizei wegen unerlaubten Nachrichtendienstes eine Verhaftung vorgenommen worden, so ist unverzüglich und jedenfalls innerhalb 24 Stunden der Verhaftete zu Protokoll einzuvernehmen und das Einvernahmeprotokoll nebst einem Berichte über die Gründe, die zu der Verhaftung geführt haben, der Bundesanwaltschaft einzusenden.

Art. 6. Der Armeestab übermittelt der Bundesanwaltschaft mit einem begleitenden Berichte die ihr zugehenden Mitteilungen über unerlaubten Nachrichtendienst.

Art. 7. Ergeben die polizeilichen Erhebungen genügende Anhaltspunkte, um gegen bestimmte Personen die gerichtliche Verfolgung zu eröffnen, so wird diese von der Bundesanwaltschaft verfügt. Ergeben sich keine genügenden Anhaltspunkte für die Anordnung der Voruntersuchung, so sind allfällig in Haft gesetzte Personen unverzüglich aus der Haft zu entlassen, sofern nicht die Fortdauer der Verhaftung aus andern Gründen gerechtfertigt ist.

Er gibt es sich, daß die Personen, die zu den Vorerhebungen Veranlassung gegeben haben, der militärischen Gerichtsbarkeit unterstehen oder unterstehen können, so unterbreitet die Bundesanwaltschaft die Akten mit ihrem Berichte dem schweizerischen Militärdepartement. Dieses entscheidet endgültig über

die Frage der Ueberweisung an die Militärgerichte. Verneint es diese Frage so leitet es die Akten an die Bundesanwaltschaft zurück, die alsdann noch über die Anordnung der Voruntersuchung nach Art. 16 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege zu entscheiden hat.

Art. 8. Für die durch das Bundesstrafgericht zu beurteilenden Fälle findet der allgemeine Teil des Bundesgesetzes vom 4. II. 1853 über das Bundesstrafrecht Anwendung.

Art. 9. Dieser Beschluß tritt am 15. III. 16 in Kraft. Er findet keine Anwendung auf Verfahren, in welchen die Ueberweisung des Beschuldigten an das Militärgericht bereits verfügt ist (Art. 122 der Militärstrafgerichtsordnung).

Voruntersuchungen, die bis zum Inkrafttreten dieses Beschlusses bereits vom militärischen Untersuchungsrichter übernommen worden sind, werden von diesem nach Militärstrafgerichtsordnung zu Ende geführt. Nach Abschluß der Voruntersuchung gehen in diesen Fällen die Akten durch Vermittlung des Armeeauditors an die Bundesanwaltschaft, sofern die Zuständigkeit der Militärgerichte nicht gegeben ist.

**Nr. 1825. Abschnitt aus dem 3. Neutralitätsbericht der Schweiz vom 15. Mai 1916.** (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Maßnahmen. Bern, den 15. Mai 1916.)

Der von uns am 19. II. 16 erstattete Bericht verfolgte in seinem ersten Teile den Zweck, anhand der vom Bundesrat auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. VIII. 14 getroffenen Maßnahmen darzutun, daß der Bundesrat auf den verschiedenen Gebieten seiner Tätigkeit der ihm verliehenen außerordentlichen Vollmachten nicht entraten kann. In dem Bundesbeschlusse vom 16. III. 1. J. betreffend die Genehmigung dieses Berichtes wird festgestellt, daß der Bundesrat für jede Session der Bundesversammlung seine Berichterstattung über die in der Zwischenzeit von ihm kraft seiner Vollmacht getroffenen Maßnahmen zugesichert hat. Der gegenwärtige Bericht umfaßt den Zeitraum seit 1. XII. 14. Ein großer Teil der in dieser Zeit entstandenen Erlasse ist bereits in unserem II. Berichte besprochen, und es wird in den nachfolgenden Ausführungen darauf Bezug genommen und die Berichterstattung demgemäß gekürzt werden dürfen.

Wie in unserem I. Berichte werden auch in dem gegenwärtigen Maßnahmen erörtert werden, die nicht ein Ausfluß der außerordentlichen Vollmachten sind, die aber im Zusammenhang mit der durch die Kriegsereignisse geschaffenen außerordentlichen Lage stehen.

**A. Politisches Departement.**

**I.**

Der Eintritt Italiens in den Krieg gab Veranlassung zum Austausche folgender Erklärungen:

**Erklärung der k. italienischen Regierung:**

Le Gouvernement de Sa Majesté tient à confirmer au Conseil fédéral la déclaration que la Légation Royale a eu l'honneur de Lui adresser à la date du 19 août 1914, relativement à la neutralité perpétuelle de la Suisse et à l'inviolabilité de son territoire.

Fermement résolu à observer rigoureusement et loyalement à l'égard de la Suisse tous ses devoirs de belligérant, le Gouvernement de Sa Majesté le Roi d'Italie désire exprimer en cette occasion la pleine confiance que lui inspirent les déclarations contenues dans la note fédérale du 26 août relatives à la ferme volonté du peuple suisse et à la conduite de son Gouvernement pour ce qui regarde sa neutralité et les devoirs qui s'y réfèrent.

Erklärung des Bundesrates :

Au moment où l'Italie va participer aux événements de guerre, le Conseil fédéral suisse tient à confirmer au Gouvernement Royal Italien les assurances formelles de neutralité absolue exprimées dans la déclaration du Conseil fédéral du 5 août dernier et derechef dans sa note du 26 du même mois.

Fermement décidé à observer loyalement et scrupuleusement, dans ses rapports avec l'Italie, tous ses devoirs de neutre, le Conseil fédéral désire manifester à cette occasion la pleine confiance que lui inspire la déclaration formulée dans la note du 19 août dernier, à teneur de laquelle le Gouvernement Royal Italien est résolu à observer à l'avenir, comme il l'a fait dans le passé, les principes consacrés par l'acte du 20 novembre 1815 portant reconnaissance de la neutralité perpétuelle de la Suisse et de l'inviolabilité de son territoire.

Die deutsche Reichsregierung und die k. u. k. österreichisch-ungarische Regierung haben dem Bundesrate mitgeteilt, daß sie selbstverständlich die bei Kriegsausbruch abgegebenen Erklärungen der strikten Respektierung der schweizerischen Neutralität auch unter den durch die Beteiligung Italiens am Kriege veränderten Verhältnissen aufrechterhalten.

Wir beauftragten unsere Gesandten, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu notifizieren, daß die schweizerische Neutralitätserklärung vom 5. VIII. 14 bestätigt werde.

Kurz zuvor hatten die deutsche Reichsregierung und die k. bayrische Regierung uns angefragt, ob wir für den Fall von kriegerischen Verwicklungen mit Italien bereit wären, den Schutz der deutschen beziehungsweise bayrischen Staatsangehörigen zu übernehmen.

In gleicher Weise hatte die italienische Regierung die Anfrage an uns gerichtet, ob wir für den Fall der Beteiligung Italiens am europäischen Kriege den Schutz der italienischen Staatsangehörigen in Deutschland übernehmen würden.

Wir haben in beiden Fällen die in freundschaftlicher Weise uns angetragene ehrenvolle Mission angenommen und unsern Gesandtschaften in Rom und Berlin die entsprechenden Instruktionen erteilt. An beiden Orten mußte das Personal der Gesandtschaft namhaft verstärkt werden.



In unserem Aufrufe an das Schweizervolk vom 1. Oktober 1914\*) hatten wir die Bürger aufgefordert, in der Beurteilung der Ereignisse, in der Aeußerung der Sympathien für die einzelnen Nationen möglichst sich der Zurückhaltung zu befleißigen und alles zu unterlassen, was die in den Krieg verwickelten Staaten und Völker verletzt. Wir haben damals ausgesprochen, daß uns bei dieser Aufforderung nicht nur das Interesse leitete, die guten Beziehungen unseres neutralen Landes zu den übrigen Staaten zu erhalten, sondern in erster Linie das Lebensinteresse unseres Staatswesens an kraftvoller Geschlossenheit und unerschütterlicher Einheit. Schon damals regte sich die bange Sorge, daß die leidenschaftliche und rücksichtslose Aeußerung der Sympathien für die einen, des Hasses gegen die andern kriegführenden Völker, die da und dort zutage tretende Identifizierung der Interessen der einen oder anderen Kriegspartei mit den schweizerischen Interessen zu einer innern Entfremdung der einzelnen Landesteile führen könnte.

Wir haben dem gleichen Gedanken in unserem Kreisschreiben vom 26. III. 15 Ausdruck gegeben und stehen heute noch auf demselben Standpunkte. Viel Ungemach und Aufregung wären unserem Lande erspart, von schweren inneren Stürmen wäre es verschont geblieben, wenn diesen Mahnungen mehr Beachtung geschenkt worden wäre.

Weit entfernt, von unserem Volke unter dem Titel einer moralischen Neutralität Gleichgültigkeit oder Kaltherzigkeit verlangen zu wollen, war unser Bestreben seit Beginn des Krieges darauf gerichtet, die Sympathien und das warme Mitgefühl an dem Schicksal der kriegführenden Nationen, die in allen Schichten unserer Bevölkerung in erfreulicher Weise zutage treten, in zielbewußte Tätigkeit zur Linderung der Leiden der Kriegführenden umzusetzen. Der Aeußerung dieser Sympathien und dieses Mitgefühls ist niemals ein Hindernis bereitet worden, bekämpft wurden lediglich die von einem Gefühle des Hasses gegen die einzelnen kriegführenden Teile entsprungene Ausschreitungen, die an die Adresse fremder Nationen, Regierungen und Staatsoberhäupter gerichteten Beschimpfungen und Verleumdungen, die in allen möglichen Formen zutage traten und in unserem Lande eine Atmosphäre der Erbitterung, Aufregung und Leidenschaftlichkeit geschaffen haben, die dem Landeswohl direkt zuwider war.

Ueber die in diesem Gedankengange geschaffene Verordnung vom 2. VII. 15 betreffend die Beschimpfung fremder Völker, Staatsoberhäupter oder Regierungen\*\*) haben wir uns in dem Berichte vom 19. II. l. J. ausgesprochen: wir verweisen auf diese Ausführungen. Man hat diese Verordnung unter Hinweis auf Art. 42 des Bundesstrafrechts als überflüssig bezeichnet, unseres Erachtens mit Unrecht. Diese Kritik übersah gerade den entscheidenden Punkt, das eigene nationale Interesse an der Bekämpfung der Uebergriffe, die vom rein internationalen, völkerrechtlichen Standpunkt in dem angeführten Artikel des Bundesstrafrechts unter Strafandrohung gestellt sind. Daraus

\*) S. oben Nr. 1815. — Herausgeber.

\*\*) S. oben Nr. 1822. — Herausgeber.

erklärt sich, daß die Verfolgung der Beschimpfung eines fremden Volkes, seines Staatsoberhauptes, oder seiner Regierung nur auf Verlangen der betreffenden Regierung und unter dem Vorbehalte des Gegenrechts stattfindet. Diese Ordnung genügt nicht für die außergewöhnlichen Verhältnisse, unter denen wir leben, und für den Hauptzweck, dem die Strafandrohung für solche Delikte dienen soll. Wir können es nicht darauf ankommen lassen, ob die fremde Regierung klagt oder nicht; der Zweck der Verordnung ist nicht allein der Schutz des fremden Volkes, seiner Regierung und seines Staatsoberhauptes, sondern in allererster Linie die Sorge für den innern Frieden und den Zusammenhalt der eigenen Volksgenossen. Dazu kommen freilich auch Erwägungen äußerer Politik. Wenn in normalen Zeiten die Klage des beleidigten Staates abgewartet werden kann, so ist es naheliegend, daß in den gegenwärtigen außerordentlichen Zeitläuften die fremden Regierungen nur in ganz seltenen Fällen von ihrem Klagerecht Gebrauch machen würden. Deshalb ist der Stachel, der durch die beleidigenden Publikationen erzeugt wird, nichtsdestoweniger vorhanden, ja er geht vielleicht noch tiefer als in Friedenszeiten, und die Gefährde für die Störung der guten Beziehungen zu dem beleidigten Staate ist dementsprechend eine verschärfte. Darüberhin ist es auch für unsere Regierung selbst wesentlich weniger bemüht, aus eigener Initiative die Verfolgung von Beleidigungen fremder Völker, Regierungen und Staatsoberhäupter anzuordnen, als hierzu durch diplomatische Vorstellungen veranlaßt zu werden. Solche Vorstellungen haben denn auch nur in einer verschwindenden Zahl von Fällen stattgefunden.

Man hat der Verordnung zum Vorwurf gemacht, dadurch, daß die Beurteilung der unter Strafe gestellten Beschimpfungen dem Bundesstrafgericht zugewiesen wurde, sei in ganz unzulässiger Weise der Grundsatz von Art. 58 der Bundesverfassung, wonach niemand seinem verfassungsmäßigen Richter entzogen werden darf, eingebrochen worden, da gemäß Art. 112, Ziffer 2 BV über Vergehen gegen das Völkerrecht das Bundesgericht mit Zuziehung von Geschworenen zu urteilen hätte. Die Existenz einer entgegenstehenden Verfassungsvorschrift hätte zwar die Rechtsgültigkeit der unter Benutzung der erteilten außerordentlichen Vollmachten erlassenen Verordnung nicht gehindert, denn der Konflikt zwischen Abwehr der die Existenzbedingungen des Staates bedrohenden Gefahren und den verfassungsmäßig geschützten individuellen Freiheitsrechten kann zur vorübergehenden Suspension der letztern führen. Allein, nun liegt überhaupt ein Einbruch in Art. 58 der Bundesverfassung gar nicht vor. Wie das Bundesgericht in seinem Urteil vom 14. XII. 15 in Sachen *Maurice Milloud* sehr zutreffend ausgeführt hat, handelt es sich bei den durch die Verordnung unter Strafe gestellten Tatbeständen überhaupt nicht um Vergehen gegen das Völkerrecht, eben gerade weil, im Gegensatz zu Art. 42 des Bundesstrafrechts, die Möglichkeit der Strafverfolgung als im Interesse des schweizerischen Staates gelegen erachtet und darum weder an die Voraussetzung der Klage einer fremden Regierung, noch an die Bedingung des Gegenrechts geknüpft worden ist. Handelt es sich aber nicht

um ein Vergehen gegen das Völkerrecht, so steht die Anwendung von Art. 112, Ziffer 2, der Bundesverfassung außer Frage und damit auch jeder Einbruch in die Gewährleistung des verfassungsmäßigen Gerichtsstandes.

---

Was die Respektierung unserer Neutralität durch die Kriegführenden betrifft, so haben zwar eine Reihe von Grenzzwischenfällen stattgefunden, allein sie waren, von den nachstehend zu erörternden Fliegerangriffen abgesehen, keineswegs ernster Natur, die an unseren Grenzen sich abspielenden kriegerischen Aktionen machen es beinahe unvermeidlich, daß die territoriale Hoheit unmittelbar an den Grenzen zuweilen beeinträchtigt oder nicht in vollem Maße respektiert wird. In allen Fällen, die zu unserer Kenntnis gebracht wurden, haben wir Einsprache erhoben, und es konnte ausnahmslos eine rasche und befriedigende Erledigung mit den betreffenden Regierungen erzielt werden, um so mehr, als es sich in keinem Falle um eine absichtliche Verletzung handelte.

Von sehr viel größerer Bedeutung waren dagegen die Zwischenfälle, die durch ausländische Flugzeuge verursacht worden waren. Wir hatten uns von Anfang auf den Standpunkt gestellt, daß wir unsere Souveränitätsrechte auch auf den Luftraum über unserem Boden auszuüben berechtigt und gewillt seien, und daß daher das Ueberfliegen des schweizerischen Territoriums als eine Neutralitätsverletzung behandelt werden müsse. Dementsprechend hatten wir in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 unsere Gesandten in Paris, London, Petrograd, Rom, Berlin und Wien angewiesen, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu notifizieren, daß wir zum Zwecke der Wahrung der Neutralität das Ueberfliegen des schweizerischen Luftraums durch Flugzeuge jeder Art verbieten, und daß im Falle des Zuwiderhandelns man mit allen Mitteln sich widersetzen werde. Hiemit im Einklang ist in der Verordnung betreffend Handhabung der Neutralität der Schweiz vom 4. VIII. 14 bestimmt, daß das Eindringen von Luftfahrzeugen jeder Art vom Auslande her in unsern Luftraum verboten, und vorkommenden Falles mit allen Mitteln zu verhindern ist.

Dieser grundsätzliche Standpunkt ist nicht unbeanstandet geblieben. Die Regierung von Großbritannien hat zwar anlässlich des Zwischenfalls vom 20. XI. 14, bei dem englische Flieger auf dem Fluge nach und von Friedrichshafen große schweizerische Landstrecken bei Basel, Eglisau, Andelfingen, Güttingen überflogen hatten, dem Bundesrate das lebhafteste Bedauern ausgedrückt und ihn versichert, daß die Flieger den bestimmten Befehl hatten, die schweizerischen Grenzen zu respektieren, dabei aber gleichzeitig den Vorbehalt gemacht, daß der Ausdruck des Bedauerns nicht als Anerkennung eines bestehenden völkerrechtlichen Grundsatzes betrachtet werden dürfe. Wir haben unsererseits die zum Ausdruck gebrachte Rechtsauffassung festgehalten und in der Folge in jedem einzelnen Falle gegen die Verletzung unserer Neutralität Protest erhoben und entsprechende Sanktionen verlangt.

Verletzungen sind uns in 24 Fällen gemeldet worden. Davon entfallen auf deutsche Flieger 14, wovon fünf ganz unbedeutende Einflüge in den schweizerischen Luftraum, auf französische Flieger 6, wovon drei ebenfalls ganz unbedeutende Einflüge; in einem Falle handelte es sich um englische Flieger; in einem Falle um einen italienischen Flieger; in einem Falle konnte die Nationalität überhaupt nicht festgestellt werden und in einem ist die Verletzung bestritten geblieben.

Unter den durch deutsche Flieger begangenen Verletzungen sind drei sehr schwerer Natur, weil sie von Bombenwürfen begleitet waren. Am 21. IX. 15 hat ein deutscher Flieger, der sich bei düstigem Wetter auf Schweizergelände verirrt hatte, zwischen Pruntrut und Fontenais eine Bombe fallen lassen, die glücklicherweise niemanden verletzte. Am 17. X. 15 erschien ein deutsches Flugzeug, von dem man annimmt, daß es die nahe unserer Grenze liegende französische Bahnlinie zu zerstören beauftragt war, am Nachmittag über La Chaux-de-Fonds, und warf in der Nähe des Ostbahnhofes und längs der Bahnlinie acht Bomben ab. Es wurden vier Personen verletzt und erheblicher Sachschaden verursacht. Endlich haben am 31. März 1916 zwei deutsche Flieger beim Morgengrauen Pruntrut überflogen und dabei 4 Bomben abgeworfen, die namhaften Sachschaden verursacht haben.

Wir haben in allen diesen Fällen nachdrücklichen Protest erhoben und Satisfaktion durch Bestrafung der Fehlbaren, sowie Ersatz des Schadens verlangt. Die deutsche Regierung hat jeweilen ihr lebhaftes Bedauern über den Vorfall ausgedrückt, die schuldigen Flieger bestraft und abgelöst, sowie Ersatz des Schadens angeboten. Anlässlich der Regelung des Vorfalls in La Chaux-de-Fonds wurde erklärt, daß die Militärbehörde die Fliegerabteilungen neustens strengstens vor dem Ueberfliegen schweizerischen Gebietes gewarnt und ihnen eingeschärft habe, unter keinen Umständen Bomben zu werfen, falls sie sich nicht ganz unzweifelhaft in Feindesland befinden. Da dieser Befehl wiederum nicht als ausreichender Schutz gegen die Verletzungen unseres Gebietes und die Gefährdung von Eigentum, Leib und Leben unserer Landesangehörigen sich erwiesen hatte, mußte es unser Bestreben sein, wirksamere Garantien gegen weitere Verletzungen unserer Neutralität zu erlangen. In Erledigung einer kurz nach dem Bombenwurf auf Pruntrut, am 26. IV., neuerdings erfolgten Ueberfliegung unseres Territoriums hat uns die deutsche Reichsregierung am 28. IV. mitgeteilt, daß außer der im speziellen Falle verhängten Sanktion — Ausstoßung des fehlbaren Fliegers aus der Fliegertruppe — durch ein Verbot aller Grenzflüge eine ausreichende Sicherheit geboten werde. Ueber den Umfang der Zone, in welcher die Flüge verboten sind, wurden uns in vertraulicher Weise befriedigende Mitteilungen gemacht.

Für die Schätzung der sehr beträchtlichen Schadensfolgen des Fliegerüberfalls in La Chaux-de-Fonds haben wir im Benehmen mit dem neuburgischen Regierungsrat eine Kommission niedergesetzt, bestehend aus den Herren Professor *Borel*, Professor *De Quervain* und Direktor *Bosshard*. Die Erledigung der Schadensfälle hat noch nicht erfolgen können, weil die

eine der verletzten Personen noch in ärztlicher Untersuchung steht. Für die Regelung der Schadensfolgen des Fliegerüberfalls in Pruntrut haben wir die Dienste des bernischen Regierungsrates angerufen.

Im Sommer 1915 sind auf dem Bodensee wiederholt schweizerische Lastschiffe durch deutsche Patrouillenboote auf Entfernungen vom schweizerischen Ufer angehalten worden, die es als sicher erscheinen ließen, daß der Eingriff auf dem unter schweizerischem Hoheitsrecht stehenden Teil des Sees stattfand. Wir sind deswegen bei der deutschen Reichsregierung vorstellig geworden, worauf den deutschen Wachtbooten der Befehl erteilt worden ist, sich bei ihren Dienstfahrten grundsätzlich diesseits der Mittellinie des Sees zu halten. Seither sind uns keine Klagen mehr zugekommen; ebenso wird bei den Probefahrten der Luftschiffe aus der Zeppelinwerft Friedrichshafen die Seemitte als Richtlinie eingehalten.

\* \* \*

Grenzverkehr. Seit Kriegsbeginn verschärfen unsere Nachbarstaaten die Kontrolle der Reisenden immer mehr. Zeitweise wurden vollständige Grenzsperrungen verfügt, und zwar in Verbindung mit großen Operationen und Truppenbewegungen. Da hierdurch der feindliche Nachrichtendienst verhindert werden sollte, konnte eine vorzeitige Aufhebung dieser Maßnahmen nicht erwirkt werden. Zurzeit ist der Reiseverkehr nach und aus Oesterreich-Ungarn am meisten erschwert, und müssen Reisende oft wochenlang politische Quarantänen bestehen, bevor sie die Ausreisewilligung erhalten.

Der Krieg hat eine beunruhigende Zahl Fremder in der Schweiz zusammengetrieben, deren Anwesenheit unerwünscht und deren Ausschaffung zurzeit nicht möglich ist. Am 25. IX. 15 sah sich daher der Bundesrat veranlaßt, in Ausführung der Beschlüsse einer Konferenz der kantonalen Polizeidirektoren eine verschärfte Schriftenkontrolle an der Grenze anzuordnen. Die Ausführung ist Sache der Kantone; Zollbeamte und im Armeebereiche auch die Militärbehörden haben mitzuwirken.

Um Unerwünschte sofort bei ihrer Ankunft auf Schweizer Gebiet zurückweisen zu können, sollte die schweizerische Kontrolle schon auf dem Gebiete des Nachbarstaates beginnen können. Wir wandten uns in diesem Sinne im September 1915 an die betreffenden Regierungen. Oesterreich gestattete den Beginn der Kontrolle in Feldkirch und Bregenz. Deutschland lehnte eine Kontrolle auf badiischem Gebiete ab, erklärte sich aber bereit, Zurückgewiesene innerhalb 12 Stunden wieder zu übernehmen; betreffend den Verkehr auf dem Bodensee schweben noch Unterhandlungen. Italien lehnte eine Kontrolle auf seinem Gebiete ab. Von Frankreich steht eine Antwort noch aus.

Der sogenannte „kleine Grenzverkehr“ wurde durch die immer sich verschärfenden Paßvorschriften der Kriegführenden bedeutend erschwert. Wir sind fortwährend bemüht, Erleichterungen zu erwirken, so für landwirtschaftliche Arbeiten, Viehsommerung, Benützung von Arbeitsgelegenheiten in über der Grenze gelegenen Etablissements.

\* \* \*

**Schadenersatzansprüche für Kriegsschäden.** Infolge des Krieges ist schweizerisches Eigentum in großem Umfange zu Schaden gekommen, entweder durch militärische Operationen zu Lande und zu Wasser oder durch die Zivilbevölkerung.

Was die Beschädigungen durch Unternehmungen der militärischen Streitkräfte betrifft, so konnte es sich nicht darum handeln, von den kriegführenden Staaten zu verlangen, jetzt schon für den verursachten Schaden aufzukommen. Sämtliche Regierungen stehen auf dem Standpunkt, daß deren Regelung der Zeit nach Friedensschluß vorbehalten bleiben müsse, hauptsächlich wegen der Feststellung der Verantwortlichkeit. Zur Sicherstellung der Schadenersatzforderungen mußte man sich darauf beschränken, den Umfang des jeweiligen Schadens durch die kompetenten Militär- oder Verwaltungsbehörden möglichst genau feststellen zu lassen, insbesondere auch die schädigende Partei nachzuweisen, was in vielen Fällen am meisten Schwierigkeiten bereiten mußte.

Die Abteilung für Auswärtiges hat durch die schweizerischen Gesandtschaften eine große Zahl von Schadensfällen den betreffenden Regierungen anzeigen und die erforderliche Untersuchung beantragen lassen. Für das zur Schadenfeststellung einzuhaltende Verfahren hat z. B. die französische Regierung im Journal officiel eingehende Vorschriften erlassen. Die Behandlung der zu Schaden gekommenen Schweizer Bürger wird durchweg derjenigen der eigenen Staatsangehörigen gleichgestellt werden.

Unter den Ereignissen, die zu Beschädigungen durch die Zivilbevölkerung geführt haben, sind besonders die Maiunruhen in Italien, hauptsächlich in Mailand, ferner die Unruhen in Moskau hervorzuheben. Zum Zwecke des Ersatzes der in Italien verursachten Zerstörungen hat sich die italienische Regierung bereit erklärt, eine zusammenfassende Aufstellung von der schweizerischen Gesandtschaft in Rom entgegenzunehmen, was im Laufe des Jahres geschehen ist. Wie sich die russische Regierung zu den in ihrem Gebiet angerichteten Schäden verhält, ist noch ungewiß. Unserer Gesandtschaft in Petrograd ist auf ihre Vorstellungen noch keine abschließende Antwort zuteil geworden.

In mehreren Fällen haben wir Schadenersatzansprüche von Schweizern geltend gemacht, die bei der Torpedierung von Schiffen getötet oder geschädigt wurden und bezüglich welcher unsere Vermittlung bei den betreffenden Regierungen nachgesucht wurde. Für eine Gruppe dieser Schadenersatzforderungen ist bereits die grundsätzliche Ersatzpflicht anerkannt; die Erledigung anderer Ansprüche steht noch aus.

**Verhaftungen und Verurteilungen.** Seit Kriegsbeginn haben die Kriegführenden aus Gründen der Sicherheit für nötig erachtet, zu zahlreichen Verhaftungen zu schreiten gegen Personen, die durch ihre Reden oder Handlungen sich verdächtig gemacht haben. Schweizerische Staatsangehörige im Ausland konnten sich in zahlreichen Fällen diesem Verdachte nicht entziehen und mußten die Folgen tragen. So sehr auch unsere Gesandtschaften und Konsulate sich Mühe gaben, ihren Landsleuten zu Hilfe zu kommen, war es ihnen nicht immer möglich, deren Befreiung auszuwirken.

Wenn wir auch in einer Reihe von Fällen gegen offenbar willkürliche Maßnahmen protestieren mußten, konnten wir uns doch in zahlreichen andern Fällen nicht der Notwendigkeit verschließen, den ganz außerordentlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, in denen wir leben, und die Einmischung der militärischen Instanzen in viele Geschäfte über uns zu nehmen, deren Erledigung in gewöhnlichen Zeiten den bürgerlichen Behörden zufallen würde.

Die Zahl der Verhaftungen, bei denen wir intervenieren mußten, war in allen kriegführenden Ländern sehr groß. Häufig ließ die Entlassung aus der Haft Wochen und Monate auf sich warten; in manchen Fällen wurde sie nicht zugestanden. Natürlich spielt die Spionenfrage bei diesen Verhaftungen die Hauptrolle.

Zahlreich sind die Verhaftungen, die sich als völlig unbegründet herausgestellt haben, ohne daß es indessen unseren Bemühungen gelungen wäre, für die widerrechtlich Verhafteten Schadenersatz zu erwirken.

In zwei Fällen, wo Schweizer, der eine wegen behaupteter Kriegsspionage, der andere wegen behaupteter Teilnahme am Kampfe, von den Truppen erschossen worden waren, sind Schadenersatzansprüche geltend gemacht worden. Deren Erledigung steht noch aus.

Internierungen. In der ersten Zeit nach Kriegsausbruch wurden zahlreiche schweizerische Zivilpersonen in Frankreich verhaftet und in den Konzentrationslagern interniert. Nach Mitteilungen unserer Gesandtschaft waren im Mai 1915 alle Fälle, die zu ihrer Kenntnis gelangt waren, erledigt, entweder durch vorbehaltlose Haftentlassung, oder durch Rückbeförderung in die Schweiz mit provisorischem Verbot der Rückkehr nach Frankreich, oder durch Ausweisung. Die in Marokko wohnhaften Schweizer sind den daselbst gegen die Fremden verfügten Maßnahmen nicht entgangen, und mehrere von ihnen konnten erst in die Schweiz zurückbefördert werden, nachdem sie lange Zeit in den Konzentrationslagern in Frankreich zurückbehalten worden waren; einer von ihnen ist daselbst verstorben.

In Großbritannien sind viele Deutschschweizer, da ihre wirkliche Staatsangehörigkeit angezweifelt wurde, interniert und häufig erst nach Monaten freigelassen worden; in einer Reihe von Fällen hatte, da den Verhafteten der Verkehr mit der Gesandtschaft nicht ermöglicht worden war, letztere von der Verhaftung erst nach erfolgter Entlassung Kenntnis erhalten.

Auch die schweizerische Gesandtschaft in Berlin hatte sich mit einigen Fällen zu befassen, wo Schweizer in dortigen Konzentrationslagern zurückbehalten worden waren. Ein Fall ist noch hängig, weil der Betreffende nach der Behauptung der deutschen Behörden außer der schweizerischen Staatszugehörigkeit noch diejenige eines feindlichen Staates besitzt.

In Rußland wurden zu Beginn des Krieges zahlreiche Internierungen vorgenommen; sie vermehrten sich noch bei der Invasion der russischen Truppen in Ostpreußen. Damals sind fünfzehn dort niedergelassene Schweizer zusammen mit der einheimischen Bevölkerung forttransportiert und bis nach Ostrußland und Sibirien geschafft worden. Unsere Gesandtschaft hat nur

ganz gelegentlich und erst nach vielen Monaten von diesen Internierungen Kenntnis erhalten und die Befreiung der Internierten erlangen können; einzelne von ihnen werden noch immer zurückgehalten.

**Ausweisungen.** Im Januar 1915 wurde von der deutschen Militärbehörde im Oberelsaß eine allgemeine Ausweisungsverfügung mit Bezug auf Fremde, die neutralen Staaten angehören, vorgenommen. Nach dem Niederlassungsvertrage können Fremde aus Gründen der innern und äußern Sicherheit ausgewiesen werden; wir haben nichtsdestoweniger die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Härte einer solchen generellen Maßnahme, ohne Unterscheidung der von ihr betroffenen Personen, gelenkt und erhielten die Zusicherung, daß mit Bezug auf Schweizer nur dann zu einer Ausweisung geschritten werde, wenn es sich im Einzelfalle um der Militärbehörde verdächtige Personen handle. Immerhin erschien es uns, da in Aussicht stand, daß das Ausweisungsdekret eine größere Zahl von mittellosen Familien betreffen werde, und da diesen vor ihrer Rückbeförderung eine fünfzehntägige Internierung im Großherzogtum Baden vorgeschrieben war, wünschbar, einen eidgenössischen Kommissär mit der Hilfeleistung für die ausgewiesenen Familien und die Verständigung mit den badischen Behörden in bezug auf die Rückbeförderung in die Schweiz zu beauftragen. Wir ernannten als Kommissär Herrn Oberstlieutenant *Von der Mühl*, der sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise entledigte und sie zu Beginn des Monats März 1915 zum Abschluß brachte.

In einer großen Zahl von Fällen, wo die Ausgewiesenen infolge plötzlicher Zwangsausreise ihren Besitz zurücklassen mußten, wurde die Vermittlung unserer Berliner Gesandtschaft in Anspruch genommen. Weitere Reklamationen betrafen die von der deutschen Behörde beanspruchte Fortdauer der Steuerpflicht der Ausgewiesenen. Die deutsche Regierung hat sich den Entscheid von Fall zu Fall, in Würdigung der konkreten Verhältnisse vorbehalten.

Uebersaus zahlreich waren die Ausweisungen der Schweizer auch in den anderen kriegführenden Ländern; es bedurfte einiger Zeit, bis unsere Landsleute sich mit dem Gedanken zurechtgefunden hatten, daß in Zeiten, wie die gegenwärtigen, auch ein Neutraler in der Fremde sich der äußersten Zurückhaltung in Wort und Tat zu befleißigen hat.

Wir waren insbesondere gezwungen, die Intervention der italienischen Regierung gegenüber ihren Militärbehörden zu erbitten mit Bezug auf zahlreiche Ausweisungen, Aufenthalts- und Einreiseverbote, für welche uns ausreichende Gründe zu fehlen schienen.

In der letzten Zeit ist die Zahl der Ausweisungen und Internierungen wesentlich zurückgegangen, hauptsächlich infolge der überaus strengen Maßnahmen, welche die uns umgebenden Staaten getroffen haben, um den Personenverkehr möglichst einzuschränken.

**Paßwesen.** Der Personenverkehr zwischen unserem Lande und den kriegführenden Staaten, sowie zwischen den neutralen Ländern unter sich wurde, sofern das Gebiet oder die Interessensphären von in den Krieg verwickelten Mächten zu berühren war, je länger, je schärferen Vorschriften



unterstellt. Anfänglich genügten Reisepässe, wie sie schon vor dem Kriege durch die Kantone auf Verlangen ausgestellt wurden, und aus denen die schweizerische Staatszugehörigkeit des Inhabers, wie auch sein Heimatkanton, seine Bürgergemeinde, sein Signalement, sein Reisezweck, seine Photographie, sowie seine Unterschrift ersichtlich waren. Die Dauer und Verschärfung der Kriegslage sowohl, als besonders auch der Mißbrauch, welcher mit neutralen Pässen getrieben wurde, führten zu immer schärferen Grenzmaßnahmen der am Kriege beteiligten Staaten. Aus der Fülle von erlassenen oder widerrufenen, von neuen oder verschärften Bestimmungen wurden gegen Ende des ersten Kriegsjahres zwei klar definierbare Arten des Vorgehens ersichtlich, von denen jede durch eine der beiden Mächtegruppen gehandhabt wurde, deren praktische Durchführung in ihren Resultaten jedoch sich ungefähr gleichkam.

Währenddem Deutschland und seine Verbündeten im vornherein über ihr Gebiet betretende Reisende informiert waren und dementsprechend, gewöhnlich ohne Grundangabe, das Paßvisum erteilten oder verweigerten, nebstdem jedoch als einzige Beilage zum gewöhnlichen Reisepaß ein Leumundszugnis der Wohngemeinde verlangten, stellten sich Frankreich und die mit ihm verbündeten Länder auf den Standpunkt, das Visum zur Reise nur dann zu geben, wenn auf Grund eines Ausweises der Heimatgemeinde, der Staatskanzlei eines Kantons oder des Politischen Departements die unzweifelhafte schweizerische Abkunft väterlicher- wie mütterlicherseits erwiesen war. Obwohl dieses Vorgehen den Reisenden eine gewisse Sicherheit bot, indem sie von Anfang an wußten, ob sie die Grenze übertreten konnten oder nicht, so erwies es sich doch als großen Nachteil für Schweizerbürger, welche sich selbst einkauften oder deren Vater oder Mutter nicht von Geburt unser Staatsbürgerrecht besaßen. Die diesbezüglichen Bemühungen und Vorstellungen bei den Mächten der Entente scheiterten an der Tatsache, daß in jenen Ländern eingekaufte frühere Staatsangehörige der Zentralmächte den gleichen und noch schärferen Einschränkungen unterworfen sind.

Diese beiden von den Mächtegruppen verfolgten Richtlinien in der Handhabung des Paßwesens nahmen je nach den einzelnen Ländern und deren besonderen Verhältnissen entgegenkommenderen oder verschärften Charakter an.

Im Verkehr mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zeitigten die häufigen Grenzsperrn sehr erhebliche Schwierigkeiten; Einsprachen dagegen waren infolge des militärischen Charakters, mit welchem sie begründet wurden, erfolglos.

Frankreich ergriff im Juli des vergangenen Jahres eine neue Maßnahme, indem es jedem Schweizerbürger, gestützt auf seinen Schweizerpaß, einen französischen Konsularpaß samt einer weiteren „*feuille annexe*“ ausstellte, welche allein als Legitimation und zur Eintragung der Visas gültig war; der Schweizerpaß diente bloß mehr als Grundlage; gestützt auf ihn sowie auf die obenerwähnte Abstammungsbescheinigung wurden die französischen Papiere ausgestellt. Der Hauptgrund dieses Vorgehens war in der Mannig-

faltigkeit unseres Paßwesens zu suchen, indem die 25fache Verschiedenheit unserer Ausweispapiere deren Kontrolle für die Grenzbehörden erschwerte, und insbesondere für unsere Landsleute aus den kleineren Kantonen mannigfache Unannehmlichkeiten im Gefolge hatte. Wir sahen uns daher veranlaßt, auf eine Neuerung zu dringen, und es wurde vom 10. XII. des letzten Jahres ab von den Staatskanzleien der Kantone nur noch das einheitliche, in den drei Landessprachen abgefaßte, eidgenössische Paßbuch ausgefertigt. Am 15. III. abhin wurden von seiten Frankreichs die französischen Papiere für Schweizer wieder abgeschafft, so daß in dieser Beziehung normale Verhältnisse und eine Vereinfachung des Verkehrs eingetreten sind.

Die Paßverhältnisse mit den Ententemächten modifizierten sich gegenüber Großbritannien insofern, als die Eltern des nach den britischen Inseln reisenden Schweizer nicht von Geburt unser Staatsbürgerrecht besitzen müssen; letzteres ist jedoch ganz unerläßlich, falls britische Kolonien bereist werden. Ausnahmsweise wurde solchen unserer Landsleute die Reise nach England und seinen Kolonien gestattet, die, obwohl sie die üblichen Bedingungen nicht erfüllten, sich vom Politischen Departement, infolge dessen genauer Kenntnis der Sachlage, eine dementsprechende Empfehlung erwirkten.

Außer den allgemein üblichen Paßbestimmungen erließ Italien keine weiteren Verordnungen von Belang, in der Praxis jedoch folgte es dem Beispiel seiner Verbündeten. Zuzufolge der dadurch verursachten Unsicherheit gingen von Landsleuten, die Interessen in Italien haben, eine sehr große Zahl Beschwerden ein, die uns veranlaßten, bei der italienischen Regierung vorstellig zu werden; die Verhandlungen sind noch im Gange.

Die Paßbestimmungen, welche Rußland erließ, beschränken sich auf das Niveau der allgemein befolgten Maßnahmen seitens der Entente, nur daß der Religion des Paßinhabers, wie übrigens schon vor dem Kriege, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird; die Reiseroute über feindliches Gebiet hat für das russische Visum keine Einschränkung zur Folge.

---

**Handelsverbote.** Wir beziehen in diesen Abschnitt auch die prisengerichtlichen Angelegenheiten ein, deren rechtliche Grundlage sich in der Londoner Seerechts-Deklaration vom Jahre 1909 niedergelegt findet. Vor Einführung des Getreidemonopols und namentlich vor Bestehen der S. S. S. sind wiederholt Sendungen von Getreide, Baumwolle, Metallen und anderem mehr, die für unser Land bestimmt waren, während des Seetransportes von Kriegsschiffen der verschiedenen Mächte angehalten und unter dem Verdacht der absoluten oder relativen Konterbande an Land gebracht worden. In dem darauffolgenden gerichtlichen Verfahren, das über die endgültige Bestimmung der Ware entscheidet, ist jedoch die Tätigkeit unserer auswärtigen Vertretungen in der Regel dadurch beschränkt, daß die Interessenten ihre Rechte selbst zu verteidigen haben; es kann sich somit für unsere Gesandtschaften nur darum handeln, die von den Empfängern bezüglich der neutralen Bestimmung des Gutes gebotenen Beweise einem tüchtigen Anwalt des betreffenden

Landes zu überweisen. In Frankreich sind auf diese Weise die meisten der vor dem *Conseil des Prises* in Paris hängigen Prozesse zu einer günstigen Erledigung geführt worden, wobei in der Regel unseren Firmen der Erlös der bereits versteigerten Lebensmittel zugesprochen worden ist. In Großbritannien, von dessen Prisengerichten für uns hauptsächlich diejenigen in London, Gibraltar, Malta und Alexandrien in Betracht fallen, konnte mehrfach durch Darbietung von Garantien bezüglich des Verbrauchs der Ware eine gütliche Erledigung des Verfahrens erzielt werden; vereinzelt sind uns Klagen wegen des schleppenden Verfahrens und der allzu hohen Kosten zugekommen, die infolge der langen Zurückhaltung der Güter erwachsen sind; unsere Gesandtschaft in London hat sodann mit befriedigendem Erfolg diese Beschwerden beim britischen Auswärtigen Amt vertreten. Für Italien ist Hoffnung vorhanden, daß die prisengerichtliche Aburteilung von Sendungen vermieden werden kann, die seit Kriegsausbruch auf den internierten und beschlagnahmten deutschen und österreichischen Schiffen liegen. Aus Deutschland ist uns nur eine Gruppe von Fällen bekannt, die durch Aufbringen des holländischen Dampfers „Batavier V“ nach Zeebrügge veranlaßt worden sind; die daselbst verfrachteten Güter sind durch Urteil des Prisengerichts in Hamburg sämtlich den schweizerischen Eigentümern zurückerstattet worden.

Eine in diesem Kriege neu auftretende Erscheinung sind die Handelsverbote, die seit August 1914 namentlich in den Ländern der Entente eine immer konsequentere Durchführung gefunden haben und die einerseits die Sequestrierung alles feindlichen Vermögens verfolgen, andererseits den gesamten Handelsverkehr mit feindlichen Staatsangehörigen unter Strafandrohung zu unterbinden bezwecken. Vorab in Frankreich war die Zahl der zu behandelnden Geschäfte groß. Besondere Schwierigkeiten bereitete die Sequestrierung von Filialen mehrerer in der Schweiz etablierter Häuser, sei es, daß ihr Kapital oder ihre Leitung ganz oder teilweise sich in den Händen deutscher Staatsangehöriger befand. In manchen Fällen ist es durch Vermittlung unserer Gesandtschaft in Paris gelungen, solche Maßnahmen, sofern sie auf ungenauen Informationen beruhten, rückgängig zu machen. Bei gemischtem Kapital ist den schweizerischen Interessenten jeweils neben dem Sequester ein Anteil an der Leitung des Geschäftes eingeräumt worden. In den wenigen Fällen, wo eine Aufhebung der Sequestrierung infolge der besonderen Lage der Verhältnisse nicht möglich war, wird die Aufmerksamkeit unserer Gesandtschaft darauf gerichtet bleiben, schädigende Maßnahmen des Sequesters zu verhindern. Neben diesen Sequestrierungen ganzer Vermögenskomplexe ist in Frankreich die Beschlagnahme einzelner von unserem Lande aus- oder eingehender Warensendungen nicht selten; Anlaß hierzu gibt entweder die Nationalität des Absenders oder Empfängers, oder Ursprung und Fabrikation der Ware. Sofern sich solche Angelegenheiten nicht durch Aufklärung des Tatbestandes seitens unserer Gesandtschaft erledigen lassen, erfolgt, wenn nötig unter Beiziehung von Experten, ein gerichtliches Verfahren, das über Freigabe oder endgültige Beschlagnahme der Sendung entscheidet; im allgemeinen ist zu sagen, daß

die Urteile unseren Interessen nach Möglichkeit Rechnung tragen. Auch in Großbritannien erwächst unserer Gesandtschaft die Aufgabe, die schweizerischen Interessenten bei der Erledigung der Formalitäten zu unterstützen, welche dieselben bei der Erhebung von Guthaben zu erfüllen haben, an deren Auszahlung infolge Zweifel über die Nationalität des Berechtigten besondere Bedingungen geknüpft sind. Wiederholt haben sich namentlich in den britischen Kolonien schweizerische Kaufleute veranlaßt gesehen, ein mit deutschen Bürgern unterhaltenes Gesellschaftsverhältnis zu lösen, und meist haben sie sodann, nach Ausscheiden des „feindlichen“ Kapitals, von den Behörden die Bewilligung zur Weiterführung des Geschäfts erhalten. Mehrfach ist es gelungen, die über einzelne schweizerische Häuser verhängte Sperre durch Klarlegung ihrer nationalen Struktur wegzuräumen. Analoge Wirkungen der Handelsverbote konnten bisher weder in Italien noch in Oesterreich beobachtet werden. Auch in Deutschland ist die Zahl der diesbezüglich zu behandelnden Geschäfte gering. Gleich wie in Frankreich, ist dem schweizerischen Teilhaber einer unter Sequester stehenden Firma die Mitwirkung bei der Geschäftsleitung zugesichert worden, und unsere Gesandtschaft in Berlin wird über die freie Betätigung dieses Rechts zu wachen haben; im übrigen sind einige Fälle zu erwähnen, wo die Einforderung von Guthaben und die Weiterbeförderung eines vor Kriegsausbruch versandten Transportes eine Abklärung der Gläubiger- und Eigentümerrechte erforderte. In Rußland hatte unsere Gesandtschaft wiederholt tätig zu werden, um die Sequestrierung schweizerischer Firmen zu verhüten, welchen die Verwendung feindlichen Kapitals zum Vorwurf gemacht wurde. Ebenso intervenierte sie zum Schutze der Interessen der schweizerischen Aktionäre einer bedeutenden dortigen Aktiengesellschaft, die unter dem Vorwande, daß ein Teil des Kapitals in deutschen Händen sei, von der Liquidation bedroht war.

**Requisitionen.** Obschon Requisitionen zu militärischen Zwecken in der Regel durch die Staatsverträge, die unser Land mit den meisten europäischen Staaten unterhält, in weitgehendem Maße wegbedungen werden, sind unsere Gesandtschaften doch häufig in die Lage gekommen, sich auch in dieser Richtung für den Schutz schweizerischer Interessen zu verwenden, um die laut der Haager Konvention über Gesetze und Gebräuche des Landkrieges zu gewährenden Entschädigungen geltend zu machen. Was Deutschland anbelangt, haben die Militärbehörden im okkupierten Kriegsgebiet, namentlich in Antwerpen, in größtem Umfang die dort lagernden Vorräte aller Art in Anspruch genommen. Für die Festsetzung der Entschädigungen ist in der Reichsentschädigungskommission in Berlin eine eigene Stelle geschaffen worden, die über die Anträge der Interessenten entscheidet, während die Intervention unserer Gesandtschaft in der Regel für die Behandlung der grundsätzlichen Fragen der Werthemessung reserviert bleibt. Die Requisition einzelner Gegenstände konnte durch Vermittlung der Gesandtschaft auf administrativem Wege erledigt werden. In Oesterreich sind Requisitionen selten und geben zu keinen Bemerkungen Anlaß. Mit Italien konnte zwar eine Einigung über

Auslegung des Art. 4 des Niederlassungsvertrages vom Jahre 1868 nicht erzielt werden, indem die Regierung nur den in Italien ansässigen Schweizern Requisitionsfreiheit zugesteht; in praxi haben wir jedoch stets von den zuständigen Instanzen ein weites Entgegenkommen erfahren. In Frankreich sind, außer den bei Kriegsausbruch von den Truppen zum täglichen Gebrauch vorgenommenen Requisitionen von Käse und Kohle, die nunmehr der Erledigung entgegensehen, mehrere bedeutendere Warentransporte und Lager von den Intendanturen beschlagnahmt worden. Die für Geltendmachung der Entschädigungen notwendigen Formalitäten machen in der Regel die Beziehung eines französischen Anwaltes ratsam. Aus England und Rußland sind uns Requisitionen nicht bekannt geworden.

**Postzensur.** Es ist ein natürliches Recht jedes Staates, in Kriegszeiten im Interesse seiner Sicherheit den internen Post- und Telegraphenverkehr, sowie denjenigen, der aus dem Auslande ins Inland kommt und umgekehrt, zu überwachen. Anders liegt die Sache im Weltverkehr.

Der Weltpostvertrag in seiner neuesten Redaktion vom 26. V. 06 (Art. 4) stellt, ohne Kriegsvorbehalt, den Grundsatz auf: „Die Transitfreiheit ist gewährleistet“. Das gleiche bestimmt das am gleichen Tage abgeschlossene Uebereinkommen betreffend den Austausch von Briefen und Schachteln mit Wertangabe (Art. 3) und der Vertrag betreffend die Auswechslung von Poststücken (Art. 2). Diese Fundamentalgrundsätze jedes internationalen Verkehrs sind zuletzt in der XI. Haager Konvention von 1907, Art. 1 und 2, ausdrücklich als in Kriegszeiten anwendbar und insbesondere alle Postsendungen der Neutralen und Kriegführenden als „unverletzlich“ erklärt worden.

Der Krieg hat auch auf diesem Gebiete eine Wandlung der Auffassungen mit sich gebracht.

In Verbindung mit ihren Handelsverboten hat bald nach Kriegsbeginn Frankreich, und später auch England, dem Grundsatz der Transitfreiheit zum großen Schaden der Neutralen, namentlich der Schweiz, Spaniens, Hollands, der nordischen Königreiche und der Vereinigten Staaten von Nordamerika, entgegengehandelt.

Auf unsere Proteste antwortete die französische Regierung, daß über die Schweiz eine lebhaftere Vermittlung von Korrespondenzen der Zentralmächte stattfinde, und es ist unbestreitbar, daß, zu Beginn des Krieges, die Neutralen sich ohne weiteres berechtigt glaubten, die Vermittlung von Korrespondenzen der Kriegführenden mit andern Neutralen zu besorgen. Heute ist der Vermittlungsverkehr so gut wie verschwunden, und es stehen die Folgen der von den fremden Zensurbehörden getroffenen Sperrmaßnahmen in keinem Verhältnisse zu dem mit diesen verfolgten Zwecke. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß die Brief- und Telegrammzensur sich, voraussichtlich ohne sich dessen bewußt zu sein, in den Dienst von Konkurrenzbestrebungen gestellt hat.

Unter den getroffenen Maßnahmen heben wir die vollkommene Sperrung des gesamten Post-, Telegramm- und Musterverkehrs der ostschweizerischen Stickereiindustrie mit Amerika hervor, die über die Winter- und Weihnachts-

saison durchgeführt wurde. Dem Verdachte, als ob die schweizerischen Stickereifirmen Zwischenhändler deutscher, namentlich Plauener Stickereien wären, kann entscheidend entgegengehalten werden, daß die Zollstatistik pro 1915 eine deutsche Stickereieinfuhr von nur 370 q gegenüber einer Gesamtausfuhr der Schweiz von 71,740 q aufweist. Darüberhin haben vereinzelte St. Galler Firmen, die Fabriken in Deutschland besaßen, diese geschlossen, um jedem Vorwande die Spitze abzuberechen. Seither macht sich eine Erleichterung des Verkehrs fühlbar.

Im Herbst 1915 wurden zahlreiche Sendungen von Werttiteln und Coupons, die nach den Vereinigten Staaten bestimmt waren, beschlagnahmt; deren Gesamtwert hatte Mitte November 8 Millionen Franken überschritten.

Infolge unserer Proteste und auf Grund einer getroffenen Vereinbarung mit der französischen Zensur wurden diejenigen Wertpapiere (Coupons) zur Weiterexpedition freigegeben, die seit dem 4. VIII. 14 ununterbrochen Eigentum desselben Angehörigen einer Ententemacht oder eines neutralen Staates waren, und diejenigen Titel und Coupons dem Absender zurückgegeben, bezüglich welcher die Erklärung abgegeben werden konnte, daß sie nicht aus einem von den Feinden der Entente besetzten Gebiete herrühren.

Bezüglich der Titel und Coupons, die seit dem 4. IV. 14 ihre Besitzer gewechselt hatten, ferner bezüglich Schecks, Wechsel, sowie Banknotensendungen stehen wir noch in Unterhandlung mit der französischen Regierung.

Gegenüber der englischen Regierung haben wir zu wiederholten Malen gegen die Beschlagnahme von Postsendungen auf neutralen Schiffen Protest erhoben; die Schiffe waren teilweise zum Zwecke der Durchführung der Zensur über die Postsachen in territoriale Gewässer geführt worden.

Am 12. IV. 16 hat die britische Regierung Gold, Silber, Papiergeld, alle Werttitel und Bankeffekten als „absolute Kriegskonterbande“ erklärt.

Wir sahen uns veranlaßt, auch hiergegen Protest einzulegen. Mehrere der beschlagnahmten Sendungen wurden freigegeben, andere dem Prisengerichtshofe überwiesen und damit der diplomatischen Intervention entzogen.

In zahllosen Fällen haben wir uns für die Freigabe von Korrespondenzen verwendet, die für Firmen bestimmt, oder von Firmen abgesandt werden, die, obwohl in neutralen Ländern domiziliert, mit Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit ihres Inhabers auf die „schwarze Liste“ gesetzt worden waren.

Am 21. März/16. April überreichten uns die Vertreter Englands und Frankreichs, als Antwort auf unsere prinzipiellen Reklamationen, ein Memorandum, in dem der Standpunkt der beiden Regierungen mit Bezug auf den neutralen Postverkehr auseinandergesetzt und unter Berufung auf Mißbräuche im Verkehr mit Postpaketen die Eingriffe in den Grundsatz der Transitfreiheit mit Bezug auf den Briefverkehr zu rechtfertigen versucht wurde. Wir haben diesem Memorandum gegenüber den Standpunkt der gewährleisteten Transitfreiheit festgehalten.

Im Verkehr mit Italien haben sich nur hie und da unbedeutende Störungen ergeben, namentlich ist seit der Errichtung eines besonderen Zensurbureaus in Mailand eine Erleichterung des Verkehrs bemerkbar.

In Deutschland wurden nur zweimal, im Juni 1915 und im Februar 1916, Transitpostsäcke geöffnet; sie wurden ungesäumt freigegeben. Wir erhoben in beiden Fällen Protest. Auf die erste Reklamation antwortete die Kaiserliche Regierung, sie behalte sich das Recht vor, neutrale Postsendungen aus militärischen Rücksichten zu prüfen und, falls sie gegen die Gesetze oder die militärische Sicherheit verstoßen, mit Beschlagnahme zu belegen. Die Antwort auf die zweite Reklamation steht noch aus.

Telegraphenzensur. Im Interesse der Sicherheit des Landes verfügte der Bundesrat am 24. VIII. 14. es dürfen nur Telegramme in einer unserer Landessprachen oder in englischer Sprache zur Beförderung gelangen. Der Chifferverkehr wurde auf die eigenen Staats- und Militärtelegramme und diejenigen der fremden Gesandtschaften mit ihren Regierungen und Konsulaten in der Schweiz beschränkt. Unsere Nachbarstaaten erließen teils ähnliche, teils noch schärfere Bestimmungen. Im allgemeinen lassen sie keine Telegramme mit abgekürzten Adressen, Codes oder Zifferngruppen durch. Während anfänglich für angehaltene Telegramme keine Taxvergütung erfolgte, gewähren nun England und Frankreich solche, nicht aber Rußland.

Seit Kriegsbeginn ist der internationale Telegraphenverkehr schweren Störungen unterworfen. Zahllose Uebersetelegramme werden, und zwar ohne Anzeige an die Absender oder Empfänger, angehalten. Die Maßnahmen sind unserem internationalen Handels- und Zahlungsverkehr sehr nachteilig. Da Art. 7 und 8 des Welttelegraphenvertrages vom 10./22. VII. 1875 jedem Staate das Recht einräumen, die Beförderung jeder Privatdepesche zu verhindern, welche für die Sicherheit des Staates gefährlich erscheint, und im allgemeinen den internationalen Telegraphendienst, sei es überhaupt oder nur auf gewissen Linien und für gewisse Arten von Korrespondenzen, auf unbestimmte Zeit einzustellen, so fehlt eine rechtliche Handhabe für Reklamationen; immerhin haben wir uns in zahlreichen Fällen bemüht, bei der französischen und englischen Regierung Erleichterungen zu erwirken.

Im Telegraphenverkehr mit und durch Deutschland sind keine, in demjenigen mit und durch Oesterreich-Ungarn und Italien nur gelegentliche Störungen zu verzeichnen.

## II.

Ende Oktober 1914 haben wir uns mit der deutschen und französischen Regierung in Verbindung gesetzt, um den Austausch der beiderseitigen, schwerverwundeten Gefangenen durch Vermittlung der Schweiz in die Wege zu leiten. Dabei war der leitende Gedanke der, daß von deutscher und französischer Seite diejenigen gefangenen Offiziere und Mannschaften ausgetauscht werden sollten, die nach ärztlichem Zeugnisse dauernd dienstunfähig sind, d. h. während des gegenwärtigen Krieges für militärische Verwendung nicht mehr in Frage kommen. Die Anregung wurde sympathisch aufgenommen, doch begegnete die Regelung der damit verbundenen Einzelfragen nicht unerheblichen Schwierigkeiten und Bedenken. Wir haben es daher dankbar begrüßt, daß durch die Intervention des Heiligen Stuhls, der sich mit einer analogen Anregung zu

Beginn des Jahres 1915 an verschiedene Staatsoberhäupter gewandt hatte, ~~den~~ Anstrengungen für die Lösung der humanen Aufgabe ein mächtiger Impuls gegeben wurde. Am 11. I. 15 wiesen wir unsere Vertreter in Paris und Berlin an, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, für den Fall des definitiven Zustandekommens einer Verständigung über die Rückbeförderung der dauernd für militärische Zwecke unverwendbaren Militärpersonen zum Zwecke der Durchführung dieser Rückbeförderung das Schweizerische Rote Kreuz und die Sanitätszüge der Armee zur Verfügung zu stellen. Ende Februar war eine Einigung über die Austauschbedingungen erzielt, und am 2. III. 15 konnte mit den Transporten begonnen werden. Bis Ende März laufenden Jahres sind in 50 Zügen 8166 französische und 2201 deutsche Schwerverwundete durch die Schweiz transportiert worden.

Am 21. XI. 15 haben wir unsere Vertreter in Rom und Wien angewiesen, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, die guten Dienste der Schweiz, insonderheit des schweizerischen Roten Kreuzes, für einen entsprechenden Austausch schwerverwundeter Gefangener anzubieten. Unsere Anregung ist sehr freundlich aufgenommen worden und die beiden Regierungen haben sich auf die gleichen Bedingungen geeinigt, die für den Austausch zwischen deutschen und französischen Schwerverwundeten maßgebend sind. Mit dem Austausche wird voraussichtlich in der nächsten Zeit begonnen werden können.

Sobald eine Einigung über die Bedingungen des Austausches der Schwerverwundeten zwischen der französischen und deutschen Regierung erzielt worden war, hatten wir unsere Aufmerksamkeit der weitem Frage zugewandt, ob nicht eine andere Kategorie von invaliden Kriegsgefangenen, deren Invaliditätsgrad nur die Verwendbarkeit zum Felddienste, nicht aber deren Betätigung im Garnisons- oder Bureaudienst ausschließt, in der Schweiz interniert werden könnten. In den ersten Tagen des Monats März 1915 hat das Politische Departement die Erörterung dieser Frage mit den Vertretern der beiden Regierungen aufgenommen und dabei in erster Linie die Internierung der Tuberkulose-Kranken ins Auge gefaßt. Für die Durchführung der Internierung wurde dabei ein Verfahren in Vorschlag gebracht, wonach unter Umgangsnahme von ehrenwörtlichen Verpflichtungen der Internierten die Regierungen sich gegenüber der Schweiz verpflichten würden, internierte Gefangene, die die Flucht ergreifen sollten, wieder in die Schweiz zurückzubefördern und in keinem Falle in der Armee oder für andere militärische Zwecke zu verwenden.

Während der Verhandlungen über dieses Projekt wurde uns, am 1. V. 15, durch einen Spezialgesandten des Heiligen Stuhls ein erweitertes Projekt unterbreitet, zufolge welchem nicht nur Lungenkranke und Invalide im engern Sinne, sondern alle Arten von Kranken und Verwundeten, mit Ausnahme der mit ansteckenden Krankheiten Behafteten, in unserem Lande interniert würden, und zwar sowohl Soldaten als Offiziere und Unteroffiziere. Wir haben sofort erklärt, daß wir die überaus wertvolle Mithilfe des Heiligen Stuhls zu schätzen wissen, und daß wir mit Freuden bereit seien, gemeinsam an der



Realisierung des von ihm erweiterten Internierungsprojektes zu arbeiten. Der Heilige Stuhl hat in der Folge durch die Abordnung eines offiziellen Vertreters, Monseigneur *Francesco Marchetti*, sein großes Interesse an der humanitären Aufgabe bewiesen, und wir haben in gemeinsamer Arbeit die nicht unerheblichen Schwierigkeiten, die ihrer Lösung entgegenstanden, zu beheben uns bemüht. Zu Beginn des laufenden Jahres war das Einverständnis der beteiligten Regierungen erzielt. Es sind eine große Anzahl Kategorien von Krankheiten, Gebrechen und Folgezuständen von Verwundungen aufgestellt, welche für die Internierung in Betracht fallen. Ausgeschlossen sind alle schweren Nerven- und Geisteskrankheiten, die eine Anstaltsbehandlung notwendig machen, chronischer Alkoholismus, sowie übertragbare Krankheiten aller Art im Stadium der Uebertragbarkeit. Alle Gefangenen, die in eine der aufgestellten Kategorien gehören, sollen interniert werden, ohne Rücksicht auf das zahlenmäßige Verhältnis der zu Internierenden der beiden Staaten. Die Auslese erfolgte zunächst durch die sanitärischen Organe in den Gefangenenlagern; einer Reihe von schweizerischen Aerztekommisionen wurde die Aufgabe übertragen, in den Gefangenenlagern und Kriegslazaretten Deutschlands und Frankreichs unter den Kranken und Verwundeten eine Nachlese für die Hospitalisierung vorzunehmen.

Die Durchführung der Internierung ist dem Armeearzt und der Sanitätsabteilung des Armeestabes übertragen; der Armeearzt ist direkt dem Politischen Departement verantwortlich. Er bezeichnet eine Anzahl Regionen; an der Spitze jeder Region steht ein dirigierender Sanitätsoffizier.

Der Transport der Internierten vollzieht sich unter Leitung des Chefarztes vom schweizerischen Roten Kreuz.

Die Seelsorge für Protestanten und Katholiken wurde der schweizerischen Feldpredigersgesellschaft übertragen; die jüdische Seelsorge vermittelt die Gesellschaft vom „Roten Mogen David“. Eine ganze Reihe von privaten Hilfsstellen sorgt für das leibliche und geistige Wohl der Internierten, insbesondere auch für geeignete Beschäftigung und Fortbildung.

Zwischen der deutschen und französischen Regierung ist ein Einverständnis auch darüber erzielt worden, daß diejenigen Zivilinternierten (zurzeit handelt es sich nur noch um Männer zwischen dem 18. und 55. Jahre), welche in eine der aufgestellten Kategorien von Krankheiten und Gebrechen fallen, in gleicher Weise wie die Kriegsgefangenen interniert werden können.

Auf Grund der zwischen der französischen und deutschen Regierung erzielten Verständigung haben wir uns auch der belgischen, britischen, österreichisch-ungarischen und italienischen Regierung für die Internierung ihrer Kriegsgefangenen zur Verfügung gestellt.

Durch das in unserem Berichte vom 1. XII. 14 erwähnte Bureau für Heimschaffung Zivilinternierter, das am 24. X. 14 seine segensreiche Tätigkeit begonnen und sie bis zum 5. III. 15 fortgesetzt hat, sind in dieser Zeit über 20 000, bei Ausbruch des Krieges in Feindesland zurückgehaltene bürgerliche Personen in ihr Heimatland zurückbefördert worden. Das Heimschaffungswerk

hatte in der letzten Zeit seinen Charakter insoweit etwas verändert, als Deutschland eine andere Kategorie von französischen Staatsangehörigen in die Schweiz abzuschieben begonnen hatte, die sogenannten Evakuierten, d. h. Landesangehörige der von der deutschen Armee besetzten Teile Frankreichs, die wegen Gefährdung in der Feuerzone, wegen Obdachlosigkeit in den durch den Krieg zerstörten Städten und Dörfern, wegen gänzlicher Mittellosigkeit und wegen der sich steigernden Schwierigkeit ihrer Verproviantierung aus ihrer Heimat weggeführt und in rückwärts gelegenen Konzentrationslagern angesammelt oder auch direkt abtransportiert wurden.

Wir haben uns bereit erklärt, auch für diese Kategorien den Durchtransport durch unser Land zu bewerkstelligen. Mit Rücksicht auf unsere militärische und sanitäre Lage und in der völligen Ungewißheit über den Umfang, den die Evakuiertentransporte annehmen werden, haben wir sie militärisch organisiert und dem Territorialdienst zur Durchführung übertragen. Zugleich wurde dem veränderten Charakter dieser Transporte dadurch Rechnung getragen, daß nicht nur die Transport-, sondern auch die Verpflegungskosten dem Heimatstaat überbunden wurden.

In kürzester Zeit ergab es sich indessen, daß ohne die freiwillige Hilfstätigkeit, die während der Zivilinterniertentransporte in den Etappenorten organisiert worden war und auf deren Schultern das Hilfswerk zum großen Teil geruht hatte, nicht auszukommen war. Wir haben daher neuerdings an diese Liebestätigkeit appelliert, da die Evakuierten zum größten Teil in überaus hilfsbedürftigem Zustande in der Schweiz anlangten.

Die Internierten- und Evakuiertentransporte sind nun zu einem vorläufigen Abschlusse gelangt. Im ganzen sind vom 24. X. 14 bis 31. III. 16 111 439 Personen durch die Schweiz transportiert worden, von denen 97 753 Franzosen, 10 581 Deutsche und 3105 Oesterreicher und Ungarn waren.

Außer den Zivilinternierten und Evakuierten beschäftigte uns auch der Rücktransport des Sanitätspersonals, das entgegen den Grundsätzen der Genfer Konvention von den kriegführenden Staaten zurückbehalten worden war und erst auf Grund der andauernden und energischen Verwendung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz freigegeben wurde. Die Transporte umfaßten über 1556 deutsche und über 5102 französische und belgische Aerzte und Sanitätsmannschaften.

Im Dezember 1914 wurden dem Bundesrate aus 738 Gemeinden der von den deutschen Armeen okkupierten französischen Gebiete Petitionen eingereicht, es möchte die Verproviantierung der in diesen Gemeinden wohnenden Bevölkerung durch Vermittlung der Schweiz anhand genommen werden. Wir haben diesen Gedanken sofort mit großer Sympathie aufgegriffen. Die diplomatischen Verhandlungen, die mit der französischen und deutschen Regierung geführt werden mußten, hatten zu einem vorläufigen Resultat auf folgender Grundlage geführt. In Frankreich hätte sich ein Komitee zu bilden, das die finanziellen Mittel für die Verproviantierung der okkupierten Gegend beschafft, die Lebensmittel ankauft und sie vom französischen Seehafen ab-

spediert. In der Schweiz wäre ein unter der Aufsicht des Politischen Departements stehendes Komitee zu bilden, das die Lebensmittel zu übernehmen, sie in die okkupierten Departemente zu befördern, unter die notleidende Bevölkerung zu verteilen und die Verwendung zu überwachen hätte. Dem Komitee wären eine Anzahl schweizerischer Offiziere beizugeben, die die Transporte zu begleiten, die Verteilung zu besorgen und die Kontrolle auszuüben hätten. Die deutsche Regierung verpflichtete sich gegenüber dem Bundesrate, die eingeführten Lebensmittel weder zu requirieren, noch mit Beschlagnahme zu belegen, sondern ausschließlich für die Bedürfnisse der einheimischen Zivilbevölkerung zu verwenden. Dieses Projekt hatte die grundsätzliche Gutheißung der deutschen und französischen Regierung erhalten, und wir hatten bereits zwei schweizerische Offiziere behufs Vornahme einer Rekognoszierung für die Durchführung der Verproviantierung in die besetzten Departemente gesandt. In der Folge begegnete die Durchführung des Projektes bei einer der beteiligten Regierungen unverhofften Schwierigkeiten, und die Lösung der Aufgabe einer Verproviantierung der Zivilbevölkerung der besetzten Departemente wurde alsdann in Verbindung mit der bereits im Gange befindlichen Verproviantierung der Zivilbevölkerung in Belgien dem hispano-amerikanischen Komitee übertragen.

Da die Bevölkerung des Großherzogtums Luxemburg im Frühling 1915 unter dem drückenden Mangel an Mehl litt, haben wir ihr über die Zeit bis zur neuen Ernte mit Mehlsendungen auszuhelfen uns bemüht. Die Transporte wurden im Einverständnis mit der französischen Regierung in vierzehntägigen Abständen nach Luxemburg geleitet; sie waren von einem schweizerischen Offizier begleitet, der in Luxemburg die Kontrolle zu übernehmen hatte. Die deutsche Regierung hatte die Zustimmung erklärt, daß das vom Oberkriegskommissariat zu liefernde Mehl durch Deutschland nach Luxemburg geführt und der dortigen Regierung übergeben werde und die Gewähr übernommen, daß dieses Mehl von jeder Beschlagnahme frei bleibe.

In ähnlicher Weise haben wir unsern Nachbarn, dem neutralen Fürstentum Liechtenstein durch Lieferung von Cerealien, die ausschließlich der dortigen Zivilbevölkerung zugänglich gemacht wurden, überschwierige Verproviantierungsverhältnisse hinweggeholfen.

Zum Schlusse erwähnen wir noch der umfangreichen, die verschiedensten Aufgaben umfassenden Tätigkeit in Verbindung mit den so überaus verdienstlichen Bestrebungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und einer ganzen Reihe von gemeinnützigen Organisationen auf dem Gebiete der Gefangenenfürsorge.

Immer neue Aufgaben der Hilfsbereitschaft für die Opfer des Krieges treten an uns heran; wir widmen ihrer Lösung unsere ungeteilte Aufmerksamkeit, weil wir es als Vorrecht und Pflicht eines neutralen, vom Kriege verschonten Landes betrachten, nach Möglichkeit helfend und lindernd einzugreifen und den Glauben an die siegende Kraft des Humanitätsgedankens wachzuhalten.

## III.

Auf dem Gebiete der in den Kompetenzkreis des Politischen Departements fallenden wirtschaftlichen Fragen beanspruchen in der Berichtsperiode das größte Interesse die Ausfuhrverbote, die Gründung der Société Suisse de Surveillance économique und die Einrichtung der deutschen Treuhandstelle.

Die von uns verfükten Ausfuhrverbote haben allmählich den größten Teil der für unser wirtschaftliches Leben in Betracht fallenden Warengattungen umfaßt. Bei deren Erlaß haben wir uns in erster Linie vom Gesichtspunkt des internen Landesbedarfs leiten lassen. Dabei kam nicht nur die Ermöglichung des ausreichenden Bezuges von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fabrikaten aller Art für die Bedürfnisse der Industrie, der Landwirtschaft und der Lebensmittelversorgung in Betracht, sondern vor allem auch die Garantie erträglicher Bezugsbedingungen. Je größer die Spannung in den Preisen der verschiedenen Warengattungen im Inland und in den benachbarten Exportländern, je größer also der Ansporn zur Ausfuhr in sie, desto zwingender war eine Handhabung der Ausfuhrbewilligungsgrundsätze in der Richtung einer angemessenen Versorgung der eigenen Landesbedürfnisse. Wir haben die Lösung in einer Reihe von Fällen darin gesucht, daß auf dem Wege einer unter Mitwirkung des Departements zustande gebrachten Verständigung ein Teil der zur Verfügung stehenden Produkte für den einheimischen Bedarf zu Vorzugsbedingungen reserviert wurde, während für den Rest Ausfuhrbewilligungen erteilt werden. Die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen zugunsten des inländischen Bedarfs wird durch eine besonders eingerichtete Kontrolle überwacht. In zweiter Linie beruht der Erlaß der Ausfuhrverbote auf der Notwendigkeit, die Kontrolle über die Einhaltung der Verpflichtungen für ausschließlich internen Konsum zu ermöglichen, welche die hierseitigen Warenbezüger gegenüber dem Auslande haben eingehen müssen. Und endlich soll durch die Ausfuhrverbote die Möglichkeit geschaffen werden, auf dem Wege des Austausches sich von den durch Ausfuhrverbote abgeschlossenen Ländern dasjenige zu verschaffen, was wir im eigenen Lande dringend notwendig haben.

Es ist insbesondere diese Seite der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, welche vielfach mißverstanden wird und seit Beginn der ausnahmsweisen wirtschaftlichen Verhältnisse einem völlig unbegründeten Mißtrauen und großer Verständnislosigkeit begegnet ist. Der sogenannte Kompensationsverkehr ist eine Zwangsfolge unserer wirtschaftlichen Abhängigkeit von beiden Mächtegruppen, die nicht nur den Krieg in Waffen, sondern daneben einen erbitterten wirtschaftlichen Krieg unter sich führen. Er ist eine Lebensfrage für eine ganze Reihe von schweizerischen Industrien, nicht minder aber auch für unsere Landwirtschaft, wie an anderer Stelle erörtert werden wird. Er ist denn auch durch Verständigung mit den Regierungen in gewissen Grenzen anerkannt und steht daher auf durchaus legitimem Boden.

Wir verkennen durchaus nicht, daß gerade dieser Kompensationsverkehr, der sich übrigens keineswegs nur einseitig mit den Zentralmächten abspielt und der ganze, auf der Handhabung der relativen Ausfuhrverbote beruhende

Wirtschaftsverkehr auch seine großen Schattenseiten hat und daß er ein Spekulantentum gezüchtet hat, dessen wir uns mit Mühe erwehren. Diese Abwehr betreiben wir dadurch, daß wir den Kompensationsverkehr nach Möglichkeit auf die offiziellen Stellen für den Wareneinkauf konzentrieren, vor allem aber dadurch, daß wir gegen die Preissteigerungen vorgehen, die eine Folge des Aufkaufs und der Vorenthaltung gegenüber dem Konsum sind. Diesem Zweck soll der modifizierte Art. 1 der Verordnung vom 10. VIII. 14 betreffend die Verteuerung von Nahrungsmitteln und unentbehrlichen Bedarfsgegenständen laut Bundesratsbeschluß vom 18. IV. 16 dienen. Wenn wir überall in den Kantonen auf richtiges Verständnis der wirtschaftlichen Lage und ihrer schädlichen Auswüchse hätten zählen können, so wäre gewiß Art. 1 dieser seit 20 Monaten in Kraft gestandenen Verordnung in seiner ursprünglichen Form ausreichend gewesen, um auf Grund desselben dem Spekulantentum entgegenzutreten. Wir hoffen gerne, daß sich die neue Fassung als eine wirksamere Waffe in der Hand der Kantone erweisen werde.

Dem gleichen Zwecke dient der Bundesratsbeschluß betreffend die Bestandsaufnahme und die Beschlagnahme von Waren vom 11. IV. 16, durch welchen dem Politischen Departement und dem Volkswirtschaftsdepartement, je für die in ihren Geschäftskreis fallenden Warenkategorien, das Recht eingeräumt wird, im öffentlichen Interesse die in der Schweiz vorhandenen Mengen und den Verwahrungsort bestimmter Waren festzustellen, sie, wenn nötig, zu beschlagnahmen und gegebenenfalls zu enteignen, d. h. zuhanden des Bundes zu erwerben.

Auf Grund einer so verfügten Beschlagnahme haben wir mit Beschluß vom 14. IV. 16 den Handel mit wollenen und halbwollenen Lumpen und Abfällen unter die Aufsicht eines von der Handelsabteilung des Politischen Departements gewählten Vertreters gestellt. Diese Rohproduktenkontrolle sorgt für den Inlandsbedarf (Papierindustrie, Kunstwollefabrikation); alle Verkäufe und Lieferungen sind an deren Zustimmung gebunden. Von der Handelsabteilung werden Höchstpreise festgesetzt.

Die Schaffung der Société Suisse de Surveillance économique (S. S. S.) ist nur verständlich im Lichte der ganz außerordentlichen Verhältnisse, welche der europäische Krieg geschaffen hat. Nach dem geltenden Völkerrecht ist der Binnenhandel zwischen den Neutralen und den kriegführenden Mächten keinen Beschränkungen unterworfen. Der Neutrale ist nicht einmal gehalten, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, Munition und allem, was für einen Kriegführenden nützlich sein kann, zu hindern. Was die Zufuhren von Waren über Meer betrifft, so rechtfertigt die bloße Tatsache, daß ein neutrales Schiff relative Konterbande aus einem neutralen Lande mit der Bestimmung für ein anderes neutrales Land führt, nicht die Beschlagnahme dieser Ware. Was endlich den freien Transit vom Meerhafen nach dem neutralen Binnenlande betrifft, so ist er durch die Handelsverträge gewährleistet.

Auf diesen rechtlichen Boden hat sich der Bundesrat denn auch von Anbeginn gestellt. Aber er konnte auf der andern Seite seine Augen vor

der Tatsache nicht verschließen, daß im Laufe der kriegerischen Ereignisse durch Maßnahmen und Gegenmaßnahmen der Kriegführenden eine mit diesen Rechtsgrundsätzen in völligem Widerspruch stehender tatsächlicher Zustand geschaffen worden war, dem durch Protestationen und Rechtsverwahrungen allein nicht beizukommen war, mit dem man sich vielmehr auf möglichst praktische Weise auseinanderzusetzen hatte.

Diese Lage rief einem Kompromiß zwischen dem schweizerischen Interesse auf möglichst freie Betätigung der eigenen Industrie, auf freie Verwendung der eigenen Erzeugnisse und daneben auf Dispositionsstellung einer beschränkten Zahl importierter Waren zu Kompensationszwecken und dem Interesse der verbündeten Regierungen auf möglichste Abschließung gegenüber den Zentralmächten. Die Lösung war nur möglich auf dem Boden eines billigen gegenseitigen Entgegenkommens. Wir verweisen bezüglich der Organisation des Geschäftskreises und des Geschäftsganges der S. S. S. auf die Statuten, die Ausführungsbestimmungen und die als Vorlage für die einzelnen Syndikate bildenden Statuten des Metallsyndikats.

Die Tätigkeit der S. S. S., die wir als diejenige einer unabhängigen privaten Organisation nicht zu beurteilen haben, hat eine lebhaft Kritik veranlaßt, und es läßt sich ja nicht leugnen, daß die bisherigen Ergebnisse vielfach enttäuscht haben. Es sind denn auch nicht bloß schweizerische Interessenten, sondern ebensosehr die beteiligten Handelskreise des Auslandes, welche nach einer Verbesserung der ganzen Organisation rufen. In erster Linie hat es sich ergeben, daß für die Bewegungsfreiheit der Konsumenten und des kleinen Handels nicht gesorgt war, und daß der von ihnen in Bewegung zu setzende Apparat in einem argen Mißverhältnisse mit deren Bedürfnissen stand. Eine wesentliche Besserung ist durch die Ermöglichung des direkten Postpaketverkehrs, unter Beseitigung der Pflicht zur Einholung einer Einfuhrbewilligung der S. S. S., geschaffen worden. Immerhin bleibt noch manches im Interesse des kleinen Handels zu tun, der durch die mit der Mitgliedschaft in den großen Syndikaten verbundenen finanziellen Leistungen in Verbindung mit den bei Bestellung der Ware zu leistenden gewaltigen Kautionen unverhältnismäßig belastet wird. Der Bundesrat hat denn auch bei Gutheißung der auf die Gründung der S. S. S. bezüglichen Vorlagen einen Vorbehalt im Sinne einer billigeren spätern Berücksichtigung der mittleren und kleinen Geschäftsleute gemacht. Sodann muß auf möglichste Vereinfachung des überaus komplizierten Apparates hingearbeitet werden, sowohl durch Reduktion der nur durch Vermittlung der S. S. S. zu beziehenden Waren-gattungen als durch Verringerung der Zahl der kontingentierten Artikel, sofern es nicht gelingen wird, von einer Kontingentierung überhaupt abzusehen.

Billigerweise wird man indessen nicht nur die Organisation der S. S. S., noch viel weniger die durchaus anerkennenswerte Betätigung ihrer Organe für die Enttäuschungen verantwortlich machen, die die bisherige Versorgung mit Rohstoffen einer ganzen Reihe von schweizerischen Industrien bereitet hat. Ein Teil der Verantwortung fällt zweifellos auf die immer schwieriger

sich gestaltenden Transportverhältnisse über See sowohl, als namentlich im Transit ab Seehafen. In Verbindung mit den Organen der schweizerischen Bundesbahnen wird das Mögliche getan, um dieser Schwierigkeiten wenigstens einigermaßen Herr zu werden.

Die unleugbare Tatsache unserer wirtschaftlichen Abhängigkeit auch von den Zentralmächten erforderte neben den Verhandlungen betreffend die Regelung der Einfuhrverhältnisse mit den verbündeten Regierungen durch Gründung der S. S. S. gleichzeitiges Verhandeln mit den Regierungen der Zentralmächte. Diese haben zu der Institution einer sogenannten Treuhandstelle geführt. Auch die Zentralmächte haben, wie die verbündeten Regierungen, Garantien dafür verlangt, daß die mit Ausfuhrverbot belegten Waren, die sie in die Schweiz gelangen lassen, ausschließlich in unserm Lande konsumiert oder verwendet werden; auch sie begnügen sich, wie die andern, nicht mit den vom Bundesrat erlassenen Ausfuhrverboten und allfälligen Erklärungen über deren Handhabung, sondern verlangen eine Kontrolle über den bestimmungsgemäßen Konsum der Waren in der Schweiz. In den Verhandlungen mit der deutschen Regierung war zunächst der Gedanke vertreten worden, als diese Kontrollinstanz die gleiche Société Suisse de surveillance économique zu verwenden, die für die Kontrolle zugunsten der Entente-Staaten im Begriffe war, geschaffen zu werden. Aus praktischen Gründen ist dann davon abgesehen worden, und es wurde die Kontrolle einer Treuhandstelle überbunden. Dieser werden die Ausfuhrbewilligungsscheine von den deutschen Amtsstellen übergeben, und sie händigt sie an die Warenbezüger aus, wenn sie auf Grund ihrer Ermittlungen dafür hält, es liege Gewähr dafür vor, daß die an die Ausfuhrbewilligung geknüpften Bedingungen erfüllt werden. Das Treuhandbureau ist berechtigt, für die richtige Erfüllung dieser Verpflichtungen eine Bankgarantie zu verlangen; es ordnet gegebenenfalls Sachverständige ab, welche anhand der Bücher und auf Grund einer Besichtigung der Lager und Betriebsstätten sich darüber Rechenschaft zu geben haben, ob und inwieweit die einzuführende Ware eine den in der Ausfuhrbewilligung festgesetzten Bedingungen entsprechende Verwendung finde.

Als Treuhandstelle für das Sanitätsmaterial (Arzneimittel, ärztliche Instrumente, Verbandstoffe etc.) ist das schweizerische Gesundheitsamt bezeichnet worden. Für die übrigen Waren funktioniert als Treuhandstelle Herr Ständerat Dr. *Usteri* in Zürich. Als Sachverständige verwendet er schweizerische Offiziere, welche in ihrer bürgerlichen Stellung in den einzelnen in Betracht kommenden Warenkategorien besondere Fachkenntnisse besitzen.

\* \* \*

Bestimmte Erfahrungen haben uns von der Notwendigkeit überzeugt, eine Bundesnorm über den Gebrauch falscher Ursprungszeugnisse zu schaffen. Es handelt sich dabei sowohl um den Tatbestand der Versendung einer gewissen Warengattung mit Ursprungszeugnissen, welche eine andere Warengattung betreffen, als um denjenigen, wo falsche Angaben über die Herkunft der zu dem Ursprungszeugnis gehörenden Ware gemacht werden. Die Er-

fahrung hat gezeigt, daß die kantonalen Betrugs- und Fälschungsbegriffe und ihre Handhabung durch die Praxis zum Teil versagen. Ein strafrechtlicher Schutz ist nun aber um so notwendiger, als gegenwärtig die Ursprungszeugnisse im internationalen Handelsverkehr eine gewaltige Rolle spielen und wir den legitimen Handel nur dann vor schweren Schädigungen, Verzögerungen und behördlichen Interventionen schützen können, wenn wir im Auslande ein vorbehaltloses Zutrauen in die Zuverlässigkeit unserer Ursprungszeugnisse zu schaffen vermögen. Zur Bekämpfung des Mißbrauchs mit Ursprungszeugnissen ist der Bundesratsbeschluß vom 21. III. 16 betreffend falsche Ursprungszeugnisse erlassen worden.

Im gleichen Gedankengange sind unsere Bemühungen zu erwähnen, im Einverständnis mit den kantonalen Regierungen die Ausstellung der Ursprungszeugnisse nach Möglichkeit in die ausschließliche Zuständigkeit der Handelskammern zu legen.

---

Anmerkung: Die in das wirtschaftliche Gebiet fallenden, in den schweizerischen Neutralitätsberichten behandelten Fragen sind im Folgenden fortgelassen. Die wichtigsten finden sich in den Neutralitätsberichten:

Nr. IV, S. 7—14; Nr. V, S. 1—7; Nr. VI, S. 1—10; Nr. VII, S. 1—8; Nr. VIII, S. 36—52; Nr. IX, S. 32—37; Nr. X, S. 45—56; Nr. XI, S. 57—71.

Herausgeber.

**Nr. 1826. Abschnitt aus dem 4. Neutralitätsbericht der Schweiz vom 9. September 1916.** (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Maßnahmen.)

Bern, 9. September 1916.

Im Anschluß an unseren III. Bericht vom 15. V. 16 beehren wir uns, Ihnen hiernach über die seither und bis 1. IX. 16 von uns auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. VIII. 14 getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten.

#### A. Politisches Departement.

##### I.

Bei Anlaß der Kriegserklärung Italiens gegenüber Deutschland und dem Eintritt Rumäniens in den Krieg haben wir unsere früher abgegebene Neutralitätserklärung bestätigt.

Was die Respektierung der Neutralität durch die Kriegführenden betrifft, so haben seit dem letzten Berichte sechs ausländische Flugzeuge unsern Luftraum durchflogen, der Nationalität nach zwei französische, drei italienische und ein deutsches. Die Insassen eines der italienischen Flugzeuge, das in Sils Maria niederging, sind für die Dauer des Krieges interniert worden.

In allen Fällen ist Beschwerde erhoben und von den beteiligten Regierungen Genugtuung geboten worden.



Ein auf dem schweizerischen Teil des Bodensees verhafteter deutscher Deserteur ist auf Grund der von uns eingereichten Beschwerde von der deutschen Regierung nach der Schweiz zurückgesandt worden.

Die Erledigung unserer, bei der österreichischen Regierung erhobenen Einsprache wegen Verhaftung eines österreichischen Deserteurs auf einer der Rheinbrücken, wobei es streitig ist, ob diese auf der schweizerischen oder der österreichischen Brückenhälfte erfolgte, steht noch aus.

\* \* \*

**Grenzverkehr.** Aus militärischen Gründen verschärfen unsere Nachbarstaaten die Grenzkontrolle der Reisenden immer mehr.

Ab 1. IX. hat Deutschland auch für den sogenannten kleinen Grenzverkehr, für welchen bisher Passierscheine genügten, den Paßzwang eingeführt. Wir bemühen uns um Aufhebung dieser Maßnahme, wie wir auch mit Italien in Unterhandlung stehen, um den Grenzverkehr der schweizerischen Zoll-, Post- und Bahnbeamten zu erleichtern.

Auch die Paßvorschriften werden, da eine allgemeine Tendenz besteht, das Reisen möglichst einzuschränken, von allen Staaten teils verschärft, teils durch die geübte Praxis nicht unerheblich erschwert.

Die Handhabung der Vorschriften gibt fortwährend zu Beschwerden und Einsprachen seitens unserer Gesandtschaften Veranlassung.

\* \* \*

**Post- und Telegraphenzensur.** Seit unserem letzten Berichte machten sich im allgemeinen Verkehr keine Erleichterungen bemerkbar.

Am 4. VI. überreichten wir den Vertretern Frankreichs und Großbritanniens als Antwort auf das „Memorandum“ vom 21. III./16. IV. eine eingehende Rechtsverwahrung gegen die Unterbindung und Störung des schweizerischen Postverkehrs mit dem neutralen Auslande.

Im allgemeinen dauern die Störungen unseres Postverkehrs mit Spanien und den überseeischen Ländern unverändert an.

Die im vorigen Bericht als schwebend erwähnten Unterhandlungen mit Frankreich führten zur Vereinbarung eines neuen Eigentumserklärung-Formulars, gestützt auf welches auch Werttitel und Coupons, die seit dem 4. VIII. 14 ihre neutralen Besitzer gewechselt haben, freigegeben werden. Diese neue Formel steht seit dem 11. V. in Anwendung.

Ein italienisches Dekret vom 30. IV. 16 über den Werttitelverkehr veranlaßte uns, in Rom Verhandlungen zu eröffnen, welche zur Vereinbarung einer Eigentumserklärung führten, die den Werttitelsendungen aus der Schweiz beizulegen ist. Diese Formel steht seit dem 29. VI. in Verwendung und stellt die Bedingung, daß die betreffenden Wertpapiere seit dem 24. V. 15 nicht im Besitz von Feinden Italiens oder seiner Verbündeten waren.

\* \* \*

**Verhaftungen und Verurteilungen, Internierungen und Ausweisungen.** Die Verhaftungen von schweizerischen Staatsangehörigen

wegen Verdachtes der Spionage oder wegen unvorsichtiger Äußerungen dauerten auch in den letzten Monaten an. In allen uns bekannten Fällen haben wir durch unsere Gesandtschaften und Konsulate möglichst einläßliche Erhebungen machen lassen, auf die gestützt wir, sei es für eine Freilassung, sei es für Haftentlassung gegen Kautio, sei es wenigstens für beförderliche Abwicklung des Falles, intervenierten.

In einem Falle, in dem ein Schweizer von einem französischen Kriegsgericht wegen angeblich aufrührerischer Reden zu drei Jahren Gefängnis und 5000 Fr. Buße verurteilt worden ist, haben wir einen Hafterlaß von zwei Jahren erwirkt.

Das Urteil eines französischen Kriegsgerichts, durch welches ein Schweizer wegen Spionage zum Tode verurteilt worden war, ist kassiert und der Angeschuldigte vor ein neues Kriegsgericht gewiesen worden. In einem durch ein deutsches Kriegsgericht behandelten Spionagefalle, in welchem im Oktober 1915 der Angeschuldigte verhaftet worden war, im April 1916 das Verfahren eingestellt, dann aber im Juli d. J. wegen neuer Beweise wieder aufgenommen wurde, erfolgte die Verurteilung zum Tode, die vollstreckt wurde bevor wir von ihr Kenntnis erhalten hatten. Wir haben gegen dieses Verfahren Protest eingelegt.

Die Zahl der Internierungen von Schweizern im Auslande ist im Rückgang begriffen, immerhin ist es uns bis anhin noch in mehreren Fällen, namentlich in Rußland, nicht gelungen, die Freilassung unserer Staatsangehörigen zu erwirken.

Auch die Zahl der Ausweisungen ist im Rückgange, hauptsächlich deshalb, weil nichtwünschbare Elemente bereits entfernt wurden und durch die schärfsten Maßnahmen die Zureise Fremder in den kriegführenden Staaten erschwert und verhindert wird. Immerhin hatten wir uns auch seit der letzten Berichterstattung mit einer Reihe von Fällen zu beschäftigen, in denen Schweizer aus dem Elsaß ausgewiesen wurden, darüberhin aber zur Bezahlung von Steuern angehalten werden wollten, trotzdem sie ihren Wohnsitz in der Schweiz begründet hatten.

\*

\*

\*

**Handelsverbote und Sequestrierungen.** Die Schwierigkeiten, denen der schweizerische Export angesichts der sogenannten „Handelsverbote“ begegnet, sind im wesentlichen die gleichen geblieben, und wiederholt hatten wir Anlaß, unsere Kaufleute zu unterstützen, wenn es galt, sie vom Verdacht zu reinigen, daß sie fremde, verbotene Fabrikate ausführten. Die Zahl der einzelnen Anstände ist eher zurückgegangen, indem jede Sendung gleich bei Abgang mit den nötigen Ursprungs- und Nationalitätszeugnissen ausgestattet wird.

Oesterreich-Ungarn hat ein Dekret erlassen, das die Firmen, welche mit feindlichem Kapital oder unter feindlicher Leitung arbeiten, der Zwangsverwaltung unterwirft; auch Italien hat kürzlich, auf Grund der Pariser Konferenz, analoge Anordnungen getroffen. Dadurch werden unseren Ge-

sandtschaften neue Aufgaben erwachsen, wenn auch anzunehmen ist, daß die schweizerischen Interessen, welche von diesen Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden können, nicht sehr umfangreich sind.

**Vergütung von Kriegsschäden.** Laut Aufstellung unserer Gesandtschaft in Berlin haben mehrere Schweizer, die größtenteils in den östlichen Gegenden Preußens ansässig waren, von den deutschen Behörden bereits eine sogenannte „Vorentscheidung“ in der Höhe von 10 bis 15 % der durch die Kriegeereignisse entstandenen Verluste ausbezahlt erhalten. Andere unserer Landsleute sind dagegen von anderen Amtsstellen mit ihren Gesuchen, weil Ausländer, abgewiesen worden. Wir stellen uns demgegenüber auf den Standpunkt, daß der schweizerisch-deutsche Niederlassungsvertrag vom Jahre 1909 unseren Mitbürgern die gleichen Rechte wie den deutschen Staatsangehörigen zusichert. Denselben Anspruch glauben wir auch der französischen Regierung gegenüber erheben zu können. In Italien ist bis heute ein Verfahren zwecks Feststellung und Vergütung von Kriegsschäden nicht vorgesehen.

## II.

Der Austausch der Schwerverwundeten zwischen Deutschland und Frankreich über Schweizer Gebiet wurde periodisch fortgesetzt. Von Anfang April 1916 bis Ende August wurden heimbefördert: 147 Deutsche, 615 Franzosen. Im ganzen seit März 1915: 2343 Deutsche und 8668 Franzosen.

Zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn konnte leider über den Invalidenaustausch noch keine Einigung erwirkt werden.

Die Internierung verwundeter und kranker Krieger und Zivilgefangener hat eine bedeutende Entwicklung angenommen.

Im April trat England dem Internierungsabkommen (unter Ausschluß der Zivilgefangenen) bei.

---

Italien hat es mit Rücksicht auf seine günstigen klimatischen Verhältnisse abgelehnt, uns österreichisch-ungarische Gefangene zur Internierung abzugeben. Serbien hat ebenfalls abgelehnt.

Dagegen haben neulich Frankreich und Oesterreich-Ungarn beschlossen, verwundete und kranke Zivilinternierte an die Schweiz zur Internierung abzugeben.

Die Kosten der Internierung betragen zurzeit monatlich in runden Ziffern für Franzosen zwei Millionen, für Deutsche 800 000, für Belgier 300 000 und für Engländer 200 000 Franken. Sie werden vom Heimatstaat vergütet.

Im Sinne des Postulats des Nationalrats vom 23. VI. 16 erließ der Armeearzt am 8. VII. allgemeine vorläufige Weisungen für die Beschäftigung der Internierten. Die Arbeitszuweisung erfolgt durch drei Regionalkommissionen und eine Zentralkommission. Erstere setzen sich zusammen aus zwei Arbeitgebern, zwei Arbeitnehmern und einem Neutralen, letztere aus je einem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Neutralen. Die Tätigkeit der Kommissionen wird demnächst beginnen. Es wird ihre Hauptaufgabe sein, dahin zu wirken, daß die Arbeit der Internierten der einheimischen Arbeit keine Konkurrenz macht.

Deutschland und Frankreich haben den Vorbehalt gemacht, daß Zivilinternierte nicht zur Arbeit verpflichtet sind.

Die Heimtransporte nicht wehrfähiger Zivilgefangener und Evakuierter dauern fort. Von Anfang April bis Ende August reisten durch die Schweiz: 345 Deutsche, 783 Franzosen, 631 Italiener, 91 Oesterreicher und Ungarn und 307 Spanier.

926 deutsche und 3926 französische Militärärzte und Sanitätsmannschaften wurden seit März 1915 durch die Schweiz heimbefördert.

Belgien hat kürzlich seinen Beitritt zum Abkommen über die Entlassung gefangener Sanitätsmannschaften erklärt.

Auf Wunsch der französischen Regierung, welche als Ergänzung der von der deutschen Heeresverwaltung und dem nordamerikanischen Hilfskomitee besorgten Verproviantierung der einheimischen Bevölkerung Nordfrankreichs sich anschickt, einen Eisenbahnzug mit Lebensmitteln nach den besetzten Departementen abgehen zu lassen, haben wir eingewilligt, einen schweizerischen Offizier zur Beaufsichtigung der Verteilung mitzugeben.

Das „Comité national polonais de secours à la Pologne“, mit Sitz in Vevey, hatte uns ersucht, nachdem die Schweiz die Verproviantierung Polens nicht selbst besorgen kann, sie wenigstens dadurch zu erleichtern, daß eine schweizerische Mission (Offiziere) beauftragt würde, die Liebesgabensendungen des amerikanischen Hilfskomitees in Danzig in Empfang zu nehmen. Von dort hätten unsere Delegierte die Liebesgaben ins Landesinnere den polnischen Lokalkomitees zuführen und die Verteilung überwachen sollen. Die englische Regierung lehnte unser Anerbieten mit der Begründung ab, sie wolle ausschließlich das amerikanische Komitee und seine Organe damit betrauen.

Das in Genf gegründete „Comité suisse de secours aux Serbes“ erhielt von uns drei Delegierte zugeteilt, welche einen ersten Liebesgabenzug nach Serbien brachten. Ein für Rechnung desselben Komitees auf dem Donauwege aus Rumänien eingetroffener Maistransport von 10 Wagen wurde durch Herrn Dr. Egger, I. Sekretär unserer Gesandtschaft in Wien, im Landesinnern, ein weiterer Zug und eine Schiffsladung von 60 Wagen durch das amerikanische Rote Kreuz verteilt.

**Nr. 1827. Schweizerischer Bundesratsbeschluß betreffend Strafgerichtsbarkeit und Disziplinargewalt über Internierte vom 14. Oktober 1916. (Eidg. G. vom 18. Oktober 1916, Nr. 50).**

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Bundesbeschluß vom 3. VIII. 14 betreffend Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität\*);

auf Antrag seines Politischen Departements, beschließt:

Art. 1. Als Internierte im Sinne dieses Beschlusses gelten:

---

\*) S. Gesetzsammlung n. F., Bd. XXX, S. 347.

a) *Angehörige fremder Heere, welche als Kriegsgefangene in der Schweiz zur Hospitalisierung interniert sind;*

b) *Angehörige eines kriegführenden Staates, die als Zivilpersonen von einem andern kriegführenden Staate festgehalten und nachher in der Schweiz zur Hospitalisierung interniert worden sind.*

Art. 2. Sämtliche in Art. 1 bezeichneten Personen unterstehen der Militärgerichtsbarkeit und der in Art. 3 umschriebenen Disziplinalgewalt.

Das schweizerische Militärdepartement bezeichnet die für die Internierten zuständigen Gerichte.

Art. 3. Die Disziplinalgewalt über die Internierten wird ausgeübt durch die Sanitätsabteilung des Armeestabes und die vom Armeearzt bezeichneten Kommandostellen.

Eine Ausnahme bildet die in A 7 und B 4 vorgesehene Rückversetzung in die Kriegsgefangenschaft. Diese wird vom Politischen Departemente verfügt.

Die Disziplinarstrafen sind folgende:

A. Für Soldaten, Unteroffiziere und Zivilpersonen:

1. Frohdienste (corvées).
2. Verbot des Wirtshausesuches und des Genusses alkoholischer Getränke.
3. Konsignierung gemäß M. St. G. Art. 168, Ziffer 3.
4. Gemeiner Arrest gemäß M. St. G. Art. 168, Ziffer 4.
5. Versetzung in eine Disziplinaranstalt auf unbestimmte oder bestimmte Zeit.

6. Strafhaft in einer Anstalt bis auf die Dauer von 60 Tagen.

7. Rückversetzung in die Kriegsgefangenschaft.

B. Für Offiziere:

1. Konsignierung im Internierungsrayon bis zu 3 Monaten.
2. Arrest im Quartier bis zu 30 Tagen; der Arrestant darf das Quartier nur zu Dienstverrichtungen und zu den gemeinsamen Mahlzeiten verlassen, und es ist ihm verboten, Besuche zu empfangen.

3. Strenger Arrest im Zimmer bis zu 30 Tagen; ohne Dienstverrichtung, verbunden mit dem Verbot, Besuche zu empfangen und an den gemeinsamen Mahlzeiten teilzunehmen.

4. Rückversetzung in die Kriegsgefangenschaft.

Art. 4. Der Armeearzt, mit Genehmigung des schweizerischen Politischen Departements, erläßt die erforderlichen Vorschriften zum Vollzug der in Art. 3 vorgesehenen Strafen.

Art. 5. Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft.

#### **Nr. 1828. Abschnitt aus dem 5. Neutralitätsbericht der Schweiz vom 17. November 1916.**

Die Kommissionen für die Beschäftigung der Internierten haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Die deutsche und französische Regierung studieren die Organisation von Arbeiten größeren Umfangs, wobei die Rohstoffe von den betreffenden Ländern geliefert und das Arbeitsprodukt an sie abgegeben

würde. Die internierten Studenten haben die Erlaubnis zum Besuche der Universitäten und Lehranstalten.

Schweizerische Sanitätskommissionen begaben sich neuerdings nach Deutschland, England und Frankreich, um diejenigen Kranken und Verwundeten auszuwählen, denen auf Grund der getroffenen Vereinbarungen ein Recht auf Internierung zusteht. Die Interniertenkolonie wird daher nächstens einen Zuwachs von mehreren tausend Personen erfahren.

Durch Bundesratsbeschluß betreffend Strafgerichtsbarkeit und Disziplinalgewalt über Internierte vom 14. X. 16\*) sind sämtliche Internierten der Disziplinalgewalt und der Militärgerichtsbarkeit unterstellt worden. Als Disziplinarstrafen sind für Soldaten, Unteroffiziere und Zivilpersonen insbesondere auch Versetzung in eine Disziplinaranstalt auf unbestimmte oder bestimmte Zeit, Strafhaft in einer Anstalt bis auf die Dauer von 60 Tagen und Rückversetzung in die Kriegsgefangenschaft vorgesehen. Letztere Strafe kommt auch für Offiziere zur Anwendung.

Seit anfangs September hat mit Transporten von 964 Deutschen und 2967 Franzosen der Austausch von Sanitätspersonal zwischen Deutschland und Frankreich wieder begonnen.

An evakuierten oder heimgeschaffenen Zivilpersonen sind 152 Franzosen, 65 Deutsche, 33 österreichisch-ungarische Staatsangehörige und 31 Albaner durch die Schweiz gereist. Wir haben fernerhin zum Abschluß einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wegen Heimschaffung von wenigstens 20 000 aus Nordfrankreich stammenden Evakuierten beigetragen, die demnächst ihre Heimreise durch die Schweiz antreten werden.

Seit Anfang September haben Frankreich, Oesterreich-Ungarn und Serbien beschlossen, der Vereinbarung betreffend den Austausch von Schwerverwundeten beizutreten. Trotz unserer Bemühungen ist eine Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien (Serbien) betreffend den vorgenannten Austausch und die Internierung von Kranken und Verwundeten in der Schweiz noch nicht zustande gekommen.

Hingegen sind Frankreich und Oesterreich einig geworden über die Internierung von Kranken und Verwundeten; diese Verständigung betrifft jedoch nur Zivilpersonen.

Wir sind weiterhin nach Möglichkeit bestrebt, das Los der Kriegsgefangenen zu mildern und Mißverständnisse, die über die Frage der Internierung und des Austausches zwischen den Kriegführenden entstehen, auszugleichen.

Die schweizerische Geistlichkeit war fortgesetzt für die Seelsorge der Kriegsgefangenen in Frankreich und Deutschland tätig; so weilten gegenwärtig in Frankreich *R. P. Sigismond de Courten* und Herr Pfarrer *de Quervain*; in Deutschland Herr Pfarrer *Barth* und Herr Pfarrer *Devaux*. Die Geistlichen *Nosedà* und *Iseppi* haben die österreichisch-ungarischen Gefangenen

---

\*) S. oben Nr. 1827. — Herausgeber.

in Italien und die italienischen Gefangenen in Oesterreich-Ungarn besucht. Alle sprechen sich lobend aus über das Entgegenkommen, das sie bei den Regierungen und den Militärbehörden fanden und das ihnen ihre Aufgabe, der sie mit Hingabe obliegen, sehr erleichtert.

**Nr. 1829. Mitteilung vom 4. Dezember 1916 über die Stellungnahme des schweizerischen Bundesrats zur Frage der Verschickung französischer und belgischer Staatsangehöriger.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 6. Dezember 1916, erste Ausgabe, Nr. 338).

Bern, 4. Dezember.

Der Bundesrat hat der Bundesversammlung einen Bericht über die Initiativbegehren der Kantone Waadt, Genf und Neuenburg erstattet, durch die die Bundesversammlung ersucht wird, den Bundesrat einzuladen, gegen die Verschickung französischer und belgischer Staatsangehöriger bei der deutschen Regierung zu protestieren.

Die Massenverschickung von französischen Staatsangehörigen aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Nordfrankreichs bildet den Gegenstand einer Note der Regierung der französischen Republik an die Regierungen der neutralen Mächte über das Vorgehen der deutschen Behörden. Die Note beschränkt sich darauf, den neutralen Regierungen von diesen Vorfällen Kenntnis zu geben, und es entspricht nicht den Tatsachen, daß die französische Regierung, wie in der Petition behauptet wird, die neutralen Mächte eingeladen habe, gegen diese Vorfälle Protest zu erheben. Die Petitionen der Kantone Genf, Waadt und Neuenburg verlangen vom Bundesrat einen Akt der Mißbilligung in der denkbar schärfsten Form, nämlich in der eines Protestes gegen einen der kriegführenden Teile unter Berufung darauf, daß eine Verletzung der Haager Konvention vorliege, deren Mitunterzeichner die Schweiz sei. Der Bundesrat stellt sich auf den Standpunkt, daß eine Würdigung der geltend gemachten Gesichtspunkte in erster Linie genaue Kenntnis der Tatsachen zur Voraussetzung hätte, wie sie nur auf Grund sorgfältiger Erhebungen und Untersuchungen erlangt werden könnte, und daß nur auf Grund einer solchen Feststellung des Tatbestandes durch eine verantwortliche Regierung ein Urteil gefällt oder gar ein Protest erlassen werden könnte. Es könne nicht Sache der Regierung eines neutralen Staates sein, eine solche Untersuchung über behauptete Verletzungen des Völkerrechts anzustellen, es sei denn, daß sie von den Beteiligten darum angegangen werde. Noch viel weniger könne sie ohne eine solche Untersuchung Stellung nehmen und ein Verdikt fällen. Von einer Pflicht der Schweiz als Vertragskontrahentin, gegen Verletzungen der Haager Konvention zu protestieren, könne übrigens keine Rede sein, da diese Konventionen zwar wechselseitige Verpflichtungen der Staaten unter sich geschaffen, aber nicht eine Solidarität aller Kontrahenten in dem Sinne begründet hätten, daß eine Verletzung gegenüber einem Staate die Verpflichtung der andern Staaten bedeuten würde, sich dieser Verletzungen

zu widersetzen oder gegen sie Protest zu erheben. Der Bundesrat erkennt aber auch keine moralische Verpflichtung an, seine Stimme gegen die von der einen oder anderen Seite der Kriegführenden begonnenen Verletzungen völkerrechtlicher Verpflichtungen zu erheben und Protest gegen völkerrechtswidrige Handlungen einzulegen, da er überzeugt ist, daß eine solche Handlungsweise unausweichlich in Widerspruch mit der Beobachtung absoluter Neutralität geraten würde. Dem Bundesrat sind seit Kriegsbeginn von seiten der Mittelmächte und ihrer Bundesgenossen 27 und von seiten der Alliierten 48 und ferner von seiten eines neutralen Staates vier Proteste und Verwahrungen wegen behaupteter Verletzungen völkerrechtlicher Vorschriften notifiziert worden. Es bedürfe daher keiner Ausführung, daß es nicht in der Aufgabe einer neutralen Regierung liegen konnte, aber auch ganz unmöglich geworden wäre, in allen diesen Fällen durch sorgfältige Untersuchung sich eine abgeschlossene Meinung über die zum Gegenstand der Anklage gemachten Völkerrechtsverletzungen zu bilden und daraufhin Protest zu erheben. In welcher schiefen Lage würde vollends eine neutrale Regierung geraten, wollte sie eine Ausscheidung der einzelnen Fälle vornehmen, die einen weiter verfolgen und zum Gegenstand eines Protestes machen, die andern beiseite legen. Es kann somit nicht Aufgabe der Schweiz sein, und es mangelt ihr das Recht, sich in Fällen, in denen sie nicht beteiligt ist, wo weder ihre Ehre noch ihre Interessen in Frage stehen, sich ungerufen als Richter aufzuspielen und ein Urteil über das Tun und Lassen der Kriegführenden zu fällen.

Der Bundesrat tritt zum Schluß dem Mißverständnis entgegen, als ob die Regierung eines neutralen Staates kalt und teilnahmslos Klagen über Beugung des Völkerrechts gegenüberstehen müßte, da Neutralität und Gleichgültigkeit glücklicherweise nicht synonyme Begriffe sind. Der Bundesrat hat darum auch nicht ermangelt, im Interesse der Verbesserung der Lage der französischen Staatsangehörigen, die aus ihren städtischen Wohnorten entfernt und vorübergehend anderweitig beschäftigt worden waren, der deutschen Regierung am 9. September letzten Jahres seine Dienste für den Durchtransport dieser französischen Staatsangehörigen zur Verfügung zu stellen. Ebenso hat er von gleichen humanen Gefühlen geleitet und in der Annahme, daß die deutsche Reichsregierung auf die öffentliche Meinung eines befreundeten neutralen Staates Wert legen werde, wie bekannt, seinen Gesandten in Berlin beauftragt, die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers auf den ungünstigen Eindruck zu lenken, den die Massentransporte belgischer Arbeiter nach Deutschland in der öffentlichen Meinung der Schweiz hervorgerufen haben. Weiter zu gehen, hält der Bundesrat mit der neutralen Stellung der Schweiz nicht für vereinbar. Er sieht sich daher zu dem Antrag an die Bundesversammlung veranlaßt, es sei der Initiative der westschweizerischen Kantone keine Folge zu geben.



**Nr. 1830. Mitteilung vom 23. Dezember 1916 über eine Note des schweizerischen Bundesrats an die kriegführenden Mächte zur Friedensfrage.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 24. Dezember 1916, zweite Ausgabe, Nr. 356.)

Bern, 23. Dezember.

Gestern, den 22. XII. 16, hat der schweizerische Bundesrat an die Regierungen der kriegführenden Staaten folgende Note gerichtet:

„Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, mit welchem der schweizerische Bundesrat, geleitet von seinem heißesten Wunsche nach einer balden Beendigung der Feindseligkeiten, vor geraumer Zeit in Fühlung getreten ist, hatte die Freundlichkeit, dem Bundesrate von der den Regierungen der Zentral- und Ententemächte zugestellten Friedensnote Kenntnis zu geben.

In dieser Note erörtert Präsident *Wilson* die hohe Wünschbarkeit internationaler Abmachungen zum Zwecke sicherer und dauernder Vermeidung von Katastrophen, wie diejenige es ist, unter der heute die Völker leiden. Er betont im Zusammenhang damit vor allem die Notwendigkeit, das Ende des gegenwärtigen Krieges herbeizuführen. Ohne selbst Friedensvorschläge zu machen oder die Vermittlung anzubieten, beschränkt er sich darauf, zu sondieren, ob die Menschheit hoffen darf, sich den Segnungen des Friedens genähert zu haben.

Die überaus verdienstliche persönliche Initiative von Präsident *Wilson* wird einen mächtigen Widerhall in der Schweiz finden. Treu den Verpflichtungen, die sich aus der Einhaltung strengster Neutralität ergeben, in gleicher Freundschaft mit den Staaten der beiden im Kriege stehenden Mächtegruppen verbunden, wie eine Insel inmitten der Brandung des schrecklichen Völkerkrieges gelegen und in seinen ideellen und materiellen Interessen auf das empfindlichste bedroht und verletzt, ist unser Land von einer tiefgehenden Friedenssehnsucht erfüllt und bereit, mit seinen schwachen Kräften mitzuhelfen, um den unendlichen Leiden des Krieges, welche ihm durch tägliche Berührung mit den Internierten, Schwerverwundeten und Evakuierten vor Augen geführt werden, ein Ende zu bereiten und die Grundlagen zu einem segensreichen Zusammenwirken der Völker zu schaffen.

Der schweizerische Bundesrat ergreift daher freudig die Gelegenheit, die Bestrebungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu unterstützen. Er würde sich glücklich schätzen, wenn er in irgend einer auch noch so bescheidenen Weise für die Annäherung der im Kampfe stehenden Völker und für die Erreichung eines dauerhaften Friedens tätig sein könnte.“

**Nr. 1831. Abschnitt aus dem 6. Neutralitätsbericht der Schweiz vom 9. März 1917.**

Mit Note vom 31. I. laufenden Jahres hatte die deutsche Regierung uns zur Kenntnis gebracht, daß und aus welchen Gründen sie sich entschlossen habe, alle Beschränkungen fallen zu lassen, die sie sich vordem in der Verwendung ihrer Kampfmittel zur See auferlegt habe. Der Note war eine

Denkschrift beigegeben, in welcher erklärt wurde, daß vom 1. II. 17 an in bestimmt umgrenzten Sperrgebieten um Großbritannien, Frankreich und Italien herum jedem Seeverkehr ohne weiteres mit Waffen entgegengetreten werde und daß neutrale Schiffe, die die Sperrgebiete befahren, dies auf eigene Gefahr tun. Wenn auch Vorsorge getroffen sei, daß neutrale Schiffe, die am 1. II. auf der Fahrt nach Häfen der Sperrgebiete waren, während einer angemessenen Frist geschont werden, so sei doch dringend anzuraten, daß sie mit allen verfügbaren Mitteln gewarnt und umgeleitet werden. Neutrale Schiffe, die in Häfen der Sperrgebiete liegen, können mit gleicher Sicherheit die Sperrgebiete noch verlassen, wenn sie vor dem 5. II. auslaufen und den kürzesten Weg in freies Gebiet nehmen.

Wir haben die Ankündigung dieser Seesperre mit Note vom 9. II. laufenden Jahres beantwortet, in der nach Rekapitulation der durch die deutsche Note geschaffenen Sachlage folgendes ausgeführt wird:

„Es konnte der Kaiserlichen Regierung nicht entgehen, daß durch diese in der Denkschrift aufgeführten Maßnahmen ein schwerer Eingriff in das der Schweiz als neutralem Staate nach den Grundsätzen des Völkerrechts zustehende Recht des friedlichen Handels begangen wird. In der Tat bedeutet die Blockade fast aller für die Benutzung durch die Schweiz in Betracht fallenden Häfen eine ernste Gefährdung unserer Lebensmittel- und Rohstoffversorgung und unseres überseeischen Exportes. Auch wenn durch freundschaftliche Verständigung mit der französischen Regierung die Benützung des Hafens von Cette, der außerhalb der blockierten Zone liegt, ermöglicht wird, sind die Seetransporte in einer Weise eingeschränkt, daß unserer Volkswirtschaft die empfindlichsten Schädigungen zugefügt werden.

Die von der deutschen Reichsregierung verhängte Seesperre folgt auf eine ganze Reihe von Maßnahmen, durch die im Laufe des Krieges von beiden kriegführenden Teilen in Widerspruch zu völkerrechtlichen und vertraglichen Normen unsere wirtschaftliche Bewegungsfreiheit bereits eingeengt worden ist und gegen welche wir vergebens unsere Stimme erhoben haben. Die Sperre ist unter diesen Umständen nur um so drückender und folgenschwerer.

Der Bundesrat sieht sich daher gezwungen, gegen die von der Kaiserlichen Regierung angekündigte Blockade und deren Durchführung, soweit dadurch nach den gemeingültigen Grundsätzen des Völkerrechts Rechte der Neutralen verletzt werden, nachdrücklich Protest und Rechtsverwahrung einzulegen und vorab für den Fall, daß die tatsächliche Durchführung der Sperre sich als unvollständig erweisen sollte, alle Rechte vorzubehalten, wenn durch die von Deutschland und seinen Verbündeten angewandten Mittel schweizerische Staatsangehörige und schweizerische Ladung der Vernichtung preisgegeben werden sollten.

Der Bundesrat zweifelt im übrigen nicht daran, daß die deutsche Reichsregierung alles tun wird, um den für die Sicherheit der schweizerischen Staatsangehörigen und für das wirtschaftliche Leben der Schweiz aus der Blockade sich ergebenden schwierigen Folgen nach Möglichkeit vorzubeugen.“

Der k. k. österreichisch-ungarischen Regierung, welche uns die Sperre in einer analogen Note vom 31. I. laufenden Jahres angekündigt hatte, sind der Protest und die Rechtsverwahrungen des Bundesrates am 9. II. in gleicher Form notifiziert worden wie der deutschen Regierung.

\*                      \*                      \*

Die Ankündigung der Seesperre an die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika war von dieser mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum deutschen Reiche beantwortet worden.

Hiervon wurde der Bundesrat in einer vom amerikanischen Minister am 4. II. laufenden Jahres überreichten Note unterrichtet. Darin hatte der Präsident seine Absicht ausgesprochen, für den von ihm nicht erwarteten Fall, daß die Kaiserlich deutsche Regierung die in ihrer Blockadeerklärung enthaltenen Drohungen verwirklichen würde, vom Kongreß die Ermächtigung zur Anwendung der bewaffneten Gewalt zum Schutze der auf hoher See sich befindenden amerikanischen Staatsbürger zu verlangen. Hieran knüpft die Note die Bemerkung, daß dieses Vorgehen nach der Auffassung des Präsidenten in voller Uebereinstimmung mit den von ihm in der Botschaft an den Senat vom 12. I. entwickelten Grundsätzen stehe und daß er daher glaube, es würde die Sache des Weltfriedens fördern, wenn die übrigen neutralen Staaten eine dem Vorgehen der amerikanischen Regierung ähnliche Aktion vorzunehmen für möglich erachten würden.

Da wir das Bedürfnis empfanden, unserer definitiven Stellungnahme zur deutschen Blockadeerklärung vorgängig mit andern neutralen Staaten Fühlung zu nehmen, beschränkten wir uns darauf, mit Note vom 5. dieses Monats die amerikanische Regierung hiervon zu verständigen, unterließen aber nicht, sie schon damals auf die besondere Lage zu verweisen, welche für die schweizerische Regierung aus der durch Verfassung, jahrhundertelange Tradition und den Willen des Volkes vorgeschriebenen Staatsmaxime einer vollkommenen Neutralität geschaffen wird.

Mit Note vom 9. II. laufenden Jahres haben wir alsdann der amerikanischen Regierung unsere definitive Stellungnahme gegenüber der deutschen Blockadeankündigung zur Kenntnis gebracht und darin, nach Rekapitulation des Inhalts der vorausgegangenen Note, folgendes ausgeführt:

„Der Bundesrat kann auch heute nur auf die am 4. VIII. 14 abgegebene und den Staatsregierungen zur Kenntnis gebrachte Neutralitätserklärung verweisen.

Bundesversammlung und Bundesrat haben damals den festen Willen bekundet, in keiner Weise von den Grundsätzen der Neutralität abzuweichen, die dem Schweizervolk so teuer sind und so sehr seinen Bestrebungen, seiner innern Einrichtung, seiner Stellung gegenüber den andern Staaten entsprechen und die die Vertragsmächte vom Jahre 1815 ausdrücklich anerkannt haben. Bundesrat und Bundesversammlung haben deshalb ausdrücklich erklärt, daß die Schweizerische Eidgenossenschaft während des ausgebrochenen Krieges mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Neutralität und die Unverletzbarkeit ihres Gebietes aufrechterhalten und wahren werde.

Die Ereignisse während des gegenwärtigen Krieges haben den Bundesrat in seiner Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Einhaltung einer strikten und loyalen Neutralität bestärkt und den Beweis geleistet, daß heute wie im Jahre 1815 die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit der Schweiz im wahren Interesse der Politik Europas liegen. Die Schweiz wird an dieser Neutralität festhalten, solange nicht die Unabhängigkeit, die Integrität des Landes, die Lebensinteressen oder die Ehre des Staates verletzt werden.

Der Bundesrat darf auch die Aufmerksamkeit von Präsident *Wilson* auf die einzigartige geographische Lage der Schweiz lenken, die von allen Seiten von kriegführenden Staaten eingeschlossen ist und mit Sicherheit zum allgemeinen Kriegsschauplatz werden müßte, sobald sie aus ihrer Neutralität heraustreten würde.

So drückend sich daher auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz zufolge der angekündigten Blockade gestalten, und so sehr je nach deren Durchführung völkerrechtliche Prinzipien verletzt werden, so kann sich der Bundesrat doch nicht entschließen, Präsident *Wilson* in den auf Grund einer anders gestalteten Sachlage von ihm gegenüber der deutschen Reichsregierung unternommenen Schritten zu folgen. Der Bundesrat hat sich deshalb darauf beschränkt, gegen die von der Kaiserlichen Regierung angekündigte Blockade und deren Durchführung, soweit dadurch nach den gemeingültigen Grundsätzen des Völkerrechts Rechte der Neutralen verletzt werden, Protest und Rechtsverwahrung einzulegen und insbesondere für den Fall, daß die tatsächliche Durchführung der Sperre sich als unvollständig erweisen sollte, alle Rechte vorzubehalten, wenn durch die von Deutschland und seinen Verbündeten angewandten Mittel schweizerische Staatsangehörige oder schweizerische Ladung der Vernichtung preisgegeben werden sollten.“

\* \* \*

Auf Wunsch der französischen und deutschen Regierung haben wir uns entschlossen, versuchsweise und unpräjudizierlich der endgültigen Entschließung je 100 deutsche und französische Gefangene zur Internierung anzunehmen, die mindestens seit 18 Monaten gefangen und Väter von mindestens 3 Kindern sind. In den zurzeit noch schwebenden Verhandlungen haben wir mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Internierung weiterer Gefangener dieser oder ähnlicher Art an die Voraussetzung geknüpft sei, daß allem vorgängig die Entlassung gewisser Kategorien geheilter Internierter in entsprechendem Umfang durchgeführt werde.

Mit unserm Einverständnis ist zwischen Deutschland, Rußland und Oesterreich-Ungarn vereinbart worden, daß 800 prätüberkulöse gefangene Offiziere (d. h. 400 Russen und je 200 Deutsche und Oesterreicher) in der Schweiz interniert werden sollen.

**Nr. 1832. Mitteilung vom 13. April 1917 über die Neutralitäts-  
erklärung der Schweiz anlässlich des Krieges zwischen  
den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland.**  
(„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. April 1917,  
erste Ausgabe. Nr. 103.)

Bern, 13. April.

Der Bundesrat hat aus Anlaß der durch die Vereinigten Staaten gegen-  
über Deutschland erfolgten Kriegserklärung bei den Kriegführenden seine  
frühere Erklärung betreffend Einhaltung der strikten Neutralität erneuert.

**Nr. 1833. Abschnitt aus dem VII. Neutralitätsbericht der  
Schweiz vom 24. Mai 1917.**

Am 10. Mai l. J. waren 28367 Mann als krank und verwundet in der  
Schweiz interniert.

Größere Mutationen stehen für nächste Zeit in Aussicht, vorausgesetzt,  
daß das Ergebnis der Mitte April zum Abschluß gekommenen, vom Politischen  
Departement und Armeearzt mit den Delegierten des französischen Kriegs-  
ministeriums und Ministeriums des Aeußern einerseits und Vertretern des  
Preussischen Kriegsministeriums anderseits geführten Verhandlungen von den  
beiden Regierungen gutgeheißen wird.

Bereits besteht Einverständnis darüber, daß die in der Schweiz inter-  
nierten, klinisch geheilten Tuberkulösen repatriert werden. Dasselbe ist der  
Fall mit denjenigen Kranken, deren Wiederherstellung nach medizinischer  
Voraussage nicht innerhalb Jahresfrist zu erwarten ist, und deren Gesundheits-  
zustand entweder eine definitive Invalidität oder eine dauernde Behandlung  
erwarten läßt, vorausgesetzt, daß die gegenwärtige Arbeitsfähigkeit etwa um  
50% vermindert erscheint.

Als Repatriierungsgrund wird auch die schwere Stacheldraht-Psychose  
oder Psychasthenie, d. h. ein durch die lange Dauer der Gefangenschaft  
hervorgerufener moralischer und physischer Depressionszustand angesehen, der  
sich in Abmagerung, Verdauungsstörungen, Zirkulationsstörungen, insbesondere  
Pulssteigerungen oder Unregelmäßigkeiten des Pulses, ferner arterieller Ueber-  
spannung, Schlaflosigkeit und Kopfschmerzen äußert. Voraussetzung ist ferner  
eine Gefangenschaftsdauer von mindestens 18 Monaten und der Umstand,  
daß während dreimonatlicher Internierung keine wesentliche Besserung ein-  
getreten ist.

Durch diese umfangreiche Repatriierung wird Raum geschaffen für eine  
demnächst einsetzende Komplementär-Internierung, bei welcher alle bisher  
streitig gebliebenen oder aus Irrtum oder Versehen nicht zur Entscheidung  
gekommenen Fälle zur Untersuchung gelangen sollen. Die Kontrollkommissionen  
setzen sich aus je drei Aerzten des Nehmestaates und drei Schweizer Aerzten  
zusammen; bei Gleichheit der Stimmen entscheidet der rangälteste Schweizer  
Arzt. Kein Fall darf von den Kontrollkommissionen endgültig abgelehnt

werden; alle von ihnen nicht für die Internierung resp. Repatriierung bestimmten Leute müssen zu einer vierwöchentlichen Beobachtung in ein Lager verbracht und nach Ablauf der Beobachtung der Kommission nochmals vorgestellt werden. Dann erst erfolgt der definitive Entscheid.

In den oben erwähnten Verhandlungen war auch die Frage des direkten Austausches von Land zu Land einer Lösung entgegengebracht worden; doch fehlt zurzeit noch die Gutheißung dieser Verabredungen. Es handelt sich dabei um einen direkten Austausch unter der Voraussetzung einer mindestens 18 Monate andauernden Kriegsgefangenschaft. Und zwar wird ein Austausch ohne Rücksicht auf Zahl und Grad für diejenigen vorgesehen, welche in einem noch zu bestimmenden höhern Lebensalter stehen, während für die jungen Kriegsgefangenen der Austausch nach dem Grundsatz Kopf gegen Kopf und Grad gegen Grad zu erfolgen hätte, wobei, falls die auf der einen Seite vorhandene Zahl erschöpft sein sollte, die auf der andern Seite Verbleibenden im Rahmen der von der Schweiz umgrenzten Aufnahmefähigkeit des Landes hier interniert würden. Bei diesem Austausch Kopf gegen Kopf und Grad gegen Grad und bei der damit verbundenen aushilfsweisen Internierung könnten sodann die Familienväter mit mindestens drei Kindern Prioritätsrechte beanspruchen.

Einverständnis besteht darüber, daß die zufolge Repatriierung in ihr Vaterland zurückgekehrten Kriegsgefangenen weder in der Front, noch in der Etappe, noch im besetzten feindlichen Gebiete verwendet werden dürfen.

#### **Nr. 1834. Abschnitt aus dem VIII. Neutralitätsbericht der Schweiz vom 10. September 1917.**

Nach seinem Amtsantritte hat der Departementsvorsteher die vom Nationalrate verlangte Untersuchung vorgenommen.

Er hat die Herren alt Bundesrat *Hoffmann*, Minister *Odier* und Nationalrat *Grimm* befragt und ihnen Gelegenheit gegeben, sich über alle Punkte auszusprechen.

Ihre Aussagen samt Anlagen, enthaltend zwei von den Herren *Hoffmann* und *Grimm* verfaßte Berichte, bilden ein Aktenheft, das der Neutralitätskommission zur Verfügung gestellt wird.

Durch die Akten ist erwiesen, daß Herr *Grimm* ohne irgendeinen Auftrag von Herrn *Hoffmann* und ohne sich mit ihm verständigt zu haben, nach Petrograd gereist ist.

Er begab sich nach Rußland, um sich für russische Flüchtlinge zu verwenden, und beabsichtigte, als Zimmerwalder Sozialist eine Friedensbewegung hervorzurufen.

Herr *Hoffmann*, dem Herr *Grimm* seine Absicht, nach Petrograd zu gehen, kundgegeben hatte, hat sich darauf beschränkt, ihm zu sagen, falls er in Rußland auf Schwierigkeiten stoßen würde, brauche er sich nur an die schweizerische Gesandtschaft zu wenden; diese ist weder von Herrn *Hoffmann*

noch von Herrn *Grimm* von der Reise des letzteren nach Petrograd benachrichtigt worden.

Herr *Grimm* hat sich zum ersten Male am Vormittag des 25. V. auf der Gesandtschaft eingefunden; er ist erst von Herrn *Lardy*, Attaché, empfangen worden, dem er ein von seiner Hand geschriebenes Telegramm mit der Bitte überreicht hat, es in Geheimschrift Herrn Bundesrat *Hoffmann* zu telegraphieren.

Dieses Telegramm hatte folgenden Wortlaut:

Petrograd, den 26./27. V. 17.

Abteilung Auswärtiges, Bern.

Herr Nationalrat *Grimm*, der sich gegenwärtig in Petrograd aufhält, bittet uns, Herrn Bundesrat *Hoffmann* ein Telegramm folgenden Inhalts zu übermitteln:

Friedensbedürfnis ist allgemein vorhanden. Ein Friedensschluß ist in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zwingende Notwendigkeit. Diese Erkenntnis ist an maßgebender Stelle vorhanden. Hemmungen bereitet Frankreich, Hindernisse England. Die Verhandlungen schweben gegenwärtig, und die Aussichten sind günstig. In den nächsten Tagen ist neuer, verstärkter Druck zu erwarten. Die einzig mögliche und gefährlichste Störung aller Verhandlungen könnte nur durch eine deutsche Offensive im Osten erfolgen. Unterbleibt diese Störung, so wird eine Liquidation in relativ kurzer Zeit möglich sein.

Eine vom Arbeiterrat einberufene internationale Konferenz ist ein Teil der Friedenspolitik der neuen Regierung. Das Zustandekommen dieser Konferenz gilt als sicher, sofern die Regierungen keine Paßschwierigkeiten machen. Alle Länder haben ihre Beteiligung zugesagt. Unterrichten Sie mich, wenn möglich, über die Ihnen bekannten Kriegziele der Regierungen, da die Verhandlungen dadurch erleichtert würden. Ich halte mich noch zirka 10 Tage in Petrograd auf.

Schweizerische Gesandtschaft, *Odier*.

Dieses Telegramm ist am Abend des 26. V. in Bern angekommen. Herr *Hoffmann* hat hierauf am 3. VI. in Geheimschrift wie folgt geantwortet:

Schweizerische Gesandtschaft, Petrograd.

Bundesrat *Hoffmann* ermächtigt Sie, *Grimm* folgende mündliche Mitteilungen zu machen. Es wird von Deutschland keine Offensive unternommen werden, solange mit Rußland gütliche Einigung möglich scheint. Aus wiederholten Besprechungen mit prominenten Persönlichkeiten habe Ueberzeugung, daß Deutschland mit Rußland beiderseits ehrenvollen Frieden anstrebt mit künftigen engen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und finanzieller Unterstützung für Wiederaufbau Rußlands. Nichteinmischung in Rußlands innere Verhältnisse, freundschaftliche Verständigung über Polen, Litauen, Kurland unter Berücksichtigung ihrer Völkereigenart. Rückgabe besetzten Gebietes gegen Rückgabe von Rußland besetzten Gebietes an

Oesterreich. Bin überzeugt, daß Deutschland und seine Verbündeten auf den Wunsch von Rußlands Verbündeten sofort in Friedensverhandlungen eintreten würden. Bezüglich der Kriegsziele nach dieser Seite verweise auf Kundgebung in Norddeutscher Allgemeiner Zeitung, worin grundsätzliche Uebereinstimmung mit *Asquith* über die Frage der Annexionen behauptet wird, Deutschland wolle keine Gebietserweiterungen zum Zwecke der Vergrößerung, sowie der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung.

#### Abteilung Auswärtiges.

Die Untersuchung hat keinerlei Tatsachen zutage gefördert, die geeignet wären, neues Licht in die Angelegenheit zu bringen. Wir beschränken uns darauf, die folgenden Punkte hervorzuheben, indem wir für alles übrige auf die Akten verweisen.

Es ist nicht möglich gewesen, sich über die Frage Klarheit zu verschaffen, wie die russische Regierung in den Besitz des dechiffrierten Telegramms des Herrn *Hoffmann* gelangt ist.

Herr Attaché *Lardy* versichert in seiner schriftlichen Aussage, daß Herr *Grimm* bei seinem ersten Besuche auf der Gesandtschaft vom 25. V. erklärt habe, von Herrn *Hoffmann* ermächtigt worden zu sein, ihm Informationen über die Lage Rußlands zu senden und sich der diplomatischen Geheimschrift zu bedienen. Herr Minister *Odier* sagt aus, daß ihm Herr *Grimm* dieselben Erklärungen abgegeben habe.

Herr *Hoffmann* hat die Richtigkeit der Angaben des Herrn Nationalrat *Grimm* entschieden bestritten. Dieser hat ausdrücklich anerkannt, daß die Bestreitung des Herrn *Hoffmann* in allen Punkten der Wirklichkeit entspricht, hat jedoch behauptet, von den Herren *Odier* und *Lardy* falsch verstanden worden zu sein.

Herr *Odier* rechtfertigt die Absendung des Telegramms an Herrn *Hoffmann* damit, daß er sich in wichtigen Angelegenheiten von Landsleuten wiederholt der Geheimschrift der Gesandtschaft zu bedienen hatte und sich daher nicht für befugt erachtet habe, dies einem Nationalrate zu verweigern, der sich an den Vorsteher des Politischen Departements wandte. Dieser würde selbst beurteilen, ob er die an ihn gestellten Fragen beantworten wolle. Es muß gerechterweise anerkannt werden, daß diese Anschauung und dieses Vorgehen des Herrn *Odier* sich rechtfertigen lassen.

Herr *Hoffmann* erklärt seinen Schritt im wesentlichen wie folgt: er war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine längere Kriegsdauer die Schweiz vor unüberwindliche Schwierigkeiten, namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht, stellen würde. Die Zukunft unseres Landes machte ihm große Sorgen. So hielt er es zunächst nicht nur für sein Recht, sondern auch für seine gebieterische Pflicht, jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, an der Herbeiführung eines allgemeinen Friedens zu arbeiten. Er glaubte, das Telegramm des Herrn *Grimm*, einer infolge seiner sozialistischen Gesinnung den russischen Regierungskreisen nahestehenden Persönlichkeit, biete ihm eine solche Gelegenheit. Er dachte, daß es ihm um so eher gestattet sei, davon



Gebrauch zu machen, als er nicht in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Politischen Departements, sondern rein persönlich handeln wollte.

Der Bundesrat läßt den Motiven, von denen sich Herr *Hoffmann* leiten ließ, und die ihm von seinem Gewissen und von seinem Patriotismus eingegeben waren, alle Gerechtigkeit widerfahren. Allein wir müssen doch unsere Erklärung vom 19. VI. wiederholen, wodurch wir die Verantwortlichkeit für den von Herrn *Hoffmann* getanen Schritt ablehnten und diesen mißbilligten. Es scheint dem Bundesrat nicht zulässig zu sein, daß ein von einem Mitgliede der Regierung ausgehendes Telegramm in einer so heikeln Angelegenheit, wie der Friedensfrage, das überdies mit „Abteilung Auswärtiges“ unterzeichnet ist, als persönlicher Schritt betrachtet werden könne. Eine Frage von solcher Wichtigkeit hätte dem Bundesrate unterbreitet werden sollen, der für deren Erledigung allein zuständig ist. Herr *Hoffmann* hat wie er erklärt hat, niemals einen Separatfrieden zwischen Rußland und den Zentralmächten im Auge gehabt; der Inhalt seines Telegramms konnte jedoch angesichts des durch den Krieg hervorgerufenen allgemeinen Zustandes der Spannung und Erregung bei den Ententestaaten leicht den gegenteiligen Verdacht aufkommen lassen und so die Interessen des Landes ernstlich gefährden, während doch der Bundesrat gegenüber allen Kriegführenden stets strikteste Neutralität verkündet hatte.

Nach Kenntnissnahme unserer Erklärungen werden die eidgenössischen Räte ohne Zweifel mit uns den bedauerlichen Zwischenfall durch die Annahme der Demission des Herrn *Hoffmann* endgültig als erledigt betrachten.

\* \* \*

Von verschiedenen Seiten sind dem Bundesrate Mitteilungen zugegangen, die bei ihm den Eindruck erweckt haben, daß die Vereinigten Staaten von Amerika der Schweiz nicht in allen Teilen günstig gesinnt sind.

Diese Tatsache ist um so bedauerlicher, als die Schweiz in den Vereinigten Staaten von Amerika große Interessen zu wahren hat. Man denke nur an das Getreide und an die wichtigen Rohstoffe, die wir aus diesem Lande beziehen.

Wohl sind wir zu der Hoffnung berechtigt, daß sich die Beziehungen zu der Regierung der Vereinigten Staaten durch die Abordnung des neuen schweizerischen Gesandten verbessern werden. Man durfte aber nichts vernachlässigen, was geeignet erscheinen konnte, die Vorurteile zu zerstreuen.

Man mußte daher vor allem prüfen, ob es nicht geboten erscheine, durch Aufklärung der großen Zeitungen und der gebildeten Kreise auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten einzuwirken.

Allerseits ist dem Bundesrate empfohlen worden, einflußreiche und mit den Verhältnissen des Landes vertraute Männer nach den Vereinigten Staaten zu entsenden, die imstande wären, die erforderlichen Aufschlüsse zu erteilen, und sich namentlich bemühten, die Kreise, die in der Öffentlichkeit den Ton angeben, vornehmlich über die wirtschaftliche und militärische Lage der Schweiz aufzuklären.

---

Das im letzten Berichte erwähnte, zwischen der Schweiz und Deutschland, Frankreich und Belgien abgeschlossene Abkommen ist bereits in Wirksamkeit getreten. Es haben sich infolgedessen im Bestande der Internierten ziemlich große Aenderungen ergeben.

Deutschland, Großbritannien und Holland haben am 2. VII. im Haag ein dem von Bern ähnliches Abkommen abgeschlossen, das übrigens zum Teil auch auf die Schweiz Nachwirkung haben wird.

Holland wird 16000 Mann internieren und sie sämtlich in Lagern unterbringen. Dafür haben sich Großbritannien und Deutschland anheischig gemacht, das erforderliche Material für den Bau und Unterhalt des Lagers zu liefern und für die ärztliche Fürsorge, für die Heizung und Verpflegung aufzukommen.

Trotz den von der Schweiz seit dem Herbst 1916 mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien geführten Verhandlungen, durch die sie eine der Zahl der bei uns untergebrachten Internierten angemessene Erhöhung der Lebensmittelkontingents zu erlangen suchte, hat einzig Großbritannien 20 Wagen Mehl für seine Internierten und Deutschland pharmazeutische Produkte für den Sanitätsdienst unserer Armee geliefert.

Die immer wachsenden Schwierigkeiten für die Lebensmittelversorgung des Landes mahnen uns mit Bezug auf die von uns aufzunehmenden Interniertenzahl zu äußerster Vorsicht.

---

Als sich Italien im Mai 1915 am Kriege beteiligte, übernahm das politische Departement die Wahrung der italienischen Interessen in Deutschland und der deutschen Interessen in Italien. Und nachdem im Februar 1917 die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika abgebrochen waren, wurden die vorher von der Unionsregierung besorgten Angelegenheiten der Zentralmächte zum großen Teil unserm Lande übertragen. So übernahm das politische Departement in der Folge die Vertretung der Deutschen in Frankreich, Großbritannien, Amerika, Japan und Rumänien; der Oesterreicher in Frankreich und Rumänien; der Bulgaren in Rumänien. Zu diesen Vertretungen kamen noch die von Frankreich, Italien und Rumänien in Oesterreich, von Brasilien, sowie auch von Haiti in Deutschland hinzu. Außerdem wurden die Deutschen in Neu-Guinea, in Samoa, auf den Bermudainseln, in Mosambik, in Apia, auf Neuseeland, in Queenstown, in Tasmanien und in Tunis dem Schutze unserer dortigen Konsulate unterstellt.

Diese riesige Vermehrung unserer Geschäfte hat uns gezwungen, auf dem politischen Departemente eine besondere Unterabteilung zu errichten, die sich ausschließlich mit den fremden Interessen befaßt. Ebenso haben die Geschäfte unserer Gesandtschaften in Paris, Berlin, London, Washington und Jassy derart zugenommen, daß das Personal zur Bewältigung der Mehrarbeit nicht mehr ausreichte und verstärkt werden mußte.

Diese Verhältnisse zwangen uns, einen neuen, ganz unabhängigen Dienst mit besonderer Kanzlei einzurichten, was, wie für die angeführten Gesandt-

schaften, so auch für das Departement, das einen Zuwachs von monatlich 6180 Briefen zu verzeichnen hatte, die Anstellung eines zahlreichen Personals erheischte.

Angesichts der Ausdehnung dieses neuen Geschäftskreises haben wir beschlossen, unter der Bezeichnung „Abteilung für Vertretung fremder Interessen und Internierung“ vorübergehend eine von der Abteilung für Auswärtiges ganz unabhängige neue Abteilung zu errichten.

Im Jahre 1916 dehnten die französischen Militärbehörden die Zensur sogar auf die postdienstlichen Sendungen der Zentralpostverwaltungen neutraler Länder an die schweizerische Oberpostdirektion und umgekehrt aus. Gegen diesen durch nichts gerechtfertigten Eingriff in den amtlichen Verkehr staatlicher Verwaltungen neutraler Länder wurde sofort und nachher zu wiederholten Malen erneut Einspruch erhoben. Nach langen Unterhandlungen sicherte endlich die französische Regierung Abhilfe zu. Trotzdem kamen, wenn auch weniger zahlreich als vorher, neue Fälle vor. Erst auf das Dazwischentreten des Betriebsdirektors des französischen Postministeriums hin, hörte das für unser Land verletzende Verfahren gänzlich auf.

Wie in unserm Bericht über die Geschäftsführung der Postverwaltung im Jahre 1916 (Bundesblatt 1917, II, S. 640, Ziffer 4) erwähnt ist, wurde am 17. VI. 16 im großen Rat von Genf wegen zwei Fällen von angeblicher Verletzung des Postgeheimnisses zugunsten einer fremden Macht interpelliert. Die Untersuchung ergab die völlige Haltlosigkeit des gegen das schweizerische Postpersonal erhobenen Vorwurfs. Daraufhin brachte der Interpellant, Herr Großrat *Guinand*, neue Anschuldigungen vor. Auch in bezug auf diese Fälle erwies sich nach eingehender Untersuchung die Unterschiebung einer Verletzung des Postgeheimnisses durch Organe der schweizerischen Postverwaltung als unbegründet.

#### **Nr. 1835. Abschnitt aus dem IX. Neutralitätsbericht der Schweiz vom 20. November 1917.**

##### **A. Politisches Departement.**

##### **Abteilung für Auswärtiges.**

Alle aus Amerika eintreffenden Nachrichten bezeugen, daß unserem neuen Gesandten, Herrn *Sulzer*, und den Delegierten, deren Namen im letzten Bericht erwähnt waren, ein sehr herzlicher Empfang bereitet worden ist.

Die Berichte stellen fest, daß sich in den Vereinigten Staaten und in dortigen Regierungskreisen in ausgesprochener Weise der Wunsch geltend macht, alles, was möglich ist, zu tun, um den berechtigten Wünschen und Bedürfnissen unseres Landes Rechnung zu tragen. Durch zahlreiche Maßnahmen hat Herr *Sulzer*, mit welchem wir in häufigem Depeschenwechsel standen, es erreicht, daß unsere ökonomische Lage Verständnis fand, und hat auf diese Weise eine bedeutende wohlwollende Bewegung zu unsern Gunsten hervorgerufen.

Es ist zu hoffen, daß die noch schwebenden Schwierigkeiten betreffend Versendung von Waren, die in den Häfen zurückgehalten werden, demnächst gehoben werden können.

— — — — —

#### Abteilung für Vertretung fremder Interessen und Internierung.

Wie schon im letzten Bericht ausgeführt worden ist, ist die neu geschaffene „Abteilung für Vertretung fremder Interessen und Internierung“ als völlig selbständige Abteilung dem Politischen Departement unterstellt worden. Diese Neuerung in der Organisation des Politischen Departement ist am 1. XI. in Kraft getreten.

Durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland haben die von der Schweiz übernommenen fremden Interessenvertretungen wieder eine Vermehrung erfahren, indem uns Deutschland den Schutz seiner Angehörigen in Uruguay anvertraute und Uruguay uns die Wahrung seiner Interessen in Deutschland übertrug.

Ferner haben wir gegenüber einem bezüglichlichen Ansuchen der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Rom an unsere Gesandtschaft in Rom unsere Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Interessen der Union in Venedig durch unser dortiges Konsulat wahrnehmen lassen zu wollen, falls sich eine Evakuierung dieser Stadt als notwendig herausstellen sollte.

In welcher Weise sich durch die Uebernahme der fremden Vertretungen die Geschäfte des Departements vermehrt haben, erhellt am besten aus der Tatsache, daß der Umsatz an Korrespondenzen in Angelegenheiten des fremden Interessenschutzes im Monat März, dem ersten Monat nach Uebernahme der erheblichsten Interessenvertretungen, noch 4821 Briefe und 246 Telegramme betrug, während er im Monat Oktober auf 8039 Briefe und 219 Telegramme gestiegen ist.

— — — — —

Die Verhandlungen zwischen der Schweiz einerseits und Deutschland und Frankreich andererseits, die unter anderem auf einen größeren direkten Austausch von Kriegsgefangenen zwischen den beiden Ländern abzielten, haben bis jetzt kein endgültiges Ergebnis gezeitigt. Immerhin hat ein Mitglied des französischen Ministeriums, das dem Politischen Departement den Dank der Regierung der französischen Republik an den Bundesrat für die den französischen Gefangenen erwiesene Fürsorge überbrachte, zugleich die Versicherung abgegeben, daß es der Wunsch seiner Regierung sei, die die Internierung und Gefangenenfürsorge betreffenden Fragen in nächster Zeit einer definitiven Lösung entgegenzuführen, und daß sie zu diesem Zweck mit besonderer Vollmacht ausgerüstete Delegierte nach Bern entsenden werde. Die bezüglichlichen Besprechungen sollen im Laufe des Monats November in Bern stattfinden, und hoffentlich wird es ihnen gelingen, die beteiligten Staaten dem erstrebten Ziele, die unnötigen Härten und Leiden einer langen Kriegsgefangenschaft nach Möglichkeit zu mildern, näher zu bringen.

Der Erhöhung des Pensionsgeldes der Internierten um einen Franken pro Kopf und Tag hat nunmehr auch Frankreich zugestimmt.

\* \* \*

Vom 21. VIII. bis 31. X. (mit Unterbrechung vom 14. bis 31. X., wurden in 87 Zügen 40303 Evakuierte aus Nordfrankreich durch die Schweiz nach Frankreich transportiert.

Die Transporte sind am 5. XI. wieder aufgenommen worden und werden von diesem Termin an namentlich in Rücksicht auf Kohlenersparnisse über Basel geleitet. Es sollen noch rund 150000 Personen zur Heimschaffung nach Frankreich vorgesehen sein.

Die selbstlose und aufopferungsvolle Hingabe, mit welcher sich die bisher an der Heimschaffung beteiligten Behörden und Komitees in den Städten Schaffhausen und Zürich der schwierigen Aufgabe, die die Verpflegung, Bekleidung und sonstige Besorgung der bedauernswerten Leute an sie stellte, unterzogen haben, verdient in wärmster Anerkennung und Dankbarkeit hervorgehoben zu werden.

Es sind außerdem in Gruppen durchgereist als freigelassene Zivilgefangene Deutsche 81, Oesterreicher 7, Luxemburger 13.

Das schweizerische Rote Kreuz hat vom 25. VIII. bis zum 2. XI. im ganzen 2027 französische, britische, serbische, italienische, bulgarische, österreichische und deutsche Invalide durch unser Land befördert.

Am 2. IX. 16 wurde bei einem Postbureau in Basel eine größere Anzahl verschlossener Briefpostsendungen aufgegeben, die Exemplare einer gefälschten Nummer der „Straßburger Post“ (Nr. 676 vom 29. VIII. 16) enthielten. Der Tatbestand konnte dadurch festgestellt werden, daß einige Briefumschläge aus Versehen unverschlossen geblieben waren. Gemäß Verfügung der zuständigen Behörde wurden diese Sendungen als neutralitätswidrig beschlagnahmt.

Im Verlaufe des Monats Oktober abhin gelangten in Basel und Lausanne neuerdings Briefpostsendungen zur Aufgabe, die, wie ermittelt werden konnte, eine gefälschte Nummer der „Straßburger Post“ enthielten. Diesmal betraf es die Nummer 641 vom 16. X. 17. Auch diese Sendungen sind von der zuständigen Behörde beschlagnahmt worden.

Am 30. VII. 17 wurden in Basel ungefähr 200 Briefpostsendungen zur Beförderung aufgegeben, von denen jede, wie anhand unverschlossen gebliebener Umschläge festgestellt werden konnte, mehrere Exemplare der gefälschten Nummer 209 der „Frankfurter Zeitung“, vom 31. VII. 17, enthielt. Diese Sendungen wurden ebenfalls als neutralitätswidrig beschlagnahmt.

**Nr. 1836. Mitteilung vom 28. November 1917 über die Erneuerung der schweizerischen Vorbehalte vom 9. Februar 1917 gegenüber der deutschen Sperrgebietserklärung.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. November 1917, erste Ausgabe, Nr. 356.)

Bern, 28. November.

Die Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft in Bern überreichte mit einer Note vom 20. XI. die am 22. XI. in Kraft tretende Ergänzung zur deutschen Sperrgebietserklärung. Der Bundesrat hat durch Vermittlung des politischen Departements am 23. XI. den Empfang der Note bestätigt. Unter Hinweis auf seine Note vom 9. II., betreffend die deutsche Sperrgebietserklärung, hat der Bundesrat ausdrücklich alle Vorbehalte erneuert, die er damals geltend gemacht hat.

**Nr. 1837. Mitteilung vom 11. Dezember 1917 über einen Protest der Schweiz gegen Gebietsverletzungen durch französische Flieger.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 12. Dezember 1917, Nr. 381.)

Bern, 11. Dezember.

Das politische Departement hat am 10. XII. an die französische Botschaft eine Note gerichtet, in der die Gebietsverletzungen durch fremde Flieger, die Bomben französischen Modells in der Gegend von Muttenz und Menziken auswarfen, zur Kenntnis gebracht wird. Mit der Anzeige der schweren Zwischenfälle wurde die dringende Aufforderung verbunden, solchen Vorkommnissen endlich ein Ziel zu setzen.

**Nr. 1838. Mitteilung vom 14. Dezember 1917 über eine Antwortnote der Schweiz an die Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich der Aufrechterhaltung ihrer Neutralität und Integrität.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. Dezember 1917, Nr. 386.)

Bern, 14. Dezember.

Bei Behandlung des Neutralitätsberichtes im Ständerat verlas Bundesrat *Ador* auf eine Anfrage des Abgeordneten *Winiger*-Luzern die Note Amerikas, worin die Vereinigten Staaten die Neutralität der Schweiz zu verbürgen versprechen, solange die Schweiz selbst neutral bleibt und ihre Neutralität von anderer Seite nicht verletzt wird. — Der Bundesrat hat den Empfang der Note bestätigt und die Versicherung abgegeben, daß die Schweiz den festen Willen habe, ihre Neutralität und Integrität um jeden Preis aufrechtzuerhalten und gegen jeden Angriff zu verteidigen, und daß die Schweiz als souveräner Staat für den Fall, daß ihre Neutralität verletzt würde, selbst darüber entscheiden würde, ob und wann sie die Hilfe eines fremden Staates gegen jeden Eindringling anrufen wolle. In einer redaktionell gleichlautenden Note hat gleichzeitig auch Frankreich der schweizerischen Regierung die

Achtung ihrer Neutralität zugesichert, welche in gleicher Weise wie die amerikanische beantwortet worden ist.

**Nr. 1839. Mitteilung vom 8. Januar 1918 über einen schweizerischen Protest gegen den französischen Bombenabwurf über Kallnach.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. Januar 1918, Nr. 16.)

Bern, 8. Januar.

Da die Untersuchung betreffs der über Kallnach abgeworfenen Bomben ergab, daß es sich um Sprengstücke gleicher Art handelt, wie diejenigen von Pruntrut, Muttetz und Menzikon, wurde die Schweizer Gesandtschaft in Frankreich beauftragt, der französischen Regierung eine Note zu überreichen, worin nachdrücklich und in aller Form gegen derartige Handlungen protestiert wird, und die kategorisch auf vollständige Unterdrückung solcher Verletzungen des Schweizer Gebietes sowie auf Bestrafung der Schuldigen dringt.

**Nr. 1840. Mitteilung vom 12. Januar 1918 über ein Uebereinkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich der Militärdienstpflicht schweizerischer Bürger in Amerika.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 12. Januar 1918, Nr. 22.)

Washington, 12. Januar.

Der Schweizer Gesandte erzielte ein Uebereinkommen mit dem Staatsdepartement, nach welchem Schweizer Bürger, welche jetzt in der Armee der Vereinigten Staaten dienen sollen, nicht zum Militärdienst verpflichtet sind, wenn sie durch ihre diplomatische Vertretung Einspruch erheben. Das Staatsdepartement kündigt jetzt an, daß diese Bestimmung für alle Neutralen gelte.

**Nr. 1841. Mitteilung vom 16. Januar 1918 über die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands durch die Schweiz.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 17. Januar 1918, erste Ausgabe, Nr. 30.)

Bern, 16. Januar.

Der Bundesrat hat den schweizerischen Konsul in Abo beauftragt, der Regierung in Helsingfors zur Kenntnis zu bringen, daß er die Unabhängigkeit und Souveränität des finnischen Volkes anerkenne und bereit sei, mit dessen Regierung in freundschaftliche Beziehungen zu treten.

**Nr. 1842. Mitteilung vom 1. März 1918 über einen schweizerischen Protest in Paris gegen den Abwurf von Bomben über Wald Laengenberg am 26. Februar 1918.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 2. März 1918, Nr. 113.)

Bern, 1. März.

Am 26. II., 11 Uhr 20 Minuten abends, hat ein französisches Flugzeug über Wald Laengenberg zwischen Merishausen und Schaffhausen Bomben

abgeworfen. Das politische Departement hat eine Note an die französische Regierung gerichtet, in welcher auf das formellste und energischste gegen diese Verletzung des schweizerischen Bodens Protest erhoben wird.

**Nr. 1843. Mitteilung vom 2. März 1918 über einen in Petersburg abgegebenen Protest der Schweiz in Verbindung mit andern Neutralen gegen alle russischen Dekrete, durch die die Rechte oder Güter ihrer Staatsangehörigen verletzt werden.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. März 1918, Nr. 114.)

Bern, 2. März.

Der russischen Regierung wurde eine vom dänischen, holländischen, norwegischen, spanischen, schwedischen und schweizerischen Gesandten unterzeichnete Note überreicht, in der die Vertreter dieser neutralen Staaten Verwahrung einlegen gegen alle Dekrete, durch die die Rechte oder Güter ihrer Staatsangehörigen verletzt werden. Der schweizerische Gesandte hat damit im Einverständnis mit seiner Regierung, diesmal in Verbindung mit neutralen Kollegen, einen Schritt wiederholt, den er im Auftrage des politischen Departements vor einigen Wochen für die schweizerischen Interessen allein unternommen hatte.

**Nr. 1844. Abschnitt aus dem 10. Neutralitätsbericht der Schweiz vom 24. Mai 1918.**

**Abteilung für Vertretung fremder Interessen und Internierung.**

Zu den von der Schweiz übernommenen staatlichen Interessenvertretungen sind seit unserm letzten Berichte noch hinzugekommen der Schutz der türkischen und dänischen Interessen im unbesetzten Rumänien, sowie der norwegischen konsularischen Interessen im besetzten Rumänien. Ferner hatte uns Italien Anfang März, zu einer Zeit, als eine feindliche Besetzung der russischen Hauptstadt zu drohen schien, den Schutz seiner Interessen in Rußland übertragen. Doch ist im April die italienische Botschaft wieder nach Petersburg zurückgekehrt, womit die Vertretungstätigkeit unserer dortigen Gesandtschaft beendet war. Endlich haben wir noch, einem Gesuche der dänischen Regierung entsprechend, unser Generalkonsulat in Neapel angewiesen, die dänische Interessenvertretung in seinem Konsularbezirk zu übernehmen.

\* \* \*

Wie bereits im Geschäftsbericht für 1917 erwähnt worden ist, haben im Laufe des Monats Dezember vorigen Jahres mit der Vermittlung des Politischen Departements sowohl zwischen deutschen und französischen, als auch zwischen britischen und türkischen Delegierten Konferenzen stattgefunden in bezug auf Fragen, die die Behandlung und den Austausch von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen betrafen.



Die britisch-türkischen Verhandlungen gelangten noch im Jahr 1917 durch die Vereinbarung vom 28. XII., die nachträglich von den betreffenden Regierungen genehmigt wurde, zu einem formellen Abschluß. Diese Verständigung betrifft die Heimschaffung gewisser Kategorien kranker und verwundeter Gefangener der beiden Armeen und des Sanitätspersonals von Land zu Land, anderseits die Heimschaffung der nicht aushebungspflichtigen Zivilpersonen und den Austausch von Aushebungspflichtigen auf Grund von wechselseitig zu übermittelnden Listen. Außerdem fanden verschiedene Fragen, die den Besuch von Gefangenenlagern, die Behandlung und die Korrespondenz der Gefangenen, Vergeltungsmaßregeln und ähnliches betreffen, in dem Uebereinkommen ihre Regelung. Ein ähnliches Abkommen wurde am 23. III. 18 zwischen französischen und türkischen Delegierten abgeschlossen.

Was die Ergebnisse der Verhandlungen vom Dezember 1917 zwischen deutschen und französischen Regierungsvertretern durch Vermittlung schweizerischer Stellen anbelangt, so wurden sie durch einen nachfolgenden längeren Notenwechsel noch genauer festgelegt und teilweise ergänzt und von den betreffenden Regierungen schließlich genehmigt; die bezügliche Vereinbarung über Kriegsgefangene ist am 15. III. 18 in Kraft getreten. Sie sieht die Entlassung in die Heimat derjenigen Unteroffiziere, Korporale und Mannschaften vor, die das 48. Lebensjahr überschritten und eine 18 monatliche Gefangenschaft hinter sich haben. Offiziere werden unter den gleichen Bedingungen in der Schweiz interniert. Ferner wurde die Entlassung des Sanitätspersonals, die allgemeine Behandlung der Kriegsgefangenen und ihre Beschäftigung im Sinne einer vermehrten Fürsorge eingehend geordnet. Die Bestimmungen sollen auch angewendet werden auf die von belgischen Truppen gefangen genommenen deutschen und die von deutschen Truppen gefangen genommenen belgischen Kriegsgefangenen.

So erfreulich schon der mit jener Vereinbarung errungene Fortschritt angesehen werden konnte, so mußte er doch in beiden Ländern in vermehrtem Maße den Wunsch nach einer durchgreifenderen Regelung in der Gefangenenfürsorge und insbesondere nach einer Durchführung des Gefangenen austausches auf breiterer Grundlage wecken. Kurz nach Inkrafttreten der Vereinbarung vom 15. III. 18 traten deshalb Anfang April neuerdings Vertreter der deutschen und französischen Regierung in Bern zusammen, um, diesmal in gemeinsamen Sitzungen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es konnten von ihnen am 26. IV. zwei Vereinbarungen von großer Tragweite, die eine über Kriegsgefangene, die andere über Zivilpersonen, unterzeichnet werden. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Verständigung wurden bereits auf dem Wege der Mitteilung an die Presse bekanntgegeben. Hunderttausenden von Kriegsgefangenen soll die Wohltat der Heimschaffung im Verlaufe der nächsten 15 Monate zuteil werden. Sämtliche in dem einen Lande internierten oder interniert gewesenen Zivilpersonen des andern Landes sind auf ihren Wunsch in die Heimat zu entlassen. Auch die Schweiz, der es vergönnt war, an dem großen humanitären Werke mitzuwirken, darf sich dazu beglückwünschen.

Eine weitere Konferenz über Kriegsgefangenenfragen zwischen Vertretern der deutschen und der italienischen Regierung ist am 2. V. in Bern zusammengetreten.

-----

#### Polizeiabteilung.

Unterm 21. XI. 17 haben wir eine Verordnung betreffend die Grenzpolizei und die Kontrolle der Ausländer erlassen, die am 20. XII. in Kraft getreten ist. Schon im Jahre 1915 war die Frage der Grenzpolizei und der Kontrolle der Ausländer auf unsere Veranlassung hin durch eine Kommission eingehend geprüft worden, und wir hatten, gestützt auf den Bericht dieser Kommission, die Kantone eingeladen, für eine möglichst scharfe Handhabung der Grenzkontrolle und der Fremdenpolizei besorgt zu sein. Mit der langen Dauer des Krieges zeigte sich aber immer mehr, daß die bestehenden Vorschriften der Kantone über die Fremdenpolizei den außerordentlichen Verhältnissen der Kriegszeit nicht gewachsen waren. Der Zuzug unerwünschter Ausländer wurde immer größer, und die bestehende Grenzkontrolle erwies sich als unzulänglich. Als dann auch die Versorgung unseres Landes tagtäglich größeren Schwierigkeiten begegnete, wurde der Ruf nach Verschärfung der Fremdenpolizei immer deutlicher: im Publikum, in der Presse und in der Bundesversammlung ward eine Verschärfung angebeht. Die Kantone selbst verlangten ebenfalls nach einer einheitlichen, eidgenössischen Regelung der Fremdenpolizei. Diesen Begehren Rechnung tragend und im Hinblick darauf, daß die Interessen des ganzen Landes in Frage standen, arbeiteten wir einen Entwurf zu einer Verordnung betreffend die Grenzpolizei und die Kontrolle der Ausländer aus und unterbreiteten denselben einer Konferenz, an der die Vertreter der Kantone, der Armee und der beteiligten Dienstzweige der eidgenössischen Verwaltung teilnahmen.

Die aus diesen Beratungen hervorgegangene Verordnung stellt im ersten Abschnitt die Bedingungen für das Betreten und Verlassen des schweizerischen Gebietes auf. Als wesentliche Neuerung wurde bestimmt, daß die Ausweispapiere aller einreisenden Ausländer mit dem Visum einer unserer diplomatischen oder konsularischen Vertretungen im Ausland versehen sein müssen und daß der Nachweis sowohl über den einwandfreien Zweck des beabsichtigten Aufenthaltes in der Schweiz als auch über die nötigen Subsistenzmittel verlangt wird. Es findet sowohl vor Erteilung des Visums als auch vor dem Betreten des schweizerischen Gebietes eine Prüfung darüber statt, ob die Einreisebedingungen erfüllt sind. Durch diese zweifache Prüfung sollte eine Garantie für die Fernhaltung unerwünschter Ausländer geschaffen werden. Bei der Ansreise haben die Ausländer an der Grenze wiederum ihre Ausweispapiere vorzuweisen, die mit dem Abmeldestempel der Polizeibehörde des letzten Aufenthaltsortes versehen sein müssen. Die Vorschrift bezweckt, daß die Ausländer vor dem Verlassen unseres Landes ihren Verpflichtungen gegenüber der Eidgenossenschaft, den Kantonen und Gemeinden nachkommen, und

daß die fortwährende Ein- und Ausreise von Schiebern, Schmugglern und Spionen verhindert wird.

Der kleine Grenzverkehr konnte mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Grenzabschnitten nicht einheitlich geregelt werden. Seine Regelung wurde deshalb den für die Handhabung der Grenzkontrolle zuständigen Behörden überlassen.

Grundsätzlich ist die Grenzpolizei Sache der Grenzkantone. In den zum Armeeraum gehörenden Grenzabschnitten, in denen die militärischen Interessen ein Mitspracherecht erfordern, wird die Grenzkontrolle nach einer Verständigung zwischen den zuständigen Kommandostellen und den kantonalen Polizeidirektionen durch die Heerespolizei und die Polizei der Grenzkantone ausgeübt. Die Absperrungsmaßnahmen werden von den Truppen getroffen. Die vom Justiz- und Polizeidepartement in Ausführung der Verordnung zu erlassenden Weisungen und Instruktionen sind auch für die militärischen Stellen verbindlich; dagegen erstreckt sich unsere Oberaufsicht nicht auf die militärischen Maßnahmen der militärischen Stellen. Diese Kompetenzausscheidung fand die Billigung der Armeeführung und der kantonalen Polizeidirektionen.

Ein besonderer Abschnitt der Verordnung behandelt die Kontrolle im Innern des Landes. In erster Linie wird eine Anmeldungspflicht aller Ausländer, sodann aber auch eine Anzeigepflicht der Inhaber von Gasthöfen und Pensionen sowie der Arbeit- und Logisgeber statuiert. Jenen Ausländern, die sich nur vorübergehend im Lande aufhalten, wird gegen Hinterlegung ihrer Answeisschriften eine Kontrollkarte ausgehändigt, die als Ausweis für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft gilt. Der Inhaber einer Kontrollkarte hat sich bei jeder Veränderung des Aufenthaltsortes, sofern sie über 24 Stunden dauert, am letzten Wohnort ab- und am neuen Aufenthaltsort anzumelden. Die Hotel- und Gasthofkontrolle wird durch die Verordnung wesentlich verschärft, um gerade jene Kategorie von Ausländern unter die Kontrolle der Polizeibehörden zu bringen, die sich bisher durch öfteres Wechseln des Hotels oder der Pension derselben zu entziehen gewußt hatte.

In den Strafbestimmungen der Verordnung ist den Kantonen das Recht eingeräumt, Ausländer von sich aus auszuweisen, die sich über den Zweck ihres Aufenthaltes in der Schweiz nicht genügend ausweisen können oder den Weisungen der Polizeibehörden zuwiderhandeln.

Durch unser Justiz- und Polizeidepartement üben wir die Oberaufsicht über die Grenzpolizei und die Kontrolle der Ausländer aus; dem betreffenden Departement ist eine Zentralstelle für Fremdenpolizei angegliedert worden, an welche alle Meldungen und Anfragen bezüglich der Handhabung der Verordnung zu richten sind.

Seit Inkrafttreten der Verordnung ist bisher die Grenzkontrolle, soweit sie den großen Grenzverkehr anbetrifft, überall einheitlich geordnet worden. Mit vielen Schwierigkeiten ist die Regelung des kleinen Grenzverkehrs verbunden. In den meisten Grenzabschnitten sind in Uebereinstimmung mit den

zuständigen ausländischen Behörden neue Bestimmungen für den kleinen Grenzverkehr in Kraft getreten; in einigen wenigen Abschnitten sind sie noch in Vorbereitung. Die Kontrolle im Innern des Landes hat sich noch nicht überall eingelebt.

Gestützt auf die seit Inkrafttreten der Verordnung gewonnenen Erfahrungen kann heute schon festgestellt werden, daß eine einheitliche, eidgenössische Regelung der Fremdenpolizei in diesen außerordentlichen Kriegzeiten im Interesse des Landes dringend notwendig war.

#### Bundesanwaltschaft.

1. Am 20. XI. 17 beschloß der Bundesrat, gestützt auf Art. 70 B. V., die Ausweisung des *Wilhelm Münzenberg*, deutscher Staatsangehöriger, früher Fabrikarbeiter, Coiffeur und Apothekergehilfe, Sekretär des Zentralvorstandes der sozialdemokratischen Jugendorganisation und der internationalen Verbindung sozialdemokratischer Jugendorganisationen, Redakteur der „Freien Jugend“ und der „Jugendinternationale“, weil er seinen Aufenthalt in der Schweiz zu antimilitaristischer Propaganda mißbraucht, junge Leute zur Verweigerung ihrer militärischen Pflichten verleitet und sich an den Novemberunruhen in Zürich beteiligt hat. In einem Wiedererwägungsgesuche bestritt *Münzenberg* die Richtigkeit der Voraussetzungen des Ausweisungsbeschlusses. Am 1. III. 18 wies der Bundesrat das Wiedererwägungsgesuch als unbegründet ab und gab dem Antrag *Münzenbergs* auf Ueberweisung seiner Eingabe an die Bundesversammlung nach der bestehenden Praxis des Bundesrates und der Bundesversammlung (B. Bl. 1879, II, 990, 1899, III, 996, 1002 f., Stenogr. Bulletin 1899, 951, 952) keine Folge. Da *Münzenberg* Refraktär ist, wurde von einer Abschiebung nach seinem Heimatstaate bis jetzt Umgang genommen (vergleiche die Ausführungen über die Ausweisung der Refraktäre und Deserteure im Bericht der Polizeidepartement). Da die Möglichkeit der Abschiebung durch einen andern Staat gegeben war, wurde mit dem Vollzug der Ausweisung noch zugewartet. Sollte sich diese Möglichkeit zerschlagen, so wird sich der Bundesrat schlüssig machen, ob er die Abschiebung nach Deutschland oder die Internierung verfügen will. Der Vollzug der Ausweisung hat sich auch deshalb verzögert, weil die kantonale Staatsanwaltschaft die Anwesenheit *Münzenbergs* im Strafprozeß wegen Aufruhrs als notwendig erachtete.

*Münzenberg* war vom 19. XI. 17 bis 28. I. 18 in Zürich in Untersuchungshaft wegen Teilnahme am Aufruhr. Nach der Haftentlassungsverfügung der kantonalen Untersuchungsbehörde stellte *Münzenberg* an das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement das Gesuch, er möchte nicht wegen des hängigen Ausweisungsverfahrens länger in Haft belassen werden. Da das Wiedererwägungsgesuch wegen der noch nicht abgeschlossenen kantonalen Strafuntersuchung erst nach einigen Wochen erledigt werden konnte und *Münzenberg* ein Arztzeugnis vorwies, wurde dem Haftentlassungsgesuch unter folgenden Bedingungen entsprochen:

a) Die von *Münzenberg* im Strafverfahren geleistete Kaution haftet auch gegenüber dem Bund. b) *Münzenberg* verpflichtet sich, an keinen

politischen Umtrieben teilzunehmen und den Bundesbehörden jederzeit zur Verfügung zu stehen und sein Domizil anzugeben. c) Der Anwalt des *Münzenberg* verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß *Münzenberg* außerhalb der Stadt Zürich Wohnsitz nimmt. Dem *Wilhelm Münzenberg* wurde vor der Haftentlassung eröffnet, daß er unverzüglich in Haft gesetzt und den sofortigen Vollzug des Ausweisungsdekrets zu gewärtigen habe, wenn er die gegenüber den Bundesbehörden eingegangenen Verpflichtungen nicht erfülle.

2. Am 1. III. 18 verbot der Bundesrat, gestützt auf Art. 102, Ziff. 9 und 10 B. V., und Art. 3 des Bundesbeschlusses vom 3. VIII. 14 betreffend Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität, die Herausgabe der „Forderung“, der „Freien Jugend“ und der „Jugendinternationale“ wegen Ausschreitungen, die die innere und äußere Sicherheit des Landes gefährden.

Die „Forderung“, Organ für sozialistische Endzielpolitik, redigiert von *Karl Graf* und begründet von *Itchner, Herzog, Weibel* und den Eheleuten *Acklin*, reizt zu gewalttätiger Er kämpfung der sozialistischen Endziele, zur Revolution und zur Dienstverweigerung auf. Das Blatt schlug in Nr. 8 vom 19. II. folgendes Arbeitsprogramm der sozialdemokratischen Partei vor:

1. Revolutionäre Massenaktionen. 2. Wahl von Arbeiterräten. 3. Ueberführung der politischen Macht an die Arbeiterräte. 4. Organisierung roter Garden. 5. Beschlagnahmung und richtige Rationierung aller Lebensmittel und Gebrauchsartikel. 6. Beschlagnahmung des Bankkapitals und aller Bankbetriebe. 7. Beschlagnahmung aller Produktionsmittel (des Grund und Bodens, der Gebäude, der Maschinen und Werkzeuge). 8. Streichung aller Gemeinde-, Kantons- und Bundesanleihen. 9. Internationalisierung des ganzen Verkehrs wesens. 10. Internationale Regelung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion.

In Flugblättern, die als Beilagen erschienen, fordert das Blatt zum bewaffneten Aufstand und zur Nachahmung der Methoden und Ziele der russischen Revolution auf.

Die „Freie Jugend“ ist das Organ der sozialdemokratischen Jugendorganisationen der Schweiz, die „Jugendinternationale“ das Organ der internationalen Vereinigung sozialdemokratischer Jugendorganisationen. Beide Blätter wurden von *Wilhelm Münzenberg* redigiert, das letztere auch von ihm gegründet. Sie verfolgen die gleichen Ziele: die Erziehung und Vorbereitung der jugendlichen Arbeiter für die soziale Revolution und die gemeinsame Durchführung der revolutionären Kämpfe. In der schärfsten Tonart werden diese Ziele in den beiden Zeitungen verfochten. Als Mittel werden unter anderm empfohlen: die Demobilisation, die systematische revolutionäre Propaganda im Heere, organisierte Dienstverweigerungen, Demonstrationen, Streike, revolutionäre Massenaktionen und bewaffneter Aufstand.

**Nr. 1845. Schweizerischer Bundesratsbeschuß vom 17. Juni 1918 betreffend Verbot der Propaganda auf Abberufung des deutschen Gesandten und des deutschen Militärattachés. (Eidg. G. vom 17. Juni 1918, Nr. 36.)**

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf Art. 102, Ziffer 8 und 9 der Bundesverfassung und den Bundesbeschuß vom 3. VIII. 14 betreffend Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität, beschließt:

1. Die Durchführung der Petition auf Abberufung des deutschen Gesandten und des deutschen Militärattachés, insbesondere der Druck, das Auflegen und das Verbreiten der Unterschriftenbogen, sowie das Sammeln der Unterschriften, ist verboten.

2. Die Widerhandlungen gegen dieses Verbot werden nach Art. 6 der Verordnung vom 6. VIII. 14 betreffend Strafbestimmungen für den Kriegszustand bestraft und nach Art. 7 dieser Verordnung verfolgt und beurteilt.

Gegen Ausländer kann Landesverweisung bis auf 10 Jahre ausgesprochen werden.

3. Die Kantonsregierungen haben die zirkulierenden Unterschriftenbogen sofort zu beschlagnahmen.

4. Dieser Beschuß tritt heute in Kraft.

**Nr. 1846. Aufruf des Bundesrats an das Schweizervolk, vom 7. November 1918. (Eidg. G. vom 11. November 1918, Nr. 71.)**

Getreue, liebe Eidgenossen!

Der Weltkrieg geht seinem Ende entgegen. Die Schweiz hat in dieser schweren Krise, aus der eine neue Weltordnung hervorgehen wird, keinen Blutzoll zahlen müssen. Wohl hatten wir beschwerliche, oft sogar bittere Entbehrungen und Einschränkungen zu erdulden. Sie sind aber nicht zu vergleichen mit den heldenmütig ertragenen Leiden der unmittelbar am Kriege beteiligten Völker; diesen gegenüber müssen unsere Klagen bescheiden verstummen. Wir durften sogar mit unseren schwachen Kräften Wunden anderer heilen.

Alle Kriegführenden haben unsere Neutralität anerkannt und sie geachtet. Alle, ohne Ausnahme gaben uns wertvolle Beweise ihrer Freundschaft. Unsere Armee hat während mehr als vier Jahren unsere Grenzen treu bewacht. Wir danken ihr für ihre Hingabe. Sie verdient unseren tiefgefühlten Dank und den des ganzen Volkes. Namentlich in den Tagen, da eine tödliche Krankheit viele unserer wackeren Wehrmänner dahinraffte, hat sie schwere Zeiten durchgemacht.

Allein in dem Augenblicke, wo wir mit der Armeeführung eine rasche, wenn auch stufenweise Demobilisation durchzuführen beabsichtigten, haben wir uns überzeugen müssen, daß sich gewisser Landesteile und namentlich der Stadt Zürich eine wachsende Beunruhigung bemächtigt hat. Die Züricher

Regierung bat uns dringend, zur Beruhigung der Bevölkerung und um Unruhen vorzubeugen, neue Truppen aufzubieten. Offen oder verschleiert drohen gewisse Gruppen und Blätter, die revolutionären und anarchistischen Experimente, die Rußland blutig heimsuchen, nach der Schweiz zu verpflanzen. Zweifelhafte, meist landesfremde Elemente, säen Haß, beuten die Schwierigkeiten unserer Landesversorgung, die zu beseitigen nicht in unserer Macht liegt, aus und schüren die gefährlichsten Leidenschaften. Solche Menschen schrecken weder vor Gewalttat noch vor Verbrechen zurück. In dem gastfreien und dem Geiste der Freiheit so offenen Schweizer Haus ist kein Platz für sie.

Diese Umtriebe und deren Folge bilden die größten Gefahren für die Sicherheit und die Integrität unseres Landes. Die Blicke der Völker und ihrer Leiter sind auf uns gerichtet. Es war stets Ehrenpflicht der Schweiz, ein Hort der Freiheit zu sein; niemals aber war sie ein Herd der Unordnung, sie soll es auch niemals werden.

Wir sind fest entschlossen, die vornehmste aller unserer Pflichten zu erfüllen: Ordnung im Lande zu halten und die öffentliche Sicherheit zu schützen. Daher haben wir beschlossen, vier Infanterieregimenter und vier Kavalleriebrigaden aufzubieten.

Wir haben diese Maßnahmen nicht leichten Herzens getroffen; wir sind uns des schweren Opfers, das wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen unsern Soldaten auferlegen, voll bewußt; aber wir zählen auf ihren Patriotismus und ihre Disziplin. Wir erblicken die Aufgabe einer Regierung vorab darin, Unruhen zu verhüten, und nicht nur darin, sie zu unterdrücken. Die öffentliche Meinung würde uns zu spätes und schwächliches Einschreiten mit Recht nicht verzeihen.

Wir wenden uns an Euch, getreue, liebe Eidgenossen, und erwarten, daß Ihr in dieser so verantwortungsvollen Stunde durch Eure Ruhe, durch Euren Bürgersinn, durch Besonnenheit und Selbstbeherrschung Eure Regierung unterstützt.

Unsere Maßnahmen sind weder gegen eine bestimmte Klasse noch gegen eine bestimmte schweizerische Partei gerichtet. Wir laden alle, Arbeiter, Bauern und übrige Bürger, die Parteien und ihre Führer ein, mit uns einträchtig zusammenzuarbeiten und uns zu helfen, unser Land, ohne Unruhen und ohne gewaltsame Erschütterungen, aus der Kriegs- in die Friedenszeit hinüberzuführen. Kein einsichtiger Schweizer wird den Feinden unserer Demokratie Heerfolge leisten.

Die Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk. Sie ist das Fundament aller unserer Einrichtungen. Ohne die Demokratie müßte die Schweiz untergehen. Wenn der Krieg uns verschonte, wenn unsere nationale Zusammengehörigkeit sich gefestigt und geläutert hat, wenn die Völker uns ihre Sympathien schenken, so geschieht dies auch deshalb, weil unser Land die älteste Wiege der Freiheit ist, und seine Bürger die treuesten Hüter des demokratischen Gedankens sind. Wohl besteht die Demokratie nicht nur in

äußerlichen Formen; diese müssen von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität durchdrungen sein; die Formen der Demokratie sind aber doch das unentbehrliche Werkzeug, um der Gerechtigkeit und dem Solidaritätsbewußtsein zum Siege zu verhelfen. Dieses Werkzeug zerbrechen, hieße den sozialen Fortschritt verhindern. Sollten heute, wo der demokratische Gedanke überall siegreich zum Durchbruch gelangt, Schweizer, die dieses Namens würdig sind, ihn verleugnen?

Demokratie und Sozialreform sind die beiden Seiten des nämlichen Problems. Wir müssen unsere politischen Einrichtungen vervollkommen, um sie in höherem Maße der Verbesserung und Hebung unserer sozialen Verhältnisse dienstbar zu machen. Die soziale Reform drängt sich allen denen gebieterisch auf, die die große Lehre der Zeit verstanden haben. Sie kann sich aber nur auf dem Wege der ruhigen Entwicklung vollziehen. Sozialreform und Revolution werden in der Schweiz unvereinbare Gegensätze bleiben.

In diesen vier Kriegsjahren haben wir alles getan und wir werden fernerhin alles tun, um dem Schweizervolke und besonders unsern Mitbürgern mit bescheidenem Einkommen die Lebensbedingungen zu erleichtern. Den Fragen der Ernährung, der Bekleidung, der Arbeitslosigkeit, der Unterkunft, der Gehalts- und Lohnverhältnisse schenken wir die ernsteste Aufmerksamkeit. Nur durch weitherziges Entgegenkommen und durch brüderliche Hilfe werden wir aller Schwierigkeiten Herr werden.

Getreue, liebe Eidgenossen, laßt uns unsere Anstrengungen vereinigen, um in unserm geliebten Vaterlande Frieden und Wohlfahrt zu bewahren.

Wir empfehlen Euch samt uns dem Machtschutze Gottes.

**Nr. 1847. Schweizerischer Bundesratsbeschluß vom 2. Dezember 1918 betreffend Aufhebung der Verordnung vom 2. Juli 1915 über die Beschimpfung fremder Völker, Staatsoberhäupter oder Regierungen und betreffend Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom 27. Juli 1915 über die Preßkontrolle während der Kriegswirren. (Eidg. G. vom 4. Dezember 1918, Nr. 75.)**

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf Art. 102, Ziffer 9 der Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. V. 1874, sowie auf den Bundesbeschluß vom 3. VIII. 14 betreffend Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität, beschließt:

Art. 1. Die Verordnung vom 2. VII. 15 betreffend die Beschimpfung fremder Völker, Staatsoberhäupter oder Regierungen\*) ist aufgehoben.

Art. 2. Die politische Preßkontrolle über die inländischen Pressorgane (Zeitungen und Zeitschriften) wird aufgehoben, und es wird demgemäß Art. 3 des Bundesratsbeschlusses vom 27. VII. 15 betreffend die Preßkontrolle während der Kriegswirren\*\*) außer Kraft gesetzt.

\*) S. Gesetzsammlung, Bd. XXXI, S. 249.

\*\*) S. Gesetzsammlung, Bd. XXXI, S. 273.



**Art. 3.** Die Verfolgung und Beurteilung von Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen der eidgenössischen Preßkontrollkommission, die sich auf ausländische Publikationen und auf nicht periodische Veröffentlichungen inländischen Ursprungs in Schrift oder Bild beziehen, sowie gegen einschlägige Verfügungen der kantonalen Polizeiorgane, wird den Kantonen übertragen. Dasselbe gilt für Zuwiderhandlungen gegen den Bundesratsbeschuß vom 22. I. 18 zur Ergänzung des Bundesratsbeschlusses vom 27. VII. 15 betreffend die Preßkontrolle während der Kriegswirren\*) (Pflicht zur Einsendung von Kontrollexemplaren an die Preßkontrollkommission) und die darauf gestützten Anordnungen und Verfügungen.

Auf diese Vergehen finden die allgemeinen Bestimmungen des Bundesstrafrechts vom 4. II. 1853, und wenn die Widerhandlung mittels der Druckerpresse oder auf ähnliche Weise verübt worden ist, die Artikel 69 bis 71 desselben Gesetzes Anwendung.

Die bezüglich solcher Vergehen gefällten Gerichtsurteile, Strafbescheide und Entscheide von Ueberweisungsbehörden sind im Sinne von Art. 155 des Bundesgesetzes vom 22. III. 1893/6. X. 11 über die Organisation der Bundesrechtspflege durch die Kantonsregierungen dem Bundesrate einzusenden.

**Art. 4.** Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft.

## **Nr. 1848. Abschnitt aus dem 11. Neutralitätsbericht der Schweiz, vom 2. Dezember 1918.**

### **A. Politisches Departement.**

#### **Auswärtiges.**

**Gebietsverletzung.** In Anbetracht der Tatsache, daß es unmöglich war, die Urheber der Bombenwürfe auf Pruntrut, Kallnach und Merishausen festzustellen, hat der Bundesrat in seiner Sitzung vom 17. VI. beschlossen, für den durch die erwähnten Attentate verursachten Schaden angemessene Entschädigungen aus der Bundeskasse zu bezahlen. Dies wurde jedoch nur aus Gründen der Billigkeit beschlossen, und der Bundesrat erkennt keineswegs eine diesbezügliche Rechtspflicht; er behält sich das Recht vor, von den verantwortlichen kriegführenden Staaten, insofern diese festgestellt werden können, später die Begleichung seiner Auslagen zu verlangen.

Infolge dieses Bundesratsbeschlusses hat das Politische Departement die Schätzung der verursachten Schäden veranlaßt und wird auch, im Einvernehmen mit dem Militär- und Finanzdepartement, für die Bezahlung des festgesetzten Betrages sorgen.

Der Bundesrat hat sich vorbehalten, in ähnlichen Fällen von Fall zu Fall einen Entschluß zu treffen.

---

\*) S. Gesetzsammlung. Bd. XXXIV, S. 139.

## Vertretung fremder Interessen und Internierung.

Einem Ersuchen der italienischen Regierung entsprechend, sind die schweizerischen Vertreter in Rußland und in der Ukraine im Oktober angewiesen worden, den Schutz der italienischen Interessen neuerdings zu übernehmen.

Aus der Tätigkeit der Abteilung in der Berichtszeit kann als bemerkenswert hervorgehoben werden die Uebermittlung an die französische Regierung der Note der österreichisch-ungarischen Regierung vom 14. IX. 18, die sich an alle mit Oesterreich-Ungarn im Kriege befindlichen und an die neutralen Regierungen richtete und den Zweck verfolgte, an einem neutralen Orte Vorbesprechungen zur Erörterung der Friedensgrundlagen zu veranstalten. Am 28. X. erfolgte ferner durch unsere Vermittlung die Mitteilung an die französische Regierung, daß Oesterreich-Ungarn der Auffassung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechte der Völker Oesterreich-Ungarns zustimme und bereit sei, in Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden einzutreten, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten. Ebenfalls im Wege der Interessenvertretung erfolgte die Uebermittlung des Ersuchens der deutschen Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vom 4. X. 18 zur Herbeiführung eines allgemeinen Waffenstillstandes und zur Herstellung des Friedens und die weiteren diesbezüglichen Eröffnungen der deutschen Regierung vom 12., 20. und 27. X., sowie die darauf erteilten Antworten des Präsidenten *Wilson*.

Den mit den Berner Vereinbarungen vom 15. III. und 26. IV. 18 in höchst erfreulicher Weise abgeschlossenen deutsch-französischen Verhandlungen über Kriegsgefangenenfragen folgten in Bern eine Reihe weiterer Konferenzen zwischen Vertretern kriegführender Staaten zur Besserung des Loses der Kriegsgefangenen und zurückgehaltenen Zivilpersonen.

Die am 2. V. begonnenen Verhandlungen zwischen deutschen und italienischen Vertretern führten am 15. V. zum Abschluß einer Vereinbarung, in der insbesondere der Austausch der Schwerkranken und Schwerverwundeten sowie die Behandlung der Kriegsgefangenen geregelt wurde. Verschiedene Umstände hatten leider die erst jüngst erfolgte beiderseitige Genehmigung dieses Abkommens verzögert.

Zwischen Delegierten der österreichisch-ungarischen und der serbischen Regierung wurde am 1. VI. nach kurzen Verhandlungen in Bern eine Vereinbarung geschlossen, die vornehmlich die Heimschaffung der Invaliden sowie auch einer ansehnlichen Zahl von gesunden Kriegsgefangenen bezweckt. Das Abkommen wurde bereits im Juli von beiden Regierungen genehmigt.

Ferner ist am 21. IX. nach Verhandlungen, die einen Monat währten, eine Uebereinkunft zwischen Vertretern der österreichisch-ungarischen und der italienischen Regierung zustande gekommen, die die ganze Behandlung der Kriegsgefangenen in besonders eingehender Weise regelt und auch die Durchführung der bereits früher begonnenen Heimschaffung der kranken und verwundeten Kriegsgefangenen weiterhin sichert. Die Genehmigung seitens der

beteiligten Regierungen ist noch nicht erfolgt, dürfte aber in Bälde zu erwarten sein.

Unmittelbar nach Abschluß dieser letzteren Verhandlungen ist am 24. IX. eine weitere Konferenz von Vertretern der deutschen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Behandlung von Kriegsgefangenenfragen hier zusammengetreten. Dieselbe führte am 11. XI. zur Unterzeichnung einer Vereinbarung, die wiederum die Behandlung der Kriegsgefangenen nach allen Seiten in genauer Weise bestimmt und ferner die Entlassung in die Heimat oder die Internierung in neutralem Lande der Kriegsinvaliden, sowie von gesunden Kriegsgefangenen und Zivilpersonen ins Auge faßt.

Andere in Bern abzuhaltende Konferenzen dieser Art sind bereits in Aussicht genommen. Wir werden auch dazu gerne Hand bieten, wenn die Ereignisse den Abschluß weiterer Kriegsgefangenenabkommen noch als wünschenswert erscheinen lassen.

\* \* \*

Mit den Ende Mai 1918 wieder aufgenommenen geschlossenen Transporten von Evakuierten aus den besetzten Gebieten Nordfrankreichs, wurden in der Zeit vom 29. V. bis 11. X. im ganzen 104 923 Männer, Frauen und Kinder auf der Strecke Basel-Bouveret durch die Schweiz geführt. Diese Evakuiertentransporte sind nun voraussichtlich, infolge der veränderten politischen Lage, beendet. Seit Anbeginn sind zirka 472 000 evakuierte Personen durch die Schweiz befördert worden.

Die Gesamtziffer der vom 21. V. bis 31. X. durch das schweizerische Rote Kreuz durch die Schweiz heimbeförderten deutschen, französischen, italienischen, österreichischen, ungarischen und serbischen Schwerkranken und Schwerverwundeten betrug 12 621 Mann.

Die gemäß den zwischen der deutschen und der französischen Regierung in Bern am 26. IV. 18 abgeschlossenen Vereinbarungen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen ausgeführten Austauschtransporte haben im Juli 1918 begonnen. Dieselben mußten infolge unerwartet aufgetretener Schwierigkeiten unmittelbar nach Beginn wieder auf längere Zeit unterbrochen werden, so daß bis dahin bloß 19 043 deutsche und französische Kriegsgefangene und Zivilinternierte ausgetauscht wurden. Ueberdies erfolgte eine Heimschaffung von 804 italienischen Zivilpersonen aus Oesterreich-Ungarn.

Mit dem 1. VII. 18 ist die besondere Sektion für Transporte der Territorialdienstleitung in Funktion getreten, deren Aufgabe es ist, die durch die internationalen Abkommen vereinbarten Transporte im Benehmen mit den schweizerischen Transportanstalten zur Durchführung gelangen zu lassen.

#### Polizeiabteilung.

Auf dem Gebiet der Grenzpolizei und der Kontrolle der Fremden im Innern des Landes sind keine grundsätzlichen neuen Beschlüsse zu erwähnen. Die dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement angegliederte Zentral-

stelle für Fremdenpolizei ist infolge des außerordentlich großen Geschäftdranges ausgebaut worden und ist mit Erfolg um eine möglichst einheitliche Durchführung der im letzten Bericht, S. 18 ff., eingehend besprochenen Verordnung vom 21. XI. 17 unter tunlichster Wahrung der Interessen des Landes bemüht. Da dieser Dienstzweig eine Ausdehnung angenommen hat, die in keiner Weise vorauszusehen war, und deshalb auch große finanzielle Anforderungen an den Bund stellt, sahen wir uns veranlaßt, um in der letztgenannten Beziehung einen Ausgleich herbeizuführen, mit Beschluß vom 13. VIII. 18 die Zentralstelle für Fremdenpolizei zu ermächtigen, für jede Verlängerung der Dauer eines Paßvisums zuhanden der Staatskasse eine Gebühr von 5 Fr. zu erheben, von deren Einzug im Fall nachgewiesener Mittellosigkeit Umgang zu nehmen ist.

Allein auch auf dem Gebiet der Fremdenpolizei stellt uns das Ende des Krieges vor neue Fragen, insbesondere kommt hier im gegenwärtigen Augenblick das Zurückfluten der vielen Tausende von Angehörigen der kriegführenden Staaten in Betracht, die vor dem Krieg in der Schweiz ansässig waren und nun nach der Demobilisierung ihrer Armee zu ihren Angehörigen oder zu ihrer früheren Tätigkeit zurückkehren wollen. Außer diesen werden aber auch noch viele andere Angehörige der kriegführenden Mächte, namentlich solange die Lage in einer Reihe der uns umgebenden Staaten unsicher bleibt, das Bedürfnis nach einer Zuflucht in der Schweiz empfinden. Unter diesen beiden Kategorien finden sich zweifellos auch Elemente, die uns keineswegs erwünscht sind. Es wird daher nötig sein, diesen Zustrom von Ausländern nach Möglichkeit zu regulieren und scharf zu überwachen. Wir haben uns denn auch schon zu provisorischen Maßnahmen in dieser Hinsicht veranlaßt gesehen, nämlich zur Errichtung von schweizerischen Paßvisierstellen in Feldkirch und Singen. In unserm Beschluß vom 10. XI. 18 betreffend Grenzpolizei und Quarantänemaßnahmen gegenüber entlassenen Soldaten der kriegführenden Armee haben wir sodann einige Grundsätze aufgestellt, die bei der Zulassung solcher Leute zu beobachten sind. Einzulassen ist danach, wer einen regelrechten Paß mit dem Visum einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung im Herkunftsstaat besitzt, oder, auf Grund hinreichender anderer Personalausweise, wer früher in der Schweiz seinen ständigen bürgerlichen Wohnsitz hatte oder seine Familie, eigenes Geschäft oder ständige Arbeit in der Schweiz hat, sofern nämlich die schweizerische Wohngemeinde damit einverstanden ist. Die Leute haben den Entscheid über ihre Zulassung jenseits der Grenze abzuwarten. Wer die vorstehenden Bedingungen nicht erfüllt, ist zurückzuweisen. Alle Eingelassenen haben eine sanitärische Untersuchung und Quarantäne zu bestehen.

Wir betonen ausdrücklich, daß es sich bis anhin nur um die ersten notwendigsten Maßnahmen auf diesem Gebiet handelt, das sich zurzeit noch gar nicht völlig überblicken läßt und das uns wahrscheinlich noch Anlaß geben wird, weitere Maßnahmen im Interesse des ganzen Landes zu ergreifen.

1) **Niederlande** \*).**Nr. 1849. Neutralitätserklärung vom 5. August 1914.****N. Ob. I S. 2.**

Art. 1. Innerhalb des Rechtsgebietes des Staates, umfassend das Rechtsgebiet des Königreichs in Europa, nebst den Kolonien und Besitzungen in anderen Weltteilen, werden keinerlei Feindseligkeiten zugelassen, noch darf jenes Gebiet als Basis für feindliche Operationen benutzt werden.

Art. 2. Weder die Besetzung eines Teiles des Staatsgebietes durch eine der kriegführenden Mächte noch der Durchzug zu Land durch dieses Gebiet von Truppen oder Transporten, von Munition oder Lebensmitteln, die einer der kriegführenden Parteien gehören, werden zugelassen, noch der Durchzug durch das innerhalb der territorialen Gewässer gelegene Niederländische Wassergebiet mit Kriegsschiffen oder mit diesen gleichgestellten Fahrzeugen der kriegführenden Mächte.

Art. 3. Truppen oder Militärpersonen, die zu den Kriegführenden gehören oder für sie bestimmt sind, welche zu Lande in das Staatsgebiet gelangen, werden sogleich entwaffnet und bis zum Ende des Krieges interniert.

**\*) Niederländische Orange- und Weißbücher:****A. Orangebücher:**

I. Overzicht der voornaamste van juli 1914 tot october 1915 door het ministerie van buitenlandsche zaken behandelde en voor openbermaking geschikte aangelegenheden. (Ohne Jahr und Ort.)

(Angeführt als **N. Ob. I.**)

II. Overzicht van eenige in het tijdvak october 1915 tot juli 1916 door het ministerie van buitenlandsche zaken behandelde aangelegenheden. (Ohne Jahr und Ort.)

(Angeführt als **N. Ob. II.**)

III. Mededeelingen van den minister van buitenlandsche zaken aan de staten-generaal juli-december 1916. (Ohne Jahr und Ort.)

(Angeführt als **N. Ob. III.**)

IV. Mededeelingen van den minister van buitenlandsche zaken aan de staten-generaal december 1916 — april 1918. (Ohne Jahr und Ort.)

(Angeführt als **N. Ob. IV.**)

V. Mededeelingen van den minister van buitenlandsche zaken aan de staten-generaal april 1918 — juni 1919. (Ohne Jahr und Ort.)

(Angeführt als **N. Ob. V.**)

**B. Weißbücher.**

I. Diplomatieke bescheiden betreffende de inbeslagneming door de britsche autoriteiten van over zee vervoerde brievenpost. (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1916.)

(Angeführt als **N. Wb. I.**)

II. Diplomatieke bescheiden betreffende de toelating van oorlogsschepen en bewapende handelsvaartuigen der oorlogvoerenden binnen het nederlandsche rechtsgebied (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1917.).

(Angeführt als **N. Wb. II.**)

Kriegsschiffe oder damit gleichgestellte Fahrzeuge eines kriegführenden Teiles, welche wider die in Art. 2, 4 oder 7 erwähnten Vorschriften handeln, dürfen jenes Gebiet nicht vor Beendigung des Krieges verlassen.

Art. 4. Kriegsschiffe oder damit gleichgestellte Fahrzeuge einer kriegführenden Partei werden nicht in das Rechtsgebiet des Staates zugelassen werden.

Art. 5. Das im vorigen Artikel Bestimmte ist nicht anwendbar auf:

1. Kriegsschiffe oder damit gleichgestellte Fahrzeuge eines Kriegführenden, welche wegen Havarie oder Seenot genötigt sind, einen der Häfen oder eine der Reeden des Staates anzulaufen. Diese Schiffe müssen wieder abfahren, sobald die Umstände, welche das Einlaufen notwendig gemacht haben, nicht mehr vorhanden sind.

2. Kriegsschiffe oder ihnen gleichstehende Fahrzeuge eines Kriegführenden, welche innerhalb des Rechtsgebietes der Kolonien und Besitzungen in anderen Weltteilen einen Hafen oder eine Reede lediglich zu dem Zwecke anlaufen, um ihren Vorrat an Lebensmitteln oder an Brennmaterial zu ergänzen. Diese Schiffe müssen wieder abdampfen, sobald die Umstände, die das Anlaufen bedingt haben, beseitigt sind; in keinem Fall dürfen sie länger als 24 Stunden im Hafen oder auf Reede bleiben.

3. Kriegsschiffe und damit gleichstehende Fahrzeuge eines Kriegführenden, welche ausschließlich für eine religiöse, wissenschaftliche oder menschenfreundliche Mission benutzt werden.

---

III. Diplomatieke bescheiden betreffende de toelating van bewapende handelsvaartuigen der oorlogvoerende en onzijdigen binnen het nederlandsche rechtsgebied. Augustus 1914 — november 1917 (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1917).

(Angeführt als **N. Wb. III.**)

IV. Doorvoer door Nederland uit Duitschland naar België, en in omgekeerde Richting. (Briefwisseling met de britsche en duitsche regeeringen.) (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1917.)

(Angeführt als **N. Wb. IV.**)

V. Nachtrag ohne Titelblatt (enthaltend die Nummern 86, 87, 88, 89, welche an das die Nummern 1—85 enthaltende **N. Wb. IV** anschließen und durch das mit Nummer 90 beginnende **N. Wb. VI** fortgesetzt werden).

(Angeführt als **N. Wb. V.**)

VI. Doorvoer door Nederland uit Duitschland naar België, en in omgekeerde richting. (Briefwisseling met de britsche en duitsche regeeringen) Tweede Vervolg. (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1918.)

(Angeführt als **N. Wb. VI.**)

VII. Obbrenging van de nederlandsche schepen „Elve“ en „Bernisse“. (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1918.)

(Angeführt als **N. Wb. VII.**)

VIII. „Zitting 1917—1918. — 2. Staatsbegrooting voor het dienstjaar 1918. — III<sup>de</sup> hoofdstuk. No. 22.“ (Drucksachen der Verhandlungen der Generalstaaten, ohne Titel.)

(Angeführt als **N. Wb. VIII.**)

Art. 6. Kriegsschiffe und damit gleichstehende Fahrzeuge eines Kriegführenden dürfen in den Häfen und auf den Reeden des Staates ihre Havarien nur insofern wiederherstellen, als dies für die Sicherheit der Fahrt unentbehrlich ist, und dürfen in keiner Hinsicht ihre Streitkraft vermehren.

Art. 7. Kriegsschiffe oder damit gleichstehende Fahrzeuge eines Kriegführenden, welche sich bei Ausbruch des Krieges innerhalb des Rechtsgebietes des Staates befinden sollten, müssen innerhalb 24 Stunden nach Bekanntmachung dieser Bestimmungen abfahren.

Art. 8. Wenn Kriegsschiffe oder ihnen gleichstehende Fahrzeuge der miteinander kämpfenden Parteien sich gleichzeitig unter den in Art. 5 erwähnten Umständen in einem und demselben Weltteil innerhalb des Rechtsgebietes des Staates befinden, müssen mindestens 24 Stunden zwischen der Abfahrt der einander feindlichen Schiffe verstreichen.

Die Ordnung bei der Abfahrt wird, vorbehaltlich besonderer Umstände, nach der Ordnung der Ankunft bestimmt.

Ein Kriegsschiff oder ein ihm gleichstehendes Fahrzeug einer der kriegführenden Parteien kann das Rechtsgebiet des Staates erst nach 24 Stunden von der Abfahrt eines Kauffahrteischiffes, das die Flagge seiner Gegenpartei führt, verlassen.

Art. 9. Kriegsschiffe oder damit gleichstehende Fahrzeuge eines Kriegführenden, genannt im Art. 5 und Art. 7, dürfen sich in den Häfen und auf den Reeden des Staates nicht weiter mit Lebensmitteln versehen, als um ihren Vorrat bis zum normalen Vorrat in Friedenszeiten auszufüllen. Ebenso wenig dürfen sie mehr Brennmaterial einnehmen als wie, einschließlich des noch an Bord befindlichen Vorrats, notwendig ist, um den nächstliegenden Hafen ihres eigenen Landes erreichen zu können.

Ein und dasselbe Schiff darf nicht wieder mit Brennmaterial versehen werden, bis mindestens 3 Monate verstrichen sind nach einer früheren Anfüllung innerhalb des Rechtsgebietes des Staates.

Art. 10. Prisén dürfen in das Rechtsgebiet des Staates nur gebracht werden wegen Nichtseetüchtigkeit, schlechter Beschaffenheit der See, Mangel an Brennmaterial oder an Lebensmitteln.

Sie müssen wieder abfahren, sobald die Ursache, welche das Einfahren berechtigt, aufgehört hat.

Wenn sie solchem nicht nachkommen, wird ihnen der Befehl, sogleich abzufahren, bekanntgegeben werden; im Falle sie dem keine Folge leisten, werden die Mittel angewendet werden, die zur Verfügung stehen, um die Prisén mit ihren Offizieren und ihrer Mannschaft freizulassen und die Mannschaft, die von dem Prisénmacher an Bord gesetzt war, zu internieren.

Art. 11. Es ist verboten, innerhalb des Rechtsgebietes des Staates zugunsten der Kriegführenden Streitkorps zu bilden oder Anwerbebüros zu eröffnen.

Art. 12. Es ist verboten, innerhalb des Rechtsgebietes des Staates auf Kriegsschiffen oder damit gleichgestellten Fahrzeugen eines Kriegführenden Dienst zu nehmen.

Art. 13. Es ist verboten, innerhalb des Rechtsgebietes des Staates zugunsten Kriegführender Fahrzeuge, bestimmt zu Militärzwecken, auszurüsten, zu bewaffnen oder zu bemannen, oder derartige Fahrzeuge einem Kriegführenden zuzuführen oder zu verschaffen.

Art. 14. Es ist verboten, innerhalb des Rechtsgebietes des Staates Kriegsschiffen oder damit gleichstehenden Fahrzeugen eines Kriegführenden Waffen oder Munition zukommen zu lassen, sowie auch ihnen in irgendwelcher Weise zur Vermehrung ihrer Besatzung oder Ausrüstung behilflich zu sein.

Art. 15. Es ist verboten, innerhalb des Rechtsgebietes des Staates ohne vorangegangene Bevollmächtigung der betreffenden befugten örtlichen Behörden an Kriegsschiffen oder damit gleichgestellten Fahrzeugen eines Kriegführenden Reparaturen vorzunehmen oder ihnen Lebensmittel oder Brennmaterial zu liefern.

Art. 16. Es ist verboten, innerhalb des Rechtsgebietes des Staates mitzuwirken bei der Abtastung oder Reparatur von Fräsen, außer soweit notwendig ist, um die Fräsen seetüchtig zu machen; ferner Fräsen oder Fräsen-güter zu kaufen, in Tausch oder geschenkt anzunehmen oder aufzubewahren.

Art. 17. Zum Rechtsgebiet des Staates gehört auch das Küstengewässer bis auf eine Entfernung von drei Seemeilen (60 Seemeilen = einem Breitengrad gerechnet) vor der Tiefwasserlinie. Was die Buchten anbetrifft, so wird die Entfernung von drei Seemeilen von einer geraden Linie aus gemessen, die quer durch die Bucht gezogen wird, und zwar so nahe wie möglich beim Eingang an dem Punkt, wo zuerst die Öffnung der Bucht 10 Seemeilen (von 60 Meilen auf den Breitengrad) übersteigt.

Art. 18. Ferner wird aufmerksam gemacht auf: die Artikel 100, sub 1<sup>o</sup>, und 205 Strafgesetzbuches, das indische Staatsblad 1905, Nr. 62; Art. 7, sub 4<sup>o</sup>; des Gesetzes betreffend die Niederländische Staatsangehörigkeit (Niederländisches Staatsblad 1892, Nr. 268, 1910, Nr. 216); Art. 2, Nr. 3 des Gesetzes für niederländische Untertanen (Niederländisches Staatsblad 1910, Nr. 55; Indisches Staatsblad 1910, Nr. 296); die Art. 54 und 55 des Surinaamschen Strafgesetzbuches; die Art. 54 und 55 des Curaçaoschen Strafgesetzbuches.

Auch werden die Schiffsbefehlshaber, Reeder oder Einlader auf die Gefahr und die Nachteile aufmerksam gemacht, denen sie sich aussetzen, indem sie eine effektive Blockade der Kriegführenden nicht respektieren, oder auch indem sie Kriegskonterbande oder militärische Depeschen (es sei denn im regelmäßigen Postdienst) für die Kriegführenden transportieren oder sonstige Transportdienste für sie verrichten.

Diejenigen, welche sich derartige Handlungen zuschulden kommen ließen, würden alle daraus entstehenden Folgen zu tragen haben, ohne in dieser Hinsicht irgendwelche Beschützung oder Intervention der niederländischen Regierung beanspruchen zu dürfen.



**Nr. 1850. Auslassung der niederländischen Regierung über die Zulassung bewaffneter Handelsschiffe kriegsführender Staaten in niederländischen Häfen, Reeden und Küstengewässern.**

**N. Ob. I S. 31.**

Es ist bekannt, daß in den letzten Jahren in England die Einrichtung bewaffneter Handelsschiffe entstanden ist, das heißt, daß Handelsschiffe zu dem Zwecke bewaffnet sind, um sich im Kriegsfall gegen die Wegnahme durch feindliche Kriegsschiffe zu verteidigen. Behufs Handhabung strengster Neutralität hat die niederländische Regierung zu bestimmen, welche Regeln für die Zulassung solcher Schiffe in niederländischen Häfen, Reeden und Küstengewässern zu gelten haben.

Da solche Schiffe durch ihre Bewaffnung instand gesetzt sind, Kriegshandlungen vorzunehmen, hat die Regierung es für ihre Pflicht gehalten, die Schiffe unter die in Art. 4 der Neutralitätserklärung bezeichnete Kategorie von Fahrzeugen zu rechnen, welche den Kriegsschiffen gleichgestellt sind.

Nachdem die britische Regierung die Frage der Zulassung von britischen bewaffneten Handelsschiffen in den niederländischen Häfen zur Sprache gebracht hat, hat die Regierung ihr mitgeteilt, daß sie solche Schiffe nur zulassen kann in denjenigen Fällen, in welchen nach der Neutralitätserklärung Kriegsschiffe zugelassen werden, das heißt nur wegen Havarie und wegen des Zustandes der See.

Die britische Regierung hat sich darauf berufen, daß Handelsschiffe, welche zu dem ausschließlichen Zweck bewaffnet sind, sich zu verteidigen, den Charakter von Handelsschiffen nicht verlieren, weil es den Handelsschiffen Kriegsführender erlaubt sei, sich gegen die Nehrung durch ein feindliches Kriegsschiff zu verteidigen. Ihrer Ansicht nach könnten deswegen bewaffnete Handelsschiffe durch neutrale Mächte in ihrem Gebiet auf demselben Fuß zugelassen werden wie andere Handelsschiffe.

Die niederländische Regierung hat darauf geantwortet, daß, obgleich solche Verteidigung völkerrechtlich erlaubt sei, daraus keineswegs folge, daß die Frage, ob bewaffnete Handelsschiffe Kriegsführender in den Häfen, Reeden und Küstengewässern einer neutralen Macht zuzulassen sind, bejahend zu beantworten sei. Diese letzte Frage gehöre in das Gebiet des Neutralitätsrechts, während die Frage, ob Handelsschiffe Kriegsführender gegen feindliche Kriegsschiffe streiten dürfen, um der Nehrung oder Zerstörung zu entgehen, in das Gebiet des Kriegsrechts gehöre.

Einige Zeit später brachte die deutsche Regierung die Frage, ob die bewaffneten britischen Handelsschiffe in den Häfen neutraler Mächte zugelassen werden dürften, zur Sprache. Nach ihrer Ansicht sollte es den Handelsschiffen Kriegsführender völkerrechtlich nicht erlaubt sein, sich einem feindlichen Kriegsschiff zu widersetzen. Aus diesem Grunde sei nach ihrer Meinung zu bezweifeln, daß bewaffnete Handelsschiffe in neutralen Häfen zugelassen werden dürften. In jedem Fall dürfte in bezug auf sie kein liberalerer

Grundsatz angewendet werden, als in bezug auf Kriegsschiffe Kriegführender.

Der Unterzeichnete \*) hat darauf auch an die deutsche Regierung Mitteilung gemacht von dem Grund, warum die niederländische Regierung bewaffnete Handelsschiffe mit Kriegsschiffen gleichgestellt, ebenso auch von ihrer Auffassung, daß Handelsschiffe Kriegführender das Recht haben, sich der Nehrung oder Zerstörung durch feindliche Kriegsschiffe zu widersetzen.

Die in diesem letzten Punkt durch die niederländische Regierung vertretene Meinung wird von der großen Mehrheit der völkerrechtlichen Schriftsteller geteilt.

**Nr. 1851. Schreiben des niederländischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 18. März 1916 an den englischen Gesandten im Haag.**

**N. Ob. II S. 31.**

La Haye, le 18 mars 1916.

Monsieur le Ministre,

Par Sa note du 3 février dernier Votre Excellence a bien voulu m'entretenir de l'internement de l'équipage du sousmarin britannique E. 17 sauvé en pleine mer par le navire de guerre néerlandais Noord-Brabant.

Le Gouvernement de la Reine n'a pas manqué de soumettre à un examen consciencieux les considérations de fait et de droit telles qu'elles se trouvent développées d'une part dans le rapport du Commandant que Votre Excellence a bien voulu me transmettre, d'autre part dans l'exposé juridique qui accompagnait également l'office précité.

Comme résultat de cet examen j'ai l'honneur de porter à Votre connaissance les observations suivantes:

Le Droit des Gens statue que les naufragés et les blessés, appartenant à la force armée d'une Puissance belligérante, qui tombent au pouvoir de la partie adverse, peuvent être faits prisonniers de guerre. Il résulte de cette règle que ces personnes lorsqu'elles ont été recueillies à bord d'un vaisseau marchand neutre, doivent, au cas où elles rencontrent en pleine mer un vaisseau de guerre belligérant qui les réclame, être livrées à ce dernier; quand par contre ces personnes se trouvent à bord d'un navire de guerre neutre, le bâtiment de guerre belligérant n'est pas en droit de les réclamer ni de donner à ce navire de guerre neutre des ordres relatifs aux naufragés qu'il a recueillis. C'est pour cette raison que le Droit des Gens impose au Gouvernement neutre le devoir de prendre les mesures nécessaires pour empêcher que les personnes sauvées prennent part à nouveau aux opérations de la guerre. S'il en était autrement les actes d'humanité des navires de guerre neutres pourraient être censés porter atteinte aux intérêts des parties belligérantes.

---

\*) Anm.: Unterschrift fehlt im Orangebuch. — Herausgeber.

Il résulte de ce qui précède que l'Etat neutre est obligé de procéder à l'internement sans distinguer si le naufrage a eu lieu à la suite d'un combat, de l'état de la mer ou d'une erreur.

Le Gouvernement Britannique fait valoir que dans le seul précédent qu'il a pu trouver de cas de sauvetage par des navires de guerre neutres de naufragés appartenant à la force armée d'une Puissance belligérante, les Etats neutres en cause ne se sont pas inspirés des mêmes principes qui ont guidé le Gouvernement de la Reine dans le présent cas. Notamment lors de la guerre Russo-Japonaise les membres de l'équipage des navires de guerre russes *Koriets* et *Variag*, recueillis à bord de croiseurs anglais, français et italiens, furent finalement, après arrangement avec le Japon qui les avait réclamés, remis au Gouvernement Russe dans un port neutre.

Le Gouvernement de la Reine doit faire observer que cette remise au Gouvernement Russe n'eut lieu qu'à la condition que les naufragés ne prendraient plus part aux opérations de la guerre. Le précédent dont il s'agit ne saurait donc être invoqué à l'appui de la manière de voir du Gouvernement Britannique que les naufragés du E. 17 devraient être mis en liberté. Car dans le cas du *Koriets* et du *Variag* les Puissances neutres ont évidemment reconnu leur devoir d'agir en sorte que les naufragés ne pussent à nouveau prendre part aux opérations de la guerre, tandis que le consentement des Gouvernements Japonais et Russe les a mis en état d'accomplir ce devoir sans procéder à l'internement des naufragés russes.

Le régime adopté dans la Convention X de La Haye de 1907 est en accord avec les règles exposées ci-dessus.

Le Gouvernement Britannique estime que l'article 13 de la Convention X n'impose pas à une Puissance neutre l'obligation de procéder à l'internement des naufragés belligérants débarqués par ses vaisseaux de guerre sur son territoire. A son avis les mots „dans la mesure du possible“ permettent à la Puissance neutre d'agir dans chaque cas spécial selon les circonstances.

Or, la restriction exprimée dans ces mots ne s'applique pas à l'obligation des Etats neutres mais à celle des commandants de leurs navires de guerre. Les mots „dans la mesure du possible“ seraient, en effet, incompréhensibles s'ils devaient se rapporter à l'obligation de l'Etat qui est toujours en mesure d'assurer l'internement des naufragés qu'il reçoit sur son territoire; par contre ils s'expliquent lorsqu'il s'agit du commandant d'un navire de guerre que des motifs décisifs peuvent empêcher de garder les naufragés à bord jusqu'à son arrivée dans un port de son pays.

Du reste le rapport de *M. Renault* (Actes, Tome I, page 345) indique clairement que le seul but de l'amendement introduit par le comité de rédaction était de ne pas imposer aux commandants des vaisseaux de guerre une obligation trop absolue qui serait de nature à gêner leurs intentions humanitaires. Cet amendement n'avait donc pas pour conséquence de modifier entièrement la portée de l'article 13 telle qu'elle résulte du rapport de *M. Renault* présenté à la conférence par la troisième commission et qui dit

que les naufragés etc. recueillis par un navire de guerre neutre doivent être gardés, parce qu'ils sont dans une situation tout-à-fait analogue à celle de combattants qui se réfugient en territoire neutre (Actes, Tome I, page 76).

La Gouvernement Britannique estime que les dispositions de la Convention de la Haye ne peuvent être invoquées en l'espèce puisque, en vertu de l'article 18, la Convention n'est applicable qu'entre les Puissances belligérantes et seulement si les belligérants sont tous parties à la Convention. Il constate que ni la Grande-Bretagne, ni l'Italie, ni la Serbie, ni le Monténégro ne l'ont ratifiée.

Or, il résulte des considérations qui précèdent que dans l'opinion du Gouvernement de la Reine les dispositions de la Convention ne sont qu'une reproduction des règles découlant des principes du Droit des Gens en la matière.

De plus la presque-unanimité des états du monde entier ont par le fait de la ratification exprimé l'opinion que les dispositions élaborées à la Deuxième Conférence de la Paix étaient conformes au Droit des Gens actuel. Une Puissance neutre est donc fondée à observer les stipulations de la Convention. Son devoir de Puissance neutre lui prescrit de réserver aux deux Parties belligérantes un traitement égal. Par conséquent le fait qu'une Puissance belligérante n'a pas ratifié la Convention ne saurait autoriser la Puissance neutre à se départir des règles de la Convention, même à l'égard de cette Puissance. Se plaçant à ce point de vue le Gouvernement de la Reine a, par application du régime de la Convention de la Haye, mis en liberté les naufragés des navires de guerre britanniques Cressy, Hogue et Abonkir, qui furent recueillis en pleine mer par des navires marchands néerlandais et débarqués par ceux-ci aux Pays-Bas sans avoir rencontré un navire de guerre belligérant.

Tout en me soumettant les considérations juridiques d'ordre général que soulève de la part du Gouvernement Britannique l'application donnée par le Gouvernement de la Reine à l'article 13 de la Convention de la Haye, Votre Excellence a bien voulu solliciter mon attention particulière pour un fait spécial qui, dans l'opinion du Gouvernement Britannique, justifierait la manière de voir que le sauvetage de l'équipage du E. 17 ne rentre pas dans l'hypothèse prévue par cet article. Le Gouvernement Britannique fait valoir que la perte du sous-marin doit être attribuée à la plongée à laquelle le commandant se décida, nonobstant la condition du navire, à l'approche du cuirassé néerlandais Noord-Brabant qu'il prit pour un navire de guerre allemand.

Le Gouvernement de la Reine n'a pas manqué d'examiner attentivement la question de savoir si, en pareil cas, la nonapplication de l'article 13 s'imposerait.

Or, d'une part, ainsi que le démontrent les considérations développées plus haut, la règle contenue dans l'article est générale et ne distingue pas s'il s'agit, ou non, d'un naufrage à la suite d'un combat, d'autre part

aucune faute ne peut être imputée au commandant du navire de guerre néerlandais.

Dans ces conditions le Gouvernement de la Reine, tout en regrettant que l'approche du Noord-Brabant ait décidé le commandant du E. 17 à la plongée qui détermina le naufrage du sous-marin, estime que la mise en liberté de l'équipage du E. 17 ne saurait se concilier avec la stricte observation de son devoir d'Etat neutre.

*J. Loudon.*

**Nr. 1852. Notenwechsel der niederländischen Regierung mit der französischen und englischen Regierung anlässlich der englischen und französischen Verordnungen vom 7. Juli 1916 über das Seekriegsrecht.**

**N. Ob. III S. 7.**

**a) Niederländische Note vom 2. August 1916 an die englische Regierung.**

Par un Ordre en Conseil du 7 juillet dernier, le Gouvernement Britannique a rapporté l'Ordre en Conseil du 29 octobre 1914 rendant applicables avec certaines modifications et additions les règles formulées par la Déclaration de Londres du 26 février 1909 concernant le droit de la guerre maritime, ainsi que les Ordres en Conseil du 20 octobre 1915 et du 30 mars 1916, apportant de nouvelles modifications auxdites règles. Le même Ordre contient certaines règles qui seront désormais appliquées par les autorités britanniques et que le Gouvernement Britannique juge être en conformité avec le droit des gens auquel il déclare avoir, et avoir toujours eu, l'intention de se conformer strictement.

Malgré cette déclaration l'Ordre en Conseil du 7 juillet dernier maintient expressément celui du 11 mars 1915; par sa note du 19 mars 1915 le Gouvernement Néerlandais a fait connaître au Ministre de Grande Bretagne ses objections aux dispositions que contient ce décret.

De même la plupart des règles spéciales formulées par l'Ordre en Conseil du 7 juillet dernier ne sont que la reproduction des dispositions contenues dans les Ordres abrogés et qui ont donné lieu à des protestations de la part du Gouvernement Néerlandais.

Pour le reste le nouvel Ordre sanctionne en toutes lettres la pratique déjà suivie sous la vigueur des Ordres précédents et d'après laquelle la distinction faite entre le traitement de la contrebande conditionnelle et celui de la contrebande absolue est complètement éliminée. Or d'après les règles anciennement reconnues du droit des gens la contrebande conditionnelle n'est saisissable que sur le navire qui fait route vers un territoire appartenant à ou occupé par l'ennemi ou vers ses forces armées et seulement dans le cas où elle est destinée aux forces armées ou au Gouvernement d'un Etat belligérant.

En vue de ce qui précède le Gouvernement Néerlandais ne saurait partager l'opinion du Gouvernement Britannique que le nouvel Ordre est en

stricte conformité avec le droit des gens. Il se réserve de présenter, le cas échéant, les réclamations auxquelles pourrait donner lieu l'application de cet Ordre en Conseil.

La Haye, le 2 août 1916.

**b) Niederländische Note vom 7. August 1916 an die französische Regierung.**

Par un décret en date du 7 juillet dernier, le Gouvernement Français a rapporté le décret du 6 novembre 1914 rendant applicables avec certaines modifications et additions les règles formulées par la Déclaration de Londres du 26 février 1909 concernant le droit de la guerre maritime, ainsi que les décrets des 23 octobre 1915 et 12 avril 1916, apportant de nouvelles modifications auxdites règles.

Dans un Mémoire, daté également du 7 juillet dernier et adressé aux Gouvernements neutres, le Gouvernement Français s'engage, de concert avec ses alliés, à observer les „règles anciennement reconnues du droit international“.

Malgré cet engagement le nouveau décret contient certaines règles qui sont, de l'avis du Gouvernement Néerlandais, en contradiction avec les principes établis du droit des gens.

L'article 2 statue que dans le cas où les marchandises de contrebande de guerre saisies sur un navire forment, par leur valeur, leur poids, leur volume ou leur fret, plus de la moitié de la cargaison, toutes les marchandises trouvées à bord sont sujettes à confiscation.

Cette disposition est en contradiction avec les prescriptions de la Déclaration de Paris du 16 avril 1856 portant que le pavillon neutre couvre même la marchandise ennemie, à l'exception de la contrebande de guerre, et que, d'autre part, la marchandise neutre, à l'exception de la contrebande de guerre, n'est pas saisissable même sous pavillon ennemi.

L'article 3 établit deux présomptions de destination ennemie à l'égard d'une cargaison constituant par sa nature de la contrebande de guerre et trouvée à bord d'un navire se rendant dans un pays voisin des pays ennemis ou occupés par l'ennemi.

En vertu de la première de ces présomptions pareille cargaison est sujette à capture, sauf preuve de destination innocente, si les documents dont elle est accompagnée n'établissent pas la destination finale et définitive de cette cargaison en pays neutre. Le Gouvernement Néerlandais ne saurait reconnaître cette présomption comme légitime.

Il a exposé à maintes reprises son point de vue au sujet des conditions sous lesquelles les belligérants peuvent procéder à la capture de marchandises de contrebande soit absolue soit conditionnelle transportées à bord de navires neutres; il se borne à se référer au contenu de ces exposés précédents.

Suivant la deuxième présomption introduite par l'article 3 la cargaison susvisée est même sujette à capture, sauf preuve de destination innocente,

l'importation dans le pays en question des articles composant ladite car-

gaison présente sur les importations normales une disproportion impliquant leur destination hostile ultérieure.

Toutefois, l'hypothèse qui est à la base de cette présomption ne fournit aucune preuve que les marchandises capturées ont la destination ennemie selon les prescriptions du droit des gens.

Pour le reste le nouveau décret sanctionne en toutes lettres la pratique déjà suivie sous la vigueur des décrets précédents et d'après laquelle la distinction faite entre le traitement de la contrebande conditionnelle et celui de la contrebande absolue est complètement éliminée. Or d'après les règles anciennement reconnues du droit des gens la contrebande conditionnelle n'est saisissable que sur le navire qui fait route vers un territoire appartenant à ou occupé par l'ennemi ou vers ses forces armées et seulement dans le cas où elle est destinée aux forces armées ou au Gouvernement d'un Etat belligérant.

En vue de ce qui précède le Gouvernement Néerlandais ne saurait admettre que le nouveau décret est en conformité avec les règles anciennement reconnues du droit international. Il se réserve de présenter, le cas échéant, les réclamations auxquelles pourrait donner lieu l'application de ce décret.

\* La Haye, le 7 août 1916.

#### c) Englische Antwort vom 14. August 1916.

Foreign Office, August 14, 1916.

I have had the honour of receiving the note which you were good enough to adress to me on the 5th instant (n°. 3347) transmitting a note from the Netherland Government respecting the terms of the Order in Council of July 7th, 1916.

I would point out, with reference to this note, that if the rules, cited in the Order in Council, are not deemed by the Netherland Government to be in accordance with International Law, they should be challenged in the Price Court.

For the Secretary of State,  
*W. Langley.*

#### d) Niederländische Entgegnung vom 22. September 1916.

Londres, le 22 septembre 1916.

En me référant à la note que Votre Seigneurie a bien voulu m'adresser en date du 14 août dernier n°. 154951/T, et dont je n'ai pas manqué de transmettre le contenu à mon Gouvernement, j'ai l'honneur, d'ordre du Ministre des Affaires Etrangères, d'informer Votre Seigneurie des observations suivantes, auxquelles cette note lui a donné lieu.

Le Gouvernement Néerlandais ne peut nullement reconnaître la Cour des Prises Britannique comme l'autorité, qui aurait le droit de décider en dernière instance la question de savoir si les dispositions de l'Ordre en Conseil du 7 juillet dernier sont conformes au droit des gens.

Pour le cas que le Gouvernement Britannique et le Gouvernement Néerlandais ne sauraient tomber d'accord sur cette question, elle ne pourrait être décidée d'une manière liant également les deux parties, que par un tribunal international d'arbitrage, institué conformément au traité d'arbitrage, conclu entre la Grande Bretagne et les Pays-Bas.

En satisfaisant par la présente à mes instructions, je saisis etc.

*R. de Marees van Swinderen.*

**e) Französische Antwort vom 1. September 1916.**

Paris, le 1er septembre 1916.

Vous avez bien voulu me faire parvenir une note du Gouvernement des Pays-Bas concernant le décret français du 7 juillet 1916, par lequel le Gouvernement de la République, d'accord avec ses alliés, a abrogé les dispositions édictées au début et au cours de la guerre relativement à l'application de la Déclaration de Londres de 1909.

Tout d'abord, le Gouvernement néerlandais appréhende que l'article 2 dudit décret conduise à faire confisquer avec le navire transporteur non seulement la cargaison entière de contrebande qui y est embarquée, mais aussi toutes les marchandises inoffensives que protègent les stipulations de la déclaration de Paris du 16 avril 1856.

A cet égard, je vous serais obligé de vouloir bien faire connaître au Gouvernement de la Reine qu'il n'a jamais été dans la pensée du Gouvernement de la République de contrevenir à la Déclaration de 1856 et de confisquer aucune propriété neutre inoffensive sous pavillon neutre ou ennemi, non plus que des propriétés ennemies inoffensives sous pavillon neutre.

La disposition en question doit être uniquement entendue en ce sens qu'au lieu des 3/4 prévus sous condition de réciprocité par la Législation française, la proportion de 1/2, adoptée par l'ennemi, suffit pour que le navire transporteur, avec cette cargaison de contrebande toute entière, soit confiscable. Les autres marchandises trouvées à bord et dont rien ne justifierait la saisie ou l'arrêt, restent naturellement protégées par le régime conventionnel qui leur a été fait.

En second lieu, le Gouvernement néerlandais considère que l'article 3 du décret du 7 juillet 1916 pose, contrairement au droit des gens, des présomptions de destination ennemie, en matière de contrebande, et qu'il supprime la distinction traditionnelle entre la contrebande relative et la contrebande absolue.

D'après le droit des gens, le belligérant a le droit, en haute mer, d'empêcher tout transport destiné à aider l'ennemi, mais il lui incombe de faire la preuve de cette destination.

Dans les conditions de la présente guerre, les Gouvernements alliés estiment qu'à cet égard une première preuve suffisante est faite lorsque le capteur établit que la marchandise, ayant par sa nature le caractère de contrebande, est dirigée sur un des pays voisins de l'ennemi, au travers duquel ce dernier s'efforce de se ravitailler par mer, et que la destination



finale de cette marchandise est dissimulée ou lorsque l'importation de la marchandise dans le pays neutre présente avec les importations ordinaires des mêmes articles dans ce même pays une telle disproportion qu'il est permis de penser que cette importation est en réalité purement apparente ou provisoire et que la marchandise est destinée à passer à l'ennemi.

L'expérience a maintes fois prouvé combien cette manière de voir est justifiée.

Il appartient aux intéressés, selon les règles ordinaires du droit en matière de preuves, de combattre les preuves ci-dessus par des preuves contraires et c'est ce que réserve expressément la disposition dont il s'agit.

En ce qui concerne la distinction entre la contrebande absolue et la contrebande relative, cette distinction est fondée sur ce qu'en principe la contrebande relative suppose non seulement une destination vers le pays ennemi mais en outre une destination à l'Etat ennemi.

Cette distinction, comme en font foi les listes de contrebande notifiées jusqu'à ce jour, n'a jamais été abolie.

L'Etat allemand ayant pris en mains, comme le Gouvernement néerlandais ne l'ignore pas, le contrôle sur son territoire de tous les articles pouvant servir à ses armées, voire même des moyens de paiement, la preuve de la destination à l'Etat allemand résulte du fait même que ces articles en pénétrant en Allemagne sont immédiatement à la disposition de cet Etat et de ses autorités. C'est ce qui explique pourquoi, dans la présente guerre, la distinction dont il s'agit a pratiquement perdu son intérêt, sans que le principe en ait été abandonné.

En vous remerciant, Monsieur le Chevalier, de la communication que vous avez bien voulu me transmettre, j'exprime l'espoir que les explications qui précèdent répondront d'une manière satisfaisante aux préoccupations du Gouvernement de la Reine.

Je puis ajouter que le Gouvernement de la République ne manquera pas d'examiner avec un sincère esprit de conciliation, comme il croit l'avoir fait jusqu'ici, les réclamations néerlandaises auxquelles pourrait donner lieu "exercice de ses droits de belligérant.

*A. Briand.*

**Nr. 1853. Zwei Schreiben des niederländischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den englischen Gesandten im Haag wegen Festhaltung niederländischer Schiffe.**

**N. Ob. III S. 20.**

# I.

La Haye, le 26 juillet 1916.

Monsieur le Ministre,

J'ai eu l'honneur de recevoir les offices de Votre Excellence en date des 1<sup>er</sup> et 8 courant concernant l'exportation en Allemagne du produit de la pêche néerlandaise dans la Mer du Nord.

L'art. 7 de la Convention V de la Haye, concernant les droits et les devoirs de puissances et des personnes neutres en cas de guerre sur terre, de même que l'article 7 de la Convention XIII de La Haye, concernant les droits et les devoirs des puissances neutres en cas de guerre maritime, statuent expressément qu'une puissance neutre n'est pas tenue d'empêcher l'exportation de quoi que ce soit pour le compte de l'un ou de l'autre des belligérants. Néanmoins le Gouvernement Britannique exige que le Gouvernement de la Reine empêche l'exportation en Allemagne du produit de la pêche néerlandaise dans la Mer du Nord.

En outre il saisit et amène dans les ports britanniques des bâtiments pêcheurs néerlandais rencontrés dans la mer libre. Il motive ses saisies en alléguant soit que ces navires se trouvaient dans la région de la Mer du Nord désignée par les autorités britanniques comme zone de danger soit qu'ils transportaient de la contrebande; et dans ce dernier cas, il les traduit devant la juridiction des prises.

Par ma note du 11 juillet dernier n°. 29528 j'ai eu l'occasion de faire ressortir que la déclaration d'une zone de danger ne peut justifier la saisie et la détention de navires neutres rencontrés dans pareille zone.

Déjà à maintes reprises le Gouvernement de la Reine a fait valoir que les articles de contrebande conditionnelle, notamment les vivres, se trouvant à bord de navires neutres qui se dirigent vers des ports neutres ne peuvent être saisis par un belligérant. De même, d'après la règle sur l'observation de laquelle la Grande Bretagne a vigoureusement insisté dans les guerres où elle était parmi les états neutres, cette catégorie de contrebande n'est saisissable que si elle est destinée à un Gouvernement belligérant ou à ses forces armées. Or les bâtiments pêcheurs néerlandais apportent le poisson exclusivement dans les ports néerlandais et les pêcheurs se sont pendant toute la durée de la guerre scrupuleusement abstenus d'en fournir aux navires de guerre belligérants rencontrés sur mer.

La pêche néerlandaise de la Mer du Nord n'est pas un commerce de transports internationaux provoqué par les besoins de l'un des belligérants mais une industrie nationale d'origine reculée et nullement due à l'état de guerre. L'entrave que le Gouvernement Britannique cherche à mettre à cette industrie porterait une atteinte directe aux moyens d'existence établis d'une partie considérable de la population néerlandaise, non seulement des armateurs et des pêcheurs mais aussi de tous ceux dont le métier dérive de l'industrie de la pêche. Si le Gouvernement Britannique s'inquiète de ce que ce poisson se vend en majeure partie à l'Allemagne il est libre de s'en assurer sa part sur le marché néerlandais ouvert à tous.

Votre Excellence n'est pas sans connaître l'indignation qu'ont provoquée dans tout le pays les nouvelles répandues dernièrement par rapport aux exigences formulées à Londres vis-à-vis de la délégation des intéressés néerlandais invitée à s'y rendre, exigences qui équivaldraient à la suspension tout au moins en majeure partie de la pêche néerlandaise dans la Mer du Nord et

dont la conséquence serait le chômage de toutes les industries qui en dépendent.

Le Gouvernement de la Reine est sans confirmation officielle de cette nouvelle. Il se plaît à croire que le Gouvernement de Votre Excellence n'aura pas recours à une mesure aussi arbitraire qui ne serait fondée sur aucun autre droit que celui du plus fort.

La saisie et la détention des bateaux de pêche néerlandais pour les raisons alléguées par le Gouvernement Britannique sont contraires aux règles du droit international. Le Gouvernement des Pays-Bas est en droit de s'attendre à ce que ces navires soient relaxés sans délai.

Veuillez etc.

*J. London.*

## II.

La Haye, le 17 août 1916.

Monsieur le Ministre,

Par ma lettre en date du 26 juillet dernier, Direction Politique n<sup>o</sup>. 35558, j'ai exposé à Votre Excellence que, de l'avis du Gouvernement Néerlandais, la saisie de nombreux bateaux de pêche néerlandais effectuée par la Marine de guerre britannique et leur détention dans des ports du Royaume Uni est contraire au droit des gens. J'ai demandé la relaxation de ces navires.

Jusqu'à présent il n'a pas été fait droit à cette réclamation. Attendu qu'il s'agit ici d'une question d'ordre juridique, il y aura lieu de la résoudre, le cas échéant, en ayant recours à l'arbitrage conformément au traité général d'arbitrage en vigueur entre les deux pays.

Toutefois il ne naîtrait un différend susceptible d'être résolu par l'arbitrage que si le cas n'était pas soumis à la juridiction des prises britannique ou bien que celle-ci prononçait la validité des susdites saisies ou encore si son jugement n'intervenait pas dans un délai raisonnable.

Dans le présent cas toute une industrie nationale néerlandaise ainsi que les métiers qui en dérivent se trouvent menacés par l'action des autorités britanniques. Une grande partie de la flotte de pêche néerlandaise est retenue dans les ports du Royaume Uni, de sorte que les propriétaires ne peuvent utiliser ces navires pendant la saison favorable à la pêche du hareng. L'action de la Marine de guerre britannique cause donc un préjudice exorbitant aux intérêts néerlandais.

D'autre part d'après le droit du Royaume Uni elle n'a de base légale que si elle était déclarée légitime par la juridiction de la Cour des Prises britannique chargée de veiller à la stricte observation, par les autorités britanniques, des règles du droit des gens relatives au traitement des navires et des marchandises neutres.

Dans cet ordre d'idées le Gouvernement de la Reine aurait compris, au besoin, que le Gouvernement Britannique une fois décidé à modifier sa politique à l'égard des pêcheries néerlandaises eût capturé seulement un ou deux bateaux de pêche néerlandais et les eût traduits devant la Cour des Prises

pour que la décision de celle-ci pût à l'avenir lui servir de gouverne dans son action contre les susdits bateaux de pêche et qu'en attendant le jugement il eût continué à observer à l'égard des pêcheurs néerlandais l'attitude qu'il avait suivie pendant deux ans.

Parcille manière d'agir aurait prouvé au Gouvernement Néerlandais que le Gouvernement Britannique conserve toujours les mêmes dispositions bienveillantes à son égard et qu'il tient à lui démontrer qu'il ne voudrait à aucun prix, même passagèrement, obtenir par la force ce qu'il ne pourrait obtenir par le droit tel que le conçoit le pouvoir judiciaire appelé à contrôler la légitimité des mesures prises par les organes de l'Etat.

Le Gouvernement de la Reine se flatte que le Gouvernement de Votre Excellence voudra bien se rendre compte qu'il serait conforme aux relations amicales existant entre les deux pays de modifier encore à l'heure qu'il est son attitude dans le sens susindiqué, et de relaxer tous les bateaux de pêche détenus, à l'exception de ceux au sujet desquels une décision de la Cour des Prises a été jugée inévitable pour éclaircir la question de principe.

Je prie Votre Excellence de bien vouloir porter les observations qui précèdent à la connaissance de Son Gouvernement et je saisis etc.

*J. Loudon.*

**Nr. 1854. Austausch von Erklärungen wegen der Behandlung von Tauchbooten Kriegführender im niederländischen Rechtsgebiet.**

**N. Ob. III S. 27.**

a) Memorandum der Gesandten von Frankreich, England, Italien, Japan, Portugal, Rußland im Haag an den niederländischen Minister für auswärtige Angelegenheiten vom 31. August 1916.

En présence du développement de la navigation sous-marine, et dans les circonstances actuelles en raison des actes à attendre malheureusement des sous-marins, les Gouvernements alliés estiment qu'il est nécessaire, tant pour sauvegarder leurs droits de belligérants et la liberté de la navigation commerciale, que pour éviter des risques de conflit, d'engager les Gouvernements neutres à prendre s'ils ne l'ont déjà fait, des mesures efficaces en vue d'empêcher les navires sous-marins des belligérants, quelle que soit leur affectation, de se servir des eaux, rades et ports neutres.

À l'égard des navires sous-marins, l'application des principes du droit des gens se présente dans des conditions aussi particulières que nouvelles, d'un côté, par suite de la faculté qu'ont ces navires de naviguer, de séjourner à la mer en état d'immersion et de se dérober ainsi à tout contrôle et à toute surveillance; d'autre part, en raison de l'impossibilité de les identifier, de déterminer leur caractère national, neutre ou belligérant, combattant ou inoffensif et de faire abstraction de la capacité de nuire inhérente à leur nature même.

On peut dire enfin que tout navire de guerre sous-marin disposant loin de sa base d'un lieu de repos et de ravitaillement, y puise par le fait même de ce repos, un tel supplément de moyens que les avantages qu'il en tire font de ce lieu une véritable base d'opérations navales.

En présence de cet état actuel des choses les Gouvernements Alliés estiment que :

Les bâtiments sous-marins doivent être exclus du bénéfice des règles admises jusqu'à présent en droit des gens sur l'admission et le séjour des bâtiments de guerre ou navires de commerce dans les eaux, rades ou ports neutres. Tout sous-marin des belligérants ayant pénétré dans un port neutre doit y être retenu.

Les Gouvernements alliés saisissent cette occasion de signaler aux Puissances neutres les graves dangers que présente pour les sous-marins neutres la navigation dans les parages fréquentés par les sous-marins des belligérants.

#### **b) Niederländische Antwort vom 14. Oktober 1916.**

Dans un mémorandum du 31 août dernier les Gouvernements alliés ont exprimé l'avis que le développement de la navigation sous-marine nécessite de la part des Gouvernements neutres des mesures spéciales en vue d'une stricte observation des devoirs de la neutralité. Les Gouvernements alliés estiment que les navires de guerre sous-marins ne devraient pas bénéficier du régime applicable aux navires de guerre belligérants en général et que pour ce qui concerne les sous-marins aucune distinction ne devrait être faite entre navires de guerre et navires de commerce.

Le droit des gens positif, notamment la Convention XIII de La Haye, ne contient aucune disposition relative à l'application de règles spéciales aux navires de guerre sous-marins des belligérants, bien qu'en 1907 les marines de guerre des différents pays possédassent déjà des navires de ce type. Par conséquent tant que les principes du droit des gens n'auront pas subi, de commun accord, des modifications tendant à appliquer aux sous-marins de guerre des belligérants un régime spécial, les Puissances neutres auront les mêmes droits et les mêmes devoirs à leur égard qu'à celui de tout autre navire de guerre belligérant.

Le fait que les sous-marins sont un moyen très efficace de nuire à l'ennemi, en raison de leur aptitude à tromper sa vigilance, de se soustraire à ses attaques et de l'attaquer eux-mêmes sans être aperçus, ne saurait imposer aux Gouvernements neutres le devoir de leur refuser le traitement réservé aux navires de guerre des belligérants dans les ports, rades et eaux territoriales neutres. En effet il ne résulte d'aucune disposition du droit des gens que les devoirs des Puissances neutres par rapport au régime à appliquer aux navires de guerre des belligérants varient selon la capacité de nuire des différents types de navires de guerre, l'emploi plus ou moins fréquent que les belligérants font d'un type spécial, ou la mesure dans laquelle ces différents navires profitent d'un séjour fait dans un port neutre.

Le Gouvernement de la Reine ne peut donc appliquer aux navires de guerre sous-marins des belligérants que le régime prescrit par la Déclaration néerlandaise de neutralité pour les navires de guerre des belligérants en général.

Or d'après cette Déclaration la présence de navires de guerre des belligérants n'est comme règle générale point tolérée dans la juridiction de l'Etat Néerlandais.

Dans le Royaume en Europe cette règle n'admet d'exception que lorsque l'entrée dans un port ou une rade est nécessitée par des avaries ou par l'état de la mer. Dans les colonies néerlandaises il est en outre permis de toucher un port ou une rade dans le but exclusif de compléter l'approvisionnement de vivres ou de combustible, sans que la durée du séjour puisse toutefois excéder les 24 heures.

Sauf dans ces cas exceptionnels les navires de guerre des belligérants ne peuvent franchir la limite des eaux territoriales néerlandaises que sous peine d'être internés. Cette règle a été appliquée dans les cas du sous-marin allemand U. C. 8 et du sous-marin anglais H. 6 (Voir Recueil de diverses communications du Ministre des Affaires Etrangères aux Etats-Généraux par rapport à la neutralité des Pays-Bas et au respect du droit des gens, p. p. 148 s. s.).

Le Gouvernement de la Reine a établi un contrôle rigoureux pour assurer l'inviolabilité de ses eaux territoriales et pour prévenir que ces eaux servent en aucune façon de base d'opérations aux navires de guerre ou navires porte-mines d'une partie belligérante. En vue d'exercer ce contrôle d'une façon efficace il soumet à un examen les navires rencontrés dans lesdites eaux et si l'examen ne peut s'effectuer sur mer, les navires sont conduits à cette fin dans un port néerlandais.

Cet examen permet aussi bien dans le cas d'un sous-marin que dans celui d'un navire qui ne peut pas naviguer en état d'immersion, de reconnaître avec certitude le caractère du navire. Si c'est un bâtiment de guerre, ou navire y assimilé, d'une Puissance belligérante et que sa présence dans les eaux territoriales n'est pas justifiée par les prescriptions de la Déclaration de neutralité, il est interné. Si c'est un navire de commerce, il est relâché; aucun principe du droit relatif à la neutralité ne saurait justifier son internement.

**Nr. 1855. Niederländisch-französische Verhandlungen über den Durchmarsch deutscher Truppen durch Holland und den rechtlichen Charakter des Waffenstillstandes vom 11. November 1919.**

**N. Ob. V S. 10.**

**a) Brief des französischen Gesandten im Haag an den niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten.**

Monsieur le Ministre, La Haye, le 27 novembre 1918.

Suivant le désir que vous aviez bien voulu m'exprimer, je n'avais pas manqué de faire connaître à mon Gouvernement les conditions dans lesquelles

le Gouvernement Royal avait été amené à autoriser le passage des troupes allemandes, en les désarmant, par le territoire du Limbourg, sur le parcours compris entre Maaseyck et Susteren.

En réponse à cette communication, M. le Ministre des Affaires Etrangères m'a chargé de faire remarquer à Votre Excellence que l'armistice conclu avec l'Allemagne ne met fin ni à l'état de guerre ni à la neutralité.

En droit, l'autorisation de passage des troupes allemandes par le territoire néerlandais est contraire à la neutralité et ce passage aurait dû être formellement interdit, car, faute d'évacuer la Belgique en temps utile, ces troupes auraient été sujettes, aux termes de l'armistice, à être faites prisonniers de guerre. L'inobservation de ces principes a donc laissé à l'Allemagne la disposition de forces importantes alors que la paix n'est pas encore conclue. Dans ces conditions, le Gouvernement de la République prend acte de l'autorisation donnée par le Gouvernement Néerlandais au passage de troupes allemandes désarmées à travers le territoire du Limbourg malgré la subsistance de l'état de guerre entre la France et l'Allemagne et il se réserve la faculté de se prémunir contre les conséquences de la décision du Gouvernement Royal et de faire valoir, le cas échéant, tous les droits auxquels cette décision donne ouverture.

*H. Allizé.*

**b) Brief des niederländischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den französischen Gesandten im Haag.**

La Haye, le 14 décembre 1918.

Monsieur le Ministre,

Répondant à l'office de Votre Excellence du 27 novembre dernier n<sup>o</sup>. 978 je crois ne pouvoir mieux faire que de Lui transmettre ci-joint copie d'une note en date du 30 novembre dernier Direction Politique n<sup>o</sup>. 75560 que j'ai eu l'honneur d'adresser à Son Excellence le Ministre de Belgique en réponse à une communication de même nature.

Par rapport aux arguments que Votre office fait valoir je me permets encore d'appeler l'attention de Votre Excellence sur le fait qu'il n'y a pas eu de passage de troupes dans le sens envisagé dans Votre office. Les troupes auxquelles fut donné accès furent désarmées selon les règles de la neutralité et le voyage de ceux qui en faisaient partie à travers le Limbourg dans la direction de leur pays ne saurait, vu la libération et le renvoi des militaires internés aux Pays-Bas, être considéré comme contraire à la neutralité. ↓

En agissant ainsi le Gouvernement de la Reine a non seulement eu le souci d'observer les principes du droit, mais il a eu aussi conscience de son devoir moral de contribuer, dans les limites de la neutralité, à l'évacuation de la Belgique, stipulée dans la convention d'armistice.

*van Karnebeek.*

c) Brief des französischen Gesandten im Haag an den niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

La Haye, le 20 décembre 1918.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Excellence de Sa lettre du 14 de ce mois qui m'est parvenue le 17.

Je me suis empressé de transmettre ce document à mon Gouvernement.

En attendant d'être mis en mesure de faire connaître à Votre Excellence les observations que son examen aura pu provoquer de la part du Gouvernement de la République il me paraît opportun de Vous faire part dès maintenant des réflexions suivantes que sa lecture m'a suggérées.

Votre Excellence veut bien appeler mon attention sur le fait qu'il n'y a pas eu passage de troupes dans le sens envisagé dans ma lettre du 27 novembre n°. 978 puisque les troupes auxquelles fut donné accès sur le territoire néerlandais furent désarmées selon les règles de la neutralité.

En se reportant à ma lettre précitée, Votre Excellence pourra constater que j'avais bien tenu compte de cette situation en indiquant expressément que le passage des troupes allemandes à travers le territoire du Limbourg n'avait été autorisé, „qu'après désarmement“. Je ne discerne donc pas très bien, dès lors, le point sur lequel porte la rectification.

La lettre de Votre Excellence fait, en outre, état de la libération et du renvoi des militaires internés aux Pays-Bas pour établir que le passage des troupes allemandes, après leur désarmement, ne peut être considéré comme une atteinte à la neutralité du Royaume des Pays-Bas.

Il me paraît, à cet égard, de première importance d'établir une distinction entre les divers internés se trouvant à la date du 12 novembre aux Pays-Bas. Les uns avaient été confiés à la Hollande en vertu d'arrangements spéciaux et le Gouvernement Royal n'en était en quelque sorte comptable qu'à l'égard de ces belligérants. C'étaient des internes indirects. Tout autre était la situation des internés que la Hollande avait capturés directement pour avoir violé son territoire et sur lesquels elle avait le devoir d'exercer une surveillance particulière. Ce sont là des internés qu'on peut appeler directs et dont par suite la Hollande était responsable au même titre à l'égard de tous les belligérants. Leur libération ne pouvait donc s'effectuer qu'avec le consentement de tous les belligérants y compris la France.

Que si Votre Excellence objecte que mon Collègue d'Angleterre avait donné son adhésion au rapatriement des internés allemands se trouvant en Hollande, je me bornerai à rappeler le dernier paragraphe de la note que Sir *Walter Townley* a remise, le 29 novembre, au Gouvernement Royal, note dans laquelle il est indiqué que, lorsque la décision a été prise à l'égard des soldats allemands passant par le Limbourg, Votre Excellence n'avait pas encore en mains la note en question et ne pouvait, dès lors, faire état, pour déterminer sa ligne de conduite, de l'adhésion qu'elle renfermait.



D'ailleurs l'article 10 de l'armistice limitait absolument la libération des internés en Suisse et en Hollande à l'exécution des engagements contractés antérieurement au 11 novembre. De sorte qu'en tenant le plus grand compte de l'argument qui consiste à dire que l'Angleterre avait donné à la date du 11 novembre son adhésion au rapatriement des prisonniers allemands, il est facile de voir que cette autorisation ne visait que les internés déjà retenus en Hollande et non pas ceux que la Hollande serait dans la nécessité de retenir ultérieurement au nom de ses devoirs de neutralité toujours aussi impérieux puisque l'armistice ne met pas fin à la guerre. Il semble bien que la convention du 11 novembre s'était préoccupée de cette éventualité car elle admet que les accords relatifs au rapatriement des prisonniers de guerre allemands internés en Hollande et en Suisse continuera comme précédemment, mais elle n'édicte pas de règle générale d'après laquelle tout Allemand interné ultérieurement devra être rapatrié puisque les termes de l'article 10 de cet accord excluent complètement cette éventualité.

Ce sont donc les principes généraux relatifs au fonctionnement de l'internement qui auraient dû être appliqués aux troupes allemandes qui sont passées par le Limbourg en déposant leurs armes, et j'ajoute que ces principes devaient être appliqués dans les mêmes conditions, sauf accord préalable, à tous les officiers et soldats faisant partie à un titre quelconque de l'armée allemande arrivés à la frontière néerlandaise à la seule exception des déserteurs ou des prisonniers de guerre.

*H. Allizé.*

**d) Brief des niederländischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den französischen Geschäftsträger im Haag nebst Denkschrift über den rechtlichen Charakter der Waffenstillstandskonvention vom 11. XI. 18.**

La Haye, le 19 avril 1919.

Monsieur le Chargé d'Affaires,

Par son office en date du 20 décembre dernier Son Excellence le Ministre de France m'a fait part des réflexions que la lecture de ma lettre du 14 décembre Lui avait suggérées, en attendant d'être mis en mesure de me faire connaître les observations que son examen aurait pu provoquer de la part du Gouvernement de la République.

Des communications ultérieures à ce sujet ne m'étant pas parvenues, je ne voudrais pas différer plus longtemps ma réponse.

Vous m'excuserez si je ne reviens pas sur la question de savoir s'il faut ou non qualifier de passage de troupes les deux actes consécutifs de l'admission avec désarmement et du renvoi dans leur pays de militaires allemands lors de l'évacuation de la Belgique. Cette question me paraît suffisamment éclaircie et les raisons qu'on a fait valoir pour obtenir le passage à travers les Pays-Bas des troupes d'occupation alliées sont venues se joindre à celles qui justifiaient déjà aux yeux du Gouvernement Néerlandais l'attitude qu'il avait prise.

Quant à la libération et au renvoi des militaires internés aux Pays-Bas, je conviens volontiers qu'il y a une distinction à faire entre les internés se trouvant chez nous en vertu d'arrangements spéciaux — que Monsieur *Allizé* appelle avec raison des internés indirects — et les militaires directement internés conformément aux conventions de la Haye. Toutefois, je ne vois pas comment cette distinction pourrait être opposée au point de vue adopté par le Gouvernement Néerlandais. En sa qualité de neutre le Gouvernement Néerlandais ne pouvait libérer les internés directs alliés et ne pas permettre à la fois le retour des internés directs centraux même si la Convention d'armistice, laquelle d'ailleurs ne saurait faire loi pour les neutres, en eût disposé autrement. La libération des internés belges et anglais ayant été demandée par leurs Gouvernements, la Gouvernement de la Reine se résolut d'autant plus facilement au renvoi des internés directs allemands qu'ainsi que Vous ne l'ignorez le Gouvernement Britannique avait fait connaître que ces derniers avaient également droit au rapatriement. Le Ministre de France a bien voulu relever que la note anglaise du 12 novembre ne m'était pas encore parvenue lorsque dans la soirée de ce même jour le Conseil des Ministres prit sa décision au sujet de l'admission et du renvoi des soldats allemands. Or, cette note se rattachait à des conversations antérieures que j'avais eu le plaisir d'avoir avec Sir *Walter Townley* sur la question des internés. Aussi ce dernier a retiré Sa note du 29 novembre à laquelle Monsieur *Allizé* a fait allusion.

Même en tenant le plus grand compte de l'argument qui consiste à dire que l'Angleterre avait donné à la date du 12 novembre son adhésion au rapatriement des prisonniers allemands, Monsieur *Allizé* est d'avis qu'il est facile de voir que cette autorisation ne visait que les internés déjà retenus en Hollande et non pas ceux que la Hollande serait dans la nécessité de retenir ultérieurement au nom de ses devoirs de neutralité toujours aussi impérieux, puisque l'armistice ne met pas fin à la guerre.

Ce serait trop élargir le cadre de cet échange de vues si je l'étendais aux observations auxquelles l'étude du caractère du traité d'armistice et de la situation juridique qu'il a créée, pourrait donner lieu. Il est à mon avis indiscutable que si l'armistice n'a pas mis fin à la guerre, il n'en a pas moins modifié profondément les conditions et il ne saurait être soutenu que les devoirs de neutralité n'ont pas subi l'influence de cette modification et sont restés les mêmes qu'auparavant, en plein état de guerre.

Vu l'intérêt de cette question, je me permets de joindre à ce pli une note à ce sujet \*). Mais, abstraction faite de cette question, Vous voudrez bien convenir que si le Gouvernement de la Reine, après la conclusion du traité d'armistice, était en droit de libérer les prisonniers de guerre déjà retenus, il ne pouvait être question de continuer à interner les militaires qui viendraient plus tard. Cela eût été illogique et le Gouvernement n'en a pas admis la possibilité.

*van Karnebeek.*

\* S. folgende Seite. — Herausgeber.

(Annexe).

**Caractère juridique de la Convention conclue le 11 novembre 1918 entre les Puissances alliées et associées et l'Allemagne.**

Le caractère juridique d'accords internationaux de même que d'autres actes juridiques, ne doit pas être jugé seulement, ni en premier lieu, d'après le nom que les parties y ont donné, mais selon leur nature et leur objet tels que ceux-ci apparaissent du contenu de leurs dispositions.

C'est sous ce rapport qu'il faut considérer la Convention dictée par les Puissances alliées et associées et signée par l'Allemagne en date du 11 novembre 1918.

L'article 1er de cette convention la désigne expressément par le terme „armistice“, expression qui se trouve également dans d'autres articles (2, 5, 26, 33, 35). Les articles 1er et 20 stipulent que les hostilités sur terre, dans les airs et sur mer cesseront à l'époque désignée; l'article 34 fixe la durée de l'armistice à 36 jours, avec faculté de prolongation, et donne à chaque Partie contractante la faculté de dénonciation, si l'autre Partie n'exécute pas une des clauses qui ont été stipulées.

Jusque là les dispositions de l'accord répondent entièrement au caractère d'un armistice, c-à-d d'une convention ayant pour objet une cessation temporaire des hostilités, convention qui dans la théorie et la pratique du droit international, ne met pas fin à l'état de guerre quant au reste et laisse donc subsister les droits et les obligations des neutres.

Les autres dispositions de la convention cependant répondent mal à une convention d'armistice et sont même en contradiction avec le caractère d'une telle convention.

L'objet d'une convention d'armistice proprement dite est la suspension des hostilités avec maintien durant cette période des positions militaires réciproques. L'objet de la convention en question au contraire est en premier lieu de mettre l'Allemagne, durant la suspension des hostilités, dans une situation telle qu'elle ne soit plus à même de continuer la guerre.

C'était déjà posée dans les mêmes termes la condition à laquelle les Puissances alliées et associées s'étaient déclarées prêtes à prendre en considération un armistice, selon la note du 23 octobre dans laquelle le Président Wilson l'estimait de son devoir de répéter, „que le seul armistice qu'il serait autorisé de proposer en vue de sa prise en considération en devrait être un qui mettrait les Etats-Unis et les Puissances associées avec l'Amérique en état de faire respecter tout règlement qu'on aurait élaboré en vue de rendre impossible une reprise des hostilités de la part de l'Allemagne“. Ce même dessein se déduit aussi avec évidence d'un grand nombre de stipulations de la convention où l'Allemagne abandonne en droit et de fait ses moyens de guerre, tandis que les Puissances associées conservent et fortifient les leurs.

Ainsi l'article 2, alinéa 2, laissant aux Associées la possibilité après et malgré l'armistice de faire des prisonniers de guerre; les articles 4, 7, 22 et 23, prescrivant la livraison par l'Allemagne aux Associés d'un grand

nombre de ses canons, mitrailleuses, locomotives, wagons de chemin de fer et navires de guerre et de tous ses sous-marins; l'art. 20, stipulant que l'Allemagne devra donner des indications précises de l'emplacement et des mouvements de tous les bâtiments allemands; l'art. 24, stipulant le droit pour les Associés de draguer tous les champs de mines placés par l'Allemagne en dehors des eaux territoriales allemandes et obligeant l'Allemagne d'en indiquer l'emplacement; l'art. 25, assurant aux marines de guerre et de commerce des Puissances associées libre entrée et sortie de la Baltique, avec faculté d'y occuper tous les forts etc. allemands et d'y draguer toutes les mines, même dans les eaux territoriales allemandes, avec obligation pour l'Allemagne d'en indiquer l'emplacement; l'art. 26, maintenant le blocus et le droit de prise des Associés à l'égard des navires de commerce allemands; l'art. 32, obligeant l'Allemagne de notifier aux Gouvernements neutres que toutes les restrictions imposées au trafic de leurs bâtiments avec les Puissances associées ont cessé d'exister.

Diverses stipulations vont encore plus loin en contraignant l'Allemagne à restituer aux Associés tout ce que ce pays leur a enlevé de précieux en marchandises, argent et territoire. Ainsi les art. 7, dernier alinéa, 19, 29 et 30, ordonnant la restitution de tous les chalands, de l'encaisse de la Banque Nationale de Belgique et de toutes autres valeurs et des navires de commerce pris aux Associés; l'art. 2, ordonnant l'évacuation par les troupes allemandes des territoires envahis en Belgique, en France et au Luxembourg; les art. 10, 18 et 21, exigeant le rapatriement, sans réciprocité, de tous les prisonniers de guerre et des internés ou déportés civils appartenant à des Puissances associées.

En réunissant toutes ces dispositions on ne peut y voir rien d'autre qu'une capitulation générale de l'Allemagne comme puissance belligérante, à exécuter au cours du prétendu armistice. Il est déjà arrivé qu'une convention d'armistice contint en même temps une capitulation; ainsi par exemple l'armistice de Versailles du 28 janvier 1871, contenant en même temps la capitulation de Paris. Mais dans ce cas il s'agissait de la capitulation d'une place déterminée, mesure avec laquelle un armistice pouvait fort bien se concilier, tandis qu'à présent il s'opère entre les forces armées des Associés et celles de l'Allemagne un déplacement qui rend l'Allemagne impuissante comme puissance militaire et qui ne semble pas compatible avec un armistice dans le sens régulier de ce terme.

Cependant l'objet de la Convention ne s'y restreint pas. Non seulement la position militaire des parties est modifiée au point de rendre impossible à l'Allemagne la reprise des hostilités, mais en outre les Gouvernements associés exigent pour eux-mêmes des avantages permanents, aussi pour la paix définitive à conclure. Ainsi par exemple les art. 5, 6, et 17, ordonnant l'évacuation par les troupes allemands de la rive gauche du Rhin et l'évacuation inconditionnelle de toutes les forces allemandes opérant dans l'Afrique orientale; l'art. 19, imposant à l'Allemagne de réparer tous les dommages de

guerre, sous réserve de toutes revendications ultérieures de la part des Gouvernements Associés, et de ne rien distraire des valeurs publiques pouvant servir aux Associés de gage pour le recouvrement des réparations.

De même les articles 12, 13 et 14, prescrivant l'évacuation par les troupes allemandes de tout le territoire envahi par ces troupes en Russie, Roumanie et Turquie, et l'art. 15, annulant les traités de Bucarest et de Brest-Litowsk. Lesdits pays ne sont en effet pas parties à la convention, ni en état de guerre avec l'Allemagne; la Turquie est même l'alliée de cette dernière Puissance; les dispositions en question tombent donc entièrement en dehors du cadre du traité d'armistice et ne peuvent être considérées que comme les bases de la paix à conclure.

De même la façon dont on a réglé le droit d'occupation de la rive gauche du Rhin ne vise pas une convention de guerre, mais un traité de paix; l'art. 9, al. 1, reconnaît en effet expressément aux Associés le droit de réquisition dans le territoire à occuper par eux, chose naturelle quand il s'agit d'occupation de guerre; l'art. 9, al. 2, met à la charge du Gouvernement Allemand les frais de l'occupation, ce qui également ne se concilie qu'avec une occupation pacifique; à l'égard de l'Alsace-Lorraine il y est fait exception, ce qui cependant ne fait que confirmer encore plus le caractère de cette stipulation, comme condition de paix, parce qu'il faut l'expliquer évidemment par la circonstance que ce territoire est attribué à la France. Sous ce rapport l'attention doit être attirée aussi sur l'art. 26 in fine, où il est dit que les Associés envisagent le ravitaillement de l'Allemagne pendant l'armistice dans la mesure reconnue nécessaire, ce qui se concilie difficilement avec la continuation de l'état de guerre.

La convention contient donc nombre de dispositions, qui ne s'expliquent que comme bases et principes de la paix et ne se concilient pas, par conséquent, avec le caractère d'un traité d'armistice dans le vrai sens du mot, laissant subsister l'état de guerre. La convention a donc un caractère multiple. Elle ne peut être considérée comme une convention d'armistice proprement dite, puisque la plupart des dispositions, et les plus importantes, ont un caractère incompatible avec une telle convention. Ce qui prédomine c'est le caractère de capitulation et de préliminaire de paix. Il ressort aussi clairement de quelques dispositions, que les parties l'ont bien entendu ainsi, par exemple l'art. 20, al. 2, stipulant qu'il sera donné avis aux neutres de la liberté concédée à la navigation des marines de guerre des Puissances associées dans toutes les eaux territoriales „sans soulever de questions de neutralité“ et l'art. 25, prescrivant le dragage de mines dans toutes les passes allant du Cattégat à la Baltique, „sans qu'il puisse être soulevé aucune question de neutralité“. Les droits et les obligations des neutres sont fondés sur le droit international, les belligérants ne peuvent y apporter aucune modification par une décision unilatérale de leur part. Si néanmoins les parties croient devoir rappeler que dans certaines conditions des questions de neutralité ne pourront être soulevées, cela ne peut s'expliquer que par le fait qu'elles se rendent compte que l'état de guerre ne continue plus dans sa plénitude.

La convention, à cause de la multiplicité et du caractère inconciliable d'un grand nombre des dispositions qu'elle contient, ne peut être rangée dans une catégorie déterminée et doit être considérée comme une convention sui generis.

Si la convention ne peut être appelée une convention d'armistice régulière, laissant subsister l'état de guerre, elle ne peut non plus être qualifiée tout à fait de préliminaire de paix, trop de questions s'y rapportant n'étant pas réglées par la convention. Elle institue une sorte de liquidation méthodique de l'état de guerre et en même temps elle prépare la paix, avec réserve unilatérale en faveur des Associés de quelques droits de guerre, tout en ne comptant pas sur une reprise des hostilités.

C'est ainsi que doivent l'entendre les neutres; il n'y a plus de guerre, dans le vrai sens du mot, et il n'y a pas encore de paix. Le droit international connaît plusieurs situations similaires, ainsi par exemple le soi-disant blocus pacifique et l'opposition par la force armée d'un Etat neutre contre des violations de sa neutralité commises par un belligérant (conf. l'art. 10 de la Convention de La Haye concernant les droits et obligations des neutres en cas de guerre sur terre et l'art. 26 de la Convention concernant les droits et obligations des neutres en cas de guerre maritime). Il est d'ailleurs arrivé souvent que des Puissances neutres ont considéré des conventions d'armistice, en raison de leur tendance spéciale, pratiquement sous beaucoup de rapports comme des traités de paix. Ainsi e. a. *J. Basset Moore* „A Digest of international law 1916 VII p. 335“ communique: „Many neutral powers treated the armistice between the United States and Spain, concluded at Washington, August 12, 1898, as a practical end of the war, and permitted American public ships freely to enter their ports for the purpose of docking and taking in supplies“.

Voyez aussi *Coleman Phillipson* „Termination of war and treaties of peace“. 1916, p. 64.

Les règles habituelles du droit de neutralité ne sauraient donc sans plus être décisives par rapport au traité dit d'armistice du 11 novembre 1918. Tout en respectant le principe de l'impartialité et en maintenant leurs propres droits souverains, les neutres, s'abstenant comme tels de toute immixtion dans la guerre, auront dans leur conduite à s'adapter le plus possible à la situation très spéciale, intermédiaire entre la guerre et la paix, créée par la convention. Il faudra s'attendre alors qu'au fur et à mesure que la situation se développera en conséquence de la convention, on aura toujours moins à tenir compte de rapports hostiles et toujours davantage de relations pacifiques. Il va de soi qu'en cette matière, où des règles précises font défaut, peuvent naître très facilement des divergences de vues, d'ailleurs une telle différence d'opinion existait aussi dans l'exemple susmentionné de la convention d'armistice entre l'Amérique et l'Espagne; un certain nombre de neutres la considéraient comme étant à peu près entièrement un traité de paix, d'autres estimaient qu'il fallait considérer l'état de guerre comme subsistant jusqu'à la conclusion de la paix définitive.

Voici des exemples à l'appui :

I. L'internement des troupes étrangères. Les neutres sont obligés d'interner les troupes des belligérants venues sur leur territoire, afin de les empêcher de reprendre part aux opérations de guerre. Le but principal de la convention étant d'empêcher la reprise de la guerre et de préparer la paix, les neutres pouvaient se juger dispensés de cette obligation. Il est vrai que la convention ne prescrit que le rapatriement des prisonniers de guerre des Associés, mais à part cela les neutres, dont l'obligation à cet égard n'est pas fondée sur la volonté des belligérants, bien que ceux-ci peuvent les en dispenser sous certains rapports, mais sur le droit international, ont à se demander si le motif de l'obligation c. à d. l'état de guerre existe encore. Or à cette question ils devaient donner une réponse négative par rapport à ce sujet, étant donné le but de la convention, même si des relations de guerre déterminées subsistaient encore temporairement sur la base de la convention.

II. L'admission de troupes allemandes en territoire néerlandais. Abstraction faite de la convention d'armistice, l'admission avec désarmement des troupes allemandes était conforme à la neutralité et à l'impartialité, puisque des troupes belges et britanniques avaient également été admises dans les mêmes conditions au commencement de la guerre. Au point de vue de la convention d'armistice cette admission était encore plus fondée parce que les Pays-Bas coopéraient ainsi à la réalisation d'un des objets les plus importants de la convention — important surtout en vue de la paix à conclure — c'est-à-dire l'évacuation aussi rapide que possible de la Belgique. Il est vrai que l'art. 2, al. 2, de la convention stipule que les troupes allemandes, qui n'auraient pas évacué les territoires prévus dans les délais fixés, seraient faites prisonnières de guerre, mais il ne fait aucun doute que l'évacuation du territoire envahi devait dans l'esprit de la convention être considérée comme étant le but principal, tandis que faire des prisonniers de guerre devait être une mesure accessoire à prendre si le but principal ne pouvait être atteint. L'évacuation par les troupes allemandes du territoire envahi n'était pas une opération de guerre de leur part dirigée contre les Associés, mais un acte imposé par ceux-ci, devant rendre impossible la reprise de la guerre, et de plus une des conditions les plus importantes de la paix, de sorte que les Pays-Bas pouvaient y aider sans violer leur neutralité.

**Nr. 1856. Niederländisch-englischer und niederländisch-französischer Notenwechsel vom 18. Dezember 1915 bis 11. April 1916 wegen englischer Beschlagnahme von Briefpost.**

**N. Wb. I.**

**a) Niederländische Note nach London vom 18. Dezember 1915.**

Sous la date du 5 décembre dernier la Légation Royale des Pays-Bas a protesté d'ordre du Gouvernement Néerlandais auprès du Gouvernement

Britannique contre la saisie de vingt et un sacs de dépêches à bord du vapeur néerlandais *Titan*, effectuée par les autorités britanniques en rade de Deal, le 19 novembre dernier.

Depuis lors les faits suivants sont venus à la connaissance du Gouvernement Néerlandais.

Lorsque le vapeur néerlandais *Noordam* de la Ligne Hollande-Amérique se trouvait, le 5 décembre, mouillé en rade de Deal, en route vers New-York, les autorités Britanniques en enlevèrent quatre sacs de dépêches, provenant de Berlin.

Le 7 de ce mois le vapeur néerlandais *Frisia* du Lloyd Royal Néerlandais arriva, au retour de l'Amérique du Sud, en rade de Deal où dans la nuit du 8 au 9 décembre un bateau de police britannique enleva — nonobstant la protestation du capitaine — deux cent quatre sacs de dépêches, en remettant au capitaine un reçu dont copie est jointe à la présente.

Enfin les autorités Britanniques à Falmouth enlevèrent le 13 ou 14 de ce mois du vapeur *Rotterdam* de la Ligne Hollande-Amérique trente-neuf sacs de dépêches dont dix-huit provenant de Constantinople, dix de Sofia et onze de Berlin.

L'article 1 de la XII<sup>ème</sup> Convention de la Haye, relative à certaines restrictions à l'exercice du droit de capture dans la guerre maritime, porte que la correspondance postale des neutres ou des belligérants, quel que soit son caractère officiel ou privé, trouvée en mer sur un navire neutre ou ennemi, est inviolable. Cette Convention a été signée et ratifiée par la Grande-Bretagne. En procédant à la saisie de malles à bord de navires néerlandais les autorités Britanniques ont commis une violation flagrante de l'article cité.

Le Gouvernement de la Reine proteste de la façon la plus formelle contre ces infractions à l'inviolabilité de la correspondance postale, qui sont regrettables au plus haut degré pour la cause commune du Droit des Gens et du respect des traités non moins que nuisibles aux intérêts légitimes des Pays-Bas.

Le Gouvernement de la Reine aime à espérer que le Gouvernement Britannique reconnaitre le bien-fondé de sa protestation, qu'il prévienne une répétition de ces faits et qu'il restituera dans le plus bref délai possible les sacs de dépêches enlevés des navires précités.

#### b) *Niederländisches Schreiben nach London vom 12. Januar 1916.*

Le Gouvernement Néerlandais a pris connaissance de la note adressée par Monsieur le Secrétaire d'Etat pour les relations extérieures au Ministre des Pays-Bas à Londres sous la date du 29 décembre.

Il résulte de cette note que, dans l'opinion du Gouvernement Britannique, la saisie de la malle-poste transportée à bord de navires neutres ne constitue pas une violation de la XII<sup>ème</sup> Convention de la Haye relative à certaines restrictions à l'exercice du droit de capture dans la guerre maritime.



Le Gouvernement de la Reine ne saurait, pour les raisons suivantes, partager cette opinion.

La Convention de la Haye garantit l'inviolabilité de la correspondance postale transportée sur mer. Il n'y est pas fait d'exception pour le cas où un navire transportant la malle-poste touche à un port belligérant ou passe par les eaux territoriales d'une nation belligérante.

De plus le traité veille explicitement à ce que les belligérants ne se prévalent d'aucun subterfuge pour éluder le principe. Dans ce but il prescrit qu'en cas de saisie d'un navire transportant de la correspondance postale, le capteur est tenu „d'expédier la malle avec le moins de retard possible“ (article 1er de la Convention). Il appert des actes de la Deuxième Conférence de la Paix, Tome III, page 861, que le capteur n'est pas autorisé à examiner la correspondance. En effet, il y est dit que l'inviolabilité devrait être absolue à l'égard de la correspondance même, quelle que fût la nationalité du navire qui la porte, et que les belligérants n'auraient pas le droit, en cas de saisie d'un paquebot-poste, de desceller, dans un but de contrôle, les sacs qui contiennent les lettres.

La stipulation que le droit de visite ne peut s'exercer à l'égard des paquebots-poste (nonobstant que ceux-ci soient soumis au droit de capture sur mer par opposition à la poste elle-même) „qu'en cas de nécessité“ et encore „avec tous les ménagements et toute la célérité possibles“ (article 2 de la Convention) prouve aussi que la Convention tend à exclure dans la mesure la plus large toute ingérence des belligérants dans le transport de la malle-poste sur mer.

La saisie de la malle-poste à bord de navires néerlandais et de la malle à destination des Pays-Bas à bord d'un navire norvégien a eu lieu, soit dans un port britannique auquel ils touchaient, soit dans les eaux territoriales britanniques. Dans aucun de ces cas la malle n'était destinée à être confiée à l'administration des Postes britanniques comme le prévoit l'article 4 de la convention postale universelle du 26 mai 1906, c'est-à-dire en vue d'un transport en transit, transport auquel ne s'applique pas le régime de l'inviolabilité. Il s'agissait donc bien du transport de la malle sur mer visé par la convention.

Ce qui précède prouve que d'après la conception moderne du Droit des Gens le fait qu'un paquebot-poste neutre fait escale dans un port belligérant ne justifie point la saisie de la correspondance postale, trouvée à bord, dans le but de la censurer.

Quant à la capture de la malle-poste dans les eaux territoriales britanniques dans les parages dits „The Downs“, c'est-à-dire dans l'étroit passage donnant accès à la manche où la Grande Bretagne a barré la pleine mer sur toute sa largeur par un champ de mines et où par conséquent elle contraind la navigation de traverser les eaux territoriales au lieu de rester dans la mer libre, il saute aux yeux que, au point de vue juridique, cette contrainte du navire, suivie de la saisie de la correspondance postale trouvée

à bord, ne diffère pas virtuellement de la contrainte opérée sous forme de saisie de cette correspondance en pleine mer et qui est expressément interdite par la convention.

Dans un mémorandum, adressé en date du 23 septembre dernier aux Légations des Pays neutres à Londres au sujet du transport de colis-postaux — dont l'inviolabilité n'est pas garantie par la Convention — le Foreign Office a déclaré en toutes lettres que les privilèges de la malle-poste, qui est sous la protection de la Convention de la Haye, continueraient à être soigneusement observés.

Il est à noter que le Gouvernement Britannique a fait cette déclaration quoique plus d'une des puissances belligérantes n'eût pas signé ou ratifié la Convention. Le Gouvernement Néerlandais ne peut donc croire que la Grande Bretagne allèguerait à présent qu'elle n'est pas liée par la Convention pour la raison qu'un de ses adversaires ne l'avait pas ratifiée et que, strictement parlant, aux termes de l'article 9, la Convention n'est applicable que si tous les belligérants y sont parties.

Déjà le 27 novembre dernier le Ministre de Grande Bretagne à la Haye, d'ordre de son Gouvernement, fit entrevoir au Ministre des Affaires Etrangères Néerlandais que le Gouvernement Britannique, malgré l'inviolabilité de la correspondance postale sur mer et l'assurance qu'il avait donnée de la respecter, pourrait se trouver obligé de procéder à la saisie de la malle-poste trouvée en mer à bord de navires neutres. Le Ministre exprima à Sir *Alan Johnstone* son vif étonnement de ce que le Gouvernement Britannique envisageât la possibilité de pareille mesure que ce Gouvernement lui-même considérait comme étant contraire au Droit des Gens tel qu'il l'avait observé jusqu'alors; il ajouta que le cas échéant le Gouvernement de la Reine ne manquerait pas de protester énergiquement. Pour les raisons exposées cidessus le Gouvernement Néerlandais estime que le cas prévu alors se présente actuellement vu qu'il est indifférent que la saisie ait lieu en pleine mer ou seulement dans les eaux territoriales.

La note de Sir *Edward Grey* dit enfin que la saisie de la correspondance postale à bord de navires à destination ou en provenance de ports neutres a pour but d'éviter que les mesures de blocus prises contre l'ennemi ne soient déjouées. Or, le Gouvernement Néerlandais n'a jamais été avisé par le Gouvernement Britannique de l'institution d'un blocus des côtes ennemies. Il va sans dire que la situation créée par „l'Ordre du Conseil“ du 11 mars ne constitue pas un blocus au point de vue du Droit des Gens tel qu'il fut défini une fois pour toutes par la Déclaration de Paris de 1856. D'ailleurs, même en admettant qu'il y ait blocus des côtes ennemies, il est incontestable que ce régime ne s'applique en aucun cas à des ports neutres et que par conséquent un belligérant n'a pas le droit de saisir de ce chef la correspondance postale à destination ou en provenance de ports neutres.

o) *Englisches und französisches Memorandum vom 1. April 1916.*

Le traitement de la correspondance postale transportée par mer a été, au cours de la présente guerre, l'objet de diverses incertitudes, a donné lieu à des confusions et provoqué parfois des critiques que, dans l'intérêt des relations internationales et du commerce neutre, les Gouvernements alliés croient utiles de dissiper.

Les services postaux ont toujours eu et ont avant tout pour objet la réception, le transport et la distribution des correspondances écrites ou lettres missives. Peu à peu, on a eu recours aux mêmes services pour envoyer des documents imprimés, puis des échantillons, des valeurs, et enfin, sous le nom de „colis postaux“, presque toutes espèces de marchandises, satisfaisant seulement à certaines conditions de poids, de volume et d'emballage.

On sait également que, moyennant l'apposition de timbres d'affranchissement, toute enveloppe fermée, quels que soient son contenu, son poids ou son volume, peut être expédiée par la poste et est traitée, par les administrations postales, comme une lettre.

La répercussion de la guerre sur cet état de choses donne lieu aux observations suivantes :

Lors de la deuxième Conférence de La Haye, en 1907, le Gouvernement Impérial allemand a exposé que la télégraphie offrant aux belligérants des moyens de communication autrement rapides et sûrs que la poste, il n'y avait plus d'intérêt à considérer, comme autrefois, les correspondances postales comme pouvant constituer des articles de contrebande par analogie et à en troubler l'expédition par des saisies et confiscations. Mises en confiance par une proposition apparemment si pacifique, les autres Puissances ont adopté cette manière de voir. L'article 1er de la Convention No. 11 de La Haye, 1907, stipule, comme on le sait, que dorénavant la correspondance postale est „inviolable“ sur mer.

Une première observation doit être faite à l'égard des „colis postaux“.

L'expédition d'une marchandise par „colis postal“ est un mode d'expédition et de transport analogue aux expéditions et transports par lettres de voiture ou connaissements, avec cette différence que le transport est entrepris par le service des postes qui parfois, d'ailleurs, comme en France, le rétrocède à des transporteurs ordinaires.

A aucun égard de semblables „colis“ ne constituent des „lettres“, des „correspondances“ ou des „dépêches“, et il est clair que rien ne les soustrait à l'exercice des droits de police, de contrôle, visite et éventuellement saisie, qui appartiennent aux belligérants en haute mer vis-à-vis de toutes cargaisons.

Cela a été constaté notamment par une communication du „Post Office Department“ des Etats-Unis adressée le 8 avril, 1915, aux autorités françaises et transmettant une déclaration conforme du commandant du bâtiment de la marine Impériale allemande „Prinz Eitel Friedrich“, relativement aux colis postaux embarqués à bord du paquebot français „Floride“, capturé par ce croiseur (voir Annexe 1).

Les Gouvernements alliés ont également adopté cette manière de voir, qui, dans leur opinion, est entièrement fondée en droit et que les faits justifient surabondamment.

Entre autres nombreux exemples, il suffira de citer: 1,302 colis postaux, contenant ensemble 437,51 kilog. de caoutchouc pour Hambourg ( vapeurs „Tijuca“, „Bahia“, „Jaguaribe“, „Maranhao“, „Acre“, „Olinda“, „Para“, „Brazil“), ou encore soixante-neuf colis postaux, contenant 400 revolvers pour l'Allemagne via Amsterdam (vapeur „Gelria“).

En ce qui concerne les expéditions de lettres, plis, enveloppes ou autres, confiées aux services postaux et communément contenues dans les sacs postaux des Administrations postales des pays où l'expédition est faite, les Gouvernements alliés appellent l'attention des Gouvernements neutres sur les considérations suivantes:

Du 31 décembre, 1914, au 31 décembre, 1915, les autorités navales, allemandes ou austro-hongroises ont détruit, sans semonce, ni visites préalables, treize paquebots postaux (voir Annexe 2), avec le sacs postaux se trouvant à bord, en provenance ou à destination des pays neutres ou alliés, sans plus se soucier de l'inviolabilité des dépêches et correspondances qu'ils contenaient, que de la vie des personnes inoffensives embarquées à bord de ces paquebots.

Il n'est pas à la connaissance des Gouvernements alliés qu'aucune protestation, en ce qui concerne la correspondance postale, ait jamais été adressée aux Gouvernements Impériaux.

Aux dates des 11, 17 et 18 août, 1915, les paquebots postaux neutres „Iris“ (norvégien), „Haakon VII“ (norvégien), „Germania“ (suédois), ont, en haute mer, vu saisir à leur bord par les autorités navales allemandes les sacs postaux de toutes provenances et destinations; les lettres et correspondances ont été censurées par les autorités militaires allemandes, ainsi qu'en justifie la photographie ci-annexée à titre d'exemple (Annexe 3).

Les Gouvernements alliés croient savoir que, par la suite, le Gouvernement Impérial allemand, tout en faisant connaître son intention de ne plus pratiquer ces saisies, a déclaré que celles-ci étaient et seraient parfaitement justifiées à ses yeux. D'après le Gouvernement Impérial allemand, la Convention No. 11 de La Haye, 1907, n'ayant pas été ratifiée par toutes les Puissances actuellement belligérantes, serait sans application.

Enfin, plus récemment, le contrôle sur le territoire des Alliés de divers sacs postaux, embarqués sur des paquebots faisant escale dans certains ports dudit territoire, a révélé la présence dans les plis, enveloppes et envois postaux, d'articles de contrebande particulièrement recherchés par l'ennemi, savoir notamment: à bord du steamer „Tubantia“ arrivant en Europe, de 174 1/2 livres de caoutchouc dont 101 livres de Para, qualité supérieure, et sept paquets de laines; à bord du steamer „Medan“, sept paquets de caoutchouc brut. Le même contrôle, exercé dans les mêmes conditions sur des sacs postaux quittant l'Europe et qu'à première vue on pouvait supposer ne contenir que

des correspondances, a révélé dans lesdits sacs embarqués sur le seul paquebot „Zaandijk“ (hollandais) pas moins de 368 paquets de marchandises diverses.

La lettre suivante de la maison allemande *G. Vogtman et Cie.*, de Hambourg, Glockengießerwall, No. 16, en date du 15 décembre, 1915, est particulièrement instructive :

(Traduction.)

„Depuis un certain temps nous recevons régulièrement de Para des envois de caoutchouc brut et vous pourriez porter votre attention sur cette affaire. Les envois ont lieu comme 'échantillons sans valeur' recommandés, par chaque courrier environ 200 paquets, chacun contenant environ 320 grammes net de caoutchouc. La peine de faire les paquets et les frais élevés d'affranchissement sont largement couverts par le haut prix qu'atteint ici la marchandise.“

On sait qu'au 15 décembre, 1915, le caoutchouc brut entièrement pris par l'Etat allemand valait environ 25 M. le kilogramme et, comme l'ajoutait le négociant hambourgeois, „ein guter Verdienst nicht ausgeschlossen ist“.

Le trafic hostile, privé de la maîtrise de la mer, en est ainsi venu à se dissimuler sous les plis postaux, pour faire passer toutes espèces de marchandises, voire même de la contrebande de guerre, en trompant apparemment la bonne foi des Administrations postales des Etats neutres.

Du point de vue légal, le droit des belligérants d'exercer en haute mer leur police et leur contrôle sur les navires et sur tout ce qui se trouve à leur bord, n'a jamais, à la connaissance des Gouvernements alliés, été l'objet d'exception, pas plus en ce qui concerne les sacs postaux qu'en ce qui concerne toute autre cargaison; bien plus, jusqu'en 1907, les lettres et dépêches étaient elles-mêmes sujettes à saisie et confiscation.

Par la Convention No. 11 de la Haye et pour les motifs ci-dessus rappelés, les Puissances signataires ont renoncé à saisir ainsi les dépêches et déclaré la correspondance postale inviolable.

Cette inviolabilité n'a dérogé au droit commun qu'en ce qui concerne la „correspondance“, c'est-à-dire les dépêches ou „lettres missives“, parce que, comme l'a vu, on a pensé à tort ou à raison, que les belligérants ayant par le télégraphe de meilleurs moyens de correspondre les correspondances par la poste étaient sans intérêt pour la guerre. Il en résulte, d'une part, que l'inviolabilité est sans application à toutes expéditions postales qui ne sont pas des „correspondances“, c'est-à-dire des „lettres missives“; et d'autre part, que ce serait donner à cette inviolabilité une portée qu'elle n'a pas, si on voulait y voir jusqu'à une exemption de tout contrôle des articles et objets expédiés par la poste fussent-ils de la contrebande de guerre.

Dans ces conditions, les Gouvernements alliés font savoir :

1. Que, au point de vue de leur droit de visite, et éventuellement d'arrêt et de saisie, les marchandises expédiées sous forme de colis postaux n'ont pas à être et ne seront pas traitées autrement que les marchandises expédiées sous toute autre forme;

2. Que l'inviolabilité des correspondances postales, stipulée par la Convention No. 11 de La Haye, 1907, ne porte nullement atteinte au droit des Gouvernements alliés de visiter et s'il y a lieu d'arrêter et saisir les marchandises qui sont dissimulées dans les plis, enveloppes, ou lettres contenus dans les sacs postaux;

3. Que, fidèles à leurs engagements et respectueux de la „correspondance“ véritable, les Gouvernements alliés continueront, pour le moment, à s'abstenir sur mer de saisir et confisquer ces correspondances, lettres ou dépêches, et qu'ils en assureront la transmission la plus rapide possible, dès que la sincérité de leur caractère est reconnue.

(Annexe 1.)

Post Office Department, Second Assistant  
Postmaster-General, Washington:  
Division of Foreign Mails.

Le 8 avril, 1915.

J'ai l'honneur de vous faire connaître que le croiseur auxiliaire allemand „Prinz Eitel Friedrich“ a remis au postmaster de Newport-News, Virginia, le 12 mars, 144 sacs de correspondances pour des destinations de l'Amérique du Sud, et qui avaient été transbordées du steamer français „Floride“ sur ledit croiseur avant qu'il coula ce steamer. Ces dépêches, qui paraissaient intactes, ont été expédiées au bureau de New-York, d'où elles ont été dirigées sur leur destination dans le même état et à la première occasion.

En remettant aux fonctionnaires de Newport-News les dépêches ci-dessus, le commandant du „Prinz Eitel Friedrich“ déclara que les colis postaux à bord du steamer „Floride“ avaient été considérées comme marchandises et non pas comme correspondances; c'est pourquoi il ne les a pas fait débarquer du „Floride“ comme les autres objets postaux, mais laissé couler avec le steamer, basant ainsi son action sur la Déclaration de Londres, suivant laquelle les colis sont des marchandises et non des correspondances.

Je vous informe, en outre, que le bureau de New-York a avisé de ces faits le bureau de Bordeaux au moyen d'un bulletin de vérification.

(Annexe 2.)

**Malles postales détruites par les Ennemis du 31 Décembre, 1914 au 31 Décembre, 1915.**

Nom du navire	Tonnage	Dates	Navire ennemi	Observations
1. Highland . Brae	7,634	31 déc., 1914	Kaiser Wilhelm	Malle et colis postaux de Buenos-Ayres, Santiago, et Montevideo
2. Tokomaru	6,084	30 jan., 1915	Torpillé par un sous-marin allemand.	Colis et imprimés de Nouvelle-Zélande

(Annexe 2.)

**Malles postales détruites par les Ennemis du 31 Décembre, 1914 au 31 Décembre, 1915.**

Nom du navire	Tonnage	Dates	Navire ennemi	Observations
3. Aguila. .	2,114	27 mars, 1915	Idem . . .	Malle pour Madère et Canaries
4. Falaba .	4.806	28 mars, 1915	Idem . . .	Malle et colis postaux pour Ouest africain
5. Lusitania .	30,396	6 mai, 1915	Idem . . .	Malle postale des États-Unis
6. Candidate	5,858	7 mai, 1915	Idem . . .	Colis postaux pour la Jamaïque
7. Arabic. .	15,801	19 août, 1915	Idem . . .	Malle postale pour les États-Unis, Canada, &c.
8. Hesperian	10,920	4 sept., 1915	Idem . . .	Malle postale et colis postaux pour les États-Unis et Canada
9. Silver Ash	3,753	6 oct., 1915	?	Malle des bâtiments de Sa Majesté britannique
10. Linkmoor	4,306	20 sept., 1915	?	Idem
11. Persia. .	7,974	29 déc., 1915	Torpillé . .	Malle et colis postaux pour l'Orient
12. Ville de la Ciotat (fr.)	6,390	24 déc., 1915	Coulé par un sous-marin allemand .	Malle d'Extrême-Orient
13. Author .	3,496	?	?	Malle d'Afrique

**d) Niederländische Note vom 11. April 1916 an die englische Regierung.**

Par une note en date du 18 décembre 1915 le Gouvernement Néerlandais a protesté contre les saisies de sacs de dépêches effectuées par les autorités britanniques à bord de navires néerlandais.

Dans sa note du 29 décembre 1915, n<sup>o</sup>. 195924/T. le Gouvernement Britannique a répondu que les saisies dont il s'agit n'étaient pas contraires aux stipulations de la Convention XI de la Haye de 1907 vu que le principe de l'inviolabilité accordée par cette convention à la correspondance transportée sur mer ne s'appliquait pas à la malle-poste à bord de navires qui passaient par les eaux territoriales d'un pays belligérant.

Dans sa réplique en date du 12 janvier 1916 le Gouvernement Néerlandais a exposé que la Convention en garantissant l'inviolabilité de la correspondance postale transportée sur mer ne faisait pas d'exception pour le transport par les eaux territoriales d'un pays belligérant ou pour l'entrée dans un de ses ports. Le Gouvernement Néerlandais a ajouté que pour ce qui était des saisies dans les parages dits „The Downs“ celles-ci étaient d'autant moins justifiables que c'était par la contrainte de la Grande-Bretagne que les navires passant par la Manche devaient traverser ces parages.

Le Gouvernement Britannique a, malgré la protestation du Gouvernement de la Reine, continué à saisir des sacs de dépêches transportés sur mer à bord de navires, néerlandais, qui faisaient escale dans des ports britanniques ou prenaient leur route par la Manche.

Le 1er avril 1916 M. le Ministre de Grande-Bretagne à la Haye, d'ordre de Son Gouvernement, a remis au Ministre des Affaires Etrangères un Mémorandum, dans lequel les Gouvernements Alliés exposent les raisons qui les ont portés à se départir de la ligne de conduite suivie auparavant à l'égard de la malle-poste transportée sur mer. Ce Mémorandum fait observer en premier lieu que les colis postaux ne constituent à aucun égard des „lettres“, des „correspondances“ ou des „dépêches“, et que rien ne les soustrait à l'exercice des droits, qui appartiennent aux belligérants en haute mer vis-à-vis de toutes cargaisons. En ce qui concerne la correspondance postale le Mémorandum fait ressortir que le contrôle de divers sacs postaux transportés sur des paquebots faisant escale dans certains ports du territoire des Alliés, a révélé la présence dans les plis, enveloppes et envois postaux, d'articles de contrebande particulièrement recherchés par l'ennemi, tandis que le même contrôle a révélé dans les sacs embarqués sur le seul paquebot „Zaandijk“ quittant l'Europe 368 paquets de marchandises diverses. Les Gouvernements Alliés sont d'avis que la Convention XI de la Haye de 1907 garantit l'inviolabilité seulement de la „correspondance postale“ proprement dite, et que par conséquent les belligérants sont en droit de visiter et s'il y a lieu d'arrêter et saisir les marchandises qui sont dissimulées dans les plis, enveloppes, ou lettres contenus dans les sacs postaux. Ils continueront, d'ailleurs, pour le moment, à s'abstenir sur mer de saisir et confisquer ces correspondances, lettres ou dépêches, dont ils assureront la transmission la plus rapide possible, dès que la sincérité de leur caractère est reconnue.

Le Mémorandum des Gouvernements Alliés donne lieu aux observations suivantes :

En ce qui concerne les colis postaux le Gouvernement Néerlandais n'a jamais réclamé les prérogatives que la Convention de 1907 octroie à la correspondance postale. Aussi n'a-t-il protesté contre la saisie de colis postaux à bord de navires néerlandais que lorsque cette saisie s'effectuait contrairement aux prescriptions du droit des gens relatives aux facultés des belligérants à l'égard des marchandises transportées sur mer à bord de navires neutres.

Quant à la correspondance postale le Gouvernement de la Reine croit utile de rappeler sa note du 12 janvier dernier. Dans cette note il a démontré que la Convention XI de 1907 a pour but d'assurer à la correspondance postale transportée sur mer une inviolabilité absolue, d'exclure toute ingérence des belligérants dans le transport de cette correspondance, et de prévenir que les sacs postaux soient descellés dans un but de contrôle. En 1907 tout aussi bien qu'à l'heure actuelle il était possible d'expédier par la poste, moyennant l'apposition de timbres d'affranchissement, des échantillons ou des marchandises et par conséquent, en cas de guerre, même des articles de



contrebande. Cette circonstance n'a pas empêché la deuxième Conférence de la Paix de proclamer d'inviolabilité dont il s'agit sans aucune réserve et sans aucune restriction.

Si l'usage de la poste ordinaire pour l'expédition d'articles de contrebande est à un certain degré contraire aux intérêts de quelques-uns des belligérants, il ne s'ensuit pas que de ce chef ceux-ci soient libres d'ignorer entièrement un principe qu'ils s'étaient engagés par traité à respecter.

Du reste en soumettant la malle-poste transportée par mer à la censure le Gouvernement Britannique n'avait pas à dessein de réprimer le commerce de contrebande. La découverte d'envois de cette nature n'a été qu'une des conséquences fortuites de la saisie de la malle-poste, dont le but évident était de prendre connaissance de la correspondance-même.

Le Mémoire cite treize cas de paquebots postaux neutres coulés par les forces allemandes ou austro-hongroises et relève que dans aucun de ces cas une protestation en ce qui concerne la correspondance postale n'a été adressée aux Gouvernements Impériaux. Il est à noter toutefois que dans chacun de ces cas la perte des sacs postaux n'était pas la conséquence d'une atteinte à l'inviolabilité de la correspondance postale, mais d'un acte de guerre entraînant la destruction entière du navire et partant celle des sacs postaux qui se trouvaient être à bord.

Si l'Allemagne a déclaré justifiées certaines saisies de correspondance postale qu'elle avait opérées, tout en faisant connaître son intention de ne plus les pratiquer, cette circonstance ne peut, aux yeux du Gouvernement Néerlandais, être sérieusement invoquée pour justifier les saisies similaires opérées par le Gouvernement Britannique.

La III<sup>ème</sup> Conférence de la Paix a reconnu le principe de l'inviolabilité de la correspondance postale transportée par mer parce que tant d'intérêts privés et commerciaux reposent sur le service régulier de la correspondance qu'il est indispensable de mettre ce service à l'abri des perturbations de la guerre maritime.

Or l'état de choses créé par l'ingérence des autorités britanniques est précisément celui que la Conférence a voulu exclure. A l'heure qu'il est le service postal entre les Pays-Bas et les pays d'outre-mer, voire même les Colonies Néerlandaises, est devenu incertain. Les grands retards que subit la transmission des lettres sont en eux-mêmes très préjudiciables aux intérêts commerciaux et privés des expéditeurs de ces envois non moins qu'aux destinataires. En outre il n'existe aucune certitude quant à la durée du transport de lettres ni quant aux navires par lesquels ce transport s'effectue après la saisie. Dans ces circonstances les compagnies d'assurances refusent de contracter des assurances relatives à des valeurs expédiées par la poste maritime. Souvent la malle-poste saisie est réexpédiée sur un navire britannique ce qui l'expose sans aucune nécessité à des dangers qu'on a précisément et à bon droit voulu éviter en la confiant aux navires néerlandais. Il est d'ailleurs absolument incertain si les envois sont réexpédiés à leur destination par

les autorités britanniques. Celles-ci retiennent des lettres sans qu'aucun avis n'en parvienne à l'expéditeur ou au destinataire, ou bien elles les acheminent après en avoir soustrait le contenu. Dans ce dernier cas les ayants-droit restent dans l'ignorance la plus complète du sort réservé à leur propriété saisie.

Les autorités britanniques ne se contentent pas de saisir de cette manière des articles de contrebande; elles ont également saisi nombre de lettres qui ne contenaient absolument pas de contrebande, notamment des lettres destinées à l'Amérique et à d'autres pays d'outre-mer.

A ce propos le Gouvernement de la Reine doit relever une série de faits absolument injustifiables et d'un caractère particulièrement vexatoire que la Grande-Bretagne pratique depuis quelque temps, mais que le *Mémorandum* passe sous silence, savoir la saisie de valeurs-papiers. Il n'est pas douteux que l'expression „correspondance postale“ comprend les plis recommandés ou avec valeur déclarée, contenant des titres de rente, des coupons, ou d'autres valeurs. Néanmoins les autorités britanniques ont ouvert pareils plis expédiés par les propriétaires néerlandais vers l'Amérique du Nord, l'Amérique du Sud, l'Espagne, le Portugal, le Japon; elles en ont retiré le contenu qu'elles n'ont ni réexpédié au destinataire, ni même renvoyé à l'expéditeur.

Aucune règle du droit des gens ne justifie la manière d'agir des autorités britanniques, qui non seulement est contraire aux prescriptions de la Convention XI de la Haye, mais constitue également une atteinte directe aux droits de propriété des sujets et banques néerlandais, qui avaient confié au service postal les valeurs dont il s'agit. En outre elle cause un préjudice des plus graves aux intérêts néerlandais en ce qu'elle a rendu impraticable toute expédition par la voie de la mer de valeurs-papiers appartenant à des ressortissants néerlandais.

Le Gouvernement Néerlandais s'était flatté que les documents et les valeurs que les autorités britanniques avaient enlevés de la correspondance postale seraient restitués dans un bref délai aux ayants-droit; il s'y attend encore et se réserve de réclamer pour ces derniers une indemnisation du chef des préjudices qu'ils ont soufferts à la suite des mesures illégales prises par les autorités britanniques.

Une liste complète des valeurs-papiers, de la saisie desquelles le Gouvernement Néerlandais a été informé et dont il demande la restitution, suivra sous peu.

**e) *Niederländische Note vom 11. April 1916 an die französische Regierung.***

Le 1er avril 1916 le Ministre de France à la Haye, d'ordre de Son Gouvernement, a remis au Ministre des Affaires Etrangères un *Mémorandum*, portant la date du 15 février, dans lequel les Gouvernements Alliés exposent les raisons qui les ont portés à se départir de la ligne de conduite suivie auparavant à l'égard de la malle-poste transportée sur mer. Ce *Mémorandum* fait observer en premier lieu que les colis postaux ne constituent à aucun

égard des „lettres“, des „correspondances“ ou des „dépêches“, et que rien ne les soustrait à l'exercice des droits, qui appartiennent aux belligérants en haute mer vis-à-vis de toutes cargaisons. En ce qui concerne la correspondance postale le *Mémorandum* fait ressortir que le contrôle de divers sacs postaux transportés sur des paquebots faisant escale dans certains ports du territoire des Alliés, a révélé la présence dans les plis, enveloppes et envois postaux, d'articles de contrebande particulièrement recherchés par l'ennemi, tandis que le même contrôle a révélé dans les sacs embarqués sur le seul paquebot „Zaandijk“ quittant l'Europe 368 paquets de marchandises diverses. Les Gouvernements Alliés sont d'avis que la Convention XI de la Haye de 1907 garantit l'inviolabilité seulement de la „correspondance postale“ proprement dite, et que par conséquent les belligérants sont en droit de visiter et s'il ya lieu d'arrêter et saisir les marchandises qui sont dissimulées dans les plis, enveloppes, ou lettres contenus dans les sacs postaux. Ils continueront, d'ailleurs, pour le moment, à s'abstenir sur mer de saisir et confisquer ces correspondances, lettres ou dépêches, dont ils assureront la transmission la plus rapide possible, dès que la sincérité de leur caractère est reconnue.

Le *Mémorandum* des Gouvernements Alliés donne lieu aux observations suivantes :

En ce qui concerne les colis postaux le Gouvernement Néerlandais n'a jamais réclamé les prérogatives que la Convention de 1907 octroie à la correspondance postale. Aussi n'a-t-il protesté contre la saisie de colis postaux à bord de navires néerlandais que lorsque cette saisie s'effectuait contrairement aux prescriptions du droit des gens relatives aux facultés des belligérants à l'égard de marchandises transportées sur mer à bord de navires neutres.

Quant à la correspondance postale le Gouvernement de la Reine croit utile de rappeler que la Convention XI de 1907 a pour but d'assurer à la correspondance postale transportée sur mer une inviolabilité absolue, d'exclure toute ingérence des belligérants dans le transport de cette correspondance, et de prévenir que les sacs postaux soient descellés dans un but de contrôle. En 1907 tout aussi bien qu'à l'heure actuelle il était possible d'expédier par la poste, moyennant l'apposition de timbres d'affranchissement, des échantillons ou des marchandises et par conséquent, en cas de guerre, même des articles de contrebande. Cette circonstance n'a pas empêché la deuxième Conférence de la Paix de proclamer l'inviolabilité dont il s'agit sans aucune réserve et sans aucune restriction.

Si l'usage de la poste ordinaire pour l'expédition d'articles de contrebande est à un certain degré contraire aux intérêts de quelques-uns des belligérants, il ne s'ensuit pas que de ce chef ceux-ci soient libres d'ignorer entièrement un principe qu'ils s'étaient engagés par traité à respecter.

Du reste en soumettant la malle-poste transportée par mer à la censure le Gouvernement Britannique n'avait pas à dessein de réprimer le commerce de contrebande. La découverte d'envois de cette nature n'a été qu'une des

conséquences fortuites de la saisie de la malle-poste, dont le but évident était de prendre connaissance de la correspondance-même.

Le Mémorandum cite treize cas de paquebots postaux neutres coulés par les forces allemandes ou austro-hongroises et relève que dans aucun de ces cas une protestation en ce qui concerne la correspondance postale n'a été adressée aux Gouvernements Impériaux. Il est à noter toutefois que dans chacun de ces cas la perte des sacs postaux n'était pas la conséquence d'une atteinte à l'inviolabilité de la correspondance postale, mais d'un acte de guerre entraînant la destruction entière du navire et partant celle des sacs postaux qui se trouvaient être à bord.

Si l'Allemagne a déclaré justifiées certaines saisies de correspondance postale qu'elle avait opérées, tout en faisant connaître son intention de ne plus les pratiquer, cette circonstance ne peut, aux yeux du Gouvernement Néerlandais, être sérieusement invoquée pour justifier les saisies similaires opérées par le Gouvernement Britannique.

La IIIème Conférence de la Paix a reconnu le principe de l'inviolabilité de la correspondance postale transportée par mer parce que tant d'intérêts privés et commerciaux reposent sur le service régulier de la correspondance qu'il est indispensable de mettre ce service à l'abri des perturbations de la guerre maritime.

Or l'état de choses créé par l'ingérence des autorités britanniques est précisément celui que la Conférence a voulu exclure. A l'heure qu'il est le service postal entre les Pays-Bas et les pays d'outre-mer, voire même les Colonies Néerlandaises, est devenu incertain. Les grands retards que subit la transmission des lettres sont en eux mêmes très préjudiciables aux intérêts commerciaux et privés des expéditeurs de ces envois non moins qu'aux destinataires. En outre il n'existe aucune certitude quant à la durée du transport de lettres ni quant aux navires par lesquels ce transport s'effectue après la saisie. Dans ces circonstances les compagnies d'assurances refusent de contracter des assurances relatives à des valeurs, expédiées par la poste maritime. Souvent la malle-poste saisie est réexpédiée sur un navire britannique, ce qui l'expose sans aucune nécessité à des dangers qu'on a précisément et à bon droit voulu éviter en la confiant aux navires néerlandais. Il est d'ailleurs absolument incertain si les envois sont réexpédiés à leur destination par les autorités britanniques. Celli-ci retiennent des lettres sans qu'aucun avis n'en parvienne à l'expéditeur ou au destinataire, ou bien elles les acheminent après en avoir soustrait le contenu. Dans ce dernier cas les ayants-droit restent dans l'ignorance la plus complète du sort réservé à leur propriété saisie.

Les autorités britanniques ne se contentent pas de saisir de cette manière des articles de contrebande; elles ont également saisi nombre de lettres qui ne contenaient absolument pas de contrebande, notamment des lettres destinées à l'Amérique et à d'autres pays d'outre-mer.

A ce propos le Gouvernement de la Reine doit relever une série de faits absolument injustifiables et d'un caractère particulièrement vexatoire que la Grande-Bretagne pratique depuis quelque temps, mais que le Mémorandum passe sous silence, savoir la saisie de valeurs-papiers. Il n'est pas douteux que l'expression „correspondance postale“ comprend les plis recommandés ou avec valeur déclarée, contenant des titres de rente, des coupons, ou d'autres valeurs. Néanmoins les autorités britanniques ont ouvert pareils plis expédiés par les propriétaires néerlandais vers l'Amérique du Nord, l'Amérique du Sud, l'Espagne, le Portugal, le Japon; elles en ont retiré le contenu qu'elles n'ont ni réexpédié au destinataire, ni même renvoyé à l'expéditeur.

Aucune règle du droit des gens ne justifie la manière d'agir des autorités britanniques, qui non seulement est contraire aux prescriptions de la Convention XI de la Haye, mais constitue également une atteinte directe aux droits de propriété des sujets et banques néerlandais, qui avaient confié au service postal les valeurs dont il s'agit. En outre elle cause un préjudice des plus graves aux intérêts néerlandais en ce qu'elle a rendu impraticable toute expédition par la voie de la mer de valeurs-papiers appartenant à des ressortissants néerlandais.

**Nr. 1857. Niederländisch-deutscher Schriftenwechsel vom 12. Februar bis 30. August 1916 wegen der Durchfuhr von Materialien durch Holland.**

**N. Wb. IV S. 5 u. 9.**

**a) Niederländisches Aide-Memoire vom 12. Februar 1916.**

Dès le début de la guerre, le Gouvernement de la Reine eut à examiner la question de savoir si une puissance neutre peut tolérer le transport à travers son territoire de matériaux à l'usage des forces belligérantes, ou nécessaires à des travaux militaires, et expédiés par un pays belligérant à ses alliés ou à son armée en campagne. Pareil transport étant contraire aux prescriptions de la Convention V de la Haye, concernant les droits et les devoirs des puissances et des personnes neutres en cas de guerre sur terre le Gouvernement Néerlandais chargea les autorités de frontière de veiller à ce qu'il n'eût pas lieu.

L'article 2 de la Convention de la Haye interdit aux belligérants de faire passer à travers le territoire d'un Etat neutre des convois d'approvisionnements; l'article 5 ajoute que la puissance neutre ne doit pas tolérer ce passage. Le Gouvernement Néerlandais a donc le devoir d'empêcher le transit à travers son territoire de tout envoi, rentrant sous la catégorie des convois d'approvisionnements militaires et expédié d'Allemagne vers la Belgique occupée, ou vice versa. Il est de toute évidence que, pour revêtir le caractère d'un convoi d'approvisionnements au sens de l'article 2, il n'est pas indispensable que l'envoi soit accompagné de personnes, faisant partie de la force armée d'une puissance belligérante.

Il est vrai que l'article 7 de la Convention ne s'oppose pas au transit par le territoire neutre de tout ce qui peut être utile à une armée belligérante, mais le rapport du Colonel *Borel*, rapport qui fait foi en la matière, dit en toutes lettres et à trois reprises (à propos des articles 2, 7 et 9) que l'article 7 ne vise que des opérations commerciales. Or, il est clair que le transport de matériaux à l'usage des forces belligérantes ou nécessaires à des travaux militaires et expédié par un pays belligérant à ses alliés ou à son armée en campagne, ne tombe pas sous la notion de „commerce“, d'où il s'ensuit que l'article 7 précité n'est pas applicable au transport dont il s'agit.

Le Gouvernement Royal est heureux de pouvoir constater que depuis l'occupation d'une partie de la Belgique par les troupes allemandes, aucun cas ne s'est présenté où il se serait vu obligé de refuser l'entrée aux Pays-Bas d'une cargaison quelconque, transitant d'Allemagne en Belgique.

Toutefois, depuis quelque temps, des quantités extrêmement considérables de gravier, de sable et de pierre (basalte cassé etc.) c'est-à-dire de matériaux servant principalement à la préparation de béton, nécessaire à certains ouvrages militaires, entre autres dans les tranchées, transitent par les Pays-Bas venant de l'Allemagne à destination de la Belgique.

Il appert du tableau ci-annexé que la quantité de gravier et de sable d'une part et le nombre de tonnes de pierre d'autre part exportées d'Allemagne en Belgique par les voies d'eau néerlandaises pendant les mois d'août, de septembre, d'octobre, de novembre et de décembre seuls de l'année passée sont respectivement d'à peu près quatre fois et de plus de cinq fois plus considérables que les quantités transportées pendant toute l'année 1913.

Le Gouvernement de la Reine est fondé à admettre que ces matériaux sont destinés en majeure partie à un usage militaire. Il reconnaît néanmoins que, même si les ouvrages auxquels ils servent sont exécutés par l'armée d'occupation, il se peut qu'une partie considérable de ces travaux ne soient pas d'un ordre militaire proprement dit, tels que des routes, des quais etc. et que par conséquent, dans la même proportion, ces envois ne rentrent pas dans la catégorie d'approvisionnements au sens de l'article 2.

Le Gouvernement Néerlandais ne voudrait nullement entraver le transit, parfaitement légitime, des matériaux en question en tant qu'ils ne sont pas destinés à un usage militaire. Conséquemment il se trouve en présence de la difficulté, soit d'établir dans quelle proportion lesdits matériaux dirigés de l'Allemagne vers la Belgique sont destinés à des ouvrages militaires, tels que des tranchées etc., soit de vérifier si telle ou telle cargaison a ou non cette destination. Comme il semble impossible d'établir d'une façon quelque peu exacte la proportion dont il s'agit, le Gouvernement Néerlandais se propose d'exiger pour chaque bateau qui franchit la frontière néerlandaise un certificat, délivré par une autorité compétente allemande et portant que la cargaison n'est pas destinée à des ouvrages militaires proprement dits.

Il se flatte que le Gouvernement Impérial, reconnaissant le bien-fondé du point de vue exposé ci-dessus, ne verra dans cette mesure que le désir

du Gouvernement de la Reine d'observer en cette matière, comme en toute autre, les devoirs que lui impose sa stricte neutralité.

**b) Deutsche Verbalnote vom 30. August 1916.**

Le Gouvernement Allemand fait observer d'abord qu'il ne peut accepter l'interprétation donnée par le Gouvernement Néerlandais aux dispositions relatives à la matière de l'Acte Rhénan et de la cinquième Convention de la Haye.

L'Acte Rhénan, dans les articles 1 et 2, permet d'une manière tout à fait générale le transport des marchandises sur le Rhin et sur les voies navigables visées dans l'Acte, sans distinction des buts auxquels serviront les marchandises transportées. La cinquième Convention de la Haye ne peut être invoquée comme contraire à cette disposition, d'autant plus que, d'après son article 20, cette Convention, en principe, est inapplicable dans la guerre actuelle, vu que plusieurs états belligérants, et surtout la Grande Bretagne, ne l'ont pas ratifiée. D'autre part, ce n'est pas l'article 2 de la Convention qui serait décisif en l'espèce, parce qu'il ne s'agit point du passage de convois de munitions ou d'approvisionnements à travers le territoire néerlandais, mais plutôt l'article 7, d'après lequel une puissance neutre n'est pas tenue d'empêcher le transit, pour le compte de l'un ou de l'autre des belligérants, d'armes, de munitions et, en général, de tout ce qui peut être utile à une armée ou à une flotte.

A part cela, le Gouvernement Allemand a communiqué antérieurement au Gouvernement Néerlandais que les envois dont il s'agit ne sont pas destinés à un emploi militaire et sont accompagnés des déclarations nécessaires à le prouver.

Dans ces circonstances, le Gouvernement Allemand estime qu'il n'y a pas de raisons qui rendent désirable pour le Gouvernement Néerlandais d'envoyer en Belgique et au Nord de la France des délégués-experts. Cependant, le Gouvernement Allemand ne croit pas devoir faire d'objections à leur visite et fait savoir au Gouvernement Néerlandais qu'ils seront les bienvenus à Berlin, le 31 de ce mois.

**Nr. 1858. Niederländisch - englischer Notenwechsel vom 9. Oktober wegen Durchfuhren durch Holland und englischer Zwangsmaßnahme (Sperrung des Kabeldienstes) vom 9. Oktober bis 22. November 1917.**

**N. Wb. IV S. 47—57.**

**a) Niederländisches Memorandum vom 9. Oktober 1917.**

a) Transit of metals from Belgium to Germany through the Netherlands.

b) Transit of gravel etc. from Germany to Belgium through the Netherlands.

The Netherlands Government are bound from one side by the Rhine Convention, which guarantees a free passage for all merchandise up and

down the Rhine, and from the other side by the 5th Hague Convention, which does not allow the transit of convoys either of munitions or provisions over their territory.

The Netherland Government had to reconcile these two in some respect conflicting obligations.

ad a) In view of the above mentioned difficulty they limited the obligatory free passage from Belgium to Germany to goods which had no connection with the military operations in Belgium. No requisitioned metals were, for that reason, allowed to pass through Netherland territory. The metal however which is obtained in Belgium by melting ore imported for that purpose from Germany could evidently not be considered as requisitioned metal and the Netherland Government deem themselves therefore bound to allow its transit. When the Netherland Minister of Foreign Affairs wrote on June 10th to Sir *Walter Townley* that the transit of all metals would in future be forbidden on account of the great difficulty to decide whether any metal was requisitioned or not, it did not occur to him that there might in fact exist any kind of metal of which the non-requisitioning would be so evident as in the case of the above mentioned melted copper; as soon as this eventuality came to his knowledge however, he immediately informed the British Legation that this copper of course would not be prevented from passing through to Germany.

The Minister of Foreign Affairs begs to express his sincere hope that what in fact was nothing but a comprehensible omission on his part will not be considered by the British Government as pointing to a tendency not to observe given assurances.

Two cargoes of this copper-metal have passed the Netherlands already, but it is to be expected that others may follow. The Netherland Government feel confident that the British Government will admit the impossibility in which the Netherland Government is placed by the Rhine Convention to forbid the free transit of these goods.

ad b) The Netherland Government have given themselves all possible trouble to inform themselves as fully and accurately as possible as to the destination of the sand and gravel which is sent from Germany to Belgium. in order to be able to strictly limit these consignments to non-military purposes. Two Netherland Officers of the Royal Military Engineer Corps were sent to Belgium to investigate the matter on the spot and their report was communicated to the British Legation on October 23rd 1916. The report was, in the eyes of the Netherland Government, conclusive as to the fact that the quantity of gravel etc. which has passed through the Netherlands from Germany to Belgium had in fact been used entirely for the construction of non-military works, such as article 43 of the 4th Hague Convention obliges the belligerent to execute in an occupied territory. In order however to make themselves still more sure in this respect, the same two Netherland Officers were sent again to Belgium in the course of last summer. From their investigations



on the spot the Netherland Government drew the conclusion that the roads being now all repaired, a further amelioration of them could serve military purposes only and they therefore decided to allow the further transport through the Netherlands no farther than on a very restricted scale, limiting it to the quantity apparently necessary for the ordinary keeping up of the roads in the beginning of 1918. As these cargoes had to arrive on the place of their destination before the waters may be frozen, it was decided that a quantity of 370 000 tons would be allowed to pass through, in two equal portions, between September 15th and November 15th.

The Netherland Government have the intimate conviction that by allowing the above transports within the limits indicated they have acted in the fullest conformity with their duties as a neutral and their conventional obligations. They have therefore been most painfully surprised that, in answer to their note of September 14th, in which they explained to the British Minister at the Hague the justification of their attitude, Sir *Walter Townley* informed the Minister of Foreign Affairs on September 20th that, unless an assurance would be given that the transit of gravel etc. as well as of metals would cease, the British Government intended to discontinue any facilities for the transmission of Dutch cable messages. In Government circles this menace has not failed to make a most painful impression. The Netherland Government are convinced that in view of the Rhine Act they cannot take a line of action different from the one pursued by them now. The terms of that Convention oblige them to allow the transit of all merchandise of which they cannot state with certitude that they are included in article 2 of the 5th Hague Convention. They therefore have great difficulty to believe that, for the sole reason that the attitude of the Netherland Government — though in itself fully correct — is contrary to the interests of the British nation, the British Government would have recourse to a measure which not only lacks all connexion with the transit of metals or gravel, but which would assume the character of reprisals and against which the Netherlands are powerless. Such a measure could hardly be considered otherwise than as an abuse of power of a belligerent nation towards a neutral country which continually observes in the most scrupulous way its duties of neutrality towards all belligerents without regard to the difficulties which it thereby creates for itself. The Netherland Government have never hesitated to render with impartiality to all belligerents any service congruent with their neutrality, of which their offer to the British and German Governments to give hospitality to several thousands of their prisoners of war is the most recent example.

**b) Englisches Memorandum vom 23. Oktober 1917.**

In a memorandum dated 9th October, the Netherlands Minister was good enough to formulate the arguments which he had used on behalf of his Government to justify the transit across Netherlands territory of metals

from Belgium to Germany, and of sand and gravel from Germany to Belgium.

2. The memorandum separates the transit of metals from the transit of the sand and gravel, and advances different contentions with regard to each. In the opinion of His Majesty's Government, there is no fundamental distinction between the two, and to attempt to differentiate between them merely confuses the issue by the introduction of minor and irrelevant considerations. In each case His Majesty's Government contend that the Netherlands Government are allowing the German Government to make use for military purposes of Dutch territory in a way contrary to the established principles of international law and of public right. The German Government have been and are being allowed to transport supplies required in connection with their military operations from their own territory in German occupation, and vice versa, across the territory of a State taking no part in the war. The intention and the result is materially to relieve the strain upon the railways and waterways of the belligerent country essential to its military operations. That is the broad proposition for which His Majesty's Government contend, and they are unable to find in the arguments contained in *M. van Swinderen's* memorandum any justification for the direct assistance to their enemies which is in this way being rendered by the Netherlands Government.

3. In respect of the transit of metals from Belgium to Germany, the memorandum maintains that when the Netherlands Minister for Foreign Affairs wrote to Sir *W. Townley* on the 10th June that the transit of all metals would in future be stopped, he forgot that there might be some metals which it was obvious had not been requisitioned and as to which there was consequently no reason for prohibiting the traffic. The memorandum states that the Netherlands Government, being bound on one side by the Rhine Convention and on the other by the Land War Neutrality Convention, were obliged to reconcile these two conflicting obligations, and had done so by prohibiting the transit of requisitioned goods.

4. His Majesty's Government regard this reasoning as unsound. The obligation incumbent upon a neutral State is not merely to prohibit the passage of requisitioned goods: it is founded upon the general principle that a neutral State must not allow any use of its territory to be made by a belligerent for military operations — the transit of belligerent convoys of munitions or provisions would be such a use, and therefore their transit is prohibited by the convention mentioned above. What is taking place in this case, even upon the facts as stated in the memorandum, amounts to a use of neutral territory for such transit purposes, and thereby constitutes a breach of the obligation incumbent upon a neutral State. If Germany finds it necessary, for her own purposes, to send commodities containing copper to Belgium to be smelted in order to extract the metal, and then return the metal from Belgium to her own territory for use in her munition factories,

the carriage of these supplies backwards and forwards, if permitted via neutral territory, affords relief to the direct military transport system between Belgium and Germany and constitutes the use by Germany of Netherlands territory for military purposes. For the Netherlands Government to permit this, is to fail in the observance of their duties as a neutral.

5. The distinction between article 2 and article 7 of the Land War Neutrality Convention is quite simple. The former article is aimed at the use of neutral territory by a belligerent Government and comes into play whenever the belligerent State is itself concerned with both the despatch and the receipt of the troops, stores, or supplies forwarded. Article 7 deals with the transport of goods which have been acquired by a belligerent State as the result of commercial transactions with private persons in foreign countries. Such transactions primarily do not concern the neutral Government. Measures which it thinks it desirable to impose for the purpose of preventing such dealings by its nationals, or of preventing the export of such commodities from its territory, or their passage across it, are taken not in order to carry out the obligations of neutrality, but in the interest of the neutral nation itself.

6. The memorandum states that the transit of the metals is guaranteed by the Rhine Conventions. A search of the provisions of the treaties as to the Rhine navigation has been made by the appropriate Department of His Majesty's Government, but no stipulation has been found which has any bearing on the question. These treaties deal with the right of passage for goods up and down the Rhine between the riverain States and the sea. No stipulation has been found which obliges the Netherlands Government to permit the passage of goods over the Dutch waterways which were not on their way to or from the sea. His Majesty's Government would therefore be grateful if the Netherlands Minister would indicate with greater precision to what provision in these treaties he refers. In any case, His Majesty's Government would not be prepared to admit that the detailed arrangements which have been entered into in order to carry out the principles as to freedom of commerce on rivers, laid down by the Congress of Vienna, could be interpreted to justify, still less to compel, violations of the obligations of neutrality.

7. With regard to the sand and gravel, *M. van Swinderen's* memorandum argues that the Netherlands Government are bound under the Rhine Conventions to permit the passage of all merchandise which cannot be stated with certainty to fall within article 2 of the Land War Neutrality Convention, and that they have done their best to limit the consignments which have been allowed to pass to those destined for non-military purposes. From what has been stated above, the Netherlands Government will realise that the view held by His Majesty's Government is that no sand and gravel should be allowed to pass — not merely that the quantity should be limited to a certain amount. This sand and gravel is sent from Germany to Belgium

by the German Government for its own purposes. It is immaterial whether those purposes are alleged to be civil or alleged to be military. Germany is in occupation of Belgium merely in pursuit of military objects, and there can be no purpose to which the sand and gravel so despatched via the Dutch waterways can be put which does not constitute a use of those waterways for the forwarding by the enemy of supplies which are required in connection with the war. The suggestion that the sand, etc., is used for purposes within the purview of article 43 of the Land War Regulations is beside the point. Those regulations apply only to a power in military occupation of territory, and supplies required in order to carry out the obligations of a military occupant are supplies required for military purposes. Even if these supplies, therefore, were sent to Belgium via Holland solely for the purpose of carrying out the obligation incumbent upon the occupant of Belgium under article 43 of the Land War Regulations, and were limited in quantity to the amount required for that purpose, the fact would afford no answer in law to the Netherlands Government.

8. The theory that the transit of these goods through Holland is justified on the above grounds cannot indeed be maintained even upon the facts alleged by the Netherlands Government. The sand and gravel which has been allowed to pass is far in excess of anything which is required for civilian purposes in Belgium. There is also the local output to be taken into account. Belgian quarries can themselves easily produce all that is required for non-military purposes in the country; there can, therefore, be no need to supplement those supplies by importations from Germany. In this connection it may be observed that, since it is understood that the Belgian quarries are being worked by prisoners of war, the output is doubtless being used for civilian purposes. Were it not so, there would be a breach of article 6 of the Land War Regulations, since it would be a case of employing the labour of prisoners of war on work connected with military operations. Ample supplies of sand and gravel for the civilian purposes of Belgium are secured from her own resources, and it follows that any more sent in from outside must be employed for military works. His Majesty's Government feel no doubt but that the Netherlands Government are allowing use to be made of Dutch territory by the Germans for the purpose of forwarding to Belgium in enormous quantities supplies which have an intimate connection with the military defences of the German forces on the Western front; and they certainly are not disposed to acquiesce in any arguments to the effect that the Netherlands Government are bound to allow this traffic either under the Rhine Conventions or under any principle of international law or public right. On the contrary, they maintain that the Netherlands Government are bound to put an end forthwith to this transit traffic of the sand and gravel equally with that of the metals.

c) *Englisches Memorandum vom 30. Oktober 1917.*

The memorandum enclosed in Mr. *Balfour's* note of the 23rd instant dealt with the legal contentions put forward by the Netherlands Government in connection with the controversy about the transit of sand and gravel through Holland. It did not, however, deal at any length with the contention advanced by the Netherlands Government in *M. van Swinderen's* memorandum of the 9th October, to the effect the Netherlands Government did not deny that if the sand and gravel was intended to be used by the Germans for military purposes its transit should not be allowed, but that the Netherlands Government were not aware of any proof of such intended use, and asked to be furnished with it.

His Majesty's Government, as already explained, cannot admit that the actual method of using the sand and gravel is under the circumstances decisive as to the legitimacy of permitting its transit; they, nevertheless, think it right to explain to the Netherlands Government the reasons which have induced them to come to the conclusion that beyond all reasonable doubt the sand and gravel transited across Holland is, in fact, used by the Germans for direct military objects, such as the construction of concrete defences in their entrenched lines.

In support of this view they desire in the first place to call attention to the actual quantities transited, in relation to the estimated needs of Belgium for civilian purposes. The Netherlands Government are aware that this matter has been under discussion between the two Governments for a considerable period. As early as November 1915 His Majesty's Government addressed to the Netherlands Government remonstrances on the subject, and in consequence of these remonstrances on the 11th July, 1916, the Netherlands Minister for Foreign Affairs informed the British representative at The Hague that the Netherlands Government had provisionally decided to restrict the transit of gravel to the amount of 75 000 tons per month or 900 000 tons a year, on the ground, presumably, that that was all that could be required for Belgian pacific purposes. Shortly afterwards, however, in consequence of representations by a German expert, the Netherlands Government altered their decision, and agreed to permit a transit of no less than 420 000 tons a month in the two months of August and September 1916, being at the rate of 5 000 000 tons in the year, or six times what the Netherlands Government had themselves thought necessary. His Majesty's Government were seriously dissatisfied with this decision, and in consequence of further remonstrances on their part two Dutch officers were directed to proceed to Belgium to enquire what, in their opinion, was reasonably necessary for Belgian civilian needs. His Majesty's Government do not attach great importance to the report of these officers. It appears that they were not allowed to visit the so-called „Etappen-Gebiet“, or military zone, so that they could form any opinion whether sand and gravel transited across Dutch waterways was in fact used for works of fortification.

It appears from their report that large quantities of sand and gravel were required for the remaking and maintenance of roadways, the double-ballasting and maintenance in repair of railways and the strengthening and upkeep of river and canal embankments and maritime and riverside quays. But all these works serve the communications of an army. Is it reasonable then to suppose that they are reconstructed and kept in repair by the Germans, not because of the military purposes which they serve, but because the Belgian population, following their normal peace-time occupations, require to make use of them? Is there the slightest evidence that the Germans have ever considered the interests of the Belgian civilian population? Is it not notorious that deliberately and as part of their settled policy they have destroyed the industrial and economic resources of Belgium because the Belgians would not consent to use those resources for German benefit? Is it not then clear that if road surfaces in Belgium have been transformed from one type to another, and important railway embankments strengthened doubly beyond what was found necessary in peace-time, all this has been done in order to improve the lines of communication of the German army and that roads, railways, &c., in Belgium are kept in repair simply in order that they may carry the military traffic which requires to pass over them.

The Netherlands Government state that they sent their officers a second time to Belgium this summer, and from their investigation arrived at the conclusion that all roads had been repaired, and they have informed the British Government that a quantity of 1 650 000 tons annually was all that should be transited to satisfy the civilian needs of Belgium. A French expert, *M. Tur*, making calculations on the basis of the civilian works existing in Belgium before the war, and assuming a peace-time rate of wear and tear, estimated that 1 345 000 tons represented the non-military requirements of Belgium. It is right to observe that these estimates are in all probability greatly excessive for the actual civilian use of roads and other non-military works, which might reasonably be supposed to require sand and gravel for their up-keep, since civilian life in Belgium is practically at a standstill, and there is, in consequence, no civilian use of the roads or anything else. Nevertheless, for the purpose of the contention now being put forward, His Majesty's Government are content to assume, contrary to their own opinion, that the figures adopted by the Netherlands Government, namely 1 650 000 tons, are correct. It is admitted that far more than that, namely some 2 300 000 tons of sand and gravel have already been transited across Holland during this year, and it seems, therefore, abundantly clear that a considerable proportion of the sand and gravel so transited—amounting to some 600 000 or 700 000 tons—has been used for non-civilian purposes.

Nor does the case stop there. There are quarries in Belgium which in peace time produce upwards of 5 000 000 tons of these materials. It is understood that these quarries are now being worked for the Germans by Russian prisoners of war. Possibly their output is considerably less than it

would be in peace time, though according to the information in the possession of His Majesty's Government they are being vigorously and efficiently worked. Even allowing for a very largely diminished output it is perfectly plain that sand and gravel more than sufficient to cover the assumed civilian needs of Belgium can be and, in all human probability, is being obtained from these quarries. It is suggested that the output of these quarries is being used for military purposes, but His Majesty's Government are surprised at such a suggestion, and cannot accept it. The quarries are being worked by prisoners of war, and by article 6 of the Hague Land War Regulations it is illegal to use prisoners of war for military work. His Majesty's Government cannot believe that the Netherlands Government would contend without proof that the output of the quarries was in fact being used for military purposes, or that they would suggest that if it was being so used they were justified in supplying sand and gravel for the civilian purposes of Belgium, so as to enable the Germans to commit this breach of international law. Moreover, the British Government have caused an analysis to be made of concrete actually used in German military works on the Flanders front recently captured by the British, and they find that it is composed of material which comes unquestionably from German quarries and not from Belgium. This strongly supports the presumption that the output of the Belgian quarries is being used for what are called Belgian civilian purposes, and that, since that output is more than sufficient for the purposes in question, any sand and gravel transited across Holland from Germany into Belgium must be used for other than civilian, that is for military, purposes.

In support of this view the Netherlands Government are reminded that it is clear from the history of the controversy that they themselves have felt great doubts as to the use of the sand and gravel transited across Holland. When the matter was first raised in 1915—16 they thought it right to ask the German Government to be furnished with certificates as to the employment of the sand and gravel, and the German Government readily furnished them with „scraps of paper“ certifying that the sand and gravel was required for civilian purposes only. The Netherlands Government came to realise that it would not be right to attach very great importance to these certificates, and it was in spite of them that they decided in the summer of 1916 to restrict the transit of sand and gravel to 75 000 tons a month, as already mentioned. It is true that the Netherlands Government subsequently altered their minds on the point, and after much hesitation and obvious misgivings decided to continue to accept these certificates. Even so they were not satisfied, because early in July of the present year they announced to the German Government that they had arrived at the conclusion that sufficient sand and gravel had been transited for the whole of Belgian pacific needs, and that they were resolved no more should go after the 15th August. This decision was communicated to the British Government in July, and it was therefore with no little amazement they heard a little

later that the Netherlands Government had decided to allow transit of an additional 300 000 or 400 000 tons of sand and gravel up to the 15th November, upon the ground that some such quantity would be legitimately sent in the early months of next year, and that at that time there might be a frost which would prevent the use of Dutch waterways. It seems only necessary to point out that if there was a frost in the early months of next year, it would be clearly impossible to utilise the sand and gravel for concrete or road work, or indeed for any other purposes, and that, even if by some accident of the weather such use became possible, there could be no real objection to deferring for a month or two the works which would otherwise have been done in those months.

His Majesty's Government cannot resist the conclusion that the reason the German Government demanded the transit of the 300 000 or 400 000 tons before November was because they wanted it for immediate use for military purposes, and much to their regret they find it difficult to believe that the Dutch Government was not perfectly well aware that such was the purpose of the German Government.

Finally, the attention of the Netherlands Government is called to the annexed copy of a sworn affidavit from a Belgian who recently escaped, which states in precise and definite terms that some, at any rate, of the sand and gravel transited across Holland is taken up across the Belgian waterways to convenient places, from which it is used for the construction of military fortifications by the Germans.

His Majesty's Government have no wish to embitter the controversy which has arisen between them and the Netherlands Government on this subject. On the contrary, they are exceedingly anxious, as they always have been, to live on the most friendly terms with their Dutch neighbours, and to return as soon as possible to normal relations with them in all respects. They venture therefore very earnestly to press upon the Netherlands Government that the proofs which they have hereinbefore enumerated of the military use of the sand and gravel transited across Holland are in the aggregate overwhelming. It is perfectly true that the sand and gravel was not openly consigned to the military zone in Belgium, or declared to be intended to be used for military purposes by the Germans. It is true that it cannot be shown what was done with any particular barge-load of sand or gravel, nor can the actual military work constructed with it be pointed out—that is obviously impossible. But, short of that, the proof required by the Netherlands Government could scarcely be clearer or more cogent.

In the first place, there is the fact that since the German occupation there has been little or no pacific use of Belgian roads, railways, and quays. Then there are the quantities of sand and gravel transited into Belgium, vastly in excess of any possible civilian requirements. Then there is the proof that such civilian requirements, if they exist, could be and almost certainly have been supplied from sources in Belgium itself. Next there is



the certain knowledge that the German demands for these supplies for direct military objects, such as fortifications, is enormous, and there is the evidence that the concrete used for such fortifications is derived from material which comes from Germany—comes, that is, from the source from which the transited gravel comes, and not from the Belgian quarries. And, finally, there is the direct sworn evidence that certain loads of sand and gravel which had been transited were in fact used for military objects.

It is difficult to imagine what more any enquirer, really anxious to get at the truth, could ask to be convinced that the sand and gravel transited through Holland is being used for the purpose of directly assisting the military operations of one of the belligerents.

d) *Niederländische Note vom 19. November 1917.*

Dans un mémoire du 9 octobre dr. le Ministre des Pays-Bas à Londres, sur la demande de M. le Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères, a résumé succinctement les observations qu'il avait présentées verbalement au sujet de l'arrêt des télégrammes commerciaux expédiés des Pays-Bas ou vers ce pays par les câbles britanniques, mesure prise par le Gouvernement de S. M. Britannique à la suite de l'attitude adoptée par le Gouvernement Néerlandais en vertu des obligations que ses traités et le droit des gens lui imposent au regard du transit à travers les Pays-Bas.

*M. van Swinderen* avait rappelé à *M. Balfour* le point de vue néerlandais concernant le transit de Belgique en Allemagne et vice-versa, tel qu'il avait été exposé à maintes reprises dans les notes adressées au Ministre de Grande-Bretagne à La Haye.

La réponse de M. le Secrétaire d'Etat est contenue dans un mémoire du 23 octobre dr. dont le texte complet n'est toutefois parvenu au Gouvernement de la Reine que le 13 novembre.

Dans ce mémoire le Gouvernement Britannique fait observer en guise de remarque préliminaire qu'il n'y a pas lieu de distinguer entre le transit de métaux de Belgique en Allemagne et celui de sables et de graviers etc. d'Allemagne en Belgique, et que ses objections à ce transit se rattachent dans les deux hypothèses au principe qu'il considère être à la base de l'article 2 de la Convention V de la Haye.

Or le Gouvernement de la Reine a parfaitement saisi la portée de ces objections, mais ne pouvait les partager. Dans ces conditions il tenait à ce qu'il ne fût point perdu de vue que l'étendue du transit de Belgique en Allemagne se trouvait de fait être extrêmement restreint par l'application de la règle d'après laquelle aucune marchandise acquise par l'un des belligérants à la suite d'un acte de guerre n'est admise dans les limites du territoire néerlandais.

Les arguments du Gouvernement Britannique se résument comme suit:

Le Gouvernement Néerlandais autorise le Gouvernement Allemand à faire usage du territoire néerlandais en vue des opérations de guerre, d'une

façon contraire aux principes établis du droit des gens. Il permet au Gouvernement Allemand de transporter à travers les Pays-Bas des provisions dont celui-ci a besoin en rapport avec ses opérations de guerre.

Le Gouvernement Allemand a recours à ce transit en vue de débarrasser ses propres chemins de fer et voies d'eau.

Un état neutre ne doit permettre aucun usage de son territoire par les états belligérants pour leurs opérations militaires. Le transit de convois de munitions ou d'approvisionnements est un usage en ce sens et la Convention V de la Haye l'interdit pour cette raison. Le transport à travers les Pays-Bas de métaux, de sables et de graviers etc. équivant à un transit de ce genre. Si l'Allemagne envoie des minerais d'Allemagne en Belgique pour en extraire dans ce dernier pays le métal pur et pour transporter ensuite ce métal de Belgique en Allemagne à l'usage des fabriques de munitions, le transport de ces marchandises, à l'aller et au retour, à travers le territoire néerlandais allège le système des transports militaires directs entre la Belgique et l'Allemagne et constitue un emploi par le Gouvernement Allemand du territoire néerlandais à des fins militaires. En permettant ces transports le Gouvernement Néerlandais manque aux devoirs de la neutralité.

Les articles 2 et 7 de la Convention V de la Haye prévoient les hypothèses suivantes. L'article 2 vise l'utilisation du territoire neutre par un Gouvernement belligérant et est applicable dans tous les cas où l'état belligérant lui-même est intéressé tant à l'envoi qu'à la réception des troupes, munitions et provisions.

L'article 7 traite du transport de marchandises acquises par un état belligérant à la suite de transactions commerciales avec des personnes privées en pays étranger. De pareilles transactions ne regardent pas le Gouvernement neutre.

Le Gouvernement de la Reine ne saurait reconnaître la justesse des arguments exposés ci-dessus.

L'article 2 de la Convention V de la Haye est conçu comme suit:

„Il est interdit aux belligérants de faire passer à travers le territoire d'une puissance neutre des troupes ou des convois, soit de munitions soit d'approvisionnements.“

Les expressions „convoi de munitions“ et „convoi d'approvisionnements“ employés dans cet article sont des termes techniques dont la signification est claire. Si ces termes sont pris à la lettre ils ne s'appliquent qu'à des envois protégés par une escorte. Toutefois il va sans dire que des envois de munitions ou d'approvisionnements qui réunissent toutes les conditions d'un convoi, mais ne sont pas accompagnés d'une escorte — dont ils n'auraient du reste pas besoin en territoire neutre — rentrent également dans la sphère d'application de cet article. Autrement les belligérants seraient facilement à même de rendre cette prohibition illusoire. Par contre l'emploi du terme technique exclut naturellement l'application de l'article à des envois autres que des convois de munitions ou d'approvisionnements.

Le Gouvernement Britannique allègue que l'article 2 trouve sa raison d'être dans le principe que le territoire d'un état neutre ne doit pas servir aux opérations de la guerre. D'après lui ce principe obligerait l'état neutre à interdire tout envoi par son territoire de marchandises pouvant servir à la confection de munitions ou d'approvisionnements de guerre. Or cette interprétation est manifestement arbitraire en vue de la disposition précise de l'article 2 dont la portée évidente est de limiter au strict nécessaire, c'est-à-dire à des convois d'approvisionnements, la prohibition du transit en pays neutre. Cette argumentation ne tend à rien moins qu'à imposer à l'état neutre des obligations plus étendues que celles prescrites expressément par le droit des gens positif. La Deuxième Conférence de la Paix a voulu avant tout que la souveraineté des états neutres fût respectée. C'est pourquoi elle a nettement défini les devoirs des états belligérants envers les états neutres et réciproquement, en vue de sauvegarder ces derniers contre les prétentions excessives que des états belligérants pourraient aisément mettre en avant.

Le Gouvernement Britannique estime que le transit par le territoire neutre de marchandises susceptibles d'être utilisés en rapport avec la guerre constitue un emploi du territoire neutre pour les opérations de guerre. Il ajoute que le débarrasement des voies de communication de l'état belligérant qui résulte de ce transit est pour celui-ci un avantage, constituant une aide directe.

Or en affirmant qu'il s'agit d'un usage du territoire neutre pour les opérations de guerre et d'un secours direct porté à l'état belligérant, le Gouvernement Britannique représente comme établi ce qu'il a toujours manqué de prouver, à savoir que le Gouvernement de la Reine agit contrairement à la neutralité en permettant le transit de pareilles marchandises. En égard à l'article 7 de la Convention, il est certain que le transit de marchandises et même de matériel de guerre pour le compte d'un état belligérant à travers le territoire neutre ne suffit pas pour établir que ce territoire est utilisé pour les opérations de guerre. L'article 2 de la Convention statue dans quelles conditions seulement pareil transit prend le caractère d'un acte illicite. Quant à l'avantage que procure à l'état belligérant la liberté du transit de marchandises à travers le territoire neutre en ce que ce transit débarrasse dans la même proportion ses propres voies de communication, il résulte de circonstances indépendantes du droit de la neutralité. Il n'existe certainement dans le droit des gens aucune règle qui prescrit à une puissance neutre de prendre des mesures pour priver un état belligérant de pareil avantage, ce qui équivaldrait à lui nuire arbitrairement avec la conséquence si non dans le but ostensible de favoriser indirectement son adversaire.

Il résulte de ce qui précède que l'article 2 de la Convention V de la Haye est seul décisif pour déterminer si le transit dont le Gouvernement Britannique se plaint, est contraire à la neutralité des Pays-Bas.

Le Gouvernement Britannique attribue à ce transit le caractère de convois d'approvisionnements parce que les marchandises sont susceptibles

d'être employées en rapport avec les opérations de la guerre et parce que c'est, selon lui, le Gouvernement Allemand qui expédie et qui reçoit les envois. Il assimile donc aux approvisionnements visés par la Convention les articles qui peuvent être utilisés directement ou indirectement à la confection de pareils approvisionnement. Ceci revient à dénaturer le sens de l'article 2 c.-à-d. à y ajouter une règle nouvelle. Or il ne rentre pas dans les attributions des états belligérants d'imposer aux états neutres d'autres obligations que celles découlant de la Convention. D'autre part le fait que le Gouvernement Allemand se trouve tant derrière les marchands qui expédient que derrière ceux qui reçoivent les marchandises n'empêche pas que la forme sous laquelle s'effectuent ces transports est celle d'envois commerciaux. Le Gouvernement Britannique ne peut manquer de reconnaître la justesse de cette observation. Car il est indéniable qu'elle s'applique également aux transports non seulement de marchandises susceptibles de servir à la guerre mais de matériel complet de guerre qui, sous les auspices du Gouvernement Britannique, ont ou tout au moins ont eu lieu depuis longtemps entre la Grande Bretagne et son Alliée la Russie à travers le territoire neutre de la Norvège.

Ainsi qu'il a été noté ci-dessus, un envoi de marchandises peut être un convoi, même s'il n'est pas accompagné d'une escorte, d'ailleurs inutile en territoire neutre. Il peut être reconnaissable comme tel par la nature même des marchandises. En général il n'en sera pas ainsi lorsqu'il s'agit de matières premières. Il dépend alors des circonstances de chaque cas spécial si le Gouvernement neutre se trouve ou non en présence d'envois de la catégorie visée à l'article 2 de la Convention V. Dans le cas des minerais expédiés d'Allemagne en Belgique et de métaux envoyés de Belgique en Allemagne le rapport que le transport de ces cargaisons peut avoir avec la conduite de la guerre est tellement incertain et éloigné que la notion de convois d'approvisionnements ne s'y rattache point.

Par contre, le fait que les sables et graviers transitant d'Allemagne en Belgique peuvent être employés directement à des ouvrages de défense militaires, que ce transit a augmenté excessivement et que les envois sont tous dirigés vers le théâtre des opérations de guerre fait surgir des doutes sérieux quant à leur destination à des ouvrages non-militaires. Aussi du moment où le Gouvernement de la Reine obtiendrait la preuve certaine que les matériaux en question sont réellement employés à des ouvrages de défense militaires, il en considérerait les transports comme des convois d'approvisionnements.

Le Gouvernement Britannique estime que cette preuve consiste dans le fait seul que la Belgique est militairement occupée par l'Allemagne. Tous travaux exécutés par l'autorité occupante, affirme-t-il, sont par le fait-même de l'occupation des travaux militaires.

Or l'article 43 du règlement concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre en constatant que l'autorité du pouvoir légal a passé entre les mains du Gouvernement occupant, impose également à ce dernier l'obser-

vation des devoirs que comporte cette autorité. Ces devoirs sont d'ordre civil et non d'ordre militaire. Par conséquent des travaux exécutés en vertu de ces devoirs ne rentrent pas dans la catégorie des travaux militaires.

Le Gouvernement Britannique met en doute l'affectation des sables et des graviers à des ouvrages non-militaires. Les quantités expédiées en transit dépassent, dit-il, celles nécessaires à l'exécution de ces ouvrages. La seule production des carrières belges y suffirait et son affectation à ces travaux résulterait du fait que des prisonniers de guerre russes sont employés dans les carrières.

Or il appert des rapports des officiers néerlandais envoyés deux fois en Belgique à cet effet que les quantités expédiées à travers les Pays-Bas ne dépassent pas les besoins pour des ouvrages non-militaires et que la production actuelle des carrières belges est loin de pouvoir suffire à ces besoins. Du reste, ainsi que le Gouvernement de la Reine l'a déjà fait observer dans sa note du 14 septembre dr. à Sir *Walter Trenchley*, la question de savoir si le transit de sables et de graviers a ou non le caractère de convois d'approvisionnements dépend uniquement de l'emploi qui est fait de ces envois-mêmes. Dès lors le point de droit de la guerre soulevé par l'emploi de prisonniers de guerre russes dans les carrières belges reste également en dehors de cette question.

Le Gouvernement de la Reine maintient qu'au point de vue du droit des gens il n'est sous aucune obligation d'empêcher un transit qui n'a point le caractère des envois prohibés par l'article 2 de la Convention et que par contre l'Acte du Rhin l'oblige à permettre ce transit. Dans sa note du 6 novembre 1917 au Ministre de la Reine à Londres, M. le Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères remarque que la disposition de l'article 2 de cet Acte n'étend pas la portée de l'Acte même et ne va pas au delà des décisions arrêtées au Congrès de Vienne.

Or l'histoire-même de cet article 2 prouve le contraire. Il est à noter que l'extension de la liberté de la navigation sur la fleuve international qu'est le Rhin aux eaux nationales néerlandaises réunissant le Rhin avec les eaux belges a été inaugurée par l'article 9, par. 5 du traité de paix entre les Pays-Bas et la Belgique de 1839. En ce moment-là cette extension ne profitait donc qu'aux seuls sujets belges. Cependant le traité de commerce et de navigation, conclu le 31 décembre 1851 entre les Pays-Bas et la Prusse, agissant en son nom et en celui des états du „Zollverein“, a réservé la même liberté aux navires et trains de bois de ce „Zollverein“ (voir l'article 19, deuxième alinéa) et enfin l'Acte révisé du Rhin, de 1868, a proclamé cette liberté pour tous les états riverains de ce fleuve.

Il est donc incontestable que l'article 2 de l'Acte de 1868 garantit la liberté de la navigation sur les eaux intermédiaires entre le Rhin et la Belgique. Toutefois le Gouvernement de la Reine n'est pas d'avis, comme paraît le supposer le Gouvernement Britannique, que dans le cas d'un transit rentrant dans la sphère d'application de l'article 2 de la Convention V de la

Haye, l'Acte du Rhin constituerait un obstacle à ce que le Gouvernement Néerlandais remplisse ses devoirs de Gouvernement neutre.

Dès le moment où le Gouvernement Néerlandais acquerrait la preuve que les sables et les graviers transitant d'Allemagne en Belgique sont employés à des ouvrages de défense militaires, il l'enrainerait, tout comme il a interdit le transit d'autres envois auxquels il attribuait le caractère de convois d'approvisionnements. De même le Gouvernement de la Reine, en vue du maintien d'une stricte neutralité, n'a pas hésité à s'opposer au transit par la voie du Rhin et des eaux intermédiaires entre ce fleuve et la Belgique de marchandises acquises à la suite d'un acte de guerre.

Il a observé la même attitude quant à la navigation sur l'Escaut, lorsqu'il s'agissait du passage des navires allemands qui se trouvaient à Anvers au début de la guerre. Il a refusé de permettre le passage de ces navires aussi bien après leur reprise par le Gouvernement Allemand qu'après leur saisie première par le Gouvernement Belge. De même il n'a pas permis le passage de l'Escaut au vapeur anglais *Lestris*, capturé par les forces navales allemandes et qu'un armateur allemand voulait conduire de Zeebrugge à Anvers.

Le Gouvernement de la Reine se flatte que les arguments qu'il vient de développer prouveront qu'au point de vue juridique son attitude dans la question du transit est basée sur une conception juste et stricte des devoirs imposés par le droit des gens aux états neutres.

Par ce qui précède il estime avoir répondu également à la note adressée par M. le Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères au Jhr. *de Marces van Swinderen* sous la date du 6 novembre dr., sur les conventions relatives à la navigation du Rhin et de l'Escaut. Il se réserve de répondre sans délai au mémoire du Gouvernement Britannique en date du 30 octobre dr., relatif aux preuves de l'usage à des fins de guerre du matériel transitant par les Pays-Bas.

#### e) Niederländische Note vom 22. November 1917.

Dans un mémoire daté du 30 octobre dernier, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a bien voulu répondre à la demande formulée par le Gouvernement de la Reine de lui faire part des preuves que, d'après une communication du Ministre des Pays-Bas à Londres, le Gouvernement Britannique avait déclaré posséder par rapport à l'emploi à des ouvrages militaires des sables et graviers transportés à travers les Pays-Bas.

Ce mémoire fait valoir que le Gouvernement de la Reine lui-même a des doutes quant à l'emploi qui est fait de ces matériaux. En outre il donne à entendre que les résolutions successives du Gouvernement de la Reine à l'égard de ce transit n'ont été prises qu'à la suite des démarches faites auprès de lui par le Ministre de Grande Bretagne.

Or le Gouvernement de la Reine, tout en ne se refusant pas à examiner les considérations invoquées par les puissances belligérantes, ne s'est jamais

laissé influencer, ni dans cette matière, ni dans aucune autre, par le seul fait que l'une d'elles lui avait fait des représentations.

L'augmentation du transit de sables et de graviers avait dès le commencement du mois de novembre 1915 attiré l'attention du Gouvernement de la Reine et lui donna lieu de faire connaître au Gouvernement Allemand que si ces envois étaient destinés à des ouvrages militaires, leur passage par le territoire des Pays-Bas était inadmissible.

Le Gouvernement Allemand ayant omis de fournir des éclaircissements de nature à écarter tout doute concernant l'emploi ultérieur de ces matériaux, le Gouvernement Néerlandais lui fit savoir qu'aucune cargaison n'en serait dorénavant admise en transit à moins d'être accompagnée d'une déclaration des autorités compétentes allemandes certifiant qu'elle n'était pas destinée à être employée à des ouvrages militaires.

L'augmentation toujours croissante de ce transit lui donna lieu d'insister sur ce que le Gouvernement Allemand lui fournit en outre des données précises sur l'emploi réel de ces matières. En vue d'activer la production de ces données et dans l'impossibilité où il se trouvait d'évaluer même approximativement les véritables besoins pour des ouvrages non-militaires dans le pays occupé, il résolut de limiter provisoirement le transit mensuel à une quantité de beaucoup inférieure à celle ayant transité les mois précédents. La quantité admise fut fixée arbitrairement à un chiffre très bas dans le but d'obtenir enfin des données précises. En effet, des explications détaillées furent fournies peu de temps après. Elles démontraient clairement que de grandes quantités étaient nécessaires pour l'exécution de travaux non-militaires. En outre le fonctionnaire allemand qui les avait transmises avait fait connaître que son Gouvernement était prêt à permettre à un expert néerlandais de se renseigner sur les lieux-mêmes au sujet de l'usage qui y était fait des matières en question. C'est dans ces conditions que le Gouvernement de la Reine résolut d'admettre provisoirement et pour un délai déterminé un transit de 420 000 tonnes par mois, en se réservant de prendre une nouvelle décision après réception du rapport des deux officiers néerlandais qu'il avait résolu d'envoyer en Belgique avec le consentement du Gouvernement Allemand.

L'attitude du Gouvernement de la Reine dans l'été de 1916 est donc représentée inexactement dans le mémoire du Gouvernement Britannique. Il en est de même de celle que le Gouvernement Néerlandais a adoptée en 1917. Le Gouvernement Néerlandais n'avait pas décidé qu'après le 15 août de cette année le transit serait arrêté en tout état de cause, mais qu'il ne serait permis que jusqu'à concurrence des quantités nécessaires à des travaux spéciaux d'ordre non-militaire, en tant que ces quantités n'auraient pas encore transité par les Pays-Bas à cette date. La mission des officiers néerlandais avait pour but d'établir si de pareils travaux étaient en voie d'exécution ou de préparation et, dans ce cas, de déterminer les quantités de matériaux qu'exigeaient ces travaux.

Or leur rapport a permis de constater que les quantités déjà transportées avant le 15 août, y compris celles ayant transité dans les derniers mois de 1916, suffisaient aux besoins totaux pour l'entretien normal et les ouvrages spéciaux non-militaires de 1917.

Dès lors le transit aurait pu être arrêté jusqu'au 1er janvier 1918. Cependant tenant compte du fait que déjà en 1916 le passage de certaines quantités pour des travaux à achever en 1917 avait été autorisé, le Gouvernement Néerlandais n'a pas trouvé lieu de s'opposer à ce que la quantité estimée nécessaire à la continuation des travaux non-militaires pendant les premiers mois de 1918 transitât avant l'hiver, conformément à la pratique généralement suivie pour de grands travaux publics et autres qui risquent de devoir être interrompus si les matières premières n'arrivent pas par suite de la mauvaise saison. Il décida toutefois que ce passage devrait s'effectuer dans une période limitée à deux mois (du 15 septembre au 15 novembre). Il décida en même temps qu'aucun autre transit de matériaux nécessaires à l'entretien normal en 1918 ne serait permis avant le 15 mars prochain.

Le Gouvernement Britannique émet l'opinion que le Gouvernement Allemand tenait à ce transit pour la seule raison qu'il avait besoin de ces matériaux pour la construction immédiate d'ouvrages militaires et que le Gouvernement de la Reine s'en rendait parfaitement compte.

Ainsi qu'il appert de l'exposé donné ci-dessus, le Gouvernement de la Reine est loin d'avoir eu l'intention de favoriser les opérations militaires de l'Allemagne et il ne peut cacher son vif ressentiment d'être même soupçonné d'une attitude aussi partielle envers l'un des belligérants.

Du reste, la préoccupation du Gouvernement Britannique à ce sujet ne s'accorde point avec la déclaration d'un batelier belge qui est jointe au mémoire du 30 octobre dernier, d'après laquelle une quantité de 3 000 000 tonnes de gravier et de sable se trouvait à Anvers au commencement de septembre dernier, c'est-à-dire précisément à l'époque où le transit des 370 000 tonnes, dont les autorités militaires allemandes sont censées avoir eu tellement besoin, fut accordé.

Le Gouvernement de la Reine n'a jamais perdu de vue qu'il pouvait exister des doutes concernant l'emploi précis des sables, graviers etc. transitant par les Pays-Bas; ses nombreuses démarches auprès du Gouvernement Allemand en font foi. Cependant tout juge impartial de la situation devra reconnaître que jusqu'à preuve du contraire il a le devoir de se baser tant sur les rapports de ses propres officiers que sur la parole du Gouvernement intéressé, quelle que soit la valeur qu'un adversaire attribue à cette parole.

Dans l'opinion du Gouvernement Britannique la preuve de l'emploi des matériaux susmentionnés à des travaux militaires résulte d'une façon convaincante de la situation actuelle de la Belgique occupée, de l'expertise à laquelle ont été soumis des fragments de béton provenant des tranchées conquises sur les troupes allemandes et des déclarations faites sous serment par un batelier belge devant une autorité du Royaume Uni.



La preuve tirée de la situation actuelle de la Belgique consiste dans l'affirmation que depuis l'occupation les voies de communication belges ne servent presque pas à la circulation de la population civile et au mouvement commercial, que tous travaux d'utilité publique ne sont entrepris que dans l'intérêt militaire de l'Allemagne, que les quantités de matériaux transitant par les Pays-Bas dépassent même celles nécessaires à ces travaux, que les matériaux obtenus en Belgique y suffisent, et que du moment où des prisonniers de guerre russes sont employés dans les carrières belges il ne saurait point faire de doute que la production de ces carrières est affectée à des travaux de ce genre.

Quelques-unes de ces affirmations ont déjà été réfutées dans la Note du Gouvernement Néerlandais du 19 novembre, notamment celles relatives à la quantité de matériaux qu'exigent les travaux considérés par le Gouvernement Néerlandais comme des travaux d'ordre non-militaire, au chiffre de la production des carrières belges et à l'emploi qui en est fait. Sous ce rapport il y a seulement lieu de remarquer que ce n'est pas après mais avant la réception du second rapport des officiers néerlandais que le Gouvernement de la Reine a émis l'opinion qu'en vue des travaux considérables entrepris par les autorités allemandes pendant l'année 1916 et le commencement de l'année 1917, il ne serait plus nécessaire d'améliorer les routes belges. Le rapport susdit a prouvé au Gouvernement de la Reine qu'au contraire de pareils travaux d'amélioration s'imposaient encore pour l'année 1917.

Pour déterminer le caractère militaire ou non-militaire des travaux exécutés ou projetés par les autorités allemandes en Belgique, le Gouvernement de la Reine tient compte de la mesure dans laquelle ils sont utiles à la population belge. A ce point de vue l'amélioration des voies de communication existant dans le Gouvernement Général est en majeure partie un travail d'utilité publique, celle entreprise dans la région des armées est en majeure partie un travail d'ordre militaire. De même la construction d'abris où la population des pays envahis peut se garer contre les attaques aériennes doit être considérée principalement comme un travail d'utilité publique, même dans la zone des armées. Par contre la construction d'une nouvelle voie ferrée dans la vallée de la Meuse est un travail purement militaire. C'est conformément aux règles énoncées ci-dessus que le Gouvernement de la Reine a fixé les quantités de sable et de gravier etc. dont le transit était admissible.

Le Gouvernement Britannique est arrivé à la conclusion que, sans aucun doute, l'autorité allemande emploie les sables et les graviers à des travaux militaires proprement dits tels que des ouvrages fortifiés construits en béton. Le mémoire dit qu'une analyse du béton employé dans les tranchées conquises par les troupes britanniques a démontré que ce béton avait été préparé de matériaux provenant de carrières allemandes.

D'autre part d'après une communication privée reçue de Sir *Walter Townley* et qui a paru également dans la presse anglaise, un examen de trente-neuf spécimens de ce béton aurait eu pour résultat que dans trente-

deux cas il y fut trouvé du gravier du Rhin. Etant donné que le gravier du Rhin qui est importé en Belgique provient tant de l'Allemagne que des Pays-Bas l'analyse ne prouve pas à elle-seule que les ouvrages bétonnés en question auraient été construits de matériaux ayant transité par les Pays-Bas. D'ailleurs des transports directs de graviers et de pierraille se font d'Allemagne en Belgique. En égard à ce qui précède le Gouvernement Néerlandais prie le Gouvernement Britannique de bien vouloir lui communiquer toutes données ultérieures qui puissent contenir des indications concernant la provenance des matériaux en question.

L'annexe du mémoire du 30 octobre contient, notamment dans le paragraphe 5, certaines indications qui pourront évidemment contribuer à prouver indirectement l'affectation du gravier et du sable transportés à travers les Pays-Bas à des ouvrages militaires.

Conformément à ce qu'il a déclaré publiquement le Gouvernement Néerlandais est toujours prêt à examiner consciencieusement tout le matériel qui lui serait soumis pour prouver que ses données étaient erronées. De son côté il ne reste pas inactif. En présence des doutes qui ont surgi parmi le public néerlandais, dans la presse et au sein du Parlement, il a même fait des démarches auprès du Gouvernement Allemand afin qu'une commission de trois experts néerlandais soit autorisée à instituer un nouvel examen en Belgique et en France, aussi dans les zones d'opérations et dans les deux Flandres. La réponse à cette demande n'a pas encore été reçue.

Le Gouvernement Néerlandais croit pouvoir s'attendre à ce que le Gouvernement Britannique, même s'il continue à combattre le point de vue néerlandais, ne refusera pas de reconnaître l'entière bonne foi du Gouvernement de la Reine. Il prend acte du désir du Gouvernement de Sa Majesté Britannique de ne pas envenimer la controverse qui a surgi par rapport au transit, mais d'entretenir au contraire les relations les plus amicales avec les Pays-Bas. Il partage entièrement ces sentiments et s'attend à ce que le Gouvernement Britannique, puisqu'il se déclare être animé d'intentions aussi bienveillantes, mette fin sans délai à la mesure si néfaste pour la vie économique des Pays-Bas qu'il a récemment prise en leur refusant la transmission de tous câblogrammes commerciaux, mesure qui certes ne fait qu'envenimer la controverse et nuire aux bons rapports qui existaient jusqu'à présent entre les deux nations.

**Nr. 1859. Niederländisch-englischer Schriftenwechsel vom 14. bis 26. Januar 1918 wegen Durchfuhr von Materialien durch Holland.**

**N. Wb. V.**

**a) Englisches Schreiben vom 14. Januar 1918 an die Niederlande (der englische Minister an den niederländischen Gesandten).**

His Majesty's Government have duly considered your memorandum of the 20th November, continuing the discussion respecting the transit traffic

across Holland of materials susceptible of use for military purposes which are despatched from Germany to Belgium and vice versa. Although I fear that further prolonged legal arguments on this question will lead to but little useful result, I feel bound to reply to the contentions advanced in your memorandum.

2. The situation as it exists at present may be stated as follows: The Netherlands Government acknowledge their duty to prohibit the transit of sand and gravel if intended for warlike purposes. The facts respecting the traffic which have been brought to the notice of the Netherlands Government would seem to be sufficiently convincing to show that the materials are, in fact, being used for such purposes.

3. From the legal point of view the transit of metals stands on the same footing as that of sand and gravel. The metals must be regarded as intended for warlike purposes if they are destined to be used in the German munition factories. The same duty should impel the Netherlands Government to arrest the traffic in either case. The Netherlands Government, whilst admitting that the metals are destined to be utilised in the manufacture of munitions, claim that this does not constitute them military supplies („approvisionnement“) within the meaning of article 2 of the Hague Convention n<sup>o</sup>. 5 (1907). The view that the term „military supplies“ only includes fully manufactured war material and not the raw materials necessary for its manufacture is, however, inconsistent with the attitude of the Netherlands Government themselves in the matter of the transit of sand and gravel where they admit that the traffic must be stopped if it can be shown that the materials are intended to be utilised in the manufacture of concrete for the German defence works. It is as little a case of fully manufactured war material in the one case as in the other. Moreover, I may be permitted to point out that if the term „approvisionnement“ were understood to cover only fully manufactured war material, the distinction in meaning between this term and the term „munitions“, also used in the same article, would cease to have any substance. The term „approvisionnement“ must clearly be held to include raw material for the manufacture of „munitions“, and the latter term connotes fully manufactured war material. It follows that it is the duty of the Netherlands Government, where either the one form of traffic or the other is concerned, to prevent a belligerent from making use of Dutch territory for forwarding such supplies.

4. The Netherlands Government contend that international law contains no rule requiring a neutral State to deny to a belligerent the advantage of using means of communication lying across its territory, even though the aim and object of the belligerent in seeking to use such means of communication is plainly to relieve the strain on his own military railways and other means of communication, and to increase their efficiency for meeting more urgent military requirements. According to this view, the German Government would be fully at liberty to utilise, in connection with their belligerent

operations, the Dutch waterways and other arteries of traffic, so long as there was no infringement of the letter of Convention 5 of 1907 forbidding, in accordance with the interpretation of it set up by the Netherlands Government, the transport of troops and of fully manufactured war material. This is the answer of the Netherlands Government to the proposition, quoted in my memorandum of the 23rd October, that a neutral State must not allow any use of its territory to be made by a belligerent for military operations. This general proposition is, His Majesty's Government would have supposed, of an axiomatic nature, and the fact that international law as codified in the Hague Conventions does not forbid, by actual definition, all methods by which the rule embodied in it may be infringed, cannot render it legitimate on the part of a neutral Power to acquiesce in resort to such methods on the part of a belligerent.

5. I note with satisfaction the admission of the Netherlands Government that the provisions of the various conventions relating to commerce on the Rhine cannot override Holland's obligations as a neutral State.

6. The Netherlands Government, in the course of their argument, allege that war material has, under the auspices of the British Government, been passed across Norway in transit between Great Britain and Russia. It would be of interest to His Majesty's Government to learn to what exactly allusion is made. There has been no regular traffic in war material between Great Britain and Russia via the Scandinavian countries, and without further precision of the allegation I find it impossible to furnish a reply to it.

7. In any case, and whatever may have been the attitude of other neutral Governments, there are special circumstances attaching to the action of the Netherlands Government which invest it with peculiar gravity. Its effect has been, and is, to give direct assistance to Germany in maintaining her military occupation of Belgium, an act of war committed in flagrant defiance of solemn treaty obligation, and maintained under conditions departing from every principle of international law and every law of humanity. The Netherlands Governments are themselves parties to a treaty in which the perpetual neutrality of Belgium is expressly stipulated for. Yet when they are confronted with the choice of either assisting or of refusing to assist Germany to continue her violation of Belgium's neutrality, they decline to put in force a rule of international law which they themselves recognise; indeed, they actually advance, as a ground for their refusal, the contention that a traffic which Germany carries on across Dutch territory at enormous cost in money and effort cannot be assumed to have any positive connection with the belligerent operations of the German armies.

8. The Netherlands Government revert once more to article 43 of The Hague Land War Regulations which they have invoked as justifying their toleration of the transit traffic in sand and gravel. The provisions of this article can no more entitle the military occupant of occupied territory to demand that a neutral State shall depart from the obligations of neutrality

than can those of the Rhine Conventions. As I have already on a previous occasion had the honour to point out, the regulations in question apply only to a Power in military occupation of territory, and supplies required in order to carry out the obligations of a military occupant are supplies required for military purposes. The Netherlands Government reply to this that the article quoted relates to a civil and not a military obligation imposed upon a hostile army in occupation of enemy territory. His Majesty's Government are not prepared to recognise this division of the duties of a belligerent army of occupation into those of a military and those of a civil nature, nor to agree that a neutral Power is entitled to assist a belligerent in his occupation of hostile territory, and thereby to aid him to continue the act of war which that occupation represents. Apart from this, it is difficult to understand how the construction and upkeep of roads and railways is at all directly connected with the obligation of ensuring public order and safety which is the duty imposed upon the belligerent army by the article referred to. The work of maintaining and reconstructing roads and railways, if such work had in reality a civilian purpose, would more naturally devolve on bodies constituted by the local population than upon the military authorities of the army of occupation.

9. The Netherlands Government appear to have misunderstood the significance of the reference in my note of the 23rd October to the utilisation of the output of the Belgian stone quarries, and have so been wrongly led to regard the point as irrelevant. It is not apparently disputed that the Belgian quarries are worked by prisoners of war, and it may be safely assumed that the output of these quarries is not wasted. If it is utilised, it must be utilised for civilian purposes. Otherwise a breach of article 6 of the Land War Regulations would be committed. And since the output of these quarries is fully sufficient to provide for all the needs of Belgium for so-called civilian purposes, it seems to follow that the imported stone and gravel cannot be required for those purposes, and can only be used for works of a military nature. This was the contention set out in my memorandum of the 23rd October, and it is obviously a contention very much to the point in the controversy between our two Governments.

10. I cannot but express my renewed and earnest hope that the Netherlands Government will recognise the force of the arguments which I have the honour once more to place before them, and take such measures as will harmonise their action with the rules of neutrality which do not appear really to be in dispute between them and His Majesty's Government.

**b) Englisches Schreiben vom 15. Januar 1918 an die Niederlande  
(der englische Minister an den niederländischen Gesandten).**

I received in due dourse the memorandum of the Netherlands Government on the sand and gravel question, dated the 22nd November, and enclosed in your note of the 30th November. This communication is in

response to the memorandum of the 30th October, in which I set out a considerable body of information tending to show that the sand and gravel which the Netherlands Government were allowing to be sent by the Dutch waterways was far in excess of what was required for civil purposes in the occupied districts of Belgium and must in fact be used for military purposes.

2. The contents of the British memorandum of the 30th October are discussed at considerable length in your communication of the 22nd November, but, if I may venture to say so, I notice some lack of appreciation of the real point at issue. Care is taken, for instance, in the earlier portion of the memorandum of the 22nd November to show that such steps as the Netherlands Government took to satisfy themselves as to the sand and gravel were in no way due to the representations of His Majesty's Government. These passages are not very convincing, but the point is one of no importance. The obligation of a neutral State to fulfil the duties which neutrality imposes upon it does not depend on complaints made by one of the belligerents. The duty to prevent any improper use of its territory is absolute, and is neither increased nor diminished by the presence or absence of protests from one of the States at war.

3. The object of the representations which my predecessor and I have caused to be made to the Netherlands Minister for Foreign Affairs on this subject was to warn the Netherlands Government of what was going on and to place them on their guard. It was and is for the Netherlands Government to take such action in consequence as they think fit.

4. The course followed by the Netherlands Government in the memorandum of the 22nd November is to discuss the contents of my memorandum merely from the point of view of whether the information given is sufficient to establish a military use of the sand and gravel. The memorandum admits that the Netherlands Government have always been aware that there might be doubts as to the use to which these materials were being put, and criticises the information contained in the British memorandum as inconclusive. The Netherlands point of view is made still clearer by the suggestion put forward towards the end of the note, that the Netherlands Government will always be willing to examine conscientiously any material submitted to it for the purpose of establishing that the hypothesis on which it is at present acting is erroneous.

5. This is not a case in which it is incumbent upon His Majesty's Government to establish the purpose for which the sand and gravel is being used. The information has been supplied by His Majesty's Government in order to help the Netherlands Government in the discharge of its duty of preventing the German Government from making improper use of Netherlands territory. The contention that the information contained in the British memorandum does not amount to conclusive proof of the facts alleged is hardly to the point: the information is adequate to give the Netherlands

Government full notice of what is believed to be going on, and to deprive them of any justification for accepting unquestioned the statements of the German officials.

6. Just as the obligations of the Netherlands Government do not depend on whether His Majesty's Government have made complaints or furnished proofs, they are similarly not affected or diminished by the assurances which are received from the German Government. The duty is the duty of the neutral Government, and in the presence of the uncertainty on the whole subject which the Netherlands memorandum admits to exist, it is clear that the duty of the Netherlands Government is not discharged merely by accepting assurances made by officials of the German Government either at The Hague or to Netherlands officers who are allowed to visit certain restricted areas of Belgium. It is upon the Netherlands Government that the duty is laid, and it is for that Government to satisfy itself by actual investigation that the sand and gravel allowed to pass is not employed for any purposes which, in the view of the Government, are inconsistent with its duties as a neutral. If no such steps are taken the Government must run the risk of incurring the heavy claims which will arise if it is in fact being misled.

7. Such examination into the facts would of course have no bearing on the wider contention as to which His Majesty's Government are unable to agree, viz., that occupation of Belgium is in itself a military act, and therefore that the principle which the Netherlands Government have laid down for themselves should prevent the passage of any supplies for use in Belgium. That is a matter on which His Majesty's Government must maintain their point of view, but it is a contention which has been brought so fully to the notice of the Netherlands Government that I must assume that they are content to take the risk of an unfavourable decision when the matter should in time come up for adjustment.

8. There would be no advantage in my entering into detailed controversy with regard to the arguments adduced in the memorandum of the 22nd November. His Majesty's Government have placed before the Netherlands Government certain information bearing upon the use to which these supplies passing over the Dutch waterways were put. Were the information considered by any fair-minded individual either in this country or in the Netherlands, I can have but little doubt as to the effect which would be produced on his mind. If the great majority of the samples of concrete from the Flanders front are found to be manufactured with gravel from Germany, and vast quantities of gravel have been passing from Germany to Belgium via the Dutch waterways, I do not think it is an exaggeration to say that few people would not say it was strong ground for thinking that the sand and gravel which were passing were being used for military purposes, but I note that, in the opinion of the Netherlands Government, it affords no such proof, because gravel has been exported from Holland, and some has been

sent direct from Germany to Belgium. Taking this view, the Netherlands Government beg for further proof. Definite evidence of the use to which the sand and gravel is being put could only be obtained by observations as to what becomes of each cargo. It is clearly not the duty of His Majesty's Government to provide such definite evidence; nor is it in their power to do so; they are not in a position to place men on the barges for the purpose of making such observation. With the Netherlands Government, however, matters are different; they are in a position to impose any terms they think necessary as a condition for allowing these goods to pass; nor are they under any obligation to accept the assurances of the officials of the German Government.

9. The Netherlands Government can scarcely believe that the indication given in the memorandum of their views as to the type of works for which the sand and gravel may justifiably be transported by the Dutch waterways will satisfy His Majesty's Government. The rule suggested is certainly simple, but appears to be based entirely on assumption and not on facts. Repair of roads or railways outside the zone of the armies is to be deemed to be legitimate because they might be useful to the Belgian population; thus the repair of the trunk lines which bear all the military traffic between the German frontier and the limit of the zone of the armies is to be regarded as undertaken for the benefit of the civil population of Belgium without any reference to the fact that the civil and industrial life of the country has been strangled by the deportation of its inhabitants, the commandeering of the machinery in its factories, and the ruin of its industries. His Majesty's Government would suggest that a decision based on actual investigation of the facts would be safer than any such general assumption.

10. There is one further point in the memorandum of the 22nd November which I feel bound to mention. The statements attached to my previous memorandum showed that in September last the Germans had accumulated 3 000 000 tons of sand and gravel at Antwerp. The Netherlands Government appear to deduce from this that the 370 000 tons for which the German Government were reputed to be so anxious to obtain permits cannot have been intended for military purposes. The more natural deduction from this huge accumulation is that the Netherlands Government were being continually deceived as to the real purpose of the traffic.

11. His Majesty's Government can only hope that the new investigation which the Netherlands Government propose to insist on will be more exhaustive than its predecessor, since the Netherlands Government are free to attach any conditions they please to the passage of these materials and to insist on any investigation which they consider necessary.

c) Niederländische Note vom 25. Januar 1918 an die englische Regierung.

L'office que Son Excellence le Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères a adressé au Ministre de la Reine à Londres le 14 courant suscite de la part du Gouvernement Néerlandais les observations suivantes:



2. Le Gouvernement de la Reine considère en effet comme son devoir d'empêcher le transit de sables et de graviers devant servir à des ouvrages militaires. Ses enquêtes successives à ce sujet ne lui ont pas permis d'établir que les quantités admises en transit étaient employées à des ouvrages de cette nature.

3. Le Gouvernement Néerlandais n'a pas exprimé d'opinion quant à l'emploi éventuel des métaux transitant de Belgique en Allemagne. Il a seulement constaté que ce transit n'a pas le caractère d'approvisionnements militaires visés par l'article 2 de la Convention V de la Haye. En effet des envois expédiés non pas vers les armées en campagne mais dans la direction opposée au théâtre de la guerre ne sauraient être visés par cet article que dans le cas où il s'agit de matériel de guerre caractérisé. Ainsi le Gouvernement Néerlandais a défendu le transit de cartouches vides destinées à être remplies à nouveau.

4. Si un Etat belligérant expédie à travers le territoire neutre des envois non-militaires et par son propre territoire des envois militaires c'est ce dernier territoire et non le territoire neutre dont il fait usage à des fins de guerre.

5. Le Gouvernement de la Reine n'a jamais contesté le fait que les devoirs de la neutralité priment ceux découlant des conventions relatives à la navigation sur le Rhin.

6. Des envois de matériel de guerre ont été effectués d'Angleterre en Russie par la voie Skibotten-Finlande, au moyen de traîneaux.

7. Le Gouvernement Britannique présente l'attitude du Gouvernement Néerlandais dans cette affaire sous une fausse lumière en y rattachant la question de la violation de la neutralité belge. Il crée l'impression que les Pays-Bas seraient une des puissances garantes de cette neutralité. Or, ceci est absolument erroné, le traité de 1839 le prouve en toute évidence.

D'ailleurs le Gouvernement Néerlandais ne saurait s'autoriser du tort, quelque saillant qu'il soit, commis par l'un des belligérants envers l'autre, pour empêcher le premier d'entreprendre les travaux qu'il juge nécessaires au maintien de la vie économique du pays qu'il occupe.

8. En remplissant les obligations que l'article 43 du Règlement de la Haye lui impose, l'autorité occupante s'acquitte de fonctions civiles. En permettant le transit du matériel dont cette autorité a besoin pour remplir ces obligations, l'Etat neutre ne coopère donc pas à un acte de guerre de l'occupant.

9. La neutralité des Pays-Bas n'entre en jeu que si les quantités de matériaux transitant par le territoire néerlandais sont employées à l'exécution de travaux militaires. Aussi le Gouvernement de la Reine n'est-il pas tenu de demander raison à l'occupant de l'emploi qu'il fait des matériaux provenant des carrières belges, qu'elles soient ou non exploitées à l'aide de prisonniers de guerre.

10. Le Gouvernement de la Reine constate avec satisfaction, que nonobstant ses affirmations antérieures, le Gouvernement Britannique est en fin de compte d'accord avec la règle appliquée par le Gouvernement Néerlandais. De son côté il est aussi disposé qu'auparavant à examiner toutes circonstances de fait pouvant contribuer à la juste application de cette règle. Il n'aura toutefois pas sa pleine liberté d'action tant que le Gouvernement Britannique tente d'exercer sur lui une pression au moyen de la mesure si peu amicale relative aux télégrammes commerciaux.

**d) *Niederländische Note vom 26. Januar 1918 an die englische Regierung.***

La note que Son Excellence le Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères a bien voulu adresser au Ministre de la Reine à Londres sous la date du 15 courant, donne lieu aux observations suivantes de la part du Gouvernement Néerlandais.

2. Le Gouvernement de la Reine est parfaitement d'accord avec le Gouvernement Britannique en ce que l'accomplissement par un Etat neutre des devoirs de la neutralité ne dépend pas du fait qu'un Etat belligérant lui fasse ou non des représentations. Aussi s'est-il occupé de la question du transit de sables et de graviers même avant que le Gouvernement Britannique eût fait aucune démarche à ce sujet; il s'étonne du doute que le Gouvernement Britannique émet à cet égard.

3. Le Gouvernement de la Reine a tenu à rappeler que dans cette matière comme dans toute autre il n'avait agi que de son propre gré, sans s'être laissé influencer par le seul fait que l'une des Parties belligérantes avait trouvé lieu de lui faire des représentations.

4. Le Gouvernement Britannique ayant affirmé que son attitude dans la controverse qui a surgi trouvait sa justification dans le fait qu'il possédait la preuve indubitable de ce que les sables et graviers ayant transité par les Pays-Bas étaient employés à des ouvrages militaires, la note du Gouvernement Néerlandais du 22 novembre 1917 avait pour but de démontrer que l'attitude du Gouvernement Britannique n'était point justifiée, étant donné que les différentes circonstances relatées dans le mémoire du Gouvernement Britannique du 30 octobre 1917 ne présentaient rien de plus qu'une présomption et non pas une preuve indubitable.

5. Le Gouvernement Néerlandais n'a jamais soutenu qu'il incombe au Gouvernement Britannique de prouver que les sables et graviers transitant par les Pays-Bas sont employés à des ouvrages militaires. En effet ce devoir n'existe pas pour le Gouvernement Britannique. Aussi l'observation du Gouvernement Néerlandais qu'il est toujours prêt à examiner consciencieusement tout le matériel qui lui serait soumis pour prouver que ses données étaient erronées n'avait-elle pour but que de mettre en lumière que le Gouvernement Néerlandais n'est nullement de parti pris.

6. Bien qu'il soit incontestable que la responsabilité du Gouvernement Néerlandais vis-à-vis du Gouvernement Britannique n'est pas diminuée par

le fait que le Gouvernement Allemand s'est engagé à ne pas employer à des ouvrages militaires les sables et graviers transitant par les Pays-Bas, la parole du Gouvernement Allemand n'en constitue pas moins un élément d'importance pour le Gouvernement Néerlandais, étant donné que la bonne foi entre belligérants et neutres est une condition indispensable pour permettre aux neutres de remplir leur devoir. D'ailleurs, le Gouvernement Néerlandais n'a point fait dépendre son attitude de la seule parole du Gouvernement Allemand, vu qu'il a envoyé par deux fois des officiers néerlandais dans le pays occupé pour contrôler les assertions de l'autorité occupante et qu'il a eu recours à tous les autres moyens d'information dont il dispose pour se renseigner sur l'emploi véritable des cargaisons transitant par les Pays-Bas.

7. Le Gouvernement Néerlandais doit maintenir son point de vue, exposé en dernier lieu dans sa note du 25 janvier et d'après lequel l'occupation militaire d'un pays n'a pas pour conséquence que tous les travaux entrepris par l'occupant sont de ce fait-même des travaux militaires.

8. En égard au fait que le gravier et le sable ne constituent pas de par leur nature des provisions militaires mais qu'ils ne prennent ce caractère que s'ils sont employés à la construction d'ouvrages militaires, il ne fait point de doute pour le Gouvernement Néerlandais qu'il n'a pas le droit d'enrayer le transit de ces matériaux à moins que leur destination à des ouvrages militaires ne soit établie.

9. Le Gouvernement Néerlandais ne conteste pas que l'entretien et la réparation des routes et chemins de fer belges profitent aux transports militaires allemands. Toutefois, il n'est pas en droit de considérer ces routes et chemins de fer comme des ouvrages militaires, aussi longtemps que, ainsi qu'il est notamment le cas en dehors de la région des armées, la population civile en fait également un large usage. Dans l'opinion du Gouvernement Néerlandais ce fait, qui a été constaté dans le temps par les officiers néerlandais, prouve clairement que les routes et chemins de fer en question n'ont pas perdu leur caractère pacifique d'avant la guerre.

10. Si les quantités de sable et de gravier se trouvant accumulées à Anvers étaient seulement de provenance allemande, cela prouverait sans doute que les autorités allemandes n'ont pas exécuté les ouvrages non-militaires pour lesquels le Gouvernement Néerlandais a accordé le transit des matériaux. Toutefois, parmi les quantités dont il s'agit se trouvent également celles qui ont été exportées des Pays-Bas et à l'égard desquelles le Gouvernement Allemand n'est sous aucune obligation. Cependant, en tant que les sables et graviers accumulés à Anvers ont transité par les Pays-Bas, le Gouvernement Néerlandais ne manquera pas d'en tenir compte en fixant sa ligne de conduite ultérieure.

11. Dans son désir sincère de se renseigner efficacement quant à l'emploi des sables et graviers transitant par les Pays-Bas, le Gouvernement Néerlandais a fait savoir au Gouvernement Allemand qu'il est indispensable que la nouvelle commission néerlandaise d'experts soit à même de se rendre

partout où elle le désire et de recueillir librement et sans entraves dans les territoires occupés belges et français les informations qu'elle estime être nécessaires à l'accomplissement de sa tâche.

**Nr. 1860. Niederländisch-englischer Schriftenwechsel vom 9. Februar bis 20. März 1918 wegen Durchfuhr von Materialien durch Holland.**

**N. Wb. VI S. 4.**

**a) Englisches Schreiben vom 9. Februar 1918 an die Niederlande  
(der englische Minister an den niederländischen Gesandten).**

In the course of the conversation which Lord *Robert Cecil* had the honour to have with you yesterday on the subject of the transit of sand and gravel from Germany to Belgium across Holland, you called attention to the fact that the Netherland Government had strictly maintained and enforced their provisional prohibition of such transit, and you dwelt on their reiterated assurances that they fully recognise their duty to prevent the transit of such materials if destined for military works in Belgium or the occupied provinces of Northern France. You were also good enough to refer Lord *R. Cecil* to the passage in the note of January 26, forming one of the enclosures in your covering note of the first instant, which showed that a new Dutch Commission of Experts would be charged to carry out a further and close investigation on the spot into the actual destination and mode of employment of any sand and gravel to be hereafter transited.

2. You further gave renewed expression to Monsieur *Loudon's* sincere desire to find, in friendly discussion with His Majesty's Government, an amicable solution of the differences which had arisen on this subject between our two Governments.

3. In these circumstances you urged that His Majesty's Government would now withdraw their embargo on Dutch commercial cables.

4. Your note of the first instant, with its two enclosures, will require careful consideration and examination at the hands of my legal advisers and I shall have the honour to reply to it more fully at a later date.

5. In the meantime having regard to the fact that for some considerable time past the transit to which His Majesty's Government have felt compelled to take exception has in fact ceased and that it cannot, so I understand, be resumed before March 15 next, His Majesty's Government are anxious to give practical expression to their great desire to maintain and, if possible, increase the cordial relations which have so long subsisted between the British Government and that of the Netherlands. I accordingly have the honour to inform you that orders will forthwith be given for the withdrawal of the embargo. His Majesty's Government will further hope to begin immediately negotiations for the final adjustment of this question and they have every expectation that with good will on both sides the negotiations will be com-

pleted before March 15. If contrary to expectation that should unfortunately not prove to be the case, both Governments will naturally be free to take such action as may appear to them advisable in the circumstances.

**b) Englisches Schreiben vom 7. März 1918 an die Niederlande  
(der englische Minister an den niederländischen Gesandten).**

In your note of the 1st ultimo you were so good as to furnish me with memoranda dated respectively the 25th January and 26th January, which carry on the discussion so long pending between our two Governments with respect to the transit traffic across Holland of cargoes of sand and gravel despatched from Germany to Belgium. The two memoranda have been carefully examined, and I have the honour to offer the following observations with regard to their contents.

2. His Majesty's Government take note of the further explanations which the Netherlands Government furnish with respect to their attitude towards the transit across Holland of metals passing from Belgium to Germany, and intended, as is not understood to be in dispute, for utilisation in the German munition factories. It appears that, in claiming to apply to this traffic a different rule from that applied in the case of the sand and gravel transit trade, the Netherlands Government base their attitude upon a dual interpretation which they seek to place upon article 2 of Hague Convention No. 5 (1907). According to what seems to be the contention of the Netherlands Government, this article is of different application according as the traffic which is concerned passes in the direction of the locality where active military operations are in progress or in another direction. In the first case raw materials for the manufacture of munitions of war, and in general any supplies intended to be put to warlike uses, may not be passed by a belligerent across neutral territory; but in the second case such traffic is permissible, and the rule embodied in the article does not operate except where definitely recognisable war material („matériel de guerre caractérisé“) is concerned. There is no authority whatever in the text of the Convention for drawing such a distinction, and His Majesty's Government are quite unable to recognise any justification for it. The rule is clearly applicable irrespectively of the direction in which the belligerent passes convoys of munitions of war or of supplies across the territory of a neutral Power. From the moment that such convoys consist of munitions of war or of supplies intended to be put to a military purpose their passage becomes a breach of neutrality, and it is the duty of the neutral Power to stop it. The same destination for warlike purposes exists in the case of metals intended for utilisation in the munition factories in Germany, as in the case of sand and gravel destined to be employed in the manufacture of concrete for the German defensive works in Belgium or for other warlike uses in that country. The duty of the Netherlands Government to arrest the traffic is the same in either case.

. The Netherlands Government now give more definite shape to their allegation respecting the transit of war material between Great Britain and Russia by way of Norwegian territory. It appears that the allegation has reference to the temporary use of the so-called Skibotn sleigh route for the carriage of consignments of various supplies passing between this country and Russia under the auspices of a Russian Commission in London. It is possible that amongst the goods so forwarded there may have been some to which the description military supplies might have been applied, and, if so, the question whether His Majesty's Government were called upon to prevent the despatch of such consignments from this country might have presented itself for consideration if a request to this effect had been received from the Norwegian Government.

4. In my note of the 14th ultimo it was pointed out that circumstances of particular gravity attached to the conduct of the Netherlands Government in tolerating the traffic carried on by Germany across Netherlands territory. The effect of this toleration was to give direct assistance to Germany in maintaining her military occupation of Belgium. Apart from the conditions of revolting barbarity which have characterised, and still characterise, this occupation, and which alone might have been thought sufficient to cause the Dutch Government and people to rebel at the idea of facilitating its continuance even for the smallest period of time, the occupation was an act of war committed in flagrant defiance of Germany's solemn treaty obligation to respect and defend the perpetual neutrality of Belgium. And the Dutch Government, as I pointed out, might have been expected to have an especial interest in the maintenance of Belgium's neutrality, since they were themselves parties to a treaty in which it was expressly stipulated for. The treaty to which I intended to refer is that concluded between Holland and Belgium on the 19th April, 1839, wherein it is provided: „La Belgique ..... formera un Etat indépendant et perpétuellement neutre.“ This treaty was confirmed by a further treaty signed on the same day between Holland on the one side and Great Britain, Austria, France, Prussia and Russia on the other. Thus Holland, as I had stated, recognised in a solemn treaty the perpetual neutrality of Belgium. I never said or suggested that Holland was one of the guaranteeing Powers; the words employed in my note of the 14th January were carefully chosen to avoid any such misconception arising, and I can only express my regret at finding that I did not, after all, succeed in making the contention of His Majesty's Government sufficiently clear to prevent the impression in the mind of the Netherlands Government that my remarks were calculated to give a misleading impression. It was not my intention to achieve this result.

5. The Netherlands Government again make reference to article 43 of the Land War Regulations, and repeat their former contentions with regard to it. At the same time, I note that they do not explain, though invited to do so by His Majesty's Government, how the construction and upkeep of

roads and railways has any direct connection with the duty imposed upon the belligerent army by the article in question. Nor do the Netherlands Government appear to have taken any account of the suggestion of His Majesty's Government that the work of maintaining and reconstructing roads and railways, if such work had in reality a civilian purpose, would more naturally devolve on bodies constituted by the local population than upon the military authorities of the army of occupation.

6. I cannot refrain from expressing my surprise at the attitude of the Netherlands Government towards the contention of his Majesty's Government with respect to the output of the Belgian stone quarries. The contention was that this output was fully sufficient by itself to meet the civilian requirements of Belgium, and that, being the product of the labour of prisoners of war, it must necessarily be employed to meet those requirements and not be devoted to warlike purposes. The Netherlands Government are content to reply by asserting that it is a matter of indifference to them what use the German Government make of the output of these quarries. They are evidently quite prepared to contemplate that the product of this prisoner labour may be devoted to warlike purposes, in breach of article 6 of the same Land War Regulations which they profess to regard it as their bounden duty to assist the German Government to observe in another particular. The inconsistency of such an attitude is apparent. If the Netherlands Government recognise an obligation on themselves to facilitate, as they claim to be doing, the observance of the regulations in the one case, it should not be a matter of indifference to them that, by transiting sand and gravel which may set free the product of prisoner labour for employment on works connected with the operations of the war, they actually facilitate a breach of the regulations in the other case.

7. The Netherlands Government express satisfaction that the rule applied by the Netherlands Government is one which the British Government, notwithstanding their previous declarations, are now content to accept. This is an erroneous statement of the position. I had hoped to have made it clear that His Majesty's Government were ready for the purposes of the present unhappy controversy to restrict their contention to the demand that the Netherlands Government, having made a rule for their own guidance, should themselves observe that rule, leaving aside for the moment the question whether the rule was in itself good or bad. The complaint of His Majesty's Government is that the Netherlands Government do not apply the rule by which they recognise themselves to be bound.

8. In the memorandum of the 26th January the Netherlands Government assert that His Majesty's Government have claimed to have indisputable proof of the warlike use of the transited sand and gravel, whilst the evidence which they have been able to produce of such warlike use amounts to no more than a presumption. The British Government have always admitted that it was impossible for them to follow any particular cargo and to assure

themselves of the final destination of its contents. The exercise of control over the uses to which the sand and gravel are put is in the power and is the duty of the Netherlands Government. The strong presumptive evidence submitted to them must have convinced them that a far closer control is necessary than that which they have hitherto been content to accept as establishing the innocence of the traffic.

9. His Majesty's Government note with satisfaction, as proof of this, that the Netherlands Government reiterate their intention shortly to despatch to Belgium a further commission of Dutch experts to enquire into the uses to which the sand and gravel are there put, and that they have claimed for the new commissioners considerably greater latitude for the conduct of their investigations than the German authorities permitted in the case of their predecessors. The report of this Commission will be awaited with interest, but the Netherlands Government will, I trust, recognise that they cannot adequately discharge their duties of control by the mere despatch of commissions of experts who pay short visits to Belgium from time to time. A more continuous system of supervision appears clearly called for if the object is to establish with certainty that the transited materials are not in future misused for other purposes than those for which they have been allowed to pass.

**c) Niederländische Note vom 20. März 1918 an die englische Regierung.**

En réponse à la note du Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères du 7 art. le Gouvernement de la Reine a l'honneur de soumettre à l'attention bienveillante du Gouvernement Britannique les observations suivantes.

2. Ainsi qu'il résulte abondamment de la correspondance qui se poursuit de longue date entre les deux Gouvernements, le Gouvernement de la Reine ne donne pas une double interprétation à l'article 2 de la Convention V de la Haye. Cet article ne prescrit pas d'une manière générale à un état neutre de s'opposer au transit de toutes marchandises expédiées de territoire belligérant en territoire belligérant. Ce transit est au contraire expressément permis par l'article 7 de la même Convention. Les envois dont l'Etat neutre doit empêcher le transport à travers son territoire sont ceux qui ont le caractère de convois d'approvisionnements d'une armée. Le texte de l'article 2 n'admet point d'autre interprétation. Sa genèse exclut toute idée que la deuxième Conférence de la Paix ait voulu obliger l'état neutre à considérer comme des convois d'approvisionnements, les envois de tous articles que les belligérants placent sur leurs listes de contrebande en raison de leur utilité plus ou moins directe pour la conduite de la guerre.

3. Le Gouvernement Britannique était derrière les envois de matériel de guerre expédiés d'Angleterre en Russie en transit par la Norvège, à destination de son allié le Gouvernement Russe. Si le Gouvernement Britannique considère vraiment le transit de marchandises susceptibles de servir à la guerre comme étant contraire à l'article 2 de la Convention, il serait



illogique de sa part d'entretenir une opinion différente au sujet du transit, effectué sous ses auspices, de matériel de guerre complet. Dans ces circonstances son devoir de belligérant lui prescrivait impérativement de s'abstenir spontanément de pareil transit puisque l'interdiction contenue dans l'article 2 s'adresse en premier lieu et en toutes lettres aux belligérants eux-mêmes.

4. Le Gouvernement de la Reine prend acte de la déclaration du Gouvernement Britannique d'après laquelle il n'entrait pas dans ses intentions de créer l'impression que le Gouvernement Néerlandais aurait manqué à un devoir contractuel à l'égard de la Belgique. Toutefois, il ne peut s'empêcher de remarquer que le fait seul d'une allusion en cette matière au traité du 19 avril 1839 devait nécessairement créer cette impression, vu que ce traité n'a aucun rapport avec la question du transit.

5. Il est constant que parmi les devoirs d'un Gouvernement est celui de veiller à l'entretien, à l'amélioration et à la réfection des routes et des chemins de fer. En vertu de l'article 43 du règlement concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre ce soin incombe à l'autorité occupante entre les mains de laquelle l'autorité du pouvoir légal a passé de fait. Il appartient à l'autorité occupante de décider si ce soin sera confié aux autorités locales ou non.

6. Le Gouvernement de la Reine n'est appelé ni à favoriser ni à contrecarrer l'occupant dans l'accomplissement des devoirs qui lui incombent en pays occupé; il doit simplement s'abstenir de mettre des entraves à un transit licite tel que celui de matériaux destinés à être affectés à des ouvrages non-militaires. Il n'est pas appelé à veiller à ce que l'un des belligérants ne commette pas envers l'autre d'infraction à l'article 6 du règlement concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre.

7. Le dernier alinéa de la note du Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères du 14 janvier dr. dit en toutes lettres qu'en réalité il ne paraît pas exister de désaccord entre les deux Gouvernements concernant la règle de neutralité applicable en la matière. Le Gouvernement Britannique voudra bien reconnaître que dans aucune de ses communications antérieures il ne s'était placé à ce point de vue.

8. Le Gouvernement de la Reine est tout disposé à soumettre à un nouvel examen la question de savoir comment il sera possible d'établir un contrôle efficace sur l'emploi qui est fait du sable et du gravier transitant par les Pays-Bas.

9. Le Gouvernement Allemand a déclaré ne pouvoir à présent admettre en Belgique et en France occupées une commission d'experts néerlandais. Il a fait connaître qu'il renonce provisoirement au transit de sable et de gravier.

**Nr. 1861. Niederländisch - englischer Notenwechsel vom 22. April bis 31. Mai 1918 wegen Beschlagnahme der holländischen Handelsschiffe en masse.**

**N. Wb. VIII.**

**a) Aus dem englischen Memorandum vom 22. April 1918.**

.... It would appear that the Netherlands Government consider the right of angary to be an ancient rule which had fallen into desuetude until it was unearthed by His Majesty's Government as justifying an arbitrary act on their part. The right is certainly an ancient one, and its existence has been recognised, though admittedly in some cases with reluctance, by nearly all writers on international law from *Grotius* downwards. It is sufficient to refer to *Bluntschli*, *Massé*, *Vinnius* (ad *Peckium*), *Bonfils*, *Calvo*, *Halleck*, *Rivier* *Heffter* (especially note by *Geffcken* in the 4th French edition), *Hall*, *Phillimore*, *Westlake* and *Oppenheim*. But if it is suggested that the right had fallen into disuse and is obsolete, it is fair, (without quoting extensively from the many modern writers on international law who recognize the right as still existing), to point out that it was asserted by the German Government in 1871: that it is especially mentioned in the United States Naval War Code of 1900, and that during the discussions at the Naval War College in 1903, which resulted in the withdrawal of the Code, it was not suggested that the article in question required any modification. Further the right was fully recognized during the present war, before any cases had arisen of the requisitioning of neutral ships which were not the subject of Prize Court proceedings, by the Judicial Committee of the Privy Council in the well known case of the „*Zamora*“.

It is also relevant to point out that the existence of the right is recognized in a series of treaties entered into by the German Empire during the second half of the 19th Century. The treaties in question are those with Colombia (1892), Portugal (1872), Mexico (1882), Honduras (1887), Guatemala (1887), Nicaragua (1896), Costa Rica (1875), San Domingo (1885), Spain (1883) and Hawaii (1879). These treaties as a rule provide, not that the right of requisitioning ships is not to be exercised in the case of ships belonging to nationals of the contracting parties, but that if it is exercised compensation is to be paid. Commenting on these treaties, the German jurist Doctor *Erich Albrecht*, in his work „*Requisitionen von neutralem Privateigentum, insbesondere von Schiffen*“ published at Breslau in 1912 — a work in which the existence of the right in question is fully recognized — writes as follows (p. 44):

„All the treaties which have been quoted appear to apply not only on the case of a Government using for their own purposes neutral vessels within their own territorial waters and in their own ports, but also to the case of this being done in occupied enemy territory. None of the treaties contain any express limitation to the former case, nor can any such limitation be regarded as implied.

What then can we deduce from all these treaties concerning the German view of international law on this point? The only points which emerge are the following. It can certainly not be presumed that the intention was by some of these treaties to place German ships in a worse position with regard to the other contracting States than they would otherwise occupy by international law. We find among these contracting States a number of Central American republics which in fact have a fairly general reputation for unrest and unreliability. It is highly improbable that Germany would have conceded to them more extensive rights in regard to German vessels than would belong to any sovereign State by international law; for if so, the treaties would represent a one-sided concession on the part of Germany, seeing that it is extremely rare for Dominican and Nicaraguan ships to enter German waters while German ships frequently call at Central American ports. One may, therefore, safely assume that it was the intention in these treaties to place these ships in a more favourable position than they would occupy under the provisions of international law which the German Government hold to be operative.

From this it results that international law as interpreted by the German Government does not certainly create a better position for ships than the arrangements contained in the treaties, which, as regards neutral navigation, are exceedingly unfavourable. Hence international law would at the best confer a position not more favourable than that provided for in the treaty with Columbia, which is as follows: „In the exigencies of war neutral vessels also can be detained in order to be used for the purpose of conducting the war. For the service thus rendered compensation must be paid, but the payment need not be made in advance, nor is it necessary to fix the amount beforehand.“

To this it may be added that treaties containing similar provisions were made between France and Spain in 1882, France and San Domingo in 1882, France and Mexico in 1886, Italy and Mexico in 1870, Italy and Guatemala and Honduras in 1868, Italy and Columbia in 1892.

It may also be pointed out that Professor *Perels*, formerly Legal Adviser to the German Admiralty, in his book „Das internationale öffentliche Seerecht“ published at Berlin in 1903, fully admits the existence of the right.

In view of the above considerations the Netherlands Government can hardly maintain that the right which the Associated Governments have exercised is an obsolete one.

The Netherlands Government state that the right is confined to the right of a belligerent to appropriate as an exception a neutral ship for some strategical end of immediate necessity as for example to close the entrance of a seaport so as to hinder the attack of an enemy fleet. Such a limitation would appear to be based on a well-known instance that took place in occupied hostile territory during the war of 1870—71, but it is not borne out either by the definitions given by writers on international law or by

the practice of nations. It is certainly not suggested in the modern treaties referred to above. The most frequent example in old times of the exercise of the right was perhaps the utilization of neutral ships to carry a military expedition. A well-known example is the French expedition to Egypt in 1798, when a considerable proportion of the three hundred transports which carried the troops were neutral ships which had been taken under the order of the Directorate providing for the requisitioning of ships in the ports of Civita Vecchia, Nice, Genoa, Antibes, Toulon, Marseilles, Bastia, Ajaccio and other Corsican ports. Another instance of the recognition of an analogous right is to be found in Article 19 of the 5th Hague Convention dealing with the requisitioning of neutral railway material. In fact the only instance of the exercise of the right in the limited sense which alone is admitted by the Netherlands Government is that referred to above of the sinking of the British coal-vessels in the Seine by the German Government in 1871. It may be well, also to quote as a modern definition of the right that given by *Rivier* at page 327 of his work „*Principes du Droit des Gens*“ published in 1896.

„On appelle ainsi le droit qu'a le belligérant de s'emparer de choses de tout genre appartenant à des particuliers notamment de navires, voitures, chariots, pour s'en servir, par exemple pour transporter des troupes des armes, des munitions ou pour tout autre usage. Le belligérant qui use de ce droit est tenu d'indemniser le propriétaire; l'indemnité doit, le plus possible, être débattue et fixée par avance.

Le droit d'angarie s'exerce aux dépens des neutres comme aux dépens des particuliers ennemis. C'est même à l'égard des neutres qu'il revêt, surtout dans la guerre maritime, une importance particulière“.

His Majesty's Government readily admit that in one respect the right may be taken to have been modified in modern times. According to the old practice it was permissible not only to requisition neutral shipping, but to compel the masters, and crews even against their will to work the ships during their employment in actual military operations. Such compulsion would not be in accordance with modern ideas and it is, I hope, unnecessary to state that the action of His Majesty's Government does not include any such compulsion on the crews of the Dutch vessels which have been taken over.

The Netherlands Government allege that the measure taken only rests on force. His Majesty's Government would suggest on the other hand that it is on the present occasion at any rate to the extent to which it has been employed an exercise of the right of sovereignty. Most of the writers on international law are content to treat the right as existing in usage without attempting to trace it to its original source; but it appears to His Majesty's Government that the real position is well put by *Azuni*, who says:

„Les angaries sont au nombre des prérogatives de la puissance suprême..... ce droit d'angarie est un droit régalien dont jouissent les puissances souveraines dans les cas de nécessité ou d'utilité publique....“

**A similar objection is made by *Calvo*.**

It is a commonplace that the rights of a sovereign state extend over all property within its jurisdiction, irrespective of ownership, and neutral property within belligerent jurisdiction is, in the absence of special treaty stipulations, as liable to requisition in case of emergency as the property of subjects. If demonstration of this fact were required, it would be afforded by the circumstance that it is not an uncommon provision in commercial treaties that the property of the subjects of the contracting parties shall be exempt from military requisition in the territory of the other. Vessels calling at a foreign port, are, in the absence of special treaty provisions, fully subject to the local jurisdiction. A striking example of this is the practice under which such a vessel can be arrested by reason of legal proceedings in the courts of the country which she is visiting and detained there by order of those courts until the proceedings are finished or she obtains her release on bail. This being so it is not surprising that the practice should have grown up of exercising this right in the particular case where the State in question has urgent need of neutral property such as shipping within its jurisdiction, and the fact that the exercise of this right has received a particular name should not obscure the truth that it is a legal exercise of the right of a sovereign state, and not an act by a belligerent based on no principle of law and for which the only justification is to be found in usage.

His Majesty's Government trust that the foregoing explanations will remove from the mind of the Netherlands Government and the Dutch people any misconceptions that may have arisen as to the proceedings of the Associated Governments in requisitioning Dutch vessels, and that it will be realized that the Associated Governments have done everything in their power to render the action which they have been compelled to take and which is, in their opinion, fully justified under International law, as little, injurious as possible to Netherlands interests.

**b) Aus dem niederländischen Schreiben vom 31. Mai 1918  
(der niederländische Minister an den englischen Gesandten).**

... Quant au côté juridique de la question, le Gouvernement Britannique tout en maintenant que la saisie des navires est fondée sur le „droit d'angarie“ considère qu'elle pourrait également être justifiée par le droit général de souveraineté qui s'étend sur toutes les personnes et les propriétés se trouvant dans la juridiction de l'état.

Le Gouvernement de la Reine conteste que le droit souverain d'un état de saisir pour le bien public, en cas de besoin immédiat, la propriété d'autrui, indépendamment de la nationalité du propriétaire, s'étende aux navires de haute mer sous pavillon étranger. Il estime que pareille extension serait en contradiction avec le respect du pavillon et ne s'accorderait guère avec le principe sacré de la liberté des mers.

Le droit, si c'en est un, auquel a été donné le nom d'„Angarie“, constitue tout au plus une exception au principe de l'inviolabilité du pavillon neutre et cette exception, d'autant plus qu'elle est tombée en désuétude au point de n'avoir été appliqué qu'une seule fois et sous une forme très restreinte pendant tout le 19<sup>ème</sup> siècle, notamment par le Gouvernement Allemand en 1870, ne saurait être envisagée à présent comme une règle générale de droit applicable dans un but quelconque.

Si le libre accès des ports belligérants est accordé de bonne foi aux navires neutres, leur libre sortie en est la conséquence naturelle; la saisie de ces navires par surprise est contraire à cette bonne foi. Et quant à la conception moderne du droit de la neutralité celui-ci exige que la guerre soit menée par les belligérants avec leurs propres moyens et non avec ceux des neutres.

Un grand nombre d'auteurs et des plus célèbres contestent formellement l'existence du droit dont il s'agit, comme étant incompatible avec les exigences du trafic international non moins qu'avec les principes du droit de la neutralité. „Les belligérants“ — dit *Hautefeuille* — „toujours portés à abuser de la force qu'ils ont entre les mains et à s'attribuer des droits plus étendus que ceux qu'ils tiennent de la loi internationale, ont imaginé d'employer les navires neutres dans leurs expéditions maritimes ..... C'est un abus de la force, un attentat contre l'indépendance des peuples neutres; ils peuvent, ils doivent résister à cette prétention par tous les moyens, même par les armes.“ *Pasquale Fiore* s'exprime comme suit: „Du dix septième au dix-neuvième siècle le nombre des traités qui ont proscrit le droit d'angarie est si considérable, qu'on peut bien dire que la jurisprudence internationale s'est complètement prononcée contre cet abus légitimé sous le faux nom de droit.“ Et l'éminent auteur conclut en ces termes: „Nous espérons que dans les temps modernes, dans la réforme générale du droit, on verra confirmer la condamnation solennelle de cet abus et de cette atteinte à l'inviolabilité de la propriété et de l'indépendance des peuples.“ *Kleen* nomme l'angarie „un des abus les plus blâmables dont se soient rendus coupables des belligérants dans des moments d'excès“. Selon *Ullmann* elle n'est plus compatible avec le droit de neutralité en vigueur et est donc à considérer comme abrogée. *Bulmering* la considère comme „une infraction aux droits des neutres“. *Lawrence* s'exprime en ces termes: „The whole trend of recent international action shows that it is obsolete in its most vexatious form of a wholesale embargo on neutral shipping.“ *Carnazza-Amari*, de *Boeck*, *Neumann* et d'autres encore sont du même avis.

Quant aux auteurs cités dans la note du Gouvernement de Sa Majesté Britannique comme reconnaissant le droit d'angarie, je fais observer que *Massé* déclare que l'angarie „constitue de la part du souverain qui y a recours, moins l'exercice d'un droit que l'abus du pouvoir dont il dispose dans les lieux de sa domination“. *Bonfils* reconnaît l'angarie comme un fait, mais non comme un droit. Au contraire, il la qualifie de „prétendu“ droit

et demande: „N'est-il pas une violation des règles de la neutralité commise par le belligérant, qui force le neutre à concourir indirectement aux opérations de guerre?“ *Phillimore* enfin a clairement donné à entendre, qu'à son avis, l'usage du droit d'angarie n'est excusable — bien qu'à peine justifiable — que dans les cas de nécessité militaire absolue.

L'Institut de Droit International, dans sa session de La Haye en 1898, a formellement déclaré le soi-disant droit d'angarie comme étant abrogé, en adoptant la règle suivante:

„Le droit d'angarie est supprimé, soit en temps de paix, soit en temps de guerre, quant aux navires neutres.“

Le Gouvernement Britannique enfin a lui-même, comme je l'ai fait observer déjà une fois, rejeté l'angarie, en ne l'admettant pas à l'égard de navires de commerce britanniques dans l'hypothèse d'une guerre dans laquelle la Grande-Bretagne serait parmi les Etats neutres (voir l'article 494 des *King's Regulations and Admiralty Instructions 1913*).

Ce qui donne à la saisie actuelle par les Gouvernements Associés de tous les navires néerlandais se trouvant dans leurs ports un caractère très-spécial contraire à toute notion saine du droit tel qu'il est compris entre les nations civilisées, c'est — je l'ai dit à maintes reprises — la saisie de ces navires en masse, et cela non par nécessité militaire immédiate, mais par besoin économique dû au fait que le propre tonnage des pays associés ne leur suffisait plus.

Aucun appel au droit général de la souveraineté ou à un droit spécial de n'importe quelle dénomination ne peut justifier un acte de violence de cette portée et qui en outre a été appliqué à des navires retenus depuis de longs mois contre leur gré dans les ports où ils étaient entrés d'entière bonne foi.

Le Gouvernement de la Reine laisse aux juriconsultes de l'avenir le jugement de cet acte. Pour sa part il continue à l'envisager comme une mesure illégitime et inamicale, quelque mitigée que puisse en être la mise en oeuvre.

## m) Spanien.

**Nr. 1862. Neutralitätserklärung vom 7. August 1914.** („Gaceta de Madrid“ vom 7. August 1914, zweite Ausgabe, Nr. 184.)

La guerre ayant malheureusement éclaté entre l'Allemagne, d'une part, et la Russie, la France et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande, d'autre part, et l'état de guerre existant en Autriche-Hongrie et en Belgique, il est du devoir du gouvernement de Sa Majesté de prescrire aux sujets espagnols la plus stricte neutralité, en conformité des lois en vigueur et des principes du droit international public.

En conséquence, les Espagnols, résidant en Espagne et à l'étranger, qui accompliront quelque acte hostile pouvant être considéré comme contraire à la plus stricte neutralité, perdront tout droit à la protection du gouvernement de Sa Majesté, et subiront les conséquences des mesures que les belligérants pourront édicter et cela sans préjudice des pénalités qu'ils encourront d'après les lois espagnoles.

Seront en outre soumis à l'application de l'article 150 du code pénal les agents, nationaux ou étrangers, qui, sur le territoire espagnol, s'emploieront ou aideront au recrutement de soldats pour l'une quelconque des armées ou escadres belligérantes.

**Nr. 1863. Mitteilung vom 17. August 1914 über die Neutralitätserklärung Spaniens.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 18. August 1914, zweite Ausgabe, Nr. 194.)

Berlin, 17. August.

Die spanische Regierung hat durch den hiesigen Botschafter Exzellenz *Polo de Bernabé* der deutschen Regierung amtlich mitteilen lassen, daß Spanien in dem gegenwärtigen Kriege strikte Neutralität befolgen wird.

**Nr. 1864. Mitteilung vom 10. Mai 1916 über die spanische Thronrede zur Neutralitätspolitik.** („Frankfurter Zeitung“ vom 11. Mai 1916, dritte Ausgabe, Nr. 130.)

Madrid, 10. Mai.

Die bei der heutigen Eröffnung des Parlaments verlesene Thronrede betont den Grundsatz der Neutralität und die Verpflichtung, über die wirtschaftlichen Interessen des Landes zu wachen. Ferner werden Wünsche für einen baldigen Frieden ausgesprochen und die Erwartung geäußert, daß alle, Liberale wie Konservative, gegenüber den großen Problemen der Gegenwart einig bleiben. Im Namen der Konservativen schloß sich *Dato* der Thronrede an. Das gleiche tat *Garcia-Prieto* im Namen der im Ministerium vertretenen Demokraten.



**Nr. 1865. Mitteilung vom 28. Dezember 1916 über eine Note der spanischen Regierung in Sachen des U-Bootkrieges.**  
(„Frankfurter Zeitung“ vom 29. Dezember 1916, zweite Ausgabe, Nr. 359.)

Bern, 28. Dezember.

Der spanische Ministerrat beschäftigte sich nach französischen Meldungen aus Madrid mit dem Tauchbootkrieg und seinen Folgen für die spanische Handelsmarine. Graf Romanones kündigte eine amtliche Mitteilung darüber für die Presse an.

**Nr. 1866. Mitteilung vom 1. Januar 1917 über die Antwort Spaniens auf die Note Wilsons zur Friedensfrage.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. Januar 1917, erste Ausgabe, Nr. 2.)

Madrid, 1. Januar.

Die Regierung veröffentlicht folgende Antwortnote Spaniens auf die Note *Wilson*s

Die Regierung Seiner Majestät hat durch Vermittlung ihres Botschafters eine Abschrift der Note erhalten, die der Präsident der Vereinigten Staaten an die Kriegführenden gerichtet hat, und in der er dem Wunsche Ausdruck gibt, es möchte eine baldige Gelegenheit herbeigeführt werden, von allen zurzeit kriegführenden Nationen eine Erklärung zu erlangen über ihren Standpunkt hinsichtlich der Grundlagen, die zur Beendigung des Krieges führen könnten. Diese Abschrift ist begleitet von einer andern Note Eurer Exzellenz, datiert vom 22. Dezember, in der Sie gemäß später erhaltener Weisungen im Namen des Präsidenten erklären, der Augenblick scheine ihm geeignet für einen Schritt der Regierung Seiner Majestät, die, wenn sie es für tunlich erachte, die Haltung der Vereinigten Staaten unterstützen möge. Angesichts des begreiflichen Wunsches der genannten Regierung, in ihrem Vorschlage zugunsten des Friedens unterstützt zu werden, ist die Regierung Seiner Majestät der Ansicht, daß, da der Präsident der nordamerikanischen Republik die Initiative ergriffen hat, und die verschiedenen Eindrücke, welche diese hervorgerufen hat, bereits bekannt sind, der Schritt, zu dem die Vereinigten Staaten einladen, keinerlei Wirkung haben würde, um so mehr als die Mittelmächte den festen Willen kundgeben, daß die Friedensbedingungen unter den Kriegführenden vereinbart werden sollen. Die Regierung Seiner Majestät ist bei aller Achtung für die edlen Triebfedern des Vorgehens des Präsidenten *Wilson*, das immer die Anerkennung und Dankbarkeit aller Völker verdient, bereit, sich nicht jeder Verhandlung über ein Abkommen, das geeignet ist, das humanitäre Werk der Beendigung des Krieges zu fördern, zu entziehen, sie jedoch schwebend zu lassen und ihre Aktion auf den Augenblick aufzusparen, wo die Anstrengungen aller derjenigen, die den Frieden wünschen, mehr Nutzen und Wirksamkeit haben werden, als jetzt, und wo eine Intervention Aussicht auf gute Ergebnisse bieten kann.

In Erwartung dieses Augenblicks erachtet es die Regierung Seiner Majestät für opportun zu erklären, daß sie hinsichtlich einer Verständigung zwischen den neutralen Ländern zum Schutze ihrer materiellen, durch den Krieg berührten Interessen jetzt, wie zu Beginn des gegenwärtigen Krieges, bereit ist, in Unterhandlungen einzutreten, die zu einem Abkommen führen könnten, das geeignet wäre, alle nicht kriegführenden Länder zu vereinigen, sofern sie sich beeinträchtigt glauben und es für notwendig halten, den erlittenen Schaden gutzumachen oder zu vermindern.

**Nr. 1867. Mitteilungen vom 9. Februar 1917 über die Antwort der spanischen Regierung auf Wilsons Vorschlag vom 4. Februar 1917.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 10. Februar 1917, zweite Ausgabe, Nr. 40.)

Paris, 9. Februar.

Die Zeitungen melden aus Madrid, daß der Minister des Aeußern dem amerikanischen Botschafter als Antwort an den Präsidenten *Wilson* eine Abschrift der Antwort der spanischen Regierung an Deutschland überreicht und hinzugefügt habe. Spanien könne keine andere Haltung einnehmen, als sie in der Antwort an die Mittelmächte angegeben sei.

Paris, 9. Februar.

Laut Blättermeldungen aus Madrid ist Oesterreich-Ungarn eine mit der Antwort an Deutschland genau übereinstimmende Antwort erteilt worden.

**Nr. 1868. Note des spanischen Ministers des Aeußern vom 14. Februar 1917 an den deutschen Botschafter in Madrid über die deutsche Seesperre.** (Auswärtiges Amt. Diplomatische Schriftstücke aus der Zeit vom 12. Dezember 1916 bis zum 19. März 1917. [Berlin, April 1917.] Seite 66--69.)

A. S. A. S. el *Principe de Ratibor y Corvey*, Embajador de S. M. el Emperador de Alemania.

Muy Señor mio: El Gobierno de S. M. ha examinado detenidamente la nota que se sirvió entregarme Vuestra Alteza Serenísima el 31 de Enero ultimo, en la que se anuncia el proposito decidido del Gobierno alemán de interrumpir desde el día siguiente todo tráfico marítimo, sin otro aviso y por medio de cualquier procedimiento, al rededor de la Gran Bretaña, de Francia y de Italia y en el Mediterraneo oriental y debo decir que su lectura le ha producido muy penosa impresión.

La correcta actitud de neutralidad en que desde un principio se colocó España, y en que se ha sabido mantener con inquebrantable firmeza y lealtad, le dá derecho á que no se ponga en tan grave peligro la vida de sus subditos dedicados al comercio marítimo y á que éste no se perturbe y merme,

con tal exceso, en toda la extensión de las zonas en que el Gobierno Imperial apunta que ha de apelar, para conseguir su proposito, á todas las armas y á prescindir de todas las limitaciones que se ha impuesto hasta ahora en sus medios de lucha naval.

Aun antes de prescindir el Gobierno Imperial de estas limitaciones, ha protestado el Gobierno de S. M. por no estimarlas bastantes para excusar el cumplimiento de las prescripciones del derecho marítimo internacional; pero llevado el método de guerra, que Alemania anuncia, á un extremo inesperado y sin precedente, el Gobierno español, teniendo en cuenta los deberes y exigencias de su neutralidad, debe presentar on mayor razón su protesta al Gobierno Imperial, tan serena como firme, haciendo al mismo tiempo las reservas que impone la presunción legítima de la ineludible responsabilidad contraída por el Gobierno imperial á causa principalmente de la pérdida de vidas que puede originar su actitud.

El Gobierno de S. M. funda su protesta en la afirmación de que, cerrar por completo el camino de ciertos mares sustituyendo el derecho de captura, innegable en ocasiones, por un pretendido derecho de destrucción en todo caso, está fuera de los principios legítimos de la vida internacional y, sobre todo, y más que nada, de que el extender el sentido de ese derecho á destruir en la forma anunciada la vida de los no combatientes de los subditos de una nación neutral como España, es contrario á aquellos otros principios observados por todas las naciones aun en los momentos de mayor violencia.

Si el Gobierno alemán, como dice, confía en que el pueblo español y su Gobierno no se cierran á los raconamientos de su decisión, esperando que cooperen por su parte á evitar más miseria y más sacrificios de vidas humanas comprenderá asimismo que el Gobierno español, dispuesto á prestar en el momento eficaz su iniciativa y su apoyo á todo aquello que ha de contribuir al advenimiento de una paz cada vez más deseada, no puede admitir como legítimo un régimen de guerra excepcional, por el cual, á pesar de sus derechos de neutral y de su escrupulosidad en el cumplimiento de los deberes que en este concepto le incumben, se dificulta y hasta se impide el tráfico marítimo de España comprometiendo su existencia económica con serio peligro de la vida de sus subditos.

El Gobierno de S. M. firme más que nunca en la justicia que le asiste, no duda que el Gobierno Imperial sabrá inspirarse en los sentimientos de amistad que unen á los dos países, y encontrará, dentro de las duras exigencias de la terrible guerra moderna, medios con que satisfacer la reclamación de España, fundada en el deber, inexcusable que obliga á su Gobierno á amparar la vida de sus subditos y á mantener la integridad de su soberanía á fin de que no se interrumpa el curso de su existencia nacional, para lo cual se siente plenamente apoyado por la razón y el derecho.

Aprovecho etc.

Madrid, 14. II. 1917.

gez. Gimeno.

**Nr. 1869. Neutralitätserklärung Spaniens vom 8. April 1917 im deutsch-amerikanischen Kriege.** („Gaceta de Madrid“ vom 9. April 1917, Nr. 99.)

Ministerio de Estado.  
Seccion de Politica.

Declarado el estado de guerra entre Alemania y los Estados Unidos de América del Norte, el Gobierno de S. M. se cree en el deber de ordenar la más estricta neutralidad á los súbditos españoles, con arreglo á las leyes vigentes y á los principios de Derecho internacional.

En su consecuencia, hace saber que los españoles residentes en España ó en el extranjero que ejercieren cualquier acto hostil que pueda considerarse contrario á la más perfecta neutralidad, perderán el derecho á la protección del Gobierno de S. M., y sufrirán las consecuencias de las medidas que adopten los beligerantes, sin perjuicio de las penas en que incurrieren con arreglo á las leyes de España.

Serán igualmente castigados, conforme al artículo 150 del Código Penal, los agentes nacionales ó extranjeros que verificasen ó promovieren en territorio español el reclutamiento de soldados para cualquiera de los Ejércitos ó Escuadras beligerantes.

Lo que se hace público para conocimiento general.

Madrid, 8 de Abril de 1917.

**Nr. 1870. Mitteilung vom 21. April 1917 über Deutschlands Entgegenkommen gegenüber Spanien bei der Durchführung des deutschen U-Bootkrieges.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 22. April 1917, erste Ausgabe, Nr. 110.)

Berlin, 21. April.

Unsere Gegner versuchen in den neutralen Staaten die durch die englische Seesperre hervorgerufene Mißstimmung auf uns abzulenkten, indem sie den uneingeschränkten U-Bootkrieg für die auch in den neutralen Ländern entstandenen wirtschaftlichen Sorgen verantwortlich machen. Daß wir diesen U-Bootkrieg durch die englischen Maßnahmen gezwungen begonnen haben, wird sorgfältigst verschwiegen.

Insbesondere in Spanien sind in letzter Zeit verschiedene Versuche unternommen worden, um die öffentliche Meinung irrezuleiten. Ein Teil der spanischen Presse hat demgegenüber bereits auf die mancherlei Maßnahmen hingewiesen, die die Zentralmächte getroffen haben, um die mit dem U-Bootkrieg unvermeidlich verbundenen Beschwerden zu mildern, und zwar selbst da, wo diese durch eigene organisatorische Voraussicht zu einem guten Teil zu vermeiden gewesen wären. Es wird in dieser Beziehung ausdrücklich folgendes festgestellt:

Zur Unterstützung der spanischen Fruchtindustrie hat Deutschland große Ankäufe von Apfelsinen und Bananen in den verschiedensten Provinzen

Spaniens vorgenommen. Spanischen Fruchtschiffen, die außerhalb des Sperrgebiets nach dem Hafen von Cette und nach Französisch-Marokko fahren, werden Geleitscheine ausgestellt. In technischer Hinsicht ist hierbei den von der spanischen Regierung geäußerten Wünschen in weitestgehender Weise Rechnung getragen worden. Daneben haben zur Entwicklung des Frucht handels zwischen Deutschland und Spanien Hamburger und Bremer Kaufleute in Verbindung mit Interessenten in Spanien unter Beteiligung zweier deutscher Großbanken eine Gesellschaft gegründet. Während der Dauer des Krieges kauft diese Gesellschaft Früchte ein und läßt sie in einer in Valencia im Entstehen begriffenen Fabrik zu Konserven verarbeiten. Außerdem ist der Export anderer spanischer Nahrungsmittel durch Schaffung eines ungehinderten Ausfuhrweges über Cette nach der Schweiz gefördert worden. Daß durch die Erklärung der Sperrgebiete auch Spaniens Handel mit Amerika beeinträchtigt werden könnte, wie unsere Gegner ausstreuen, entbehrt selbstverständlich jeder Unterlage.

Auf Wunsch der spanischen Regierung wurde den spanischen Fischern ein Freigebiet von beträchtlichem Umlange zur Ausübung ihres Berufes im Sperrgebiete an der spanischen Nordküste zugestanden.

Um dem in Spanien herrschenden Kohlenmangel abzuhelfen, hatte die deutsche Regierung sich bereits vor geraumer Zeit erboten, deutsche Kohlen in neutralen Häfen zur Verfügung zu stellen. Der spanischen Regierung ist ferner das Angebot gemacht worden, daß die in englischen Häfen liegenden spanischen Schiffe am 1. Mai d. J. ungehindert auslaufen und auf ihrer Rückreise nach Spanien das Sperrgebiet sicher passieren können. Endlich erfolgten Anerbietungen über den Verkauf einiger in spanischen Häfen liegender deutscher Schiffe sowie über die Einrichtung einer Passagierlinie nach England. Ein Einvernehmen hierüber wurde jedoch bisher leider nicht erzielt. Natürlich bildet die selbstverständliche Voraussetzung für die Abgabe von Schiffen die nötige Sicherheit, daß nicht etwa spanische Tonnage in irgendeiner Form unseren Feinden zur Verfügung gestellt wird.

Die Zentralmächte werden auch weiterhin bemüht bleiben, innerhalb der durch die militärischen Notwendigkeiten gezogenen Grenzen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Spaniens nach Kräften zu erleichtern.

**Nr. 1871. Mitteilung vom 22. April 1917 über die Neutralitätspolitik Spaniens.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. April 1917, erste Ausgabe, Nr. 117.)

Madrid, 22. April.

In einer amtlichen Note erklärt die Regierung, daß sich der Ministerrat mit der äußeren Politik und bezüglich der inneren Politik mit der Lebensmittelfrage, dem Export und der Verproviantierung des spanischen Marktes befaßt hat. Was Probleme internationalen Charakters anlangt, wird sich die neue Regierung an die in der Thronrede und deren Beantwortung durch Senat und Kammer niedergelegten Grundsätze halten. Ferner

wird sie nach den von den Kabinetten *Dato* und *Romanones* befolgten Grundsätzen handeln. Sie wird den kriegführenden Staaten gegenüber dieselbe strenge Neutralität einhalten wie seine Kabinette und die von Spanien bisher eingenommene Haltung beobachten, nämlich allen in Verträgen und Deklarationen eingegangenen Verpflichtungen treu bleiben und stets auf die Verteidigung der Ehre, der Würde und aller Lebensinteressen des Landes bedacht sein.

Wie in schwierigen Augenblicken jede Regierung, und mit mehr Grund eine liberale, in vollkommener Fühlung mit der öffentlichen Meinung des Landes leben soll, so wird das neue Kabinett von seiner neuen Handlungsweise in internationalen Fragen Rechenschaft ablegen, und wenn es durch irgendwelche schwerwiegende Umstände gezwungen werden sollte, seine jetzige Stellungnahme zu ändern, soll dies nicht geschehen, ohne daß vorher das Parlament zu Rate gezogen würde. Der Ministerrat trat ferner für Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Bürgschaften ein. Bezüglich der Weizen-, Kohlen- und Transportfragen, die in letzter Zeit eine Verschärfung erfahren haben, sollen sofort entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

**Nr. 1872. Mitteilung vom 24. April 1917 über die spanische Note vom 20. April 1917 gegen die deutsche Seesperrgebietserklärung.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 25. April 1917, zweite Ausgabe. Nr. 113.)

Berlin, 24. April.

Die vom spanischen Botschafter am 20. d. M. auf dem Auswärtigen Amt übergebene Note lautet in Uebersetzung wie folgt:

„In der Antwortnote vom 6. Februar d. J. sprach die Königlich Spanische Regierung von der unabweislichen Pflicht, die sie zwang, das Leben ihrer Untertanen zu schützen und zu bewirken, daß die Lebensadern ihrer nationalen Existenz nicht unterbunden würden, angesichts des angekündigten unwandelbaren Vorsatzes Deutschlands, ein neues Kriebsrecht in einem großen Teile der europäischen Meere in Anwendung zu bringen.

In dem verflossenen Zeitraum hat es sich leider gezeigt, daß die Kaiserliche Regierung trotz der freundschaftlichen Gefühle, die beide Länder verbinden, weder Mittel noch Wege gefunden, um den berechtigten Ansprüchen Spaniens nachzukommen, noch geglaubt hat, die seit Beginn des Krieges eingenommene feste, korrekte und ehrliche neutrale Haltung Spaniens angesichts der berechtigten Forderungen eines verletzten Völkerrechts berücksichtigen zu können.

Alle wiederholten Versuche der spanischen Regierung, die sie in der Absicht unternommen hat, den Seeverkehr und das Leben ihrer Seeleute sicherzustellen, sind gescheitert an dem unerschütterlichen Entschluß der Kaiserlichen Regierung, derart ungewöhnliche und gewaltsame Kriegsmaßnahmen anzuwenden, welche angeblich die wirtschaftliche Existenz ihrer

Gegner unmöglich machen, gleichzeitig aber diejenige der befreundeten und neutralen Mächte großen Gefahren aussetzen.

Die in diesen Tagen ohne Warnung erfolgte Versenkung einiger Schiffe, insbesondere diejenige des „San Fulgencio“, der nach Spanien Kohlen aus England brachte, wohin er vorher Früchte mit deutschem Geleitschein ausgeführt hatte, sowie die seitens der Berliner Regierung für die Rückkehr unserer in den englischen Häfen zurückgehaltenen Schiffe aufgestellten Bedingungen, die, wenn sie nicht von der spanischen Regierung verworfen worden wären, einen großen Teil unserer Handelsmarine zur Untätigkeit gezwungen hätten, ferner die bereits erhaltene Mitteilung, daß unser Seehandel mit den im Kriege mit Deutschland befindlichen amerikanischen Ländern auf dem Hinwege denselben Bestimmungen unterworfen werden wird, welche in Europa vor dem 1. Februar beklagenswerte Verluste unserer Marine zur Folge hatten und schließlich in Anbetracht des so erweiterten Risikos unsere wirtschaftlichen Existenzbedingungen immer schwerer und fast unmöglich machen werden: alles dieses beweist, daß die deutschen Absichten weder dahin gehen, das zu wiederholten Malen und berechtigterweise geforderte Recht anzuerkennen, noch in der Art, wie sie es sollten, den Ansuchen eines Landes Rechnung tragen, dessen Freundschaft bis auf den heutigen Tag keine Abkühlung erfahren und dessen Neutralität ohne Wanken aufrechterhalten wurde. Wenn die Kaiserliche Regierung darauf besteht, zu versichern, daß sie ihren Entschluß zur Verteidigung ihres Lebens aufrecht erhält, so darf sie sich nicht wundern, wenn Spanien aus demselben Grunde sein Recht zur Verteidigung seines Lebens betonen muß.

Trotz des abschlägigen Bescheides auf ihre vorhergegangenen Noten vertraut die spanische Regierung immer noch darauf, daß die deutsche Regierung ernsthaft den Sinn und die Tragweite dieser Note würdigen wird und daß künftig ihre Maßnahmen von der Rücksicht auf das Leben unserer Seeleute und die Sicherheit unserer Schiffe geleitet werden, welche die Träger eines für das wirtschaftliche Leben Spaniens unentbehrlichen Handels sind.“

Die Kaiserliche Regierung wird in voller Würdigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage Spaniens mit der spanischen Regierung in eine Erörterung über die Maßnahmen eintreten, die innerhalb der durch die militärischen Notwendigkeiten gezogenen Grenzen zur Erleichterung der in Spanien entstandenen Schwierigkeiten getroffen werden können.

**Nr. 1873. Mitteilung vom 23. Mai 1917 hinsichtlich Deutschlands Antwort auf die spanische Note über die Hoheitsgewässer.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 24. Mai 1917, zweite Ausgabe, Nr. 142.)

Madrid, 23. Mai.

Der Ministerpräsident hat dem Kabinett mitgeteilt: Berlin hat auf die spanische Note, betreffend die Hoheitsgewässer, geantwortet. Die Antwort

Deutschlands ist befriedigend. Sie erkennt die Rechte Spaniens in seinen Hoheitsgewässern an. Die deutsche Regierung zeigt sich bereit, diese Gewässer achten zu lassen.

**Nr. 1874. Spanischer Erlaß vom 29. Juni 1917 über die Behandlung von Unterseebooten kriegsführender und neutraler Mächte.** („Gaceta de Madrid“ vom 30. Juni 1917, Nr. 181.)

Presidencia del Consejo de Ministros.

Exposición.

Señor: Apreciándose la conveniencia de fijar concretamente las reglas a que debería acomodar su conducta España como Potencia neutral durante el presente estado de guerra, por Real decreto de 23 de Noviembre de 1914 se declaró que, para los efectos de la neutralidad proclamada por España en relación con la guerra actual, todas las Autoridades y funcionarios del Estado habrían de ajustar su conducta y sus disposiciones a los preceptos contenidos en el XIII Convenio de El Haya de 1907, relativo a los derechos y deberes de las Potencias neutrales en caso de guerra marítima, Convenio que España aceptaba provisionalmente hasta el restablecimiento de la paz.

En virtud de ese Decreto, no modificado hasta ahora por medidas especiales, se han venido aplicando por el Gobierno español las reglas establecidas en el Convenio de El Haya con carácter general y en muchos casos subsidiario, questo que son varios los artículos de aquel Pacto en que se limita la aplicación de su contenido a la circunstancia de no existir disposiciones especiales de la legislación de la Potencia neutral interesada.

Esta situación de derecho, vigente dentro de los puertos y aguas jurisdiccionales españoles, no podía sin embargo revestir carácter inmutable. Aparte de las facultades soberanas que al Estado competen, sobre todo en materia en que no se ligó por pacto internacional, en el preámbulo del propio Convenio de El Haya se reconoce la facultad de cada Nación de modificar los preceptos en aquél contenidos en el caso en que la experiencia adquirida demostrase la necesidad de hacerlo para dejar a salvo sus derechos.

Ese caso, a juicio del Gobierno de V. M., ha llegado: el Gobierno ha podido darse cabal cuenta de que las reglas consignadas en el XIII Convenio de El Haya de 1907, relativo a los derechos y deberes de las Potencias neutrales en caso de guerra marítima, no obstante constituir el resultado de meditadas negociaciones y transacción entre opuestos puntos de vista llevados a las discusiones de la segunda Conferencia de la Paz por los Delegados de las Potencias, no responden ya en su integridad a los fines que las inspiraron, debido a la evolución más rápida en el orden de los hechos que en el del derecho de los elementos militares empleados por los beligerantes. Adviértese el carácter de generalidad excesiva que revisten los principios consignados en dicho Convenio, no regulándose casos que, o no se



previeron en 1907, o no se presumió que pudieran revestir la importancia que en la práctica han adquirido en los tiempos posteriores.

Tal ocurre con la aplicación a la guerra actual de los submarinos. Los medios de que disponen estas naves y su empleo en operaciones destructoras en una extensión y con un alcance que no pudieron prever aquellos legisladores, empleo objeto de las expresas reservas y protestas de las naciones neutrales entre ellas España, han cambiado, a juicio del Gobierno de S. M., las bases jurídicas sobre las que descansaban algunos de los preceptos del Convenio de El Haya.

Y si mientras este se ha encontrado en vigor entre nosotros hasta el presente, el Gobierno, a ejemplo de otras naciones neutrales, alguna ya beligerante, las ha aplicado fiel y lealmente, la experiencia repetidamente adquirida aconseja, puesta la mira en las conveniencias nacionales, la modificación de algunos de sus artículos, permaneciendo en vigor todos aquellos a que esta modificación no alcanza como cuerpo de doctrina y recopilación de preceptos no superados hasta ahora.

No pretende el Gobierno de V. M. realizar de modo permanente e invariable ninguna definición de principios. Días más felices llegarán en que las Naciones se pronuncien para establecer las reglas que mejor respondan a la conciencia universal jurídica en puntos tan importantes y trascendentes del derecho público internacional, mas entretanto, el Gobierno no cumpliría con su más sagrada misión si, consciente de sus deberes hacia España, no pusiera a salvo sus derechos e intereses y previniese los peligros que una omisión en sus previsiones pudiera acarrear a la Nación que con tanto amor y tan elevado criterio de sus necesidades rige V. M.

A este fin, de acuerdo con el Consejo de Ministros y manteniendo en vigor cuantas disposiciones del referido XIII Convenio de El Haya no sean por ésta alteradas, tengo la honra de someter a V. M., como adición al mismo y con el carácter provisional y limitado que señaló el art. 1 del Real decreto de 23 de Noviembre de 1914, el siguiente proyecto de Decreto.

Madrid, 29 de junio de 1917.

Señor:

A. L. R. P. de V. M.,  
*Eduard Dato.*

Real Decreto.

A propuesta de Mi Consejo de Ministros,

Vengo en decretar lo siguiente:

**Artículo 1.** Queda prohibida a los buques submarinos de cualquier clase que sean, de las naciones beligerantes, la navegación en aguas jurisdiccionales españolas y la entrada en los puertos de la Nación.

**Art. 2.** Todos los buques submarinos comprendidos en el artículo anterior que penetren en la jurisdicción española, sea cual fuere la causa, quedarán internados hasta el final de la guerra.

Art. 3. Los submarinos neutrales que penetren en aguas españolas deberán hacerlo navegando sobre la superficie y con el pabellón de su Nación en forma ostensible.

Art. 4. El Real decreto de 23 de noviembre de 1914 quedará en vigor en cuanto no haya sido modificado por el presente.

Dado en Palacio a veintinueve de Junio de mil novecientos diez y siete.

*Alfonso.*

El Presidente del Consejo de Ministros,

*Eduardo Dato.*

**Nr. 1875. Spanischer Erlaß vom 18. Juli 1917 über die Behandlung von U-Booten neutraler und kriegführender Staaten in den Hoheitsgewässern der spanischen Einflußzone in Marokko.** (Anexo a la Real orden circular núm. 607.)

Dahir dictando reglas referentes al trato de que debe hacerse objeto a los submarinos beligerantes y neutrales en las aguas jurisdiccionales de la zona de influencia española en Marruecos, y Decreto correspondiente.

Loor a Dios único.

Sólo su Imperio es perdurable.

(Lugar dell sello.)

Se hace saber por este nuestro escrito, que nos, por la gracia de Dios, su fuerza y su poder, teniendo en cuenta la necesidad de fijar reglas concretas a que deben ajustar su conducta las autoridades y funcionarios de esta zona, en cuanto se relaciona con el ejercicio de los derechos y el cumplimiento de los deberes consiguientes a la neutralidad que venimos observando desde el principio de la guerra, y hallando los preceptos vigentes en España propios para ser aplicados en la zona de influencia española en Marruecos, hemos tenido a bien disponer lo siguiente.

Artículo 1. Para los efectos de la neutralidad que viene observando la zona española de Marruecos en relación con la guerra actual, y sólo en lo que afecta a los derechos y deberes que la neutralidad impone al Majzén jalifiano en la guerra marítima, se entenderán por aguas neutrales de la zona española de Marruecos, las comprendidas entre la rompiente del mar sobre la costa y una línea imaginaria paralela a dicha rompiente, y a tres millas de distancia hacia el mar. En las radas, bahías o golfos, cuya abra, medida entre los puntos más salientes hacia el mar, sea inferior a doce millas, la línea a que se refiere el párrafo anterior será la tangente común a dos arcos de circunferencia trazados con un radio de tres millas, desde aquellos puntos, como centros hacia el mar.

Art. 2. Queda prohibida a los buques submarinos de cualquier clase que sean, de las naciones beligerantes, la navegación en aguas jurisdiccionales de la zona española de Marruecos y la entrada en los puertos de este Protectorado.

Art. 3. Todos los buques submarinos comprendidos en el artículo anterior que penetren en la jurisdicción de la zona española de Marruecos, sea cual fuere la causa, quedarán internados hasta el final de la guerra.

Art. 4. Los submarinos neutrales que penetren en aguas de la zona española de Marruecos deberán hacerlo sobre la superficie y con el pabellón su nación en forma ostensible.

Art. 5. En cuanto no resulte modificado por los artículos anteriores, todas las autoridades y funcionarios de cualquier clase de la zona española de Marruecos ajustarán su conducta y sus disposiciones a los preceptos contenidos en el XIII Convenio de El Haya del 18 de Octubre de 1907, relativo a los derechos y deberes de las Potencias neutrales en caso de guerra marítima; Convenio que rige en España y cuya aplicación a esta zona de influencia se acepta provisionalmente hasta el restablecimiento de la paz.

En su consecuencia, ordenamos a nuestras autoridades y demás encargados de nuestra mando que esto leyeren obren a su tenor sin extralimitación. Y la paz.

Escrita esta nuestra orden, glorificado per Dios, a 28 de Romadan de 1335 (18 de Julio de 1917).

Vista el Dahir expedido en esta fecha por Su Alteza Imperial el Príncipe *Muley El Mehdi Ben Ismail Ben Mohamed* dictando reglas referentes al trato de que debe hacerse objeto a los submarinos beligerantes y neutrales en las aguas jurisdiccionales de esta zona de influencia española en Marruecos.

Vengo en promulgar el referido Dahir.

Dado en Tetuán a 18 de Julio de 1917.

(Firmado) *F. G. Jordana*.

**Nr. 1876. Mitteilung vom 28. Oktober 1917 zur Frage der Internierung deutscher Unterseeboote in Spanien.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. Oktober 1917, erste Ausgabe, Nr. 299.)

Berlin, 28. Oktober.

Die Agenturen Havas und Reuter haben die Nachricht verbreitet, daß der Kommandant des deutschen Unterseebootes U. B. 49 (Werftnummer 293), das von der spanischen Regierung in der Werft von La Carraca bei Cadix interniert war, durch das Entweichen aus der Internierung sein Ehrenwort gebrochen habe. Nachdem der Kommandant in Berlin durch eine besondere Kommission eidlich vernommen worden ist, kann festgestellt werden, daß der ihm gemachte Vorwurf jeder Begründung entbehrt.

Nach dieser eidlichen Aussage hat der Kommandant die Abgabe des Ehrenworts, nicht zu fliehen, die ihm von dem Generalkapitän von San Fernando, dem Befehlshaber von La Carraca, angesonnen wurde, für sich und seine Offiziere ausdrücklich und unter Berufung auf einen Allerhöchsten

Befehl Seiner Majestät des Kaisers verweigert. Er ist infolgedessen mit seinem Unterseeboote durch Kriegsschiffe und Marinekommandos scharf bewacht worden; auch hat man ihn veranlaßt, wichtige Teile der Maschinenanlage und der Steuerung des Bootes den spanischen Behörden zu übergeben. Trotzdem gelang ihm die Flucht, weil er die fehlenden Teile aus Bordmitteln ersetzen und den zur Instandhaltung der Akkumulatorenbatterien erforderlichen Brennstoff erlangen konnte.

Die spanischen Angaben, auf die sich Reuter und Havas berufen, sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß der Kommandant für eine ihm persönlich gestattete Reise nach dem nahe bei La Carraca gelegenen San Fernando innerhalb der ihm durch den Allerhöchsten Befehl erteilten Befugnis ein beschränktes Ehrenwort abgegeben hat. Er wünschte nämlich mit dem Marineattaché bei der Kaiserlichen Botschaft telegraphisch zu verkehren, was nicht in La Carraca, wohl aber in San Fernando möglich war. Für die erforderlichen Reisen nach San Fernando und zurück und für den Aufenthalt dort gab er deshalb sein Ehrenwort mit der Maßgabe, daß es nur bis zu dem erwarteten, aber tatsächlich nie erfolgten Eintreffen des Marineattachés in Carraca gelten sollte. Da der Kommandant die Reise nach San Fernando nicht ausgeführt hat, ist der Fall, auf den sich das Ehrenwort bezog, überhaupt nicht eingetreten.

**Nr. 1877. Mitteilung vom 18. Dezember 1917 über die Unterzeichnung des spanisch-englischen Austauschvertrages vom 6. Dezember 1917. („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 18. Dezember 1917, Nr. 392.)**

Frankfurt a. M., 18. Dezember.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Madrid wurde am 6. Dezember der unter der Regierung *Romanones* mit England verabredete Austauschvertrag mit geringfügigen Änderungen unterzeichnet. Da auf Grund des Vertrages spanische Schiffe die Sperrzone durchkreuzen müssen, wird das Abkommen in neutralistischen Kreisen mit einiger Unruhe betrachtet. Die Neuwahlen zu den Cortes werden voraussichtlich Ende Januar stattfinden.

**Nr. 1878. Mitteilung über die Wahrnehmung der deutschen Interessen in Ecuador durch Spanien nach dem Abbruch der Beziehungen Ecuadors zum Deutschen Reiche am 9. Dezember 1917. („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. Dezember 1917, Nr. 407.)**

Es bestätigt sich, daß die Regierung von Ecuador am 9. Dezember die Beziehungen zum Deutschen Reiche abgebrochen hat. Die spanische Regierung hat sich bereit erklärt, den Schutz der Deutschen in Ecuador zu übernehmen. Die dortige spanische Vertretung hat bereits entsprechende Weisung erhalten.

**Nr. 1879. Mitteilung über ein spanisches Dementi hinsichtlich angeblicher Mißstände auf englischen Hospitalschiffen.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 23. Januar 1918, Nr. 41.)

Die spanische Regierung dementiert eine Nachricht der „Kölnischen Zeitung“, der zufolge spanische Offiziere, die an Bord englischer Hospitalschiffe Dienst taten, erklärt haben sollen, die von diesen Schiffen beförderten Truppen erfreuten sich vorzüglicher Gesundheit, obwohl sie Fieber zu haben schienen.

Alle Nachrichten, die die spanische Regierung bis jetzt empfangen habe, hätten ihr die Garantie dafür gegeben, daß der Schutz Spaniens von keinem der Hospitalschiffe, auf denen die spanischen Abordnungen Hilfe geleistet hätten, mißbraucht worden sei.

**Nr. 1880. Mitteilung vom 23. Januar 1918 über eine Erklärung der spanischen Gesandtschaft in Bulgarien hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Neutralität Spaniens.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 24. Januar 1918, Nr. 44.)

Sofia, 23. Januar.

Die spanische Gesandtschaft hat heute den Blättern folgende Note zugehen lassen:

Mit Bezug auf die aus französischer Quelle stammenden, kürzlich in der Presse veröffentlichten telegraphischen Meldungen, wonach in Valencia, Malaga und Barcelona große Unruhen ausgebrochen seien, bei denen die Menge einige Theater zerstört hätte, und in denen weiter gesagt wird, daß die innere Lage revolutionär und der Belagerungszustand verhängt worden sei, und wonach schließlich die Politik der unbedingten Neutralität, die bisher von Spanien beobachtet wurde, gefährdet sei, sieht sich die königlich spanische Gesandtschaft veranlaßt, festzustellen, daß im Gegensatz zu den oben erwähnten Meldungen in Spanien vollste Ruhe herrscht, daß ferner das Kabinett *Garcia Prieto* dieselbe äußere Politik befolgt wie bisher, und daß es mit großem Vertrauen die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen erwartet, die am 24. Februar vor sich gehen werden.

**Nr. 1881. Mitteilungen vom 22. August 1918 über eine Erklärung der spanischen Regierung hinsichtlich der Ersatzleistung für die Versenkung spanischer Schiffe durch deutsche U-Boote.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 23. August 1918, zweite Ausgabe, Nr. 430.)

Bern, 22. August.

Laut Madrider Meldungen veröffentlichte die Regierung eine amtliche Mitteilung über die letzten Sitzungen des Ministerrates, der über die Versenkung spanischer Schiffe durch deutsche U-Boote beriet. Die Mitteilung besagt unter anderem: Die Regierung glaubte künftighin nicht ohne Hintan-

setzung ihrer wesentlichen Verpflichtungen Maßnahmen verschieben zu können, die wirksam wären, um die Aufrechterhaltung des spanischen Seeverkehrs zu gewährleisten und das Leben spanischer Mannschaften und Reisenden zu schützen, — Maßnahmen, die nicht zu einem Aufgeben seiner Neutralität führen. Die Regierung beschloß daher, sich in freundschaftlicher Weise an die Kaiserliche Regierung zu wenden und darauf aufmerksam zu machen, daß sie im Falle einer neuen Versenkung genötigt wäre, den verloren gegangenen Tonnengehalt durch einen gleich großen zu ersetzen, dadurch, daß die in spanischen Häfen liegenden deutschen Schiffe zum Ersatz herbeigezogen würden. Diese Maßnahme, die von der Notwendigkeit diktiert ist, kommt keiner definitiven Beschlagnahmung der Schiffe gleich, es handelt sich einzig um eine vorübergehende Lösung, die im Momente der Friedensbesprechungen beigelegt würde, wenn auch die zahlreichen anderen schwebenden spanischen Reklamationen zur Erledigung gelangen. Der Entschluß der Regierung, der Nation die für ihre Existenz notwendigste Tonnage zu sichern, wird den festen Entschluß, die strikteste Neutralität in Spanien aufrechtzuerhalten, in nichts verändern. Der Kaiserlichen Regierung und Deutschland gegenüber wird sie die schuldige Achtung bewahren, in der Hoffnung, daß jene Spanien gegenüber die freundschaftliche Behandlung, die es verdient, zur Anwendung bringen wird.

Der spanische Botschafter in Berlin hat in diesen Tagen eine Instruktion seiner Regierung überreicht, in der der feste Wille Spaniens zur Neutralität betont wird. Gleichzeitig wird zum Ausdruck gebracht, daß die Versenkung spanischen Schiffsraums durch deutsche Unterseeboote einen Umfang angenommen habe, der die Zukunft des spanischen Wirtschaftslebens gefährden könne. In der Mitteilung wird ausgeführt, daß sich die spanische Regierung infolgedessen veranlaßt sehe, für Ersatz der in Zukunft versenkten Tonnage aus deutschem Schiffsraum zu sorgen. Die deutsche Reichsregierung hat in ihrer Antwort auf die schweren Bedenken hingewiesen, die einer derartigen Regelung im Wege ständen, zumal da es nicht angängig sei. Ausnahmen von den Grundsätzen unserer Seekriegführung einzelnen Staaten zuzubilligen.

**Nr. 1882. Mitteilung vom 27. August 1918 über eine Erklärung des spanischen Ministers des Aeußern zur Neutralitätspolitik Spaniens.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. August 1918, erste Ausgabe, Nr. 138)

Frankfurt a. M., 27. August.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Bern: Von verschiedenen Zeitungsvertretern wegen der spanischen Note befragt, hat der Minister des Aeußern dem Vertreter des „Imparcial“ folgende Erklärungen abgegeben: Spanien wird sich nicht in einen Krieg stürzen, an dem es nicht teilzunehmen hat. Es wird sein Vorgehen darauf beschränken, seine Rechte mit kluger Energie zu verteidigen und keine krieglerische Haltung annehmen, was übrigens niemals in seiner Absicht gelegen hat.

**Nr. 1883. Mitteilung vom 28. August 1918 über die Verhandlungen Spaniens mit Deutschland hinsichtlich der Frage des Ersatzes für die Verluste der spanischen Handelsflotte.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. August 1918, zweite Ausgabe, Nr. 439.)

Berlin, 28. August.

Nach einer „Times“-Meldung aus Santander soll die deutsche Regierung die Bedingungen der spanischen Notifikation angenommen und zugestimmt haben, daß die in spanischen Häfen liegenden deutschen Schiffe als Kompensationen für Verluste der spanischen Handelsflotte abgetreten würden. Diese Meldung ist unrichtig. Wie bereits am 23. d. M. mitgeteilt, hat die deutsche Regierung gegen das angekündigte Vorgehen der spanischen Regierung Verwahrung eingelegt. Es sind zwischen den beiden Regierungen Verhandlungen eingeleitet, um eine den beiderseitigen Interessen Rechnung tragende Lösung herbeizuführen.

## n) Venezuela.

**Entscheide bezüglich der Neutralität Venezuelas in dem zwischen verschiedenen Nationen Europas bestehenden Kriege.**

(Estados Unidos de Venezuela, Boletín del ministerio de relaciones exteriores, 1914, Seite 137 ff.)

**Nr. 1884. Schreiben des Ministers des Aeußern an den Finanzminister von Venezuela, vom 8. August 1914.**

Caracas, 8 août 1914.

Monsieur le ministre des finances. — E. V.

Comme il existe actuellement un état de guerre entre différentes nations d'Europe avec lesquelles le Vénézuéla entretient des relations amicales, le gouvernement de la République, désirant conserver sa neutralité dans ce conflit, croit nécessaire de faire connaître les devoirs que, d'accord avec les principes et pratiques du droit international et avec les obligations des traités diplomatiques, est tenue d'observer la République.

A cet effet j'ai l'honneur de joindre à la présente des Instructions que, en conformité avec ces principes, avec les résolutions de la deuxième Conférence de la paix de la Haye en 1907, et avec les règles adoptées par le Vénézuéla par rapport aux corsaires des belligérants, pourront suivre les administrateurs des douanes de la République au cas échéant, afin que soit effective la neutralité que le gouvernement national est fermement disposé à garder dans la guerre actuelle.

En n'importe quel cas non prévu en ces Instructions, les fonctionnaires douaniers communiqueront immédiatement à ce Cabinet, par l'organe respectif,

les informations nécessaires pour éclaircir le caractère du cas et en vue de sa solution par le gouvernement national.

Selon les informations qu'à titre confidentiel on possède jusqu'à ce jour, les nations belligérants sont: d'une part l'Allemagne et l'Autriche, et d'autre part la Russie, la France, la Grande-Bretagne, la Serbie et la Belgique.

Dieu et Fédération.

*Manuel Diaz Rodriguez.*

**Nr. 1885. Anweisungen für die Zollverwaltung mit Bezug auf die Neutralität Venezuelas im gegenwärtigen europäischen Kriege.**

Permettre que les navires de guerre des belligérants se servent de pilotes nommés officiellement.

Défendre aux navires de guerre des belligérants de demeurer dans le port, la rade, ou dans les eaux de sa juridiction pendant plus de 24 heures, sauf dans les cas prévus en ces Instructions.

On pourra seulement prolonger le séjour d'un navire de guerre dans un port neutre au delà de la durée fixée, pour cause d'avaries, ou en raison de l'état de la mer.

On devra l'obliger à partir dès qu'aura cessé la cause du retard.

Les règles sur la limitation du séjour dans un port, une rade, ou des eaux neutres, ne s'appliquent pas aux navires de guerre destinés exclusivement à une mission religieuse, scientifique ou philanthropique.

Ne pas permettre que plus de trois navires de guerre d'un belligérant se trouvent à la fois dans le port, la rade ou les eaux territoriales.

Quand des navires des parties belligérantes se trouveront simultanément dans le port ou la rade, il doit s'écouler au moins 24 heures entre le départ d'un navire d'un belligérant et le départ du navire de l'autre.

L'ordre des départs doit être déterminé par celui des arrivées, à moins que le navire arrivé le premier soit dans le cas où l'on admet la prolongation de la durée légale de son séjour.

Un navire de guerre belligérant ne doit pas sortir du port ou de la rade moins de 24 heures après la sortie d'un navire de commerce qui porte le pavillon de l'ennemi.

Ne pas permettre que les navires de guerre belligérants puissent réparer leurs avaries dans le port ou la rade, sinon dans la mesure indispensable pour la sécurité de leur navigation, ni augmenter d'une façon quelconque leur force militaire. Informer immédiatement l'Exécutif des réparations à faire.

Ne pas permettre que les navires de guerre belligérants puissent se servir du port, de la rade ou des eaux territoriales pour renouveler ou augmenter leurs provisions militaires ou leur armement ni non plus pour compléter leurs équipages. Avertir immédiatement l'Exécutif de pareille intention.



Ne pas permettre que les navires de guerre belligérants puissent faire de nouvelles provisions de vivres dans le port et la rade si ce n'est pour compléter leurs provisions normales du temps de paix.

On ne permettra pas non plus que ces navires puissent prendre du combustible si ce n'est pour arriver au port le plus proche d'un pays neutre.

Si le navire ne peut recevoir du charbon, sinon 24 heures après son arrivée, on lui permettra de prolonger de 24 heures la durée légale de son séjour.

Ne pas permettre que les navires de guerre belligérants puissent renouveler leurs provisions de charbon sinon trois mois après avoir pris du combustible dans le même port ou dans quelque autre de la République.

Ne pas permettre qu'une prise soit conduite au port si ce n'est pour ne pouvoir pas naviguer, à cause de l'état de la mer, ou par faute de combustible ou de provisions. On devra en rendre compte immédiatement à l'Exécutif avec toutes les informations nécessaires.

Avertir immédiatement l'Exécutif si un navire de guerre belligérant se refuse à sortir du port où il n'a pas le droit de rester.

Dans les cas de corsaires étrangers.

On ne permettra pas d'armer, d'équiper, de former d'équipage de corsaires dans les ports de la République.

On ne permettra pas non plus que les corsaires et les navires de guerre y entrent avec la prise qu'ils auraient pu faire.

On ne donnera pas asile aux corsaires si ce n'est seulement quand, en cas d'avaries ou par faute de provisions, ils seraient obligés de chercher refuge dans les ports de la République.

Mais, dans le premier cas, on ne pourra permettre le séjour pour plus de temps que celui qui sera strictement indispensable pour la réparation de l'avarie; dans le second cas, ils ne devront pas rester dans le port plus de 24 heures, ni acheter une quantité plus grande de provisions que celle nécessaire pour aller au port le plus voisin d'un autre pays neutre.

Dans aucun cas, on ne permettra dans les ports du Vénézuéla la vente ou l'échange du butin sous aucun prétexte, ni en totalité, ni en partie.

S'il entrait dans quelque port de la République des navires de guerre sans butin, ou des corsaires dans les circonstances décrites, ils ne pourraient prendre la mer tant que n'aurait pas disparu de l'horizon tout autre navire qui eût levé l'ancre auparavant.

**Nr. 1886. Schreiben des Finanzministers an den Minister  
des Aeußern von Venezuela, vom 9. August 1914.**

Caracas, 9 août 1914.

Monsieur le ministre des affaires étrangères. — E. V.

En réponse à votre rapport de ce jour n<sup>o</sup> 1475, D. P. E., que vous avez bien voulu accompagner du Memorandum renfermant les Instructions pour les administrateurs des douanes, relatives à la neutralité du Vénézuéla dans

la présente guerre européenne, j'ai l'honneur de vous faire savoir que ce Cabinet s'est adressé aux dits administrateurs aujourd'hui même afin que, le cas échéant, ils puissent remplir les susdites Instructions.

Dieu et Fédération.

*Roman Cardenas.*

**Nr. 1887. Schreiben des Ministers des Aeußern an den Minister des Innern von Venezuela, vom 12. August 1914.**

Caracas, 12 août 1914.

Monsieur le ministre de l'intérieur. — E. V.

J'ai l'honneur de m'adresser à vous, conformément aux communications faites par ce ministère à celui dont vous êtes si dignement chargé, au sujet du conflit actuel européen, pour attirer votre attention sur le devoir qui incombe aux autorités d'empêcher, sur le territoire national, les enrôlements ou les levées d'individus pour la formation de corps qui prennent part en faveur de l'un des pays belligérants, comme aussi d'empêcher qu'aboutissent des offres que des citoyens de la République font de leurs services pour la guerre à l'un quelconque des belligérants par le moyen de leur légation respective au Vénézuéla.

Ces devoirs émanent des principes applicables aux pays neutres; d'accord avec l'impartialité complète qu'ils doivent observer dans leurs relations avec les belligérants, et avec l'abstention de tout acte qui ait le caractère de faveur ou de secours à l'un au détriment de l'autre.

Le gouvernement national étant disposé comme il l'est à maintenir sa neutralité dans ce conflit, je vous prie de prendre note de cet exposé, afin de dicter les mesures que vous croirez convenables à ce sujet.

*Manuel Diaz Rodriguez.*

**Nr. 1888. Schreiben des Ministers des Innern an den Minister des Aeußern von Venezuela, vom 19. August 1914.**

Caracas, 19 août 1914.

Monsieur le ministre des affaires étrangères. — E. V.

En réponse à votre communiqué, en date du 12 courant, n° 1512, D. P. E., sur le devoir qui incombe aux autorités d'empêcher l'engagement ou la levée d'individus sur le territoire national pour former des corps qui prennent parti pour ou contre quelques-uns des pays belligérants, à l'occasion du conflit européen actuel, comme aussi bien de s'opposer à ce qu'aboutissent les offres de services que font des citoyens de la République pour la guerre, j'ai l'honneur de vous faire savoir que ce ministère s'est adressé aux autorités respectives, en vue des fins indiquées dans le communiqué en question.

Dieu et Fédération.

*C. Zumeta.*

**Nr. 1889. Schriftwechsel bezüglich der Neutralität Venezuelas zwischen dem großbritannischen Gesandten zu Caracas und den Ministern von Venezuela.**

**a) Schreiben des britischen Gesandten über die Anwendung des Artikels XIII der Haager Konvention von 1907, vom 17. August 1914.**

Légation britannique.

Caracas, 17 août 1914.

Monsieur le ministre,

Étant donné qu'il existe un état de guerre entre la Grande-Bretagne, l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie, j'ai des instructions de mon gouvernement pour attirer l'attention immédiate du gouvernement du Vénézuéla sur les règles bien connues du droit international, règles qui se trouvent dans la convention n° XIII de la Conférence de la Haye de 1907, et en vertu desquelles un gouvernement neutre est obligé d'empêcher l'équipement ou l'armement ou la sortie de l'un quelconque de ses ports, de toutes troupes, ou de tous bateaux marchands destinés à un but belliqueux.

Comme l'Allemagne réclame le droit de convertir des bateaux marchands en bateaux de guerre, en pleine mer, les gouvernements neutres sont appelés à exercer la plus grande vigilance pour empêcher le départ de tout navire allemand ou autrichien, susceptible d'être ainsi converti, s'il y a quelque bon fondement pour soupçonner de pareilles intentions.

J'ai des instructions pour indiquer qu'il y aurait un motif raisonnable pour de tels soupçons, si on semblait monter des canons à bord, embarquer des munitions, cacher des armes et des munitions, prendre une quantité de charbon plus grande qu'il n'est nécessaire, spécialement peindre un bateau en couleur belliqueuse, ou si on refusait de prendre des passagers, bien que le navire fût pourvu de logements pour passagers.

J'ai des instructions pour indiquer que si une nation neutre n'exerce pas la vigilance voulue pour empêcher le départ d'un navire en de telles circonstances, elle devient responsable de tout dommage au commerce, à la navigation ou aux autres intérêts que puissent causer ultérieurement de tels navires.

Enfin, j'ai des instructions pour exprimer la confiante espérance qu'à le gouvernement de Sa Majesté que le gouvernement du Vénézuéla dictera immédiatement, s'il ne l'a fait déjà, les ordres nécessaires pour empêcher tout abus de sa neutralité.

Le gouvernement de Sa Majesté est d'avis qu'à tout navire dont les procédés ou les mouvements sont de telle sorte qu'ils donnent lieu à soupçons, on doit refuser l'entrée d'un port quelconque de la République, ou l'empêcher de sortir des eaux nationales jusqu'à ce que les autorités locales aient fait complète enquête.

Je profite de cette occasion pour renouveler à Votre Excellence l'assurance de ma haute considération.

*Frédéric D. Harford.*

**b) Antwort des Ministers des Aeußern von Venezuela, vom 19. August 1914.**

Caracas, 19 août 1914.

Monsieur le ministre,

Dans une Note datée du 17 courant, Votre Excellence, remplissant des instructions de son gouvernement, a bien voulu appeler l'attention du gouvernement du Vénézuéla sur quelques-unes des règles consignées dans la convention XIII de la Haye, de 1907.

Je dois dire en réponse à Votre Excellence que dès que l'Exécutif fédéral eut connaissance certaine de l'existence de l'état de guerre entre diverses puissances européennes, parmi lesquelles se trouve la Grande-Bretagne, et même sans avoir reçu notification officielle du fait, il prévint les autorités à ses ordres des règles qu'elles doivent observer pour que la neutralité stricte du Vénézuéla ne soit pas enfreinte.

Mon gouvernement, conscient des devoirs comme aussi des droits des neutres, a ratifié ces instructions avec mention expresse des puissances belligérantes. quand il reçut les communications officielles des légations respectives à Caracas.

Je profite de l'occasion pour réitérer à Votre Excellence l'assurance de ma haute considération.

*Manuel Diaz Rodriguez.***c) Schreiben des britischen Gesandten über den Gebrauch der drahtlosen Telegraphie, vom 17. August 1914.**

Légation britannique.

Caracas, 17 août 1914.

Monsieur le ministre,

J'ai des instructions de mon gouvernement pour porter à la connaissance du gouvernement du Vénézuéla que l'usage de la télégraphie sans fil par les navires marchands des nations belligérantes dans les eaux territoriales de n'importe quel pays est très susceptible de conduire à un abus de la neutralité en tant qu'il met un belligérant à même d'établir des centres d'informations en vue de la guerre dans les ports d'un pays neutre.

Le gouvernement de Sa Majesté espère donc sincèrement que le gouvernement du Vénézuéla dictera des instructions immédiates pour démonter tous les appareils de télégraphie sans fil installés sur de tels bateaux dans ses eaux territoriales.

J'ai des instructions pour informer le gouvernement du Vénézuéla que diverses puissances, et particulièrement le gouvernement des États-Unis de l'Amérique du Nord, ont déjà défendu que des bateaux marchands fassent usage désormais de leurs appareils de télégraphie sans fil tant qu'ils se trouvent dans les eaux territoriales des États-Unis.

J'ai des instructions pour ajouter que, quand la Grande-Bretagne était neutre, le gouvernement de Sa Majesté procédait de semblable manière.

Je profite de cette occasion pour renouveler à Votre Excellence l'assurance de ma haute considération.

*Frédéric D. Harford.*

## d) Antwort des Ministers des Aeußern von Venezuela, vom 19. August 1914.

Caracas, 19 août 1914.

Monsieur le ministre,

Votre Excellence, dans une Note datée du 17 courant, me dit avoir des instructions de son gouvernement pour insister sur la possibilité que l'usage de la télégraphie sans fil par des bateaux marchands de nations en guerre, dans les eaux territoriales d'une puissance neutre, conduise à des violations de la neutralité.

Votre Excellence m'informe en outre que diverses puissances, et spécialement le gouvernement des États-Unis de l'Amérique du Nord, ont déjà défendu que les bateaux marchands des belligérants se servent désormais de leurs appareils de télégraphie sans fil tant qu'ils se trouveront dans les eaux territoriales des puissances mentionnées; et que la Grande-Bretagne, quand elle était neutre, procédait d'une manière analogue.

Je prends note de ces informations, tout en observant que les règles de conduite auxquelles il est fait allusion n'ont pas encore reçu la sanction du consentement unanime et n'ont pas été consignées dans les conventions en vigueur. L'extension du principe de la neutralité jusqu'à un tel point conduirait nécessairement à restreindre pour les belligérants tout genre de communication télégraphique établi sur la côte du pays neutre, conformément aux observations proposées par la délégation britannique à la conférence de la Haye, lesquelles ont été reçues et formulées plus tard par l'Institut de droit international.

En ratifiant l'intention du Vénézuéla de ne pas laisser son territoire servir d'appui pour des communications qui puissent favoriser les actes de guerre d'aucun des belligérants, j'exprime à Votre Excellence l'espérance qu'il n'y aura, de la part des fonctionnaires et sujets de la Grande-Bretagne, aucun acte qui puisse être estimé comme compromettant la neutralité du Vénézuéla.

Je profite de l'occasion pour renouveler à Votre Excellence l'assurance de ma haute considération.

*Manuel Diaz Rodriguez.*

## e) Neues Schreiben des britischen Gesandten über den Gebrauch der drahtlosen Telegraphie, vom 22. August 1914.

Légation britannique.

Caracas, 22 août 1914.

Monsieur le ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception à V. E. de la Note D. P. E. n° 1562 du 19 courant, en réponse à la mienne du 17 du même mois sur l'usage d'appareils de télégraphie sans fil pour les bateaux marchands des belligérants dans les ports d'un pays neutre.

Sans perte de temps, j'ai transmis cette importante communication à mon gouvernement.

En prenant note, comme il se doit, du désir du Vénézuéla que son territoire ne serve pas de base à des communications qui favoriseraient les actes de guerre de quelque nation belligérante, je m'empresse d'assurer personnellement V. E. que je ferai tout ce qui sera en mon pouvoir pour empêcher tout acte de fonctionnaires ou de sujets britanniques tendant à compromettre la neutralité du Vénézuéla.

Je profite de cette occasion pour renouveler à V. E. l'assurance de ma haute considération.

*Frédéric D. Harford.*

**f) Schreiben des Ministers des Aeußern an den Finanzminister von Venezuela über den Gebrauch der drahtlosen Telegraphie, vom 24. August 1914.**

Caracas, 24 août 1914.

Monsieur le ministre des finances,

M. l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la Grande-Bretagne, au nom de son gouvernement, a attiré l'attention de cette chancellerie sur la possibilité de ce que l'usage de la télégraphie sans fil par des bateaux marchands de nations belligérantes, dans les eaux appartenant à un territoire d'une puissance neutre, soit cause de la violation de la neutralité et a exprimé le désir que le Vénézuéla dicte des Instructions immédiates pour démonter tous les appareils de télégraphie sans fil installés sur ces bateaux, dans les eaux appartenant à notre territoire.

Cette chancellerie a répondu à Monsieur le ministre que les règles de conduite qu'il apporte à l'appui de sa demande n'ont pas obtenu le consentement unanime des puissances, et n'ont pas été consignées dans les conventions actuellement en vigueur. Nonobstant ces raisons, l'Exécutif fédéral, inspiré par le désir que le territoire du Vénézuéla ne serve pas de base à des communications qui favoriseraient les actes de guerre de quelqu'un des belligérants, a disposé d'empêcher l'emploi de la télégraphie sans fil à bord des bateaux marchands des nations en guerre, durant leur séjour dans les ports de la République.

J'ai l'honneur de vous communiquer cette réponse, pour que vous vouliez bien faire entrer dans les Instructions dictées pour guider les administrateurs des douanes, selon le communiqué de ce ministère D. P. E. n° 1475, celle d'exercer au moyen des employés de droit la plus grande vigilance pour que la disposition mentionnée ne soit pas violée.

Dieu et Fédération.

*Manuel Diaz Rodriguez.*

**g) Antwort des Finanzministers von Venezuela, vom 26. August 1914.**

Caracas, 26 août 1914.

Monsieur le ministre des affaires étrangères. — V. E.

J'ai l'honneur de me référer à votre aimable office n° 1585 D. P. E., en date du 24 courant, ayant trait aux Instructions que ce ministère doit

communiquer aux administrateurs des douanes pour qu'ils fassent respecter la neutralité du Vénézuéla dans le conflit européen actuel, en ne permettant pas l'emploi de la télégraphie sans fil à bord des navires marchands des nations en guerre, durant leur séjour dans les ports de la République, et il m'est agréable de vous faire savoir que j'ai d'ores et déjà transmis aux administrateurs les Instructions précitées à l'effet de les faire accomplir strictement.

Dieu et Fédération.

*Roman Cardenas.*

**h) Schreiben des Ministers des Aeußern an den Kriegs- und Marineminister von Venezuela über die drahtlose Telegraphie, vom 24. August 1914.**

Caracas, 24 août 1914.

Monsieur le ministre de la guerre et de la marine. — V. E.

En sus des Offices antérieurs de ce ministère, ayant trait à la neutralité de la République dans le présent conflit européen, j'ai l'honneur de vous remettre une copie de celui qu'aujourd'hui même j'ai adressé à M. le ministre des finances sur la défense de se servir des appareils de télégraphie sans fil à bord des bateaux marchands des nations en guerre, durant leur séjour dans les ports vénézuéliens.

Dieu et Fédération.

*Manuel Diaz Rodriguez.*

**i) Antwort des Kriegs- und Marineministers von Venezuela, vom 26. August 1914.**

Caracas, 26 août 1914.

Monsieur le ministre des affaires étrangères. — E. V.

J'ai l'honneur de vous accuser réception du communiqué, daté du 24 du mois courant, n° 1586, que vous avez bien voulu faire accompagner de la copie de celui que vous avez adressé le même jour à M. le ministre des finances, au sujet de la neutralité de la République dans l'actuel conflit européen, relativement à la défense d'employer des appareils de télégraphie sans fil, à bord des bateaux marchands des nations belligérantes, tant qu'ils stationneront dans des ports vénézuéliens, ce dont ce Cabinet a pris note en vue des effets subséquents.

Dieu et Fédération.

*M. V. Castro Zavala.*

**k) Schreiben des Ministers des Innern an den Minister des Aeußern von Venezuela, vom 26. August 1914.**

Caracas, 26 août 1914.

Monsieur le ministre des affaires étrangères. — E. V.

J'ai l'honneur de vous accuser réception de votre communiqué officiel, daté du 24 du mois courant et classé au n° 1586, accompagné de la copie

du communiqué qu'à la même date a adressé au ministre des finances le Département confié à votre charge, sur la défense d'employer des appareils de télégraphie sans fil à bord des bateaux marchands des nations belligérantes, tant qu'ils seront dans des ports vénézuéliens.

Dieu et Fédération.

*C. Zumeta.*

**l) Schreiben des Ministers des Aeußern von Venezuela an den britischen Gesandten über die drahtlose Telegraphie, vom 24. August 1914.**

Caracas, 24 août 1914.

Monsieur le ministre,

Sans préjudice de ce qui a été exposé dans ma Note n° 1562, datée du 19 du mois courant, adressée à Votre Excellence, l'Exécutif fédéral, inspiré par le désir que le territoire vénézuélien ne puisse servir de base à aucune communication favorable aux actes de guerre de quelqu'un des belligérants et s'en tenant aux justes limites pour que les mesures prises à cet effet deviennent efficaces, a disposé d'empêcher l'emploi de la télégraphie sans fil à bord des bateaux marchands des nations en guerre, tant qu'ils seront dans des ports vénézuéliens. On a donné pour cela les ordres nécessaires aux autorités maritimes de nos ports afin qu'elles exercent leur vigilance en ce cas, en plus des ordres qui ont été communiqués aussitôt que le gouvernement du Venezuela a eu connaissance de l'état de guerre qui les a occasionnés.

En communiquant à Votre Excellence ce qui précède, je profite de l'occasion pour vous offrir le témoignage de ma haute considération.

*Manuel Diaz Rodriguez.*

**m) Antwort des britischen Gesandten, vom 18. September 1914.**

Caracas, 18 septembre 1914.

Monsieur le ministre,

Après la réception de la Note de Votre Excellence, D. P. E. n° 1588 du 24 du mois dernier, où Votre Excellence veut bien m'informer que le gouvernement vénézuélien avait décidé de défendre l'emploi d'appareils sans fil sur les bateaux marchands des nations belligérantes, tant qu'ils seraient dans des ports de la République, j'ai reçu par télégraphe des Instructions pour faire la communication suivante au sujet des observations contenues dans la Note D. P. E. n° 1562 du mois dernier, dont j'avais envoyé un résumé par télégraphe à mon gouvernement.

Des bateaux marchands allemands pourvus de télégraphes sans fil ont abusé en plusieurs cas de l'hospitalité dans les ports neutres, communiquant des mouvements de bateaux anglais aux navires de guerre allemands et ont opéré généralement comme stations de nouvelles au service de l'ennemi. Dans l'idée du gouvernement de Sa Majesté, c'est une violation patente de neutralité, que toute nation neutre a le devoir d'empêcher et l'unique moyen efficace de le faire est d'enlever les installations sans fil de tous les bateaux marchands de belligérants qui se trouvent dans les eaux territoriales.



J'ai des instructions pour ajouter que jusqu'au 27 août on avait donné des ordres à cet effet pour tous les pays maritimes d'importance, inclusivement les États-Unis, le Brésil, le Chili, le Pérou, l'Uruguay, la Suède, la Norvège, etc., et pour expliquer clairement au gouvernement vénézuélien l'attitude du gouvernement de Sa Majesté, car il paraissait qu'au moment où on m'adressa la Note du 19 du mois dernier, il comprenait mal ce qu'on lui demandait.

En terminant, j'ai l'honneur de manifester que l'allusion dans le troisième paragraphe de la Note du 19 du mois dernier à certaines déclarations qu'on allègue avoir été faites par les délégués britanniques à la Conférence de la Haye, mon gouvernement ne la comprend pas et je serais bien reconnaissant, si on pouvait me faire savoir quelles sont les déclarations auxquelles on se rapporte.

Je profite de cette occasion pour renouveler à Votre Excellence l'assurance de ma haute considération.

*Frédéric D. Harford.*

n) Schreiben des Ministers des Aeußern von Venezuela an den britischen Gesandten zu Caracas über die drahtlose Telegraphie, vom 22. September 1914.

Caracas, 22 septembre 1914.

Monsieur le ministre,

Votre Excellence a bien voulu m'adresser, conformément aux Instructions de son gouvernement qui lui sont parvenues après réception de ma Note D. P. E. n° 1588 du 24 du mois dernier, certaines explications des motifs qui ont poussé la Grande-Bretagne à demander aux pays maritimes le retrait des stations de télégraphie sans fil à bord des bateaux marchands des nations en guerre, pendant leur séjour dans les eaux territoriales de la puissance neutre.

Votre Excellence veut bien aussi énumérer les pays qui, au 27 août dernier, avaient dicté des Instructions conformes à ce concept.

Le gouvernement du Vénézuéla ayant dicté des mesures analogues dans les limites où son action peut s'étendre efficacement pour sauvegarder sa neutralité, la Note de Votre Excellence à laquelle j'ai l'honneur de répondre tend, dans sa dernière partie, à obtenir un éclaircissement au sujet de quelques remarques faites opportunément par cette chancellerie sur certaines déclarations des délégués britanniques à la Conférence de la Haye. Dans la Note du 19 août, cette chancellerie faisait remarquer que étendre le principe de neutralité jusqu'à la limite indiquée serait amener les belligérants à restreindre les communications télégraphiques de tout genre établies sur la côte du pays neutre, conformément aux observations présentées par la délégation britannique à la Conférence de la Haye, observations acceptées ultérieurement et formulées par l'Institut de droit international. Il y était fait allusion à la discussion de l'article 8 de la convention V de 1907, qui dit textuellement: „Une puissance neutre ne pourra pas être obligée à défendre ou à restreindre l'usage des appareils de télégraphie sans fil qui sont, soit sa propriété, soit celle de Compagnies ou de particuliers“. Le rapport présenté par le général Borel au nom de la Commission, dit traitant de ce point: „Par l'organe de Son

Excellence Lord *Reay*, la délégation britannique a demandé qu'il fût bien spécifié que la liberté pour un État neutre de transmettre des dépêches au moyen de ses fils télégraphiques terrestres, de ses câbles sous-marins ou de ses appareils radiotélégraphiques, n'implique pas la faculté d'en user ou d'en permettre l'usage pour prêter une aide manifeste à l'un des belligérants. L'idée ainsi formulée était trop juste pour ne pas obtenir l'assentiment unanime de la Commission\* (Deuxième Conférence internationale de la Paix, Actes et Documents, la Haye, 1907, t. I<sup>er</sup>, p. 142). En 1902 l'Institut de droit international renfermait ce principe avec le n<sup>o</sup> 4, parmi les règles concernant l'usage du câble sous-marin en temps de guerre (*Nys*, Le droit international, 1912, vol. 3, p. 325).

Ainsi rien de plus logique que la conclusion à laquelle se réfère cette chancellerie, puisque si on peut regarder comme violation de la neutralité l'emploi des appareils de télégraphie sans fil à bord des bateaux marchands, dans un but militaire, et s'il y a lieu de se prémunir contre l'abus par les belligérants des câbles et des lignes télégraphiques établies dans le pays, la première restriction conduira nécessairement à la seconde. Malgré la clarté de ce raisonnement, la chancellerie a dû citer en sa faveur les autorités précédentes dont elle s'honore, en particulier de l'éclairée opinion britannique présentée dans une occasion aussi mémorable que le fut la Conférence de 1907.

Je profite de cette occasion pour renouveler à Votre Excellence l'assurance de ma haute considération.

*Manuel Diaz Rodriguez.*

**Nr. 1890. Schreiben des Ministers des Aeußern an den Gesandten von Venezuela bei der französischen Republik über die Neutralität Venezuelas, vom 22. August 1914\*).**

Caracas, 22 août 1914.

Monsieur,

Le gouvernement du Vénézuéla ayant résolu de garder la plus stricte neutralité dans la guerre européenne, vous voudrez bien faire connaître aux citoyens vénézuéliens résidant dans cette juridiction, tant par avis direct que par l'organe des consuls dépendant de vous, les devoirs qui leur correspondent par raison de neutralité, les prévenant que s'ils les enfreignent, ils ne pourront pas se prévaloir des avantages de la nationalité vénézuélienne ni compter sur l'appui de nos agents diplomatiques et consulaires.

Je suis votre empressé serviteur.

*Manuel Diaz Rodriguez.*

---

\*) Aehnliche Schreiben sind an die Vertreter Venezuelas in London, Berlin und Washington gesandt worden.

**Nr. 1891. Schreiben des Ministers des Aeußern von Venezuela an den Gesandten der französischen Republik zu Caracas über den Gebrauch der drahtlosen Telegraphie, vom 24. August 1914\*).**

Caracas, 24 août 1914.

Monsieur le ministre,

Son excellence, M. l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la Grande-Bretagne a attiré l'attention de cette chancellerie sur ce fait que l'emploi de la télégraphie sans fil par les bateaux marchands des nations belligérantes, dans les eaux territoriales d'une puissance neutre, pourrait peut-être conduire à la violation de la neutralité. Il a exposé le désir que le gouvernement du Vénézuéla donne des ordres immédiats pour désarmer tous les appareils de télégraphie sans fil installés sur les dits bateaux dans les eaux de notre territoire.

Cette chancellerie a répondu à M. le ministre que les règles de conduite qu'il a présentées pour appuyer sa demande n'ont pas encore obtenu le consentement unanime des puissances et n'ont pas non plus été consignées dans les conventions actuellement en vigueur. Malgré cela, l'Exécutif fédéral, en vue de garder la neutralité et dans le but que le territoire de la République ne puisse servir d'appui à des communications favorables aux actes de guerre d'aucune des nations belligérantes dans le conflit actuel, a disposé d'empêcher l'emploi de la télégraphie sans fil à bord des bateaux marchands des nations en guerre, tant qu'ils seront dans des ports vénézuéliens. On a donné à cet effet les ordres nécessaires pour que les autorités maritimes de nos ports exercent leur vigilance le cas échéant, en plus de ceux déjà communiqués aussitôt que le gouvernement vénézuélien a eu connaissance de l'état de guerre qui les occasionne.

En communiquant à Votre Excellence ce qui précède, je profite de l'occasion pour vous offrir le témoignage de ma plus haute considération.

*Manuel Diaz Rodriguez.*

**Nr. 1892. Memorandum des Ministers des Aeußern von Venezuela über die Rechte der neutralen Länder, Oktober 1914.**

En temps de guerre on invoque à chaque instant les devoirs de la neutralité. Les pays neutres eux-mêmes, pour justifier une mesure quelconque réclamée ou objectée par l'une des nations belligérantes, s'appuient sur les devoirs que leur impose leur condition de pays neutres. Mais, au fond des choses, ceux-ci n'ont pas seulement des devoirs à remplir: ils ont aussi des droits qu'ils peuvent réclamer. Comme toute situation juridique, la neutralité engendre des droits et des devoirs corrélatifs. Les internationalistes

---

\*) Ähnliche Schreiben sind an die Vertreter Deutschlands und Belgiens in Venezuela gesandt worden.

modernes, entre eux, notamment *Richard Kleen*, ont exposé la doctrine sur ce point avec une telle clarté, qu'elle permet d'entrevoir et de préciser ses conséquences les plus éloignées. A la lumière de la pure doctrine, il semble alors que les droits des pays neutres, pour être aussi sacrés que ceux des belligérants, doivent être conservés dans toute leur intégrité. Cependant on a coutume d'admettre que les pays neutres étant obligés par le fait de la communauté internationale à ne pas restreindre la liberté des nations belligérantes dans leurs opérations de guerre, ils doivent souffrir, non pas la diminution de leurs droits, sinon certaine modification momentanée dans l'exercice de leurs droits. Ce concept, par son élasticité, semble ne pas s'adapter à un critérium de stricte justice. Il ne semble pas non plus applicable à de nombreux cas dans lesquels les pays neutres souffrent, non pas seulement une modification momentanée dans l'exercice de leurs droits, mais bien une lésion évidente, plus ou moins grave, des droits eux-mêmes. De là les deux tendances qui, devant l'état de guerre, luttent pour la prépondérance de la pratique internationale: d'une part, la prétention que soient en faveur les droits de guerre, que l'intérêt du belligérant ait l'avantage; de l'autre, l'aspiration à améliorer et à étendre les droits des pays neutres, sans négliger les droits légitimes de la guerre, aspiration qui s'est affirmée au fur et à mesure que le droit international a progressé et dont le but est d'arriver à un équilibre raisonnable des intérêts, un peu plus d'accord avec la justice. La réalité de ces deux tendances, comme la justice de l'équilibre sollicité, se prouve par l'histoire de quelques-unes des grandes nations, qui, selon l'intérêt du moment, c'est-à-dire, soit qu'elles fussent belligérantes, ou neutres, ont représenté alternativement les deux aspirations.

Un examen impartial de la question en temps de paix, alors qu'aucun intérêt circonstanciel ne trouble la sérénité du jugement, nous mène à cette conclusion que, dans le conflit des droits de la nation belligérante et de ceux du pays neutre, si les uns et les autres sont en égale condition dignes de respect, pour le moins ceux du second ont en leur faveur, pour réclamer la préférence, des raisons qui surpassant celles de la nation belligérante. Par conviction unanime, c'est la paix l'état régulier et logique de la société internationale. La guerre est une perturbation souvent nécessaire, quelquefois inévitable, mais toujours un fléau, dont les nations belligérantes sont les premières à souffrir et à déplorer, et dont elles s'efforcent de décliner la responsabilité. Quand se présente le cas de la guerre, les nations belligérantes, bien qu'elles y soient entraînées par des besoins et des circonstances dont elles peuvent n'être pas responsables, représentent et maintiennent cependant une altération de la normalité internationale. Les pays neutres, au contraire, continuent la vie régulière et harmonieuse de la paix, et cette circonstance ne doit pas diminuer inconsidérément leurs droits, ni les rendre inférieurs ou de moindre considération. Contre une raison si claire, la nation belligérante peut objecter qu'elle défend le droit le plus sacré, qui est celui de sa propre existence et de sa propre liberté. Quelqu'élevé qu'il soit, et il l'est, ce droit si

fondamental, il n'est pas moins certain qu'il est limité par la doctrine et la pratique des nations. La défense d'user de certains moyens d'hostilité contre l'ennemi, cruels ou excessifs, est une restriction manifeste du droit de défense. Il s'en suit donc que la doctrine et la pratique ne verraient point d'un mauvais œil de nouvelles limitations du droit des belligérants pour garantir le droit des pays neutres. Les circonstances dans lesquelles se manifeste la guerre moderne ne cessent d'exiger, avec un caractère de plus en plus urgent, de pareilles limitations. Sans doute on pouvait parler de modifications momentanées dans l'exercice des droits des pays neutres, pendant les guerres de l'Antiquité, quand la vie internationale s'annonçait à peine ou était très peu intense; et ce cas peut bien être celui des pays neutres d'aujourd'hui, quand la guerre se localise dans une région bien déterminée, ou encore se limite et se circonscrit d'une façon précise à deux nations seulement, hormis le cas, dis-je, où celles-ci, par leur positions ou par leur importance, seraient comprises parmi celles qui interviennent inévitablement dans l'activité universelle. Mais on ne doit en aucune façon accepter cette expression, quand il s'agit de conflits, comme celui qui de nos jours préoccupe et tient en suspens le monde entier, et dans lequel sont aux prises plusieurs nations, entre les plus riches et les plus civilisées, et ce dans une ère d'intense vie internationale, dans laquelle l'internationalisation de tous les intérêts devient chaque jour plus intime, plus complexe, plus inextricable, à tel point que les pertes infligées à une seule de ces nations rejaillissent d'une façon sensible, immédiate et sûre jusque sur les pays les plus éloignés.

Aucune preuve ne peut être plus évidente que celle du déséquilibre général, qui, au commencement même du présent conflit, surprend et trouble les bases mêmes de l'internationalisme qui sont par excellence les relations commerciales, l'activité économique, les opérations de crédit, la circulation de l'or, et tout ce qui implique la richesse mondiale. Le seul fait de la déclaration de guerre produit, non seulement un préjudice économique inévitable pour les nations belligérantes et leurs sujets, mais encore un préjudice équivalent pour les nations neutres et leurs habitants, et, non pas à l'unique point de vue des intérêts de ceux-ci, attachés au territoire et aux populations des nations belligérantes, mais bien pour ce qui touche à leurs intérêts les plus vitaux et dans leur propre territoire.

C'est pourquoi l'action du belligérant, soit qu'il déclare, soit qu'il accepte la guerre, se fait sentir aussi directement sur le territoire des pays neutres que sur son territoire lui-même.

Toutefois, il est vrai qu'on a pris soin en temps de paix de modifier le droit de la guerre, en prévision des intérêts que celle-ci peut léser. Mais le fait même de la guerre évolue avec une rapidité telle, que l'évolution du droit qui s'y attache résulte très lente, et avec un retard inévitable, alors même qu'il s'agisse des plus audacieuses tentatives. La doctrine du commerce neutre en temps de guerre en offre un exemple notoire et de la plus haute importance. La doctrine approuve, comme étant légitime, le droit des pays

neutres de faire le commerce avec les nations belligérantes avec une exception, à première vue juste et nécessaire: la contrebande de guerre. Tel est le droit. Le fait actuel est autre chose, et tend à invalider le droit. Les moyens de faire la guerre se sont multipliés à tel point que l'art militaire met à contribution les industries les plus diverses. A l'heure d'un conflit, tout l'organisme industriel d'un État puissant concourt au but unique de la défense commune. La guerre utilise les produits les plus variés et les matières premières les plus différentes. C'est pourquoi, par le seul fait du développement de la mécanique de guerre, la liste des articles qui sont considérés ou peuvent être considérés comme contrebande de guerre tend à s'augmenter et à prendre une extension illimitée. Ils sont déjà lointains les temps où la poudre commune et les matières dont elle se compose, le plomb et quelques autres métaux étaient les seules matières qu'on signalait comme étant soupçonneuses. Aujourd'hui, on s'étonne du nombre des articles qui, dans les guerres antérieures, n'auraient pu être soupçonnés comme pouvant être un jour inclus dans la contrebande de guerre. Par malheur, au fur et à mesure que la liste augmente, augmente en même temps le nombre des matières des applications les plus vastes. Voilà pourquoi la prohibition affecte non seulement les industries de guerre, mais encore, et gravement, les industries pacifiques. Le droit des pays neutres de faire librement le commerce avec les nations belligérantes est en voie de complète destruction. De tels faits, résultat de l'internationalisation de plus en plus intime des intérêts, qui peu à peu fait évoluer des concepts aussi rigides que ceux de la souveraineté, portent à croire que, si la souveraineté et l'intégrité des pays neutres subsistent en parfait état pour ce qui est des personnes, on ne peut toutefois en dire autant pour ce qui touche à leurs intérêts, même les plus vitaux et les plus profonds.

Il s'ensuit que si la neutralité n'a jamais voulu dire indifférence, aujourd'hui, moins que jamais, elle peut avoir cette signification. Les pertes économiques universelles, conséquence probable de la guerre actuelle de l'Europe, si la durée doit en être, comme il y a lieu de le craindre, indéfinie, ne peuvent être indifférentes aux nations neutres. Les pertes seraient les mêmes pour tous, bien qu'il puisse sembler, pour le moment, que quelques pays peuvent tirer parti de la guerre.

En même temps, comme la guerre actuelle revêt d'immenses proportions et affecte plusieurs des grandes nations civilisées du monde, de même que les intérêts économiques les plus considérables, sont en danger de précieux fruits de la civilisation, qui ne sont pas seulement le patrimoine exclusif de tel ou tel peuple, mais bien la richesse commune de tous. La conclusion s'impose donc, qu'en face du droit actif des belligérants naisse le droit des pays neutres à concerter et à organiser, en substitution à la passivité ancienne, et grâce à la solidarité nouvelle avec laquelle les unit momentanément l'intérêt lésé, une action de sûreté propre, efficace et bienfaisante.

L'application de ce droit ne manquerait pas d'antécédents. L'histoire enregistre des cas de Ligues de pays neutres pour la défense de la liberté

du commerce et de la navigation, comme par exemple celle de la Suède et du Danemark en 1693 et celle, encore plus importante, qui dut son origine au manifeste de Catherine de Russie en 1780. Si l'origine, de prime abord, paraît incontestable, sa portée et ses moyens d'action réclament une discussion plus lente. La définition correspondrait à un Congrès de pays neutres, qui devrait reviser, comme l'oblige le cas présent, les droits et les devoirs de la neutralité à la clarté des nouveautés introduites par la guerre moderne. Etant déjà réputé inacceptable, pour être contraire à l'équité et à la justice, le fait que le droit du belligérant soit au-dessus de celui des pays neutres, le Congrès pourrait présenter un devoir nouveau, celui de l'union de tous les pays neutres en face des conflits de la grandeur de l'actuel, qui leur procure un préjudice si direct et si grave, pour organiser la protection de leurs propres intérêts; devoir dont la conséquence logique serait un nouveau droit, celui de médiation, qui s'exercerait alors, avec toutes les restrictions et les limitations de circonstance et de temps qui le feraient compatible avec le respect dû au droit des belligérants. La médiation ainsi fortifiée aurait des effets considérablement plus efficaces que la médiation accoutumée dans la pratique internationale. Si celle-ci offre certains caractères d'officiosité et ne peut se faire jour sans le consentement de l'un ou de l'autre belligérant, la médiation d'une ligue de pays neutres, sans perdre les dits caractères, offre ceux non moins décisifs de représenter, avec les bons offices des États impartiaux, la voix de ceux qui de leur côté travaillent pour la sauvegarde et la défense de leurs intérêts lésés. Les conclusions que dicterait le Congrès seraient soumises ensuite à une Assemblée de toutes les nations, et unanimement reconnues, comme elles ne pourraient manquer de l'être, par justice et par convenance, puisque la nation belligérante d'aujourd'hui sera le pays neutre de demain, elles seraient incorporées au droit international comme conquête effective de la civilisation et gage de paix dans l'avenir. Par cette voie, un pas plus avant, et on arriverait à la création d'une entité permanente, qui représenterait, dès les premiers bruits d'un conflit, la ligue des pays neutres, et en se faisant entendre selon son droit, elle pourrait, dans la majorité des cas, suspendre la rupture, ou pour le moins limiter l'extension, la durée et la portée des hostilités.

En présence de l'actuel conflit, qui inclut les peuples de l'Europe et de l'Asie, l'initiative d'un Congrès de pays neutres correspond aux nations de l'Amérique. En possession d'une neutralité absolue et insoupçonnable, par leur position géographique, par les amples liens qui les unissent à toutes les nations belligérantes, par leur caractère de puissances pacifiques, par leurs efforts traditionnels pour les succès de l'arbitrage international, et, souffrant à cause de cette même guerre de préjudices graves, dans leur situation présente et dans leurs progrès futurs, les nations américaines sont appelées à l'insigne devoir de la médiation.

Caracas, octobre 1914.

---

## Registerteil.

### A. Verzeichnis der in diesem Bande vorkommenden Staatsschriften, Gesetz- und Verordnungsblätter, Buntbücher und sonstigen Quellen.

*[Geordnet nach den in alphabetischer Reihenfolge angeführten Ländern.]*

#### Argentinien.

**Blaubuch:** República Argentina. Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto. El apresamiento del vapor „Presidente Mitre“. Documentos oficiales. Buenos Aires 1916.

(Angeführt als **A. B.**)

#### Columbien.

**Graubücher:** Republica de Colombia. Informe des ministro de relaciones exteriores al congreso (1915, 1916, 1917). Arboleda e Valencia.

(Angeführt als **Col. Gb. I, II und III.**)

#### Deutsches Reich.

**Weißbuch:** Auswärtiges Amt. Diplomatische Schriftstücke aus der Zeit vom 12. Dezember 1916 bis zum 19. März 1917. [Berlin, April 1917.]

**Seekriegsrecht im Weltkriege.** Sammlung diplomatischer Noten und anderer Urkunden. Zusammengestellt im Auftrage des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts. [Urkunden 369 bis 664.] Berlin, 1918.

#### England.

##### **Weißbücher:**

„Miscellaneous“ Nr. 9 [1915]. Notes exchanged with the Chilean Minister respecting the Sinking of the German Cruiser „Dresden“ in Chilean Territorial Waters. London 1915. [Id. 7859.]



**„Miscellaneous“ Nr. 8 [1917].** Correspondence with the Swedish Government respecting the Mining of the Kogrund Passage. Presented to both Houses of Parliament by Command of His Majesty. April 1917. London 1917. [Cd. 8478.]

## Frankreich.

**Fauchille, P.:** La Guerre de 1914. Recueil de documents intéressant le droit international. Tome I, II. Paris.

(Angeführt als „F. I.“ und „F. II.“)

## Niederlande.

### Orangebücher:

I. Overzicht der voornaamste van juli 1914 tot oktober 1915 door het ministerie van buitenlandsche zaken behandelde en voor openbermaking geschikte aangelegenheden. (Ohne Jahr und Ort.)

(Angeführt als **N. Ob. I.**)

II. Overzicht van eenige in het tijdvak oktober 1915 tot juli 1916 door het ministerie van buitenlandsche zaken behandelde aangelegenheden. (Ohne Jahr und Ort.)

(Angeführt als **N. Ob. II.**)

III. Mededeelingen van den minister van buitenlandsche zaken aan de staten-generaal juli-december 1916. (Ohne Jahr und Ort.)

(Angeführt als **N. Ob. III.**)

IV. Mededeelingen van den minister van buitenlandsche zaken aan de staten-generaal december 1916 — april 1918. (Ohne Jahr und Ort.)

(Angeführt als **N. Ob. IV.**)

V. Mededeelingen van den minister van buitenlandsche zaken aan de staten-generaal april 1918 — juni 1919. (Ohne Jahr und Ort.)

(Angeführt als **N. Ob. V.**)

### Weißbücher:

I. Diplomatieke bescheiden betreffende de inbeslagneming door de britsche autoriteiten van over zee vervoerde brievenpost. (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1916.)

(Angeführt als **N. Wb. I.**)

II. Diplomatieke bescheiden betreffende de toelating van oorlogsschepen en bewapende handelsvaartuigen der oorlogvoerenden binnen het nederlandsche rechtsgebied (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1917).

(Angeführt als **N. Wb. II.**)

III. Diplomatieke bescheiden betreffende de toelating van bewapende handelsvaartuigen der oorlogvoerenden en onzijdigen binnen het nederlandsche rechtsgebied. Augustus 1914 — november 1917 (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1917).

(Angeführt als **N. Wb. III.**)

IV. Doorvoer door Nederland uit Duitschland naar België, en in omgekeerde richting. (Briefwisseling met de britsche en duitsche regeeringen.) (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1917.)

(Angeführt als **N. Wb. IV.**)

V. Nachtrag ohne Titelblatt (enthaltend die Nummern 86, 87, 88, 89, welche an das die Nummern 1—85 enthaltende **N. Wb. IV** anschließen und durch das mit Nummer 90 beginnende **N. Wb. VI** fortgesetzt werden).

(Angeführt als **N. Wb. V.**)

VI. Doorvoer door Nederland uit Duitschland naar België, en in omgekeerde richting. (Briefwisseling met de britsche en duitsche regeeringen) Tweede Vervolg. (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1918.)

(Angeführt als **N. Wb. VI.**)

VII. Obbrenging van de nederlandsche schepen „Elve“ en „Bernisse“. (s'Gravenhage — Algemeene landsdrukkerij — 1918.)

(Angeführt als **N. Wb. VII.**)

VIII. „Zitting 1917—1918. — 2. Staatsbegrooting voor het dienstjaar 1918. — III<sup>de</sup> hoofdstuk. No. 22.“ (Drucksachen der Verhandlungen der Generalstaaten, ohne Titel.)

(Angeführt als **N. Wb. VIII.**)

## Norwegen.

**Gelbbuch:** Oversigt over de vigtigste av utenriksdepartementet under krigen indtil mai 1916 behandlede saker som egner sig for offentlig gjørelse. Kristiania 1916.

(Angeführt als **N. Glb.**)

## Schweden.

**Svensk Forfattningsamling**, 1914 ff.

## Schweiz.

„**Neutralitätsberichte**“: I. bis XI. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusse vom 3. August 1914 getroffenen Maßnahmen. Bern, 1. Dezember 1914 bis 2. Dezember 1918.

**Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen** der schweizerischen Eidgenossenschaft. Neue Folge. XXX. Band — Jahrgang 1914 und folgende. Bern 1915 ff.

(Angeführt als „**Eidg. G.**“)

## Spanien.

**Gaceta de Madrid**, 1914 ff.

**Venezuela.**

**Gelbbuch:** Estados Unidos de Venezuela. Boletín del ministerio de relaciones exteriores. Caracas 1914.

**Vereinigte Staaten von Amerika.**

**Blaubuch:** European War No. 2. Department of State. Diplomatic correspondence with belligerent governments relating to neutral rights and duties. Washington 1915.

## B. Verzeichnis der in den Urkunden vorkommenden Staatsmänner.

- Ador*, Chef des politischen Departements im schweizerischen Bundesrat.  
*Aliotti*, italienischer Gesandter in Durazzo, Albanien.  
*Allizé, H.*, französischer Gesandter im Haag.  
*Asquith*, englischer Premierminister.  
*Balfour*, englischer Staatssekretär des Aeußern.  
*v. Beck-Friis, Johan*, Frhr., Chef des Landwirtschafts-Departements im schwedischen Ministerium.  
*Belden, Perry*, 2. Legations-Sekretär bei der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Bogotá, Columbien.  
*Belvis, Ignaciol*, argentinischer Generalkonsul in Montevideo (Uruguay).  
*Bibdoda*, albanischer Minister des Aeußern.  
*v. Bosdari*, italienischer Gesandter in Athen.  
*Bowle, H. E.*, englischer Vizekonsul in Bogotá, Columbien.  
*Briand, A.*, französischer Ministerpräsident und Minister des Aeußern.  
*Broström, Dan.*, Chef des Marine-Departements im schwedischen Ministerium.  
*Brun, Raphael le*, französischer Gesandter in Bogotá, Columbien.  
*de Bunsen*, englischer Botschafter in Wien.  
*Carbo, Alejandro*, Präsident der argentinischen Deputiertenkammer.  
*Cardenas, Roman*, venezolanischer Finanzminister.  
*Carranza*, Präsident der Vereinigten Staaten von Mexiko.  
*Castro Zavala, M. V.*, venezolanischer Kriegs- und Marineminister.  
*Cecil, Lord Robert*, englischer Blockademinister.  
*Choffat*, schweizerischer Gesandter in Wien.  
*Cruchaga, Miguel*, chilenischer Gesandter in Berlin.  
*Dato*, Präsident des spanischen Ministerrats.  
*Diaz Rodriguez, Manuel*, venezolanischer Minister des Aeußern.  
*Dominguez*, argentinischer Gesandter in London.  
*Doumergue, Gaston*, französischer Kolonialminister.  
*Edwards, Augustin*, chilenischer Gesandter in London.  
*Egan*, Gesandter der Vereinigten Staaten von Amerika in Kopenhagen.  
*Egger*, 1. Legations-Sekretär bei der schweizerischen Gesandtschaft in Wien.

*v. Erckert*, deutscher Gesandter in Santiago, Chile.

*Essad-Pascha*, Präsident von Albanien.

*Ferrero, Giacinto*, General, Kommandant des italienischen Besatzungskorps in Albanien.

*de Fontenay*, französischer Gesandter in Durazzo, Albanien.

*v. Gagern, M.*, Frhr., österreichisch-ungarischer Gesandter in Bern.

*Garcia Prieto*, Präsident des spanischen Ministerrats.

*Garza Pérez, E.*, Unterstaatssekretär im mexikanischen Ministerium des Aeußern.

*Gimeno*, spanischer Minister des Aeußern.

*Grey, Sir Edward*, englischer Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

*Grimm*, schweizerischer Nationalrat.

*v. Hammar skjöld*, schwedischer Ministerpräsident.

*Harford, F. D.*, englischer Gesandter in Carácas (Venezuela).

*Harrison, Leland*, Legations-Sekretär, Geschäftsträger ad interim der Vereinigten Staaten von Amerika in Bogotá (Columbien).

*Hoffmann*, Vizepräsident des schweizerischen Bundesrats.

*Howard, E.*, englischer Gesandter in Stockholm.

*Johnstone, Sir Alan*, englischer Gesandter im Haag.

*Jordana, F. G.*, spanischer Ober-Kommissär in Tetan (Marokko).

*van Karnebeek*, niederländischer Staatsminister.

*Kracker von Schwartzefeldt*, deutscher Gesandter in Bogotá (Columbien).

*Lungley, Sir W.*, Hilfssekretär im englischen Auswärtigen Amt.

*Lansing*, Staatssekretär (Minister des Aeußern) der Vereinigten Staaten von Amerika.

*Lardy*, Attaché bei der schweizerischen Gesandtschaft in St. Petersburg.

*de Larroque*, französischer Geschäftsträger in Bogotá (Columbien).

*Lira, Alejandro*, chilenischer Minister des Aeußern.

*Loudon, J.*, niederländischer Minister des Aeußern.

*von Lucius*, deutscher Gesandter in Durazzo, Albanien.

*Luco, Barros*, Präsident der Republik Chile.

*v. Luxburg*, Graf, deutscher Gesandter in Buenos Aires, Argentinien.

*Marees van Swinderen, R. d.*, niederländischer Gesandter in London.

*Moreno, Enrique B.*, argentinischer Gesandter in Montevideo (Uruguay).

*Morris, Nelson*, Gesandter der Vereinigten Staaten von Amerika in Stockholm.

*Mostofi el Mamalek*, persischer Premierminister und Minister des Innern.

*Mowinkel*, Präsident des norwegischen Storthings.

*Müller, Lauro*, brasilianischer Minister des Aeußern.

*Müschavir es Sallanah*, persischer Finanzminister.

*Müsteschai ed Dauleh*, persischer Minister des Innern.

*Murature, J. L.*, argentinischer Ministersekretär für auswärtige Angelegenheiten und Kultus.

*Muschir ed Dauleh*, persischer Ministerpräsident.

*Mustafa-Bei*, Präsident des albanischen Senats.

- es Saltaneh*, persischer Generalgouverneur von Luristan.  
 schweizerischer Gesandter in St. Petersburg.  
 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in London.  
*Charles B.*, Chef der Kanzlei der Botschaft der Vereinigten Staaten  
 von Amerika in Mexiko.  
*de Calbott*, italienischer Gesandter in Bern.  
*Penne, E.*, italienischer Gesandter in Bogotá (Columbien).  
 , Vizepräsident der zweiten Kammer des schwedischen Reichstages.  
*do Sánchez*, bolivianischer Minister des Aeußern.  
*Bernabé*, spanischer Botschafter in Berlin.  
*Labor und Corvey*, Prinz, deutscher Botschafter in Madrid.  
*Torres, D.*, argentinischer Marine-Arsenal-Chef.  
*mones*, Graf, Präsident des spanischen Ministerrats.  
*omberg*, Frhr., deutscher Gesandter in Bern.  
*nos, Manuel*, chilenischer Minister des Aeußern.  
*apenius*, dänischer Minister des Aeußern.  
*zmann*, schweizerischer Bundeskanzler.  
*adis*, griechischer Ministerpräsident und Minister des Aeußern.  
*Marco Fidel*, columbianischer Minister des Aeußern.  
 , schweizerischer Gesandter in Washington.  
*adeh*, Mitglied des persischen Parlaments und Führer der persischen  
 demokratischen Partei.  
*ey, Sir Walter*, englischer Gesandter im Haag.  
 , Dr. in Zürich, Abgeordneter im schweizerischen Ständerat, Leiter der  
 Freuhandstelle zur Regelung der Einfuhrverhältnisse mit den Zentral-  
 lächten.  
*ilos*, griechischer Ministerpräsident.  
*ad ul Mulk*, Mitglied des persischen Parlaments.  
*enberg, K. A.*, schwedischer Minister des Aeußern.  
*n, Woodrow*, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.  
*er-Luzern*, Abgeordneter im schweizerischen Ständerat.  
*ham*, englischer Gesandter in Bogotá, Columbien.  
*ermann*, Unterstaatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt.  
*ta, C.*, venezolanischer Minister des Innern.



